



Patrick Gaul

Ideale und Interessen

Die mitteleuropäische Wirtschaft
im Amerikanischen Bürgerkrieg

Geschichte

Franz Steiner Verlag

GERMAN HISTORICAL INSTITUTE WASHINGTON



TRANSATLANTISCHE HISTORISCHE STUDIEN

Publications of the German Historical Institute Washington

Edited by

Elisabeth Engel, Axel Jansen, Jan C. Jansen,
Simone Lässig and Claudia Roesch

Volume 61

The German Historical Institute Washington is a center for the advanced study of history. Since 1992, the Institute's book series *Transatlantic Historical Studies* (THS) has provided a venue for research on transatlantic history and American history from early modern times to the present. Books are published in English or German.

Patrick Gaul

Ideale und Interessen

Die mitteleuropäische Wirtschaft
im Amerikanischen Bürgerkrieg

Franz Steiner Verlag

Umschlagabbildung:

Landungsplatz für Dampfschiffe im Hamburger Hafen, 1868. Photographie von J.F. Lau

© Werner Bokelberg

Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.

Wo nicht anders festgehalten, ist diese Publikation lizenziert unter der Creative Commons Lizenz CC-BY-NC-ND 4.0.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Layout und Herstellung durch den Verlag

Satz: Fotosatz Buck, Kumhausen

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-515-12873-5 (Print)

ISBN 978-3-515-12883-4 (E-Book)

<https://doi.org/10.25162/9783515128834>

Danksagung

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die ich 2018 am Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt eingereicht habe. Ohne die fachliche und persönliche Unterstützung einiger wichtiger Menschen wäre dieses Buch nicht entstanden. Von akademischer Seite möchte ich an erster Stelle ganz herzlich meinem Doktorvater Andreas Fahrmeir danken. Seine unerschütterliche Geduld, seine stete Hilfe und seine umsichtigen Ratschläge waren für das Schreiben und Gelingen dieser Arbeit unerlässlich. Ebenso gilt mein ausdrücklicher Dank meinem Zweitgutachter Marcus Gräser, der mir immer gern und schnell geholfen, wertvolle Kontakte vermittelt und nicht zuletzt wichtige inhaltliche Impulse gegeben hat.

Eine geschichtswissenschaftliche Arbeit, die sich vornimmt, Quellen aus Archiven zweier Kontinente auszuwerten, braucht Institutionen und Personen, die solche umfangreichen Forschungsvorhaben großzügig mit finanziellen Mitteln fördern. In meinem Fall waren dies zum einen das *Promotionskolleg des Fachbereichs 08* und die *Vereinigung von Freunden und Förderern der Goethe-Universität* sowie der *Förder- und Alumniverein Geschichtswissenschaften historiae faveo*, die mir einen Großteil meiner Archivreisen und Tagungsteilnahmen im Ausland ermöglicht haben.

Für ein längeres Stipendium und eine unvergesslich angenehme wie anregende Zeit in Mainz möchte ich den Mitarbeitenden des *Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte* danken, besonders Bernhard Gißibl, Fabian Klose, Johannes Paulmann sowie meinen Mitstipendiatinnen und Mitstipendiaten aus

aller Welt, die mir nochmal andere Sichtweisen auf mein Forschungsthema eröffnet haben.

Ebenfalls nützliche Anregungen konnte ich aus Workshop- und Kolloquiumsgesprächen mit anderen Promovierenden und Forschenden mitnehmen sowie aus den zahlreichen Kaffeerunden mit meinen engsten „Leidensgefährtinginnen und -gefährtingen“ Franziska Bechtel, Dunja Henker, Anna Kubasiak, Janine Murphy und Yorick Wirth. Auch Mircea Ogrin, der mir im Rahmen eines Mentoringprogramms mit Rat und Tat zur Seite stand, sei hier erwähnt. Weitere wertvolle Impulse, die in diese Arbeit eingeflossen sind, stammen von Mischa Honeck, Daniel Nagel, Till van Rahden, Andrew Zimmerman und Jörg Nagler, der so freundlich war, das Manuskript vor dessen Abschluss mit Verbesserungsvorschlägen zu kommentieren. Mamadou Diawara und Jürgen Müller danke ich dafür, dass sie einige der vielen Empfehlungsschreiben für mich verfasst haben, Michael Koch für seine großartige Gastfreundschaft in Bremen, und den hilfsbereiten Mitarbeitenden der zahlreichen Archive für ihre oft goldwerten Recherchetipps.

Dem Team des *German Historical Institute* (GHI) in Washington gebührt mein großer Dank in zweierlei Hinsicht. Erstens für ein großzügiges, zweimonatiges Fellowship und einen damit verbundenen Forschungsaufenthalt in Indiana, Ohio, New York und Washington, der mir als eine der schönsten Erfahrungen meines Lebens im Gedächtnis bleiben wird. Während dieses Aufenthalts durfte ich einige wunderbare Menschen kennenlernen. Zum einen meine Gastgeberin in D. C., Patricia „Pat“ Hipple, die mit mir gemeinsam durch die historischen Straßen von Harper’s Ferry und über das Schlachtfeld von Bull Run gewandert ist, zum anderen Richard E. Schade (+), den ehemaligen Honorarkonsul für Deutschland in Cincinnati, der mich spontan zu einer Exkursion in diese auch für deutsche Auswanderer so bedeutsame Stadt eingeladen hat.

Zweitens danke ich dem GHI für die freundliche Aufnahme meiner Arbeit in die Reihe *Transatlantische Historische Studien* und für die großzügige Übernahme der Druckkosten. Die Herausgeberinnen und Herausgeber der Reihe, insbesondere Elisabeth Engel, Axel Jansen und Claudia Roesch, haben mich den gesamten Veröffentlichungsprozess über hervorragend unterstützt und mir geduldig die Zeit gelassen, die zur Überarbeitung des Manuskripts nötig gewesen ist. Auch den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern des Manuskripts sei hier nachdrücklich gedankt. Ihre differenzierten Hinweise haben ebenso maßgeblich zum finalen Schliff dieses Buches beigetragen, wie das gewissenhafte Lektorat von Hildegard Hogen. Stellvertretend für alle Beteiligten im Franz Steiner Verlag möchte ich Katharina Stüdemann danken.

Wie wichtig mir die Unterstützung, das große Verständnis – manchmal auch das gesunde Unverständnis – meiner Eltern, Großeltern und Freunde während all der Jahre des Schreibens, Reisens, Haderns und Grübelns gewesen

ist, kann ich nur schwer in Worte fassen. Deshalb sage ich auch ihnen einfach: Danke. Von ganzem Herzen.

Und weil es Sabine war, die am entscheidendsten zur Beendigung der Arbeit beigetragen hat, halte ich mich auch jetzt an ihre Worte und komme zum Schluss. Aber nicht, ohne ihr vorher noch dieses Buch zu widmen.

Frankfurt am Main, im Januar 2021

Patrick Gaul

Inhalt

Prolog	11
1 Einleitung	15
2 Die nordamerikanische Sklaverei im deutschsprachigen Diskurs, ca. 1840–1860	33
3 Friedliche Geschäfte? Der Kriegshandel über Hamburg und Bremen ..	59
4 Ökonomische und gesellschaftliche Auswirkungen des Baumwollmangels auf Mitteleuropa	117
5 „The most important base of operations“: der transatlantische Kapitalhandel über Frankfurt am Main	175
6 Zwischen Vergleich und Verflechtung: der Civil War als „Sturmglöcke“ für Mitteleuropa?	243
7 Fazit	291
Epilog	297
Bildnachweise	299

Quellen- und Literaturverzeichnis	301
Archivalische Quellen	301
Gedruckte Quellen	304
Zeitungen und Zeitschriften	311
Literatur	313
 Register	 337

Prolog

Ein toter General und Baumwolle im Gepäck – die Reise des Friedrich Volck

Im Sommer 1864 durchbrach Friedrich Volck die Blockade. Der 32-jährige Bildhauer hatte in Wilmington einen Platz auf einem Dampfer ergattert, der ihn, möglichst unbemerkt von den Schiffen der Unionsmarine, die seit drei Jahren vor der Hafenstadt in North Carolina kreuzten und den Konföderierten Staaten die Versorgungs- und Kommunikationswege verengten, nach Deutschland bringen sollte. Volck stammte aus Nürnberg. Nach seiner Lehre zum Böttchergesellen war er um 1850 seinem Bruder Adalbert nach Baltimore in Maryland gefolgt, wo ein Viertel der Einwohner aus Bayern, Bremen, Hamburg und anderen deutschen Staaten stammte.¹ In Baltimore hatte er sich zum Zeichner und Bildhauer ausbilden lassen.

Als im April 1861 der Bürgerkrieg ausbrach, gehörte Maryland zu den *border states*, also denjenigen Sklavenstaaten, die sich nicht der Sezession anschlossen und offiziell neutral blieben. Die Brüder Volck allerdings blieben nicht neutral. Sie hatten sich im Laufe der Jahre in die künstlerischen und intellektuellen Kreise Baltimores integriert, die große Solidarität zum Süden vorwiesen.² Adalbert arbeitete als Kurier für Präsident Jefferson Davis und beteiligte sich am Blockadeschmuggel.³ Friedrich verschlug es als Zeichner in die

¹ Vgl. Bergquist, *Daily Life*, 88; Kennedy, *Population*, 611.

² Vgl. Cunz, *The Maryland Germans*, 396 f.

³ Vgl. Christen/Christen, *Adalbert J. Volck*, 17–23; Cunz, *The Maryland Germans*, 416 f.

Armee der Südstaaten, wo sein Talent zu beeindruckend schien: 1863 erhielt er von der Regierung in Richmond den Auftrag, eine Bronzestatue des gefallenen Generals Thomas J. Jacksons anzufertigen, dem ersten Nationalhelden des jungen Staatenbundes.

Allerdings mangelte es Volck an Material, um die Statue vor Ort zu vollenden. Die knappen Kupfervorräte zur Bronzeherstellung wurden zur Kanonenproduktion benötigt,⁴ und er entschloss sich, das Abbild Jacksons in Nürnberg fertigtustellen. Volck begab sich auf die Suche nach einer Überfahrgelegenheit nach Europa. In Wilmington, 600 Kilometer weiter südlich, wurde er fündig.

Der Krieg hatte die Stadt in ein Zentrum des Blockadehandels an der Ostküste verwandelt. Regelmäßig gingen von dort Schiffe zu den Nachschubbasen der Konföderierten in der Karibik und Europa ab.⁵ Hunderte deutsche Einwanderer lebten in Wilmington. Viele von ihnen arbeiteten als Überseehändler oder Kaufleute mit guten Kontakten zu ihren Geburtsländern Hannover, Oldenburg, Bremen und Hamburg.⁶ Einer von ihnen war August Conrad, Leiter einer prosperierenden Flotte von Blockadebrechern,⁷ der Volck womöglich bei der Suche nach einem geeigneten Schiff half. In einer „mondhellen Nacht“ schließlich stach der Blockadebrecher mit Volck an Bord von Wilmington in See, bald verfolgt von zwei Schiffen der Unionsflotte, die der Dampfer jedoch abschütteln konnte.⁸

Der erste Zwischenstopp der Reise waren die neutralen britischen Bermudainseln, die Blockadebrecher anliefen, um Gewehre, Kohle und anderes Kriegsmaterial aus Europa zu laden, die die Schiffe dann auf ihrer Rückfahrt durch die Blockade schmuggelten. Außer einer Totenmaske Jacksons hatte Volck noch etwas anderes im Gepäck. Von den Bermudas ging es nämlich weiter nach Liverpool, dem größten Baumwollhafen der Welt.⁹

Dort litten die Reeder, Arbeiter, Importeure und Zwischenhändler seit nunmehr drei Jahren unter der Blockade der Südstaaten, dem weltweit wichtigsten Anbaugelände für Baumwolle. Wohl wissend um den enormen Bedarf an dem Rohstoff, hatte Volck einige Ballen Baumwolle an Bord seines Blockadebrechers bringen lassen, um sie in Europa gewinnbringend zu verkaufen. Womöglich gingen die Ballen an eines der deutschstämmigen Handelshäuser in Liverpool oder im nahe gelegenen Manchester und gelangten von dort nach Hamburg, wo auch Volck das deutsche Festland erreichte. Durch den Verkauf seiner Baumwolle hatte er das nötige Geld zur Vollendung der Jackson-Statue

4 Vgl. Daniel/Gunter, *Confederate Cannon Foundries*, 15.

5 Vgl. Wise, *Lifeline*, 124–131.

6 Vgl. Bodamer, *Von Hannover*, 327–344.

7 Vgl. Conrad, *Schatten und Lichtblicke*, 70–95.

8 *Leipziger Illustrierte Zeitung*, 28. Dezember 1867.

9 Vgl. Beckert, *King Cotton*, 198–200; Sherwood, *After Abolition*, 27–57.

beisammen, der er sich nun voll und ganz in Nürnberg widmen konnte.¹⁰ Dort fiel der Künstler aus den Südstaaten bald dem Konsul der Unionsregierung ins Auge,¹¹ der von seinem Außenministerium angewiesen war, sämtliche Schritte von Konföderierten und ihren Unterstützern in seinem Konsulatsdistrikt zu überwachen.

Die Reise von Friedrich Volck ist ein Sinnbild für die Thematik der vorliegenden Arbeit. Sie belegt zum einen die Beteiligung deutschstämmiger Akteure im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865), die entgegen landläufiger Meinungen nicht nur aufseiten der Union fochten, sondern auch der sklavenhaltenden Konföderation zugeneigt waren und vereinzelt ihr Leben für sie riskierten. Zum anderen veranschaulicht sie die hochgradige sozioökonomische Verflechtung zwischen den Menschen und Regionen Mitteleuropas und Nordamerikas, die in den „globalen 1860er Jahren“ einen vorläufigen Höhepunkt erlebte.¹² Handel und Migration von Menschen, Gütern und Kapital bildeten die Lebensadern der nordatlantischen Welt, deren Expansion zu weiten Teilen der Sklaverei geschuldet war.

An diesem Wirtschaftssystem entfachte sich letztlich der amerikanische Bürgerkrieg. Er mutierte zu einer Krise von globalen Ausmaßen, in der Menschen westlich und östlich des Atlantiks versuchten, sich mit den neuen Umständen zu arrangieren – möglichst zum eigenen Vorteil.

10 Vgl. *Pfälzer Zeitung*, 2. August 1864; Seubert, *Die Künstler*, Bd. 4, 440.

11 Vgl. C. Gilbert-Wheeler an Seward, 1. Dezember 1864, Despatches from United States Consuls in Nuremberg, National Archives (NA), College Park, Maryland. Im Folgenden sind sämtliche Briefe von US-Konsuln an das Außenministerium, die in den National Archives lagern, mit dem Kürzel „NA“ und dem Namen des Ortes, in dem sich das jeweilige Konsulat befand, gekennzeichnet.

12 Conrad/Osterhammel, *Einleitung*, 21.

Kapitel 1

Einleitung

„Ihr seid näher zum Kriege als wir“ schrieb ein Einwanderer aus Kalifornien an seine Eltern in Saarbrücken, als der Amerikanische Bürgerkrieg (1861–1865) in sein zweites Jahr ging.¹ Und damit hatte er nicht Unrecht. Dieser „epochale Krieg“² mit seinen schätzungsweise rund 750.000 Toten und seinen bis in die Gegenwart reichenden Folgeerscheinungen wirkte deutlich spürbarer nach Mitteleuropa hinein, als man heute annehmen mag.³ Schon die geografischen Gegebenheiten förderten die Nähe europäischer Zeitgenossen zum größten militärischen Konflikt im nordatlantischen Raum seit den Napoleonischen Kriegen: Um 1860 dauerte eine Reise von den östlichen Staaten der USA (dem Hauptschauplatz des Bürgerkrieges) nach Kalifornien mehr als doppelt so lange wie eine Atlantiküberfahrt von Bremen nach New York. Als der Bürgerkrieg tobte, verfügten Amerika und Europa über 300 Jahre alte Verkehrs- und Kontaktzonen: Günstige Passatwinde, zirkulierende Meeresströme, tiefe, auch für größere Schiffe befahrbare Flüsse wie die Elbe, die Weser, der Rhein und einige ihrer Nebenflüsse, wie der Main und der Neckar, hatten eng miteinander verflochtene Regionen und Knotenpunkte entstehen lassen, ein zusammenhängendes Kommunikations-

1 Peter Klein an seine Eltern, 1. Mai 1862, zit. n. Helbich u. a., Briefe aus Amerika, 382.

2 Hochgeschwender, Der amerikanische Bürgerkrieg, 7.

3 Ein Blick in die Tagespresse oder eine kurze Internetrecherche genügen, um sich der Folgen des Bürgerkrieges und der Sklaverei für die andauernden ethnischen Konflikte in den USA und die heftig umstrittene Erinnerungskultur an den Krieg zu vergegenwärtigen.

system und gemeinsame Handelsräume zwischen den Kontinenten, die Mitteleuropa zu einem wichtigen (Neben-)Schauplatz des Bürgerkrieges machten.⁴

Lange Zeit konzentrierten sich Studien zur atlantischen Geschichte auf die imperialen Großmächte der Frühen Neuzeit, also auf Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal oder die Niederlande. Menschen, Städte und Gebiete Mittel-, Nord- und (Süd-)Osteuropas fristeten angesichts dieser Hegemonie viele Jahre ein unsichtbares Dasein in der atlantischen Geschichtsschreibung.⁵ Ihrer grenzübergreifenden Verflechtung mit dem amerikanischen Kontinent schenken Historikerinnen und Historiker erst seit wenigen Jahren verstärkte Aufmerksamkeit. Was trotz des jungen Alters dieses Forschungsgebietes bereits heute schon feststeht, ist, dass die Auffassung, der zufolge Mitteleuropa bestenfalls ein Randgebiet der damaligen atlantischen Welt war, nicht zu halten ist. Die Region war keine „Insel“, kein nur auf sich selbst bezogenes Territorium, das isoliert von der restlichen Welt vor sich hin existierte.⁶ Die Staaten des seit 1815 bestehenden Deutschen Bundes, die Klein- und Mittelstaaten vor allem (mit denen sich dieses Buch im Wesentlichen auseinandersetzt), mussten zwangsläufig an einem möglichst ungehinderten Verkehr mit der Welt interessiert sein, um an Rohstoffe zu gelangen, über die sie selbst nicht verfügten, und um möglichst viele Abnehmer für die von ihnen produzierten Waren zu erreichen. Der Atlantik war keine Grenze. Er war eine Passage. Das sollte der Bürgerkrieg, wie diese Arbeit zeigen wird, den Europäerinnen und Europäern nachhaltig ins Gedächtnis rufen.

Mitteleuropäisch-amerikanische Verflechtungen zur Zeit des Bürgerkrieges waren weniger politischer denn ökonomischer Natur. Transatlantische Kontakte wurden gefördert durch Privatleute, weniger durch „interdependente Interventionsstaaten“⁷ oder Bündnisabkommen, wie man sie aus dem späteren 19. und frühen 20. Jahrhundert kennt. Staatliche Ansprüche mögen zu jener Zeit zwar absoluter gewesen sein, gleichzeitig aber waren sie „enger umgrenzt“, als man es heute gewohnt ist.⁸ Die staatlichen Eingriffe in den globalen Handel Mitte des 19. Jahrhunderts, einer Zeit, die für gewöhnlich als Freihandelsära beschrieben wird,⁹ beschränkte sich vordringlich auf Handelsverträge und (vergleichsweise niedrige) Zölle, was den Internationalismus von Firmen förderte, weil sie relativ unkompliziert Niederlassungen oder Vertretungen in der ganzen Welt gründen konnten.¹⁰ Solchen Rahmenbedingungen war es geschuldet, dass die atlantische Welt Mitte des 19. Jahrhunderts in erster Linie

4 Vgl. Bailyn, *Atlantic History*, 83; Boyd, *The Rhine Exodus*, 99–123.

5 Vgl. Blackbourn, *Germans Abroad*, 333; Lachenicht, *Europeans Engaging*, 9–12.

6 Vgl. Osterhammel/Conrad, *Einleitung*, 7.

7 Petersson, *Das Kaiserreich*, 51.

8 Ebd., 51.

9 Vgl. Rosenberg, *Die Weltwirtschaftskrise*, 13–32; Torp, *Die Herausforderung*, 121–145.

10 Vgl. Gehlen/Marx/Reckendrees, *Ambivalences of Nationality*, 23 f.

eine Welt von Privatleuten war, in der sich Menschen und Güter zunehmend günstiger und ungehinderter bewegen konnten als im 18. oder noch im frühen 19. Jahrhundert.¹¹ „Weltpolitik“ war in diesen Jahren nicht vorrangig Sache von Staatsoberhäuptern oder multinationalen Konzerne, sondern ein „privatkapitalistisches Programm mondialer Markterschließung“;¹² das vielerorts hauptsächlich von Kaufleuten, Bankiers, Reedern und kleineren (Familien-)Unternehmen geprägt war.

Vor diesem Hintergrund untersucht das vorliegende Buch Auswirkungen und Verflechtungsphänomene des Amerikanischen Bürgerkrieges in Mitteleuropa vor allem durch wirtschafts- und kulturhistorische Blickwinkel und fördert dadurch neue beziehungsweise bisher kaum beachtete transnationale Facetten des Bürgerkrieges zutage: Die deutschen Staaten und ihre Einwohnerinnen und Einwohner waren keine passiven Beobachter dieses globalen Konflikts. Viele von ihnen waren direkt oder indirekt in den Krieg verwickelt oder griffen aktiv in ihn ein; sei es durch publizistische Propaganda, Pressearbeit, Bestechungsgelder, Kredite, Beteiligung an Schmuggelgeschäften, humanitäre Hilfe oder durch Waffenlieferungen. Es wird in diesem Zusammenhang nach der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der nordamerikanischen Sklaverei(-ökonomie) für Mitteleuropäerinnen und -europäer sowie nach Erklärungen für deren Ambivalenz in der Auseinandersetzung mit dieser Thematik gefragt und aufgezeigt, wie einzelne Personen, Regionen und Städte Mitteleuropas mit Regionen der USA verflochten waren und welche Folgen diese Verflechtungen für das wirtschaftliche Denken, Handeln und die Seitenwahl im Bürgerkrieg haben konnten. Verstärkte Aufmerksamkeit erhalten in diesem Zusammenhang auch nordamerikanische Akteure, vor allem Konsuln und (nicht) staatliche Agenten, aber auch Zwischenhändler sowie Journalisten und ethnopolitische Entrepreneurs mit (deutsch-)amerikanischem Hintergrund,¹³ die sich zur Zeit des Bürgerkrieges zu Hunderten in Europa aufhielten und von dort Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen versuchten, indem sie etwa um die Unterstützung lokaler Türöffner warben, um eine für die Nord- oder für die Südstaaten zugeneigte Agenda betreiben zu können. Um diesen Kampf zu bestreiten, mussten Gelder fließen. Der Bürgerkrieg in Mitteleuropa war ein „battle for hearts and minds“ – aber auch für „pocketbooks“.¹⁴

Insbesondere die Handels- beziehungsweise Hafenzentren Frankfurt am Main, Bremen und Hamburg werden im Verlauf dieses Buches als Fixpunkte

11 Vgl. O'Rourke/Williamson, *Globalization and History*, 29–55.

12 Osterhammel/Conrad, *Einleitung*, 10–11.

13 In Anlehnung an Pierre Bourdieu definiert der Soziologe Rogers Brubaker ethnopolitische Entrepreneurs als Personen, die „von der oder für die Ethnizität leben können“ und sich dabei auf ethnische Gruppen „berufen“ oder sie „beschwören“, um andere zu „mobilisieren“ oder „anzustacheln“. Vgl. Brubaker, *Ethnizität ohne Gruppen*, 20.

14 Schoen, *The Civil War*, 351.

konsolidiert. Alle drei Städte haben in der Historiografie zur atlantischen Geschichte bisher erstaunlich wenig Aufmerksamkeit erfahren – dabei befanden sie sich schon lange und mitunter sehr intensiv mit der atlantischen Welt im Austausch. Städte und ihr Umland, die als Schnittstellen von makro- und mikrohistorischen Perspektiven verstanden werden können, sind für die Erforschung grenzüberschreitender, transnationaler Ereignisse oftmals ergiebiger als ausschließlich global angelegte Abhandlungen,¹⁵ denen es mitunter an der nötigen Trennschärfe mangelt. Auch gegenwärtige Studien aus der Friedens- und Konfliktforschung sehen in der Offenlegung von Interaktionen zwischen (trans-)lokalen und transnationalen Ebenen einträgliche Aspekte für die Erforschung globaler Auswirkungen von Bürgerkriegen.¹⁶ Städte werden mittels ideellen und materiellen Ressourcentransfers zu Zentren transnationaler Diffusion und somit zu Sammelpunkten grenzüberschreitender Phänomene.¹⁷ Kleinere Regionen sind häufig besser geeignet, „Entwicklungen unterhalb der Nationalstaaten“ abzubilden – ein für transnationale Untersuchungen elementarer Vorteil –, weil ihr „Raummaß“ sie flexibler und dadurch anfälliger macht für externe Einflüsse und Bewegungen von ausländischen Märkten als „politisch-administrative Herrschaftsgebilde“, wie sie in den Residenzstädten Berlin, Wien, München oder Stuttgart anzutreffen waren.¹⁸ Die Freien Deutschen Städte mussten aufgrund ihrer geringeren Einbindung in einen größeren souveränen Staat und ihrer kaum ausgeprägten Industrieproduktion andere Möglichkeiten zur ökonomischen Wertschöpfung entwickeln als Regionen, die zwar wirtschaftlich ebenfalls vom Handel mit den USA abhingen, aber Teil eines größeren deutschen Staates waren (beispielsweise Elberfeld und Barmen in Preußen). Die Einbettung in einen möglichst offenen, globalen Markt war ein Existenzgarant für jene Stadtstaaten. Ihre politische Neutralität und ihr wirtschaftsliberaler Internationalismus ermöglichten dortigen Händlern und Unternehmen flexiblere Handlungsspielräume in der globalen Wirtschaft als Akteure aus anderen Regionen und Staaten: An Weser, Main und Elbe kreuzten sich sozioökonomische Verflechtungsprozesse und Netzwerke, die bis zum Hudson und zum Rio Grande reichten.

Eine Arbeit wie die vorliegende, die sich vor allem kultur- und wirtschaftshistorischen Perspektiven verschreibt, bewegt sich an vielen Stellen auf anderen Pfaden als Abhandlungen mit politik-, militär- oder diplomatiegeschichtlichem Schwerpunkt, wie sie in Untersuchungen zu Kriegen nach wie vor die Mehrheit stellen. „Marktkräfte“ provozieren andere, neue „Spannungslinien“ innerhalb gesellschaftlicher Gruppen und Ideologien.¹⁹ Im Falle der globalen

¹⁵ Vgl. Conrad, *Globalgeschichte*, 199 ff.; Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 383 ff.

¹⁶ Vgl. Checkel, *Transnational Dynamics*, 4 f.

¹⁷ Vgl. ebd., 12.

¹⁸ Hinrichs, *Landes- und Regionalgeschichte*, 611, 614; Paulmann, *Regionen und Welten*, 662.

¹⁹ Nolte, *Einleitung*, xiii.

Auswirkungen des Amerikanischen Bürgerkrieges bedeutete das, dass politische Lagerbildungen und ideologische Dichotomien, auf die viele Arbeiten, die sich mit dem *Global Civil War* befassen, verweisen, nicht zwangsläufig deckungsgleich mit den wirtschaftlichen Interessen und dem ökonomischen Handeln der in diesem Buch untersuchten Akteure sind. Dadurch werden unter anderem die mitteleuropäische Haltung zur Sklaverei und die damit verbundenen Sympathien Mitteleuropas für die Nordstaaten austariert. So kann ein Panorama entstehen, das die transatlantischen Schnittstellen von Emanzipation, Wirtschaft, Politik, Sklaverei und Krieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in (neue) Verbindungen zueinander setzt.

Die transnationale Geschichtsschreibung stellt seit rund 20 Jahren den Status der Vereinigten Staaten als Ausnahmenation infrage und versteht sie als eine Nation unter vielen. Auch das prägendste Ereignis in ihrer Geschichte des Landes wird neu betrachtet: Abseits der immer noch dominanten militärwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte untersuchen Historikerinnen und Historiker den Amerikanischen Bürgerkrieg verstärkt in seinen globalen Dimensionen und analysieren seine Wirkung und Rezeption jenseits der Staatsgrenzen der Vereinigten Staaten. Der *Civil War* verliert dadurch seine traditionelle Prägung als „national saga“ und wird zu einem „inter-regional shock“, dessen Erschütterungen Räume und Menschen in der Karibik, Südamerika, Nordafrika und Europa erfassten.²⁰ Doch die Folgen und die Rezeption des Bürgerkrieges in den deutschen Staaten wurden bisher nur erstaunlich marginal behandelt.²¹ Großbritannien und Frankreich, die damals einflussreichsten Staaten der atlantischen Welt, bilden für gewöhnlich den Kern der Arbeiten über Wahrnehmung und Folgen des Krieges in Europa.²²

Dieser historiografische Trend ist seinem Kern nach nicht neu. 1931 erschien die Monografie *Europe and the American Civil War* von Donaldson Jordan und Edwin Pratt, die sich erstmals mit den Folgen des Krieges in mehreren Staaten Europas beschäftigte, aber ihren Schwerpunkt auf die Diplomatie Großbritanniens und Frankreichs legte, die die Gradmesser für die

²⁰ Egerton, *Rethinking Atlantic Historiography*, 80; Bayly, *The Birth of the Modern World*, 161. Vgl. außerdem Beckert, *Emancipation and Empire*; Carwardine/Sexton (Hg.), *The Global Lincoln*; Guterl, *American Mediterranean*; May (Hg.), *The Union*; Saba, *Seeking Refuge*. Einen Überblick zur aktuellen Forschungsdebatte bieten außerdem Schoen, *The Fates of Republics*; Armitage u. a., *Interchange*.

²¹ Mir sind nur drei englischsprachige Aufsätze bekannt, die sich explizit mit der Thematik befassen. Alle behandeln hauptsächlich die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und den USA während des Krieges und schöpfen aus dem gleichen Quellenfundus: Hawgood, *The Civil War*; Kaufman, *Austro-American Relations*; Moss, *The United States*.

²² Vgl. Bonner, *The Salt Water*; Doyle, *The Cause of all Nations*; ders. (Hg.), *American Civil Wars*; Eichhorn, *North Atlantic Trade*; Fleche, *The Revolution of 1861*; Foreman, *A World on Fire*; Gleeson/Lewis (Hg.), *The Civil War as Global Conflict*; Jones, *Blue & Gray Diplomacy*; Kelly, *The European Revolutions*; Nagler u. a. (Hg.), *The Transnational Significance*; Sainlaude, *France*; Sexton, *Debtor Diplomacy*.

Parteinahme und Haltung anderer europäischer Staaten gewesen seien,²³ was aus dieser Perspektive zutreffen mag. Keine europäische Regierung hätte an den beiden Weltmächten vorbei operiert und in den Bürgerkrieg eingegriffen, indem sie zum Beispiel die Konföderation als eigenständigen Staat anerkannt hätten, wenn Paris oder London dies nicht vorher sanktioniert hätten. Doch die Haltung der anderen europäischen Staaten und ihrer Einwohner kommen bei Jordan und Pratt kaum zur Sprache.

Im Jahr 1968 brachte der Aufsatz *The Civil War in the History of the Modern World* von David Potter neue, bis heute wegweisende Impulse für die Untersuchung transnationaler Bezüge des Bürgerkrieges. Potter bemängelte, dass der Bürgerkrieg bis zu diesem Zeitpunkt kaum auf seine globale ideengeschichtliche Bedeutung hin untersucht worden sei.²⁴ Er verwies auf den Liberalismus und den Nationalismus, die sich für eine transnationale Untersuchung des Konflikts anbieten würden. Demnach habe der Sieg der Nordstaaten ein Band zwischen beiden Ideologien geschaffen. Das sei zu einem Zeitpunkt geschehen, in der beide Ideologien sowohl in den USA als auch in Europa auseinanderzudriften drohten.²⁵ Der Krieg habe, so Potter, den Nationalismus sanktioniert und den Liberalismus auf bisher ungeahnte Weise gestärkt.²⁶ So interpretiert, erschien der Erhalt der Union als regelrechter Glücksfall für die westliche Welt.

Auch die europäischen Revolutionen von 1848 nehmen in diesem Zusammenhang einen zentralen Platz als Interpretationsbasis und Diskursrahmen für die Rezeption des Bürgerkrieges in Mitteleuropa ein.²⁷ Die Revolutionen hätten eine Vergleichs- und Analogiebasis geschaffen, die den transatlantischen Transfer von Ideologien wie dem Nationalismus, dem politischen Liberalismus sowie die Zukunft demokratisch regierter Staaten langfristig prägte und dazu führte, dass zu Beginn des Bürgerkrieges in Deutschland ein geistiges Grundgerüst vorhanden gewesen sei, das den Konflikt in Amerika als Fortsetzung liberal-demokratischer Bestrebungen nach staatlicher Einheit und bürgerlicher Freiheit interpretierte.²⁸ „Wir dürfen uns der Zuversicht getrösten, daß unsere in der Heimath gedemüthigte Nationallehre jenseits des atlantischen Oceans ihre Auferstehung feiern wird“, hoffte der Publizist Ludwig Walesrode zu Beginn des Bürgerkrieges.²⁹ Auch Fritz Anneke, der sowohl an der Revolution 1848 als auch am Bürgerkrieg in den USA teilnahm, bezeichnete den Konflikt in Nordamerika als den „folgenschwerste[n] Principienkampf des neunzehn-

²³ Vgl. Jordan/Pratt, *Europe and the American Civil War*, 193–202.

²⁴ Vgl. Potter, *The Civil War*, 135–145.

²⁵ Vgl. ebd., 138.

²⁶ Vgl. ebd., 144.

²⁷ Vgl. Efford, *German Immigrants*; Fleche, *The Revolution of 1861*; Honeck, *We are the Revolutionists*; Kelly, *The European Revolutions*; Quigley, *Shifting Grounds*; Roberts, *Distant Revolutions*; Zimmerman, *From the Rhine to the Mississippi*.

²⁸ Vgl. Fleche, 2012, 1–3 und 43.

²⁹ Walesrode, *Demokratische Studien*, 312.

ten Jahrhunderts“, in dem die freie amerikanische Republik von der Despotie aristokratischer Sklavenhalter bedroht sei.³⁰ Europa müsse am Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten „den lebhaftesten Antheil nehmen“. ³¹ Beide Ereignisse, die Revolution von 1848 und der Krieg in Nordamerika, galten demnach als Entladungen einer für das 19. Jahrhundert symptomatischen, ideengeschichtlichen Spannung: dem Konflikt zwischen aristokratisch-absolutistischen und demokratisch-republikanischen Nationalstaatsbestrebungen beziehungsweise, weniger westlich konnotiert, zwischen „Edlen und *commoners*“.³²

Neuere Arbeiten zu den transnationalen Folgen des Bürgerkrieges haben die von David Potter angestoßenen Fragen nach Transferprozessen von Ideologien in der außeramerikanischen Betrachtung des Bürgerkrieges aufgegriffen und um wichtige Antworten bereichert.³³ Sie berücksichtigen dabei unter anderem Menschen und Kollektive, die ältere, politikhistorische Arbeiten meist ausklammerten: Frauen, Sklaven, religiöse und politische Minderheiten, um nur einige zu nennen.³⁴ Zugleich aber sollte berücksichtigt werden, dass Potters Gründungstext für transnationale Studien über den Bürgerkrieg einen besonderen Schwerpunkt auf den Liberalismus legte. Potter schrieb seinen Artikel in einer Zeit, in der der Liberalismus und die westliche Demokratie enormem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt waren: Die *Modern World*, unter deren Licht Potter den Bürgerkrieg untersucht hat, war vom Klima des Kalten Krieges geprägt. Die vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts lehrenden liberalen und konservativen *consensus historians*, zu denen landläufig auch David Potter gezählt wird, sprachen sich in ihren Arbeiten für einen überwiegend bürgerlichen Charakter der amerikanischen Existenz aus und entwarfen liberale Kontinuitäten in der Beurteilung der exceptionellen Vergangenheit ihrer Nation.³⁵ Der Liberalismus galt in dieser Lesart als das essenzielle Instrument im Kampf gegen Diskriminierung und antidemokratische Weltanschauungen.³⁶ Diese Betrachtungsweise stellt den Liberalismus in ein Licht, das, so die Kritik jüngerer Historiker, seine Kehrseiten – Exklusion, Entmenschlichung, Unterdrückung und dergleichen – sowie andere Interessen menschlichen Verhaltens marginalisiert.³⁷ Ein ideengeschichtlicher Fokus folgt demnach nur einer von mehreren Perspektiven, durch die man sich den transnationalen Auswirkungen des Bürgerkrieges nähern kann. Auch aus diesem

30 Anneke, *Der Zweite Freiheitskampf*, V.

31 Ebd., VII.

32 Vgl. Bender, *A Nation Amongst Nations*, 122–128; Armitage u. a., *Interchange*, 455–489. Zit. Osterhammel, *Hierarchien und Verknüpfungen*, 741.

33 Vgl. Kelly, *The European Revolutions*, 432 f.

34 Vgl. Efford, *German Immigrants*; Honeck, *We are the Revolutionists*.

35 Vgl. Collins, *David Potter's People of Plenty*, 321–355; Jumonville, *Henry Steele Commager*, 231 f.; Wiener, *Radical Historians*, 399–434.

36 Vgl. Jumonville, *Henry Steele Commager*, 224.

37 Vgl. Losurdo, *Liberalism*, 340–344; Zimmerman, *Discussion Forum*, 693–694.

Grund möchte das vorliegende Buch die Forschung zu den grenzübergreifenden Dimensionen des Krieges vor allem um ökonomische Aspekte erweitern und ältere Erkenntnisse unter anderem von der Warte wirtschaftlicher Interessen beleuchten.

Es handelte sich hauptsächlich um mobile, politische Aktivisten und Sprecheliten wie die Achtundvierziger, die den Bürgerkrieg in der oben erläuterten ideologischen Lesart interpretierten und für ihre Interessen einzusetzen versuchten. Ihre Absichten entsprachen jedoch nicht immer zwangsläufig denen der „Sesshaften, den Bodenständigen und den weniger Privilegierten“ in Mitteleuropa.³⁸ Die Kriegsziele der amerikanischen Nord- und Südstaaten stießen auch auf ambivalente Zwischenräume, auf Unpolitische und Pragmatiker, die den Ereignissen in den USA zwischen 1861 und 1865 kritisch, ablehnend oder uninteressiert gegenüberstanden, aber trotzdem auf die eine oder andere Art und Weise in den Konflikt involviert waren. Globale und transnationale Geschichte sollte deshalb lokale Gegebenheiten nicht vernachlässigen. (Historische) Akteure behalten sich vor, auf globale Prozesse so zu reagieren, dass sie ihren lokalen Bedürfnissen und Bedingungen zupasskommen.³⁹ Die historische Erfahrung der transatlantischen Geschichte im zweiten und letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bestand an vielen Stellen aus einem Flickenteppich unverbundener Strömungen, die in ihrer nachträglichen Untersuchung nicht pauschal in eine Form gegossen werden sollten. Ideologische Positionierungen von Akteuren waren zu jener Zeit noch diffuser als im frühen 20. Jahrhundert. Vieles spricht also dafür, neben ideellen auch materielle Verbindungen zwischen dem Lokalen und dem Transnationalen zu untersuchen.⁴⁰

Schon der wilhelminische Historiker Karl Lamprecht insistierte, dass „politische Erscheinungen“ meistens nicht die „Keime“, sondern die „Blüten“ historischer Ereignisse und Prozesse; nicht „Anregungsformen, sondern Formen letzter Ergebnisse“ seien.⁴¹ Die Frage ist also, wie sich die materiellen Grundlagen, der Boden solcher Blüten, zusammensetzte. Der Sozialhistoriker Michael Mann definiert in seinem Werk über die Geschichte sozialer Machtverhältnisse vier idealtypische Hauptquellen, die einander bedingen, beeinflussen und in ihrer Summe die strukturelle Grundlage westlicher Gesellschaften bilden: militärische Macht, ideologische Macht (hierzu zählt er auch den Liberalismus und den Nationalismus),⁴² politische, das heißt staatlich autoritative Macht und schließlich ökonomische Macht. Ein Primat unter den vieren gibt es nicht. Alle vier existierten stets gleichzeitig und stünden in ständigem Wechseler-

³⁸ Conrad, *Globalgeschichte*, 103.

³⁹ Vgl. Kelly, *The European Revolutions*, 441.

⁴⁰ Vgl. Bayly, *The Birth*, 165 f.

⁴¹ Lamprecht, *Deutsche Geschichte*, Bd. 11, 1. Hälfte, 326.

⁴² Vgl. Mann, *Geschichte der Macht*, Bd. 3, Teil 1, 18.

hältnis zueinander, könnten jedoch je nach Zeit und Ort unterschiedliches Gewicht haben.

Im 19. Jahrhundert seien die ökonomische und die politische Macht durch die „Einbettung militärischer Macht in den ‚modernen Staat‘“ einerseits und durch den fortschreitenden Kapitalismus andererseits die dominierenden Elemente gewesen.⁴³ Ideologien versuchten, auf die materiellen Gegebenheiten, die Staat und Wirtschaft in dieser Zeit schufen (relativ autonomer, globaler Kapitalismus, gesteigerte Migration bzw. Mobilität, schnellere Informationsvermittlung durch Eisenbahnen, Dampfschiffe, Massenpresse und Telegrafie), zu reagieren und sich mit ihnen zu arrangieren.⁴⁴

Märkte und der Handel mit wirtschaftlichen Gütern sind grundlegende Elemente für soziale Interaktionen und für jedwede Form gesellschaftlicher Entwicklung. Sie können traditionelle soziale Strukturen und Beziehungen auflösen und ebenso neue schaffen.⁴⁵ Sie können gleichzeitig nie gänzlich ohne Ideen und Sinngebung auskommen, die auf der Basis dieser ökonomischer Grundlagen gedeihen und sie manchmal sogar umzuwälzen vermögen. Auch kulturelle Einflüsse haben in dieser Auslegung ihren angestammten Platz. Wirtschafts- und Kulturhistoriker wie Hartmut Berghoff und Jakob Vogel haben zu Recht darauf verwiesen, dass ökonomisches Handeln ohne Kulturgeschichte defizitär sei.⁴⁶ Rezeptions- und Aneignungsweisen, Konsumverhalten, Gewohnheiten und Ängste erlauben aufschlussreiche Rückschlüsse auf transnationale ökonomische Räume wie den Atlantik. Allerdings können sich kulturelle Handlungsweisen und Ideen ohne Rekurse auf die ökonomische Realität oft nur mühselig Bahn brechen. Sie sind in der Regel der Ausdruck materieller Veränderungen, die bereits eingetreten sind. Der Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Karl Popper hat diesen Zusammenhang einmal so verbildlicht: „Die materiellen Produktionsbedingungen wachsen und reifen, bis sie beginnen, den sozialen und gesetzlichen Beziehungen zu widersprechen, indem sie aus wie zu klein gewordenen Kleidern herauswachsen und sie schließlich zerreißten.“⁴⁷ Die Ideen müssen sich dann wieder neu formieren.

Bleiben wir in der Sprache der Textilien: Bei der Verflechtung ideologischer und politischer Kettfäden mit ökonomischen und kulturellen Webfäden ergibt sich ein umfangreicheres, wenngleich auch komplexeres Bild über die Folgen des Amerikanischen Bürgerkrieges in Mitteleuropa.⁴⁸ Ökonomische Strukturphänomene wie der transatlantische Warenverkehr und die Auswanderung

⁴³ Ebd., 14.

⁴⁴ Vgl. ebd., 51 f. Für einen knappen Überblick zum Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Außenpolitik vgl. außerdem Boch, Staat und Wirtschaft, 4–37; Zimmermann, Die Politische Ökonomie, 113–138.

⁴⁵ Vgl. Gilpin, The Political Economy, 8–24.

⁴⁶ Berghoff/Vogel, Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte, 13.

⁴⁷ Popper, Die offene Gesellschaft, Bd. 2, 128.

⁴⁸ Die Metapher der Kett- und Webfäden stammt aus Tooze, Ökonomie der Zerstörung, 11.

von Millionen Menschen bildeten Knotenpunkte, die die USA im Verlauf des 19. Jahrhunderts mit globalen Prozessen verbanden und somit auch fester an Mitteleuropa knüpften.⁴⁹ Der Güterverkehr zwischen Nordamerika und Mitteleuropa expandierte seit den vierziger Jahren gewaltig.⁵⁰ Dank ihrer durch Zwangsarbeit ermöglichten Rohstoffproduktion, vornehmlich der Baumwolle, entwickelten sich die USA in dieser Periode zum wichtigsten außereuropäischen Exportmarkt und Handelspartner der deutschen Staaten.⁵¹ Deutsche Städte, Unternehmen, Kaufleute, Fabrikanten, Kleinhändler und weite Teile der Bevölkerung waren aufgrund dieser Strukturen nicht von der transatlantischen Sklaverei isoliert. Ihre jahrhundertealten Verflechtungen rücken allerdings erst seit wenigen Jahren in das Blickfeld von Forscherinnen und Forschern.⁵² Das Gleiche trifft auf die fundamentale Bedeutung der Sklaverei für den amerikanischen Kapitalismus im Speziellen und für den globalen Kapitalismus im Allgemeinen zu. Wichtige neue Arbeiten wie die von Sven Beckert, Edward Baptist und anderen Historikern haben auf die weitreichende Bedeutung der Sklaverei im 19. Jahrhundert verwiesen und ältere Forschungsmeinungen, wonach die Sklaverei in den USA eine auf die Südstaaten beschränkte, unwirtschaftliche und folglich zum Tode verurteilte Institution gewesen sei, nachhaltig entkräftet.⁵³ Erst ein blutiger Bürgerkrieg mit Hunderttausenden Toten brachte die *peculiar institution*, wie die Sklaverei im Süden euphemistisch genannt wurde, zu Fall. Ohne Sklavenarbeit wären einerseits die USA nie zu der Wirtschaftsmacht geworden, die sie heute sind. Und andererseits hätte sich der globale Kapitalismus ohne Gewalt und Zwangsarbeit nicht zu seiner Größe und Bedeutung für das Wirtschaften auf der Welt emporschwingen können.

Über eine Million Menschen wanderten allein zwischen 1850 und 1860 aus den deutschen Ländern in die Vereinigten Staaten aus.⁵⁴ Der wachsende Nordatlantikhandel und die Massenauswanderung führten zur sozioökonomischen Verzahnung zwischen den USA und Mitteleuropa und zur Manifestierung gemeinsamer Kommunikationsnetzwerke, die für die Rezeption des Bürgerkrieges wichtig werden sollten. Einwanderer waren in den USA zwangsläufig auf transnationale Rezeptionsmodi ihrer Geschichte und Gegenwart angewiesen, denn „Ursachen, Begründung und Erfolg der Auswanderung [konnten] ohne Rekurs auf die Situation in den Herkunftsländern nicht gedeutet werden“.⁵⁵ Viele der europäischen Einwanderer verstanden den Bürgerkrieg nicht

49 Vgl. Nagler, *Interchange*, 457.

50 Vgl. Osterhammel/Petterson, *Geschichte der Globalisierung*, 59 f.

51 Vgl. Fischer, *Expansion – Integration – Globalisierung*, 121 f.

52 Vgl. Raphael-Hernandez/Wiegink, *German Entanglements*, 3 ff.

53 Für eine Übersicht über den aktuellen Forschungsstand zu dieser Thematik vgl. Baptist, *The Half has never been told*; Beckert, *King Cotton*; Beckert/Rockmann, *Introduction*; Mathisen, *The Second Slavery*.

54 Vgl. US-Bureau of the Census, *Historical Statistics of the United States*, 106.

55 Gräser, *Weltgeschichte im Nationalstaat*, 377.

als inneramerikanischen Konflikt, sondern betteten ihn in die gesellschafts-politischen Konstellationen ihrer alten Heimat ein. Der Kampf zwischen einer Aristokratie despotischer Sklavenhalter und demokratischen Republikanern bildete eins dieser Interpretationsmuster,⁵⁶ ebenso die Deutung des Krieges als Konflikt einer „liberal-aufgeklärte[n]“ Weltanschauung gegen Anhänger eines obsoleten Partikularismus.⁵⁷ Den „Resonanzraum“ dieses transnationalen Rezeptionsmodus bildete ein Publikum, das beiderseits des Atlantiks ansässig war.⁵⁸

Zwar behandeln neuere Arbeiten den Einfluss deutscher Immigranten in den Vereinigten Staaten in der Bürgerkriegsära,⁵⁹ eine eingehende Abhandlung zu Folgen und Wahrnehmung in ihrer ehemaligen Heimat existiert in der Forschungslandschaft bisher aber nicht. Von einem kohärenten Diskurs oder Forschungszweig kann man schwerlich sprechen. Die Zahl älterer Arbeiten ist überschaubar.⁶⁰ Deutschsprachige Historikerinnen und Historiker des 20. Jahrhunderts haben bei der Frage nach den Auswirkungen des Krieges in Mitteleuropa hauptsächlich auf politik- und diplomatiegeschichtliche Schwerpunkte gesetzt, Pressespiegel oder „perception studies“ konzipiert.⁶¹ Eine der neuesten deutschsprachigen Arbeiten zu den deutsch-US-amerikanischen Beziehungen in der Bürgerkriegsära stammt von Enno Eimers,⁶² der die (hauptsächlich diplomatischen) Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Preußen in korrelativer Konstellation analysiert hat. Andere deutsche Staaten und Regionen seien weitgehend unbedeutend für das transatlantische Verhältnis gewesen. Das Königreich der Hohenzollern erscheint als die maßgebliche Macht für die deutsch-US-amerikanischen Beziehungen jener Epoche.⁶³ Auch in anderen Abhandlungen sind die deutschen Dritt-, Klein- und Stadtstaaten und ihre Verflechtungen mit den USA bisher auf recht geringes Interesse gestoßen.

Die Quellenkorpusse zu den Auswirkungen des Bürgerkrieges in Mitteleuropa konstituieren sich überwiegend aus deutschen Archiven. Unveröffent-

⁵⁶ Vgl. Doyle u. a., *Interchange*, 463 f.

⁵⁷ Hochgeschwendner, *Der amerikanische Bürgerkrieg*, 9.

⁵⁸ Gräser, *Weltgeschichte im Nationalstaat*, 377.

⁵⁹ Vgl. Anderson, *Abolitionizing Missouri*; Bungert, *Festkultur*; Honeck, *We are the Revolutionists*; Efford, *German Immigrants*. Honeck untersucht überwiegend die Zeit bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges, Efford und Bungert behandeln die Kriegszeit nur überblicksartig.

⁶⁰ Vgl. Lutz, *Die Beziehungen zwischen Deutschland*; Stolberg-Wernigerode, *Deutschland und die Vereinigten Staaten*; Loidolt, *Die Beziehungen Österreichs*; Lympius, *Die diplomatischen Beziehungen*; Pfeiffer, *Deutschland und der Amerikanische Bürgerkrieg*; Löffler, *Preußens und Sachsens Beziehungen*; Müller, *Der amerikanische Sezessionskrieg*.

⁶¹ Zur Popularität der *perception studies* in der deutschsprachigen Nordamerikaforschung nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem der fünfziger und sechziger Jahre, vgl. Gassert, *Writing about the (American) Past*, 357.

⁶² Vgl. Eimers, *Preußen und die USA*.

⁶³ Vgl. ebd., 550 ff.

lichte Archivalien aus den Vereinigten Staaten haben bislang nur Eimers und Michael Löffler herangezogen. Allerdings hat bisher keine Arbeit die *Official Records of the War of the Rebellion* konsultiert, die mit 128 Bänden die umfangreichste Quellenedition zum Bürgerkrieg darstellen und in Hinsicht auf seine Auswirkungen in Mitteleuropa ausgesprochen informativ sind.⁶⁴ Für die vorliegende Arbeit wurde dieser Quellenbestand erstmalig ausgewertet. Das Gleiche gilt für Zeitungen aus den Vereinigten Staaten und die in London verlegte Zeitschrift *The Index*, dem Sprachrohr der Konföderiertenregierung in Europa, in dem auch Korrespondenten aus den deutschen Staaten zu Wort kamen, was aufschlussreiche Einblicke in die Haltung deutscher Zeitgenossen zur Konföderation ermöglicht. Ähnlich informativ erweisen sich die Unterlagen und der Briefwechsel von Henry Hotze, dem Leiter der südstaatlichen Agitationsarbeit in Europa, dessen Nachlass in der *Library of Congress* aufbewahrt wird.

Akten und Unterlagen von transnational tätigen Unternehmen und Kaufleuten, die für die Erforschung grenzübergreifender Phänomene besonders wichtig sein können, gehören leider zu den bestgeschützten und dadurch unzugänglichsten Quellen für Historiker. Durch Firmenauflösungen oder Fusionen gehen die meisten dieser Bestände für immer verloren. Eine erfreuliche Ausnahme bilden die Unterlagen des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (Hapag) im Bremer beziehungsweise Hamburger Staatsarchiv. Sie wurden für diese Arbeit untersucht und ermöglichen Erkenntnisse zum unternehmerischen Handeln während dieser Krisenzeit.

Die Passagen dieser Arbeit, die sich mit dem Presseecho des Bürgerkrieges in deutschsprachigen Tageszeitungen und Wochenzeitschriften befassen, stützen sich in Teilen auf die Vorarbeit bereits erschienener Studien. Allerdings wurden einige regionale Blätter (vorrangig aus dem süddeutschen Raum) und Zeitungen aus dem Dunstkreis von Arbeitervereinen konsultiert, die ältere Arbeiten nicht berücksichtigt haben. Größeren Raum erhalten auch die Strukturbedingungen deutscher Zeitungen, deren Herausgeber und Redakteure nicht als die unabhängigen oder objektiven Berichterstatter erscheinen, die sie häufig vorgaben zu sein. Amerikanische Konsuln, Gesandte, inoffizielle Agenten und lokale, nicht staatliche Unterstützer von Union und Konföderation nutzten mitunter gezielt die materiellen Bedürfnisse einzelner Journalisten aus, um wohlgesinnte oder diffamierende Artikel zu lancieren. Das bringt uns zu einer anderen wichtigen Quellengruppe dieser Arbeit: den Berichten der nordstaatlichen Konsuln an das Außenministerium in Washington, die in den *National Archives* aufbewahrt werden. Die Berichte der Konsuln, den „bürgerlichen

⁶⁴ Die Cornell University Library stellt die *Official Records* mittlerweile als Online-Ausgabe frei zur Verfügung: https://collections.library.cornell.edu/moa_new/moawar.html (letzter Abruf 9. Januar 2021).

Stiefkindern der Diplomatie“⁶⁵ liefern einen kohärenten Blick auf diejenigen Ereignisse in den deutschen Staaten, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Folgen des Bürgerkrieges standen. Die mit Abstand umfangreichsten dieser Berichte stammen von den Konsulaten in Bremen, Hamburg und dem Generalkonsulat in Frankfurt,⁶⁶ was die immense Bedeutung der drei Stadtstaaten für die deutsch-amerikanischen Beziehungen vor 1871 unterstreicht und die regionalen Schwerpunkte dieser Arbeit erklärt.

Die Konsulate und ihre Mitarbeiter in Hamburg, Bremen, Frankfurt waren intensiver in durch den Bürgerkrieg provozierte Ereignissen verwickelt als die Vertretungen in Wien und Berlin. Der amerikanische Gesandte in Wien zum Beispiel betrachtete seinen Aufenthalt in der kaiserlichen Hauptstadt während des Bürgerkrieges als „mummifying process“ da dort wenige seiner Landsleute anzutreffen waren, dafür aber die „crème de la crème“ des europäischen Adels, der es jedoch bevorzugte, unter sich zu bleiben: „I might live here for the rest of the century, and never take root [...]. The Austrians are charming people [...] but they don't like strangers.“⁶⁷

Die Berichte der Konsuln sind zwangsläufig von Voreingenommenheit und Tendenz begleitet, was es bei ihrer Interpretation zu berücksichtigen gilt. Zu Verifizierungs- und Vergleichszwecken wurden deshalb je nach Möglichkeit Zeitungsartikel sowie private Briefe zwischen den Konsuln ausgewertet. Letztere sind bedauerlicherweise nur in sehr geringer Zahl erhalten.⁶⁸ Eine besondere Wertsteigerung erfahren die Konsulatsberichte aufgrund der Tatsache, dass ihre Verfasser gelegentlich Flugblätter, Briefe und Gesuche aus der lokalen Bevölkerung beilegte, die sonst wohl nicht überliefert worden wären. Die Konsuln und ihr lokales Umfeld in den deutschen Städten bildeten wichtige Nahtstellen für die transatlantische Rezeption des Bürgerkrieges. Sie agierten schon von Amts wegen als Vermittler, Grenzgänger und Transmitter des Konflikts und betrieben eine *public diplomacy*, die auf die Zusammenarbeit und den Kontakt zu nicht staatlichen Akteuren vor Ort angewiesen war. Das trug zur Schaffung transnationaler Räume bei,⁶⁹ in denen der Bürgerkrieg ausgehandelt und an regionale Gegebenheiten angepasst werden konnte. Dadurch erhalten Konsulatsberichte und die Biografien ihrer Verfasser einen nicht nur

⁶⁵ Stern, Gold und Eisen, 436.

⁶⁶ In Wien hatte das State Department ebenfalls ein Konsulat errichtet, in Berlin hingegen gab es zur Zeit des Bürgerkrieges noch keins. Konsularische Angelegenheiten erledigte die dortige Gesandtschaft. Vgl. Judd an Seward, 18. März 1865, NA Berlin.

⁶⁷ Vgl. Curtis (Hg.) *The Correspondence of John Lothrop Motley*, 60 f., 69 f., 81, 175. Zitate: 81, 109.

⁶⁸ Es handelt sich um die Nachlässe der Konsuln für Hamburg und für Paris. Vgl. James H. Anderson Papers, Ohio Historical Society, Columbus und John Bigelow Correspondence, Union College, Schenectady, New York.

⁶⁹ Vgl. Espagne, *Die Rolle der Vermittler*, 309 ff.

für diese Arbeit, sondern für die transnationale Geschichtsforschung im Allgemeinen nicht zu verachtenden Stellenwert.

Das Buch beginnt mit einem Kapitel über den deutschsprachigen Sklaverei- und Emanzipationsdiskurs vor und während des Bürgerkrieges. Der Nexus zwischen der Sklaverei und den Konföderierten Staaten ist ein für das Verständnis der Kriegsfolgen und der Parteinahme in Mitteleuropa zentraler und stets wiederkehrender Faktor. Es wird gezeigt, wie die deutsche Beteiligung am Handel und am Konsum von Sklavereiprodukten – vorrangig der Baumwolle – das Bewusstsein für die Existenz und Bedeutung der Sklaverei in Amerika beeinflusste und wie Menschen in Mitteleuropa auf ihre Verwicklung mit der atlantischen Ökonomie reagierten. Gleichzeitig werden Aneignungs- und Abwehrprozesse in der literarischen Auseinandersetzung mit afroamerikanischen Sklaven beleuchtet. Dies erfolgt unter anderem anhand einer Neubetrachtung der deutschsprachigen Rezeption des Antisklaverei-Romans *Onkel Toms Hütte*. Sympathien für die Versklavten, so die Erkenntnis, waren weniger populär als rassistische Ressentiments gegenüber dem Gleichheitsanspruch dunkelhäutiger Menschen oder der Legitimität ihrer Emanzipation – Auffassungen, die in damaliger Sicht als wissenschaftlich fundiert galten.

Die Kapitel drei und vier behandeln unmittelbare Kriegsauswirkungen auf die Stadtstaaten Hamburg und Bremen und ihr Umland. Als Orte an der Peripherie nationaler Geschichtsschreibung waren sie lange Zeit nur ein „ferner Saum“ eines sich konstituierenden deutschen Nationalstaatsgedanken.⁷⁰ Als Hafenstädte aber bildeten Hamburg und Bremen zentrale Ankerpunkte sowohl für die Handelsbeziehungen als auch für die Migration zwischen den mitteleuropäischen und den Vereinigten Staaten. Wirtschafts- und Sozialstrukturen beider Städte waren im 19. Jahrhundert vom Überseehandel dominiert.⁷¹ Ihre Kaufmannschaften standen in enger geschäftlicher und verwandtschaftlicher Beziehung zu Einwohnern der Hafenstädte an der nordamerikanischen Ost- und Golfküste.⁷² Auch auf diplomatischer Ebene herrschten enge Verbindungen zwischen Hamburg, Bremen und den Vereinigten Staaten.⁷³ Die Hansestädte verfügten als einzige deutsche Staaten, neben Österreich und Preußen, über eine Gesandtschaft in Washington. Sie waren Seismografen für die ökonomischen Auswirkungen des Bürgerkrieges in Deutschland, die sich unter anderem in Form von großen Waffenlieferungen in die Nord- und Südstaaten bemerkbar machten. Bisher unbearbeitete Bestände aus den Unterlagen der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft und des Norddeutschen Lloyd belegen, wie Unternehmen vom Konflikt in den Ver-

70 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 404.

71 Vgl. Schulz, *Weltbürger und Geldaristokraten*, 638 ff.

72 Vgl. Maischak, *German Merchants*, 50 ff.

73 Vgl. Mustafa, *Merchants and Migrations*.

einigten Staaten profitierten. Es zeigt sich, wie die Auswirkungen der Blockade der Südstaaten zu einer Neuausrichtung der mitteleuropäischen Bezugsmärkte für Baumwolle führten. Baumwolle war der wichtigste Rohstoff der deutschen Textilindustrie, die in vielen Regionen Deutschlands Leitsektor war.⁷⁴ Textilgüter machten Mitte des 19. Jahrhunderts etwa die Hälfte aller deutschen Exportprodukte aus.⁷⁵ Der Krieg wurde in diesem Zusammenhang keineswegs als Hindernis oder Bruch verstanden, sondern als Ereignis, das Kaufleute, Importeure und Reeder in ihr ökonomisches Handeln einkalkulierten und sie zu Unternehmungen in Drittstaaten wie Mexiko animierte.

Das vierte Kapitel prüft die Verwicklungen der deutschen Amerikaauswanderung mit der mitteleuropäischen Wahrnehmung des Bürgerkrieges. Dies erfolgt anhand zweier Schlaglichter: Das erste beleuchtet deutsche Spenden für die *United States Sanitary Commission* vor dem Hintergrund humanitärer Hilfsnetzwerke. Organisierte Hilfe aus Mitteleuropa profitierte während des Bürgerkrieges von der Existenz der deutschsprachigen Amerika-Diaspora und beruhte nicht auf (allein) religiös-ideellen Motiven. Sie war von handfesten ökonomischen Interessen begleitet, die auf der zunehmenden Verflechtung des atlantischen Wirtschaftsraums beruhten, und eignete sich als Werbemittel und Türöffner für neue Märkte. Das zweite Schlaglicht dieses Kapitels behandelt das Rekrutierungsgeschäft der Unionsregierung und ihrer Agenten in Mitteleuropa. Während des Bürgerkrieges war die Einwanderung nach Nordamerika nicht nur Triebkraft der Landeserschließung durch neue Arbeitskräfte. Sie diente auch dem Truppennachschub für die Unionsarmee, auch wenn Washington das zu kaschieren versuchte. Der Bedarf an Soldaten war so gewaltig, dass man in deutschen Häfen Auswanderungswillige mit teilweise illegalen Methoden für die Nordstaatenarmee rekrutierte, was zu einigem Aufsehen führte und der Sympathie für die Union schadete. Mancherorts provozierten diese Vorfälle nicht nur Kritik an den USA, sondern auch an den sozialen und politischen Verhältnissen in Deutschland, wodurch der Bürgerkrieg einen disponibleren, lokalen Bezugsrahmen gewann.

Frankfurt am Main war, wie Kapitel fünf erörtert, seit der Frühen Neuzeit ein „Mittler zwischen dem deutschen Binnenhandel und dem Welthandel“⁷⁶ und seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einer der wichtigsten Finanzplätze Kontinentaleuropas für amerikanische Wertpapiere. Die enge Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und mitteleuropäischen Finanziers waren Mitte des 19. Jahrhunderts ein zentraler Bestandteil US-amerikanischer Außenpolitik, während die expandierenden USA wiederum einen profitbringenden Investitions-

⁷⁴ Vgl. Adelman, *Strukturwandlungen*, 162–184; Kiesewetter, *Die Industrialisierung Sachsens*; Laufer, *Zwischen Heimgewerbe und Fabrik*; Medick, *Weben und Überleben*; Murr, *Welthandel vor Ort*; ders., *Ein „deutsches Manchester“?*

⁷⁵ Vgl. Fischer, *Expansion – Integration – Globalisierung*, 106, 405.

⁷⁶ Schulz, *Liberalismus in Hamburg und Bremen*, 136.

markt für deutsche Kapitalisten darstellten.⁷⁷ Durch Lobby- und Pressearbeit versuchten sowohl amerikanische Vertreter der beiden Kriegsparteien als auch lokale Bankhäuser und ihre Geschäftspartner in den USA, Anleger zu gewinnen, die mit ihrem Geld den Krieg finanzieren sollten. Aufgrund des enormen Handelsvolumens entwickelte sich Frankfurt und sein Umland gerade in der Spätphase des Krieges zu einer Kernregion der grenzübergreifenden Auswirkungen des Konfliktes. Im Verlauf dieses Kapitels wird nach den Intentionen gefragt, die die beteiligten Akteure leiteten, zugunsten entweder der Union oder der Konföderation zu handeln, sowie nach dem Procedere von Kapitaltransfers zu dieser Zeit. So wird gleichzeitig herausgearbeitet, wie Mitteleuropa durch den Bürgerkrieg zum wichtigsten kontinentalen Handelsplatz für den transatlantischen Finanzkapitalismus wurde.

Viele der global angelegten Forschungsbeiträge zum Amerikanischen Bürgerkrieg liefern wichtige Antworten über die Vorgeschichte des Bürgerkrieges, aber nur wenige über seine Nachwirkungen auf außeramerikanische Regionen.⁷⁸ Das letzte Kapitel des Buches greift dieses Desiderat auf. Es geht der Frage nach, inwiefern der Bürgerkrieg und die Verflechtungen einzelner Akteure auf Diskurse zum deutschen (Bürger-)Krieg von 1866 und die Gründung des Norddeutschen Bundes im Jahr darauf wirkten und welche Konvergenzen beide Kriege kennzeichneten. Es zeigt sich unter anderem, dass der Bürgerkrieg einen erheblichen Anteil an der öffentlichen Erörterung von Krieg und Nationenbildung in Mitteleuropa hatte und er die *mental map* der am Diskurs beteiligten Zeitgenossen gehörig erweiterte. Eine wesentliche Reaktion auf diese Horizonterweiterung war eine (wieder) erstarkte globalisierungskritische Haltung, wie sie in Zeiten wachsender globaler Verflechtung oft symptomatisch ist.

Ein Ausblick in Kapitel sechs zeigt, wie der durch den Bürgerkrieg veränderte Freiheitsbegriff nach 1865 in Mitteleuropa verhandelt wurde und welche Folgen dies auf Diskurse über Arbeit und den Umgang mit gesellschaftlichen und ethnischen Minderheiten hatte. Freiheit und Sklaverei existierten faktisch das ganze 19. Jahrhundert über in Abhängigkeit voneinander. Der postemanzipatorische Freiheitsbegriff, so die Schlussfolgerung, erzeugte unter Politikern und Publizisten, Bankiers, Kaufleuten, Frauenrechtlerinnen und Arbeitern langfristig wenige egalitäre Impulse in der Auseinandersetzung mit subalternen Gesellschaftsgruppen. Er rechtfertigte vielmehr ihre soziale, politische und ökonomische Diskriminierung, Kontrolle sowie (informelle) imperialistische Denk- und Handlungsweisen.

⁷⁷ Vgl. hierzu allgemein Davis/Cull, *International Capital Movements*; Sexton, *Debtor Diplomacy*.

⁷⁸ Vgl. Hahn, *What Sort of World*, 338 f.

Die vorwiegend punktuelle Untersuchungsmethode der vorliegenden Arbeit zeigt aufschlussreiche Dissonanzen abseits landläufiger Meinungen zu den Folgen und zur Rezeption des Bürgerkrieges in Mitteleuropa auf. Gleichzeitig spricht sich die Arbeit dafür aus, in Vergangenen nicht nur „Vorboten dessen zu entdecken, was später passiert, sondern ebenso auf Entwicklungen zu verweisen, die nicht fortgeführt werden – verlassene Gleise zu betrachten.“⁷⁹ Dadurch soll die „künstliche Einheit“, die historischen Ereignissen wie dem Bürgerkrieg im Nachhinein beigemessen wird, durchbrochen werden, indem sie nach Möglichkeit die für Zeitgenossen unmittelbarere „Situationslogik“ betont, die den Ausgang des Bürgerkrieges nicht absehen konnte.⁸⁰

79 So Nils Minkmar in seiner Rezension zu Lutz Raphaels *Jenseits von Kohle und Stahl*. Vgl. https://www.suhrkamp.de/buecher/jenseits_von_kohle_und_stahl-lutz_raphael_58735.html (letzter Abruf 10.01.2021).

80 Dobry/Lüttenberg, „Ereignisse“ und Situationslogik, 85.

Kapitel 2

Die nordamerikanische Sklaverei im deutschsprachigen Diskurs, ca. 1840–1860

Für die Beurteilung mitteleuropäischer Positionen zur Sklaverei lässt sich kein normativer Erklärungsrahmen zimmern. Es ist angemessener, den Pfaden verschiedener Akteursgruppen zu folgen, um den Entscheidungen der Betroffenen auf den Grund zu gehen.¹ Dass die Mehrheit der Menschen in den deutschen Staaten von vornherein auf der moralisch „richtigen“ Seite des Nordens stand, ist eine Behauptung, die der Vielseitigkeit der historischen Wirklichkeit nicht gerecht wird.

Folgt man einer der bekanntesten zeitgenössischen Mentalitätsstudie der hier behandelten Epoche, Ludwig von Rochaus *Grundzüge der Realpolitik*, deren zweiter Teil kurz nach Ende des Bürgerkrieges erschien, lässt sich der deutschsprachige Sklavereidiskurs besser verstehen. Ideale wie „die Gleichheit der Geschlechter, der Racen, ‚alles Dessen [sic], was Menschenangesicht trägt‘“, galten demnach nur als bloße „politische Nichtigkeit[en]“ und „Phantasiebilder“.² Praktisches und Erfahrbares waren um 1850 zu engen Begleitern des Zeitgeistes geworden; die Ökonomie erlebte eine „ungeheuer gesteigerte Bedeutung“,³ sodass moralische Skrupel in der Ausverhandlung der Sklavenfrage, die ihre Eindämmung und die Genese rassistischer Weltanschauungen hätte bremsen können, ins Hintertreffen gerieten. Der Ausspruch „In came the dividends, up went the lofty thoughts“ fasst diese Dualität von Geist und Materie pointiert zusammen.⁴

1 Vgl. Palmer, *How Ideology works*, 1051.

2 Rochau, *Grundsätze der Realpolitik*, 2. Teil, VII.

3 Möller, *Vom revolutionären Idealismus zur Realpolitik*, 79.

4 E. M. Forster zit. n. Hobsbawm, *The Age of Capital*, 232.

Moral und ökonomisches Handeln waren ambivalente Begriffe.⁵ Ökonomisches Handeln galt unter Kritikern nicht als altruistisches Mittel zum Zwecke des Allgemeinwohls, sondern als Instrument, das Unternehmen und Individuen zum Vorteil gereichen sollte. „Gleichwie [...] die Regierungen noch weit entfernt sind, sich für ihre Handlungsweise die Gebote des öffentlichen Gewissens allerwege zur Richtschnur dienen zu lassen“, analysierte der Verleger August Röckel mit Blick auf die deutschen Unterstützer der Konföderation und der Sklaverei, „so gilt dies auch von den größern [sic] Handelsunternehmen und das öffentliche Gewissen fängt erst ganz allmählig an, sich gegen diese Mißachtung seiner Gebote zu sträuben.“⁶

Mit der Aufklärung und der Französischen Revolution erblühte im 18. Jahrhundert der Drang nach Selbstverwirklichung und einer Partizipation des Individuums in Öffentlichkeit und Politik.⁷ Als größere Teile der europäischen Bevölkerung in die Sphäre des Politischen traten, kamen Demokratisierung und Repräsentation der eigenen sozialen Position sprichwörtlich in Mode.⁸

Die Politisierung sprang von Straßen, Rednerpulten und Zeitungen auf den Leib der Menschen über. Erschwingliche Kleidung für alle war gefragt. Kleidung, die nicht nur vor Kälte, Hitze und Nässe auf Äckern und in Fabriken schützen sollte, sondern zugleich modisch war und die Individualität von Trägerin und Träger betonte.⁹ Für diese Zwecke war Baumwolle besonders geeignet. Dank der Sklavenarbeit auf den Plantagen Amerikas und der Fertigung in Europas Fabriken durch schlecht bezahlte Frauen oder gar nicht entlohnte Kinder wurde Baumwolle Anfang des 19. Jahrhunderts günstiger als Leinen oder Schafwolle.¹⁰ Auch die Qualität des Rohstoffes trug zu seinem Erfolg bei: Baumwolle absorbierte Farbe besser als andere Fasern, sie brachte Abwechslung in das triste Braun und Beige alter Garderoben und betonte zugleich die Individualität ihrer Trägerinnen und Träger.¹¹ Gerade ärmere Bevölkerungsteile gaben dem Siegeszug der Baumwolle und Textilindustrie Mitteleuropas Starthilfe.¹²

5 Vgl. Stehr, *Die Moralisierung der Märkte*, 88.

6 *Frankfurter Reform*, 13. März 1863.

7 Vgl. Hunt, *Writing History*, 130–151.

8 Vgl. Steiner, *Überlegungen zur Monetarisierung*, 486 f., 499 f.

9 Vgl. Osterhammel, *Hierarchien und Verknüpfungen*, 790 f.

10 In Preußen, Sachsen und Württemberg waren 1861 bis über zwei Drittel der Textilarbeitenden Frauen und Kinder. Vgl. Viebahn (Hg.), *Statistik*, Bd. 3, 873. Weitere Zahlen zur Beschäftigungs- und Lohnstruktur finden sich bei Kirchhain, *Das Wachstum*, 162–165. Zur Frauen- und Kinderarbeit in der Baumwollindustrie generell vgl. Beckert, *King Cotton*, 185 ff.

11 Vgl. Steiner, *Überlegungen zur Monetarisierung*, 493, 495 ff.

12 Vgl. Blessing, *Umwelt und Mentalität*, 34 f.; Kaschuba, *Lebenswelt und Kultur*, 16 f., 103–105; Mooser, *Preußische Agrarreformen*, 548; Steiner, *Überlegungen zur Monetarisierung*, 491.

Menschen müssen sich kleiden. Zunächst um des Schutzes des Körpers, dann um des Schamgefühls willen – die mittel- und westeuropäische Mode wurde seit den sechziger Jahren pragmatischer, konservativer, in Schnitt und Menge zunehmend – und schließlich, um gesellschaftliche Teilhabe oder Abgrenzung zu demonstrieren.¹³ Sie wurde zugleich demokratisiert und breiteren Bevölkerungskreisen zugänglicher gemacht, zunächst in den Städten, etwas später auch auf dem Land.¹⁴ Niedrige Einfuhrzölle auf Rohbaumwolle machten industriell gefertigte Kleidung günstiger als die handgefertigte Konkurrenzware aus Wolle und Leinen.¹⁵ Um 1860 waren die Preise für Baumwollkleidung in Deutschland so niedrig wie selten zuvor.¹⁶ Weber, Spinner, Färber und Tuchmacher in Hannover, Preußen, Sachsen, Bayern, Böhmen und Baden verarbeiteten jährlich Tausende Ballen Baumwolle aus Texas, Louisiana und Georgia, um die Nachfrage der Konsumenten zu stillen.

Zur Zeit des Bürgerkrieges war Baumwolle in Europa derart verbreitet und ihre maschinelle Verarbeitung so weit vorangeschritten, dass der Rohstoff und das Wissen über seine Herkunft und Produktion für die meisten Konsumenten „entorientalisiert“¹⁷ war. Das Woher und vor allem das Wie spielte in der Frage der Kleidungsherstellung eine untergeordnete Rolle. Mangelnde Kenntnis über den Ursprung der Baumwolle und die Arbeits- und Lebensbedingungen, unter denen Menschen sie ernteten, vertiefte dieses Desinteresse: „Baumwolle stammt daher, woher auch das Zuckerrohr stammt“, lasen angehende Pädagogen in einem Lehrbuch von 1860, ohne dabei Details über die Produktionsbedingungen zu erfahren.¹⁸

Ähnlich stumm blieben die Artikel zur Baumwolle und zur Baumwollfabrikation in zeitgenössischen Lexika, wenn es um die Verbindung des Rohstoffes mit der Sklaverei ging.¹⁹ Baumwolle war schlichtweg da. Die meisten Mitteleuropäer bekamen sie nicht in ihrer Rohform zu Gesicht, sondern erwarben sie zu Garn gesponnen oder zu Hemd und Rock genäht. Kaum ein Mensch „aus dem verehrungswürdigen europäischen Publicum“ würde daran denken, „daß er die Sklaverei verewigt, wenn er sich an baumwollene Hemden gewöhnt“, spottete ein Journalist.²⁰ Die Wahl zu Kleidung, deren Fasern nicht von Sklavenhand geerntet waren, hatten, wenn überhaupt, nur wenige reflektierte Wohlhabende oder Menschen in Regionen, in denen vorwiegend Leinen und tierische Wolle verarbeitet wurden, wie beispielsweise in Schlesien, dessen Leinenindustrie durch den vom Bürgerkrieg ausgelösten Baumwollmangel

¹³ Vgl. Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, Bd. 1, 137 f.

¹⁴ Vgl. König, *Geschichte der Konsumgesellschaft*, 185.

¹⁵ Vgl. ebd., 186.

¹⁶ Vgl. Steiner, *Überlegungen zur Monetarisierung*, 496.

¹⁷ Osterhammel, *Hierarchien und Verknüpfungen*, 791.

¹⁸ Grünwald, *Deutsche Sprachlehre*, 162.

¹⁹ Vgl. Meyer, *Neues Konversations-Lexikon*, 2. Auflage, 1062–1073.

²⁰ *Süddeutsche Zeitung* (Morgenblatt), 25. März 1863.

nochmals eine Konjunkturperiode erlebte.²¹ Für den bewussten Boykott von Baumwolle fehlte dem Rohstoff außerdem die Möglichkeit der Zuordnung zu ihren Produzenten,²² also den amerikanischen Pflanzern und ihren Sklaven. Selbst die meisten in der Baumwollindustrie tätigen Mitteleuropäer bekamen Baumwolle in der Regel nur als Halbfabrikat, zu Garn versponnen und ohne einprägsame Herstellerkennzeichnung oder ein Label, wie es in der heutigen Textil- und Modeindustrie gang und gäbe ist, zu Gesicht.

Die Verbindung von Baumwolle und Sklaverei war für die zeitgenössische Interpretation des Amerikanischen Bürgerkrieges eklatant, aber bei Weitem nicht so evident, wie man heute annehmen könnte. Einzelne Zeitgenossen fühlten sich deshalb berufen, über diese schicksalshafte Verbindung von Konsum und Knechtschaft aufzuklären.

Im Juli 1865, der Krieg in Amerika war gerade wenige Wochen vorüber, konnten Besucher des Bremer Schützenfestes, dem bis dahin größten deutschen Volksfest, eine eigens errichtete Ausstellungshalle auf dem Festplatz besuchen, die einen pädagogischen Zweck verfolgte: eine „Belehrung über Verhältnisse, die dem Binnenländer der Regel nach fern bleiben“, wollte die Ausstellung präsentieren. Zu den wichtigsten Exponaten zählten drei Rohstoffe, die durch die Verbindung der Hansestädte mit Amerika in mitteleuropäischen Haushalten regelmäßig geraucht, getrunken und getragen wurden: Hunderte Sorten Tabak, Kaffee und Baumwolle lagen aus. „Die Baumwolle müssen wir mit einer gewissen Ehrfurcht betrachten“, ermahnte ein Journalist, „sie ist in niger als irgendein anderer Handelsartikel mit der Geschichte der neueren Zeit verwoben.“ Die Ballen, die in der Halle zu bestaunen waren, zeigten, wie der Rohstoff „in den Kämpfen für die politische Freiheit mitgewirkt hat. Die großen Anstrengungen und Entbehrungen mit denen Europa in der Zeit der Baumwollen Krise neue Pflanzungen in Ägypten, Indien, China, Brasilien angelegt hat, haben beigetragen, den Kampf in Amerika zu entscheiden, sie haben geholfen, die Sklaven zu befreien.“²³

Die Baumwolle war die materielle Quintessenz des Amerikanischen Bürgerkrieges. Als die Baumwollzufuhr im Verlauf des ersten Kriegsjahres anfang zu versiegen, wurden die Textilproduzenten Deutschlands unruhig. In einer fiktiven Reportage der Weihnachtsausgabe von 1861 der Satirezeitschrift *Frankfurter Latern* schrieb der Protagonist, ein Frankfurter Textilkaufmann, an seine Ehefrau:

Die veruneinigten Staaten von Nordamerika rufen mich zum Kampfe. Die Baumwolle ist in Gefahr von der wir fünfunddreißig Jahre lang gelebt haben und der bedrohte Süden

²¹ Vgl. Zimmermann, *Blüte und Verfall*, 332–428.

²² Vgl. van der Linden, *Workers of the World*, 244.

²³ *Weser-Zeitung*, 18. Juli 1865 (Abendausgabe).

wird dem Norden zeigen, was eine Elle kostet. Wir sind alle Sklaven, sogar unserer Leidenschaften. Als gefährdeter Familienvater und baumwollener Warenhändler kenne ich meine Pflicht.²⁴

Dies gesagt, besteigt der Kaufmann als „freiwilliger baumwollener Jäger der Südarmerie“ ein Schiff Richtung Atlantik, auf dem er und seine Mitreisenden von der Unionsflotte gefangen genommen werden.²⁵

Wie dieser fiktive Vorfall versinnbildlicht, spielten moralische Bedenken in der Auseinandersetzung mit der Sklavereithematik und der Frage, welche der beiden Kriegsparteien unterstützenswert seien, gerade bei ökonomisch Betroffenen eine zweitrangige Rolle. Weitgehend unreflektierter Pragmatismus bestimmte das Geschäftsgebaren mitteleuropäischer Kaufleute gegenüber den Südstaaten Nordamerikas.²⁶ Die Abschaffung des transatlantischen Sklavenhandels in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts verschob die Sklaverei bloß von der Vordertür zum Hintereingang. Weltwirtschaftlich blieb sie ein starker Faktor. Produkte aus Zwangsarbeit benötigte die wachsende Industrie Europas weiterhin.

Das Für und Wider der Sklaverei war in diesem Zusammenhang weniger eine ideologische denn eine ökonomische Frage. Die amerikanische Sklaverei war dem unmittelbaren Erfahrungshorizont der meisten Mitteleuropäer fern, darin sind sich Zeitgenossen und Historiker einig: Die Sklaverei sei „glücklicherweise [...] in Deutschland von keinerlei naheliegenden Bedeutung für Leben und Staat“, beruhigte der Jurist Robert von Mohl 1844.²⁷ Sie „gab es anderswo; es gab sie nicht in Deutschland“, so Jürgen Osterhammel.²⁸ „Nirgendwo sonst in der Sphäre der lateinischen Christenheit spielen Sklaverei und andere Formen der Unfreiheit als historische Erfahrung eine geringere Rolle als in Deutschland, dem einzigen großen Land Europas ohne eine frühneuzeitliche Kolonialvergangenheit“.²⁹

Osterhammels Feststellung bedarf jedoch einer Relativierung. Das Fehlen eigener Kolonien formte kein räumliches Vakuum, das Mitteleuropa von den globalen Folgen der Sklavenwirtschaft isolierte. Seit über 300 Jahren profitierten und lebten Menschen im Wuppertal, in Augsburg, Laichingen, Hamburg und Frankfurt vom atlantischen Sklavenhandel und den Produkten der Sklavenarbeit.³⁰ Nur den deutschen Baumwollhändlern und -fabrikanten war es weitge-

²⁴ *Frankfurter Latern*, 24. Dezember 1861, 187.

²⁵ Ebd., 187.

²⁶ Vgl. Hall, Afterword, 216; Overkamp, A Hinterland, 161–185.

²⁷ Mohl, Die Aufhebung der Sklaverei, 478.

²⁸ Osterhammel, Sklaverei, 7.

²⁹ Ebd., 12.

³⁰ Vgl. Medick, Weben und Überleben; Ressel, 75–96; Weber, Mitteleuropa, 7–30; ebd., Deutschland, 37–67.

hend gleichgültig, unter welchen Bedingungen die Rohstoffe geerntet wurden, ihre „Erzeuger [...] waren unsichtbar“.³¹ Qualität und Preis hatten Vorrang. Ähnlich dachten und handelten die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben und die Menschen an den heimischen Webstühlen. Oppositionelle Stimmen wurden im Verlauf des 19. Jahrhunderts zwar lauter, verhalten aber oft gegenüber einem mächtigen Konglomerat sozialhierarchischer, teilweise religiös legitimistischer und traditioneller Herrschaftsformen, die über Jahrhunderte hinweg die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft und somit die Genese eben jenes Wachstums dominierten, von der auch die potenziellen Kritiker profitierten, die in Baumwollhemden gekleidet am Schreibtisch sitzend die Sklaverei verurteilten, dabei ihren gezuckerten Kaffee tranken, während die mit Virginia-Tabak gestopfte Pfeife im Aschenbecher glühte.

Es waren nicht wenige deutschsprachige Beobachter zur Stelle, die die Unterwerfung einer Bevölkerungsgruppe, wie sie die Afroamerikaner/-innen darstellten, von einem religiösen oder rassistisch motivierten Standpunkt betrachteten und legitimierten.³² Zugegeben, Sklaverei und Zwangsarbeit verfügten im mitteleuropäischen Diskurs Mitte des 19. Jahrhunderts nur über wenige öffentliche Fürsprecher. Deutsche Sklaverei-Apologeten waren nach der Bauernbefreiung und dem Ende der Leibeigenschaft von einer gemäßigt liberalen Buch- und Presselandschaft in die Enge getrieben, sodass sie immer weniger Gehör fanden.³³ Überall gebe es zwar „entschiedene Egoisten und Materialisten, welchen die Achtung der Menschenwürde und andere Forderungen höherer Gerechtigkeit unbequem und werthlos erscheinen,“ beobachtete Karl Welcker fünf Jahre vor dem Bürgerkrieg, „doch wagen sie selten die Harmonie der starken und stets wachsenden öffentlichen Meinung für die Heiligtümer der Menschheit, für Freiheit und Humanität durch laute Dissonanzen zu stören.“³⁴

Die aufkeimende „rassistische Anschauungsweise des Verhältnisses von Schwarzen und Weißen“ aber konnten die wenigen aktiven deutschen Sklavereigegner und -gegnerinnen, wie die Publizistinnen Therese Huber (1764–1829), Ottilie Assing (1819–1884) und Mathilde Anneke (1817–1884), nicht verhindern.³⁵ Kaum jemand in Deutschland kümmerte sich nachhaltig um das Schicksal der Baumwollernter und -ernterinnen. Opposition gegen die Sklaverei fand größtenteils in gedruckter Form statt. „Wir gehören nicht zu den realistischen Politikern, welche in dem Kampf um das Menschenrecht einer ganzen Rasse nur die Fluktuationen der Baumwollenpreise sehen“, rechtfertig-

31 Osterhammel, *Sklaverei*, 49.

32 Vgl. Drescher, *The Ending*, 415–450; Riesche, *Schöne Mohrinnen*, 65–84, 249.

33 Vgl. Koch, *Liberalismus*, 572; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 430.

34 Welcker, *Das Wechselverhältnis*, 469.

35 Vgl. Koch, *Liberalismus*, 572 ff., Zit. 573; Lentz, *Abolitionists*, 188–211; Honeck, *We are the Revolutionists*, 104–136; O'Brien, *Enlightened Reactions*, 235–298; Wiegink, *Antislavery Discourses*, 58–71; Wagner, *Mathilde Franziska Anneke*; ebd., *Mathilde Anneke's Stories*, 9–16.

ten sich zum Beispiel die *Jahrbücher für Politik und Literatur*.³⁶ Noch deutlicher äußerten sich die *Preußischen Jahrbücher* in einem Kommentar zur „amerikanischen Krisis“:

Wir möchten wissen, ob es auch jetzt noch in Europa, in Deutschland zumal, viele von den klugen Leuten gibt, die die ganze schwere Frage der Sklaverei mit ein paar wohlfeilen Phrasen von Hautfarbe, Gehirnbildung, Negergeruch und schwächlicher Philanthropie genügend abgethan glauben und die es mit aller Gewalt verkennen wollen, daß es sich auch hier um eine der Fragen des Menschenrechts, der Menschenwürde und der Freiheit handelt, die unser Jahrhundert bewegen [...] und unsere menschliche Theilnahme herausfordern.³⁷

Gleichzeitig fügte man aber ein, dass es „im Interesse der Menschlichkeit dringend gewünscht“ werden müsse, „daß die Anregung von Slavenaufständen nicht zu den Waffen des entbrannten Kampfes, den sie schwer beflecken könnte, gehören möge.“³⁸ So klare Worte fanden sich allerdings selten. Diskurse um das Für und Wider die Sklaverei blieben in Mitteleuropa weitgehend unorganisiert. Langlebige institutionalisierte Bewegungen wie in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, hatten es in den deutschen Staaten schwer.³⁹

Seit Ende des 18. Jahrhunderts machten Theaterstücke, die die Versklavung der Afroamerikaner behandelten, die Thematik einer breiten Bevölkerung zugänglich. Sie rechtfertigten teils die Sklaverei, teils verurteilten sie sie.⁴⁰ Generell aber waberte die Sklavereidebatte bis ins 19. Jahrhundert zwischen ambivalenten *racial images* und Stereotypen, denen zufolge die „natürliche“ Veranlagung der Schwarzen eine „vorbehaltlose und entschiedene Gegnerschaft zur Sklaverei“ verhinderten.⁴¹ Als exemplarisch für diese zeitgenössische anti-egalitäre Haltung erweist sich ein Vortrag über die „Krisis in Nordamerika“ im „Evangelischen Verein für kirchliche Zwecke“ vom März 1863. Dort relativierte der Referent die Ambitionen nordstaatlicher Abolitionisten im gegenwärtigen Krieg sowie ihre Haltung gegenüber den afroamerikanischen Sklaven:

³⁶ Deutsche Jahrbücher, Bd. 1, 174.

³⁷ Preußische Jahrbücher, Bd. 7, 6. Heft, 565 f.

³⁸ Ebd., 565 f.

³⁹ Vgl. Gestrich, *The Abolition Act*, 253–257; Quirk/Richardson, *Anti-Slavery*, 82. Sarah Lentz hat gerade erst vor kurzem eine umfangreiche Studie über deutsche Abolitionistinnen, Abolitionisten und Antisklaverei-Organisationen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorgelegt. Zu meinem großen Bedauern war es mir nicht mehr möglich, Lentz' Buch für diese Arbeit zu berücksichtigen. An dieser Stelle sei deshalb zur Lektüre ihres Buches und, was besonders wünschenswert wäre, zu einem Vergleich zwischen ihren und meinen Forschungsergebnissen angeregt. Vgl. Lentz, „Wer helfen kann, der helfe!“, bes. 233–401.

⁴⁰ Vgl. Riesche, *Schöne Mohrinnen*, 105–117, 239–256.

⁴¹ Paul, *Kulturkontakt*, 103, 104–105.

Sociale Gleichstellung, wohl gar Familienverbindung mit den Schwarzen will daher auch der Abolitionist so wenig wie der Mann des Südens. Hiergegen empfinden vielmehr beide die tiefste Antipathie [...]. Ebenso ist's gewiß, daß die Lage des Negers in den sklavenlosen Staaten eine weit üblere ist, als in den sklavenhaltenden. Hier im Süden wird er beherrscht durch einen natürlich überlegenen Herrscher, also recht eigentlich durch einen Herrn von Gottes Gnaden.⁴²

Nur mit „durchgreifende[r] Christianisierung“ könne die Sklaverei „modificirt“, also gemildert werden und gleichzeitig als legitimes „Unterthänigkeitsverhältnis“ fortbestehen.⁴³

Selbst Mitteleuropäer, die die Sklaverei ablehnten, konnten rassistische Vorurteile hegen. Kritische Autorinnen wie Fanny Lewald (1811–1889) verharmlosten die Sklaverei und egalisierten in ihren Schriften die Diskriminierung weißer Frauen mit dem Schicksal versklavter schwarzer Frauen. Sie argumentierten für deren Ausgrenzung aufgrund vermeintlich rassistischer Andersartigkeit, um sich selbst gesellschaftlich zu inkludieren.⁴⁴ Der „Kampf von weißen und schwarzen Frauen wie Männern gegen die Sklaverei“ konnte demzufolge in ein „Konkurrenzverhältnis umschlagen und seitens der europäischen Frauenbewegung rassistische Abgrenzungen hervorrufen“.⁴⁵ „Die Basis der Kritik bildete nicht die Forderung nach Menschenrechten und nach einer allgemeinen politischen Freiheit, sondern ein vager, teils religiös, teils aufklärerisch motivierter Anspruch auf eine humanitäre, jedoch hierarchisch abgestufte soziale Ordnung“ unter weißer Vorherrschaft.⁴⁶

Genuines Interesse an afroamerikanischer Kultur und Lebensart blieb in Deutschland gering. Es vollzog sich vielmehr eine „Aneignung der Afro-Amerikaner für ein meist sehr normatives deutsches Amerikabild.“ Deutsche Autoren standen dem Sklavereiproblem „etwas hilflos gegenüber [...], weil es in der deutschen Geistesgeschichte keine nennenswerte Rolle“ gespielt habe.⁴⁷ Zeitgenössische Romane und öffentliche Diskurse überwinden diese Diskrepanz, indem sie die versklavten Afroamerikaner und ihre soziale Position als „Funktionsträger für eine Reihe von zeitgenössischen Diskursen über Familie, Arbeit, (Un-)Gleichheit und sozialen Status“ in ein kohärent „deutsches“ Bild integrierten.⁴⁸ Solche thematischen Verschiebungen, in denen Rezipiertes und Rezeptionsmotiv nicht in Einklang zueinander stehen, sind für Rezeptionspro-

⁴² Reichenbach, *Die Krisis in Nordamerika*, 31–32 und 33.

⁴³ Ebd., 39.

⁴⁴ Vgl. Bruns/Hampf, *Transnationale Verflechtungen*, 52 f.; O'Brien, *Enlightened Reactions*, 225.

⁴⁵ Bruns/Hampf, *Transnationale Verflechtungen*, 50.

⁴⁶ Paul, *Kulturkontakt*, 104.

⁴⁷ Ebd., 111 f.

⁴⁸ Ebd., 111 f.

zesse symptomatisch, wie Christian Geulen in seiner Analyse über die historische Auseinandersetzung mit dem Darwinismus verdeutlicht hat.⁴⁹

Ein Beispiel für die dialektische Verschiebung der nordamerikanischen Sklavereithematik in ihrem deutschsprachigen Rezeptionsprozess ist Friedrich Hackländers viel gelesener Roman *Europäisches Sklavenleben* von 1854. Das Buch galt als Antwort auf den Erfolgsroman über die Sklaverei schlechthin, Harriet Beecher-Stowes *Onkel Toms Hütte* (Erstveröffentlichung 1852).⁵⁰ Hackländers sozialkritisches Werk handelt von den ärmlichen Lebensumständen einer jungen Schauspielerin und ihrem Vater, einem Übersetzer von Stowes Roman, die, verglichen mit dem vermeintlichen Idyll der Sklaven auf den Plantagen der Südstaaten, deutlich prekärer seien und „eine ungleich härtere Sklaverei“ als die in Übersee sei.⁵¹ Die Kritik des Werkes richtete sich an die sozialen Verhältnisse in Deutschland und den vermeintlichen Eskapismus deutscher Leser, die, statt sich mit den Problemen vor der eigenen Haustür zu befassen, ihre Blicke lieber über den Ozean schweifen ließen. Was Hackländers Roman und andere zeitgenössische deutschsprachige Werke über die Sklaverei in Amerika gemeinsam hatten, war, so Heike Paul, eine Übertragung der Gesellschaftsverhältnisse Amerikas auf die Mitteleuropas durch Verschiebung von „race- auf class-Parameter“, wodurch der versklavten Bevölkerung der Neuen Welt jegliches Anrecht auf Gleichheit mit den Weißen abgesprochen und stattdessen der Prozess innergesellschaftlicher Egalität in den deutschen Staaten vorangetrieben werden sollte.⁵²

„Theilnahme, die nichts kostet“: Onkel Toms Hütte und der goldene Herbst der Sklaverei

Auch in der Rezeption von *Onkel Toms Hütte* offenbarte sich eine diskursive Verschiebung der Sklavereithematik durch ihr mitteleuropäisches Publikum. Der enorme Popularität des Romans in Deutschland wird für gewöhnlich als Beleg für die Opposition der Deutschen gegen die Sklaverei interpretiert und als Zeichen eines intensiven Interesses am Schicksal der Versklavten.⁵³ Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass der Weltbestseller unter seinen deutschen Leserinnen und Lesern rassistische Stereotypen gegenüber Afroamerikanern und Afrikanern eher vertiefte als abbaute und die Sklaverei im „Alten Süden“ der USA zu einer beständigen, paternalistischen Spielart sozialer Ordnung verklärte, die spätestens mit Deutschlands Eintritt in die Riege der

⁴⁹ Vgl. Geulen, *Wahlverwandte*, 81.

⁵⁰ Vgl. Paul, *Kulturkontakt*, 113.

⁵¹ Hackländer, *Europäisches Sklavenleben*, 73.

⁵² Paul, *Kulturkontakt*, 141.

⁵³ Vgl. u.a. MacLean, „Uncle Tom's Cabin“.

Kolonialmächte als Legitimationsgrundlage zur Unterdrückung afrikanischer Völker dienen konnte.⁵⁴ Aber so weit in die Zukunft musste der Blick gar nicht reichen.

Onkel Toms Hütte provozierte schon bei seinem Erscheinen in Deutschland rassistische Vorurteile und heftige Zweifel an der Abolition. Denn die nordamerikanische Sklaverei, wie sie jenseits von Stowes Romans existierte, feierte zu dieser Zeit ihren goldenen Herbst. Ideologisch blickte sie in jenen Jahren auf eine lange Legitimationsgeschichte zurück, auch in Deutschland: Schon Immanuel Kant löste sich in seinen Abhandlungen über die Unrechtmäßigkeit der Sklaverei nie von der Überzeugung, dass Afrikaner von einer gottgewollten, inhärenten Inferiorität gezeichnet seien und ihre Entwicklung nicht ohne die zivilisatorische Mission der Europäer gelinge.⁵⁵ Historische Ereignisse wie der 1791 ausgebrochene Sklavenaufstand in der französischen Kolonie Saint-Domingue und die 13 Jahre später daraus hervorgegangene Gründung Haitis, dem ersten unabhängigen, von ehemaligen Sklaven regierten Staat in Amerika, bestätigten Kommentatoren in West- und Mitteleuropa in ihrer Meinung von der Notwendigkeit weißer Kontrolle über Schwarze.⁵⁶ Solche Sichtweisen hielten sich hartnäckig: Wie Jens-Uwe Guettel in einer bemerkenswerten Studie dargelegt hat, war die deutsche Amerikarezeption schon in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts von einem ausgeprägten Verständnis für den engen Zusammenhang von staatlicher Expansion und rassistisch motivierter Bevölkerungskontrolle geprägt.⁵⁷ Die politische und ökonomische Erschließung des nordamerikanischen Kontinents durch weiße Amerikaner und europäische Einwanderer funktionierte diesem Verständnis nach nur mithilfe der Versklavung von Afroamerikanern und der Vertreibung oder Ausrottung der indigenen Stämme.⁵⁸ Die deutsche Rezeption der Afroamerikaner erwies sich unter diesen Bedingungen als „überaus ambivalent“ und verhinderte eine „vorbehaltlose und entschiedene Gegnerschaft zur Sklaverei“.⁵⁹ „Bilder von den Schwarzen als Nicht-Menschen“ hatten ihren festen Platz in den Berichten aus Amerika. Vorschläge zur Beendigung des Systems, wie die Aussiedlung von Sklaven nach eigens für sie geschaffenen Kolonien,⁶⁰ waren größtenteils illusorisch.

Es gibt zudem Belege, die dafür sprechen, dass, je näher Außenstehende mit der Sklaverei in Kontakt gerieten, sie Verständnis für deren Existenz entwickelten. Derartige Berichte aus erster Hand hätten dazu beigetragen, so die

⁵⁴ Vgl. Paul, *Cultural Mobility*, 134–145.

⁵⁵ Vgl. McCarthy, *Rassismus*, 76–119; Raphael-Hernandez/Wiegink, *German Entanglements*, 8.

⁵⁶ Vgl. Onana, *Transnationale Adaptionen*, 174–180.

⁵⁷ Vgl. Guettel, *German Expansionism*, 55, 64 f.

⁵⁸ Vgl. ebd., 68.

⁵⁹ Depkat, *Amerikabilder*, 374.

⁶⁰ Ebd., 375.

Historikerinnen Heike Raphael-Hernandez und Pia Wiegink, ein Gerüst für die spätere Ausbeutung schwarzer Menschen in den deutschen Kolonien zu errichten.⁶¹ Mitteleuropäer, die die Südstaaten der USA bereisten, berichteten zum Teil von einem regelrechten Sinneswandel in ihrem Sklavereiverständnis. Clara Gerstner, die 1840 einer Sklavenuktion in Alabama beiwohnte, schrieb über ihre Eindrücke:

Ich war erstaunt, mit welchem Gleichmuth die Versteigerung von Seiten der Americaner, sowie der Slaven betrachtet wurde, und wäre ich gerade erst von dem Continente gekommen, mein Gefühl würde auf das Äußerste empört worden sein. Ich hatte aber schon einige Zeit in den *Slaveholding-states* (Sklavenstaaten) zugebracht und meine Ansicht über die Sklaverei in den Vereinigten Staaten, worüber in beiden Welttheilen so viel gesprochen wird und so viele Schriftsteller eine falsche Meinung hervorzubringen nicht wenig beitrugen, hatte sich während dieser Zeit wesentlich geändert.⁶²

Die Ambivalenz in der Sklavereifrage schlägt sich in Gerstners Bericht deutlich nieder. Wirtschaftliche Notwendigkeit einerseits und die scheinbar angeborene Minderwertigkeit der Afroamerikaner dienten der Autorin in letzter Instanz als Beweis für die Rechtmäßigkeit der Sklaverei: Sie sei „ein angeerbtes nothwendiges Übel [...], dessen Abschaffung den gänzlichen Ruin“ des Südens herbeiführen würde. Außerdem stünden „die Neger bei weitem auf keiner solchen Stufe menschlicher Ausbildung, daß von ihnen zu erwarten wäre, sie würden als freie Leute dasjenige leisten, wozu sie jetzt durch die strengste Disciplin und die moralische Kraft ihrer Besitzer angehalten werden“.⁶³

Ein anderer Deutscher, der in den vierziger Jahren die Südstaaten bereiste, kam zu einem ähnlich positiven Urteil über die Sklaverei und meinte, dass so gut wie alle „unbefangenen deutschen Beobachter“ seine Meinung teilten.⁶⁴ Es sei „nutzlos“, die Sklaverei von einem „abstrakt philosophischen Gesichtspunkte zu betrachten“, da sie ein gesetzliches verankertes und christlich legitimes „fait accompli“ sei.⁶⁵

Seit den vierziger Jahren erlebte die Sklaverei eine verstärkte wissenschaftliche Sanktionierung: Ältere, biblisch begründete Erklärungen für das traurige Schicksal dunkelhäutiger Menschen ersetzten englische, französische und deutsche Biologen, Ärzte, Geografen und Anthropologen durch vermeintlich empirische Nachweise der natürlichen Unterlegenheit mancher ethnischer

61 Vgl. Raphael-Hernandez/Wiegink, *German Entanglements*, 7.

62 Gerstner, *Beschreibung einer Reise*, 325 f.

63 Ebd., 327.

64 Von Schlitz, *Reise um die Welt*, 382.

65 Ebd., 382, 384.

Gruppen.⁶⁶ Vereinfacht gesagt, wurde die Lehre, der zufolge „Macht Recht ist“ und deshalb der Stärkere den Schwächeren unterdrücken und ausbeuten dürfe, seit etwa der Jahrhundertmitte nicht mehr allein durch Gott begründet, sondern auch mit biologischen Gesetzmäßigkeiten untermauert.⁶⁷ „Im ganzen innersten Wesen des weißen Menschen liegt eine Antipathie gegen den Schwarzen [...]. Sie ist und bleibt immanent“, las man in einer Abhandlung über den „Weltverkehr der Neuzeit“ von 1856, die ihr Urteil mit dem Verweis auf „ethnologische Verhältnisse“ begründete.⁶⁸ Gelehrte und Forscher hatten sich, so Hannah Arendt, „aus der Stille ihrer Studierzimmer“ in das „wirkliche Leben“ gestürzt, um dem Druck einer wachsenden wissenschaftsgläubigen Öffentlichkeit nachzukommen; um ihr „das zu predigen, was sie ohnehin“ glaubte.⁶⁹ „Es ist jetzt guter Ton auch in Deutschland geworden“, erkannte eine Zeitschrift 1855, „mit starkem Geist über die Sklaverei zu denken und das Vorurtheil der Hautfarbe physiologisch zu begründen. [...] Es ist sehr schwer solche Ansichten zu widerlegen.“⁷⁰ Mag ein Großteil der Mitteleuropäerinnen und Mitteleuropäer die Sklaverei zwar dem Anschein nach missbilligt haben, so bedeutete das nicht, dass sie Sklaven als ihrer ebenbürtig erachteten und in der Auflösung der Sklaverei nur Gutes sahen: „Die Gründe der Gegner der sofortigen Abolition“ verdienten „ein ernstes Inerwägungziehen“.⁷¹ Denn die Freilassung von Millionen Zwangsarbeitern bedrohte die Ordnung der atlantischen Wirtschaft und damit die Bezugswege der für die europäischen Industrie so elementaren Stapelprodukte wie Baumwolle, was im schlimmsten Fall zu einem „Kampf der Racen“ eskalieren könnte.⁷²

Als *Onkel Toms Hütte* erschien, hatten Emanzipations skeptiker in Europa und in den Vereinigten Staaten gute Gründe, an den dauerhaften Fortbestand der Sklaverei zu glauben. Ihr Urheber, der Rassismus, erfuhr eine sukzessive wissenschaftliche Substanziierung. Und ihr Komplize, der Wirtschaftsliberalismus,⁷³ konnte angesichts des jährlich wachsenden Bedarfs an Baumwolle, Kaffee und Zucker sicher sein, dass Zwangsarbeit ein profitables Fundament des atlantischen Kapitalismus geworden war. Bei dem Gedanken an die Möglichkeiten des direkten Handels zwischen dem Deutschen Zollverein und den Vereinigten Staaten schwärmte das Mitglied einer eigens dazu einberufenen Kommission, dass „die Schifffahrt und der Welthandel Deutschlands [...] eine nie gekannte Blüthe erlangen“ und sich „Wohlstand und Reichthum“ in einer

66 Vgl. Bayly, *The Birth*, 409; Lindner, *Koloniale Begegnungen*, 297–316; Paulmann, *Globale Vorherrschaft*, 254–257.

67 Arendt, *Elemente und Ursprünge*, 356.

68 *Deutsche Vierteljahrsschrift*, Heft 1, 1856, 241, 244.

69 Arendt, *Elemente und Ursprünge*, 354.

70 *Das Ausland*, 17. August 1855.

71 Meyer's *Conversations-Lexikon*, 2. Abt., Bd. 9, 380.

72 Ebd., 385.

73 Vgl. McCarthy, *Rassismus*, 67; Mbembe, *Kritik*, 153–157.

„ungeahnten Fülle“ über dem Zollverein ergießen würden.⁷⁴ Dieser Einwand war nicht unberechtigt; im Zollverein wuchs die Bauwolleinfuhr zwischen 1836 und 1856 um fast 250 Prozent, die Produktionsmenge der Baumwollspinnereien und -webereien um 230 Prozent.⁷⁵ Und rechtliche Zugeständnisse an die Sklavenhalter wie das *Fugitive Slave Law* (1850) und Emanzipationsexperimente wie das der britischen und der französischen Regierung in Westindien 1838 beziehungsweise 1848, die einen erheblichen Einbruch der dortigen Zuckerproduktion zur Folge hatte, trugen ebenfalls dazu bei, dass viele Europäer und Amerikaner die ökonomische Wichtigkeit und politische Legitimität der Sklaverei anerkannten und den Abolitionismus ablehnten.⁷⁶ „Nehmen wir an, daß die Union das ungeheure Opfer bringen wollte, die Plantagenbesitzer für ihre Sklaven zu entschädigen“, belehrte ein hessischer Amerikareisender seinen Onkel, „so ist doch damit der Wohlstand des Südens getrübt, wo nicht vernichtet. [...] Der klägliche Zustand der Plantagen auf Jamaika, wo die Engländer mit der Aufhebung der Sklaverei den ganzen Wohlstand der Insel zerrüttet haben, ist ein warnendes Beispiel.“⁷⁷ Der Verfasser der Sezessionserklärung Mississippi schlug in eine ähnliche Kerbe: Jeder wisse, dass schwarze Zwangsarbeit ein mächtiges Naturgesetz sei und dass die Früchte dieser Arbeit in London, Paris und Hamburg gleichermaßen mit Entzücken genossen würden.⁷⁸ Ein anderer Südstaatler schrieb 1860: „It is a mistake [...] to suppose that England, France, Germany, Russia, and the other commercial and manufacturing nations of Europe, are hostile to African slavery“; Großbritannien habe mit der Abolition in seinen karibischen Kolonien nur die „romantic absurdity“ der Emanzipation und die absolute Notwendigkeit der Zwangsarbeit bestätigt.⁷⁹

Unter dem Eindruck dieses „proslavery internationalism“⁸⁰ erscheint die Beliebtheit von *Onkel Toms Hütte*, das Mitleid für seinen Protagonisten und (darauf hat bereits Dolf Sternbergers klassische kulturgeschichtliche Studie über das 19. Jahrhundert verwiesen)⁸¹ die perfide Faszination für die körperliche Züchtigung der Sklaven, in neuem Licht. Der Protagonist, der unterwürfige, opferbereite Sklave Tom, nährte Vorurteile über die vermeintliche Inferiorität schwarzer Menschen. Europäische Leserinnen und Leser konnten zwar Sympathien für die Schwarzen hegen, sich aber gleichzeitig von ihnen

⁷⁴ Cotta, Bericht der Zoll- und Handels-Commission, 37–38.

⁷⁵ Vgl. Fischer u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1, 79; von Borries, Deutschlands Außenhandel, 203.

⁷⁶ Vgl. Davis, *The Problem of Slavery*, 256–290; Karp, *This Vast Southern Empire*, 125–149; Schoen, *The Fragile Fabric*, 197–259.

⁷⁷ Karl Graf von Schlitz an Hermann von Giech, 7. Januar 1845, HeStA Darmstadt, F 23A 336/1.

⁷⁸ Vgl. Karp, *This Vast Southern Empire*, 236.

⁷⁹ John Townsend zit. n. Karp, *This Vast Southern Empire*, 236.

⁸⁰ Karp, *This Vast Southern Empire*, 236.

⁸¹ Vgl. Sternberger, *Panorama*, 106.

abgrenzen.⁸² Diese Sympathien, resümierte ein Journalist, seien in Wahrheit „nicht viel mehr als eine oberflächliche wohlwollende Neugier“ gewesen. „Die Neger sind schwarz und weit her – zwei triftige Gründe um ihnen eine Theilnahme zu schenken die nichts kostet.“⁸³ Die Topoi christliche Erlösung und Nächstenliebe, die der Roman zur Beendigung der Sklaverei anbot, erschien als realitätsferner, sentimentaler „Humbug“⁸⁴. Das Buch hielt keine wirklichkeitsnahe Lösung für die „jammervollen Sklavenzustände“ bereit: „Wir verlangen, dass uns die Dichterin eine umfassende Schilderung gebe, wie ein Mann seine Sklaven allmählig oder plötzlich freilässt und welche Zustände sich in und nach diesem Vorgange herausstellen.“⁸⁵ Andere Kritiker beklagten das eskapistische Potenzial des Buches, die „Onkel-Tomerie“, die ihnen als effeminiertes Rückzug vor dem „Elend dicht vor ihnen“ erschien.⁸⁶

„Die Gegner des Buches, auf die man damals nicht hörte“, schrieb die *Berliner Revue* drei Jahre nach seinem Erscheinen, „deren ironisches Lächeln man abscheulich, unchristlich fand [...], sie haben heute freies Feld.“⁸⁷ Diese Gegner waren Pragmatiker, die unter den oben geschilderten Eindrücken die Macht der Sklaverei und die Gefahren der Sklavenbefreiung anerkannten. Einer der bekannteren Sklavereianalysten war der in New York lebende Anwalt und Publizist Friedrich Kapp. In seiner viel besprochenen Abhandlung *Die Sklavenfrage in den Vereinigten Staaten* von 1854 sezierte Kapp den Siegeszug der Sklaverei und seine Verstrickungen mit Europa auf originelle Weise. Demnach teile sich die Geschichte der USA in zwei Perioden. Die erste Periode sei „das Zeitalter der Ideen ohne Baumwolle“ gewesen, die zweite, jetzige Periode „das Zeitalter der Baumwolle ohne Ideen“.⁸⁸ In der ersten Periode seien die USA noch eine agrarische, „Rousseau’sche Tugend-Republic“ gewesen, bevor sie sich mit zunehmender Industrialisierung in die jetzige „Geschäfts-Republic“ gewandelt hätten.⁸⁹ Die Tugend-Republic bestand Kapp zufolge von 1776 bis circa 1800. Sie sei für Europäer die verständlichere der beiden Perioden und gelte „dem Idealisten sogar noch jetzt als Maßstab für die Beurteilung und Auffassung der Amerikanischen Politik“.⁹⁰ Dies liege daran, dass die Gründungsväter von der französischen Philosophie des 18. Jahrhunderts geprägt waren und dadurch ein geistiges, „lebendiges Wechselverhältniß zu Europa“ aufrechterhielten.⁹¹ Der Sklavereibefürworter und spätere Außenminister John

82 Vgl. O’Brien, *Enlightened Reactions*, 228.

83 *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 7. August 1861.

84 *Wolfgang Menzels Literaturblatt*, 8. April 1854.

85 *Unterhaltungen am häuslichen Herd*, Bd. 1, Nr. 23, 362.

86 *Berliner Revue*, Bd. 2, 1855, 483, 485.

87 Ebd., 484.

88 Kapp, *Die Sklavenfrage*, 3.

89 Ebd., 3.

90 Ebd., 3.

91 Ebd., 4.

C. Calhoun repräsentiere den Übergang zwischen „Jeffersons idealer und philosophischer Staatsauffassung“ und der „einseitig realistischen Staatsroutine“.⁹² Calhouns Verständnis von persönlicher Freiheit, welches Freiheit nur den oberen Klassen zugestehen und den Rest unterdrücken wolle, sei dasselbe „autonome Prinzip, welches den Thron jedes Autokraten“ trage und „in Europa in der absoluten Monarchie seinen eigentlichen Ausdruck“ fände.⁹³

Die zweite Periode der US-amerikanischen Geschichte sei noch nicht abgeschlossen und werde durch den Kampf der Pflanzer und Sklavenhalter um ihre Vorherrschaft bestimmt. Das private Interesse der Pflanzer sei mittlerweile zum öffentlichen Interesse geworden, was für Kapp einer Despotie gleichkam: Wer nicht im Sinne dieses öffentlichen Interesses handle oder sich äußere, sei ein „Abolitionist und Infidel“, was in den USA das Gleiche sei wie in Europa die Bezeichnungen „rother Republikaner, Atheist und Communist“.⁹⁴ Im späteren Teil seiner Arbeit führte Kapp seinen deutschen Lesern dann die grenzübergreifende Bedeutung der Baumwolle vor Augen. Sie sei das bindende Element zwischen dem Süden und den östlichen Handelsstädten und „der große Regulator des commerciellen Verhältnisses“ zwischen den USA und Europa.⁹⁵ Bankiers, Makler, Reeder, Kommissionshäuser – alle Gruppen seien gleichermaßen in den Baumwollmarkt verwickelt. Der transatlantische Großhandel unternehme deshalb alles, um Spannungen mit den Sklavenhaltern zu vermeiden.⁹⁶ Die enge Bindung an gemeinsame wirtschaftliche Interessen halte schließlich die Union zusammen. Sie sei „nicht mehr und nicht weniger als eine Geschäfts-Association, welche die persönlichen Reibungen und Disharmonien ihrer Mitglieder doch in letzter Instanz dem Profit“ unterordne.⁹⁷ Die Sklavenfrage zeige nur, so Kapp, dass es an Ideen und Persönlichkeiten fehle, die den Überfluss an „Onkel Tom’schen Sentimentalitäten und urchristlichen Phantasien“ in feste Bahnen leiten könnten.⁹⁸

Die „derbe Wirklichkeit“ jener Jahre sprach also eine andere Sprache als die Figuren in Stowes Roman.⁹⁹ „Von Seite aller Denkenden“ sei man „zu einer sehr ernsten Würdigung der Sachlage gekommen. Drei Millionen Sklaven, ein Besitzthum von wenigstens 1000 Mill. Dollars“ seien kein „Scherz“.¹⁰⁰ Die Baumwolle gebe nicht bloß Menschen auf der ganzen Welt „Leben und Thätigkeit“, sie mache auch „Hunderte von Millionen an Capitalien gerinnbar, wel-

92 Ebd., 6.

93 Ebd., 9.

94 Ebd., 17.

95 Ebd., 162.

96 Vgl. ebd., 162 ff.

97 Ebd., 164.

98 Ebd., 185.

99 *Das Ausland*, 6. Dezember 1852.

100 Ebd.

che die Einkünfte der großen König- und Kaiserreiche weit übertreffen“.¹⁰¹ Die „commercielle Wichtigkeit“ der Sklavenarbeit für „unsere täglichen Genüsse und Bedürfnisse“, sagte der Naturforscher Moritz Wagner in einer Vorlesung 1855, könne deshalb von niemandem mehr bezweifelt werden.¹⁰² Der goldene Herbst der Sklaverei hatte eine neue Losung hervorgebracht, der sich Millionen Europäerinnen und Europäer zu verschreiben schienen: „Brot – Kartoffeln – ein leidliches Obdach und – Baumwolle!“¹⁰³

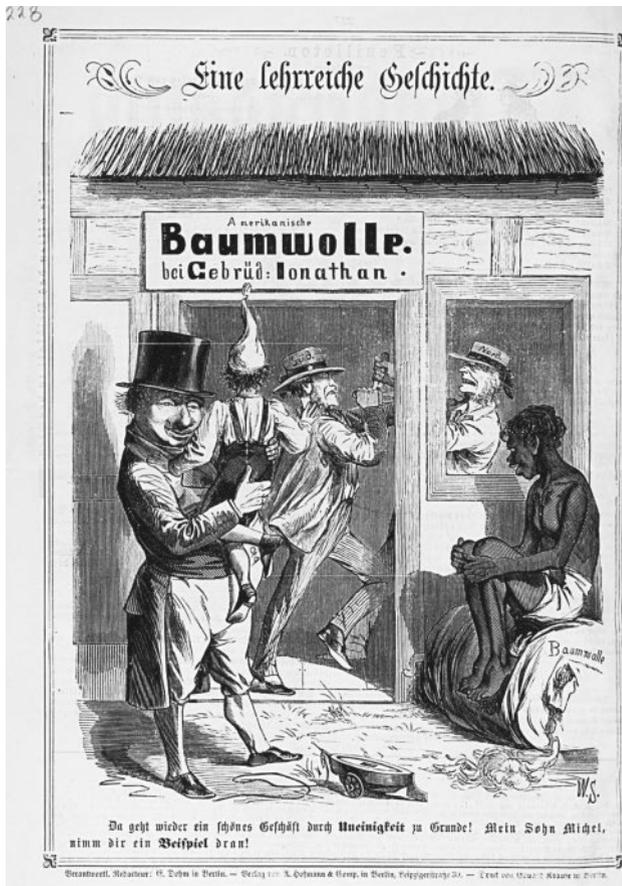


Abb. 1: Karikatur aus dem *Kladderadatsch* vom 15. Dezember 1861.

¹⁰¹ *Unterhaltungen am häuslichen Herd*, Bd. 1, Nr. 28, 446.

¹⁰² *Neue Münchner Zeitung* (Abendblatt), 28. Februar 1856.

¹⁰³ *Unterhaltungen am häuslichen Herd*, Bd. 1, Nr. 28, 443.

Die deutsche Agitation gegen die Sklaverei vor und während des Bürgerkrieges sollte vor diesem Hintergrund immer auch mit Interessen in Verbindung gebracht werden, die nicht philanthropischer Natur waren, sondern sozio-ökonomische Machtansprüche legitimieren sollten. Der goldene Herbst der nordamerikanischen Sklaverei, die Jahre zwischen circa 1840 und 1860, verdeutlichte, dass rassistische Zwangsarbeit keineswegs rückläufig oder ökonomisch rückständig war.¹⁰⁴ Große Mengen europäischen Kapitals waren in den Vorkriegsjahrzehnten in den Norden und die sklavenhaltenden Südstaaten geflossen, die mit Krediten den Ausbau ihres Plantagen- und Eisenbahnsystems finanzierten – und damit wiederum die wirtschaftliche Prosperität des ganzen Landes förderten.¹⁰⁵ Und wer Kapital zur Verfügung stellt, vertraut auf eine gewisse Konstanz des Investitionsobjekts. Deutsche Geschäftsleute, die auf den Baumwollhandel spezialisiert waren, setzten Teile ihres Vermögens ein, um diesen Ausbau zu unterstützen.¹⁰⁶ Investoren aus Bremen, Hannover, Berlin und Bayern liehen ihr Geld für den Bau von Eisenbahnen und Kanälen in Louisiana und Alabama, die die Infrastruktur der Plantagenwirtschaft verbesserten und damit die Effizienz der Sklaverei steigerten.¹⁰⁷ Die Wertpapiere, die deutsche Kapitalgeber im Austausch für ihre Investitionen in den USA erhielten, bezeichnet Edward Baptist spitzzünftig als das verbriefte Recht „to a one-slave-seized slice of a pie made from the income of thousand slaves“.¹⁰⁸

Es ist erstaunlich, dass die Emanzipation unter diesen Umständen letztlich als Gewinnerin aus dem Amerikanischen Bürgerkrieg hervorging. David Brion Davis zufolge beweist dies seine enorme Unberechenbarkeit und Kontingenz.¹⁰⁹ Befürworter der Sklavenbefreiung hatten einen schweren Stand. Ähnlich wie die Abolitionsbewegungen in den USA und Großbritannien war die mitteleuropäische Ablehnung der Sklaverei im Kern eine Initiative von Privatleuten. Anders als der angloamerikanische Abolitionismus aber waren die rudimentären mitteleuropäischen Abolitionsbemühungen nie zur einer Massenbewegung emporgewachsen.¹¹⁰ Oppositionelle Stimmen kamen in den deutschsprachigen Debatten im Wesentlichen von demokratischen und linksliberalen Eliten, weniger von religiösen Zirkeln, geschweige denn von Staatsseite.¹¹¹ Die Kritik von links nahm oftmals politische Züge an, bei denen die gesellschaftlichen Missstände in den USA mit denen in Mitteleuropa vergli-

104 Vgl. Baptist, *Toward a Political Economy*, 44 f.; Bayly, *The Birth*, 402–410; Beckert/Rockman, *Introduction*, 1–27; Davis, *The Problem of Slavery*, 325; Mathisen, *The Second Slavery*, 677–691.

105 Vgl. Baptist, *The Half has never been told*, 317–327, 413 f.

106 Vgl. Kirchberger, *Aspekte deutsch-britischer Expansion*, 205–220, 240–246.

107 Vgl. Baptist, *The Half has never been told*, 245–248, 254–259.

108 Ebd., 248.

109 Vgl. Davis, *The Problem of Slavery*, xvi f., 325.

110 Vgl. Meissner u. a., *Schwarzes Amerika*, 170 f.

111 Vgl. Gestrich, *The Abolition Act*, 257.

chen, übersetzt und angepasst wurden. In diesem diskursiven Transferprozess gerieten die ursprünglich Betroffenen, die Afroamerikaner, aus dem Fokus. Die Kritik richtete sich gegen die vermeintlichen Befürworter von Sklaverei und Leibeigenschaft, die „despotisch und aristokratisch Gesinnte[n]“,¹¹² allen voran die (preußischen) Junker.¹¹³ Dieser Transferprozess dominierte den Diskurs auch während des Bürgerkrieges.

Inwieweit zum Beispiel Abraham Lincolns Emanzipationsproklamation vom 22. September 1862, zweifelsohne ein Dokument von weltgeschichtlicher Bedeutung, die europäischen Öffentlichkeiten und die Kriegsdiplomatie europäischer Staatsmänner beeinflusst hat, ist bis heute eine Streitfrage der Forschung.¹¹⁴ Außenminister William Seward gestand dem Gesandten in Wien, dass er persönlich große Zweifel an den positiven Auswirkungen der Sklavenemanzipation auf Europa hegte:

Are you sure that today, under the seductions and pressure which could be applied to some European populations, they would not rise up and resist our attempt to bestow freedom upon the laborers whose capacity to supply cotton and open a market for European fabrics depends [...] on their continuance in bondage?¹¹⁵

Derartige Zweifel von Regierungsmitgliedern der Union zeugten von der nach wie vor immensen Bedeutung der Sklaverei für die europäische Wirtschaft und der gesellschaftlichen Sprengkraft, die Skeptiker hinter der Aufhebung des Systems lauern sahen. Hätten sich die Ereignisse auf den Schlachtfeldern dauerhaft zugunsten der Konföderation entwickelt, hätten die europäischen Staaten deren Unabhängigkeit wahrscheinlich trotz der Sklavenemanzipation anerkannt.

Die Skepsis gegenüber der Fähigkeit der emanzipierten schwarzen Bevölkerung, zu achtbaren Staatsbürgern zu werden, prägten nicht nur die Meinungen großer Teile der nordstaatlichen Bevölkerung und der Unionssoldaten,¹¹⁶ sondern auch die vieler Mitteleuropäer.¹¹⁷ Sowohl die Aufhebung als auch die Beibehaltung der Sklaverei wurden in der liberalen mitteleuropäischen Presselandschaft „scharf kritisiert“.¹¹⁸ „Kein Verständiger“ würde die „urplötzliche“ Aufhebung der

112 Welcker, *Das Wechselverhältnis*, 469.

113 Vgl. Gestrich, *The Abolition Act*, 257 ff.

114 Vgl. Brauer, *The Slavery Problem*, 439–469; Schoen, *The Fates of Republics*, 42; Steele, *Ontological Security*, 519–540.

115 Seward an Motley, 24. Juli 1862, *Diplomatic Instructions to the Ministers of Austria*, Vol. 1, NA.

116 Vgl. Gallagher, *The Union War*, 75–118; McPherson, *For Cause and Comrades*, 119–125; Williams, *A People's History*, 343–363.

117 Vgl. Unbekannt, *Ueber Sklaverei*; Duttenhofer, *Ueber die Emancipation*; Fröbel, *Aus Amerika*, 169–188; Nagel, *Die Berichterstattung Deutscher Zeitschriften*, 77–79.

118 Paul, *Kulturkontakt*, 138.

Sklaverei für gut heißen, es bedürfe längerer Vorbereitung und einer allmählichen Tilgung dieses strukturellen Missstands, schrieb Karl Theodor Welcker 1856.¹¹⁹

Wir sind nicht naiv genug, um zu glauben, daß ein Gesetz, eine Proclamation hinreicht, um aus Sklaven brauchbare Staatsbürger zu machen. [...] Es galt nicht, durch ein einmaliges Geschenk den Sklaven die Freiheit zu verleihen, sondern sie dahin zu erziehen, daß sie sich selbst die Freiheit erarbeiteten,¹²⁰

urteilte ein Redakteur der *Weser-Zeitung* 1864. Gegner der Emanzipationsproklamation verurteilten sie als Mittel zur Gewinnung europäischer Unionssympathien oder als Instrument, das den Krieg nur unnötig radikalisiere und die „Vernichtung“ und „Ausrottung aller weißen Bewohner“ des Südens zum Ziel habe.¹²¹

Auch die vermeintlich augenfälligste Gruppe der Fürsprecher der Sklavenemanzipation, die Arbeiterschaft, war gespalten. Einige sahen den Sieg der Union und der Emanzipation als Impuls, ihre eigene gesellschaftliche Lage zu verbessern.¹²² Andere wiederum aber wollten nicht mit den Afroamerikanern auf der gleichen Stufe stehen. Weite Teile der sich allmählich politisierenden Arbeiterschaft wollten schließlich als selbstbestimmte, respektable Klasse verstanden werden.¹²³ Die afroamerikanischen Sklaven hingegen schienen offensichtlich nicht in der Lage, eigenständig für ihr Recht und Wohl einzutreten. Und wirtschaftlich betrachtet waren Sklaven Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt.

Die Ablehnung der Gleichstellung mit Sklaven unterstreicht eine Passage aus der Coburger *Arbeiter-Zeitung* vom Januar 1863: „Nur barbarische Völkernschaften“ würden sich der Arbeit entziehen und „nur Sklaven“ über Arbeit „murren“.¹²⁴ Auch in solchen Aussagen lassen sich rassistische Konnotationen erkennen und der oft kolportierte Glaube, dass es den meisten Sklaven besser erginge als den Arbeitern Europas. Karl Marx, der verkündete, der amerikanische Bürgerkrieg habe „die Sturmglocke für [...] die europäische Arbeiterklasse“¹²⁵ geläutet, war überrascht, dass selbst einer der populärsten Sprecher der deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle, der Sklavenemanzipation kein katalysatorisches Potenzial für die eigene Sache zugestand und als „ganz uninteressant“ abtat.¹²⁶ Ebenso verwundert zeigte sich Marx, dass die

119 Welcker, Das Wechselverhältnis, 464.

120 *Weser-Zeitung* (Abendausgabe), 23. November 1864.

121 Vgl. Historisch-Politische Blätter, Bd. 49, 258–266, Zit. 259; Reichenbach, Die Krisis in Nordamerika, 23; Unbekannt, Die Sklaverei in den Südstaaten, 58–62; Andree, Die Stellung der Farbigen, 17–23.

122 Vgl. Schulze-Delitzsch, Freie Arbeit, 1–8.

123 Vgl. Engelsing, Zur Sozialgeschichte, 173–179; Kaschuba, Lebenswelt und Kultur, 23; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 151–166.

124 *Allgemeine Deutsche Arbeiter-Zeitung*, 4. Januar 1863.

125 Marx, Das Kapital, 36.

126 Marx an Engels, 30. Juli 1862, MEGA, Bd. 3, 83.

Arbeiter in den deutschen Staaten sich nicht ähnlich solidarisch mit der Union oder den Sklaven erklärten, wie es Arbeiter in den Industriestädten Großbritanniens taten (wo aber auch viele die Unabhängigkeit der Konföderation forderten, um wieder an Baumwolle zu gelangen).¹²⁷

Diese Untätigkeit ist am ehesten damit zu begründen, dass viele deutsche Textilarbeiter während der 1862 einsetzenden Baumwollkrise Ersatzbeschäftigung in der Landwirtschaft, dem Straßen- und Eisenbahnbau oder als Tagelöhner fanden, einige Spinnereien und Webereien auf die Verarbeitung von Leinen umstiegen¹²⁸ und schließlich damit, dass die Arbeiterschaft in der deutschen (Textil-)Industrie allein aufgrund ihrer mangelnden Organisation, ihrer sozialen Differenzierung (man denke an die große Zahl privater Heimweber),¹²⁹ staatlicher Koalitionsverbote und – im Gegensatz zu den Arbeitern in England – ihrer größeren Distanz zu bürgerlichen Entscheidungsträgern,¹³⁰ nur bedingt in der Lage war, in wirksamem Maße Proteste oder Streiks auf die Beine zu stellen, die Raum oder ein Bewusstsein für umfangreiche und nachhaltige Solidarität geboten hätten.¹³¹

Erst nach der Niederlage der Konföderation und der offiziellen Abschaffung der Sklaverei durch den 13. Zusatzartikel der US-Verfassung im Frühjahr 1865 ließen sich einzelne Arbeitervereine und -organisationen in den deutschen Staaten zu öffentlichen Schritten hinreißen, die die Parteinahme für die Siegerseite beziehungsweise für die Union und ihre libertären Ziele dokumentierten.

Demokraten und Revolutionsteilnehmer von 1848 verwiesen auf die tragende Bedeutung deutscher Emigranten für die Befreiung „ihrer armen schwarzen Brüder aus dem Sklavenjoch“.¹³² Gottfried Kinkel nahm Lincolns Emanzipationsproklamation zum Anlass, in seinem Londoner Exil ein Loblied

127 Vgl. Marx an Engels, 2. Januar 1862, MEGA, 3. Abt, Bd. 12, 303. Zu den unterschiedlichen Positionen britischer Arbeiter in Bezug auf den Bürgerkrieg vgl. Blackett, *Divided Hearts*, 94–103, 169–212; Harrison, *British Labour and the Confederacy*, 78–105; ders., *British Labor and American Slavery*, 291–319; Jones, *Blue & Gray Diplomacy*, 226 ff.; Lorimer, *The Role of Anti-Slavery*, 405–420. Für Frankreich vgl. Sancton, *The Myth of French Worker Support*, 58–80; Sainlaude, *France*, 140–148.

128 Vgl. Eimers, *Preußen und die USA*, 463 ff.; Henderson, *The Cotton Famine*, 202; Hirth, *Statistisches*, 539 ff.; Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer zu Chemnitz für 1863, 4 f.; Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammern in Württemberg, 1863, 133; Schmoller, *Die Arbeiterfrage*, Teil 1, 411; ders., *Zur Geschichte*, 568.

129 Vgl. Ditt, *Vorreiter und Nachzügler*, 29–58.

130 Vgl. Eisenberg, *The Comparative View*, 413 ff.; Mommsen, *Deutscher und britischer Liberalismus*, 211–222; Schmidt, *Brüder, Bürger*, 546 ff.

131 Vgl. Damaschke, *Zwischen Anpassung und Auflehnung*, 32 ff., 81 f., 110; Ditt, *Fabrikarbeiter und Handwerker*, 310 f.; Herzig, *Unterschichtenprotest*, 91–97; Löffler, *Preußens und Sachsens Beziehungen*, 260; Nathaus, *Vereinsgeselligkeit und soziale Integration*, 47 f.; Schröder, *Arbeit und Organisationsverhalten*, 220–237. Zur Arbeiterorganisation in Großbritannien vgl. Fisch, *Europa*, 52 ff.

132 *Frankfurter Reform*, 25. Februar 1863.

auf die deutschen Auswanderer in Nordamerika und ihre scheinbare Bestimmung im Bürgerkrieg zu dichten:

Sie kämpfen, daß jedes Brudergeschlecht,
Ob weiß, ob schwarz, erkämpfe sein Recht;
Sie sterben, daß allen Despoten zum Hohn
Die Freiheit mächtig bleibt auf dem Thron.

[...]

Die Freiheit ist des Deutschen Braut,
Zur rechten Hand ihm angetraut.
Was uns durchglüht an dem fremden Strand,
Es fiebert auch drüben im Vaterland.¹³³

Die deutschen Amerikauswanderer wurden von Kinkel und anderen Acht- und vierzigern zu irdischen Heilsbringern für die politisch Unterdrückten der Alten und Neuen Welt verklärt. Dass manche der ausgewanderten Deutschen in Nord- und Südamerika selbst Sklaven besaßen und in deren Emanzipation eine unmittelbare Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sahen, wurde dabei gern unterschlagen.¹³⁴

Das Gleiche galt für die Tatsache, dass der Freiheitsbegriff im Alltag vieler, wenn nicht der meisten deutschen Nordamerikauswanderer überaus profan und kaum politisch verwendet wurde, wie eine umfangreiche Auswertung von Auswandererbriefen durch Wolfgang Helbich ergeben hat. Helbich zufolge verstanden die Deutschen in Nordamerika unter Freiheit vor allem die Freiheit *von* etwas, nicht *für* etwas. Dazu gehörten unter anderem die Gewerbe-, Steuer- und Berufsfreiheit, die Forst-, Jagd- und die Fischereifreiheit,¹³⁵ aber auch die Freiheit von Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Vieles spricht dafür, dass darin auch das oft beschworene gute bis freundschaftliche Verhältnis deutscher Einwanderer zu den Afroamerikanern begründet lag. Nicht vorrangig humanitäre Gründe bestärkten die Deutschen, im mittleren Westen und im Norden der USA eine neue Heimat zu finden, sondern pragmatische ökonomische Motive.¹³⁶ Die Aussicht auf eine Anstellung, die entweder den beruflichen Qualifikationen entsprach oder auf ein eigenes Stück Land hoffen ließ, war in Wisconsin, Illinois oder Ohio bedeutend besser als in Georgia, Alabama oder Tennessee, wo Sklaven als (Leih-)Arbeiter meist für weniger Geld zu haben waren als freie Arbeitskräfte. In städtischen

133 Kinkel, *Beim Meeresleuchten*, zit. n. *Volksfreund für das Mittlere Deutschland*, 22. Oktober 1862.

134 Vgl. Cassidy, *The Ambivalence of Slavery*, 367–384; Efford, *German Immigrants*, 53–85; Bungert, *Festkultur*, 178.

135 Vgl. Helbich, *Land der unbegrenzten Möglichkeiten?*, 311, 318.

136 Vgl. Anderson, *Abolitionizing Missouri*, 3 ff.; Keil, *Francis Lieber's Attitudes*, 15.

Arbeitsmärkten mit einer großen Durchmischung von Deutschen und Afroamerikanern, in New Orleans, Cincinnati oder St. Louis, kamen sich beide Bevölkerungsgruppen selten in die Quere. Dort arbeiteten deutsche Einwanderer meist in handwerklichen Berufen, als Tischler, Schneider, Schuster und dergleichen,¹³⁷ während Schwarze sich mit einfacheren Tätigkeiten, als Tagelöhner, Lastenträger und Fuhrmänner, verdingen mussten – oft allein deshalb, weil die lokalen Gewerkschaften Schwarzen die Mitgliedschaft verweigerten oder gegen die Beschäftigung Schwarzer Druck ausübten.¹³⁸ Einheimische wie eingewanderte Arbeiter in den Städten verstanden sich vorrangig als weiße Gruppe. Wo sie sich in Gefahr wägten, durch ökonomische Konkurrenz von Afroamerikanern bedroht zu werden, zogen sie unmissverständliche Grenzen: „Missouri für freie weiße Arbeiter, und freie weiße Arbeiter für Missouri“, proklamierte der dortige Deutsche Arbeiterverein während einer Wahlkampagne 1858.¹³⁹

Über die Sklaverei sahen viele deutschen Einwanderern hinweg, solange sie nicht mit ihren eigenen Lebensumständen in Konflikt geriet. Wo es Aussprachen für die Abschaffung der Sklaverei gab, wurden sie im gleichen Atemzug von rassistischen, antiegalitären Vorbehalten oder von der Angst vor wirtschaftlichen Nachteilen für weiße Farmer und Arbeiter ausgebremst.¹⁴⁰ Es waren vorrangig politische Akteure und ihre grenzübergreifenden Netzwerke, allen voran die Achtundvierziger, die zu jener ideologischen Selbststilisierung im Kampf *für* die Freiheit der Afroamerikaner beitrugen,¹⁴¹ welche die Historikern Alison Efford als Mythos des „freedom-loving German“ gekennzeichnet hat. Deutschamerikanische Revolutionäre verwendeten ihn als Ankerpunkt, um Unterstützer für die Union zu gewinnen,¹⁴² was Journalisten von ähnlicher politischer Couleur in Deutschland bereitwillig weitertrugen:

Unsere deutschen Landsleute in den Ver. Staaten, [...] haben bisher militärisch nicht wenig dazu beigetragen, der Sache der Union zum guten Fortgang zu verhelfen. [...] Die meisten deutschen Kämpfer und fast alle ihre Führer gehören der Einwanderung von 1849 und den folgenden Jahren an. So trägt die Gesinnung, wegen deren sie das Vaterland verlassen mußten, auch jenseits des Oceans ihre Früchte für die Sache der Freiheit.¹⁴³

Die deutsche Auswanderungsbewegung nach Amerika produzierte folglich transformative Phänomene sowohl in ihrer Empfänger- als auch in ihrer Ent-

137 Vgl. Levine, *The Spirit of 1848*, 67–80.

138 Vgl. Keil, *Francis Lieber's Attitudes*, 17.

139 *Anzeiger des Westens* zit. n. Anderson, *Abolitionizing Missouri*, 63.

140 Vgl. Anderson, *Abolitionizing Missouri*, 29–42, 65–68, 143–169.

141 Vgl. Hertle, *Die Deutschen in Nordamerika*, 1865; *Feuilleton der Neuen Frankfurter Zeitung*, 18. und 29. Oktober 1862; Nagler, *Fremont contra Lincoln*, 257.

142 Vgl. Efford, *German Immigrants*, 53–85; Honeck, *We are the Revolutionists*, 71–171.

143 *Neue Frankfurter Zeitung*, 25. Februar 1862.

senderregion. Der Mythos des freiheitsliebenden Deutschen, der qua Prinzip gegen jegliche Form von Sklaverei und Knechtschaft zu sein schien,¹⁴⁴ war – intensiviert durch die Revolution von 1848 – in den fünfziger Jahren zu einem Leitmotiv für Forderungen nach politischer Partizipation geworden und wirkte für Deutsche diesseits und jenseits des Atlantiks „identitätsbildend“.¹⁴⁵ Während und nach dem Bürgerkrieg changierte dieser Mythos zu einem Element nationalistisch gefärbter Begründungen für die scheinbar niemals angezweifelte Solidarität Deutschlands mit der Union und „der Sache der Gerechtigkeit und Humanität“,¹⁴⁶ die sich später selbst Konservative wie Otto von Bismarck zu eigen machten, um auf die autonome außenpolitische Handlungsfähigkeit Preußens und des Deutschen Kaiserreichs zu verweisen, das „den Versuchungen widerstanden“ habe, „die uns von [...] Seiten anderer bedeutender Mächte nahetraten, uns in diese inneren Streitigkeiten Amerikas zu mischen und auf den Zerfall des großen Reichs der Vereinigten Staaten zu spekulieren“.¹⁴⁷

Zugleich repräsentierte der Mythos des freiheitsliebenden Deutschen eine ideologische Expansion liberal-nationalistischer Ambitionen,¹⁴⁸ wegen der ausgewanderte deutsche Demokraten Europa nach 1848 verlassen hatten. Diese Ambitionen sollten sich nach dem Bürgerkrieg, mit zunehmender gesellschaftlicher Etablierung der Einwanderer und ihrer Führungspersönlichkeiten – der Nordstaaten-General und spätere Innenminister Carl Schurz sei hier beispielhaft genannt – ins Gegenteil verdrehen und einen ähnlichen politischen Rechtsschwenk vollführen wie zur gleichen Zeit in Europa.¹⁴⁹ Die bürgerliche Revolution von 1848 führte die Mehrheit der mitteleuropäischen Bevölkerung nicht in den erhofften „dauerhaften Zustand einer freudvollen Existenz und allgemeinen Gleichheit“, sondern in „die harte Realität der individualistischen Gesellschaft“,¹⁵⁰ in der Abhängigkeiten nur geändert, aber nicht abgeschafft wurden.¹⁵¹

Wenn Demokraten und Liberale schon derart ambivalent mit der Frage nach der Gleichheit der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe und

144 Vgl. Anneke, *Der Zweite Freiheitskampf*, 5–7; Die Gartenlaube, *Aus dem nordamerikanischen Bürgerkriege*, Nr. 47, 1863; Kapp, *Die Achtundvierziger*, 285–312; Kaufmann, *Die Deutschen im amerikanischen Bürgerkriege*, 101–117; Maurer, *The Earlier German Nationalism*, 519–543.

145 Bungert, *Festkultur*, 177.

146 Schaff, *Der Bürgerkrieg und das christliche Leben*, 16. Vgl. außerdem Kaufmann, *Die Deutschen im amerikanischen Bürgerkriege*, 137 ff.; Schmidt, *Der amerikanische Bürgerkrieg*, Erster Teil, 318; Stolberg-Wernigerode, *Deutschland und die Vereinigten Staaten*, 59 ff.

147 Bismarck, *Rede im Reichstag vom 13. März 1884*, zit. n. *Verhandlungen des Reichstages*, Bd. 75, 28.

148 Vgl. Efford, *German Immigrants*, 53 f.

149 Vgl. ebd., 143–226; Honeck, *We are the Revolutionists*, 172–188; Nagler, *Fremont contra Lincoln*, 259 f.; Winkler, *Vom linken zum rechten Nationalismus*, 5–28.

150 Horkheimer, *Egoismus und Freiheitsbewegung*, 25.

151 Vgl. ebd., 35.

somit auch der Sklaverei umgingen, konnte die Situation in konservativen und unpolitischen Lagern kaum besser sein. Als traditionelle Ordnungsmacht musste sich der Konservatismus per se nicht zu gesellschaftlichen oder humanitären Missständen äußern und rechtfertigen, die er über lange Zeit durch Tat *und* Untat förderte. Erst die Aufklärung und die britische Abolitionsbewegung, zum Ende des 18. Jahrhunderts deutlich an Stärke und Unterstützern gewinnend,¹⁵² forderte die Reaktion der alten Kräfte und Ordnungen heraus, sich zur Sklaverei, genauer: zum Sklavenhandel, zu äußern, um dann beides im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts zu ächten. Aber viele Mitglieder der konservativen Eliten blieben skeptisch gegenüber der Abolition, galt die Sklaverei in den nord- und südamerikanischen Produktionsländern doch in den Augen vieler als Garant dortiger politischer Stabilität.¹⁵³ Letztlich aber mussten sie die Sklaverei verurteilen, um ihren Staat als fortschrittlich und „zivilisiert“ erscheinen zu lassen. Dabei ordnete sich die Haltung der Regierungen des europäischen Festlandes nach dem Wiener Kongress vorrangig dem Willen der Weltmacht Großbritanniens unter.¹⁵⁴

Die Ächtung von Sklaverei und Sklavenhandel durch deutsche Regierungen ist daher eher als Lippenbekenntnis der Monarchen zum Wohle der konservativen Wiener Ordnung und der *Pax Britannica* zu verstehen.¹⁵⁵ Die Abolitionsbewegung sorgte für eine historische Inversion, in deren Verlauf Jahrhunderte europäischer Beteiligung und Bereicherung an Sklaverei und Sklavenhandel in kurzer Zeit verbrämt und marginalisiert wurden.¹⁵⁶ Dies führte zu einer eurozentristischen Einteilung in zivilisierte und unzivilisierte Staaten und Gesellschaften ohne respektive mit Sklaverei, die später zu einer Legitimationsgrundlage der imperialistischen Expansions- und Kolonialpolitik des deutschen Kaiserreichs mutierte.¹⁵⁷

Das Ideal der Gleichheit aller Menschen war ein bedeutender, aber nicht der einzige Grund für das Ende der atlantischen Sklavenwirtschaft und die deutschen Unionssympathien. Joel Quirk und David Richardson beurteilen die sukzessive Abschaffung und Ächtung der Sklaverei als „ideology of benevolent paternalism“, beeinflusst durch den wissenschaftlich sanktionierten Rassismus, der weiße Europäer zu legitimen Herrschern über Menschen afri-

152 Vgl. Davis, *Inhuman Bondage*, 229–249; Meissner u. a., *Schwarzes Amerika*, 179–198; Palmer, *How Ideology works*, 1039 f.

153 Vgl. Overkamp, *A Hinterland*, 183.

154 Vgl. Berding, *Die Ächtung des Sklavenhandels*, 265–289.

155 Vgl. Doering-Manteuffel, *Internationale Geschichte*, 95–100; Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 646 ff.; Overkamp, *A Hinterland*, 184.

156 Vgl. Quirk/Richardson, *Anti-Slavery*, 83 f.

157 Vgl. Bade, *Antisklavereibewegung in Deutschland*, 31–58; Conrad, *Globalisierung und Nation*, 74–123; Eckert, *Abolitionist Rhetorics*, 351–368; Meissner u. a., *Schwarzes Amerika*, 226–239; Weiss, *The Illegal Trade in Slaves*, 141–197; Quirk/Richardson, *Anti-Slavery*, 78.

kanischer Abstammung deklarierte.¹⁵⁸ Wie Erkenntnisse aus der historischen Semantik zeigen, bestätigt der zeitgenössische Gebrauch des Emanzipationsbegriffs die These, wonach der deutschsprachige Sklavereidiskurs von dem Transfer zwischen *race*- und *class*-Parametern dominiert wurde. Selten fiel der Begriff „Emanzipation“, wenn in Deutschland von nordamerikanischen Sklaven zu hören oder lesen war. Man fand ihn in Diskursen über Juden, Arbeiter und Frauen, wo Emanzipation als Akt der Selbstbefreiung verstanden wurde, nicht als „Befreiung durch andere Instanzen, durch den Staat oder das Parlament“, wie im Falle von Sklaven.¹⁵⁹ Begriffe wie „Freilassung“,¹⁶⁰ „Befreiung“ oder „Aufhebung“ setzten sich in diesem Zusammenhang als diskursive Kernbegriffe durch und untermauerten „die aktive Rolle der regierenden weißen Schichten.“¹⁶¹ Auch nach dem Bürgerkrieg gingen nicht wenige deutschsprachige Kommentatoren mit der Aussage des Geografen Karl Andree konform, der 1867 erklärte, „daß die Emancipation [...] nirgends ein Glück für den Neger oder ein Gewinn für die Civilisation gewesen“ sei und zur Etablierung einer „falsche[n] Philanthropie“ beigetragen habe, die jedoch bald verschwinden werde.¹⁶² Der Amerikanische Bürgerkrieg hatte das „Problem von Sklaverei und Freiheit“ zwar neu positioniert.¹⁶³ Doch die Emanzipation der Afroamerikaner blieb ein gefährdetes Unterfangen.¹⁶⁴

Im Großen und Ganzen prägte ein partei- und bevölkerungsübergreifendes Achselzucken den deutschsprachigen Sklaverei- und Emanzipationsdiskurs der fünfziger und sechziger Jahre.¹⁶⁵ In weiten Teilen der gemäßigt liberalen und konservativen Bevölkerung, deren Angehörige den Pressemarkt dominierten, herrschte ein regelrecht „emanzipationsfeindlicher Freiheitsbegriff“, der einer wahrhaften Gleichberechtigung unterdrückter und versklavter Menschen wenig abgewinnen konnte.¹⁶⁶ Ein fatalistischer Pragmatismus bestimmte das Bewusstsein und lähmte reflexionsgeleitete Handlungen, die moralische Skrupel hinsichtlich der Unterstützung einer Sklavenhalteration durch den Handel mit und den Konsum von Produkten der Konföderierten Staaten hätten evolvieren können. Rassistische Ressentiments gegenüber der afroamerikanischen

158 Quirk/Richardson, *Anti-Slavery*, 87.

159 Grass/Koselleck, *Emanzipation*, 195.

160 Hagedorn, Bericht an das kurhessische Außenministerium, 23. September 182, HStAM 9a Nr. 560.

161 Grass/Koselleck, *Emanzipation*, 196.

162 Andree, *Geographie des Welthandels*, 641.

163 Eckert, *Aufklärung, Sklaverei und Abolition*, 261.

164 Vgl. Geulen, *Geschichte des Rassismus*, 75–119; Meissner u. a., *Schwarzes Amerika*, 161 f.; Blackmon, *Slavery by Another Name*; Reidy, *Illusions of Emancipation*; Williams, *They left great Marks*.

165 Rochau, 1869, VII.

166 Vgl. Dippel, *Freiheit*, 518 f., 531–538, Zit. 518.

Bevölkerung in den USA, die zu Unterwürfigkeit und Schwerstarbeit auf den schwülwarmen Baumwoll- und Tabakfeldern des Südens vermeintlich prädestiniert war, waren der Kern dieses Pragmatismus, den die unermessliche Nachfrage Europas an Rohstoffen aus Übersee noch förderte.

Dass die Union ab einem gewissen Zeitpunkt des Krieges für die Befreiung der Sklaven kämpfte, verlieh dem Krieg ein neues, moralisierendes Antlitz,¹⁶⁷ das demokratische Kommentatoren mit Wohlwollen vernahmen, aber letztlich kaum zu Begeisterungstürmen führte. Die Emanzipationsproklamation war ein strategischer Schachzug, das Ergebnis einer langwierigen Abwägung Abraham Lincolns von Pro und Kontra (Lincoln sympathisierte unter vorgehaltener Hand auch noch nach seinem Erlass mit der Aussiedlung der Befreiten nach Afrika).¹⁶⁸ Eric Foner geht sogar so weit, zu behaupten, dass Lincolns Proklamation nicht auf Menschenrechten, sondern militärischer Notwendigkeit beruhte.¹⁶⁹ Und sie war beileibe keine Garantie für das Ende der Sklaverei – am Ende musste die Entscheidung auf den Schlachtfeldern fallen.

Politische und gesellschaftliche Ereignisse in Deutschland und Europa, wie der antirussische Aufstand in Polen 1863,¹⁷⁰ die Reformprojekte des Deutschen Bundes oder der aufkeimende deutsch-dänische Konflikt taten das Ihre, um den Sklaverei- und Emanzipationsdiskurs in Mitteleuropa während des Bürgerkrieges mehrfach an den Rand des öffentlichen Interesses zu drängen.¹⁷¹ Der Cotta-Verlag musste seinem eigens für den Bürgerkrieg nach Amerika entsandten Korrespondenten mehrfach erklären, dass die „Masse der näherliegenden für Deutschland interessanteren“ Nachrichten derart erdrückend sei, dass aktuell wenig Bedarf an Berichten aus Amerika bestünde.¹⁷² Unter diesen Bedingungen verlor die lesende Öffentlichkeit in den deutschen Staaten ein Stück weit den Bezug zu den Ereignissen in den USA und die Emanzipationsproklamation Lincolns stieß auf unterkühlte Gemüter und geringe Presseresonanz.¹⁷³ Solange die Waffen nicht schwiegen und der Sieg einer der beiden Kontrahenten nicht eindeutig war, warteten viele ab, wie sich die Dinge entwickeln würden.

167 Vgl. Davis u. a., *Turning Points*, 76–95; Gallagher, *The Union War*, 75–118; Guelzo, *Fateful Lightning*, 172–185.

168 Vgl. Foner, *The Fiery Trial*, 244.

169 Vgl. ebd., 242 ff.

170 Vgl. Orzell, Laurence J., A „Favorable Interval“, 332–350.

171 Vgl. Drescher, *The Ending*, 442 ff.

172 Cotta an Corvin, 29. Januar und 7. September 1863, Copierbuch V, Cotta-Archiv.

173 Vgl. Schoen, *The Fates of Republics and Empires Hang in the Balance*, 42; Sexton, *Interchange*, 467 f. Für die zeitgenössische Rezeption der Emanzipationsproklamation sinnbildlich, *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 10. Oktober 1862; *Bremer Handelsblatt*, 11. Oktober 1862, *Leipziger Zeitung* (Beilage), 18. Januar 1863; *Schwäbischer Merkur* (Beilage), 24. September 1863; *Weser-Zeitung*, 11. Oktober 1862.

Kapitel 3

Friedliche Geschäfte? Der Kriegshandel über Hamburg und Bremen

„Stroh Männer“ für Weser und Elbe

Geopolitische Ereignisse agglomerierten sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem in Haupt-, Handels- und Hafenstädten.¹ Solche Orte waren und sind Räume, an denen sich „Kommunikation und Interaktion verdichten“.² Auch der amerikanische Außenminister William Seward wusste um die Bedeutung von Europas urbanen Zentren. Sie waren Transmitter des Amerikanischen Bürgerkrieges. „An almost electric political connection, however, exists between the several capitals of western Europe“, ermahnte Seward seinen Gesandten in Berlin kurz vor Kriegsausbruch. Alle „possible forms of offence or irritation“ gegenüber der preußischen oder anderen Regierungen galt es deshalb zu vermeiden.³ Sollte es Emissären der Konföderation gelingen, erfolgreich um die Gunst der europäischen Mächte zu werben, würden bald weitere Staaten folgen, so der Leitgedanke des Außenministers.

Die Diplomatie der Vereinigten Staaten war seit ihrem Bestehen erstrangig Handelsdiplomatie.⁴ Ihr Primat war der Erhalt und die Expansion wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Regionen der Welt. „We are a commercial people, and of course cultivate acquaintance first and chiefly with other commercial nations“, schrieb Seward einen Tag nach Beginn der Bombardierung Fort

¹ Vgl. Gollwitzer, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. 1, 426.

² Kaltmeier, Politische Räume, 98.

³ Seward an Judd, Washington, 22. März 1861, United States Department of State, Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1861, 37.

⁴ Vgl. Gabacchia, Foreign Relations, 43 f.

Sumters nach Wien.⁵ Zu diesem Zeitpunkt waren die USA, aller postulierter Isolation zum Trotz, schon längst ein zentraler Knoten im Weltteppich. Handel bildete für die junge Nation die Basis ihrer internationalen Beziehungen. Doch das sollte der Bürgerkrieg nachhaltig ändern.

Der Krieg läutete für die USA ein neues außenpolitisches Zeitalter ein.⁶ Schon früh erkannten die beteiligten Zeitgenossen diesen sich anbahnenden, außenpolitischen Umbruch. All die Jahre zuvor hätten sich die USA dank der Warnung George Washingtons vor „entangling alliances“ und der Monroe-Doktrin gegen Verwicklungen in die europäische Politik entschieden.⁷ Doch die Gefahr einer europäischen Intervention – während des Bürgerkrieges mehrfach in greifbarer Nähe – forderte einen Kurswechsel der USA, der, so prognostizierte Heinrich Börnstein treffend, künftig dazu führen sollte, dass „not a gun may be fired from Europe, without the permission of America“.⁸ Sowohl der Norden als auch der Süden standen im Frühling 1861 unweigerlich im Scheinwerferlicht einer Weltbühne. Errichtet war diese Bühne schon einige Jahre zuvor, doch Art und Zeitpunkt des Auftritts kamen für beide Akteure überraschend.

Den Bürgerkrieg einen Bürgerkrieg sein zu lassen, ihn nicht zu einem weltweiten Flächenbrand auszuweiten, war oberste außenpolitische Priorität des Außenministeriums in Washington. Doch das war leichter gesagt als getan. Zu sehr hatten sich die USA in den letzten Jahrzehnten in das globale Netzwerk von Handel und Auswanderung verstrickt, als dass ihr Krieg ohne Bedeutung für Europa und andere Teile des Erdballs bleiben konnte. Es war von immenser Wichtigkeit, in den Schaltstellen transnationaler Beziehungen, den ausländischen Haupt-, Hafen- und Handelsstädten,⁹ loyale oder wenigstens neutrale Pufferzonen zu errichten. Ein angemessener Ton für Europa war nötig, der sowohl die Ziele von Union als auch die der Konföderation mit Legitimität erfüllte. Kurz: Beide Außenministerien mussten sich rasch um effektive Öffentlichkeitsarbeit bemühen.

Ein „war for public and world opinion“ entbrannte zeitgleich mit den Kämpfen auf den Schlachtfeldern.¹⁰ Norden und Süden mussten ihre Kriegsziele in einer Weise rechtfertigen, die in Europa Zuspruch und Unterstützung finden würde. Die Herausforderung der nordstaatlichen Diplomatie bestand darin, den überwiegend monarchischen Staatsoberhäuptern Europas zu vermitteln, dass die USA für den Erhalt der eigenen Staatsgewalt kämpften, ob-

⁵ Seward an Burlingame, 13. April 1861, United States Department of State, Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1861, 183.

⁶ Vgl. Sexton, The Monroe Doctrine, 137–185.

⁷ Börnstein an Seward, 3. März 1862, NA Bremen.

⁸ Ebd.

⁹ Zur transnationalen Bedeutung von (Groß-)Städten vgl. Osterhammel, Die Verwandlung der Welt, 381 ff.

¹⁰ Fleche, The Revolution of 1861, 62.

wohl große Teile der US-Amerikaner in den vorangegangenen 13 Jahren nationalistische und separatistische Bewegungen in Europa begrüßten.¹¹ Bis zur Emanzipationsproklamation im Herbst 1862 mieden die diplomatischen Instruktionen des Außenministeriums in Washington libertäre Töne zugunsten einer gemäßigt liberalen Positionierung mit konservativem Grundton.¹² Die Regierung vertrat eine Direktive, die sich staatliche Ordnung, Integrität und nationale Einheit auf die Fahne schrieb. Viele europäische Regierungen hatten vor Kurzem noch selbst Revolutionen im Namen der staatlichen Zentralgewalt unterdrückt, nun beabsichtigte die Union das Gleiche.¹³ Diese Maxime prägte die nordstaatliche Diplomatie zu Beginn des Krieges. Sie zielte auf die Solidarität der überwiegend konservativen Staatsoberhäupter Europas, was auch die Auswahl der Gesandten und Konsuln bestimmte.

Emissäre und Journalisten der Konföderation hingegen arbeiteten im Grunde mit zwei Rechtfertigungsnarrativen, die ihnen auf dem Weg zu Anerkennung und staatlicher Unabhängigkeit helfen sollten. Auf der einen Seite verstanden sie sich als Bewahrer einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die von revolutionären Impulsen regierungsnaher und radikaler Gruppen, allen voran den Abolitionisten, in die Enge gedrängt worden war.¹⁴ Andererseits, so argumentieren neuere, globalhistorische Studien, gaben die Südstaaten-Repräsentanten in Europa zu verstehen, dass sie als (konter-)revolutionäre Nationalisten für ihr Recht auf Selbstbestimmung und nationale Existenz kämpften.¹⁵ Dabei verwiesen einige auf Parallelen zu den europäischen Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen, wie sie in Polen, Italien, Irland oder Ungarn anzutreffen waren.¹⁶ Alle nationalistischen Bewegungen würden daran arbeiten, die oftmals künstlichen Grenzen der Wiener Ordnung von 1815 sukzessive wieder aufzuheben, las man in einer südstaatlich-gesinnten Zeitung aus London.¹⁷

Die Sezession des Südens, so die Argumentation vieler seiner Fürsprecher, sei der Beweis, dass der gleiche Prozess nun auch in Amerika zutage trete. Mit diesen Vergleichen wollte der Süden die Rechtmäßigkeit seiner Abspaltung bekräftigen. Dass die diplomatische und öffentliche Agitation des Südens schon im Voraus zum Scheitern verurteilt gewesen war, ist hauptsächlich den Urteilen späterer Historiker und Historikerinnen anzurechnen. Die in Europa tätigen Konföderierten waren überaus bemüht, ihre Sache dem örtlichen Pub-

¹¹ Vgl. Lerg, *Amerika als Argument*, 141–155; Moltmann, *Isolation oder Intervention*, 24–51; Morrison, *American Reaction to European Revolutions*, 111–132; Fleche, *The Revolution of 1861*, 63; Roberts, *Distant Revolutions*, 42–104.

¹² Vgl. Fleche, *The Revolution of 1861*, 63.

¹³ Vgl. ebd., 60–68.

¹⁴ Vgl. Moore, *Soziale Ursprünge von Diktatur*, 175–187.

¹⁵ Vgl. Fleche, *The Revolution of 1861*, 68.

¹⁶ Vgl. ebd., 91–100; Quigley, *Secessionists*, 151–173.

¹⁷ Vgl. Fleche, *The Revolution of 1861*, 87–88.

likum möglichst greif- und erfahrbar zu verkaufen, indem sie ihre Abspaltung von der Union erstens in den Kontext europäischer Revolutions- und Sezessionsbewegungen einzubetten versuchten, um damit die liberal-demokratische Öffentlichkeit für sich zu gewinnen, und zweitens als konservativer Korpus auftraten, der für den Erhalt von Ordnung und des Status quo kämpfte. Für die Konföderierten schien es offensichtlich, dass für sie der Gang der Weltgeschichte günstig war. Zur Not hoffte der Süden, seit Mitte April 1861 von einem Blockadering der Unionsmarine in seinen Kontakten zu Europa eingeschränkt, durch ein „heroic suffering“ ähnliche materielle und ideologische Unterstützung zu erhalten, wie sie den nach Unabhängigkeit strebenden Bevölkerungsteilen Italiens, Polens und Irlands zuteil wurde.¹⁸

Nach Kriegsausbruch begann die Union, ihr äußeres Verteidigungs- und Überwachungssystem in Europa zu verdichten und mit geeigneten Vermittlern zu besetzen. Der Kongress ermächtigte Lincoln im August 1861, für die Dauer der „insurrection“ so viele Konsuln in den Hafenstädten Europas, Asiens, Mittel- und Südamerikas einzusetzen, wie er für angemessen erachtete.¹⁹

Verlässliche Konsuln in den europäischen Handelsmetropolen waren besonders wichtig für das nordstaatliche Verteidigungs- und Informationsnetz. Vor dem Krieg dominierten im Außenministerium, in den Gesandtschaften und Konsulaten über viele Jahre Sklavereibefürworter aus den Südstaaten oder ihre nördlichen Sympathisanten aus der demokratischen Partei.²⁰ Nach der Sezession des Südens traten viele Diplomaten und Konsuln freiwillig von ihrem Amt zurück, um die neue Konföderation nach Kräften zu unterstützen.²¹ Die meisten anderen Angestellten im auswärtigen Dienst ließ Lincoln durch unionstreue Emissäre ersetzen, was der Unionsdiplomatie langfristig äußerst zuträglich war.²²

Bis in das frühe 20. Jahrhundert hinein war es in der US-amerikanischen Außenpolitik üblich, dass der neue Präsident die Gesandtschafts- und Konsulatsposten im Ausland mit verdienten Wahlkampfunterstützern besetzte.²³ Lincoln wusste, dass die deutschstämmigen Mitglieder der Republikanischen Partei, die ihn zahlreich im Wahlkampf unterstützt hatten, oftmals leidenschaftlichere Förderer der Unionsziele waren als ihre in den USA geborenen Parteikol-

¹⁸ Ebd., 104.

¹⁹ Vgl. Statutes at Large Vol. xii, 285, zit. n. Abbot, *The United States Consul's Manual*, 369.

²⁰ Vgl. Hochgeschwender, *Der amerikanische Bürgerkrieg*, 97 f.; Karp, *This Vast Southern Empire*, 4–8.

²¹ So trat zum Beispiel der Konsul für Hannover zurück, nachdem sein Heimatstaat Georgia die Sezession ratifiziert hatte. Das Amt fiel daraufhin dem amerikanischen Generalkonsul in Frankfurt zu, der nach seiner Amtsentlassung in Frankfurt blieb und als inoffizieller Agent für die Konföderation arbeitete. Vgl. Hutton an Black, 9. Februar 1861, *Despatches from United States Consuls in Hanover*, Roll 1, NARA.

²² Vgl. Jones, *Blue & Gray Diplomacy*, 322.

²³ Vgl. Paterson, *American Businessmen*, 77–97.

legen.²⁴ Dies dürfte die Ernennung Heinrich Börnsteins zum neuen Konsul für Bremen motiviert haben. Börnsteins Leben war von Unrast gekennzeichnet. Geboren 1805 in Hamburg, verbrachte er seine Jugend im damals österreichischen Lemberg. Mit Anfang zwanzig verdingte er sich als Theaterjournalist für verschiedene Zeitungen, 1842 verschlug es ihn nach Paris, wo er als Theaterregisseur arbeitete.²⁵ Ende 1848 verließ Börnstein Europa und wanderte in die USA aus. Er ließ sich in St. Louis nieder und erwarb den *Anzeiger des Westens*, den er zu einer der meistgelesenen deutsch-amerikanischen Zeitungen ausbaute. Bei Kriegsausbruch übernahm der damals 55-Jährige das Kommando über eine Freiwilligenkompanie in Missouri.²⁶ Nach Ablauf seines dreimonatigen Wehrdienstes wollte sich Börnstein wieder dem Zeitungsgeschäft widmen, doch seinem Blatt fehlten die Einnahmen. Das Anzeigengeschäft war durch den Krieg eingebrochen.²⁷ Auf der Suche nach einem alternativen Einkommen wollte sich Börnstein nun ganz „der Unionsregierung nach [...] besten Kräften nützlich [...] machen“ und reiste im August 1861 nach Washington.²⁸ Dass er bei seiner Ankunft bereits zum Konsul für Bremen ernannt worden war, erfuhr Börnstein erst später. Die Zustellung des Ernennungsschreibens hatte sich mit seiner Abreise aus St. Louis überschritten.²⁹ Außenminister Seward hatte Börnstein für den Posten in Bremen vorgeschlagen, in Absprache mit Rudolf Schleiden, dem Gesandten der Hansestädte in Washington.³⁰ Seward wollte „in allen Seehäfen verlässliche Leute als Consuln haben [...], um die Waffen- sendungen, Zuzüge und Ausrüstung von Kaperschiffen für die Secessionisten genau zu überwachen und so viel wie als möglich zu verhindern.“³¹ Börnstein nahm die Konsulatsstelle bereitwillig an.

Die Hansestädte und die USA: sozioökonomische Grundlagen

Bremen, Hamburg und ihr Hinterland gehörten zu den zentralen ökonomischen Verbindungsstellen zwischen Nordamerika und Mitteleuropa. Erste Nachweise des Imports von nordamerikanischem Reis, Baumwolle und Tabak durch norddeutsche Kaufleute reichen zurück bis ins erste Drittel des 18. Jahrhunderts.³² Südstaatliche Häfen wie Charleston, New Orleans und Baltimore waren damals schon Verladestationen für Sklavenprodukte nach Deutsch-

²⁴ Vgl. Fleche, *The Revolution of 1861*, 63.

²⁵ Vgl. Kosch, *Deutsches Theater-Lexikon*, Bd. 1.

²⁶ Vgl. Börnstein, *Fünfundsiebzig Jahre*, Bd. 2, 269.

²⁷ Vgl. ebd., 333–334.

²⁸ Ebd., 342.

²⁹ Vgl. ebd., 342.

³⁰ Vgl. ebd., 342–343.

³¹ Ebd., 343.

³² Vgl. Musatafa, *Merchants and Migrations*, 122.

land gewesen und vereinzelte hanseatische Reeder, Hafentarbeiter und Schiffsmannschaften beteiligten sich noch bis ins 19. Jahrhundert hinein, entweder direkt oder indirekt, am Sklavenhandel (in Hamburg war dieser noch bis 1837 erlaubt).³³ Amerikanische und hanseatische Händler sprachen recht schnell dieselbe Sprache: die des globalen Kapitalismus.³⁴ Alle Interessen Bremens, so hieß es zum Beispiel in einem Artikel des *Staats-Lexikons* von 1859, seien „demjenigen des Handels untergeordnet“.³⁵ Für Kleinstaaten war die Einbettung in einen möglichst offenen und weitverzweigten Markt überlebenswichtig. Das schien nationalistischen und protektionistischen Kritikern suspekt: „Yankee-Affen“, Mangel an Patriotismus, übersteigerter Bereicherungswille und Handlangertum für die Interessen nicht deutscher Staaten gehörten zu den oft gehörten Anfeindungen, die Binnenländer den Hanseaten entgegensetzten.³⁶ Dabei war und ist es ein Charakteristikum des Transithandels, wie ihn die Bremer und Hamburger betrieben, dass er „völlig losgelöst von nationalen Interessen“ geschieht.³⁷ Je mehr der atlantische Handel und die Auswanderung über Hamburg und Bremen an Zahl und Menschen zunahm, desto leiser wurden die Kritiker. Der „materielle Zug“ der fünfziger Jahre mit seinen „großartigen Erfolgen auf dem Gebiete der Industrie und des internationalen Verkehrs“³⁸ überzeugte auch viele zuvor Andersdenkende, dass die Sonderstellung der Hansestädte als Freihäfen außerhalb des Deutschen Zollvereins, dem größten Einigungsprojekt vor der Reichsgründung 1871, eine Bedingung für die wirtschaftliche Blüte und den Anschluss Deutschlands an die Welt darstellte. Es sei ein „hoher Vorteil für Deutschland“, äußerte sich ein Ökonom 1863, „solche Weltmärkte [wie Bremen und Hamburg] an seiner Küste und in den günstigsten Verbindungen mit dem Inlande zu besitzen“.³⁹ Ein Anschluss an den Zollverein würde den freien Städten nur „lästige Fesseln auferlegen, unter denen sie bald zu Märkten zweiten Ranges herabsinken müssten“.⁴⁰

Ihre wirtschaftliche Sonderstellung gestand man Hamburgern und Bremern um 1860 bereitwillig zu: Hanseatische Kaufleute wurden von ihren binnenländischen Geschäftspartnern und vom liberalen Bürgertum als die legitimen Stellvertreter deutscher (Handels-)Interessen in der Welt geschätzt. Sie waren, wenn man so will, die Speerspitze eines informellen Bedürfnisses nach imperialistischer Expansion.⁴¹ Auch in der Wahrnehmung vieler dieser Kauf-

33 Vgl. Ressel, Hamburg und die Niederelbe, 92 ff.

34 Vgl. Mustafa, Merchants and Migrations, 125, 258.

35 Anonym, Bremen, 87.

36 Vgl. Boehmert, Die Stellung der Hansestädte, 74; Engelsing, England und die USA, 38 ff. Zitat: Friedrich Engels zit. n. Engelsing, England und die USA, 50.

37 Haller, Transithandel, 18.

38 Boehmert, Die Stellung der Hansestädte, 91.

39 Ebd., 89–90.

40 Ebd., 90.

41 Vgl. Fitzpatrick, Liberal Imperialism, 83–89.

leute war der freie Handel mit der Welt wichtiger als die Eingliederung in einen nationalen Wirtschaftsraum wie den Zollverein. In der Realität aber „waren die Wirtschaftsvorstellungen der in den Hansestädten regierenden kaufmännisch-juristischen Elite weit entfernt von einer rigorosen Durchsetzung des Freihandelsprinzips auf Kosten eines Rückschritts im nationalen Einigungsprozess.“⁴² Die Wirtschaftspolitik der Hansestädte war in der Praxis „wenig prinzipientreu“.⁴³ Diese Eigenschaft aber sicherte Bremen und Hamburg kaufmännische Flexibilität und sorgte für gute Verbindungen zu außereuropäischen Märkten.

Seit 1827 verband die USA und die Hansestädte ein Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag, der den Kaufleuten, Kapitänen und Bürgern beider Seiten freien Handel und Schutz an allen Orten auf dem Territorium des je anderen zusicherte.⁴⁴ Neben Preußen (1785) waren die Hansestädte die einzigen deutschen Staaten, mit denen die Vereinigten Staaten einen solchen Vertrag abgeschlossen hatten. Nahmen Baumwolle und andere Rohstoffe aus den USA für die deutschen Inlandsmärkte in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts noch den kostspieligen Umweg über England, sorgten hanseatische Handelshäuser ab den dreißiger Jahren mit Niederlassungen in Charleston, New York, New Orleans und Galveston dafür, dass möglichst viel Ware direkt an die deutsche Nordseeküste verschifft und von dort in die Textilhochburgen Sachsens, Schwabens, Oberfrankens und Böhmens transportiert wurde.⁴⁵ Seit Ende der fünfziger Jahre importierten Bremens Kaufleute mehr amerikanische Baumwolle als ihre Konkurrenten in Hamburg, die den Rohstoff überwiegend über Liverpool und London bezogen und aufgrund eines Zolls höhere Preise verlangten als die Bremer.⁴⁶ Auch für südstaatlichen Tabak war der Stadtstaat an der Weser seit vielen Jahren das wichtigste Einfallstor für das europäische Festland. „Für rohe Baumwolle und Taback“, verkündete ein zeitgenössischer Stadtführer, „ist Bremen Weltmarkt geworden.“⁴⁷ Es gebe keine Stadt auf dem europäischen Kontinent, schrieb das *Bremer Handelsblatt* 1861, „welche im Verhältnis zu ihrem Gesamthandel sich so [...] an dem Handel mit den Vereinigten Staaten“ beteilige wie Bremen. Handel und Auswanderung hätten der Stadt einen „nordamerikanischen Charakter“ verliehen.⁴⁸ Mitte des Jahrhunderts ging knapp ein Viertel des US-amerikanischen Tabaks an die Weser, von wo

⁴² Schulz, *Liberalismus in Hamburg*, 145.

⁴³ Ebd., 145.

⁴⁴ Vgl. Bebens, *Treaties*. Vol. 8, 41 ff. und 78 ff.

⁴⁵ Vgl. Pitsch, *Die wirtschaftlichen Beziehungen Bremens*, 157 ff. Zu den verwandtschaftlichen Beziehungen, die Bremer Handelsleute im Zuge ihrer ökonomischen Etablierung in den USA aufbauten, vgl. Maischak, *German Merchants*, 50 ff.

⁴⁶ Vgl. Schramm, *Deutschland und die Welt*, 379–380; Beutin, *Von 3 Ballen zum Weltmarkt*, 74–75.

⁴⁷ Bremen. Ein Führer durch die Stadt und ihre Umgebungen für Fremde und Einheimische, 95.

⁴⁸ *Bremer Handelsblatt*, 15. Juni 1861.

aus wiederum drei Viertel innerhalb des deutschen Zollvereins weiterverkauft wurden.⁴⁹ 1852 lebte jeder sechste Bremer mittel- oder unmittelbar von der Zigarrenproduktion.⁵⁰ Tausende der benachbarten Oldenburger und Hannoveraner waren ebenfalls auf den Kauf, die Verschiffung, die Spekulation und den Verkauf von Tabak angewiesen. 1861 existierten in der Region 119 Fabriken mit über 1.300 Arbeitern, die amerikanischen Tabak zu Zigarren verarbeiteten.⁵¹

Für das norddeutsche Umland ergaben sich durch die wirtschaftlichen Verwicklungen mit Nordamerika weitreichende Folgen: Da Europa immer mehr Baumwolle benötigte, hatten Pflanzer und Farmer in Louisiana und den Carolinas in den ersten Jahrzehnten nach 1800 begonnen, ihre Weizenfelder in Anbauflächen für die profitablere Baumwolle zu verwandeln. Um ihren Bedarf an dem nicht mehr vorhandenen Getreide zu stillen, importierten die Staaten vermehrt Weizen aus Norddeutschland, wo besitzlosen Kleinbauern und ihren Familien sprichwörtlich der Boden unter Füßen entrissen wurde, damit die lokalen Landbesitzer mehr Weizen für Amerika produzieren konnten.⁵² So kam es, dass seit den zwanziger Jahren zahlreiche Familien aus dem nordwestdeutschen Raum ihre Heimat Richtung Nordamerika verließen.⁵³ Solche Kettenwanderungen schufen weitere Bindeglieder des sozioökonomischen Austauschs zwischen den Hansestädten, ihren deutschen Anrainerstaaten und dem amerikanischen Süden.

Im Jahrzehnt vor dem Bürgerkrieg wuchs der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung auf dem Gebiet der künftigen Konföderierten Staaten um achtzig Prozent.⁵⁴ Zu den beliebtesten Auswanderungszielen zählten die Handelszentren Galveston, New Orleans, Charleston, Savannah und Baltimore. Die Mehrheit der dort lebenden deutschen Einwanderer stammte aus Hannover, Oldenburg, Holstein und Bremen.⁵⁵ Da sie in landwirtschaftlichen Berufen kaum gegen die Konkurrenz der Sklavenplantagen ankamen, arbeiteten die männlichen Einwanderer dort häufig als Kaufleute, die bevorzugt Import- und Exportgeschäfte mit dem Mutterland betrieben.⁵⁶ In Wilmington, North Carolina, waren 1850 über achtzig Prozent der männlichen deutschstämmigen Einwohner als Kaufmann, Händler oder in maritimen Berufen tätig.⁵⁷ Zahlreiche andere deutsche Südstaatler verdienten als Makler und Importeure an der Spe-

49 Vgl. Pitsch, Die wirtschaftlichen Beziehungen Bremens, 150–154.

50 Vgl. Schaeffer, Bremens Bevölkerung, 48.

51 Kappelhoff, Der Handel in den Küstenregionen, 191.

52 Vgl. ebd., 191 f.

53 Vgl. Oltmer, Migration im 19. und 20. Jahrhundert, 12 f.

54 Mehrländer, The Germans, 295.

55 Vgl. ebd. Allein in Charleston stammten 73 Prozent der Deutschen aus Oldenburg, Hannover und Holstein.

56 Vgl. Bodamer, Von Hannover in die Südstaaten, 334 f.; Mehrländer, „... überall hiest man Fahnen“, 134 ff.; Kappelhoff, Der Handel in den Küstneregionen, 191.

57 Vgl. Bodamer, Von Hannover in die Südstaaten, 134 ff.

kulation und dem Transport europäischer Waren.⁵⁸ Rund 200 norddeutsche Firmenniederlassungen in den USA sorgten seit Mitte der vierziger Jahre für einen beständigen Verkehr zwischen Mitteleuropa und Nordamerika.⁵⁹ Durch Heiratsnetzwerke wurde dieses transatlantische Beziehungsgeflecht weiter verdichtet.⁶⁰

Nicht nur Menschen und Waren pendelten zwischen Amerika, Bremen und Hamburg in großer Zahl, sondern auch Informationen und Wissen. Seit 1847 bestand ein regelmäßiger Postverkehr zwischen dem europäischen Festland und den Vereinigten Staaten, betrieben durch die Ocean Steam Navigation Company, ein von den USA und einigen deutschen Staaten (darunter Bremen und Frankfurt) subventioniertes Gemeinschaftsprojekt, dessen Dampfer zwischen Bremerhaven und New York verkehrten.⁶¹ Mit steigendem Warenvolumen wurden immer mehr Kapitalvorräte nötig, um den Handel aufrechtzuerhalten. Deshalb gründeten deutsche Kaufleute in den fünfziger Jahren Aktiengesellschaften wie die Bremer Bank, Versicherungen und Großreedereien wie den Norddeutschen Lloyd oder die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (Hapag).⁶² 1863 war der Norddeutsche Lloyd die drittumsatzstärkste Reederei im Postverkehr zwischen den USA und Europa, gefolgt von der Hapag.⁶³

All diese Neuerungen binnen weniger Jahrzehnte führten zu einem ökonomischen Strukturwandel:⁶⁴ Viele Bürger Hamburgs und Bremens hatten dank des Amerikahandels „den Kapitalismus entdeckt“⁶⁵. Viele von ihnen waren zu Teilhabern von transnational tätigen Banken und Reedereien geworden. Und ihre Heimatstädte hatten sich in ungeahnter Weise und Geschwindigkeit zu „Relaisstationen“⁶⁶ der Globalisierung, zu einem Bestandteil eines informellen, transnationalen „steam empire“ entwickelt, das an vielen Scharnieren von den Vorzügen gegenseitigen Profits zusammengehalten wurde.⁶⁷

58 Zu den Berufsgruppen im Baumwollhandel vgl. Beckert, King Cotton, 203–217.

59 Schniedewind, Bremer in Amerika, 114.

60 Vgl. Beckert, King Cotton, 221; Schulte Beerbühl, Deutsche Kaufleute in London, 201–206.

61 Vgl. Elmshäuser, Geschichte Bremens, 75; Schulz, Vormundschaft und Protektion, 476.

62 Vgl. Schulz, Vormundschaft und Protektion, 474, 481.

63 Vgl. Report of the Postmaster General 1863, 5.

64 Vgl. Schulz, Vormundschaft und Protektion, 463–464.

65 Ebd., 476, 481.

66 Vgl. Amenda/Fuhrmann, Hafenstädte in globaler Perspektive, 7 f., Zit. 7.

67 Vgl. Sexton, Steam Transport, 633, Zit. 623.

„Mingle with the public for the benefit of our cause“: die Öffentlichkeitsarbeit amerikanischer Akteure

Unionsvertreter wie Heinrich Börnstein schätzten die liberalen Vorzüge der Hansestädte. In Bremen, „wo es keinen Hof, keine Hofetikette, keine Bürokratie und auch keine hochmüthige Aristokratie gab, wo ich einfach mit Kaufleuten und Geschäftsmännern, höchstens mit einem gewählten Bürgermeister amtlich zu verkehren hatte, [war] die ganze Färbung des Lebens und der Gesellschaft eine bürgerliche und, der Form nach, eine republikanische [...]“. Das politische und gesellschaftliche Leben an der Weser war dem amerikanischen Staatsideal näher als die monarchischen Prinzipien und Hofdünkel, wie sie in den deutschen Residenzstädten überwogen. Dort seien amerikanische Konsuln häufig nur als „Parteilepper und Wahlagitatoren“ betrachtet worden, „denen man nach dem Siege [ihres Präsidentschaftskandidaten] einen Consulatsbrocken hingeworfen“ habe.⁶⁸ Mit derlei Vorurteilen hatte Börnstein weniger zu kämpfen. Er musste sich anderen Problemen stellen, denn er sollte zuvorderst den wirtschaftlichen Verkehr zwischen der Hansestadt und den Vereinigten Staaten kontrollieren und über die politischen Vorgänge in der Region berichten.

Die Aufgaben eines Konsuls in der Mitte des 19. Jahrhunderts waren vielfältiger, als sie auf den ersten Blick erscheinen mögen. Der Völkerrechtler Johann Bluntschli definierte Konsuln nicht nur als „Vertreter und Schützer des internationalen Privatverkehrs“ und Helfer der Staatsbürger seines Heimatlandes im Ausland.⁶⁹ Konsuln hatten, und das unterschied ihren Status von dem eines Gesandten, eine „gesellschaftliche [und] internationale [...] Bedeutung“,⁷⁰ weil sie weniger mit den Regierungen der jeweiligen Staaten in Kontakt standen, „sondern durchweg mit den Bürgern verkehrten.“⁷¹ Deshalb hätten die Konsuln „einen anderen Gesichtskreis und [...] Charakter“ als die Gesandten.⁷² Sie waren, um einen modernen Ausdruck zu verwenden, transnationale Akteure und Vermittler.⁷³

Auch wenn ein Konsulatsposten Renommee versprach, ein Garant für eine sichere Altersvorsorge war das Amt bei Weitem nicht. Wie in den meisten europäischen Staaten auch waren viele Konsulatsstellen der Vereinigten Staaten unbesoldet und ihre Aufgaben wurden neben dem eigentlichen Broterwerb (meist eine kaufmännische Tätigkeit) ausgeführt. Aber im Gegensatz zu Preu-

68 Börnstein, *Fünfundsiebzig Jahre*, 376.

69 Bluntschli, *Das moderne Völkerrecht*, 152.

70 Ebd., 152. Bluntschli nutzte den Begriff „international“ nicht im Sinne von „zwischenstaatlich“. Er verwendete beide Begriffe vielmehr antagonistisch. Unter „international“ versteht er eher ein Attribut, welches nach 1850 häufig synonym zu „kosmopolitisch“ verwendet wurde. Vgl. Friedemann/Hölscher, *Internationale*, 367 ff.

71 Bluntschli, *Das moderne Völkerrecht*, 154.

72 Ebd., 154.

73 Vgl. Espagne, *Die Rolle der Vermittler*, 309–329.

ßen und anderen deutschen Staaten begannen die transatlantischen Handelsstaaten USA, England und Frankreich wesentlich früher mit der Besoldung ihrer Konsulate.⁷⁴

Nach nur zwei Monaten im Amt erklärte Börnstein, dass sein Jahresgehalt von 2.000 Dollar nicht mehr ausreiche, um den gesteigerten Arbeitsumfang, den seine Stelle ihm abverlangte, zu kompensieren.⁷⁵ Täglich würden Auswanderungswillige in das Konsulat kommen, um sich nach den Zuständen in den Vereinigten Staaten zu erkundigen. Börnstein sah sich gezwungen, einen zusätzlichen Mitarbeiter einzustellen, um die anfallende Arbeit zu stemmen. Außerdem musste das Konsulatsbüro aufgrund der Vielzahl seiner Besucher, über die sich der Hauseigentümer beschwert hatte, verlegt werden.⁷⁶ Würde er nicht seinem Land dienen, gab der Konsul seinem Außenminister zu verstehen, würde er wieder seinen alten Beruf als Zeitungsherausgeber in St. Louis aufnehmen, mit dem er weit mehr verdiene.⁷⁷

Das Jahresgehalt eines Konsuls der Vereinigten Staaten betrug 1863 durchschnittlich rund 1.700 Dollar, variierte aber je nach Bedeutung und Lebenshaltungskosten am Aufenthaltsort.⁷⁸ So waren die Konsulate in Frankfurt am Main und Bremen mit 3.000 Dollar pro Jahr die bestbezahlten US-Konsulate im Deutschen Bund, der Konsul in Hamburg musste sich mit 2.000 Dollar zufriedengeben. In Residenzstädten wie München oder Stuttgart, die für den amerikanischen Handel eher zweitrangig waren, erhielten die Konsuln gar nur 1.000 Dollar.⁷⁹ Viele amerikanische Konsuln, wie etwa in Dresden, Hannover oder Karlsruhe, mussten auf festes Gehalt ganz verzichten und bekamen nur Aufwandsentschädigungen (*fees*). In den deutschen Staaten befanden sich 1863 insgesamt 23 amerikanische Konsulatsstellen, zwölf davon subventionierte das amerikanische Außenministerium ausschließlich durch Aufwandsentschädigungen.⁸⁰

Heinrich Börnstein zählte zu den am besten bezahlten amerikanischen Berufskonsuln Mitteleuropas, dennoch klagte er regelmäßig darüber, dass seine Bezahlung mit dem Arbeitsumfang seines Postens nicht in Einklang stand. Für fast alles, inklusive der Möbel für das Konsulatsbüro, musste er selbst aufkommen. Nicht nur die Miete für das Büro musste gezahlt werden, auch Börnsteins Privatwohnung an den pittoresken Bremer Wallanlagen sorgte für hohe Fixkosten,⁸¹ und die vielen regelmäßigen Reisen nach Bremerhaven belasteten

74 Vgl. Bluntschli, *Das moderne Völkerrecht*, 153.

75 Vgl. Börnstein an Seward, 30. November 1861, NA Bremen.

76 Börnstein an Seward, 11. November 1861, NA Bremen.

77 Vgl. Börnstein an Seward, 30. November 1861, NA Bremen.

78 Durchschnittswert errechnet auf Basis der Gehälter in *The National Almanac and Annual Record for the Year 1863*, 77–78.

79 Vgl. *The National Almanac and Annual Record for the Year 1863*, 78.

80 Vgl. ebd., 77–78.

81 Vgl. Strack (Hg.), *Adreß-Buch der freien Hansestadt Bremen 1862*, 272.

sein Konto ebenfalls. Solche Zustände seien eines Repräsentanten der USA nicht würdig. Oft sei er nicht in der Lage, mittellosen Amerikanern, die sich die Rückfahrt nach Amerika nicht leisten konnten, ausreichend zu helfen.⁸²

Rückblickend bereute Börnstein, Konsul geworden zu sein. Es sei „der dümmste Streich“ seines Lebens gewesen.⁸³ Das Amt habe nur „viel Arbeit und viel Verdruß“ und „kein wirkliches Ansehen, keine rechte Autorität“ mit sich gebracht.⁸⁴ In den Augen der europäischen Diplomaten und Bürokraten, so erinnerte er sich, seien die US-Konsuln „nur Volontärs, Remplacants, Strohmänner, aber keine Vertreter der großen amerikanischen Sternen-Republik“ gewesen.⁸⁵ Trotz ihrer oft geringen Bezahlung seien die Konsuln Repräsentanten ihres Staates und würden bei „Subscriptionen, Sammlungen für mildthätige oder gemeinnützige Zwecke“ oft als Erste angesprochen werden, was natürlich weitere Kosten verursachte.⁸⁶ Allen Männern, die mit dem Gedanken spielten, Konsul zu werden, empfahl Börnstein diesen Schritt erst zu wagen, wenn die Vereinigten Staaten ein dauerhaftes Konsulatskorps errichtet haben würden. Bis dahin sei das Amt nur eine „zweifelhafte Auszeichnung“ von der sich jeder Mann mit gesicherter Existenz fernhalten solle, da er selbst für die meisten Kosten aufkommen müsse.⁸⁷ Auch zur Arbeit des *Consular Bureau*, der ersten Anlaufstelle der Konsuln im Außenministerium, wusste Börnstein rückblickend nichts Positives zu berichten. Mit wenigen Ausnahmen hätten dort nur „lauter wenig gebildete, höchst mittelmäßig begabte Clerks“ gearbeitet, die kaum Fremdsprachenkenntnisse gehabt und kaum etwas über das Ausland gewusst hätten.⁸⁸

Ein älterer US-Konsul gab Börnstein später eine Weisheit mit auf den Weg, der zufolge ein Konsul umso beliebter sei, je weniger Berichte er nach Washington sende, weil die dortigen Mitarbeiter dann weniger Arbeit hätten.⁸⁹ Vergleicht man Umfang und Häufigkeit der erhaltenen Berichte aus der Zeit des Bürgerkrieges, so gehörten Börnstein, William Murphy in Frankfurt und James Anderson in Hamburg zu den schreibwütigsten Berichterstatlern unter den Konsuln im Deutschen Bund. Das lag vornehmlich an der je besonderen Position der drei Städte: Sie waren durch den Handel eng mit Nordamerika verbunden und dienten daher als empfindliche Seismografen für die Auswirkungen des Bürgerkrieges.

Freudig konnte Börnstein kurz nach seiner Ankunft im September 1861 berichten, dass unter den rund 67.000 Einwohnern der Hansestadt „the most

⁸² Vgl. Börnstein an Chase, 25. März 1863, NA Bremen.

⁸³ Börnstein, Fünfundsiebzig Jahre, 346.

⁸⁴ Ebd., 376.

⁸⁵ Ebd., 377.

⁸⁶ Ebd., 377.

⁸⁷ Ebd., 379.

⁸⁸ Vgl. ebd., 344.

⁸⁹ Vgl. ebd., 344–345.

friendly feelings toward the United States“ herrschten und „a Union-sentiment [sic] and the most fervent wishes for the success of the General Government“.⁹⁰ Dies sei auch den neu ernannten, diplomatischen Vertretern und Konsuln der USA zu verdanken, die nun sukzessive ihre Posten bezogen, erklärte Börnstein.⁹¹ Die Einwohner Bremens lieferten offenbar die Art von Öffentlichkeit, wie sie dem Außenministerium in die Hände spielte: „Like in our own Country the words: ‚Unity! Centralisation! One strong Government!‘ are the general cry“, beschrieb Börnstein die Gemütslage an der Weser.⁹²

Diese Haltung entsprach nur in Teilen der Wirklichkeit. In der Tat schwang das politische und wirtschaftliche Pendel vieler Bremer Bürger seit einigen Jahren stärker zu einer deutschnationalen Haltung.⁹³ Der Zusammenschluss mit den anderen deutschen Staaten rückte ins Zentrum der lokalen Politik und Bremen wurde, so der Historiker Andreas Schulz, zu einem „Zentrum der kleindeutschen Nationalbewegung in Norddeutschland“,⁹⁴ weil viele Einwohner erkannten, dass ihr Stadtstaat den Status als freihändlerische Republik nur mit Zubilligung Preußens bewahren konnte.

Andere Bremer wiederum, viele davon auf den Überseehandel mit Nordamerika spezialisiert, waren von einem ausgeprägten Partikularismus geleitet, der die Zukunft des Stadtstaates im ungehinderten Handel mit der Welt sah und unitaristischen Tendenzen aus Restdeutschland kritisch bis ablehnend gegenüberstand.

Wo sich Menschen, Waren und Ideen derart verdichteten, musste auf Dauer strukturelle Libertät dominieren. Historiker sprechen den Hansestädten der Jahrhundertmitte einen „tief verwurzelten Freiheitsgedanken“ zu.⁹⁵ In Bremen und Hamburg schien das Leben in der Jahrhundertmitte freier als im benachbarten Hannover oder in Preußen. Schon vor 1848 galten Bremen und Hamburg als „liberale Refugien“ für kritische Literaten und Publizisten.⁹⁶ Demokratische Bürgervereine zum Beispiel halfen politischen Flüchtlingen, die über Bremerhaven ihre Reise ins englische oder amerikanische Exil antraten, mit finanzieller Unterstützung für die Überfahrt.⁹⁷ In Hamburg, Bremen und den anderen freien Städte des Deutschen Bundes waren die Presserestriktionen geringer als in den anderen deutschen Staaten.⁹⁸ Dank des schwächeren Zensur-

90 Börnstein an Seward, 24. September 1861, NA Bremen. Zur Einwohnerzahl Bremens vgl. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, 113.

91 Börnstein an Seward, 9. Oktober 1861, NA Bremen.

92 Ebd.

93 Vgl. Elmshäuser, *Geschichte Bremens*, 79–80.

94 Schulz, *Liberalismus in Hamburg und Bremen*, 156.

95 Ebd., 135.

96 Ebd., 144.

97 Vgl. Bierbusch, *Revolution und Staatsstreich*, 132–134.

98 Vgl. Schulz, *Vormundschaft und Protektion*, 293.

apparates war die Öffentlichkeit dort wesentlich pluralistischer als in anderen urbanen Zentren jener Tage. Ihre Bürger, resümiert Andreas Schulz, verfügten über „einen einheitlichen politischen Informationsstand“, weil der Zugang zu den großen Tageszeitungen und Zeitschriften nicht eingeschränkt war.⁹⁹

Konsul Heinrich Börnstein und seine Kollegen waren darauf erpicht, „wachsamer Aufsicht“ über die deutschen Häfen zu führen, um über die Verschiffung von Kriegsmaterial für die „Rebellenstaaten“ auf dem Laufenden zu bleiben.¹⁰⁰ Weil er sein Konsulat als Nahtstelle zwischen dem europäischen Festland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten sah, pflegte Börnstein engen Kontakt mit den Konsulaten in Hamburg, London und Agenten in den englischen Häfen sowie mit dem Kapitän eines Kriegsschiffes der US-Marine, das auf der Jagd nach Blockadebrechern im Ärmelkanal kreuzte.¹⁰¹ Ein Südstaatler, der in Europa Nachschub für die konföderierte Marine zu besorgen hatte, bezeichnete dieses Kommunikationsnetzwerk der Konsuln als „inquisitive system of espionage“, das jeden Schritt der südstaatlichen Agenten zu registrieren schien.¹⁰²

Neben diesen Überwachungsmaßnahmen galt es für die Konsuln in Europa, die öffentliche Meinung in eine für die Union förderliche Richtung zu lenken. Die Presse wurde im 19. Jahrhundert zum steten Begleiter der Außenpolitik.¹⁰³ Von Haus aus Journalist, wusste Börnstein um die Bedeutung der Öffentlichkeit und ihren Einfluss auf die Diplomatie: „[T]he sympathy of public opinion is the most powerful ally for a nation“, schrieb er im Winter 1861 aus Bremen nach Washington.¹⁰⁴

In times like the actual [...] a U[nited] St[ates] Consul must mingle far more with the public, find access to the different Newspapers, and work diligently in the Press and in the public opinion for the benefit of our cause.¹⁰⁵

Börnstein bemängelte die „Teilnahmslosigkeit“ der europäischen Öffentlichkeit gegenüber dem Krieg in den Vereinigten Staaten. Selbst unter Intellektuellen hätten nur „unvollständige, ungenaue und ungünstige Anschauungen“ darüber geherrscht. Daher wollte Börnstein auf diesem Gebiet für Aufklärung sorgen: um „uns überall Freunde und Sympathien zu erwerben.“¹⁰⁶ Die Ambitionen Börnsteins entwickelten sich zu einem Zeitpunkt, als die europäischen Sympathien für die Union auf eine harte Probe gestellt wurden: Anfang November

99 Ebd.

100 Börnstein, Fünfundsiebzig Jahre, 364.

101 Vgl. ebd., 364 f.

102 Bulloch, *The Secret Service*. 1, 102.

103 Vgl. Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 721.

104 Börnstein an Seward, 4. Dezember 1861, NA Bremen.

105 Börnstein an Seward, 30. November 1861, NA Bremen.

106 Börnstein, Fünfundsiebzig Jahre, 385.

1861 nahm der Kapitän eines Schiffs der Unionsmarine vor der Küste Kubas an Bord des englischen Postdampfers Trent, der auf dem Weg nach Europa war, die Gesandten der Konföderation John Slidell und James Mason in Haft, die an ihrem Ziel die formale Anerkennung der Konföderation als eigenständiger Staat durch Großbritannien und Frankreich hätten in die Wege leiten sollen. Die britische Regierung protestierte massiv gegen die Aufbringung des Trent. Die darauf entbrannte diplomatische Krise zwischen den USA und Großbritannien führte an den Rand eines Krieges, der Anfang Januar 1862 durch die Freilassung Mason und Slidells gerade noch verhindert werden konnte.¹⁰⁷

Während die Trent-Krise in vollem Gange war und die Mehrheit der europäischen Zeitungen sich auf die Seite der Südstaaten zu schlagen schien, trug Börnstein seine Idee von einem „Bureau de le [sic] direction de l'esprit public“ an das Außenministerium in Washington heran.¹⁰⁸ Solche staatlichen Beeinflussungszentralen waren bei den europäischen Staaten gang und gäbe.¹⁰⁹ Heinrich Börnstein wollte ein Pressebüro für die Nordstaaten in Europa nach dortigen Vorbildern errichten, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Agenten der Konföderation hätten zu diesem Zweck deutlich mehr Eifer und Geld investiert.¹¹⁰ In einer Skizze seines Vorhabens für das Außenministerium legte Börnstein die Gründe für seine Idee offen: Bis jetzt liege die europäische Meinung zu den USA in den Händen dreier Nachrichtenagenturen: Reuters in England, Havas in Frankreich und Stephany in der Schweiz und Italien. Diesem Triumvirat sollte die Union etwas entgegensetzen. Börnstein schlug vor, in Washington ein Korrespondenzbüro zu errichten, geleitet und finanziert von der Regierung. Dieses Büro sollte dann Regierungsberichte zu Filialen in Southampton, Bremen, Paris und Italien versenden. Börnstein und sein Freund Karl Bernays, mit dem er zusammen in St. Louis den *Anzeiger des Westens* verlegt hatte und der nun Konsul in Zürich war, würden sich bereit erklären, die Filialen in Bremen und Paris zu übernehmen.¹¹¹

Börnstein hatte zwei Motive. Sicherlich wollte er der Unionsregierung Gehör im Dickicht der europäischen Berichterstattung zum Bürgerkrieg verschaffen, die, gerade was Nachrichten aus den USA betraf, von der englischen Presse dominiert wurden, deren einflussreichstes Organ, die *London Times*, sich überwiegend für den Süden aussprach.¹¹² Andererseits wollte er aber auch sein Einkommen aufbessern. Es ist gut möglich, dass Börnstein, wenn man sich seine verächtlichen Bemerkungen über das Amt des Konsuls ins Gedächtnis ruft, schlichtweg unzufrieden mit seiner Stelle war, sie ihn womöglich un-

107 Vgl. Jones, Blue & Gray Diplomacy, 83–111.

108 Börnstein an Seward, 4. Dezember 1861, NA Bremen.

109 Vgl. Kohnen, Pressepolitik des Deutschen Bundes, 134 ff.

110 Vgl. Börnstein an Seward, 4. Dezember 1861, NA Bremen und Börnstein, 1881, 384 f.

111 Börnstein an Seward, 4. Dezember 1861, NA Bremen.

112 Vgl. Blackett, Divided Hearts, 145 f.

ter- oder überforderte. Vieles deutet darauf hin, dass er sich nie ganz mit dem Berufsalltag eines Konsuls anfreunden konnte. Zu groß war wohl seine Passion für das freie Schreiben (während seiner Zeit in Bremen verfasste er mehrere Theaterstücke),¹¹³ als dass ihn das Ausstellen von Reisepässen, das Beglaubigen von Heiratsurkunden oder die Erstellung von Exportbilanzen dauerhaft hätte ausfüllen können.

Börnsteins Idee wurde letztlich nicht verwirklicht. Zwar hatte er seinen Vorschlag auch an den *Postmaster General* Montgomery Blair gesendet, der dem Vorschlag zustimmte und an Abraham Lincoln weiterleitete, der sich ebenfalls positiv geäußert habe. Schließlich aber – Börnstein nannte keine genaueren Umstände – habe der Krieg die Realisierung des Plans verhindert.¹¹⁴ Er musste also weiterhin zusätzlich zu seinen anderen Verpflichtungen für Pressearbeit im Sinne der Union sorgen.

Kurz nachdem Börnstein an Seward berichten konnte, dass durch die friedliche Beilegung der Trent-Krise die öffentliche Meinung Europas sehr günstig auf das Verhalten der US-Regierung reagiert und „our cause“¹¹⁵ dadurch viel Zuspruch in der europäischen Öffentlichkeit erhalten habe, schickte sich ein Südstaatler an, ein Pamphlet auf den deutschen Literaturmarkt zu werfen, das die Sache der Südstaaten verteidigte. Autor war Edward Hudson aus Virginia, ehemaliger Sekretär der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten in Berlin.¹¹⁶ Das Pamphlet erschien im Januar 1862. Der Veröffentlichungszeitpunkt legt nahe, dass Hudson das Buch geschrieben hatte, als die Trent-Krise noch nicht beigelegt war. Offensichtlich wollte er die diplomatische Krise zwischen Großbritannien und der Union nutzen, um das Pendel weiter zugunsten des Südens ausschlagen zu lassen. Hudson war kein offizieller Emissär der Konföderation, er handelte unabhängig. Er war einer der vielen südstaatlichen „volunteer-exiles“,¹¹⁷ die durch Europa reisten, um ihrem Land publizistisch oder wirtschaftlich Hilfe zu leisten.

Viele dieser freiwilligen Exilanten waren bis zu ihrer Abberufung oder der Sezession ihres Heimatstaates im diplomatischen Dienst der Union tätig. „Wherever you meet five Americans in Europe, you find four Southerners amongst them,“ meldete der aufmerksame Börnstein nach Washington. All diese herumreisenden Südstaatler, warnte Börnstein, würden mit „boasting and brageadocio [sic]“ die Europäer beeindrucken, da diese „totally ignorant

113 Vgl. Börnstein, *Fünfundsiebzig Jahre*, 389–390.

114 Vgl. ebd., 385 f.

115 Börnstein an Seward, 15. Januar 1862, NA Bremen.

116 Vgl. Hudson, *Der Zweite Unabhängigkeits-Krieg; Biographical and Historical Memoirs of Louisiana*. 1, 485–486.

117 Vgl. Börnstein an Seward, 5. Februar 1862, NA Bremen.

about our country and its great political questions“ seien.¹¹⁸ Hudson wollte mit seinem Werk für entsprechende „Aufklärung“ unter dem deutschen Lesepublikum sorgen, nur eben für die andere Seite. Die Unterbrechung des Postverkehrs zwischen den Südstaaten und Europa, so Hudson, habe für einen Mangel an authentischen Informationen gesorgt und nur noch einseitige Berichte über den Krieg und die Zustände jenseits des Atlantiks zugelassen.¹¹⁹ Der jetzige Zustand der nordstaatlichen Presse verschlimmerte diesen Umstand noch und die Glaubwürdigkeit der Meldungen aus den Nordstaaten sei ohnehin anzuzweifeln, weil Nachrichten über den Krieg nur noch mit Sondergenehmigung veröffentlicht werden dürften (was in Abstufungen auch zutraf).¹²⁰ Hudson beleuchtete in seiner Schrift die Ursachen und Hintergründe des Krieges. Ethnische Unterschiede seien die Wurzel des Konflikts: Norden und Süden seien „zwei voneinander [...] verschiedene Völker“.¹²¹ Die Nordstaatler, allen voran die Neu-Engländer, stammten von den Puritanern ab, wohingegen die Menschen aus dem Süden Nachfahren der *Cavaliers* seien, der Unterstützer der Krone während des englischen Bürgerkrieges.¹²² Der alte Kampf zwischen Puritanern und „den Konservativen“ habe sich durch die Auswanderung von der Alten auf die Neue Welt ausgebreitet.¹²³ Der Amerikanische Bürgerkrieg bilde nun die Klimax dieses scheinbar jahrhundertalten, ethnischen Disputs.

In Wirklichkeit war dieser Konflikt gerade einmal so alt wie der Bürgerkrieg selbst. Er war das unausgegrenzte Extrakt einer Melange der im Süden populären Romane Walter Scotts und den rassistischen Lehren um Robert Knox und Arthur de Gobineau, das die Konföderierten im Zuge eines hastig angefertigten kulturellen Distinktionsnarrativs propagandistisch aufgriffen.¹²⁴ Was Hudsons Buch von anderen Propagandawerken des Bürgerkrieges unterschied, war seine inhaltliche Einbeziehung eines transnationalen Faktors, der den „Bruch zwischen dem Süden und dem Norden“ gefördert habe: die europäische Auswanderung. Besonders Menschen, die nach 1848 in die USA eingewandert seien, in Hudsons Worten die „politisch-mißvergnügten, unvernünftigen, häufig vor dem Gesetz flüchtigen, fanatischen und erbitterten Personen, welche in ihrer republikanischen Denkweise mit der Anschauung

118 Ebd.

119 Vgl. Hudson, *Der Zweite Unabhängigkeitskrieg*, 2. Auflage, vi.

120 Vgl. ebd., vi. In der Tat kontrollierten verschiedene Ministerien der Nordstaaten während des Krieges die Telegrafverbindungen und die Verbreitung von Nachrichten, vor allem wenn sie militärischen Inhalts waren. Von Oktober 1861 bis Februar 1862 oblag diese Aufgabe dem Außenministerium, das in auch die Verbreitung und Unterbindung politischer Neuigkeiten steuerte und verbot, wie zum Beispiel während der Trent-Affäre. Ab Februar 1862 bis zum Kriegsende übernahm das Kriegsministerium die Kontrolle über alle Telegrafverbindungen. Vgl. Kielbowicz, *The Telegraph, Censorship, and Politics*, 95–118.

121 Hudson, *Der Zweite Unabhängigkeitskrieg*, 25.

122 Ebd., 20 ff.

123 Ebd., 22.

124 Vgl. Bonner, *Roundheaded Cavaliers?*, 37 ff., 44 ff.

des Nordens in Übereinstimmung standen, „hätten in den wohlhabenden Südstaatlern ihre Erzfeinde erblickt und somit den inneramerikanischen Disput verstärkt.¹²⁵ Hudson beschrieb die Südstaaten nicht als Rebellen oder Revolutionäre, sondern als Nachfahren konservativer Kräfte, als Bewahrer alter Ordnungen. Die Sezession sei weder „Widerstand“ noch „Insurrection“, sondern vielmehr „rechtmäßige Ausübung der Einzelsouveränität“ der beteiligten Staaten gewesen.¹²⁶ Der Süden habe „den vollständigen Untergang verfassungsmäßiger Freiheit im Norden erlebt“, wo nun „Despotismus und Tyrannei“ herrschten.¹²⁷ Auch den Freiheitsidealen des Nordens schob Hudson einen rhetorischen Riegel vor. Der Norden kämpfe nicht für die Aufhebung der Sklaverei, auch wenn einige Zeitungen im Norden, „welche wie notorisch einen fanatischen Standpunkt“ einnahmen, dies aus reinem Populismus behaupteten.¹²⁸ Lincoln selbst gab im Dezember 1861 zu verstehen, dass er den Bürgerkrieg nicht zu einem „violent and remorseless revolutionary struggle“ ausweiten wolle, sondern „the integrity of the Union“ als Primat seiner Kriegsziele gelte.¹²⁹ Daraus schloss Hudson, dass die Regierung in Washington versuche, die bis dato befreiten Sklaven in den Kriegsgebieten schnellstmöglich umzusiedeln, damit diese nicht in Konkurrenz zu den weißen Arbeitern treten konnten.¹³⁰

Lincoln war zu diesem Zeitpunkt tatsächlich noch gänzlich an der Bewahrung nationaler Einheit interessiert. Als Hudson seine Zeilen niederschrieb, zählte die Sklavenbefreiung nicht zu den Kriegszielen der Bundesregierung. Bis zur Emanzipationsproklamation im Herbst 1862 weigerte sich Lincoln, öffentlich radikale Töne in dieser Angelegenheit zu äußern oder zu fördern.¹³¹ Hudson spitzte dies zu und gab seinen deutschen Lesern zu verstehen, dass „nicht Menschenliebe“ den Norden antreibe, „wie dies so prahlerisch nach Europa hinausposaunt“ werde, sondern pures Machtinteresse. Der Norden handle „ungerecht und verfassungswidrig“, da er die Souveränität der Einzelstaaten verletzte und von seinem Naturell her revolutionär sei, da er „bestehende Rechte durch Gewalt“ umstürze.¹³² Der Süden, „gegen den revolutionären Gedanken“ des Nordens kämpfend, beweise, dass er „wahrhaft konservativ“ sei.¹³³

Im Gegensatz zu anderen südstaatlichen Publizisten und Emissären verstand Hudson den südstaatlichen Nationalismus nicht als Teil einer transatlan-

125 Hudson, *Der Zweite Unabhängigkeitskrieg*, 34.

126 Ebd., 37.

127 Ebd., 47.

128 Ebd., 48.

129 Lincolns an den Kongress, 3. Dezember 1861, U. Congres HR Exc. Doc. 37th Cong., 2nd Ses, 15.

130 Hudson, *Der Zweite Unabhängigkeitskrieg*, 48 f.

131 Fleche, *The Revolution of 1861*, 63.

132 Hudson, *Der Zweite Unabhängigkeitskrieg*, 51.

133 Ebd., 52.

tischen revolutionären Strömung,¹³⁴ sondern machte ihn zum Garanten bestehender Ordnungen. Mit seiner Argumentation unterschied sich der ehemalige Legationssekretär von anderen Unterstützern der Südstaaten, die dazu tendierten, die Unabhängigkeitsbestrebungen des Südens mit den nationalistischen Bewegungen in Belgien, Polen oder Ungarn gleichzusetzen.¹³⁵ Hudson wollte den Süden nicht auf eine Stufe mit unterdrückten europäischen Bevölkerungsgruppen stellen, die eine Gefahr für die etablierten konservativen Mächte des Kontinents bedeuteten. Mit seiner konservativen Rhetorik wollte er die Regierungen der deutschen Staaten, allen voran Preußens, von der Rechtmäßigkeit der Konföderation überzeugen: „Die Conföderierten-Staaten liefern das Bild einer gut organisierten Regierung, welche nicht nur *de jure* [...] bestehen darf, sondern auch *de facto* besteht“.¹³⁶ Daher verlange die Konföderation nichts mehr als die „Anerkennung als selbstständige Staaten durch die Mächte Europas.“¹³⁷ Evident ist hier auch (schon der Titel von Hudsons Schrift verdeutlicht dies) die Parallelisierung mit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, der in der deutschen Öffentlichkeit bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts überwiegend als legitim rezipiert und als positives Gegenstück zur Französischen Revolution aufgeführt wurde. Hudson wollte damit zeigen, „dass Revolution auch anders möglich war“ und Elemente einer friedlichen und „praktischen Veränderung“ haben konnte.¹³⁸

Möglicherweise wollte er sich auch einen Wechsel im Ministerium des preußischen Königs zunutze machen. Das Staatsministerium erhielt im Herbst 1861 einen neuen Außenminister, nachdem Graf von Schleinitz krankheitsbedingt von seinem Amt zurückgetreten war:¹³⁹ den konservativen Albrecht Graf von Bernstorff, bis dahin Gesandter in London und ein ausgesprochener Englandfreund,¹⁴⁰ den Kritiker mitunter als reaktionär bezeichneten.¹⁴¹ Unter Berücksichtigung dieser Umstände könnte Hudson, als ehemaliger Legationssekretär über die Personalien im preußischen Außenministerium zweifellos gut informiert, in dem Führungswechsel eine Chance zu einer außenpolitischen Neuorientierung Preußens gewittert haben, mit Tendenz zu einem verbesserten diplomatischen Verhältnis zu England, dem potenziell mächtigsten

134 Vgl. Quigley, *Shifting Grounds*, 63–77.

135 Vgl. Fleche, *The Revolution of 1861*, 85–106.

136 Hudson, *Der Zweite Unabhängigkeitskrieg*, 77.

137 Ebd., 77.

138 Lerg, *Amerika als Argument*, 177, 169. Zur Rezeption des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges in Deutschland vgl. ebd., 173–193.

139 Vgl. Holtz, *Schleinitz*, 58.

140 Vgl. Ringhoffer (Hg.), *Im Kampfe für Preußens Ehre*, 419.

141 Vgl. Gollwitzer, *Bernstorff*, 136.

Unterstützer der Konföderation in Europa. In der Trent-Affäre jedenfalls bezog Bernstorff deutlich Position für England.¹⁴²

Die konservative *Neue Preußische Zeitung* (wegen des Eisernen Kreuzes als Emblem im Titel auch „Kreuzzeitung“ genannt) veröffentlichte auf ihrer Titelseite eine wohlwollende Rezension von Hudsons Schrift.¹⁴³ Der Rezensent des Buches unterstützte die Kernaussage des Buches, wonach alle europäischen Staaten eine Konföderation der Südstaaten wünschten. Wie solche politischen Mutmaßungen von der preußischen Regierung zugelassen werden konnten, könne der amerikanische Gesandte in Berlin wahrscheinlich besser erklären als Börnstein, der der Auffassung war, dass das preußische Kabinett von England und dessen Sicht auf den Bürgerkrieg in Amerika beeinflusst werde, was wiederum ein Indiz für den diplomatischen Kurs des neuen Außenministers Bernstorff war.¹⁴⁴

Nicht nur die *Kreuzzeitung*, auch andere deutschsprachige Literaturblätter und Zeitschriften rezensierten *Der Zweite Unabhängigkeits-Krieg in Amerika* ausgiebig. Die regierungsnahen *Neue Münchner Zeitung* sah in Hudsons „Broschüre zu Gunsten der Secession“ eine Novität, da sie die erste Schrift in Deutschland sei, die sich für die Südstaaten ausspreche.¹⁴⁵ Ansonsten folgten die Sympathien der deutsche Bevölkerung und Presse „fast übereinstimmend [...] den Fahnen der Union“.¹⁴⁶ In ihrer mehrseitigen Zusammenfassung vermied die *Neue Münchner Zeitung* jedoch jegliches Werturteil über Hudsons Schrift. Das renommierte *Magazin für die Literatur des Auslandes* gab sich ähnlich verhalten, bemängelte auf subtile Weise die Parteinahme des Autors, ohne dessen Ansichten grundlegend zu kritisieren und empfahl seinen Lesern, für einen ausgeglichenen Blick auf den Konflikt auch Publikationen zur Lektüre heranzuziehen, die sich für den Norden aussprachen.¹⁴⁷ Ausgesprochen kurz in ihrem Urteil waren die nationalliberal gesinnten *Grenzboten*. Zwar widersprach das Blatt Hudsons Meinung über die Rechtmäßigkeit der Südstaaten, bezüglich der eigentlichen Kriegsvorgänge und dem wahrscheinlichen Kriegs-

142 Vgl. Bernstorff an Gerolt, 25. Dezember 1861, zit. n. Marquardsen, *Der Trent-Fall*, 129–130. Noch deutlicher beschreibt der hanseatische Ministerresident in Berlin Bernstorffs englandfreundliche Haltung während der Krise. Auf die Möglichkeit einer Vermittlung zwischen den USA und England durch Preußen angesprochen, antwortete Bernstorff dem hanseatischen Ministerresidenten, dass er in seiner letzten Depesche an die preußische Gesandtschaft in Washington „so unumwunden für England Partei“ genommen habe, „daß Amerika schwerlich Preußen als Schiedsrichter annehmen werde.“ Gefßcken an Schleiden, 31. Dezember 1861, Nachlass Schleiden, StAB, 7, 116, Karton 2-2.

143 Börnstein an Seward, 7. Februar 1862, NA Bremen.

144 Ebd.

145 *Neue Münchner Zeitung* (Abendblatt), Nr. 55, 5. März 1862. Am 14. April wurde die Zeitung in *Bayerische Zeitung* umbenannt und fungierte von da ab als offizielles Sprachrohr der bayerischen Regierung, vgl. *Bayerische Zeitung*, 14. April 1862.

146 *Neue Münchner Zeitung* (Abendblatt), Nr. 55, 5. März 1862.

147 Vgl. *Magazin für die Literatur des Auslandes*, Nr. 11, 12. März 1862.

ausgang stimmte es ihm aber zu.¹⁴⁸ Der konservative „Literaturpapst“¹⁴⁹ Wolfgang Menzel in Stuttgart war in seiner Beurteilung wesentlich weitschweifender. Menzel richtete sich klar *gegen* den Norden und dessen politische und gesellschaftliche Grundfesten. Hinsichtlich des Südens war Menzel zwiegespalten. Mit Hudsons Hinweisen auf die „ursprüngliche[n] und sociale[n]“ Unterschiede der Süd- und Nordstaatler als Nachfahren von *Cavaliers* und Puritanern und auf die „schlechten Elemente der Auswanderung aus Europa“, gelinge es dem Autor zwar, jeden gebildeten Europäer, den die „Yankeesitten anekeln, für den Süden zu gewinnen“.¹⁵⁰ Gleichzeitig aber könne Hudson das deutsche Publikum nur schwerlich für die Sklaverei gewinnen, die für den Süden jedoch existenziell sei.¹⁵¹ Welchen Ausgang der Krieg schließlich nehmen würde, hielt Menzel für zweitrangig. Das Hauptproblem liege auf den Schultern der „Yankees“, die sich ihrer staatlichen Autorität nicht mehr sicher sein könnten, weil das im Norden herrschende „demokratische Prinzip“ sich jeglicher Autorität verweigere.¹⁵² Der „verwilderten Demokratie“ der Nordstaaten müsse „erst eine Periode der Soldatenherrschaft und des Imperialismus folgen, ehe an eine Rückkehr gesetzlicher Ordnung und religiös-sittlich-humaner Anerkennung der Rechte des Nebenmenschen gedacht werden könne.“¹⁵³ Demokratie wurde in Menzels *Literaturblatt* zum schädlichen System deklariert. Hudsons Pamphlet konnte auf diese Weise zum Angriff auf die politischen Grundfesten, nicht nur der Vereinigten Staaten, genutzt werden und Zeitgenossen wie Wolfgang Menzel als Blaupause für eine allgemeine Demokratiekritik dienen.

Das Pamphlet stieß auf sichtliche Resonanz und erschien wenige Wochen später in zweiter Auflage, erweitert um ein Kapitel zur Sklavenfrage.¹⁵⁴ Publikationen wie das *Literarische Centralblatt* nahmen sich dieser Ausgabe an, waren ihr jedoch nicht derart wohl gesonnen wie etwa Wolfgang Menzel. Die Flugschrift wurde vom demokratisch gesinnten *Centralblatt* als „Versuch einer Vertheidigung“ der Südstaaten bewertet, dem „zu sehr das Gepräge einer Parteischrift“ anhaftete, „unbefangene Leser“ nur schwerlich beeindrucken und noch weniger „entschiedene Freunde der Union zur Partei der Südstaaten bekehren“ könne.¹⁵⁵

Das *Magazin für die Literatur des Auslandes* nahm sich Hudsons Flugschrift in einer Sammelrezension mit James Williams' Buch *Die Rechtfertigung der Südstaaten Nordamerikas* an, das Hudson ins Deutsche übersetzt hatte.

148 *Die Grenzboten*, 21. Jg., 1. Sem., Bd. 1, 1862, 359.

149 Weber, Menzel, 93.

150 *Wolfgang Menzel's Literaturblatt*, Nr. 29, 09. April 1862. Zu Wolfgang Menzel vgl. Weber, Menzel, 92–94.

151 Vgl. *Wolfgang Menzel's Literaturblatt*, Nr. 29, 9. April 1862.

152 Ebd.

153 Ebd.

154 Vgl. Hudson, *Der Zweite Unabhängigkeits-Krieg*, 2. Auflage.

155 *Literarisches Centralblatt für Deutschland*, 13. September 1862.

Es sei der „reine nackte Fanatismus“, dass beide Werke die Europäer zu der Ansicht bekehren wollten, der zufolge die Sklaverei „eine segensreiche Einrichtung sei“, urteilte das *Magazin*.¹⁵⁶ Deutlich persönlicher in seiner Kritik zu Hudson wurde der österreichische Sozialist Joseph Stiger, der nach seiner Teilnahme an der Revolution 1848 in die USA geflohen war, wo er als Arzt und Publizist arbeitete. 1861 kehrte er zurück nach Europa.¹⁵⁷ Die Lage in Stigers alter Heimat schien betrüblich:

Ich habe es bei meiner Rückkehr nach Europa nur zu oft erfahren, wie sehr man besonders auf den Norden, die republikanische Partei und die deutschen Flüchtlinge mit Mißachtung zu blicken gewohnt ist; wie speziell in kaufmännischen Kreisen eine entschiedene Vorliebe für den Süden herrscht, und wie selbst bei der weichherzigen Frauenwelt die Sympathie für das Schicksal der armen Negerklaven sehr zu lau scheint.¹⁵⁸

In Zürich, von wo aus deutsche Exilliteratur häufig ihren Weg in den deutschen Buchmarkt fand,¹⁵⁹ veröffentlichte Stiger daraufhin im Selbstverlag mehrere Flugschriften zugunsten der Union, darunter *Nieder mit der Sklaverei!*, in der er Hudson kritisierte sowie dessen Verleger mangelndes „Nationalgefühl“ unterstellte. Der Verleger solle sich schämen, eine Schrift zu veröffentlichen, in der „er selbst und sein Volk insultirt“ werde.¹⁶⁰ Stiger fühlte sich offensichtlich von Hudson und dessen Kritik an den angeblich „politisch-mißvergnügten, unermögenden, [...] fanatischen und erbitterten“ Revolutionsteilnehmern von 1848 persönlich angegriffen.¹⁶¹ Er erboste sich, „daß ein Südstaatler es wagen“ dürfe, die Achtundvierziger „in Deutschland öffentlich anzuklagen und zu brandmarken“ und für zu diesem Zweck obendrein Verleger und Drucker finde.¹⁶² Wie viele andere deutsche Revolutionsteilnehmer, sah auch Stiger sich und seine politischen (Leidens-)Genossen in den USA als entschiedene Wegbereiter für die Abschaffung der Sklaverei in Amerika. Die „48er Verbannten“ hätten der Sklaverei in ihrer neuen Heimat „den Todesstoß gegeben“, was sie in Stigers Augen zu den „größten Wohltäter[n] der Vereinigten Staaten“ mache.¹⁶³

Unbeeindruckt von der Kritik aus einigen Federn in Deutschland, ließ Hudson sein Werk ins Englische übersetzen und in London verlegen.¹⁶⁴ In den politischen und wissenschaftlichen Kreisen Deutschlands sei der Erfolg so groß gewesen, dass es nun auch unter ein englischsprachiges und damit weit-

156 *Magazin für die Literatur des Auslandes*, 2. September 1863.

157 Zu Stiger vgl. Cerwinka, Stiger, 261–262.

158 Stiger, *Die Rechtfertigung der Nordstaaten*, V.

159 Vgl. Wittmann, *Geschichte des deutschen Buchhandels*, 245 f.

160 Stiger, *Nieder mit der Sklaverei!*, 3.

161 Hudson, *Der Zweite Unabhängigkeits-Krieg*, 34.

162 Stiger, *Nieder mit der Sklaverei!*, 29.

163 Ebd., 29–30, 32.

164 Vgl. Hudson, *The Second War of Independence in America*, 1863.

aus größeres Publikum gebracht werden könne, war in der Einleitung der englischen Ausgabe zu lesen.¹⁶⁵

Im *London Quarterly Review* wurde *The Second War of Independence in America* für seine offenkundige Parteinahme kritisiert. Der *Southern Literary Messenger* aus Richmond hingegen lobte Hudsons Werk für seine Aufklärungsarbeit, die es bezüglich der Meinung zum Krieg und besonders zur Sklaverei in Deutschland geleistet habe und verwies auf den herausragenden Erfolg kurze Zeit später in England.¹⁶⁶ Bald nach Erscheinen seines Buches in England, im März 1863, verließ Hudson Europa auf einem Blockadebrecher. Er wollte seine Dienste für die Konföderation nicht mehr mit Stift und Papier verrichten, sondern als Offizier in der konföderierten Armee.¹⁶⁷

Hudson war ein Überzeugungstäter, doch seine Unterstützung für den sklavenhaltenden Süden schob ihn nicht ins gesellschaftliche Abseits. Seine Stellung als Legationssekretär und *Fellow* an der Berliner *Gesellschaft für Erdkunde* zeigen,¹⁶⁸ dass er kein ausgegrenzter Sonderling war, sondern gute Kontakte zum Berliner Bildungsbürgertum pflegte. Wahrscheinlich war Hudson auch als Korrespondent für den *Index* tätig, der in London verlegten Zeitschrift der Konföderation für Europa. Im weiteren Verlauf des Jahres 1862 erschien eine Reihe von Artikeln eines anonymen Korrespondenten aus Berlin im *Index*, die mit Hudsons Abreise aus Preußen im März 1863 endete.¹⁶⁹

Mit der Abreise Edward Hudsons aus Preußen hatte das informelle Überwachungsnetzwerk der Union in Mitteleuropa einen Gegenspieler weniger, aber die Schockwellen von Westen nahmen dadurch nicht ab. Die deutschen Staaten waren nicht nur Schauplatz publizistischer Diskurse über den Amerikanischen Bürgerkrieg, sondern auch materielles Nachschublager für die Schlachten, die mit dem zweiten Kriegsjahr immer häufiger und verlustreicher wurden.

Waffen für Union und Konföderation

Beinahe jeder Bürgerkrieg verursacht grenzüberschreitende, materielle und ideelle *spillover effects* und involviert Akteure auf neutralem Boden.¹⁷⁰ Um Genese und Verlauf dieser Nebeneffekte zu rekonstruieren und zu verstehen,

165 Vgl. das Vorwort von Bolling A. Pope in Hudson, *The Second War of Independence in America*, xiii.

166 Vgl. *The London Quarterly Review*, No. CCXXVI, April 1863, 167; *The Southern Literary Messenger* 38.3, 1864, 187–188.

167 Vgl. *Biographical and Historical Memoirs of Louisiana*. 1, 485–486.

168 Vgl. ebd.

169 Vgl. *The Index*, 1. Mai, 24. Juli, 16. Oktober, 23. Oktober und 6. November 1862.

170 Vgl. Checkel, *Transnational Dynamics*, 3; Salehyan u. a., *Explaining External Support*, 709–744.

untersucht die Friedens- und Konfliktforschung transnationale Kausalmechanismen. Solche Mechanismen sind für die grenzüberschreitende Wirkung von Bürgerkriegen elementar.¹⁷¹ Die dabei am häufigsten zu beobachtenden Phänomene bilden ideelle und materielle Ressourcentransfers in die jeweiligen Konfliktgebiete.¹⁷² Sie sind auch in den Folgen des Amerikanischen Bürgerkrieges in Mitteleuropa zu beobachten.

Durch die im April 1861 verhängte Blockade der Bundesmarine war der Süden logistisch vom Rest der Welt abgeschnitten, zumindest auf dem Papier. Aus völkerrechtlicher Perspektive erhob erst die Blockade die Rebellion im Süden zu einem Krieg zwischen zwei gleichberechtigten Parteien, der es den Konföderierten Staaten erlaubte, in den neutralen Ländern Europas Kredite aufzunehmen und Waffen zu kaufen.¹⁷³ Großbritannien erklärte am 13. Mai 1861 seine Neutralität, Frankreich folgte am 9. Juni.¹⁷⁴ Die deutschen Staaten unterließen offizielle Neutralitätserklärungen, was für die Anerkennung als Neutrale aber formell nicht notwendig war.¹⁷⁵ Die Union sah in dem Entschluss, eine Blockade über den Süden zu verhängen, die vordergründig effektivste Methode, um den Bürgerkrieg einen Konflikt innerhalb der Staatsgrenzen der Vereinigten Staaten sein zu lassen. Für einige Historiker hingegen markierte die Blockade der südlichen Häfen den Beginn seiner Entgrenzung.¹⁷⁶ Sie belegt das Bewusstsein über eine verflochtene transatlantische Welt, die es dem Feind gewaltsam zu versperren galt. Doch die Blockade der 5.600 Kilometer langen Südstaatenküste durch rund 500 Schiffe der Bundesmarine (von denen durchschnittlich nur 150 zeitgleich auf Patrouille waren),¹⁷⁷ war überaus löchrig: Im Schnitt gelang es vier von fünf Schiffen, sie zu durchbrechen.¹⁷⁸

Immer wieder suchten Kaufleute und Händler die amerikanischen Konsulate in den deutschen Städten auf, die im Bürgerkrieg ein rentables Geschäft witterten und an ihm verdienen wollten. Neben Angeboten an Kräuterliköre oder getrocknetem Gemüse zur Stärkung der Soldaten¹⁷⁹ landeten vor allem Offerten für größere Waffenkontingente auf den Schreibtischen der Konsuln.¹⁸⁰ Der enorme Bedarf beider Armeen an Kriegsmaterial, so die Kalkulation der Kaufleute, versprach hohe Gewinnmargen. Für die amerikanischen Konsuln

171 Vgl. Checkel, *Transnational Dynamics*, 24.

172 Vgl. ebd., 12.

173 Vgl. McPherson, *Für die Freiheit sterben*, 377; Neely, *The Perils of Running the Blockade*, 101.

174 Vgl. Aegidi/Klauhold (Hg.), *Das Staatsarchiv*, Bd. 1, 163–168.

175 Vgl. Marquardsen, *Der Trent-Fall*, 24.

176 Vgl. Neely, *The Perils of Running the Blockade*, 101.

177 Vgl. McPherson, *Für die Freiheit sterben*, 358, 368.

178 Vgl. Brem Bonner/McCord, *Reassessment of the Union Blockade's Effectiveness*, 397.

179 Vgl. Börnstein an Seward, 11. Februar und 10. Mai 1862, NA Bremen.

180 Vgl. Anderson an Seward, 7. Juni 1861, 17. Oktober 1862, NA Hamburg; Ricker an Seward, 10. Juli 1861; Murphy an Seward, 23. August, 13. und 25. September, 29. November 1862, 25. Mai 1864, NA Frankfurt.

und ihre europäischen Verbündeten galt es, jedweden Transfer von Geld und Kriegsmaterial in den Süden zu verhindern.

Der transnationale Handel mit Kriegsgütern galt im staatswissenschaftlichen Jargon Mitte des 19. Jahrhunderts als „friedliches Geschäft“, das diesen Charakter auch im Kriegsfall behielt.¹⁸¹ Den europäischen Staaten, die ihre Neutralität im Bürgerkrieg entweder offiziell verkündeten oder, auch das galt als Neutralitätserklärung, durch Schweigen automatisch zu Neutralen wurden und damit – das war ein entscheidender Punkt für die späteren diplomatischen Kontroversen über die englischen Reparationszahlungen an die USA – den Süden als kriegführende Partei anerkannten, blieb es freigestellt, den Handel mit beiden Kombattanten für die Dauer des Krieges fortzuführen. Der Krieg in Nordamerika, dem wichtigsten außereuropäischen Abnehmer und Zulieferer der deutschen Staaten, war für Kaufleute, Makler, Reeder und Fabrikanten zwar ein Übel, das es zu akzeptieren galt, das gleichzeitig aber minimiert werden konnte, indem der Handel mit Union und Konföderation eingeschränkt, aber gleichberechtigt fortgeführt wurde. Dieser Drang zur ökonomischen Kontinuität in Kriegszeiten, welcher den Frieden im 19. Jahrhundert zu einem „Nebenprodukt der Wirtschaft“¹⁸² machte, war epochentypisch.¹⁸³ Beispiele dieses Prozederes finden sich für mehrere Konflikte jener Zeit.

Für die Gussstahlgießerei Krupp war es 1866 selbstverständlich, Österreich weiterhin mit Kanonen zu beliefern, die das kaiserliche Kriegsministerium bei dem Unternehmen bestellt hatte, obwohl es sich mit den norddeutschen Staaten im Krieg befand.¹⁸⁴ Krupp sah darin kein Zeichen von Illoyalität zu seinem Heimatstaat Preußen, sondern schlicht ein Zugeständnis an die „Tatsachen der modernen Lebens- und Arbeitswelt“.¹⁸⁵ Politik folgte dem Geschäft, nicht umgekehrt. Auch französische und deutsche Kaufleute tätigten 1870/71 weiterhin Finanztransaktionen und investierten in Unternehmen des jeweils anderen Landes, während sich französische und deutsche Soldaten auf den Schlachtfeldern gegenüberstanden.¹⁸⁶

Auch während des Amerikanischen Bürgerkrieges war der Verkauf von Kriegsmaterial an Kriegsparteien ein Handelsgeschäft und eine Spielart direkter Intervention und Gewaltausübung zugleich, wobei den privaten Händlern und Unternehmen mehr Handlungsfreiraum zufiel als ihren Regierungen. Trotz der Neutralitätsbekundungen der europäischen Staaten konnte die Bevölkerung dieser Staaten nicht vom Handel mit Norden *und* Süden abgehalten werden, es sei denn, die Regierungen hätten den Handel mit beiden Seiten ex-

181 Heffter, Das europäische Völkerrecht, 299.

182 Polanyi, The Great Transformation, 336.

183 Vgl. ebd., 31 ff.

184 Vgl. Gall, Krupp, 154.

185 Gall, Krupp, 155.

186 Vgl. Polanyi, The Great Transformation, 31 ff.

plizit untersagt, wovon jedoch alle Staaten absahen. „[D]ie Freiheit der Einzelnen [kann] nicht so völlig beschränkt werden, als es für die Staatsgewalt selbst [...] Gesetz der Neutralität ist“, schrieb August Wilhelm Heffter in seinem *Europäischen Völkerrecht der Gegenwart* von 1861.¹⁸⁷ Dass die Versorgung mit Waffen zu dieser Zeit bereits mehr Sache privater Unternehmen war und nicht von staatlichen Behörden geleitet wurde, lag vorrangig an zwei Aspekten. Zum einen agierten private Unternehmen flexibler und schneller, wenn im Kriegsfall gesteigerte Produktion und zügiger Vertrieb von Kriegsmaterial gefragt waren. Der andere Aspekt beruht auf der Annahme, dass ein Verbot privaten Waffenhandels zu einer Hochrüstung und Übermilitarisierung einzelner Staaten führe, wenn das Rüstungsmonopol ausschließlich in staatlicher Hand lag.¹⁸⁸ Verkauften Privatpersonen Kriegsmaterial, mussten die Empfänger, sofern sie sich an die geläufigen Handelsgesetze hielten, keine weiteren Konsequenzen oder Strafen fürchten. Entscheidend war, dass die Beteiligten „ohne die Absicht der Kriegshilfe“ handelten und die Waffen nur Teil eines regulären Handelsgeschäfts waren.¹⁸⁹ Das einzige Risiko für die Händler bestand in möglichen Konfiszierungen des Materials als Konterbande durch die feindliche Gegenpartei, die im Verdachtsfall zum Übergriff auf neutrale Schiffe berechtigt war.¹⁹⁰ Der Staat, unter dessen Flagge das liefernde Schiff fuhr, hatte in diesem Fall keine zusätzlichen Beanstandungen der konfiszierenden Partei zu fürchten, da es der neutralen Regierung nicht zugemutet wurde, „für alle Handlungen [ihrer] Unterthanen verantwortlich gemacht“ zu werden; das galt auch bei der Verschiffung von Waffen.¹⁹¹ Handelte ein Staatsangehöriger eigenständig (d. h. nicht im Auftrag seiner Regierung) mit einer kriegführenden Partei, so sah die zeitgenössische Staatswissenschaft darin vornehmlich „den Zweck eines Geschäftsgewinnes“ und keine unmittelbar einseitige Unterstützung.¹⁹² Heikler wurde es, wenn Staaten in eigenem Namen eine Kriegspartei mit größeren Mengen Kriegsmaterial versorgten. Dann konnte der Verdacht auf direkte und einseitige Kriegshilfe aufkommen. Eine bewusste Ausrüstung von nur einer Kriegspartei bedeutete die gleichzeitige Schädigung der anderen und somit die Verletzung der Neutralität des versorgenden Staates.¹⁹³ Es gehörte zur Pflicht der Neutralen, so deutete es Bluntschli, zu verhindern, dass „nicht von neutralem Boden aus“ nur *einer* Partei „Kriegshilfe geleistet“ wurde.¹⁹⁴ Schon die vagen Formulierungen der völkerrechtlichen Abhandlungen dieser Epoche lassen erahnen, dass die neutralen Akteure es mit der Einhal-

187 Heffter, *Das europäische Völkerrecht*, 262.

188 Vgl. Dennis, *The Right of Citizens*, 175; Gregory, *Neutrality*, 554–55.

189 Bluntschli, *Das moderne Völkerrecht*, 414.

190 Vgl. ebd., 433.

191 Geffcken, *Die Lieferung von Contrebande*, 100; Bluntschli, *Das moderne Völkerrecht*, 415.

192 Geffcken, *Die Lieferung von Contrebande*, 100.

193 Vgl. ebd., 100.

194 Bluntschli, *Das moderne Völkerrecht*, 438.

tung nicht allzu genau nahmen. Der Amerikanische Bürgerkrieg provozierte regelrechte Paradebeispiele dieser Nonchalance.

Der Verkauf und Handel mit Waffen durch Neutrale war und ist stets ein Sonderfall des Völkerrechts geblieben, der bis heute nicht eindeutig reguliert werden konnte, da sowohl private als auch staatliche Akteure involviert sind. Durch die erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit, die dieses Wechselspiel an Zuständigkeit und Beteiligung entfachen kann, fördert die Thematik seit jeher Debatten und Opposition.¹⁹⁵ Der Baumwoll- und Waffenhandel mit dem sklavenhaltenden Süden oder dem freien Norden war für die eingebundenen deutschsprachigen Akteure in den meisten Fällen ideologiefrei. Die Kaufleute konnten Handel treiben, mit wem sie wollten, vor allem, wenn sie ihre Waren auf eigenem, das hieß neutralem Boden an (kriegführende) Parteien wie die Konföderierten Staaten verkauften. Im Handel entfiel die Frage nach der Nationalität zwischen Käufer und Verkäufer: „Der Handel ist kosmopolitisch“, verlautbarte ein österreichischer Völkerrechtler bei einem Vortrag über den Handel mit Konterbande. „Er wird keinen Anstand nehmen, die Kriegswerkzeuge auch beiden Gegnern zu verkaufen.“ Material wurde ja erst zu Kriegsmaterial in dem Moment, in dem es die Örtlichkeit wechselt und nicht mehr auf neutralem Boden ist. „Der Ort der Bestimmung“ von Kriegsmaterial, ist „nicht des [neutralen] Kaufmanns Sache“.¹⁹⁶

Handel durch Expansion und Expansion durch Handel waren wichtige ideelle Motoren imperialistischer Zivilisationsbestrebungen¹⁹⁷ – sie durften nicht ins Stocken geraten. Dieser Grundsatz galt besonders in Kriegszeiten: „Der Neutrale will mit beiden Kriegführenden in guten Beziehungen bleiben, folglich auch mit beiden seinen Handelsverkehr fortsetzen.“¹⁹⁸ In der Praxis ergab sich die Parteinahme für den Norden oder Süden vielfach aus pragmatischen Gründen, nicht aus ideologischen Motiven.

Staatliche Neutralität, von den Regierungen im 19. Jahrhundert fast dogmatisch betrieben,¹⁹⁹ bot wenig Raum für politische Bündnisse, dafür umso mehr Handelsfreiheit für Bevölkerung und Wirtschaft. Neutralität band die Menschen in höherem Maße in globale Krisen ein als ein klares Bekenntnis zu einer kriegführenden Partei. Die Interaktionsmöglichkeiten waren für die Betroffenen deutlich größer als im Bündnisfall, der den Kontakt zu Union oder Konföderation illegalisiert und dadurch marginalisiert hätte. Die „Lieferung von Waffen seitens der [Untertanen]“ galt fast immer dem „Zweck eines Geschäftsgewinnes“; damit war sie im Sinne dieser Auslegung vorrangig mate-

195 Vgl. Gregory, *Neutrality*, 543 f.

196 Neumann, *Die Kriegs-Contrebande*, zit. n. Streffleur (Hg.), *Österreichische Militärische Zeitschrift*, Bd. 1, 415.

197 Vgl. Arendt, *Elemente und Ursprünge*, 290 f.

198 Geffcken, *Die Lieferung von Contrebande*, 82.

199 Vgl. Abbenhuis, *An Age of Neutrals*, 1–21, 108–119.

riell, moralischen Werturteilen und Skrupeln entzogen.²⁰⁰ Politische Lagerbildung oder Weltanschauungen wirkten auf die ökonomischen Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika nur in geringem Maße auf das Wirtschaften oder das Ja oder Nein zu Handelsverträgen. In den sechziger Jahren prägten „Praktische[s] und Erfahrbare[s]“ immer stärker Zeitgeist und Münzen.²⁰¹ Für Handelsstädte wie Hamburg und Bremen war der uneingeschränkte Freihandel eine „politische Philosophie, die die Überwindung staatlicher Gegensätze durch die friedliche Interdependenz der Wirtschaft predigte.“²⁰² Da ihnen überregionaler politischer Einfluss fehlte, fanden die weltpolitisch eher unbedeutenden Stadtrepubliken Hamburg und Bremen im Handel ihre „wie auf den Leib geschneiderte Lebensmaxime“.²⁰³ Es nimmt deshalb nicht wunder, dass der Waffenverkauf über diese transatlantischen Knotenpunkte kaum Spuren einer intensiven Abwägung der offenkundigen Parteinahme zugunsten des Nordens oder des Südens hinterließ.

„Waffen und abermals Waffen werden verlangt. Hin und wieder verdient der Einzelne ein Vermögen“, schrieb ein nach New York ausgewanderter Kaufmann an seine Eltern in Braunschweig bei Kriegsbeginn.²⁰⁴ Als der Bürgerkrieg ausbrach, konnte die Unionsarmee ihren Bedarf an Gewehren, Munition und Geschützen kaum decken. Viele der Arsenale lagen in den Südstaaten und die Beschlagnahmung des dortigen Kriegsgeräts gehörte zu den ersten Aktionen südstaatlicher Truppen. Mindestens 100.000 Gewehre, so schätzte der *New York Herald*, hätten die Konföderierten aus den Bundesarsenalen im Süden allein zwischen Januar und April 1861 beschlagnahmt.²⁰⁵ Als die Sezessionsbewegung aufzukeimen begann, waren bereits einzelne Regierungen in den Südstaaten, wie die Georgias, darauf erpicht, an Waffen aus Europa zu gelangen und bewilligten Summen in Millionenhöhe, um sich zu bewaffnen.²⁰⁶ In den ersten Wochen des Krieges, als die Hoffnung auf einen 90-Tage-Krieg die Strategie der nördlichen Streitkräfte zu bestimmen schien, war das Kriegsministerium noch der Auffassung, der Norden sei auf den Ankauf von Waffen aus Europa nicht angewiesen.²⁰⁷ Spätestens die Niederlage der Union bei Bull Run im Juli 1861 änderte diese Meinung.

200 Geffcken, Die Lieferung von Contrebande, 100.

201 Möller, Vom revolutionären Idealismus zur Realpolitik, 79.

202 Böhm, Der Weg ins Deutsche Reich, 491.

203 Ebd.

204 Emile Dupré an seine Eltern, 26. April 1861, zit. n. Helbich/Kamphoefner, Deutsche im Amerikanischen Bürgerkrieg, 109.

205 Vgl. *The New York Herald*, 3. November 1861.

206 Georgia hatte schon im November 1860, vor seinem offiziellen Austritt aus der Union, einen Etat in Höhe von 1 Million \$ bewilligt, um Waffen in Europa zu erwerben. Vgl. Schoen, *The fragile Fabric*, 254.

207 Vgl. Kaufman, *Austro-American Relations*, 215.

Ab diesem Zeitpunkt begann der Norden damit, große Mengen Kriegsmaterial zu importieren. Die Konföderation, aufgrund ihrer rudimentären Eisen- und Stahlindustrie ohnehin auf Importe angewiesen, verfügte da bereits über eine beachtliche Menge europäischer Waffen.²⁰⁸ Fort Sumter war gerade einmal einen Tag in der Hand der Konföderierten, da beauftragte das Kriegsministerium den Artilleriehauptmann Caleb Huse, schleunigst nach Europa zu reisen und im Namen der Regierung Kriegsmaterial zu beschaffen.²⁰⁹ Der Krieg habe „truly gigantic proportions“ angenommen, schrieb der Kriegsminister an Huse kurze Zeit später.²¹⁰ Um diesen Ausmaßen gerecht zu werden, benötigte die Konföderation noch mehr der begehrten europäischen Waffen. Das Kriegsministerium befahl seinem Einkäufer:

Purchase at the earliest possible moment all the arms suitable for our purposes which can be obtained, from whatever places and at whatever price; [...] spare no expense or risk which may be necessary to secure the largest quantity of arms, of the best quality.²¹¹

Konföderation und Union waren auf Waffen aus Europa angewiesen und entsendeten Kaufleute und Armeeingehörige über den Atlantik, um dortige Bestände aufzukaufen. Bei den Agenten sowohl des Nordens als auch des Südens dürfte es sich um rund ein Dutzend solcher Einkäufer gehandelt haben. Die logistische Schaltstelle für die Einkäufe der Konföderierten befand sich in den Liverpools Kontorräumen von Fraser, Trenholm & Co., die die meisten Finanztransaktionen für die Geschäfte zwischen dem Kriegsministerium und seinen europäischen Geschäftspartnern abwickelten.²¹² Von Liverpool reisten Caleb Huse und die anderen Agenten der Konföderation im Juli 1861 auf das europäische Festland, um nach geeigneten Waffenbeständen zu suchen.²¹³ Im November 1861, so errechnete der *New York Herald*, hatten die Südstaaten bereits 200.000 Gewehre aus Europa beschafft. Bei einem Gesamtbestand von 898.000 Gewehren, die die nordstaatliche Presse im Besitz des Südens vermutete, hätte demnach knapp ein Viertel aus Übersee gestammt.²¹⁴

Die Emissäre der Südstaaten blieben nicht lange ungestört. Bald bekamen sie Konkurrenz von nordstaatlichen Unterhändlern in Gestalt von George Schuyler und dem deutschstämmigen Adam Ruhlmann, der jahrelang Haupt-

208 Vgl. ebd., 215 f.

209 Vgl. Cooper an Huse, 15. April 1861, United States War Department, *The War of the Rebellion, a Compilation of the Official Records of the Union and Confederate Armies* (im Folgenden: ORA) Series 4, Vol. 4, 220.

210 Walker an Anderson und Huse, 22. Juli 1861, ORA 4,1, 493.

211 Ebd., 494.

212 Vgl. Huse, *The Supplies*, 21 f.; Loy, 10 Rumford Place, 349–374.

213 Vgl. Hoole, *Confederate Foreign Agent*, 32–36.

214 Vgl. *The New York Herald*, 3. November 1861.

waffenmeister im Bundesarsenal von Harper's Ferry war.²¹⁵ Den Vorsprung an Zeit, den der Süden im europäischen Waffenhandel anfangs für sich verbuchen konnten, holte der Norden durch größere finanzielle Mittel schnell auf. Diverse Kaufverträge, die ursprünglich Südstaatler mit Waffenhändlern abgeschlossen hatten, wurden von Washingtons Unterhändlern einfach überboten.²¹⁶

Der bewaffnete Frieden, wie er nach dem Ende der Napoleonischen Kriege zwischen den Staaten Europas herrschte,²¹⁷ und die fortschreitende Industrialisierung trieb die Rüstungsindustrie auf dem Kontinent zu Höchstleistungen und füllte die dortigen Arsenalen. Dieser Standortvorteil machte die Alte Welt zu einem Paradies für amerikanische Waffeneinkäufer. Ein inoffizieller Emissär der Union beschrieb am Ende des ersten Kriegsjahres in Paris, wie eifrig die Waffenproduzenten Europas die gestiegene Nachfrage ihrer nordamerikanischen Kunden zu stillen suchten:

The knowledge that our government needed arms has sharpened the cupidity and wits of all who deal in them. The armorers of Europe are at work now, night and day, in patching up old muskets and in counterfeiting new ones, in the hope of palming them upon our government.²¹⁸

Von Rüstungsfabriken in Suhl, Remscheid, Solingen und dem Siegerland, die wenn nicht unter staatlicher Leitung dann unter Kontrolle des Staates standen,²¹⁹ gingen große Mengen Gewehre, Kanonen, Säbel und Schießpulver über den Atlantik.²²⁰ Vereinzelt warben deutsche Offiziere in Briefen in die USA damit, dass deutsche Kanonen weitaus günstiger seien als amerikanische.²²¹ Auch aus der Gussstahlfabrik Alfred Krupps in Essen, die gerade erst begann, Fuß in der Geschützproduktion zu fassen,²²² gingen dank tatkräftiger Vermittlung des amerikanischen Waffenhändlers und Gesandten in Belgien, Henry Sanford, preußische Kanonen über den Atlantik.²²³ Viele der Soldaten in den Heeren von Union und Konföderation hielten bald österreichische, sächsische oder preußische Gewehre in den Händen und auf Dutzenden Kanonen, die im „Dienste der republikanischsten aller Republiken“ feuerten, lasen Artilleristen

215 Vgl. Moran, *Diary*, 18. Oktober 1861, 894.

216 Vgl. Hartley, *A Brief Memoir*, 39.

217 Zur These des „Armed Peace“ vgl. Binkley, *Realism and Nationalism*, xiii.

218 *North American and United States Gazette*, 24. Dezember 1861.

219 Vgl. Showalter, *Railroads and Rifles*, 92; Wengenroth, *Industry and Warfare in Prussia*, 249–250.

220 Vgl. Eimers, *Preußen und die USA*, 463 ff.

221 Vgl. *Vermont Patriot & State Gazette*, 6. Juli 1861.

222 Vgl. Gall, *Krupp*, 134.

223 Vgl. Friedrich Krupp an Henry Sanford, 23. Juli 1861, *Henry Sanford Papers*.

die Inschrift *ultima ratio regis*, die für Geschütze preußischer Bauart typisch war.²²⁴

Bis 1863, als die nordstaatliche Industrie, unterstützt durch ein Waffenexportverbot der Regierung,²²⁵ selbst ausreichend Waffen produzierte, importierte auch der Norden tonnenweise Waffen aus den deutschen Staaten. 14 Monate nach Kriegsbeginn verzeichneten Behörden in ihren Zollbüchern Hunderttausende Gewehre und Zehntausende Stichwaffen, die entweder in Deutschland produziert oder über deutsche Häfen in die Vereinigten Staaten geliefert wurden.²²⁶ Danach, so eine ältere Abhandlung, habe der Norden seinem Feind den gesamten ausländischen Markt überlassen.²²⁷ Eine genauere Prüfung der Zahlen beweist allerdings, dass die Union zwischen Juli 1864 und Juni 1865 noch nachweislich Waffen im Wert von 120.983 Dollar aus Europa importierte,²²⁸ obwohl die Eisenhütten und Stahlwerke im Norden spätestens ab 1863 Kriegsmaterial in ausreichenden Mengen herstellten.²²⁹

Englische Häfen blieben während des Krieges die erste Anlaufaufstelle zur Verschiffung von Waffen in die Vereinigten Staaten.²³⁰ Die nördliche Presse und der amerikanische Gesandte in London klagten bald über die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Unterhändler des Südens in aller Öffentlichkeit Waffen aus London, Southampton und Liverpool verschifften.²³¹ Doch die Kriegsministerien in Richmond und Washington waren freilich auch an Waffen und Munition aus den vereinzelt hoch militarisierten Staaten Mitteleuropas interessiert. Für diese Geschäfte bildeten die Überseehäfen Hamburgs und Bremens die bedeutendsten Umschlagsplätze.

224 *Allgemeine Militär-Zeitung*, 23. August 1865; Brockhaus' Konversations-Lexikon, *Ultima ratio regum*, 14. Aufl., Bd. 16, 1896, 55.

225 Vgl. ORA III, 2, 849.

226 Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 909.

227 Vgl. Kaufman, *Austro-American Relations*, 215 f.

228 Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 958.

229 Vgl. Wilson, *The Business of Civil War*, 5–44, 72–84.

230 Vgl. Bennett, *The London Confederates*, 51–77; Lester, *Confederate Finance and Purchasing*, 133–160.

231 Vgl. *The New York Herald*, 3. November 1861.

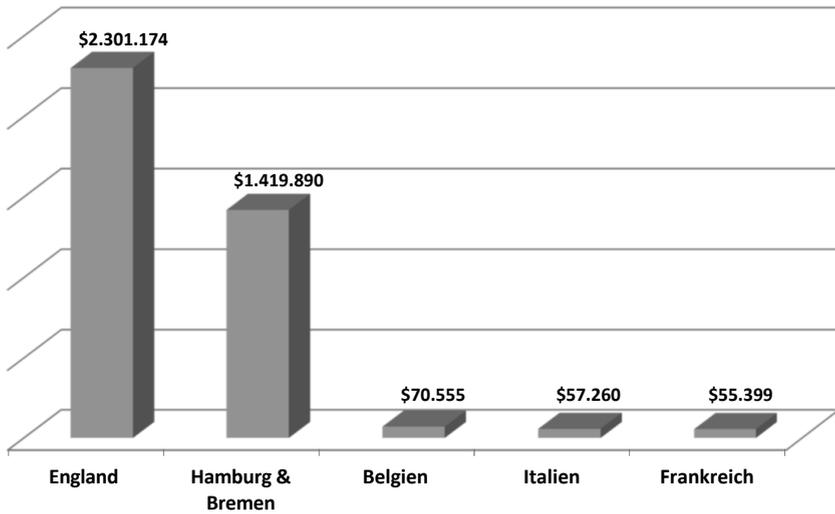


Abb. 2: Wert und Herkunft von in New York registrierten Waffen aus Europa, 1860–1865.
 Quelle: Executive Documents of the House of Representatives, No. 324, 42nd Cong., 2nd Sess. (1872)

Von beiden Handelszentren gingen zwischen Juli 1860 und Juni 1865 Waffen im Wert von insgesamt über 1,4 Millionen Dollar in das Unionsgebiet.²³² „We are greatly indebted, for the rapid and complete equipment of our troops“, bedankte sich die *Chicago Tribune* im Namen ihrer Leser für die Unterstützung durch deutsche Waffenfabriken und Schiffslinien.²³³ Wie viele Waffen illegal oder falsch deklariert im Norden und vor allem im Süden ankamen, bleibt eine Grauzone. Belegt ist, dass der Wert der Waffenlieferungen für die Union aus den beiden wichtigsten deutschen Häfen in diesem Zeitraum deutlich über dem der Waffenlieferungen aus Frankreich (55.399 Dollar), Belgien (70.555 Dollar) und Italien (57.256 Dollar) lag. Nur von Großbritannien bezog die Union mehr Waffen für den Krieg (2.301.174 Dollar).²³⁴ Der Umfang von Wert und Menge des von Europa nach Nordamerika exportierten Kriegsgeräts ist schwer zu beziffern, da sowohl die Kriegsministerien in Washington und Richmond als auch die Einzelstaaten und private Unternehmer bei der Aufrüstung der Armeen beteiligt waren.²³⁵ Gerade für Privatunternehmer sind exakte Angaben nur schwer zu treffen, da einschlägige Unterlagen aus der Bürger-

²³² Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 958.

²³³ *Chicago Tribune*, 20. Januar 1862.

²³⁴ Vgl. Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 958.

²³⁵ Vgl. Ricker an Seward, 10. Juli 1861, NA Frankfurt; Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 75.

kriegszeit nur fragmentarisch erhalten sind.²³⁶ So hatte eine preußische Firma einem Bericht aus Georgia zufolge im Auftrag eines Pariser Bankiers mehrere Zehntausend Gewehre und Säbel für den Süden produziert.²³⁷ Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Waffen, wenn sie den Süden denn erreicht hatten, ihren Lieferpapieren zufolge aus Frankreich stammten und die südstaatlichen Empfänger den eigentlichen Produktionsort nicht erfassten.

Zum Waffentransport von Hamburg nach Amerika existieren für die Bürgerkriegszeit dank der Bestände aus dem Firmenarchiv der Hapag und den Berichten des amerikanischen Konsuls vergleichsweise ausführliche Quellen. Allerdings ist die Hamburger Ausfuhrstatistik lückenhaft, da mit der Aufhebung des Ausfuhrzolls 1856 auch die Deklarationspflicht für Exportgüter wegfiel.²³⁸ Zeitgenossen wie der amerikanische Konsul beklagten dieses Defizit, weil dadurch Kriegsmaterial nicht en détail erfasst und eine genaue Rekonstruktion der Waffenausfuhren unmöglich wurde.²³⁹ Für Bremen existieren hingegen ausführliche amtliche Ausfuhrstatistiken, die Waffen gesondert listeten. Aus diesen Statistiken geht hervor, dass für die Dauer des Bürgerkrieges der Waffentransport in nordamerikanische Häfen, überwiegend New York, enorm anzog: Von 1858 bis 1860 betrug der Gesamtwert der über Bremen nach New York ausgeführten Waffen gerade einmal 7.719 Taler, 1861 bis 1865 waren es über 1.581.000 Taler.²⁴⁰ Allerdings liefern weder amerikanische noch deutsche Quellen Informationen über Bremens Lieferungen in die Südstaaten. Dies begründet sich einerseits in der räumlichen Distanz zwischen dem Bremer Stadt- und Hafengebiet und andererseits in dem Umstand, dass die Konföderierten ihre Waffen vornehmlich auf englischen Schiffen transportierten oder von Hamburg aus beliefert wurden.

236 Auf die unbefriedigenden Quellenbestände von Unternehmen, die an der Ausrüstung der USA während des Bürgerkrieges beteiligt waren, verweist Wilson, *The Business of Civil War*, 286. Einige Korrespondenzen zwischen der Regierung der Konföderierten Staaten und ihren Waffenhändlern nennen exakte Beträge des Waffenkaufs. Das Kriegsministerium überwies Huse und Anderson im August 1861 insgesamt 496.666,66 Dollar. Von Januar bis März 1862 erhielten die Agenten von Richmond nochmals 1.261.600 Dollar. Von August 1861 bis März 1862 überwies die Konföderiertenregierung (nicht die Einzelstaaten!) somit insgesamt über 1.758.266 Dollar für den Waffenkauf in Europa. Das Kriegsministerium in Washington stellte seinem Agenten George Schuyler einen Kredit von 2 Millionen Dollar für den Kauf von Waffen in Europa zur Verfügung. Vgl. Walker an Anderson und Huse, 22. Juli und 30. August 1861, ORA 4,1, 564 und 594, Benjamin an Huse, 10. März 1862 in ORA 4,1, 985, Cameron an Chase, 24. Oktober 1861 in, Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong., Vol. 16, No. 324, 899.

237 Vgl. Savannah *Daily Morning News*, 10. April 1861.

238 Vgl. Baasch, *Die Handelskammer zu Hamburg*, Bd. 2, 678 ff.

239 Anderson beklagte mehrfach, dass „[t]his very important and interesting branch of trade is wholly ignored in official documents“. Vgl. Anderson an Seward, 1. Dezember 1863, zit. n. United States Department of State/Bureau of Foreign Commerce, *Commercial Relations of the United States*, 453; Anderson an Sanford, 10. März 1862, James H. Anderson Papers.

240 Zahlen errechnet nach Bremer Behörde für die Handelsstatistik, *Tabellarische Übersicht des bremischen Handels, Berichte für 1858 bis 1865*.

Agenten der Nord- und Südstaaten hatten, zumindest solange die Waffen in europäischen Häfen lagerten, keine größeren Hürden zu nehmen als andere Waffenkäufer auch. Damals wie heute waren Handel und Herstellung von Kriegsgerät auf neutralem Boden, wenn nicht vertraglich anderweitig geregelt, legitim, auch wenn die Waffen im Auftrag einer Kriegspartei bestellt oder produziert wurden.²⁴¹

An das amerikanische Konsulat in Bremen wandte sich im Oktober 1861 ein Vertreter eines ungenannten deutschen Staates, der über 11.000 Gewehre für das US-Kriegsministerium zum Verkauf anbot.²⁴² Wenige Tage zuvor hatte Washingtons Chefeinkäufer George Schuyler bereits Gewehre für über 320.000 Dollar vom sächsischen Kriegsministerium erworben.²⁴³ Ähnlich verkaufsfreudig zeigte sich Bayern.²⁴⁴ Zwar wurden die bayerischen Waffen, im Auftrag König Maximilians II. als Geschenk nach Washington versendet, nur als „specimens of Bavarian manufacture“ beworben,²⁴⁵ doch bei entsprechendem Interesse des amerikanischen Kriegsministeriums hätte Bayern sicherlich bereitwillig größere Mengen verkauft. Auch aus Württemberg erhielt die Bundesarmee, unter Vermittlung der württembergischen Konsuln in Antwerpen und New York, mehrere ausrangierte Revolver und Gewehre aus dem Bestand des Ludwigsburger Arsenal.²⁴⁶

Österreich nahm den Bürgerkrieg ebenfalls zum Anlass, seine chronisch leeren Staatskassen zu füllen. Im Herbst 1861 kaufte George Schuyler von Wien 70.048 Gewehre für insgesamt 1,05 Millionen Dollar.²⁴⁷ Dem kaiserlichen Ministerialrat kam die Anfrage aus Amerika sehr gelegen, konnten dank dieses Geschäfts doch alte, ausrangierte Gewehre gewinnbringend weiterverkauft werden.²⁴⁸ Österreich hätte gern weitere solcher rentablen Geschäfte mit der Unionsregierung betrieben. Ein hochrangiger Artillerieoffizier in Wien bot dem Norden sein Wissen über die Produktion von Schießbaumwolle an, ei-

241 Vgl. Bluntschli, *Das moderne Völkerrecht*, 438.

242 Vgl. Börnstein an Seward, 9. Oktober 1861, NA Bremen.

243 Vgl. Schuyler, George L., Report of George L. Schuyler to the Secretary of War, April 8, 1862, 7; Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 900.

244 Vgl. Anderson an Seward, 17. Oktober 1862, NA Hamburg und von Schrenk an Hagedorn, 3. Oktober 1862, Notes from foreign Consuls in the United States to the Department of State, NA.

245 Vgl. Anderson an Seward, 17. Oktober 1862, NA Hamburg.

246 Vgl. Verkauf von Waffen durch Vermittlung der Konsuln Haug in Antwerpen und Kühne in New York an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, HStA Stuttgart, E 40/72 Bü 166.

247 Vgl. Schuyler, 1862, 8; Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 909.

248 Protokoll der Ministerratssitzung, 10. Oktober 1861, zit. n. Malfér, *Die Protokolle des österreichischen Ministerialrats*, 5. Abt., Bd. 2, 439.

nem Gemisch aus Zellulosenitrat.²⁴⁹ Daran war das nordstaatliche Kriegsministerium jedoch nicht recht interessiert.²⁵⁰

Österreichs Regierung zeigte sich in der Wahl seiner Handelspartner flexibel. Obwohl Graf Rechberg dem amerikanischen Gesandten im April und Juli 1861 Österreichs Solidarität mit der Union zusicherte und beteuerte, dass das Kaiserreich keine Bewegungen oder De-facto-Regierungen unterstützen werde, die den Zusammenhalt der USA gefährdeten,²⁵¹ waren Wiens diplomatische Bande mit Washington von den wirtschaftlichen Bedürfnissen des finanziell angeschlagenen Kaiserreichs bestimmt. Die kaiserliche Regierung schien die Krise der Vereinigten Staaten regelrecht auszunutzen. Abseits der offiziellen Solidaritätsbeteuerungen herrschte im kaiserlichen Ministerialrat die Ansicht, dass die Regierung in Washington „im gegenwärtigen Augenblicke triftigen Grund“ habe, „Österreich rücksichtsvoll zu behandeln, damit es die Selbstständigkeit der Sklavenstaaten nicht anerkennt“.²⁵² Entsprechend freizügig agierte Wien in seiner Positionierung. Ideologische Parteinahme spielte für derartige Geschäftsbeziehungen mit dem im Bürgerkrieg befindlichen Nordamerika eine untergeordnete Rolle. Schon im November 1861 erreichten erste Spekulationen das US-Außenministerium, wonach über 70.000 Gewehre aus Wien über Le Havre und Hamburg in den Süden verschifft worden seien.²⁵³ Belegt ist in der Tat, dass sich Caleb Huse, der Waffenagent der Konföderation, auf seiner Suche nach geeignetem Material Anfang 1862 nach Wien begab, wo er sich drei Jahre zuvor, damals noch in Diensten des Kriegsministeriums in Washington, von den reichhaltigen Arsenalen der kaiserlichen Armeen überzeugt hatte.²⁵⁴ In der Hauptstadt des Kaiserreichs zog Huse eine große Lieferung an Land.²⁵⁵ Über 100.000 Gewehre und sechzig gefechtsbereite Kanonen samt Munition kommissionierte er dort.²⁵⁶ Theodor Canisius, der amerikanische Konsul in Wien, hatte von Huses Großeinkauf Wind bekommen und meldete nach Washington, dass es sich sogar um über einhundert Geschütze gehandelt haben soll.²⁵⁷ Angeblich hätten die österreichischen Behörden Huse gegenüber erklärt, dass die kaiserliche Artillerie ihre Geschütze sukzessive auf den Gebrauch mit Schießbaumwolle umrüsten wolle und sie deshalb ihren

249 Vgl. Canisius an Seward, 13. [?] Oktober 1862, NA Vienna.

250 Vgl. Kaufman, *Austro-American Relations*, 217.

251 Vgl. Jones an Seward, 15. April und 20. Juli 1861, zit. n. United States Department of State, *Papers Relating to the Foreign Relations* (1861), 189.

252 Protokoll der Ministerratssitzung vom 14. Mai 1861, zit. n. Malfér, *Die Protokolle des österreichischen Ministerialrats*, 43–44.

253 Vgl. Canisius an Seward, 30. November 1861, NA Vienna.

254 Vgl. Huse, *The Supplies*, 26.

255 Vgl. Verzeichnis der in Wien angekommenen Reisenden, *Wiener Zeitung*, 15. Februar 1862 u. Hartley an Stanton, 7. Oktober 1862, Hartley, *A Brief Memoir*, 130.

256 Vgl. Huse, *The Supplies*, 26.

257 Canisius an Seward, 31. März und 18. November 1862, NA Vienna.

mit herkömmlichem Schießpulver betriebenen Altbestand zu reduzieren beabsichtige.²⁵⁸

Österreich verheimlichte seine Geschäftsbeziehungen mit dem Süden gegenüber der US-Gesandtschaft in Wien nicht, aber es störte Letztere selbstredend, dass das Kaisertum die Konföderation mit Waffen versorgte.²⁵⁹ „[T]his Government sells anything to get money“, warnte Konsul Canisius William Seward.²⁶⁰ Das Wiener Bankhaus Königswarter half bei den Zahlungsmodalitäten und beim Transport der Waffen nach Hamburg, wo sie auf einen Blockadebrecher britischer Flagge geladen wurden.²⁶¹ Außenminister Rechberg rechtfertigte den Verkauf gegenüber dem nordstaatlichen Gesandten John Lothrop Motley mit der finanziellen Schieflage des Kaiserreichs und der völkerrechtlichen Legitimität, die die Konföderierten Staaten als kriegführende Partei besaßen und sie zu legitimen Handelspartnern machten.²⁶² Motley war über diese Begründung nicht erfreut, vertiefte die Sache aber nicht weiter, um die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht zu belasten.²⁶³

Der Norden war durch den Bürgerkrieg derart vereinnahmt, dass er sich großflächige diplomatische Konflikte mit anderen Staaten nicht erlauben wollte und konnte. Die diplomatische Obstruktion Washingtons konnte auf lange Sicht nur dem Süden in die Hände spielen, der sich des eingeschränkten Handlungsraums seines Gegners bewusst war. Mehr als formellen Protest hatte der Norden potenziellen Waffenlieferanten des Südens nicht entgegenzusetzen. Falls doch, hätte Washingtons Mehraufwand kostbare Zeit und kostbares Material verschlungen und dem Süden noch mehr geholfen. Folglich konnte die von Caleb Huse kommissionierte Großlieferung ungehindert aus Wien transportiert werden.

Der Bürgerkrieg bot den europäischen Arsenalen und Waffenproduzenten Gelegenheit, altes Kriegsmaterial gewinnbringend loszuwerden. Gerade Preußen konnte mit dem Verkauf seiner alten Vorderlader, die mit Einführung des Zündnadelgewehrs seit Mitte der fünfziger Jahre unter den Truppen ohnehin obsolet wurden,²⁶⁴ alte Restbestände zu rentablen Preisen verkaufen und auch Österreich sah in dem Verkauf alter Gewehre ein lukratives Geschäft.²⁶⁵

Die Kriegsministerien in Washington und Richmond, aber auch die Regierungen der Einzelstaaten war an einer schnellen und günstigen Ausrüstung

258 Vgl. Huse, *The Supplies*, 27.

259 Vgl. Kaufman, *Austro-American Relations*, 217.

260 Canisius an Seward, 18. November 1862, NA, Vienna.

261 Vgl. Canisius an Seward, 18. November 1862, NA, Vienna und Huse an Gorgas, 1. April 1862, zit. n. United States Naval War Records Office, *Official Records of the Union and Confederate Navies in the War of the Rebellion* (im Folgenden: ORN), Series II; Vol. 2, 177.

262 Vgl. Kaufman, *Austro-American Relations*, 217.

263 Vgl. ebd., 217 f.

264 Vgl. Clark, *Preußen*, 614–617.

265 Vgl. Malfér, *Die Protokolle des österreichischen Ministerialrats*, 439.

ihrer Soldaten gelegen, um den Engpass, den die plötzliche Rekrutierung Hunderttausender Soldaten verursachte, auszugleichen. Jahrelang konstituierten sich Berufarmee und Milizen der Vereinigten Staaten aus wenigen Zehntausend Mann, mit einem Schlag waren es sechsmal so viel.²⁶⁶ Auch Handelshäuser wie die deutschstämmige Firma Boker & Co. in New York, die dank familiärer Bindungen Kontakte zu Stichwaffenherstellern und Waffenschmieden im preußischen Remscheid, Solingen (wo die Böker Manufaktur noch heute Messer produziert) und Bonn unterhielt,²⁶⁷ schlossen mit dem Kriegsministerium Kaufverträge über mehr als 100.000 Gewehre und knapp 20.000 Säbel deutscher Herkunft ab.²⁶⁸ Mit diesem Mammutauftrag schnellte das Unternehmen zum viertgrößten Waffenlieferanten des Kriegsministeriums und gleichzeitig zum größten Importeur europäischer Waffen während des Bürgerkrieges empor.²⁶⁹

Besonders spitzfindige Zwischenhändler mussten gar nicht erst nach Preußen oder Österreich reisen, um an Waffen zu gelangen. In Hamburg wurde das Militär im Herbst 1861 mit neuen preußischen Zündnadelgewehren ausgerüstet.²⁷⁰ Die alten Gewehre wurden auf Auktionen in den Speicherböden der Stadt verkauft.²⁷¹ Manch ein risikofreudiger Kaufmann mag die Gewehre auf Spekulation gekauft und in Schiffe geladen haben, ohne über eine Bestellung aus den Vereinigten Staaten zu verfügen.²⁷² Das war nicht immer von Erfolg gekrönt. Mehrere New Yorker Agenten blieben auf den Waffen sitzen, die sie im Auftrag Hamburger und Bremer Handelshäuser an die amerikanische Regierung verkaufen sollten. Nach Lincolns Exportverbot für Waffen im November 1862 wurden die Gewehre und Revolver, die nun in den New Yorker Lagerhallen auf Abnehmer warteten und deutschstämmigen Importeuren eigentlich Profit bescherten sollten, zu einer Last.²⁷³ Die Nordstaaten produzierten zu diesem Zeitpunkt genug eigenes Kriegsmaterial und waren nicht mehr von europäischen Importen abhängig. Überflüssige Waffen konnten zu diesem Zeitpunkt weder verkauft noch zurück über den Atlantik geschifft werden. Die Verluste durch Lagerkosten schienen einigen Handelshäusern derart bedrohlich, dass sie Klagen gegen die Restriktionen der amerikanischen Regierung

266 Vgl. McPherson, Für die Freiheit sterben, 300–321.

267 Vgl. Herman Boker & Co. an Simon Cameron, 4. September 1861, Senate Ex. Doc. 2, 37th Congress, 2nd Session, 1862, 69.

268 P. V. Hagner an J. W. Ripley, 13. November 1861, Senate Ex. Doc. 2, 37th Congress, 2nd Session, 1862, 73, 85.

269 Gemessen am Wert aller verkauften Waffen zwischen 1861 und 1865, vgl. Wilson, The Business of Civil War, 231.

270 Vgl. *Hamburger Nachrichten*, 7. September 1861.

271 Vgl. u.a. *Hamburger Nachrichten*, 2. Februar und 20. März 1862.

272 Das Spekulationsgeschäft war ein gängiges Mittel unter hanseatischen Kaufleuten. Vgl. Hoffmann, Das Haus an der Elbchaussee, 54.

273 ORA, I, 50 (II), 1071.

erwogen, wovon ihre New Yorker Zwischenhändler abrieten.²⁷⁴ Durch die Vermittlung der hanseatischen Gesandtschaft, die dem amerikanischen Außenministerium versichern musste, dass die Waffen nur für den Norden bestimmt seien und auf direktem Wege wieder zurück nach Deutschland gingen, konnten wenigstens einige der Händler ihre Bestände veräußern.²⁷⁵ Die Aufhebung des Waffenexportverbots im September 1863 tat ihr Übriges, um den hanseatischen Händlern ihre Waffen wieder zukommen zu lassen, die sie direkt in eine andere Krisenregion, nach Polen, verkauften.²⁷⁶

Das Spekulationsgeschäft mit deutschen Waffen für Amerika war umfangreich, aber nicht unbedingt profitabel. Hamburg verzeichnete einen erhöhten Eingang von Waffen aus den USA ab 1863,²⁷⁷ der sich nach Kriegsende noch deutlich steigerte, wobei nicht klar ist, ob es sich dabei ausschließlich um deutsche Fabrikate handelte, da ab 1865 amerikanische Hersteller wie Remington und Winchester, durch den Bürgerkrieg über enorme Kontingente verfügend, ihre Dominanz auf dem globalen Waffenmarkt zu entfalten begannen.²⁷⁸

Andere Ereignisse wirkten ebenfalls auf den Waffenhandel zwischen Nordamerika und Mitteleuropa. Im Krieg gegen Dänemark erließ die Bundesversammlung im Juni 1864 ein Exportverbot für Waffen und Munition von deutschen Nord- und Ostseehäfen, das aber nach Anträgen norddeutscher Staaten bereits Anfang August wieder aufgehoben wurde. Der Gesandte Hannovers begründete seinen Antrag damit, dass „jenes Verbot [...] als eine ziemlich drückende Hemmung des überseeischen Verkehrs empfunden wird“.²⁷⁹ Sicherlich war mit dieser Äußerung der Blick auf Nordamerika gerichtet und der Antrag des hannoverschen Gesandten nicht ganz uneigennützig: Das an Bremen und Hamburg grenzende Königreich mit Zugang zur Nordsee profitierte vom Überseehandel der Hansestädte.²⁸⁰ Zudem verfügte Hannover in Herzberg am Harz über eine kleine Rüstungsindustrie, die auch das Interesse amerikanischer Waffenhändler weckte.²⁸¹ Und Harburg an der Elbe war die Hauptverladestelle süddeutscher Waffen, die über Hamburg ihren Weg über den Atlantik nahmen.²⁸²

274 Vgl. Schleiden an Kedenburg, 21. Februar 1863, Hanseatische Gesandtschaft Washington, 132-5/9 A8, StAHH.

275 Vgl. hierzu Hanseatische Gesandtschaft Washington, 132-5/9 A8, StAHH.

276 Vgl. Kunhardt an Schleiden, 1. August 1863, Hanseatische Gesandtschaft Washington, 132-5/9 A8, StAHH.

277 Vgl. Handelsstatistisches Bureau Hamburg, Tabellarische Übersichten des Hamburgischen Handels, 1864 bis 1870.

278 Vgl. Grant, *Rulers, Guns and Money*, 10 ff.

279 Vgl. Lappenberg (Hg.), *Sammlung der Verordnungen*, Bd. 32, 109, 114; *Protocolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1864*, Sitzung vom 11. August, 430.

280 Vgl. Habermas, *Auf der Suche nach dem Bürgertum*, 20.

281 Vgl. Hartley an Stanton, 16. Oktober 1862 in Hartley, *A Brief Memoir*, 140.

282 Vgl. Handelsstatistisches Bureau Hamburg, 1859 ff.

Dank des Bürgerkrieges in Amerika, „dessen Handelsbeziehungen gerade die Weser so tief berühren“,²⁸³ erlebte der hannoversche Freihafen Geestemünde eine regelrechte Blütezeit, da sich dort zunehmend amerikanische Reeder niederließen, um günstig Waren von und nach Amerika ein- und auszufahren.²⁸⁴ Nicht zuletzt versprachen die amerikanischen Schiffer eine Schwächung des in der Stadt vorherrschenden Bremer Kapitals, was im Interesse Hannovers lag, das den Geestemünder Hafen eigens zur Lancierung wirtschaftlicher Einflussnahme im Unterwesergebiet bauen ließ, welches durch neue Bahnverbindungen mit dem hannoverischen Binnenland sukzessive Anschluss an den Atlantikhandel gewann.²⁸⁵

Nicht grundlos hatte das US-Außenministerium seine Konsuln angewiesen, ein besonderes Auge auf etwaige Waffengeschäfte des Südens mit europäischen Zulieferern zu werfen und bei Bekanntwerden nach Möglichkeit einzugreifen.²⁸⁶ In der nordstaatlichen Presse gerieten die deutschen Hafenstädte bald in den Verruf, ein Verladeplatz für Waffen der Konföderierten zu sein.²⁸⁷ Der Spediteur und frühere Bremer Vizekonsul, Marshall Benton, wurde verdächtigt, im Auftrag des Südens zu arbeiten. Heinrich Börnstein wollte bei Benton schon früh „ultra Southern proclivities“ erkannt haben und entthob ihn seines Amtes.²⁸⁸ Dieser nutzte die freie Zeit, um zusammen mit Samuel Ricker, dem früheren Generalkonsul in Frankfurt, eine Schießpulversorte zu entwickeln, die ohne den in Nordamerika so knappen Salpeter auskam.²⁸⁹ Das Verfahren beruhte auf der Erfindung eines hessischen Chemikers, für den Ricker mittlerweile als Agent arbeitete.²⁹⁰ Ricker bot das Verfahren dem konföderierten Außenministerium an.²⁹¹ Doch offenbar scheuten die Behörden in Richmond den Zeit- und Kostenaufwand, den die Herstellung des Pulvers verursachte, da Studien zu seiner Praxistauglichkeit fehlten.²⁹²

283 Ernst Friedrich Adickes auf der Sitzung der Zweiten Kammer des Landtages von Hannover, 11. März 1864, Hannoversches Landtagsblatt No. 9, 1864.

284 So führten der Anstieg im Schiffshandel und -bau Geestemünder im Jahr 1863 zu einem Lastenzuwachs von 122 Prozent, Vgl. *Weser-Zeitung*, 31. Dezember 1863; Preußisches Handelsarchiv, 21. April 1865.

285 Vgl. Peters, *Der Seeschiffbau in Bremerhaven*, 33 f.

286 Vgl. Börnstein, *Fünfundsechzig Jahre*, 342–343.

287 Vgl. *The New York Herald*, 3. November 1861.

288 Börnstein an Seward, 3. März 1862, NA Bremen.

289 Benton selbst wird in keiner der einschlägigen Quellen als Miterfinder des Schießpulvers erwähnt. Samuel Ricker beantragte jedoch im Dezember 1862 in London ein Patent für das Herstellungsverfahren, dabei wird Benton als Erfinder des Verfahrens genannt, vgl. Woodcroft, *Chronological Index of Patents*, 224; Woodcroft, *Alphabetical Index of Patentees*, 185.

290 Vgl. *Allgemeine Militär-Zeitung*, 25. Mai 1861; Bruce, *Lincoln and the Tools of War*, 212; Smith, *Charles Mayer Wetherill*, Part IV, 1674.

291 Vgl. Mason an Benjamin, 23. Juni 1862, OR 2, 3, 448–449.

292 Vgl. *Allgemeine Militär-Zeitung*, 25. Mai 1861.

Eindeutig belegbare Fälle von Waffenlieferungen durch Bremer Kaufleute an den Süden finden sich nicht. In den Bremer Handelsstatistiken sind ausschließlich Waffen-, Blei- und Salpeterlieferungen in die Staaten der Union verzeichnet. Auch potenzielle Transithäfen wie das von Blockadebrechern häufig angefahrene Nassau auf den Bahamas erhielten kein Kriegsmaterial von Bremen.²⁹³ Es ist jedoch wahrscheinlich, dass eine Menge Waffen und andere Waren über Umwege und Schmuggel von Bremen über den Atlantik gelangten. Der illegale Handel zwischen den Hansestädten und Nordamerika reichte zurück bis in die britische Kolonialzeit.²⁹⁴ Zudem hatten Bremer Handeltreibende, Reeder und das dortige US-Konsulat strukturelle Hürden zu bewältigen, die den Kriegshandel erschwerten. Zum einen war die aus drei Dampfern bestehende Transatlantikflotte des Norddeutschen Lloyd, der als einzige Bremer Reederei über Schiffe dieser Bauart verfügte, im ersten Kriegsjahr durch Reparaturmaßnahmen eingeschränkt, weshalb der Lloyd den Waffentransport in die Nordstaaten während seiner Hochphase zwischen Herbst 1861 und Frühjahr 1862 den Konkurrenten aus Hamburg überlassen musste.²⁹⁵ Ein anderer Grund lag in der Entfernung des Bremer Hochseehafens zum Stadtgebiet. Von Waffenverladungen im über 50 Kilometer entfernten Bremerhaven erfuhr das amerikanische Konsulat erst mit zeitlicher Verzögerung. Die Bahnverbindung zwischen Bremen und Bremerhaven eröffnete erst Ende Januar 1862;²⁹⁶ von spontanen Besuchen des Konsuls konnte bis zur Eröffnung der Strecke keine Rede sein und eine Flussfahrt auf der Weser zwischen beiden Städten dauerte sechs Stunden.²⁹⁷ Der Konsul in Hamburg konnte die Waffenverladungen im Hafenbecken auf einem Ruderboot aus nächster Nähe beobachten und war dementsprechend schneller unterrichtet.²⁹⁸

293 Zu den Bremer Statistiken zu Ausfuhren in ausländische Häfen vgl. Bremer Behörde für die Handelsstatistik, Tabellarische Übersichten des Bremischen Handels für die Jahre 1861 bis 1865.

294 Vgl. Mustafa, *Merchants and Migration*, 14 f.

295 Vgl. Generalversammlung des Lloyd, 28. April 1862, Archiv des Norddeutschen Lloyd, StAB, 2-R. 11. mm. 4.

296 Vgl. Bessell, *Geschichte Bremerhavens*, 446.

297 Mit der Eröffnung der Bahnlinie zwischen Bremen und Bremerhaven verringerte sich die Reisezeit auf knapp zwei Stunden. Vgl. Baedeker, *Handbuch für Reisende*, Zweiter Teil, 66.

298 Vgl. Anderson an Seward, 17. März 1862, NA Hamburg.



Abb. 3: Landungsplatz für Dampfschiffe im Hamburger Hafen, 1868.

Hamburg war ein wesentlich beliebterer Umschlagplatz für Waffentransfers in die Konföderierten Staaten. Die Stadt war wirtschaftlich enger mit Großbritannien verbunden als Bremen, das sich seit den zwanziger Jahren immer mehr auf den Direktverkehr mit Nordamerika spezialisiert hatte.²⁹⁹

Hamburg war der wichtigste Hafen für den deutsch-englischen Handel.³⁰⁰ Zwischen der Stadt und Großbritannien herrschten seit dem 16. Jahrhundert innige Geschäftsbeziehungen. Der britische Bedarf an deutschem, vor allem ostpreußischem Getreide, war der Ausgangspunkt dieser Liaison.³⁰¹ Schnell wurden auch britische Importe unentbehrlich für die deutschen Märkte. Über ein Drittel aller Waren, die zwischen 1855 und 1868 am Elbufer gelöscht wurden, kamen aus Häfen des Vereinigten Königreichs und rund jedes zweite Schiff, das sich in dieser Zeit am Hamburger Schifffahrtsverkehr beteiligte,

299 In den Jahren 1861 bis 1865 betrug die Bremer Ein- und Ausfuhren von beziehungsweise nach Übersee durchschnittlich 65 beziehungsweise 48 Prozent des gesamten seewärtigen Handelsverkehrswertes des Stadtstaats. Die Ein- und Ausfuhren von beziehungsweise nach Großbritannien beliefen sich hingegen nur auf 23 respektive zwölf Prozent. Vgl. Lührs, *Die Freie Stadt Bremen und England*, 130 ff., 148–49, 153–54.

300 Vgl. Engelsing, *England und die USA*, 33–65; Lindberg, *The Rise of Hamburg*, 654–658.

301 Vgl. Dumke, *Anglo-deutscher Handel*, 194.

fuhr unter dem *Union Jack*.³⁰² Englische Hafenstädte dienten eingewanderten deutschen Überseehändlern, Auswanderungsagenten wie auch Wissenschaftlern und Missionaren in der Zeit vor der Reichsgründung als Ausgangs- und Operationsbasis ihrer Unternehmungen.³⁰³ Mitte der fünfziger Jahre gab es allein in Manchester und Liverpool über 90 Firmen mit verwandtschaftlichen Kontakten nach Hamburg und den anderen deutschen Staaten.³⁰⁴ Englische Reedereien beschäftigten seit Jahrzehnten Handelsagenten in den Kontoren und Speichern an der Elbe und unterhielten beste Verbindungen zur lokalen Kaufmannschaft.³⁰⁵

Für die kontinentale Waffenausfuhr nach Amerika, besonders in die Südstaaten, waren gute Geschäftsbeziehungen zum Empire enorm wichtig. Wie Bremen hatte auch Hamburg im Juli 1861 mit Verweis auf den Bürgerkrieg verboten, „sich auf irgendeine Weise mit Kaperei zu befassen, oder sich bei derselben, sei es durch eigene Ausrüstung von Kaperschiffen, sei es durch mittelbare Unterstützung, zu betheiligen“.³⁰⁶ Weiterhin untersagte der Hamburger Senat die „Ausrüstung und Verproviantierung“ potenzieller Kaperschiffe, die im Hafen des Stadtstaats ankern wollten, mit Ausnahme in Not geratener Schiffe.³⁰⁷

Der Grund für diese Proklamationen lag in dem Umstand, dass die USA nicht zu den Unterzeichnerstaaten der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 zählten, die die Kaperei ein für alle Mal ächtete. Die Vereinigten Staaten verstanden sich nicht als Befürworter der Kaperei, sahen in der Ausstellung von Kaperbriefen an private Schiffseigner aber eine effizientes und legitimes Mittel von Staaten ohne oder mit nur einer kleinen Kriegsflotte, um den Seemächten England und Frankreich im Kriegsfall Paroli bieten zu können.³⁰⁸ Als Reaktion auf Lincolns Befehl zur Mobilmachung erließ Jefferson Davis am 17. April 1861 eine Proklamation, in der „all who may desire“ aufgerufen waren, sich bei der Regierung in Richmond um Kaperbriefe zu bewerben.³⁰⁹ Obwohl der Kongress in Washington Lincoln ebenfalls zu diesem Schritt ermächtigte, machte Lincoln von dieser Ermächtigung während des gesamten Krieges keinen Gebrauch. Das war einerseits nicht nötig, da der Norden über deutlich mehr Kriegsschiffe verfügte; mit Blick auf das Ausland war es jedoch auch ein diplomatischer Schachzug. Alle europäischen Großmächte – deren Wohlwollen die USA dringend benötigten, wollten sie nicht die Sympathien an den Süden verlieren –, die Hansestädte und alle übrigen Mitgliedstaaten des Deutschen Bun-

302 Vgl. Handelskammer Hamburg, Statistischer Auszug, II u. VIII.

303 Vgl. Kirchberger, Aspekte deutsch-britischer Migration, 202 ff.

304 Krawehl, Hamburgs Schiffs- und Warenverkehr, 494–496.

305 Vgl. Meidinger, Die deutschen Ströme, Bd. 3, 80 ff.

306 *Bekanntmachung, bezüglich der Aufhebung der Kaperei*, 19. Juli 1861, zit. n. Lappenberg, Sammlung der Verordnungen, Bd. 30, 96.

307 Vgl. ebd., 96–97.

308 Vgl. Bluntschli, Das moderne Völkerrecht, 365–366.

309 ORN II, 3; 97.

des hatten sich sukzessive der Pariser Deklaration angeschlossen und somit die Kaperei offiziell geächtet.³¹⁰ Die Regierung in Washington hatte die Deklaration nicht unterzeichnet und tat es – nach einigem Lavieren – auch während des Bürgerkrieges nicht, stellte aber auch nie Kaperbriefe aus.³¹¹ Der Süden dagegen war auf private Kaperschiffe, die in Diensten der Konföderation fuhren, angewiesen. Diese Form einer Public-private-Partnership war teuer für die Regierung in Richmond; die Schiffseigner ließen sich ihre riskanten Transatlantikfahrten mit viel Geld bezahlen und die konföderierte Marine besaß zu wenige eigene Schiffe, um kontinuierlich Kriegsmaterial, Kleidung und Konsumgüter aus Europa zu importieren. Die südstaatliche Regierung musste sich also zwangsläufig in die Abhängigkeit von privaten Schiffsbesitzern begeben.³¹²

Dieser Schritt traf in Teilen der norddeutschen Presse auf heftige Kritik. Zwar habe „eine Trennung der beiden Hälften der Union [...] in Europa ihre Fürsprecher“, titelte die *Weser-Zeitung*, doch der Süden habe seine Sympathien „vollends verscherzt, als er zu der von der ganzen civilisirten Welt verdamnten Waffe der Kaperbriefe griff“.³¹³ Ein Aufenthalt in deutschen Häfen wurde für Schiffe mit südlichen Kaperbriefen zu einem heiklen Unterfangen. Es galt, sich zu tarnen. Und darin waren die südstaatlichen Unterhändler schnell geübt. Für ihre Geschäfte mit hanseatischen und anderen deutschen Handelshäusern war es ratsam und bald gängige Praxis, auf Zwischenhändler zurückzugreifen. Hierbei halfen die Geschäftskontakte der Südstaaten nach England.

Hamburgs enge wirtschaftliche Bindung zum britischen Weltreich und seine zentrale Stellung für den kontinentaleuropäischen Handel prädestinierten die Stadt, zu einer Schaltstelle der amerikanischen Waffenhändler zu werden. Allein 1861 erreichten über 960 Schiffe aus England den Hamburger Hafen.³¹⁴ Um etwaige Anlegeverbote in Hamburg und anderen Häfen zu umgehen, nutzten die Unterhändler für den Transport ihrer Waffen überwiegend Schiffe, die unter englischer Flagge fuhren. Für diesen Zweck kooperierten sie mit dem in Liverpool ansässigen Handelshaus von George Trenholm aus South Carolina. Trenholm war vermöglicher Baumwollhändler, Banker und verlängerter Arm der Konföderiertenregierung in Europa.³¹⁵ Dank seiner Firma konnten die Südstaatler Schiffe unter englischer Flagge mit Kriegsgerät und sonstigen Gütern beladen und verhindern, in neutralen Häfen Aufmerksamkeit zu erregen.

310 Vgl. Aegidi/Klauhold, *Frei Schiff unter Feindes Flagge*, XXVIIff.; Soetbeer, *Sammlung offizieller Actenstücke*, 2. Bd., 1–2.

311 Vgl. Aegidi/Klauhold, *Frei Schiff unter Feindes Flagge*, XXVIIIff.

312 Vgl. Wise, *Lifeline of the Confederacy*, 52–53, 61.

313 *Weser-Zeitung*, 10. Oktober 1861 (Abendausgabe).

314 Vgl. Lappenberg, *Hamburg*, 326.

315 Vgl. Wise, *Lifeline of the Confederacy*, 46–47.

Seit den Herbstmonaten 1861 luden Schiffe im Hamburger Hafen immer mehr Kisten mit Gewehren, Munition und anderem Kriegsmaterial für die Nord- und die Südstaaten. Unter den Schiffen befand sich die *Eugenia* des Reeders Robert Slomans. Nach Informationen des US-Konsulats war das Schiff in Richtung England unterwegs, wo die Fracht auf einen südstaatlichen Blockadebrecher verladen werden sollte.³¹⁶ Der junge Konsul James Anderson überwachte jede Verladung wenn möglich persönlich und sendete seine Observationsberichte nach Washington und nach Brüssel, wo Henry Sanford, Waffenhändler und Gesandter der Union für Belgien, die nordstaatlichen Spionageoperationen in Europa dirigierte.³¹⁷

Neben der *Eugenia* ankerte bald der Dampfer *Bahama* im Hafenbecken, der ebenfalls Ladung für den Süden aufnahm. Anderson musste mit ansehen, wie das Schiff täglich mit immer mehr Kriegsmaterial beladen wurde, das Agenten der Konföderation in Mitteleuropa kommissioniert hatten.³¹⁸ Eine der Firmen, von der die *Bahama* Gewehre empfing, war die Waffenfabrik P. D. Röltgen. Ihr Inhaber war Peter Daniel Moll, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und der Finanzdeputation, und somit ein politisch einflussreicher Bürger der Hansestadt.³¹⁹ Molls Fabrik hatte die über 100.000 ausrangierten Gewehre in stand gesetzt, die der Waffeneinkäufer Caleb Huse zuvor in Österreich gekauft hatte.³²⁰ Diese Zahl entsprach einem Viertel aller von der Konföderation in Europa erworbenen Gewehre,³²¹ was das Schiff zu einem regelrechten Juwel machte.³²² Caleb Huse reiste eigens nach Hamburg, um die Frachtverladung zu überwachen. Konsul Anderson und seine Spione beobachteten jeden Schritt Huses,³²³ der meinte, dass Anderson sogar offiziell zur Beschlagnahmung der *Bahama* aufgerufen hatte.³²⁴ Anderson allerdings erwähnte sie in keinem seiner Berichte nach Washington – möglicherweise, um sich keinen Ärger mit seinem Außenministerium einzuhandeln, das dieses Eingreifen in einen regulären Geschäftsvorgang verurteilt hätte. Er versuchte, möglichst genau über Waffenlieferungen mit Ziel USA zu informieren. „I am watching the Rebelious [sic] devils with more vigilance than ever“ schrieb Anderson an Henry Sanford nach Belgien, der dessen Observationen finanziell unterstützte.³²⁵

316 Vgl. Anderson an Sanford, 26. Oktober 1861, James H. Anderson Papers und Anderson an Seward, 27. Oktober 1861, NA Hamburg.

317 Vgl. Doyle, *The Cause of all Nations*, 72–73; Fry, Henry Sanford, 52 f.

318 Anderson an Seward, 17. März 1862, NA Hamburg.

319 Vgl. Heyden, *Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft*, 86.

320 Vgl. Anderson an Seward, 20. März 1862, NA Hamburg.

321 Vgl. Wise, *Lifeline of the Confederacy*, 226.

322 Vgl. Sanford an Seward, 1. April 1862, ORN, I, 7, 258.

323 Huse an Gorgas, 1. April 1862, OR 2,2, 177–178.

324 Vgl. ebd.

325 Anderson an Sanford, 16. Januar 1862, James H. Anderson Papers.

Als Konsul der Vereinigten Staaten zählte es zu Andersons Aufgaben, Rechnungen über Waffen und andere Waren, die von Hamburg in die nordstaatlichen Häfen ausgeführt wurden, zu beglaubigen, wohingegen Waffen, die offensichtlich für den Süden bestimmt waren, aber keinen Hafen auf US-amerikanischen Territorium anliefen, sich der Zuständigkeit des amerikanischen Konsuls entzogen.³²⁶ Um dennoch Einblicke in die Ausfuhr aller Waffen zu erhalten, wollte Anderson die Ladungsverzeichnisse einzelner Schiffe einsehen, die nicht das Unionsgebiet zum Ziel hatten. Aber er musste dieses Vorhaben ad acta legen, da Kriegsmaterial in den Hamburger Statistiken unter der nebulösen Rubrik „Handelsgut“ deklariert wurde, was exakte Angaben zur Waffen- ausfuhr unmöglich machte.³²⁷ Anderson war auf Beobachtung, Befragung und Spionage angewiesen. Er fand heraus, dass neben den 100.000 österreichischen Gewehren über 700 Kisten Munition und mindestens 64 Geschütze an Bord der Bahama gebracht wurden.³²⁸ Einem lokalen Zulieferer zufolge hatte die Ware einen Wert von über einer Million Dollar.³²⁹ Bei einer derart wertvollen Frachtverladung, an der Dutzende Menschen gleichzeitig arbeiteten, konnte von Geheimhaltung, zum Leidwesen der Auftraggeber aus den Konföderierten Staaten, keine Rede sein.

Fracht und Fahrtziel des Dampfers wurden schnell publik, was auch an der Redseligkeit seines Kapitäns lag, der ungeniert mit seinen vorangegangenen Blockadebrüchen prahlte und von Anderson beschattet wurde.³³⁰ Rasch war auch außerhalb Hamburgs von der Bahama zu lesen. Die *Neue Münchener Zeitung* wollte erfahren haben, dass gar über 200 Geschütze den Weg in die Frachträume des Blockadebrechers gefunden hätten. Zudem hätten die an der Verladung beteiligten Matrosen die „verbotene Zuführung von Kriegsmaterial“ zuerst verweigert, bevor sie „durch ansehnliche Versprechungen“ zur Fortführung ihrer Arbeit bewegt wurden.³³¹ Die permanente Observierung durch die Nordstaatler war offenbar effektiv genug, um Caleb Huse zu verunsichern und ihn zum Verkauf eines Teils der Geschütze zu drängen.³³² Nach einigen Tagen in Hamburg kehrte Huse zurück nach England. Kurz nachdem er wieder englischen Boden betreten hatte, erfuhr er, dass ein Teil der wertvollen Fracht für die Bahama, darunter rund ein Dutzend Kanonen, auf den Grund der Elbe gesunken war, weil ein englischer Dampfer, navigiert von einem Hamburger Kapitän, ein Transportboot rammte, das einige Munitions-

326 Vgl. Anderson an Sanford, 10. Oktober 1861, James H. Anderson Papers; Abbott, *The United States Consul's Manual*, 281 ff.

327 Vgl. Anderson an Sanford, 10. März 1862, James H. Anderson Papers.

328 Vgl. Anderson an Seward, 20. und 26. März, 5. April 1862, NA Hamburg.

329 Vgl. Anderson Seward, 21. März 1862 und Welles an Farragut und Goldsborough, 27. Mai 1862, ORN, I, 7, 432.

330 Vgl. Anderson an Seward, 20. und 31. März 1862, NA Hamburg.

331 *Neue Münchener Zeitung* (Morgenausgabe), 10. April 1862.

332 Vgl. Huse an Gorgas, 1. April 1862, ORN II, 2, 177–178.

wagen für die Bahama an Bord hatte.³³³ Entweder war die Angelegenheit eine beherzte Aktion einiger Unionssympathisanten oder ein geplanter Sabotageakt, finanziert aus dem Dunstkreis des amerikanischen Konsulats. Es ist sehr wahrscheinlich, dass James Anderson am Kentern des Zubringers beteiligt war, da er den Vorfall in einer Jahrzehnte später verfassten Familienchronik erneut aufgriff und nicht dementierte.³³⁴ Auch Huse vermutete Sabotage. Ihm schienen die Hamburger ohnehin „unanimously opposed to the Confederacy“ zu sein, weshalb er sich keinerlei Hoffnungen auf Schadensersatz machte.³³⁵ Der Vorfall sorgte auch in den USA und England für Aufmerksamkeit, da der Brief, in dem Huse den Vorfall schilderte, von einem Schiff der Bundesmarine abgefangen wurde und bald darauf in der englischen Presse zu lesen war. Trotz dieses Zwischenfalls wurde die Bahama weiter mit Kriegsgerät beladen, bis sie schließlich am 27. April 1862, nach sechs Wochen Aufenthalt in Hamburg, ablegte, um Kurs auf die karibische Handelsmetropole Nassau zu nehmen, den wichtigsten Versorgungs- und Umschlagplatz der Konföderierten Staaten im Atlantik.³³⁶ Bestens informiert über die Fracht der Bahama, appellierte Anderson an das Außenministerium in Washington, den Dampfer mit allen Mitteln aufzubringen – vergeblich.³³⁷ Anfang Juni erreichte die Bahama, von der Blockadeflotte unbemerkt, ihren Zielhafen in Nassau.³³⁸ Mit dem Schiff verließen nicht nur tonnenweise Waffen und anderes Kriegsgerät für die Konföderation Hamburg. Auch einige prominente Seeleute des Südens waren Bord, darunter ein Unteroffizier des berüchtigten Blockadebrechers Alabama.³³⁹

In der Zwischenzeit konnten die gesunkenen Munitionswagen, die für die Bahama bestimmt waren, geborgen werden. Um auch sie über den Atlantik zu bringen, griff Huse auf die Liverpooler Handelsdependance der Konföderation zurück, die den Dampfer *Melita* nach Hamburg entsandte, um das geborgene Kriegsmaterial an Bord zu nehmen.³⁴⁰ Am 7. April erreichte die *Melita* das Hamburger Hafenbecken und lud die Munitionswagen sowie weitere Waffen, Pulver und Sättel für den Süden mit an Bord.³⁴¹ An der Beladung der *Melita* waren nachweislich zehn Hamburger Firmen beteiligt, darunter mindestens drei Waffenfabrikanten, von denen es in Hamburg zu dieser Zeit über ein Dut-

333 Vgl. ebd., 178.

334 Vgl. Anderson, *Life and Letters*, 496.

335 Huse an Gorgas, 1. April 1862, ORN II, 2, 178.

336 Vgl. Anderson an Seward, 27. April 1862, NA Hamburg. Für die Bedeutung Nassaus im Atlantikhandel der Südstaaten vgl. Peters, *Blockade-Running in the Bahamas*, 16 ff.

337 Anderson an Seward, 27. April 1862, NA Hamburg.

338 Vgl. Semmes an Mallory, 15.–20. Juni 1862, ORN, I, 1, 686.

339 Vgl. ebd.

340 Vgl. Huse an Gorgas, 1. April 1862, ORN II, 2, 178.

341 Vgl. Anderson an Seward, 10. April 1862, NA Hamburg. Für eine Aufstellung der einzelnen Waren an Bord der *Melita* vgl. Heyliger an Randolph, 28. Juni 1862, ORA IV, 1, 1175.

zend gab.³⁴² Die Zulieferer erwiesen sich in ihrer Entscheidung, welche der beiden Seiten der amerikanischen Kombattanten sie mit Waffen versorgten, als überaus flexibel. Das Handelshaus Hagenest & Arnold etwa, wie viele andere Hamburger Waffenhändler spezialisiert auf den An- und Wiederverkauf von Waffen aus Regierungs- und Privatbeständen, belieferte sowohl den Norden als auch den Süden.³⁴³ Mindestens drei weitere Hamburger Handelshäuser verkauften ebenfalls an beide Seiten. Aus unternehmerischer Sicht war diese Entscheidung ein rentables Geschäft. Für Anhänger der Union indes war sie ein Gräuel: „Hamburg[s] merchant princes do not scruple to venture when they may win“, klagte James Anderson.³⁴⁴ Sieben andere Hamburger Großhändler lieferten ausschließlich an den Süden. Zwei davon, Conrad Warnecke und das schon erwähnte Handelshaus von P.D. Röltgen, bekleideten neben ihrer Tätigkeit als Kaufleute hochrangige Ämter in den verschiedenen Deputationen der Hansestadt.³⁴⁵ Die materielle Unterstützung für den Süden reichte bis in die höchsten Kreise der Hamburger Gesellschaft und Politik.

Nie ankerten mehr Schiffe, die für den Süden beladen wurden, im Hamburger Hafen als im Frühjahr und Sommer des zweiten Kriegsjahres. Neben der Bahama und der Melita waren 1862 mindestens vier weitere Schiffe mit Waffen und anderen Artikeln für die Konföderierten an der Elbe ausgestattet worden. Ende Mai erreichte der ebenfalls unter britischer Flagge fahrende Dampfer Columbia, von Glasgow kommend, die Hansestadt.³⁴⁶ Auch die Absichten dieses Schiffes blieben nicht lange unbekannt, denn sein designierter Kapitän, ein Mann aus Alabama, sorgte in einem Hamburger Hotel für einen Wirbel, als er einen Gast aus den Nordstaaten derart provozierte, dass dieser ihn zum Duell aufforderte. Beinahe wäre es zu einem Kampf Nord gegen Süd auf Hamburger Boden gekommen, doch der ruhmredige Kapitän lehnte die Aufforderung seines Gegenübers ab, sehr zum Gefallen des bestens informierten James Anderson, der den Vorfall als Sinnbild eines allgemeinen Sympathieverlustes wertete, der unter Hamburgs Bevölkerung zu grassieren schien: „The people over here begin to consider the Rebels impotent and boastful, since their crushing defeats and total failure to sustain any of their lofty declarations.“³⁴⁷

342 Vgl. Anderson an Seward, 10. und 14. April 1862, NA Hamburg; Hamburgisches Adreßbuch für 1861, das 15 Waffenfabrikanten und 17 Büchsenmacher listet. Zum Vergleich: Bremen verzeichnete im selben Jahr nur vier Büchsenmacher und keine Waffenfabrikanten. Vgl. Strack (Hg.), Adreß-Buch der freien Hansestadt Bremen, 1861.

343 Vgl. Anderson an Seward, 2. und 16. November 1861 und 10. April 1862, NA Hamburg; Heyden, Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft, 177.

344 Anderson an Sanford, 10. Oktober 1861, James H. Anderson Papers.

345 Vgl. Heyden, Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft, 86, 151 f.

346 Vgl. Anderson an Seward, 24. Mai 1862, NA Hamburg.

347 Vgl. ebd.

Mag dieser Sympathieverlust für einen Teil der Hamburger zugetroffen haben; für Hunderte andere Kaufleute, Spediteure, Hafenarbeiter und Versicherungsunternehmen der Stadt bedeutete das Beladen der Columbia und anderer Schiffe bares Geld. Der tatkräftigen Mithilfe eines Crewmitglieds der Columbia hatte Anderson diesmal verlässliche Auskünfte zur Ladung des Schiffes zu verdanken. Demnach lud der Dampfer auch Kanonen, bei denen es sich um die restlichen Geschütze handelte, die die Konföderierten in Wien gekauft hatten.³⁴⁸ Zusammen mit anderen Besatzungsmitgliedern plante das Crewmitglied, das Kommando über die Columbia an sich zu reißen, sobald ihr Kapitän Manöver zum Blockadebruch einleiten würde. Anderson war begeistert von dem Vorhaben und gab dem Matrosen kurzerhand Geld und die Zusage, dass die Meuterer bei Erfolg einen Teil der Prise erhalten würden.³⁴⁹

Wie erfolgreich der Matrose und seine Mitverschwörer letztlich waren, lässt sich nicht gänzlich ermitteln, allerdings erreichte die Columbia tatsächlich nie den Süden. Der Dampfer wurde Anfang August vollbeladen vor der Küste Floridas von der nordstaatlichen Marine aufgebracht.³⁵⁰

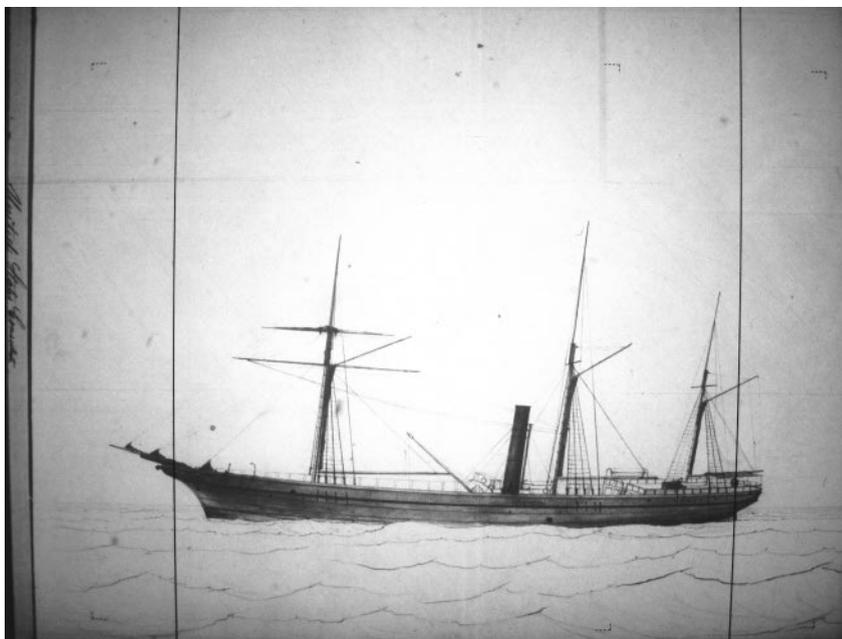


Abb. 4: Der Blockadebrecher „Sylph“ im Hamburger Hafen, gezeichnet von einem Agenten des US-Konsulats, 1862.

348 Vgl. Heyliger an Randolph, 28. Juni 1862, ORN, 4, 1, 1174.

349 Vgl. Anderson an Seward, 2. Juni 1862, NA Hamburg.

350 Vgl. Ridgeley an Welles, 6. August 1862, ORN, 1, 17, 296.

Fraser, Trenholm & Co., die Eigentümer der Columbia, charterten ein weiteres Schiff, die Sylph, das ebenfalls in Hamburg mit Waffen beladen wurde. Zwischen Juni und Juli lud die Sylph über eintausend Kisten Waffen und Munition und mindestens vier Kanonen.³⁵¹ Für Anderson war der Bogen schließlich überspannt. Er schrieb nach Washington, ob die Regierung nicht in Erwägung ziehen wolle, ein Kriegsschiff Richtung Hamburg zu senden, um dem Treiben der Rebellen ein Ende zu setzen.³⁵² Wohl wissend, dass die Präsenz eines amerikanischen Kriegsschiffs zur Abwehr von Schiffen unter englischer Flagge zu neuen Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Empire geführt hätte, wandte Anderson sich zugleich an den britischen Generalkonsul in Hamburg, damit dieser etwas gegen das Auslaufen der Sylph unternahm.³⁵³ Die Antwort des britischen Generalkonsuls fiel kurz und nüchtern aus: Es stehe nicht in seiner Macht, die Sylph am Auslaufen zu hindern, zumal sie ihren Papieren nach einen britischen Hafen zum Ziel habe, nämlich Nassau.³⁵⁴ Diese Antwort war einerseits legitim, andererseits auch dramatisch für Anderson, war Nassau doch allgemein hin bekannt als Operationsbasis für die südstaatlichen Blockadebrecher. Alle Versuche Andersons halfen nichts. Die schwer beladene Sylph nahm im Juli Kurs auf die Bahamas.

Ein größeres juristisches Echo verursachte das Hamburger Segelschiff Alsterdam und sein Eigentümer, der Amerikaner Charles William Adams, der kurz nach Ausbruch des Krieges nach Hamburg gezogen war und dort das Bürgerrecht erworben hatte. Adams besaß eine Firma in Texas und versorgte die konföderierte Armee von Hamburg über den mexikanischen Schmuggelhafen Matamoros mit Waffen. Er pflegte engen Kontakt zu Ambrose Dudley Mann, dem Gesandten der Konföderation in Belgien, mit dem er sich wiederholt in Hamburg traf, um nach Waffen für den Süden Ausschau zu halten, die er dann auf Hamburger Schiffen nach Matamoros verschiffte, das direkt an der Grenze zu Texas lag. Von dort konnten die Ladungen in das Territorium der Konföderation geschmuggelt werden.³⁵⁵

Durch Nachforschungen der amerikanischen Konsulate in Altona und Hamburg flog der Handel schließlich auf und Adams wurde Anfang 1864 von Soldaten der nordstaatlichen Besatzungstruppen im texanischen Brownsville festgenommen, als er gerade die Löschung von Versorgungsmaterial auf der Alsterdam inspizierte. Adams' Festnahme und die Beschlagnahmung seiner Schiffsladung durch Unionstruppen provozierten einen langjährigen Rechtsstreit zwischen Adams, den Hamburger Behörden und dem Washingtoner Sonderausschuss für Schadensersatzansprüche aufgrund von Kriegsschäden.

351 Vgl. Anderson an Seward, 10., 12. und 14. Juli 1862, NA Hamburg.

352 Vgl. Anderson an Seward, 14. Juli 1862, NA Hamburg.

353 Anderson an Seward, 16. Juli 1862, NA Hamburg.

354 Vgl. War an Anderson, 14. Juli 1862, James H. Anderson Papers.

355 Vgl. Anderson an Seward, 4. Mai 1864, NA Hamburg.

Adams' Verteidiger erhob gegen den US-Konsul in Altona schwere Vorwürfe. Von „böswilliger Absicht“ und Verleumdungen war die Rede.³⁵⁶ Erst 1874 wurde Adams' Forderung nach Schadensersatz vor dem US-Sonderausschuss endgültig abgelehnt. Der Ausschuss urteilte, dass es offensichtlich gewesen sei, dass Adams Handel mit der Konföderation betrieben hatte und ein „outsourcen, bitter rebel“ und „blockade-runner“ gewesen sei.³⁵⁷

Der Adams-Fall war einer der wenigen Fälle, in denen die Beteiligung hanseatischer Schiffe am Blockadehandel gerichtliche Folgen hatte. Die weit- aus größere Zahl der Schmuggelgeschäfte blieb unbemerkt beziehungsweise ungeahndet. So auch im Fall des Dampfers Helgoland. Ursprünglich war der Dampfer im Besitz der Reederei Johann Cesar Godeffroys, dem Bruder des Hapag-Gründers.³⁵⁸ Im April 1863 kaufte ein Makler von Fraser, Trenholm & Co. das Schiff.³⁵⁹ Den Verkauf organisierte Godeffroys Prokurist, der mehrere Jahre Agent einer Londoner Firma war und somit über entsprechende Kontakte nach England verfügte.³⁶⁰ Der neue englische Besitzer beauftragte Hamburger Zimmerleute, die Vorderkabinen des Schiffes herauszubrechen, um mehr Stauraum für Kohle zu schaffen. Das machte den Unionskonsul und seine Spione, die mittlerweile ein Gespür für Blockadebrecher hatten, stutzig.³⁶¹ Anderson schrieb an Syndikus Merck, dass die ehemalige Helgoland, die nun den Namen Raccoon trug, ein Blockadebrecher sei, der nach Amerika fahren wolle. Merck ließ das Schiff daraufhin von der Hamburger Polizei untersuchen. Die Behörden gingen bei der Untersuchung des Schiffes „sehr ernsthaft“ vor, unterrichtete Hamburgs Syndikus die hanseatische Gesandtschaft in Washington, schließlich wolle man die Kaperei nicht unterstützen.³⁶² Die Polizei kam zu dem Befund, dass das Schiff aufgrund seiner leichten Bauweise nicht für die Kaperei geeignet sei.³⁶³ Fatalerweise war aber genau dies die Stärke von Blockadebrechern. Für ihre Manöver bedurfte es schneller und wendiger Schiffe, die schwere Panzerung und Geschütze nur unnötig beeinträchtigt hätten. Kurz: Als Blockadebrecher war die Raccoon prädestiniert. Aus diesem Grund gab sich Anderson nicht mit dem abschließenden Bericht des Hamburger Polizei-

356 Friedrich Sieveking im Namen Charles William Adams' an den Hamburger Senat, 20. Januar 1865, in: Hanseatische Gesandtschaft Washington, Reklamationsforderungen (claims) von Hamburgern, StAHH, 132-5/9, C5.

357 Congressional Serial Set Vol. No. 1627, Session Vol. No. 5, 43rd Congress, 1st Session, 22. Juni 1874, 15.

358 Vgl. Molsen, Godeffroy, 494 f.

359 Vgl. Bulloch an Mallory, 20. Oktober 1864, ORN, II, 2, 736; Bericht des amerikanischen Konsuls in Liverpool, 14. Februar 1863, ORN, I, 13, 754.

360 Vgl. Heyden, Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft, 112; Hoffmann, Das Haus an der Elbchaussee, 191 f.

361 Vgl. Marsh an Seward, 9. April 1863, NA Altona.

362 Merck an Schleiden, 15. April 1863, Hanseatische Gesandtschaft Washington, Allgemeine Berichte und Instruktionen, 1862–1863; StAHH 132-5/9, B1 I.

363 Besichtigungsprotokoll der Raccoon (Helgoland), 30. April 1863.

chefs zufrieden, demzufolge der Verdacht, es handle sich um einen Blockadebrecher, „in keinerlei Weise bestätigt“ war.³⁶⁴ Zu gut war der amerikanische Konsul über die Bauart der Blockadebrecher unterrichtet, als dass er dem Polizeibericht hätte Glauben schenken können: „[S]peed [...] is the only requisite for a privateer. This the vessel has.“³⁶⁵

Andersons Verdacht bestätigte sich. Das Schiff wurde nachweislich für den Blockadebruch umgebaut.³⁶⁶ Es ist einer der wenigen offiziell dokumentierten Fälle eines Schiffes, das in einem deutschen Hafen zu einem südstaatlichen Blockadebrecher umgerüstet wurde. Syndikus Merck konnte Anderson diesbezüglich nur beteuern, dass „der Senat jederzeit bemüht sein wird, alles zu vermeiden, was zu einer Störung der freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen Hamburg und der Union führen könne.³⁶⁷ Allerdings war es nicht Sache der Hamburger Regierung, in private Handelsgeschäfte einzugreifen, zumal die Raccoon Eigentum eines Handelshauses aus England war, dem wichtigsten Handelspartner der Freien Stadt.

Hamburg entwickelte sich zu einem überaus beliebten Versorgungszentrum der Konföderierten. Seit über einem Jahr würden alle zwei bis drei Wochen Schiffe für die Südstaaten an der Elbe beladen, berichtete der US-Konsul in Altona im Herbst 1863. Doch nur die wenigsten dieser Fälle kämen ans Licht.³⁶⁸ Allein im zweiten Kriegsjahr hätten Hamburger Unternehmen 400.000 Handfeuerwaffen in den Norden und 300.000 in den Süden über den Atlantik verschifft. Auf einer Sitzung der Bürgerschaft war sogar von insgesamt einer Million Gewehre die Rede.³⁶⁹ Der eigentliche Tagesordnungspunkt dieser Sitzung behandelte die Frage, ob die lokalen Behörden nicht wieder eine Ausfuhrstatistik einführen sollten, die die Ziele der Frachten listeten.³⁷⁰ Die Gegner eines solchen Schrittes würden in ihren Begründungen, so der amerikanische Konsul, unweigerlich ihre Beteiligung am Schleichhandel mit dem Süden offenbaren. Einer von ihnen war der Inhaber der nach ihm benannten Reederei Laeisz.³⁷¹ Er hatte erst kurze Zeit vorher eine stattliche Fracht auf einem Schiff transportiert, dessen Destination er auf der Bürgerschaftssitzung nicht preisgeben wollte. Amerikanischen Beobachtern reichte diese Verschwiegenheit als Indiz, um Laeisz und andere Hamburger des Ausrüstens von Blockadebre-

364 Carl Petersen an Anderson, 30. April 1863, Beilage zu Anderson an Seward, 2. Mai 1863, NA Hamburg.

365 Anderson an Seward, 7. Mai 1863, NA Hamburg.

366 Vgl. Heyliger an Benjamin, 6. Juni 1863, ORN, I, 2, 236; R. H. Lamson an P. Lee, 25. Oktober 1863, ORN, I, 9, 250.

367 Merck an Anderson, 2. Mai 1863, Beilage zu Anderson an Seward, 7. Mai 1863, NA Hamburg.

368 Marsh an Seward, 4. Oktober 1863, NA Altona.

369 Vgl. ebd.; Beilage der *Hamburger Nachrichten*, 3. Oktober 1863.

370 Beilage der *Hamburger Nachrichten*, 3. Oktober 1863.

371 Vgl. Marsh an Seward, 4. Oktober 1863, NA Altona.

chern zu beschuldigen.³⁷² Schließlich stimmte die Mehrheit der Bürgerschaft gegen eine Einführung der Ausfuhrstatistik – eine Entscheidung zugunsten jenes besitzindividualistischen Freihandelsdenkens, wie es unter vielen hanseatischen Großkaufleuten verbreitet war.³⁷³

Der Freihandel war für die Unterstützung der Südstaaten, die sich für einen ungehinderten transatlantischen Warenverkehr aussprachen, ein ideologisches Bindeglied. Von einem ökonomischen Standpunkt betrachtet, waren sich die freihändlerischen Hansestädte und die Konföderation näher als die protektionistische Union. So nimmt es nicht wunder, dass die Sympathien hanseatischer Freihändler eher dem Süden galten als dem Norden, zumal wenn sie wirtschaftliche Interessen im Süden verfolgten.³⁷⁴ Der rasche Abfall des deutschen Handels mit den Vereinigten Staaten, so das freihändlerische *Bremer Handelsblatt*, sei nicht die Folge des Krieges, sondern der „schutzzöllnerischen Tendenz des Nordens“ gewesen.³⁷⁵

Seit Jahrzehnten handelten und profitierten die Hansestädte und andere deutsche Staaten von den Erzeugnissen der nordamerikanischen Sklavenwirtschaft.³⁷⁶ Zwischen 1861 und 1865 machten Baumwolle, Tabak, Zucker und Kaffee aus Nordamerika und dem ebenfalls sklavenhaltenden Brasilien knapp 15 Prozent der hamburgischen Gesamteinfuhr aus.³⁷⁷ Baumwollhändler und Reeder wie der erwähnte Laeisz und das Handelshaus von Biancone, Klée & Co. arbeiteten mit einem New Yorker Fabrikanten zusammen,³⁷⁸ der, so hieß es, ein Postsystem zwischen Europa und den Konföderierten Staaten betrieb, in dem das Hamburger Büro von Biancone, Klée & Co. als Filiale fungierte.³⁷⁹ Auch der US-Vizekonsul in Hamburg stand unter Verdacht, den Süden mit Geld

372 Vgl. ebd.

373 Vgl. Schulz, 1995, 157.

374 Wie zum Beispiel das Handelshaus von Friedrich Heeren, das 250 Ballen Baumwolle auf einer Plantage in Mississippi lagern hatte, für deren Schutz Heeren sich an den Hamburger Senat wandte, der jedoch nichts unternehmen konnte, da Mississippi in der Hand der Konföderierten war. Vgl. Hamburger Senatssachen, Acta betr. die auf desfälligen Gesuche erfolgte Ausweisung der Hamb. Consule zum Schutze des Privateigenthums von Hamburgern in den südlichen Staaten der nordamerik. Union, HHStA, Cl. VI, Nr. 16 P, Vol. 1, Fasc. 22.

375 *Bremer Handelsblatt*, 8. März 1862.

376 Vgl. Weber, Deutsche Kaufleute im Atlantikhandel, 225–239, 300–309; ders., Deutschland, der atlantische Sklavenhandel, 37–66; Meissner u. a., Schwarzes Amerika, 77–98.

377 Zahlen zusammengestellt nach Handelskammer Hamburg, Statistischer Auszug in Bezug auf Hamburgs Handelszustände, III–IV.

378 Vgl. Heyden, Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft, 15 f.; Nolte, Zwanzig Gutachten, 16.

379 Vgl. Charles Catlin an Seward, 14. September 1861, ORA, I, 2, 685–686. Biancone und Klée waren Partner von Udolpho Wolfe in New York, einem aus Virginia stammenden Spirituosenproduzenten mit familiären Verbindungen in den Süden. Der ehemalige Vizekonsul für Bremen, Marshall Benton, war ebenfalls geschäftlich mit Wolfe verbunden. Vgl. Barret, *The Old Merchants*, 152–159.

und Nachschub zu beliefern.³⁸⁰ Dutzende Bremer und Hamburger Importeure lagerten in Texas, Virginia, Louisiana, South Carolina und Georgia Baumwolle und Tabakvorräte, die seit Beginn der Seeblockade auf ihren Verkauf warteten und dabei Kosten verursachten.³⁸¹ Je weiter die Unionstruppen ins Gebiet der Konföderation vordrangen, desto mehr liefen diese Vorräte Gefahr, zerstört oder beschlagnahmt zu werden – eine beunruhigende Vorstellung für die Besitzer und ein nachvollziehbares Motiv, den Konföderierten Sympathien zu schenken. Die Hamburger Regierung beauftragte deshalb im Oktober 1863 seine Gesandtschaft in Washington, sich Reklamationsforderungen aufgrund von Baumwollbeständen anzunehmen, die durch Kriegseinflüsse zerstört wurden, aber Eigentum hanseatischer Kaufleute waren.³⁸²

Es spielte deutschen Kaufleuten durchaus in die Karten, wenn die Sklaverei in den Südstaaten Nordamerikas, ja in allen Regionen der Neuen Welt, fortbestand. Es war deshalb auch kein Geheimnis, meinte ein südstaatlicher Korrespondent, dass Hamburg und Bremen dem Süden den Sieg wünschten.³⁸³ „Hamburg had been the means of doing us a great deal of injury“, vertraute Konsul James Anderson dem Hamburger Außenminister an.³⁸⁴ Dieser bedauerte diese Zustände, wies aber auf die Machtlosigkeit seiner Regierung in dieser Sache hin. Der Senat konnte keine neutralen Schiffe aufhalten, die neutrale Häfen wie Nassau oder Havanna ansteuerten, um von dort die nordstaatliche Blockade zu durchbrechen.³⁸⁵ Sollten allerdings südstaatliche Schiffe, die eindeutig als solche zu erkennen seien, versuchen, in Hamburg anzulegen, versicherte der Außenminister dem besorgten Anderson, würde ihnen das Ankern untersagt werden.³⁸⁶ Das wussten die betroffenen Kapitäne natürlich und sie verschleierten ihre Identität so lange hinter neutraler Flagge, bis ein konföderierter Hafen in Sicht war. Auch deutsche Flaggen sollen bei solchen Tarnfahrten zum Einsatz gekommen sein.³⁸⁷

380 Vgl. Marsh an F. Seward, 8. Oktober 1862, Ebd. an W. Seward, 7. Februar und 5. April 1865, Murphy an Seward, 20. September 1861, NA Frankfurt; Anderson an Seward, 20. Oktober 1863, NA Hamburg.

381 Vgl. Hanseatische Gesandtschaft Washington, Reklamationsforderungen (claims) von Bremen, 1862–1867, HHStA, 132-5/9, C6.

382 Vgl. Merck an Schleiden, 17. Oktober 1863, Hanseatische Gesandtschaft Washington, Allgemeine Berichte und Instruktionen, 1862–1863, HHStA, 132-5/9, B1 I. Auch Preußen rief Ende 1865 eigens eine Kommission ins Leben, die sich mit solchen Reklamationsforderungen befasste. Vgl. Merck an Rösing, 31. Januar 1866, Hanseatische Gesandtschaft Washington, HHStA, 132-5/9, C4.

383 Vgl. *The Index*, 1. Mai 1862.

384 Anderson an Seward, 2. Juli 1862, NA Hamburg.

385 Vgl. Anderson an Seward, 2. Juli 1862, NA Hamburg.

386 Vgl. ebd.

387 Vgl. Wise, *Lifeline of the Confederacy*, 61; *Chicago Tribune*, 24. April 1863.

Der Krieg als unternehmerische Chance: das Beispiel der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft

Die Waffenhändler der Union nutzten für den Transport ihrer Ware gern die Dienste der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (Hapag), die dank ihrer dampfbetriebenen Schiffe schnelle und regelmäßige Atlantikfahrten gewährleistete. Der Gütertransport war in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts mit Dampfschiffen zwar noch teurer als mit Segelschiffen,³⁸⁸ aber auch schneller und planbarer, da die Dampfer wetterunabhängig fahren konnten.³⁸⁹ Und auf Schnelligkeit und Zuverlässigkeit kam es im Wettrennen zwischen den Bürgerkriegsparteien an.

Schon Wochen vor den ersten großen Kampfhandlungen verschifften Hamburger Firmen mit der Hapag Kriegsgerät nach New York.³⁹⁰ Mit dem Wegfall fast sämtlicher amerikanischer Dampfer – die meisten befanden sich nun im Dienst der Unionsmarine – befand sich der Markt nahezu komplett in der Hand europäischer Reedereien, eine einmalige Chance auf Profit. Die Hapag-Agenten in New York wurden instruiert, aus dieser Situation „möglichst viel Nutzen [...] für uns zu ziehen“.³⁹¹ Auf Wunsch der Händler deklarierte die Hapag Waffen als Handelsgut („merchandize“), um etwaigen Unannehmlichkeiten mit Behörden aus dem Weg zu gehen und die Gefahr einer Beschlagnahmung durch südstaatliche Kaperschiffe zu reduzieren.³⁹² Während der Trent-Krise wurde der Hafen Southamptons, wo die Schiffe für gewöhnlich weitere Post und Fracht für Nordamerika luden, umfahren und direkt Kurs auf New York genommen, um Beschlagnahmungen durch britische Behörden zu entgehen. Nordstaatliche Waffenhändler hatten diese Direktroute erbeten.³⁹³ Hinsichtlich ihrer Parteinahme verfolgte die Hapag eine klare Linie: „This company would not of course jeopardize its standing with us by assisting the Rebels“, war sich Konsul Anderson sicher: „to act against us would be to cut its own head off“.³⁹⁴

Ein Wegfall des nordstaatlichen Marktes war für die Reederei keine Option. New York war seit der Gründung der Hapag der reguläre Zielhafen ihrer Schiffe, die Reederei belieferte daher ausschließlich die Union. Zwar wandte sich ein Abgesandter der Konföderierten Staaten Anfang Mai 1861 aus Brüssel mit dem Vorschlag an den Vorstand, eine Verbindung zwischen Savannah oder

388 Vgl. Osterhammel, Hierarchien und Verknüpfungen, 801 f.

389 Vgl. Rothschild, Taschenbuch für Kaufleute, 237.

390 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der Hapag, 21. Mai 1861, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 163 Bd. 1.

391 Ebd., 23. April 1861.

392 Ebd., 21. Mai 1861.

393 Vgl. Fry, Henry S. Sanford, 58; Protokoll der Vorstandssitzung der Hapag, 27. Dezember 1861, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 163, Bd. 1.

394 Anderson an Sanford, James H. Anderson Papers, 12. März 1862.

einem anderen südlichen Hafen zu errichten, doch dieser antwortete „sehr höflich, aber ablehnend“.³⁹⁵ In den Wirren der Trent-Krise erwogen die Vorstandsmitglieder im Dezember 1861 zwar die Einrichtung einer direkten Schiffsverbindung mit den Häfen der Konföderation, sollte New York im Falle eines Krieges mit Großbritannien gesperrt werden, doch diese Überlegung wurde mit der friedlichen Beilegung der Krise hinfällig.³⁹⁶ Ebenso sprach sich der Vorstand gegen den Transport von Personen aus, die beabsichtigten, in die Südstaatenarmee einzutreten. Freiwillige der Unionsarmee hingegen waren gern gesehene Passagiere.³⁹⁷ Mehrfach gewährte die Hapag deutschen Offizieren Fahrtkostenermäßigungen für die Überfahrt nach New York.³⁹⁸ Der prominenteste Passagier dieses frühen Incentive-Programms war Carl Schurz, der im Januar 1862 eine kostenlose Überfahrt nach New York in der ersten Klasse genoss.³⁹⁹ Dieser Maßnahme wohnte natürlich auch betriebliches Eigeninteresse inne, schien Schurz doch „viel Einfluss in Amerika zu haben“ und der Hapag „in Betreff des Postcontracts [mit der Regierung der USA] oder anderweitig vielleicht sehr nützlich“ zu sein.⁴⁰⁰ Der transatlantische Postverkehr war die eigentliche Haupteinnahmequelle der jungen Reederei und „Lebensfrage“ zugleich.⁴⁰¹

Der *Civil War* sollte einer der letzten geopolitischen Konflikte sein, deren transkontinentale Berichterstattung ausschließlich vom Kesseldruck der Dampfschiffe abhing. Der konstante Verkehr zwischen New York, dem größten Zeitungsmarkt der Union, hatte deshalb oberste Priorität für die Hapag. Auswanderer, Märkte, Börsen und Redaktionen benötigten ein verlässliches und schnelles Kommunikationsnetzwerk, um über die Vorgänge auf der anderen Atlantikseite auf dem Laufenden zu bleiben. Ähnlich wie heute Internetverbindungen stellte damals der dampfbetriebene Postverkehr die logistische Grundlage des interkontinentalen Informationsaustauschs (das erste dauerhaft funktionierende transatlantische Telegrafenkabel wurde erst ein Jahr nach dem Bürgerkrieg in Betrieb genommen).⁴⁰²

Neben den Einnahmen aus dem Postverkehr, die 1861 dank neuer Verträge um vierzig Prozent gestiegen waren,⁴⁰³ war der Waffentransport in die Nord-

395 Protokoll der Vorstandssitzung der Hapag, 7. Mai 1861, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 163, Bd. 1.

396 Vgl. ebd., 2. Dezember 1861.

397 Vgl. ebd., 9. August 1861.

398 Vgl. ebd., 13. September und 25. Oktober 1861, 7. Februar 1862.

399 Vgl. ebd., 13. Januar 1862.

400 Ebd., 13. Januar 1862.

401 Von Halle, *Amerika*, 124.

402 Vgl. Winseck/Pike, *Communication and Empire*, 20 ff.

403 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der Hapag, 13. Januar 1862, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 163, Bd. 1. Zuvor galt die Postkonvention nur für die Post zwischen New York und Hamburg. Durch den kriegsbedingten Ausfall der amerikanischen Vanderbilt-Linie lag der Posttransport zwischen New York und Southampton allein in der Hand der Hapag. Vgl. Kludas, *Die Geschichte der deutschen Passagierfahrt*, Bd. I, 23.

staaten das lukrativste Geschäft der Hapag zwischen 1861 und 1862. Aufgrund ihrer Unternehmensform als Aktiengesellschaft waren mehrere Personen an Erfolg und Misserfolg der Hapag beteiligt. Dazu gehörten die Godeffroys als Gründer, der Kaufmann Laeisz, der im Verdacht stand, die Konföderation zu beliefern, Hamburgs Außenminister Merck und das Handelshaus von Kunhardt & Co. in New York, das die Waffenlieferungen in die Union abwickelte.⁴⁰⁴ Auf der Generalversammlung im März 1861 musste Direktor Adolph Godeffroy die Aktionäre mit Blick auf die „beklagenswerthen Ereignisse“ in den Vereinigten Staaten auf ein düsteres Geschäftsjahr einstimmen.⁴⁰⁵ Wenn die Exporte nach Nordamerika weiterhin so gering blieben wie bisher, würden die „wirren Zustände“ die Expansion der Hapag und ihren Umsatz „erheblich beeinträchtigen“.⁴⁰⁶ Diese betrübliche Prognose sollte zur Freude von Vorstand und Aktionären aber nicht eintreffen. Im Herbst 1861 erhielt die Direktion ein erfreuliches Schreiben ihres Agenten aus New York: Demnächst sei mit einer „bedeutende[n] Zunahme an Frachtgütern, besonders Waffen etc. nach New York“ zu rechnen.⁴⁰⁷ Die Meldung sollte sich umgehend bewahrheiten.

In den folgenden sechs Monaten verfrachteten die Schiffe der Hapag mehrere Hundert Tonnen Gewehre, Kanonen und anderes Kriegsgerät in den New Yorker Hafen.⁴⁰⁸ Hamburger Kaufleute kommissionierten knapp 79.000 Gewehre, über 2.000 Uniformkappen und mindestens 3.100 Stichwaffen und schickten sie auf den Dampfern der Hapag nach New York.⁴⁰⁹ Deren nun ohnehin florierendes Geschäft wurde durch die größte diplomatische Krise des Bürgerkrieges, die Trent-Affäre, noch einmal verstärkt. Mit Bekanntgabe der britischen (30. November) und französischen (4. Dezember) Exportverbote von kriegsfähigem Material nach Nordamerika erlebten deutsche Waffenfabrikanten, Exporteure und Reeder regelrechte Sturmfläufe von Unterhändlern aus Nordamerika.⁴¹⁰ Betrug der Gesamtwert aller nach Hamburg importierten Waffen 1860 noch 716.000 Mark, so waren es in den beiden darauffolgenden Jahren beachtliche acht beziehungsweise 6,5 Millionen Mark.⁴¹¹ Die meisten Lieferungen stammten aus Preußen, Hannover, Sachsen, Österreich und Belgien.⁴¹²

404 Vgl. von Halle, *Amerika*, 125, 128.

405 Protokoll der Generalversammlung, 16. März 1861, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 178, Bd. 2.

406 Ebd.

407 Protokoll der Vorstandssitzung der Hapag, 8. November 1861, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 163, Bd. 1.

408 Vgl. ebd., 15. und 28. November, 2. Dezember 1861.

409 Vgl. Anderson an Seward, 21. September 1861, 5. und 19. Oktober 1861, 2., 16. und 30. November 1861, 14., 23. und 28. Dezember 1861, 11. Januar 1862, 5. April 1862, NA Hamburg.

410 Vgl. Eimers, *Preußen und die USA*, 463 ff.

411 Summen errechnet nach Handelsstatistisches Bureau Hamburg, 1861 bis 1866.

412 Eine Übersicht zu den wichtigsten Produktionsorten der europäischen Waffenindustrie findet sich bei Ersch/Gruber (Hg.), *Allgemeine Encyclopädie der Wissenschaften und Künste*, Bd. 65, 350.

Während des gesamten Krieges fiel der Wert der Waffeneinfuhren nach Hamburg nicht mehr unter 1,5 Millionen Mark pro Jahr.⁴¹³ Auch der Bleihandel blühte. Das Kriegsministerium in Washington orderte mehrere Tausend Tonnen des für die Munitionsherstellung benötigten Rohstoffes aus Bergwerken im Harz und dem Erzgebirge.⁴¹⁴ Bremer Behörden erfassten über 14 Millionen Pfund Blei, das zwischen 1861 und 1865 in die USA verschifft wurde.⁴¹⁵ Auch hierbei kam den hanseatischen Firmen das vorübergehende britische und französische Exportverbot für Kriegsmaterial zugute.⁴¹⁶

Während dieser kurzen Monopolphase verdienten die norddeutschen Reedereien reichlich, allen voran die Hapag. Sie verlangte Prämien für den Transport nach New York und gewährte Frachtrabatte, wenn die Händler gewisse Lieferkontingente gewährleisteten.⁴¹⁷ Bald erschienen Anzeigen in den deutschen Zeitungen, in denen die Hapag für die Verschiffung von „Waffen und Kriegsmaterial“ nach New York warb.⁴¹⁸ Carl Schurz war ebenfalls in die Waffengeschäfte involviert, als er, gelangweilt von seinem Gesandtenposten in Madrid,⁴¹⁹ kurzzeitig in Hamburg weilte, um seine Rückfahrt in die USA anzutreten, wo er sich der Unionsarmee anschließen sollte. Die deutschen Waffen sollten schnellstens verschifft werden, andernfalls drohe die diplomatische Krise mit Großbritannien den Transport abzuschneiden, drängte Schurz in einer hastigen Note an das Hamburger Konsulat: „It is quite possible that in a week we shall find no steamship company willing to take contraband of war. And what then? We cannot afford to lose the arms we have already purchased.“⁴²⁰ In der Aufregung schien den Unionsunterhändlern jede Summe recht, um ihre Waffen schnellstmöglich an ihren Bestimmungsort zu bringen.

Insgesamt war der Waffenexport in die Nordstaaten über Hamburg ein finanzieller Segen für die Hapag.⁴²¹ Ein Jahr nach der betrüblichen Geschäftsprognose ihres Direktors lud das Unternehmen seine Aktionäre wieder in die

413 Zahlen nach Handelsstatistisches Bureau Hamburg, 1860 bis 1866.

414 Vgl. Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 950 f.

415 Zahlen errechnet nach Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1861–1865. Allein die Bremer Reederei Wätjen verfrachtete während des Krieges mehrfach große Bleimengen nach New York. Vgl. Firma D. H. Wätjen & Co., Schiffstagebücher 1856–1864, StAB, 7, 2092–20.

416 Aegidi/Klauhold (Hg.), Das Staatsarchiv, Bd. 1, 432.

417 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der Hapag, 5. Dezember 1861, 13. und 31. Januar, 21. Februar 1862, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 163, Bd. 1.

418 Vgl. u.a. *Bayerischer General-Anzeiger*, 11. Juni 1862; *Hamburger Börsen-Halle*, 10. April 1862; *Hamburger Nachrichten*, 21. Juli 1862; *Kemptner Zeitung*, 11. April 1862; *Wiener Fremden-Blatt*, 16. Juli 1862. Ursprünglich verlangte die Hapag einen Frachtpreis für Kriegsgerät von 25 Dollar pro Kubikfuß. Als britische Reeder ab dem Frühjahr 1862 wieder Waffen exportierten konnten, musste die Hapag die Konkurrenz mit niedrigeren Preisen unterbieten und reduzierte auf 15 Dollar. Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der Hapag, 21. März 1862, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 163, Bd. 1.

419 Schurz an Judd, 27. August 1861, Schurz Papers, LOC.

420 Schurz an Anderson, 1. Januar 1862, Anderson Papers, Folder 1.

421 Vgl. Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 948.

Hamburger Börsenhalle, um die Bilanzen des letzten Geschäftsjahres zu präsentieren. Zwar hätten Export und Auswanderung nach Nordamerika in der ersten Jahreshälfte 1861 abgenommen, doch dank der seit Herbst 1861 „plötzlich“ stattfindenden Verschiffungen von „Kriegsmaterial aller Art“ hätten alle Fahrten bis auf eine (wegen Havarie) Gewinn eingebracht.⁴²² Auch der Wert der Importfrachten aus New York stieg in den letzten zwei Jahren, von 220.800 auf 623.000 Taler. Besonders im Dezember 1861 war die Verschiffung von Kriegsmaterial gewinnbringend und sorgte für regelmäßigen, rentablen Schiffsbetrieb. Außerdem hatten alle Dampfer der Flotte ihre Abfahrtstermine eingehalten und eine „seltene Regelmäßigkeit“ der Fahrtdauer ermöglicht. Das war Reklame für die Reederei, die sich obendrein exklusiv den Posttransport zwischen den Vereinigten Staaten und Europa von Mai 1861 bis Januar 1862 sichern konnte.

Diese Erfolge stimmten Hapags Direktor Godeffroy zuversichtlich. Er versprach den Aktionären mit Blick auf die „Rückkehr des Friedens und geordneter Verhältnisse“ in Nordamerika, dass „der durch unsere Compagnie vermittelte Verkehr“ sich in Zukunft weiter entfalten werde. „Bei der enormen Ansammlung der Bodenproducte des Südens einerseits und der Erschöpfung der Vorräte deutscher Industrie-Erzeugnisse andererseits, kann es alsdann an einem gesunden und ungewöhnlich lebhaften Verkehr“ zwischen den USA und Mitteleuropa nicht fehlen.⁴²³ Welchen Anteil der Waffenexport im ersten und zweiten Kriegsjahr am Gewinn der Hapag letztlich hatte, bleibt nur zu erahnen, denn die Unternehmensakten aus der Zeit des Bürgerkrieges sind nur bis Mai 1862 erhalten. Dank der Monopolstellung aber, die deutsche Reedereien und Fabriken phasenweise im Waffenhandel hatten, kann ihm eine enorme Profitabilität unterstellt werden. Das Jahr 1862 jedenfalls wurde zum erfolgreichsten Geschäftsjahr der nun seit 15 Jahren bestehenden Hapag. Über eine Million Taler Reinertrag erwirtschaftete die Gesellschaft im zweiten Jahr des Bürgerkrieges.⁴²⁴ Dieses Wachstum ermöglichte größere Investitionen. 1863 siedelte die Hapag ihre gemeinsame Anlegestelle mit dem Norddeutschen Lloyd wegen Platzmangels vom New Yorker Hafen nach Hoboken ins benachbarte New Jersey über.⁴²⁵

Aber der Blick ging im Frühling 1863 auch nach Süden. Die letzten Siege der Konföderiertenarmee gaben Anreize für neue Pläne: Das Hapag-Direktorium liebäugelte mit der Errichtung einer regelmäßigen Route zwischen Hamburg und den Konföderierten Staaten.⁴²⁶

⁴²² Protokoll der Generalversammlung, 20. März 1862, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 178, Bd. 2.

⁴²³ Ebd.

⁴²⁴ Protokoll der Generalversammlung, 19. März 1863, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 178, Bd. 2.

⁴²⁵ Vgl. Ostersehle, Hoboken, 139–144.

⁴²⁶ Protokoll der Generalversammlung, 19. März 1863, StAHH, Hapag-Archiv, 621-1/095, 178, Bd. 2.

Kapitel 4

Ökonomische und gesellschaftliche Auswirkungen des Baumwollmangels auf Mitteleuropa

Dem Profit der Hamburger Hapag während des Bürgerkrieges spielte zusätzlich in die Hände, dass Konkurrenz von der Weser ausblieb. Dabei hatte der Bremer Norddeutsche Lloyd Erfahrung im Kriegsgeschäft. Zwei seiner Dampfer hatten im Krimkrieg als Truppentransporter und Lazarettschiff für britische und französische Soldaten gedient.¹ Zu seinem Bedauern aber konnte die Bremer Reederei nicht in dem Maße an der „umfangreiche[n] Versendung von Kriegsmaterial“ in die USA teilnehmen, wie es sich die Vorstandsmitglieder erhofften.² Reparaturarbeiten und Lieferverzögerungen bei zwei Schiffen des Lloyd im Herbst 1861 hemmten seine Beteiligung in der Hochphase des mitteleuropäischen Waffenexports nach Amerika. Dadurch konnte das fünfstellige Defizit des Lloyd im Geschäftsjahr 1861 nicht ausgeglichen werden, welches einerseits zögerliche Auswanderer verursacht hatten, die von einer Überfahrt ins kriegsgebeutelte Amerika absahen und andererseits die Reduzierung von Warenexporten, die erhöhten amerikanischen Tarifen geschuldet waren.³

Als Aktiengesellschaft mit zahlreichen Kreditoren, Finanziers und Kleinanlegern war der Lloyd zu einem Bremer „Kreuzungspunkt von Stadt, Staat und Nation“ geworden, dessen Erfolg oder Misserfolg unmittelbar auf die wirtschaftliche Situation der Hansestadt ausstrahlte.⁴ Der finanzielle Verlust, den

¹ Vgl. Prüser, Die „Hansa“ und die „Germania“, 274 f.

² Generalversammlung des Lloyd, 28. April 1862, Archiv des Norddeutschen Lloyd, StAB, 2-R. 11. mm. 4.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. Schulz, Vormundschaft und Protektion, 484–489, Zit. 484.

der Bürgerkrieg dem Lloyd anfänglich bescherte, hielt das Unternehmen nicht davon ab, in die Zukunft zu investieren. Sein Vorstand plante – sollten sich die Konföderierten Staaten dauerhaft von der Union losreißen – die Errichtung zweier fester Routen nach Nordamerika. Eine sollte die südlichen Häfen anlaufen, die andere die nördlichen. Zu diesem Zweck berief die Reederei im Dezember 1861, als man sich aufgrund der Trent-Krise mit einer „unsicheren Weltlage“ konfrontiert sah, eine außerordentliche Generalversammlung ein, auf der die Aktionäre einer Anleihe im Wert von 400.000 Talern zustimmten, damit der Lloyd ein viertes Schiff für den Verkehr mit Nordamerika bauen lassen konnte. Das Direktorium des Lloyd spekulierte auf die Konjunktur im Baumwolltransport, die nach Kriegs- und Blockadeende zu erwarten war. „Es ist daher gewiss vortheilhaft und zweckmäßig für diese Eventualität vorbereitet zu sein“, rechtfertigte der Vorstand das Vorhaben vor den Aktionären. Bis das Schiff fertig gebaut sei, würden „die Wirren jenseits und diesseits des Oceans hoffentlich gelöst“ sein.⁵

Der Lloyd zeigte sich in seiner Parteinahme während des Bürgerkrieges flexibler als die Hapag. Daran hatten Bremens Geschäftsbeziehungen in die Südstaaten einen großen Anteil. Da ein Großteil des Bremer Handels vom Geschäft mit den Südstaaten abhing, sprachen sich viele Händler, Kaufleute, Spediture und Makler für einen barrierefreien Import südstaatlicher Baumwolle aus. Das veranlasste Bremer und andere deutsche Handeltreibende, während des Krieges nicht ausschließlich Geschäfte mit den Nordstaaten zu betreiben, sondern Marktzugänge im Süden zu erhalten.

Kaum ein anderer Rohstoff verwob den deutschen Handel so sehr mit Nordamerika wie die Baumwolle. Seit dem frühen 19. Jahrhundert symbolisierte sie eine Nahtstelle zwischen transnationaler Wirtschaft und Politik. Jüngere Studien wie die von Brian Schoen sehen in dem weltweiten Baumwollbedarf sogar den wesentlichen, wenn nicht entscheidenden Grund für den Ausbruch des Bürgerkrieges.⁶ Der Handel mit Baumwolle vereinte staats- und gesellschaftsübergreifende Glieder und Strukturen und beherbergte enormes Veränderungspotenzial, das weitreichende Wirkungen auf die am Handel beteiligten Gesellschaften haben konnte.⁷ Sie war zu „eine[m] der wichtigsten Lebensbedürfnisse der Menschheit“ geworden, bilanzierte ein deutscher Bankier aus New York.⁸ Außer für Lebensmittel gaben die Mitteleuropäer ihr Einkommen vor allem für Kleidung aus, die überwiegend aus Baumwolle bestand.⁹

⁵ Generalversammlung des Lloyd, 16. Dezember 1861, Archiv des Norddeutschen Lloyd, StAB, 2-R. 11. mm. 4.

⁶ Vgl. Schoen, *The Fragile Fabric*, 243–264.

⁷ Vgl. Pomeranz, *Handel*, 161 f.

⁸ Kühne, *Bericht über die Lage und den Handel*, 3.

⁹ Vgl. Schmoller, *Zur Geschichte*, 447.

Für dieses Lebensbedürfnis war Bremen ein Knotenpunkt geworden. 1861 lag der Umfang der Baumwolllieferungen aus den USA nach Bremen nur minimal unter dem Vorjahresniveau.¹⁰ Dies war exorbitanten Ernteerträgen und dem Umstand geschuldet, dass das Gros der Ballen noch vor Beginn der Blockade im April 1861 die Weser erreicht hatte.¹¹ Auch die Zahl derer, die über Bremen auswanderten, hielt sich bis Juli auf gutem Niveau und stimmte die lokalen Handeltreibenden, Gastwirte und Reedereien zuversichtlich.¹² Gleichzeitig warnte das amerikanische Konsulat, dass die Auswanderungswelle aufgrund des Kriegszustands bald zum Erliegen käme, was bald darauf der Fall war: Tausende Auswanderungswillige, die ihre Reise im Sommer antreten wollten, sahen von der Überfahrt ab.¹³ Die Blockade der südstaatlichen Häfen durch die Bundesmarine tat das Ihrige, um die Verkehrsverhältnisse zwischen Europa und Nordamerika zu erschweren und in neue Bahnen zu lenken.

Nach Inkrafttreten der Blockade wurden europäische Auswandererschiffe, selbst wenn sie nur einige Hundert Meter vor einem südlichen Hafen trieben, von schwadronierenden Schiffen der Bundesmarine zur Rückkehr nach Europa gezwungen. Um sie für den Ausfall ihres für die Rückfahrt nötigen Zwischenstopps zu entschädigen, tauschten die nordstaatlichen Kriegsschiffe vereinzelt ihren Proviant gegen Waren, die Bremer und andere deutsche Schiffe geladen hatten.¹⁴ Am 14. Mai brachte ein Schiff des Blockadeschwadrons vor Virginia das Handelsschiff *Argo* auf, als dieses gerade den James River abwärts fuhr, um im Auftrag der Firma Wätjen & Co. sowie Vietor & Söhne eine Großlieferung Tabak von Richmond nach Bremen zu schiffen.¹⁵ Da die *Argo* nicht unter bremsischer Flagge fuhr (Wätjen & Co. hatten das Schiff nur gechartert), vermutete der diensthabende Blockadekommandant, sie fahre im Auftrag südstaatlicher Kaufleute und schleppte das Schiff kurzerhand als *Prise* in den Hafen von New

10 Vom 1. Januar bis zum 1. September 1861 importierten Bremer Kaufleute rund 95.000 Ballen Baumwolle aus nordamerikanischen Häfen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl noch erhöhte und somit die Gesamtimportmenge nordamerikanischer Baumwolle von 1861 nur unwesentlich geringer war als im Vorjahr, als Bremen von Januar bis Ende November 1860 rund 118.500 Ballen importiert hatte. Vgl. *Commercial Relations of the United States, 1861 und 1862.*

11 Vgl. Wise, *Lifeline of the Confederacy*, 25. Allein im April 1861 kamen noch 14.069 Ballen aus Nordamerika in Bremen an. Vgl. *Bremer Handelsblatt*, 4. Mai 1861. Mit 5.387.052 Ballen war der Ernteertrag nordamerikanischer Baumwolle von 1860 der bis dahin größte der US-Geschichte. Vgl. *Manufactures of the United States in 1860*, XV.

12 Vom 1. Januar bis 1. Juli 1861 sind 12.838 Menschen über Bremen in die USA ausgewandert, insgesamt 53 Menschen mehr als im Vorjahreszeitraum. Vgl. Diller an Seward, 6. Juli 1861, NA Bremen.

13 Vgl. Diller an Seward, 6. Juli 1861, NA Bremen.

14 Vgl. Poor an McKean, 30. Mai 1861, ORN I, 4, 191.

15 Vgl. Schleiden an Seward, 20. Mai 1861, Bremische Gesandtschaft in Washington, StAB, 4,48-11-3 C.1, sowie *The New York Herald*, 18. Mai 1861. Zu D. H. Wätjen & Co. vgl. Pitsch, *Die wirtschaftlichen Beziehungen Bremens*, 202–203; Beutin, 1963, 92–93, zu Vietor & Söhne Pitsch, *Die wirtschaftlichen Beziehungen Bremens*, 201–202.

York.¹⁶ Wätjens New Yorker Agent versicherte der hanseatischen Gesandtschaft in Washington, dass das Geschäft lange vor Beginn der Blockade getätigt wurde und „in jeder Hinsicht loyal und bona fide“ sei und die Argo weder in konföderierten Diensten stand noch den Maßgaben der Unionsregierung zuwiderhandelte.¹⁷ Die Zeitungen im Norden feierten bereits „the first prize taken by the United States blockading squadron“,¹⁸ aber nach der Intervention von Rudolf Schleiden, Bremens Gesandtem in Washington, konnte die Argo schließlich ihre Fracht behalten und die Fahrt zur Weser fortsetzen – zum Bedauern der beteiligten nordstaatlichen Matrosen, die das Prisengeld gern eingestrichen hätten.¹⁹

Durch den Vorfall hatte die Argo mehrere Tage Zeit und Geld verloren. Eine neue Besatzung musste angeheuert werden, weil die ursprüngliche Mannschaft bei der Beschlagnahmung entweder desertierte oder ausgezahlt und entlassen wurde.²⁰ Der amerikanische Eigentümer des Schiffes forderte mehrere Tausend Dollar Entschädigungszahlungen von der Regierung.²¹

Ungewiss bleibt die Frage nach Bremer Schadensersatzansprüchen. Möglich ist, dass Wätjen und Viotor dem Rat der hanseatischen Gesandtschaft folgten, wonach es „im Bremischen Interesse höchst wichtig ist, auf den guten Willen der hiesigen Regierung rechnen zu können“, und deshalb auf Schadensersatzforderungen verzichteten.²² Auch im Falle dreier anderer Schiffe, die mit Tabak für Bremen beladen waren und kurzzeitig von der nordstaatlichen Marine festgesetzt wurden,²³ gibt es keine Hinweise auf Entschädigungsforderungen der betroffenen Bremer Unternehmen.

Der Argo-Vorfall machte eins deutlich: Der vermeintlich weit entfernte Bürgerkrieg in Nordamerika konnte den Handelsinteressen Bremens und der übrigen deutschen Staaten schaden. „Die jetzigen Wirren in den V[ereinigen] St[aa]ten nehmen hier natürlich das Interesse im höchsten Grade in Anspruch“, schrieb Bremens Bürgermeister Duckwitz, dem der Amerikahandel

¹⁶ Vgl. Stringham an Welles, 14. Mai 1861, ORN I, 5, 630–631; William Toel an Rudolf Schleiden, 21. Mai 1861, Bremische Gesandtschaft in Washington, StAB, 4,48-11-3 C.1.

¹⁷ William Toel an Rudolf Schleiden, 20. April 1861, Bremische Gesandtschaft in Washington, StAB, 4,48-11-3 C.1.

¹⁸ *The New York Herald*, 18. Mai 1861.

¹⁹ Vgl. William Toel an Rudolf Schleiden, 23. Mai 1861, Bremische Gesandtschaft in Washington, StAB, 4,48-11-3 C.1.

²⁰ Ebd.

²¹ Vgl. Congressional Serial Set Vol. 1151, Session No. 1, 37th Congress, 3rd Session, Rpt. 83; Congressional Serial Set Vol. No. 1624, Session Vol. No. 2, 43rd Congress, 1st Session, H. Rpt. 377.

²² Rudolf Schleiden an Charles Lüling (z. Hd. William Toel), 21. Mai 1861, Bremische Gesandtschaft in Washington, StAB, 4,48-11-3 C.1.

²³ Vgl. Schleiden an Seward, 23. Mai 1861, Bremische Gesandtschaft in Washington, StAB, 4,48-11-3 C.1; Report of the Secretary of the Navy, 2. Dezember 1861, 146–147.

selbst zu Einfluss und Wohlstand verholfen hatte,²⁴ an seinen Gesandten Rudolf Schleiden in Washington. „Wir betrachten die Auflösung der Union als ein unberechenbares Unglück in jeder Beziehung, und nehmen alle specielle Nachrichten über die Gestaltung der Dinge mit Interesse entgegen. Der Rückschlag auf Europa kann nicht ausbleiben [...]“.²⁵

Bereits einige Wochen später klagte Duckwitz über den rasant abnehmenden Handelsverkehr mit den USA und drohenden Geschäftsstillstand. Die „Bremer Commission für auswärtige Angelegenheiten“ hielt es deshalb für angebracht, dass Schleiden seinen geplanten Europurlaub verschiebe und auf seinem Posten in Washington bliebe. Es könnten „mancherlei Dinge“ eintreten, instruierte der Bürgermeister seinen Gesandten, „bei denen die [Bremer] Kaufmannschaft wenigstens eine Beruhigung haben werde, wenn sie sich dem Glauben hingeben könne, daß doch das Mögliche durch Ihre Anwesenheit geschehen werde.“²⁶

Duckwitz sollte Recht behalten. Die Positionierung der Bremer Kaufmannschaft war das Zünglein an der Waage für die ökonomische Prosperität des Stadtstaates und seine Parteinahme im Amerikanischen Bürgerkrieg. Besonders die Kaufmannsreeder verfügten über großen wirtschaftlichen Einfluss auf Bremens Politik und Wirtschaft.²⁷ Neun Tage nach der Einnahme Fort Sumters durch die Konföderierten hielt der Norddeutsche Lloyd seine jährliche Generalversammlung ab: Die Geschäftsführung prognostizierte unbefriedigende Zahlen für das laufende Jahr. Zu sehr fürchtete sie die Folgen, die sich durch „die Auflösung der Union“ und die steigenden Zölle, die die US-Regierung erhoben hatte, abzeichneten.²⁸

Solche Vorfälle sorgten dafür, dass die Bremer Kaufmannschaft der Union bald „minder günstig gesinnt“ war. Eine „dem secessionistischen Süden und seinen Losreißungsbestrebungen höchst geneigte Stimmung“ verbreitete sich in der kleinen Republik.²⁹ Bremens Gesamtwert an Importen aus den Häfen der Südstaaten war im letzten Friedensjahr beinahe doppelt so hoch wie der Gesamtwarenwert der Importe aus nordstaatlichen Häfen. Besonders New Orleans, die größte und wichtigste Handelsstadt des Südens, war für das Bremer Importgeschäft von zentraler Bedeutung. Die Summe der Gesamteinfuhren aus New Orleans des Jahres 1860 war die mit Abstand höchste aller Einfuhren aus den USA (siehe Abb. 5).³⁰ Zwar war der Gesamtwert der über Bremen exportierten Waren in die Nordstaaten rund 2,6 Millionen Taler Gold höher als das

²⁴ Vgl. Schulz, 2002, 479 f.; Prüser, Duckwitz, 151 f.

²⁵ Duckwitz an Schleiden, 30. Januar 1861, Nachlass Schleiden, StAB.

²⁶ Duckwitz an Schleiden, 20. April 1861, Nachlass Schleiden, StAB.

²⁷ Vgl. Schulz, Vormundschaft und Protektion, 491.

²⁸ Berichte der General-Versammlungen des Norddeutschen Lloyd, StAB, 2-R. 11. mm. 4

²⁹ Börnstein, Fünfundsiebzig Jahre, 348–49.

³⁰ Vgl. *Bremer Handelsblatt*, 15. Juni 1861.

Importgeschäft mit dem Süden, meist aber arbeiteten die Bremer Kaufleute bei den Exportgeschäften in die Nordstaaten nur als Vermittler und Kommissionäre im Auftrag ausländischer Auftraggeber (überwiegend aus anderen deutschen Staaten) und erhielten nur Provisionen für den Weitertransport nach Amerika. Der Importhandel mit den Südstaaten hingegen war überwiegend Eigenhandel (im damaligen Kaufmannsjargon „Proprehandel“ genannt), an dem die Bremer Kaufleute mit Eigenkapital beteiligt waren und entsprechend mehr Profit, aber auch mehr Risiko für sich verzeichneten.³¹

Abb. 5: Bremer Im- und Exporte aus den USA 1860 in Taler Gold, nach: *Bremer Handelsblatt*, 15. Juni 1861.

Wert der Importe Bremens aus den USA (in Taler Gold)			
Union	Summe	Konföderation	Summe
New York	3.786.708	New Orleans	5.938.938
Baltimore	1.880.582	Charleston	1.205.770
Philadelphia	12.268	Savannah	1.082.737
Boston	900	Galveston	1.004.396
St. Louis	238	Mobile	868.649
Andere	653	Richmond	610.209
Gesamtwert	5.681.349	Gesamtwert	10.710.699

Wert der Exporte Bremens in die USA (in Taler Gold)			
Union	Summe	Konföderation	Summe
New York	10.948.413	New Orleans	465.232
Baltimore	975.216	Galveston	101.591
Philadelphia	968.068	Charleston	39.680
Boston	74.811	Richmond	14.723
St. Louis	33.237	Savannah	3.781
San Francisco	31.924	Mobile	129
Andere	324.022		
Gesamtwert	13.355.709	Gesamtwert	625.136

Dass die Bremer Kaufleute Interesse daran hatten, die Handelsbeziehungen mit den nun blockierten Häfen der Konföderation fortzuführen, war evident. Auch der amerikanische Konsul in Hamburg war der Ansicht, „that [Bremens]

31 Vgl. ebd.

merchants generally sympathize with the Rebels“ und verweigerte mindestens einem Bremer Kaufmann die Lizenz für die Fahrt eines seiner Schiffe nach New Orleans über Havanna, das südliche Blockadebrecher gern als Zwischenstation auf ihren Weg in einen der konföderierten Häfen nutzen.³² Der Historiker Ludwig Beutin bekräftigt die vermeintliche Sympathie der Bremer Kaufmannschaft mit den Südstaaten und erklärt, dass Bremens Standpunkt zur Sklaverei „naturgemäß“ nicht mit der „öffentlichen Meinung Europas“ konform ging.³³ Bremens Händler wussten allzu gut, dass viele Tausend Menschen in den deutschen Staaten ihr Einkommen mit der Baumwollverarbeitung bestritten. Daher forderten die Kaufleute, wie auch die Mehrheit liberaler deutscher Amerikabeobachter,³⁴ wenn überhaupt nur eine „langsame Reform“ der Sklavenfrage.³⁵

War Bremen, ähnlich wie Liverpool und Manchester, ein europäisches Zentrum der „cottonocracy und des proslavery enthusiasm“, wie Karl Marx die englischen Baumwollhochburgen betitelte?³⁶ Aus einer transatlantischen Perspektive betrachtet, bei der Impulse westlich und östlich des Atlantiks zu Synergien verschmelzen konnten, ist diese Frage teilweise zu bejahen. Die Bremer Firmen und Handeltreibenden verstanden sich aber nicht zwingend als Befürworter der Sklaverei, sondern als pragmatische Nutznießer. Materielle Interessen überschatteten zumeist moralische Bedenken, wenn sich deutsche Firmen mit ihrer Verwicklung in die transatlantische Sklavenwirtschaft auseinandersetzten.³⁷ Man erfüllte lediglich seine vertraglichen Pflichten, könnte eine apologetische Erklärung deutscher Baumwollhändler gelautet haben. Die „realpolitik of cotton“³⁸ machte den Kauf und Verkauf von durch Sklavenhand produzierten Waren zu einer Notwendigkeit. Auch bei vielen Überseekaufleuten aus den Anrainerstaaten der Hansestädte (Oldenburg, Hannover, Holstein und Mecklenburg) habe allgemeines Naserümpfen über die „Unwissenheit und sentimentale Albernheit“ deutscher Unionssympathisanten und Sklavereigeignern geherrscht. Der Blick dieser „Sentimentalen und Ideologen“, so die vermeintliche Kritik von „Männer[n] der Praxis und [...] Wortführer[n] der wirklichen Verhältnisse“, würde die praktische Notwendigkeit der Sklaverei übersehen, die „weder moralisch sehr schlimm noch wirtschaftlich tadelns-

32 Anderson an Seward, 1. Juli 1862, NA Hamburg.

33 Beutin, Von 3 Ballen zum Weltmarkt, 73.

34 Vgl. Welcker, Das Wechselverhältnis, 464.

35 Beutin, Von 3 Ballen zum Weltmarkt, 73.

36 Karl Marx an Ferdinand von Freiligrath, 15. Dezember 1862, MEGA, 3. Abt., Bd. 12. Zu den Verwicklungen Manchesters und Liverpools mit der nordamerikanischen Sklaverei und den Südstaaten während des Bürgerkrieges vgl. Sherwood, After Abolition, 27–57.

37 Vgl. Hall, Afterword, 216; Overkamp, A Hinterland, 162, 184.

38 Guelzo, Fateful Lightning, 282.

wert“ sei.³⁹ Ein Korrespondent des *Index*, dem Sprachrohr der Konföderierten in England, schrieb in einem dreiseitigen Bericht Anfang November 1862 aus Bremen, dass

the South can safely reckon upon any amount of sympathy at the close of the war, when it's trade is once more revived. [T]he South will have more sympathy than she knows what to do with, and those who now declaim loudest against her will probably beg most humbly for a portion of her trade. [T]he effect of the liberal tariff of the South would be sufficient without any inducement [...] to place her business and commerce in a position [that] even outstrip[s] the trade of the North.⁴⁰

In Bremen gab es diesem Bericht zufolge eine Reihe einflussreicher Händler, die sich für den ungehinderten Handel mit Tabak, Baumwolle und anderen Gütern aus den Konföderierten Staaten aussprachen und ihre Heimatstadt an vorderster Stelle unter den Fürsprechern des Handels zwischen Konföderation und Kontinentaleuropa sahen. Die geringen Tarife und Zölle Bremens und die ganzjährige Befahrbarkeit seines Hafens würden den Stadtstaat in seiner Bedeutung für den südstaatlich-europäischen Handel auf den vordersten Rang stellen.⁴¹

Mit zunehmender Geschäftshemmung durch die Blockade, so schien es, wurden die hanseatischen Sympathien für die Konföderierten Staaten immer deutlicher. Heinrich Börnstein, der sich während eines Heimaturlaubs im Sommer 1862 kurz in Washington aufhielt, spottete in einem Gespräch mit einem Regierungsbeamten, dass die Stimmung zugunsten des Südens an der Weser mittlerweile so groß sei, dass es angebracht wäre, der Norddeutsche Lloyd taufe seinen neuesten Dampfer auf den Namen „Confederacy“, und nicht auf „Union“.⁴² Der hanseatische Gesandtschaftsvertreter in Washington, ein gebürtiger Bremer, reagierte deutlich pikiert über diese „Insultationen“ eines „deutschen Flüchtlings“.⁴³ Die fehlenden Einnahmen aus dem Baumwoll- und Tabakhandel boten in der Tat Raum für ein Sympathieübergewicht zugunsten des Südens.

Norddeutsche Kaufleute verfügten über weitverzweigte, translokale Netzwerke aus Verwandten und Geschäftspartnern in allen großen Hafenstädten der Konföderation. Die Arbeiten von Lars Maischak, Andrea Mehrländer und anderen Historikern dokumentieren sozial überaus integrierte norddeutsche Einwanderer in den südlichen Hafen- und Handelsplätzen wie New Orleans,

³⁹ *Weser-Zeitung*, 4. April 1861.

⁴⁰ *The Index*, 6. November 1862.

⁴¹ Vgl. *The Index*, 6. November 1862.

⁴² Rösing an Heinrich Smidt, 8. August 1862, Bremer Staatsarchiv, Senat B. 13a, Manuscript Materials relating to American History in the German State Archives, Library of Congress.

⁴³ Ebd.

Charleston, Richmond, Wilmington oder Baltimore.⁴⁴ Diese Studien sprechen insbesondere Bremen politische Ähnlichkeiten und gemeinsame Erfahrungshorizonte mit den Südstaaten zu, da unter den Eliten beider Regionen der Partikularismus stark ausgeprägt gewesen sei und sich beide Gruppen gegen aufkeimende unitaristische Bewegungen und Machtansprüche behaupten mussten.⁴⁵ Vor allem im sklavenhaltenden Maryland und seiner Hauptstadt Baltimore hatte sich eine kapitalkräftige und politisch einflussreiche hanseatische Exklave gebildet.⁴⁶ Es war unvermeidlich, dass die mit Bremen in Kontakt stehenden hanseatischen Konföderierten ihre Ansichten über den Krieg zurück in die alte Heimat verfrachteten. Die *mental maps* von Hafen- und Küstenbewohnern tendieren häufig dazu, sich vom Binnenland ab- und der Ferne hinzuwenden, was zu „virtuellen Ähnlichkeiten der sozialen Existenz“ räumlich distanzierter Gesellschaften beitragen kann.⁴⁷ Die Lebenswelten zahlreicher Bremer und Südstaatler sahen sich in den frühen sechziger Jahren von konkurrierenden politischen Entitäten unter Druck gesetzt, die die althergebrachten sozialen Distinktionsmuster und Praktiken beider Gruppen zu entwurzeln drohten.⁴⁸ Eine gewisse Sympathie vieler Hanseaten mit den Unabhängigkeitsbestrebungen des Südens war demnach nicht von der Hand zu weisen.

Auf der Suche nach neuen Bezugsmärkten

Die norddeutschen Kaufleute und Schiffer mussten schleunigst etwas unternehmen, wollten sie nicht den Anschluss an den Welthandel verlieren und zu zweitrangigen Handelspartnern verkommen. Rasch wurden erste Rufe nach neuen Märkten laut: Das *Bremer Handelsblatt* titelte, dass in der „Einseitigkeit der Beziehungen Bremens zu Nordamerika eine große Gefahr“ liege und vielfach der Wunsch kursiere, es würden „die Beziehungen zu anderen wichtigen Bezugs- und Absatzländern“ ausgebaut.⁴⁹ Häufig verwies die lokale Presse in diesem Zusammenhang auf die „Baumwollencultur in Ostindien“, wo Vertreter der Cotton Supply Association aus Manchester bereits Verhandlungen mit lokalen Behörden führten, um den europäischen Händlern besseren Zugang zu den dortigen Baumwollvorräten zu verschaffen.⁵⁰

Imperialistische Denkmuster prägten die Suche nach alternativen Baumwollmärkten von Beginn der Blockade an. Indische Bezirksgerichte sollten den

⁴⁴ Vgl. Bodamer, Von Hannover in die Südstaaten; Maischak, German Merchants; Mehrländer, The Germans.

⁴⁵ Vgl. Maischak, German Merchants, 232 ff.

⁴⁶ Vgl. ebd., 230–237.

⁴⁷ Osterhammel, Hierarchien und Verknüpfungen, 693.

⁴⁸ Vgl. Buse, Urban and National Identity, 521–532; Maischak, German Merchants, 232.

⁴⁹ *Bremer Handelsblatt*, 15. Juni 1861.

⁵⁰ *Bremer Handelsblatt*, 5. Oktober 1861.

ordnungsgemäßen Produktionsablauf garantieren, den europäische „Capitalisten“ mit den lokalen Produzenten zuvor vereinbart hatten.⁵¹ Als Gegenleistung würden die Europäer ihr Fachwissen im Anbau, der Verarbeitung und Verpackung nach Indien mitbringen, um die Qualität der im Vergleich zur ihrem amerikanischen Pendant minderwertigeren Baumwolle zu verbessern. Zusätzlich forderten die britischen Baumwolllobbyisten von der ostindischen Regierung die „Aufhebung der drückenden Stempelgesetze“ und der „drückenden Grundsteuer“, härtere Bestrafung bei Warenfälschung sowie „eine gründliche Reform der bestehenden Pacht- und Grundeigentumsverhältnisse“.⁵²

Europas Textilkauflleute verlangten möglichst unbeschränkten Zugang zu den neuen Baumwollquellen. Schon in einem der ersten Artikel, den das *Bremer Handelsblatt* über den indischen Markt verfasste, fanden sich Hinweise auf den enormen Strukturwandel, den die Forderungen der Europäer in Indien verursachen sollten. Die wirtschaftlich nachteiligen Pacht- und Eigentumsverhältnisse der betroffenen Baumwollbezirke, gab die indische Regierung den Engländern zu verstehen, wurzelten in überwiegend „althergebrachten Gewohnheiten“. Es sei zu kompliziert, dieses Gefüge von heute auf morgen zu ändern. Doch lange konnten die indischen Autoritäten Druck und Nachfrage des europäischen Marktes nicht standhalten. Wenige Wochen später titelte das *Handelsblatt* schon von „tröstliche[n] Ansichten über die Baumwollenoth“ und verwies abermals auf die Arbeit der Baumwolllobbyisten aus Manchester und ihren Unternehmungen in Indien. Die Zeitung unterstützte das Projekt und ermunterte die deutschen Baumwollhändler, „die anregende Kraft der dermaligen Baumwollenzkrise“ zu nutzen, ebenfalls Verbindungen nach indischen Märkten aufzubauen und ähnliche Institutionen wie die britische Cotton Supply Association zu gründen.⁵³

Viele Importeure folgten diesen Aufrufen: Im zweiten Jahr des Bürgerkrieges stapelte sich in Bremer Lagerhallen mehr indische Baumwolle als die Jahre zuvor.⁵⁴ Dadurch konnte die aufbäumende Krise der mitteleuropäischen Textilindustrie ein Stück weit abgefedert werden.⁵⁵ Einige süddeutsche Spinnereien waren bereits seit vor dem Krieg daran gewöhnt, indische Baumwolle zu verarbeiten. Bis 1867 stammten sogar mehr als zwei Drittel der Baumwolle in Süddeutschland aus anderen Quellen als den Südstaaten, die Hälfte aus Indien.⁵⁶ Indien wurde binnen kürzester Zeit zum größten Baumwollexporteur für europäische Fabriken und Konsumenten. Bremer Importeure folgten diesem Trend widerwillig und machten das Vereinigte Königreich, den europäischen

51 Ebd.

52 *Bremer Handelsblatt*, 5. Oktober 1861.

53 Alle vorangegangenen Zitate: *Bremer Handelsblatt*, 30. November 1861.

54 Vgl. Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1863; *Weser-Zeitung*, 31. Dezember 1862.

55 Vgl. Hirth, *Statistisches*, 538.

56 Vgl. Henderson, *The Cotton Famine*, 202.

Hauptimporteur indischer Baumwolle, zu ihrem neuen Hauptversorger.⁵⁷ Doch auch das konnte den Absturz der Branche während der Kriegsjahre nicht verhindern. 1862 waren Ein- und Ausfuhr über Bremen auf 11,5 beziehungsweise 15,6 Millionen Pfund geschrumpft.⁵⁸

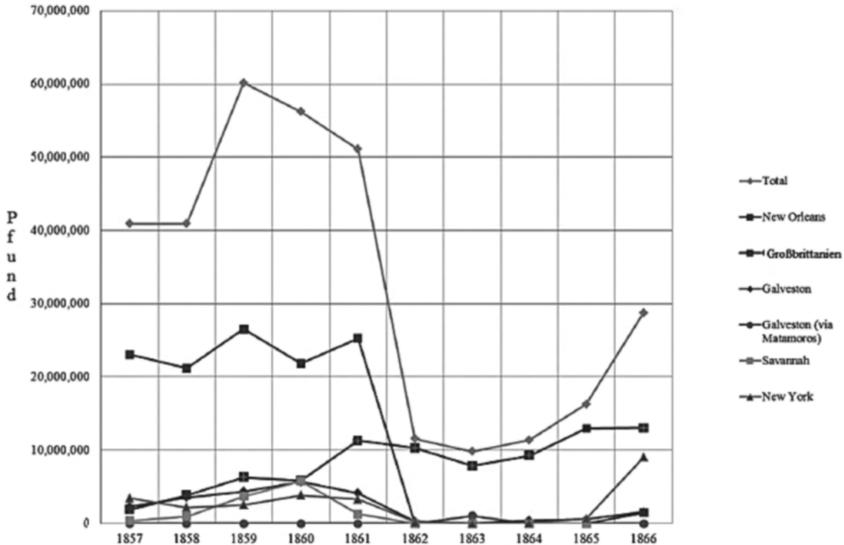


Abb. 6: Bremer Baumwollimporte nach Herkunftsort, 1857–1866. Errechnet nach: Tabellarische Übersicht des Bremischen Handels, 1857–67.

Unter vielen Webern und Spinnern in den deutschen Binnenländern herrschte jedoch Unzufriedenheit über die Qualität der nicht amerikanischen Surrogate.⁵⁹ Die Arbeiterinnen und Arbeiter klagten über Übelkeit, Atemnot und Hautreizungen, wenn sie Fasern aus Indien und Ägypten auf die Spulen setzten.⁶⁰ Süddeutsche Betriebe wie die Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg, deren Baumwolleinfuhren über Bremen im dritten Kriegsjahr um 85 Prozent im Vergleich zu 1861 einbrachen,⁶¹ mussten ihre Spindeln in einem mühseligen Verfahren auf die neuen Sorten einstellen, was zu kostspieligen Betriebsausfällen führte. Manche Spinnereibetreiber hingegen nutzten

⁵⁷ Vgl. Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1862–1866. 1860 kamen nur 16 Prozent aller britischen Baumwollimporte aus Indien, 1862 waren es 75 Prozent. Vgl. Beckert, *Emancipation and Empire*, 1413.

⁵⁸ Errechnet nach Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1862–1864.

⁵⁹ Vgl. *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 3. November 1862; *Das Ausland*, 12. Februar 1862; *Schwäbischer Merkur*, 3. Oktober 1862; Huber, *Neuestes Universal-Lexicon*, Bd. 1, 112–115; Witz, *Über den jetzigen Stand*, 323.

⁶⁰ Vgl. Marx, *Das Kapital*, 433.

⁶¹ Errechnet nach Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1861 u. 1863.

die Gunst der Stunde, spekulierten mit ihren Restbeständen an amerikanischer Baumwolle statt sie weiterzuverarbeiten und erwirtschafteten dadurch Gewinne.⁶² Doch insgesamt ließ das Verlangen nach dem Original aus den amerikanischen Südstaaten die Blicke deutscher Importeure nicht gänzlich von diesem Handelsplatz abschweifen. Bald herrschte eine derart „rege Kauflust“ bei Lieferungen aus Amerika, dass die Makler die Baumwolle schon direkt bei der Abladung weiterverkauften, ohne Qualitätsprüfung durch ihre Käufer.⁶³

Der Bürgerkrieg brachte Bremens Stellung als Markt mit eigener Preisbestimmung ins Schwanken. Die Stadt hatte sich an die Preisvorgaben Liverpools zu binden, über dessen Hafen das Gros der indischen Baumwolle an Europa verteilt wurde.⁶⁴ Der Direkthandel mit Indien allerdings blieb in Bremen während des Bürgerkrieges sehr gering. Er betrug zwischen 1862 und 1865 nie mehr als vier Prozent des Gesamtimports.⁶⁵ Ähnliche Zahlen wies Hamburg auf,⁶⁶ das jedoch einen Großteil indischer Baumwolle über Liverpool und Manchester bezogen haben dürfte, da das Hamburger Handelsnetz traditionell eng mit britischen Firmen zusammenarbeitete. Von Liverpool ging ein Großteil der Rohbaumwolle ins sechzig Kilometer entfernte Manchester, wo Kinder, Frauen und Männer die Ballen zu Garn spannen. Manchester war nach London die Stadt mit den meisten deutschsprachigen Einwanderern in Großbritannien und für die kontinentale Textilindustrie ein wichtiger Zwischenhandelsplatz.⁶⁷ Über einhundert deutsche Exportfirmen verbanden die Stadt und Mitteleuropa bereits Anfang der fünfziger Jahre.⁶⁸ Der Handel mit Baumwolle bildete das Kerngeschäft der deutschen Unternehmer.

Der Manchester-Korrespondent des *Index* erwähnte in seinen Berichten immer wieder das An- und Verkaufsverhalten dortiger deutscher Händler.⁶⁹ Trotz früher Hinweise der heimischen Presse auf die indischen Märkte⁷⁰ zögerten die deutsche Zwischenhändler in England lange, die neuen Sorten auf den Kontinent zu schicken. Zu Beginn der Baumwollkrise hätten deutsche Händler in Manchester nur vereinzelte Proben der indischen Alternative gekauft. Doch lange konnten sich die deutschen Händler in Manchester und ihre Auftraggeber

62 Zu den technischen Problemen, die die Umstellung von amerikanischer auf indische Baumwolle verursachte, vgl. Beckert, *Emancipation and Empire*, 1413 f.; Jahresberichte der Handels- und Gewerbekammern in Württemberg, 1863, 132. Für die Folgen des Baumwollmangels in Augsburg vgl. Murr, *Welthandel vor Ort*, 110–120.

63 Vgl. Beilage zur *Weser-Zeitung*, 2. Januar 1864.

64 Vgl. Beutin, *Von 3 Ballen zum Weltmarkt*, 76 ff.

65 Vgl. Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1862–1865.

66 Vgl. Handelsstatistisches Bureau Hamburg, 1869, 178–179.

67 Vgl. Westaway, *The German Community in Manchester*, 575.

68 Ebd., 576.

69 Vgl. *The Index*, 31. Juli, 14. August, 9. Oktober, 13. November, 11. Dezember und 18. Dezember 1862, 5. März und 23. April 1863, 25. Februar 1864.

70 Vgl. *Weser-Zeitung*, 26. Juni u. 11. Juli 1861; *Bremer Handelsblatt*, 15. Juni und 5. Oktober 1861.

in Bayern, Sachsen, Preußen oder Österreich ihr Zögern nicht leisten: „[Our] German friends will be compelled to take what they can get very shortly, if they intend to keep their looms at work“, war sich der Korrespondent des *Index* sicher.⁷¹ Das Zögern der Kommissionäre in England und der Weber und Spinner in Augsburg oder Chemnitz brachte die Textilindustrie um Profit und die Arbeiterinnen und Arbeiter um ihren Lohn. „Germany is suffering for cotton as much as France and England and desires to have the blockade broken a[nd] the C. S. A. acknowledged soon if they cannot get cotton otherwise“, schrieb der besorgte amerikanische Konsul in Frankfurt an seinen Pariser Kollegen.⁷²

Der Druck des Baumwollmangels stieg. In Gegenden wie dem preußischen Görlitz gingen schon 1861 die Löhne nieder. Die Garnpreise waren aufgrund der fallenden Baumwollimporte gestiegen und der Absatz Görlitzer Textilprodukte entsprechend gesunken.⁷³ Selbst bei „einer [...] Durchbrechung der Blockade, wodurch neuen Zufuhren von Baumwolle entgegen gesehen werden dürfte“, blieb die Handelskammer Görlitz hinsichtlich eines baldigen Branchenaufschwungs pessimistisch.⁷⁴

Die Verweise Görlitzer Kaufleute und des amerikanischen Konsuls in Frankfurt untermauerten, wie sehr die Nachfrage nach nordamerikanischer Baumwolle Fürsprecher für den Süden aktiveren konnte. Die Möglichkeit von Schmuggel und Blockadebruch, in der Oberlausitz und der Rhein-Main-Region anfangs ein Gedankenspiel, wurde weiter nördlich bald Realität.

Ungeachtet dieser betrüblichen Aussichten feierten das amerikanische Konsulat und die Regierung in Bremen gleichermaßen die ersten beiden Kriegsjahre als wirtschaftlichen Erfolg. Der Handel verlief besser als ursprünglich befürchtet. Die Jahre 1861 und 1862, resümierte Bürgermeister Duckwitz, seien „die brilliantesten gewesen[,] die Bremen [...] jemals gehabt“ habe.⁷⁵ In mancherlei Hinsicht war diese Aussage zutreffend: Teile der Bremer Schifffahrt profitierten von der Krise in Nordamerika. Die nordamerikanische Handelsflotte schrumpfte, weil die Reeder ihre Schiffe entweder für Kriegsdienste zur Verfügung oder aus Angst vor steigenden Versicherungskosten unter fremde Flaggen stellten.⁷⁶ Die Angst vor kostspieligen Kontrollen oder Beschlagnahmungen durch die Schiffe der Konföderation und der Bundesmarine ließ die Versicherungskosten in die Höhe schnellen und veranlasste über eintausend nordamerikanische Reeder, ihre Schiffe entweder zu verkaufen oder in die Hände ausländischer Scheinfirmen zu geben.⁷⁷ Die meisten Reeder bevorzug-

71 *The Index*, 14. August 1862.

72 Murphy an Bigelow, 3. Februar 1862, Bigelow Collection.

73 Vgl. Preußisches Handels-Archiv, Jahresberichte der Handelskammern für 1861, 243.

74 Preußisches Handels-Archiv (1862), 243.

75 Duckwitz an Rösing, 17. Januar 1863, Nachlass Rösing, StAB.

76 Vgl. Carlisle, Flagging-Out, 53–65.

77 Ebd.

ten die britische Flagge, aber auch diejenigen der norddeutschen Küstenanrainerstaaten erfreuten sich einigen Zulaufs. Hannoversche Werften zum Beispiel verzeichneten eine steigende Zahl amerikanischer Schiffe und Reeder, die sich in Geestemünde bei Bremerhaven niederließen, um ihre transatlantischen Geschäfte von dort aus zu betreiben.⁷⁸ Dies bewirkte, dass Bremens Handelsflotte zwischen 1861 und 1865 von 257 auf zeitweise 302 Schiffe anwuchs und eine beachtliche Menge des nordamerikanischen Außenhandels über neutrale Staaten abgewickelt wurde.⁷⁹ Außerdem importierten Bremer Kaufleute vermehrt Waren aus Kuba, Brasilien, Mexiko, Birma und sogar Japan, ein Novum in der jahrhundertealten Bremer Handelshistorie.⁸⁰ Und die anfänglichen Importdefizite durch die Blockade wurden durch Einfuhren von New York fast ausgeglichen.⁸¹ Insgesamt habe der Druck, den der Krieg auf den Bremer Handel ausübte, „very salutary consequences“ für den Handel gehabt, schrieb Börnstein nach Washington.⁸² Unter diesen Eindrücken fasste er zusammen:

The international commerce and the production and consumption of all nations of the earth has been so immensely increased, that the accidental interruption of the commerce of single countries will only double the activity in the transactions with other countries, and will open other new sources to the commerce of the world.⁸³

So anfällig Hafenstädte wie Bremen oder Hamburg für geopolitische Krisen waren, so flexibel und wandelbar zeigten sich zugleich die ökonomischen Adern, die Handel und Infrastruktur der Städte durchströmten. Dieser räumlichen Offenheit – eine Folge der „ständigen Zirkulation“ urbaner Räume⁸⁴ – war es zu verdanken, dass Bremen schnell auf die neuen Bedingungen, die der Amerikanische Bürgerkrieg auf dem Weltmarkt verursachte, reagierte und sich alternativen Märkten zuwendete.

Der Bürgerkrieg in Amerika trieb die deutschen Kaufleute zu Märkten in „anderen Productions- und Consumtionsgebieten“.⁸⁵ Was Optimisten wie der Bremer Bürgermeister oder Konsul Heinrich Börnstein dabei jedoch ausklammerten, war, dass der Direkthandel mit den Märkten Indiens und Ägyptens für viele nach wie vor ein Wagnis darstellte, weil es oftmals an Erfahrung, Kontakten und Wissen zu diesen Produktionsmärkten fehlte.⁸⁶ Die über Jahre

78 Vgl. *Weser-Zeitung*, Beilagen zum 1. Dezember 1863 und 30. Dezember 1865.

79 Vgl. Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1866, 194; Carlisle, Flagging-Out, 59.

80 Vgl. Börnstein an Seward, 20. Mai 1863, NA Bremen.

81 Vgl. ebd.

82 Börnstein an Seward, 20. Mai 1863, NA Bremen.

83 Ebd.

84 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 385.

85 *Bremer Handelsblatt*, 15. Juni 1861.

86 Hierzu sei exemplarisch der Bericht eines Kaufmannes genannt, der über die mangelhaften Zustände beim Handel über Bombay klagte, *Bremer Handelsblatt*, 1. März 1862.

mühselig aufgebauten Geschäftsbeziehungen in den Süden der USA wollten zahlreiche deutsche Kaufleute nicht ohne Weiteres aufgeben – es galt, sie nach Möglichkeit zu bewahren: „Sind wir nun auch den Märkten in Ostindien [...] bisher nicht ganz fremd geblieben, so sehnt sich doch das deutsche überseeische Geschäft im Wesentlichen auf den Bedarf Nordamerikas“, urteilte ein Bremer Journalist im Herbst 1862.⁸⁷ Ihren Partnern und Verwandten in den Sklavenstaaten konnten die hanseatischen Überseehändler vertrauen. Das vereinfachte den Handel und senkte Transaktionskosten.⁸⁸ Der Aufbau neuer Verbindungen in weniger bekannte Märkte barg Risiken, die viele Hanseaten scheuten. Stattdessen versuchten sie, sich mit der neuen Situation in Nordamerika zu arrangieren, denn die Folgen der Blockade waren trotz aller öffentlichen Verlautbarungen nicht von der Hand zu weisen.

Der *Cotton Famine* in den deutschen Staaten

Seit dem Herbst 1861 stagnierte der deutsche Export über Bremen in die Vereinigten Staaten. Manche Güter verzeichneten im Oktober 1861 Ausfuhrinbrüche zwischen 75 und achtzig Prozent im Vergleich zum letzten Friedensjahr.⁸⁹ Mit Beginn des zweiten Kriegsjahres erreichte die erste globale Rohstoffkrise der Geschichte,⁹⁰ der *Cotton Famine*, mit voller Wucht die Absatzmärkte der deutschen Staaten.⁹¹

Europaweit stürzten die Einfuhrmengen von Baumwolle in den Keller; im Frühjahr 1862 waren sie um 96 Prozent gefallen.⁹² Der Mangel an Baumwolle war derart dramatisch, dass der amerikanische Gesandte in Wien im Sommer 1862 konsterniert bemerkte, die Europäer würden den Bürgerkrieg vorrangig als „cotton question“ verstehen.⁹³ Das hatte durchaus seine Berechtigung, denn die Baumwollkrise war so gut wie allgegenwärtig: Der Bürgerkrieg habe „der gesamten Baumwoll-Industrie“ in Deutschland „einen Schlag versetzt, von dem sie sich so bald nicht wieder erholen“ würde, klagten Weber und Spinner in Elberfeld und Barmen.⁹⁴ Auch Spediteure aus Stettin, das bis dahin keine unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zu den USA unterhielt, litten unter der Wucht der Krise: „Diesem Kriege und seinen Folgen steht die gesamte civilisirte Welt wie einem Verhängnis gegenüber, dem sich keine Nation [...] ganz

⁸⁷ *Bremer Handelsblatt*, 11. Oktober 1862.

⁸⁸ Vgl. Osterhammel, Hierarchien und Verknüpfungen, 781.

⁸⁹ Vgl. *Bremer Handelsblatt*, 26. Oktober 1861.

⁹⁰ Vgl. Beckert, *Emancipation and Empire*, 1406.

⁹¹ Vgl. Hirth, *Statistisches*, 538f.

⁹² Beckert, *Emancipation and Empire*, 1410.

⁹³ Motley an Seward, 25. August 1862, United States Department of State, *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States*, 1862.

⁹⁴ Jahresberichte der Handelskammern für 1862, 82.

zu entziehen vermag.“⁹⁵ Im schlesischen Breslau und Peterswaldau schlossen die Fabriken. In Berlin hatten 5.000 Arbeiterinnen und Arbeiter kein Einkommen mehr. Aus Düsseldorf wurde 1864 berichtet, dass fast alle Baumwollspinnereien und -webereien im Rheinland und in Westfalen den Betrieb heruntergefahren hatten; viele Firmen arbeiteten nur noch in Teilzeit oder mussten ganz schließen.⁹⁶ Aus dem westfälischen Ochtrup ist einer der seltenen Briefe eines Heimwebers von 1863 überliefert, der seinem kriegsmüden Bruder, der in der Unionsarmee kämpfte, schrieb, er möge es sich genau überlegen, wieder nach Hause zu kommen, denn „von verdinst ist es viel schlechter [als früher] den das Weben ist ganz aus und das kömt von den amerikänischen Krieg weil keine Baumwolle kann erhalten werden [...] wir haben gar kein verdienst“.⁹⁷

Andere Regionen Deutschlands waren weniger stark betroffen. Aus Württemberg wurde berichtet, dass die dortige Baumwollindustrie aufgrund ihrer Entfernung zu den Häfen noch beträchtliche Vorräte des Rohstoffs lagerte.⁹⁸

Weiter südlicher sah die Lage wieder anders aus. Die Baumwollkrise bedrohte über 220.000 Menschen im Zollverein und circa 350.000 in Österreich, wo die Zahl der in der Baumwollindustrie Beschäftigten bis 1864 um achtzig Prozent zurückging.⁹⁹ In Wien fanden durch die Krise „brodlos“ gewordene Arbeiter immerhin alternative Erwerbsmöglichkeiten im Ausbau des Donaukanals und in der Straßenreinigung.¹⁰⁰ Andere hingegen, wie die Tuchmacher Nordböhmens, litten doppelt unter den Einwirkungen des Bürgerkrieges. Den 360.000 Spindeln dieser Region mangelte es bald nicht nur an Garn zur Herstellung ihrer Tücher, auch der Export in die USA, wohin die Tuchmacher einen Großteil ihrer Ware lieferten, wurde durch mangelnden Bedarf und die erhöhten Einfuhrzölle der Union unrentabel oder lagen vereinzelt völlig darnieder.¹⁰¹ „Das sonst überall und allezeit aus den Häusern tönende Schlagen und Knarren der Webstühle“ in den dortigen Dörfern war verstummt.¹⁰² Durch öffentliche Spendenaufrufe versuchten die österreichischen Kommunalregierungen, den allgemeinen Notstand zu lindern und Hungersnöte zu vereiteln. Auch Franz Joseph I. spendete aus seinem Privatvermögen.¹⁰³

In Sachsen, das wie Österreich seine Baumwolle hauptsächlich über Bremen bezog, verloren rund dreißig Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter in

95 Jahresberichte der Handelskammern für 1862, 183.

96 Vgl. Henderson, *The Cotton Famine*, 200.

97 J. H. Brandes an Theodor Heinrich Brandes, 20. Juli 1863, zit. n. Holtmann (Hg.), „Für Gans America“, 104.

98 Vgl. Henderson, *The Cotton Famine*, 201.

99 Zahlen nach ebd., 200; Verein der oesterreichischen Industriellen (Hg.), *Jahrbuch*, 86.

100 *Das Vaterland*, 25. Januar 1863.

101 Vgl. Peez, *Zur Baumwollkrise*, 157 ff., 162 f.; *The U. S. Tariff*, 12.

102 Peez, *Zur Baumwollkrise*, 156.

103 Vgl. *Wochenblatt für Karlsbad und die Umgegend*, 24. Januar 1863; *Mährischer Correspondent*, 27. Januar 1863 und 10. Februar 1864.

der Textilindustrie ihre Anstellung.¹⁰⁴ Die dortige Krise zog auch benachbarte Industriezweige mit in die Depression. Im Mai 1862 wandte sich ein Spinnereibesitzer aus dem Erzgebirge an das sächsische Innenministerium und bat um einen Vorschuss von 4.000 Talern, da er sonst die Hypothek auf seine Fabrik nicht zahlen könne und somit der Bankrott und die Entlassung seiner zwanzig Mitarbeiter drohe. Auch die örtlichen Posamentierer, Strumpfwirker und Bergleute waren auf diese Spinnerei angewiesen, da sie deren Produkte benötigten. Ein anderer Spinnereibetreiber aus dem benachbarten Zschopau musste bis April 1864 siebzig Mitarbeiter entlassen und verlor mehrere Tausend Taler durch ausbleibende Baumwolllieferungen. Beide Anträge wies das Innenministerium wegen vermeintlich nicht vorhandener Mittel zurück.¹⁰⁵ Aber immer mehr Fabrikanten wandten sich an die Regierung und baten um finanzielle Unterstützung in dieser „ganz abnorme[n] Geschäftskrisis“.¹⁰⁶ Die Anträge häuften sich, die Lage in Sachsen spitzte sich zu. Mehrere Meldungen aus dem Erzgebirge und dem Vogtland gaben Anlass für staatliche Eingriffe. Im Fall der Schließung einer Weberei bei Aue hätten bis zu sechshundert Arbeiter auf der Straße gestanden. Nun endlich griff die sächsische Regierung ein und subventionierte die Textilindustrie mit Geldern aus der Staatskasse.¹⁰⁷

Vorfälle wie die in Österreich und Sachsen offenbarten, wie sehr die Baumwollkrise Rufe nach staatlicher Intervention provozierte. Sie hielt den Menschen in Mitteleuropa außerdem vor Augen, wie nah die transatlantische Welt zusammengerückt war. Nie zuvor habe sich „die Verflechtung der internationalen Verhältnisse im Zeitalter der Eisenbahnen, Dampfer- und Telegraphenlinien [...] fühlbarer gezeigt, als in der jetzigen Baumwollennoth“, erkannte das *Central-Organ für den deutschen Handelsstand* aus Köln.¹⁰⁸

Es handelte sich um Symptome eines transnationalen Phänomens, das die sechste Dekade des 19. Jahrhunderts mit Recht zu einem besonders globalen Jahrzehnt der neueren Geschichte formte.¹⁰⁹ Der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi beschrieb dieses Phänomen als „stete Gegenströmung“ zum selbstregulierenden Markt, die spontan gewesen und „von keiner Meinung gelenkt und von einem rein pragmatischen Geist beseelt“ worden sei.¹¹⁰ Doch irgendjemandes Kind musste dieser Geist sein.

Arbeiten wie die von Sven Beckert helfen bei der Identifikation der Anfänge dieses interventionistischen *turns* in jener Hochphase der Trennung von

¹⁰⁴ Vgl. Beckert, *King Cotton*, 238.

¹⁰⁵ Vgl. hierzu Kiesewetter, *Die Industrialisierung Sachsens*, 537 f.

¹⁰⁶ J. D. Fischer an das königl. sächsische Innenministerium, 31. Januar 1863, zit. n. Kiesewetter, *Die Industrialisierung Sachsens*, 538.

¹⁰⁷ Vgl. Kiesewetter, *Die Industrialisierung Sachsens*, 537 ff.

¹⁰⁸ *Central-Organ für den deutschen Handelsstand*, 10. Mai 1862.

¹⁰⁹ Vgl. Conrad/Osterhammel, *Einleitung*, 21.

¹¹⁰ Polanyi, *The Great Transformation*, 195, 198–99.

Staat und Wirtschaft.¹¹¹ Der Amerikanische Bürgerkrieg markierte den Startpunkt einer Verwandlung des globalen Baumwollmarkts und einen Wendepunkt des staatlich kontrollierten, imperialen Kapitalismus, der nach 1865 noch deutlicher an den Tag treten sollte.¹¹² Zu Beginn des Bürgerkrieges dominierten private Investoren, Fabrikanten und Händler die weltweite Baumwollverarbeitung. 1861 und 1862 versammelten sich in Paris und im Elsass noch Baumwollhändler und Produzenten, um die Regierung zu einer Anerkennung der Konföderation zu drängen.¹¹³ Im Verlauf des Krieges und in seinem Nachhall gerieten diese Gruppen aber in größere staatliche Abhängigkeit, auch weil die Regierungen den Druck der Krise erkannten und Subventionen zur Verfügung stellten. Seit Mitte des Jahres 1863 nahm der Druck auf die europäischen Regierungen durch die Fabrikanten schließlich ab. Der Bürgerkrieg zwang zur Erschließung neuer Märkte. Nun hieß es: weg von den Sklavenplantagen des amerikanischen Südens, hin zu freien Produktionsmärkten – nach Indien oder Ägypten.¹¹⁴ Die Marktverschiebung ließ europäische Kapitalisten, die anfänglich noch Fürsprecher der Freihandelsideologie der Konföderierten Staaten waren, mit zunehmender Kriegsdauer zu deren Gegnern werden. Auch die Unionsregierung erkannte, dass *King Cotton* eine Schwachstelle konföderierter Diplomatie war, und förderte die Expansion der Baumwollproduktion in anderen Erdteilen.¹¹⁵ Es begann eine globale Neustrukturierung unter Einbeziehung freier, subalternen Arbeitsmärkte und unter Vorherrschaft der europäischen Imperien.

Die Baumwollkrise provozierte eine Phase wilder Spekulation unter den Baumwollmaklern Europas. Der Bürgerkrieg wurde als „neuer Factor mit ins Calcul“ gezogen.¹¹⁶ „Bis jetzt“, resümierte der Jahresbericht der Bremer Makler im Dezember 1861, „war das Geschäft hier [...] noch wenig von der Politik, sondern fast einzig von den Ernteberichten abhängig gewesen. Von nun an wurde indes das Verhältnis der Vereinigten Staaten allein maßgebend. Jede Post, die kriegerisch lautete, [...] stellte die Preise höher, und oft mit erstaunlicher Rapidität.“¹¹⁷ Die Makler begannen, mehr Baumwolle für den Weitertransport ins Innere des Zollvereins und Österreichs zu bestellen, und die Preise zogen an. Zahlten Fabrikanten für ein Pfund Baumwolle aus Bremen 1860 durchschnittlich noch rund 0,18 Louis d’Or, waren es zwölf Monate später bereits 0,21 Louis

111 Vgl. Bin Wong, *Möglicher Überfluss*, 393; Boch, *Staat und Wirtschaft*, 28–41; Polanyi, *The Great Transformation*, 285 f.

112 Vgl. Beckert, *Emancipation and Empire*, 1405 f.

113 Vgl. ebd., 1415–1418.

114 Vgl. Beckert, *King Cotton*, 241–291; Dejung, *Die Grenzen der europäischen Macht*, 75–111.

115 Vgl. Beckert, *Emancipation and Empire*, 1417 f.

116 *Weser-Zeitung*, 30. Dezember 1861 (Beilage zur Abendausgabe).

117 Ebd.

d'Or. Drei Jahre später sollte der Pfundpreis mit 0,55 Louis d'Or seinen Höchststand während des Krieges erreichen – eine Preiserhöhung von über 67 Prozent im Vergleich zum letzten Friedensjahr.¹¹⁸ Mit der Verdichtung des Blockadings um die südstaatlichen Häfen geriet der Baumwollhandel „fast ganz in die Hände der Speculanten“.¹¹⁹

Neue Bezugsmärkte waren gefragt. Aufgrund der übermäßig reichhaltigen Ernte von 1860 und ihrer Verschiffung vor Beginn der Blockade belief sich die Menge an nordamerikanischer Baumwolle in Bremen 1861 noch auf etwas über 51 Millionen Pfund. Fast die Hälfte davon kam über New Orleans. Von Bremen wurden im selben Jahr rund 55 Millionen Pfund ausgeführt. Hauptabnehmer der Bremer Baumwolle waren Spinnereien, Färbereien, Tuchfabriken und andere Textilbetriebe in Österreich, das über ein Viertel (28,4 Prozent) der in Bremen importierten Baumwolle abnahm, gefolgt von Sachsen (zwanzig Prozent), Bayern (13,3 Prozent) und Preußen (9,8 Prozent).¹²⁰

Die Fabrikanten in den Binnenländern brauchten dringend Baumwolle, um ihre Maschinen am Laufen zu halten und um Tausenden Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben weiterhin Lohn zu zahlen. Die Baumwollkrise und die verringerte Produktion war allgegenwärtig und bald „zu bekannt, als daß dieselben eines näheren Eingebens bedürften“, schrieb die *Leipziger Zeitung*.¹²¹ Die Handelskammer von Elberfeld und Barmen in Preußen klagte: „Wenn je ein auswärtiger Krieg die europäische Welt in Mitleidenschaft gezogen hat, so ist es der nordamerikanische Bürgerkrieg.“¹²²

Die Wirtschaftskrise, die der Konflikt in Amerika verursacht hatte, war deutlich spürbarer und unmittelbarer, als sie es heute wäre. Im Jahr 2014 arbeiteten in Deutschland 77.832 Menschen, überwiegend Frauen, in der Bekleidungs- und Textilindustrie.¹²³ Zu Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts hingegen verdienten im Deutschen Zollverein mindestens 220.000 Frauen, Männer und Kinder ihren Lebensunterhalt allein in der Baumwollindustrie.¹²⁴ Hierin nicht berücksichtigt sind Angaben zu den unzähligen heimischen Webstühlen, die oft ganze Familien ernährten, sowie Zahlen zu Österreich, dessen Arbeiterschaft in der Baumwollindustrie zu Kriegsbeginn auf 350.000 Köpfe geschätzt wurde,¹²⁵ und den sieben deutschen Staaten, die nicht

118 Errechnet nach Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1865.

119 *Weser-Zeitung*, 30. Dezember 1861.

120 Errechnet nach Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1862.

121 Wissenschaftliche Beilage der *Leipziger Zeitung*, 7. Januar 1864.

122 *Deutsche Industrie-Zeitung*, 8. Mai 1863.

123 Vgl. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Branchenfokus/Industrie/branchenfokus-textil.html> (letzter Abruf 11.01.2021).

124 Bienengraeber, Statistik des Verkehrs, 12, 197 ff.

125 Verein der österreichischen Industriellen (Hg.), Jahrbuch, Jg. 2, 86.

Mitglied im Zollverein waren.¹²⁶ Nur teilweise berücksichtigt sind die vielen Menschen, die in angrenzenden Industriezweigen arbeiteten und ebenfalls von einem konstanten Zufluss von Baumwolle abhingen, wie Färber, Tuch- und Strumpfmacher oder Posamentierer. Zusammengenommen belief sich der Anteil der von diesen Berufsgruppen hergestellten Produkte in der Mitte der fünfziger Jahre auf rund die Hälfte aller gewerblichen Exportgüter des Zollvereins.¹²⁷

Die Krise der Textilindustrie alarmierte nicht bloß Unternehmer und Arbeitnehmer. Auch die Politik musste reagieren: Der Bürgerkrieg in Nordamerika weichte die Grenzen Europas auf. Aus dem elsässischen Mühlhausen, einem der wichtigsten französischen Textilstandorte, warnte der badische Konsul die südwestdeutschen Staatsministerien vor den demografischen Folgen des Krieges in Amerika. Nicht nur die Existenz Tausender Elsässer Spinnereiarbeiter sei gefährdet, auch rund 5.000 eingewanderte Arbeiter aus Baden, Württemberg und Bayern, die in Mühlhausen und Umgebung ihren Lebensunterhalt verdienten, seien durch „die herannahende Krisis“ aus Amerika bedroht.¹²⁸ Der Kilopreis für Baumwolle hatte sich seit dem Kriegsausbruch von 1,78 Francs auf 4,64 Francs (Stand: 1862) erhöht.¹²⁹ Auch hier griff das Staatsoberhaupt ein: Napoleon III. spendete allein 10.000 Francs an die elsässischen Armen- und Hilfskassen.¹³⁰ Fünf Millionen Francs seien es insgesamt gewesen, die Paris für das Elsass bewilligte.¹³¹ Hinter dieser Großherzigkeit steckte Kalkül: 1863 war ein Wahljahr und die Regierung wollte mit ihren Hilfspaketen den aufkommenden Unruhen in der Krisenregion entgegenwirken.¹³² Den dortigen deutschen Arbeitern drohte aber nicht nur fehlender Lohn, sondern die Ausweisung aus dem Kaiserreich. „Als erste Maßregel würde gewiß diejenige angewendet werden“, prophezeite der Konsul, sich „so viel wie möglich [arbeitslose Menschen] vom Halse zu schaffen: Daher eine massenhafte Ausweisung der Ausländer. Eine solche Ausweisung würde mehrere tausend deutscher Arbeiter über den Rhein zurücktreiben, was allerdings auch für die K[önigliche] Regierung nicht unbedeutende Schwierigkeiten bereiten würde.“¹³³ Besonders die süddeutschen Regierungen, die die Auswanderung ärme-

126 Hierbei handelte es sich um die Hansestädte Bremen, Lübeck und Hamburg sowie Liechtenstein, Holstein, Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin.

127 Fischer, *Expansion – Integration – Globalisierung*, 106.

128 Doll an Hügel, 26. September 1861, E 170 Bü 1039, StA Ludwigsburg.

129 Vgl. Herkner, *Die oberelsässische Baumwollindustrie*, 254.

130 Vgl. ebd., 260.

131 Vgl. *Jahrbücher für Nationalökonomie*, Bd. 1, 387.

132 Vgl. Herkner, *Die oberelsässische Baumwollindustrie*, 260.; Sancton, *The Myth of French Worker Support*, 66, 73–76.

133 Doll an Hügel, 26. September 1861, E 170 Bü 1039, StA Ludwigsburg.

rer Untertanen nicht zuletzt als Beitrag zum Staatswohl verstanden,¹³⁴ sahen sich auf einmal mit der potenziellen Rückwanderung Tausender notleidender Menschen konfrontiert, derer sich die Regierungen in Stuttgart, Karlsruhe und München eigentlich zu entledigen wünschten. Im März 1862 bewahrheiteten sich die Prognosen des badischen Konsuls. Frankreich begann mit ersten Ausweisungen nicht französischer Fabrikarbeiter aus dem Elsass.¹³⁵ Die Baumwollkrise provozierte unvorhersehbare sozioökonomische Verschiebungen in Europa und verdeutlichte seinen Staatsoberhäuptern auch, dass der Krieg in Nordamerika keine Nebensächlichkei war:

Der elektrische Funke, der von Amerika nach Europa übersprang, ist nicht im entferntesten mit den kleinen Irrungen zu vergleichen, die in Europa selbst ihren Ursprung hatten. [...] Die Baumwollennoth hat an die innige Verbindung von Politik und Wirtschaft gemahnt,

schrrieb eine Zeitung aus Sachsen,¹³⁶ wo Einwohner die „schmerzlichen Furchen“ des Baumwollmangels durch die Blockade der Südstaaten am eigenen Leib erfuhren und durch ein königliches Dekret subventioniert werden mussten, um größere Not unter den Zehntausenden Beschäftigten der Textilindustrie und der von ihnen abhängigen Geschäftszweige zu verhindern.¹³⁷

Schmuggel zwischen Nordseeküste und Rio Grande

Mit der Seeblockade, die sich von der Küste Virginias entlang der Atlantikküste bis zum mexikanischen Golf erstreckte, versuchten die Nordstaaten, die Aorta ihres Feindes abzubinden. Handel und Kommunikation mit Europa sollte den aufrührerischen Staaten erschwert werden. Das gelang nur bedingt. Die Blockade der nordstaatlichen Marine war mit Schlupflöchern perforiert und einer lückenlosen Überwachung des ein- und ausgehenden Schiffsverkehrs nicht fähig. Diese Schlupflöcher machten sich deutsche Schiffseigner und Überseeihändler zunutze. Ein stabiler Zugang zu den Südstaaten war ein Bedürfnis vieler deutscher Kaufleute. In südstaatlichen Zeitungen erhielten Handelstreibende hoffnungsvolle Meldungen ihrer Geschäftspartner aus Deutschland: „I have great hope of this Southern Direct Trade Movement [sic]. Our merchants

134 Vgl. Hoerder, *Geschichte der deutschen Migration*, 57 ff.; Huber, *Auswanderung und Auswanderungspolitik*, 265 ff.; Philippovich, *Auswanderung*, 131–151; Hippel, *Auswanderung aus Südwestdeutschland*, 271–280.

135 Vgl. Doll an Hügel, 9. März 1862, E 170 Bü 1039, StA Ludwigsburg.

136 *Deutsche Industrie-Zeitung*, 4. Januar 1866.

137 Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer zu Chemnitz für 1863, 3. Vgl. außerdem: Akten des sächsischen Landtags vom Jahre 1863/64, Beilagen, Bd. 1, 219–233.

here are all looking to the South, now – your low tariff being very enticing to them“, schrieb ein Bremer Kaufmann nach Savannah.¹³⁸ Der Direkthandel mit Europa war ein Herzensanliegen vieler südstaatlicher Pflanzler, Makler und Exporteure, die den Umweg ihrer Produkte über nördliche Städte wie New York und Boston und die hohen Zölle auf europäische Konsumgüter als Strafzahlung verteufelten, an dem sich Geschäftsleute und Industrielle im Norden bereichern würden.

Im Freihandel sahen die Sezessionsbefürworter das stärkste Glied einer selbstständigen, südstaatlich-europäischen Handelskette. Dank der Ausweitung ihrer Absatzmärkte in den Hansestädten, dem Zollverein, Österreich und weiteren Regionen des europäischen Kontinents ergaben sich für die südstaatlichen Pflanzler seit den fünfziger Jahren neue, attraktive Märkte in Europa. Durch mehrere Initiativen versuchte der Süden seit dieser Zeit, die Handelsbarrieren nach Europa zu eliminieren. Zu dieser Marktlockerung gehörten die Aufhebung sämtlicher Zölle für ausländische Schiffe und die Subventionierung des einheimischen Schiffbaus, wie ihn der Staat Louisiana anstrebte. Alabamas Regierung bewilligte ein Jahr vor dem Bürgerkrieg die Zollbefreiung beim Verkauf von direkt importierter Ware aus dem Ausland.¹³⁹ Der Freihandel sollte den Konföderierten Staaten als diplomatisches und wirtschaftliches Sprungbrett dienen. „For the first time in the history of the world“, erinnerte sich ein Mitglied der *Secession Convention* in South Carolina, „the great principle of Free-Trade became a part of the fundamental Law of a People.“¹⁴⁰

Mit Ausbruch des Bürgerkrieges aber wurden die Freihandelsambitionen der Konföderierten Staaten spürbar gedämpft. Zölle waren nicht nur die ertragreichste Einnahmequelle der Bundesregierung in Washington, sondern auch ein Anreiz für Einwanderer. Mit hohen Einfuhrzöllen auf ausländische Waren versuchten Lobbyisten in den vielerorts industriell geprägten Staaten des Nordostens nicht nur ihre eigenen Fabriken vor europäischen Konkurrenzprodukten zu schützen und die Region für Einwanderer attraktiv zu machen. Höhere Zölle auf ausländische Produkte schützten die junge einheimische Industrie und versprachen viele Arbeitsplätze mit auskömmlichen Löhnen.¹⁴¹ Dies war das Mittel der industriell fortschrittlicheren Nordstaaten zur Förderung der eigenen Prosperität. Kapitalisten im Süden dachten anders. Sie suchten den uneingeschränkten Handel mit Europa.

Freihandel war die Naht für die meisten wichtigen Handelsstaaten, allen voran Großbritannien, für das die USA den wichtigsten Exportmarkt stell-

138 *Savannah Daily Morning News*, 10. Mai 1861.

139 Zu den Freihandelsbestrebungen des Südens in der Vorkriegszeit vgl. Schoen, *The Fragile Fabric*, 198–264.

140 Robert Barnwell Rhett zit. n. Schoen, *The Fragile Fabric*, 264.

141 Vgl. Gabaccia, *Foreign Relations*, 127–130.

ten,¹⁴² entlang der Sympathie und Unterstützung für die Konföderation anknüpfen konnten. Der Bürgerkrieg wurde zu einem „aufschlußreiche[n] Testfall für die Aufrichtigkeit der humanitären Komponente innerhalb der freihändlerischen Ideologie“.¹⁴³ Viele Freihändler favorisierten den Süden, was nicht nur von Übereinstimmungen in der Handelspolitik herrührte, sondern auch von der Angst, dass Washington bei einem Sieg des Nordens zukünftig ernsthafte wirtschaftliche Konkurrenz für London darstellte. Die „moralische Basis der Freihändlerei“ ist deshalb kritisch zu bewerten.¹⁴⁴ Diese Ambiguität liberaler Wirtschaftsdogmen machte sich am Beispiel der beiden Hansestädte deutlich bemerkbar.

Politisch kokettierten die Senatoren und Bürgerschaftsmitglieder mit der scheinbar uneingeschränkten Freiheit (für zahlungskräftige Männer), doch was den Handel anbelangte, folgten die libertären Bestrebungen naturgemäß anderen Pfaden. Günstige Baumwolle, Tabak und Zucker beruhten auf Sklavenarbeit. Dieses Faktum konnten und wollten viele der hanseatischen Importeure und Exporteure nicht umgehen. Sie benötigten die Rohstoffe weiterhin, um die Nachfrage im europäischen Binnenland zu stillen. Auf der anderen Seite benötigte die Bevölkerung der Südstaaten europäische Lebensmittel, Kleidung und Konsumartikel. „In Bremen there are [...] a number of influential merchants who are ready to [...] send to the South the products of European manufacture“, versicherte ein Korrespondent von der Weser dem *Index* in London.¹⁴⁵ Bremen und Bremerhaven sollten aufgrund ihrer niedrigen Kosten, ihrer geografischen Lage und ihrer Nähe zum Zollverein als Haupthäfen eines freien Verkehrs zwischen der Konföderation und Kontinentaleuropa dienen. Seine Bedeutung als wichtiges Einfalltor für Baumwolle für den russischen, österreichischen und Schweizer Markt spreche ebenfalls für die Schlüsselstellung Bremens im Direkthandel mit den Südstaaten. Prominente Unterstützer dieser Handelsbeziehungen waren unter anderem der Gouverneur South Carolinas und der ehemalige Finanzminister und jetzige General Thomas Howell Cobb aus Georgia.¹⁴⁶ Zur ihrer Verwirklichung ist es zwar nie gekommen, die Korrespondenz belegt aber, wie sehr Teile des deutschen Amerikahandels auf den Süden angewiesen waren.

Der Bedarf an Baumwolle animierte norddeutsche Importeure und Makler zum Handeln: Die Umstellung auf indische und ägyptische Importe über England war die unmittelbarste Antwort auf den mitteleuropäischen Baumwollmangel während des Krieges. Doch die norddeutschen Kaufleute waren bei diesem Geschäft eng an die Preisvorgaben Liverpools und Manchesters

¹⁴² Vgl. Palen, *The Civil War's Forgotten Transatlantic Tariff Debate*, 35.

¹⁴³ Gollwitzer, *Geschichte des weltpolitischen Denkens*, 443.

¹⁴⁴ Ebd., 444.

¹⁴⁵ *The Index*, 6. November 1862.

¹⁴⁶ Vgl. ebd.

gebunden.¹⁴⁷ Entsprechend geringer waren die Gewinnmargen im Vergleich zu Direktimporten aus den Anbauländern. Je mehr Grenzen überschritten wurden, Kommissionen, Zinsen und Honorare gezahlt werden mussten und je mehr Zwischenhändler auf dem Weg vom Produktionsort bis in die Speicher auf dem Kontinent involviert waren,¹⁴⁸ desto geringer war der Profit für die deutschen Makler und Importeure, den sie aus dem Verkauf an ihre sächsischen, österreichischen und bayerischen Abnehmer schlagen konnten. Diese Abhängigkeit vom Zwischenhandel mit England war eine der unmittelbaren Folgen des Bürgerkrieges für Bremen. Erst zur Jahrhundertwende zeichnete sich eine Loslösung von diesen Verhältnissen ab.¹⁴⁹

Bremens Handel mit den Südstaaten hatte sich seit Jahrzehnten etabliert und bescherte der kleinen Republik 1861 den größten Gesamtimportwert von Waren, den sie in ihrer bisherigen Geschichte erwirtschaftet hatte: Über 19 Millionen Taler betrug der Wert der Importe, die im ersten Kriegsjahr über Bremen den Kontinent erreichten. 10,7 Millionen Taler verdankten die Bremer davon allein dem Handel mit den nun Konföderierten Staaten von Amerika.¹⁵⁰ Das Insiderwissen über den „lange befürchtete[n] Ausbruch des Bürgerkrieges“, welches die Geschäftsbeziehungen in die Hafenstädte New Orleans oder Charleston bescherten, hatte die Bremer Importeure schon im Winter 1860/61 veranlasst, „grosse Aufträge über den Ankauf amerikanischer Produkte nach drüben zu erteilen und deren Verschiffung nach Europa beschleunigen zu lassen.“¹⁵¹

Der Direkthandel zwischen dem Süden und Mitteleuropa war ein lang gehegter Wunsch vieler Pflanzler und Exporteure in den südstaatlichen Hafen- und Handelsstädten. „The subject of direct trade with Bremen occupies a great deal of public attention in this city“, schrieb ein Beobachter aus Savannah zwölf Monate vor Kriegsausbruch,¹⁵² als sich Sklavenhalter aus Georgia einen konkreten Einblick in die Rentabilität deutscher Produkte verschafften. Im Frühjahr 1860 sendeten sie Probeexemplare von Schuhen, überwiegend für ihre Sklaven bestimmt, nach Bremerhaven. Sie wollten prüfen, ob deutsche Fabrikate mit

147 Vgl. Beutin, *Von 3 Ballen zum Weltmarkt*, 76–79.

148 Zu den zentralen Akteuren im globalen Baumwollgeschäft gehörten (in der Reihenfolge der Produktionskette) erstens: die Produzenten; also Sklaven, Grundbesitzer oder deren Pächter. Zweitens: die Exporteure, die die Ware den Produzenten zum Weiterverkauf abkauften. Drittens: die Importeure, die die Ware von den Häfen aus verschifften und versicherten. Viertens: die Makler, die die Baumwolle den (fünftens:) Fabrikanten anboten, die wiederum die Rohbaumwolle zu Garn oder Stoffen weiterverarbeiteten. Sechstens: die Händler, die die verarbeiteten Stoffe der Fabrikanten kauften, um sie dann an die (siebtens:) Endverbraucher zu verkaufen. Vgl. Beckert, *King Cotton*, 201.

149 Vgl. Lührs, *Die Freie Stadt Bremen und England*, 151.

150 Vgl. Brief eines unbekanntenen Verfassers aus Bremen, zit. n. Faucher/Michaelis (Hg.), *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft*, 227.

151 Ebd., 226–227.

152 *The New York Herald*, 12. Februar 1860.

denen aus Neu-England mithalten konnten, um sie dann aus Deutschland zu beziehen. Schuhmacher aus Bremen und dem Hinterland waren aufgefordert, ihr handwerkliches Geschick unter Beweis zu stellen, damit Sklaven in Georgia und anderswo in deutschen Schuhen ihrer Arbeit auf den Baumwollfeldern nachgehen konnten.¹⁵³ „If a favorable answer should be received, the South will no longer be under the necessity of patronizing her enemies at the North, and a brisk trade with Germany will follow.“¹⁵⁴

Die Fertigkeiten der norddeutschen Schumacher überzeugte die amerikanischen Auftraggeber und bald trafen darauf erste Chargen von Schuhen in Savannah ein.¹⁵⁵ Nachdem sich Georgia und die anderen Südstaaten von der Union losgesagt hatten, schien weiteren Handelsprojekten mit Deutschland nichts mehr im Wege zu stehen. Kurz nach Gründung der Konföderierten Staaten erreichten Bremens Bürgermeister Duckwitz Bewerbungsschreiben ehemaliger Bremer Staatsbürger, die mit ihren persönlichen Kontakten zu hohen Konföderiertenbeamten kokettierten, um einen Konsulatsposten in den Südstaaten zu erhalten, mit dessen Hilfe die wirtschaftlichen Bande zwischen der neuen Nation und Mitteleuropa verzahnt werden sollten.¹⁵⁶ Ebenso war den Bremer Importeuren am schrankenlosen Verkehr entlang des Atlantik und dem mexikanischen Golf gelegen. „Mit dem factischen Ausscheiden des Südens haben die Freihandelsprincipien daselbst ihren wärmsten und [...] einzigen wahren Fürsprecher verloren“, bemerkte das *Bremer Handelsblatt*.¹⁵⁷ In ihren handelspolitischen Dogmen waren die Konföderation und Bremen in vielerlei Hinsicht Brüder im Geiste.

Der Krieg schränkte den Handel zwischen beiden Erdteilen zwar ein, er bot zugleich aber Gelegenheit, dem Verlangen nach Handel ohne Washingtons Schutzzölle nachzugehen. Zahlreiche deutsche Kaufleute beteiligten sich als Importeure an einer Position der baumwollenen Handelskette, die wegen ihres großen Warenumfanges weitaus größeren Profit abwarf als etwa das Maklergeschäft.¹⁵⁸ Bremer Firmen wie Wätjen & Co. und Roessingh & Mummy, zwei der größten Importeure des Kontinents, war an der Fortdauer der Geschäftsverbindungen in den Süden entsprechend viel gelegen. Roessingh & Mummy, die die Baumwolle auf eigene Rechnung einfuhrten,¹⁵⁹ empfahlen dem Bremer Senat, ihren Teilhaber in New Orleans zum Konsul zu ernennen, um die Geschäfte mit Bremens wichtigstem Zuliefererhafen, der nun unter konföderierter Flagge stand, fortzuführen. Möglich ist außerdem, dass sich Roessingh &

153 Vgl. *Bremer Handelsblatt*, 3. März 1860. Allein in Bremen waren 1859 über 300 Schumacher gemeldet. Vgl. Strack (Hg.), Adreß-Buch der Freien Hansestadt Bremen, 1859, 286 f.

154 *The New York Herald*, 12. Februar 1860.

155 Vgl. *Savannah Daily Morning News*, 16. Juni 1860.

156 Vgl. Mohr an Duckwitz, 29. und 30. März 1861, 2-B.13-.b.15, StA Bremen.

157 *Bremer Handelsblatt*, 8. März 1862.

158 Vgl. Beckert, King Cotton, 207.

159 Vgl. Beutin, Von 3 Ballen zum Weltmarkt, 8, 92–93.

Mummy mit der Ernennung ihres Teilhabers zum Konsul einen besseren Zugang und leichtere Verschiffung ihrer Baumwollbestände erhofften, welche die Firma in Louisiana lagerte, aber aufgrund der Blockade nur schwerlich außer Landes bringen konnte.¹⁶⁰ Zwar kam der Senat dem Gesuch unter Hinweis auf die unsichere politische Lage nicht nach,¹⁶¹ doch das Bemühen zeigt, wie groß das Interesse deutscher Kaufleute am Handel mit der Konföderation war.

Häfen, an denen die Blockade der Unionsmarine nicht sonderlich dicht war, boten verlockende Möglichkeiten. Wie aus den offiziellen Bremer Handelsstatistiken hervorgeht, wurden die deutschen Verbindungen nach Texas zu Garanten eines kontinuierlichen Baumwollhandels zwischen Mitteleuropa und dem Süden Nordamerikas. Ballen aus Texas, die auf Schmuggelrouten in die mexikanische Hafenstadt Matamoros gelangten, waren, nach denen aus Großbritannien, die am häufigsten importierten Sorten des Bremer Baumwollmarktes in den Jahren 1862 bis 1864. Im letzten Kriegsjahr rangierte texanische Baumwolle noch immer auf dem dritten Platz der Bremer Importlisten für Baumwolle.¹⁶² Aus dem Umweg, den die texanische Baumwolle bei ihrem Weg nach Bremen nahm, machte die Bremer Behörde für Handelsstatistik keinen Hehl. Die gesamten Bürgerkriegsjahre hindurch erfuhr der Leser aus den Einfuhrstatistiken zur Baumwolle, dass, hinter den Importen aus Großbritannien, „Galveston (Matamoros)“ als zweitwichtigster Ausfuhrhafen des dringend benötigten Rohstoffes diente. Spätestens nach Auswertung dieser Statistiken hätten ältere Studien feststellen können, dass Bremer und andere norddeutsche Kaufleute in dieser Periode sehr wohl Baumwolle aus Nordamerika bezogen.¹⁶³

Matamoros liegt am Rio Grande, direkt an der amerikanisch-mexikanischen Grenze, gegenüber von Brownsville/Texas. Der Hafen der Stadt war während des Krieges der nächstgelegene neutrale Umschlagplatz, von dem aus Südstaatler Zugang zum offenen Meer hatten. Der Krieg verwandelte die Stadt zu einem der wichtigsten Knotenpunkte für den Handel des Südens mit Europa, der Karibik und Südamerika.¹⁶⁴ Wie in der Konföderation, so hatten sich in den letzten zwanzig Jahren auch entlang der mexikanischen Ostküste vermehrt deutsche Händler und Kaufleute niedergelassen. Der hanseatische Einfluss im mexikanischen Handel wuchs in dieser Zeit stetig, aber auch preußische Handelshäuser waren zahlreich vertreten, was Thomas Schoonover als frühe „manifestation of a German imperial process“ bezeichnet hat.¹⁶⁵ Bereits

160 Vgl. *Roessingh & Mummy* an Smidt, 4. November 1863, 132-5/9, C6, StA Hamburg.

161 Vgl. Smidt an Rösing, 6. September 1862, 2-B 13, b. 4., StA Bremen.

162 Vgl. Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1863-66.

163 Die Fehlannahme, wonach während des Bürgerkrieges keine Einfuhren aus den Vereinigten Staaten nach Bremen gelangten, findet sich unter anderem in dem viel zitierten Artikel Beutins, *Von 3 Baumwollen zum Weltmarkt*, 78 f.

164 Vgl. Ashcroft, *British Trade, 170-173*; Leigh, *Trading with the Enemy*, 41-58.

165 Schoonover, *Prussia and the Protection*, 395.

1852 gab es in 15 mexikanischen Städten 65 deutsche Handelshäuser (die unzähligen deutschstämmigen Kleinhändler nicht mitgezählt). Vier Jahre später wurden zwei Drittel des mexikanischen Großhandels von deutschstämmigen Händlern geleitet. Nach nordamerikanischen, britischen und französischen Schiffen waren deutsche Schiffe in mexikanischen Häfen am vierthäufigsten anzutreffen.¹⁶⁶ Unter diesen günstigen Strukturbedingungen war es für deutschsprachige Händler und Importeure einfach, an Baumwolle zu gelangen, die aus Texas nach Matamoros geschmuggelt wurde. Die Stadt wurde während der vier Jahre, die der Bürgerkrieg tobte, zum Tummelplatz Tausender Exporteure, Reeder und Makler aus Union und Konföderation, England, Frankreich und den deutschen Staaten.¹⁶⁷ Rund die Hälfte der 30.000 Einwohner, schätzte der dortige preußische Konsul 1864, seien Fremde gewesen.¹⁶⁸

Das deutschstämmige Handelshaus Droege, Oetling & Co. war ein zentraler Akteur innerhalb dieses Handelsgeflechts. Ihre Gründer kamen ursprünglich aus Bremen, doch die Firma besaß Filialen in Manchester und Hamburg, Mexiko und Havanna (das mit Matamoros während des Krieges eine direkte Handelsroute etablierte, durch welche europäische Waffen in den Süden gelangten).¹⁶⁹ All diese Orte verdankten ihre Stellung als Handelsplätze zu einem Großteil der Sklavenarbeit. Zudem waren sie Treffpunkte von Geschäftsleuten, die in unmittelbarer Beziehung mit der Konföderation standen. Durch ein Abkommen mit konföderierten Militärangehörigen erhielten Droege & Oetling die Genehmigung, texanische Baumwolle nach Europa zu verschiffen und dort auf Rechnung der Konföderiertenregierung zu verkaufen.¹⁷⁰ Postsendungen zwischen den Südstaaten und Europa, die die Firma abwickelte, brachten dem Unternehmen weiteres Geld ein.¹⁷¹ Es ist nicht auszuschließen, dass auch Waffen durch Mithilfe des Handelshauses in den Süden gelangten. Zumindest erleichterte die zeitgleiche Intervention Frankreichs in Mexiko potenzielle Waffentransporte nach und durch Mexiko enorm. Europäische Waffen, die an Handelshäuser wie das von Droege & Oetling adressiert waren, mussten nicht zwangsläufig, zumindest auf dem Papier, für den Süden bestimmt sein, was Be-

166 Vgl. Becker, *Die Hansestädte und Mexiko*, 67–68.

167 Vgl. Delaney, *Matamoros*, 473.

168 Vgl. Moser/Jordan (Hg.), *Preußisches Handelsarchiv*, Bd. 2, 737.

169 Vgl. Delaney, *Matamoros*, 478.

170 Vgl. Quintero an Benjamin, 16. September 1863, ORN, II, Vol. 3, 901 f.; Bee an Turner, 27. August 1863, ORA, I, Vol. 26 (Part II), 186; Bee an Supervièle, 13. Oktober 1863, ORA, I, 26 (Part II), 309; Hart an Williamson, 28. Dezember 1863, ORA, I, 53, 946; Oldham an Davis, 4. Januar 1864, ORA, I, 34 (Part II), 821.

171 Vgl. Frederich an Rössing, 14. Februar 1863, 31-15-11 Nr. 82 B, StA Oldenburg; Bee an Supervièle, 13. Oktober 1863, ORA, I, Vol. 26 (Part II), 309; Delaney, 1955, 479. Weitere Belege für die Poststellenfunktion Droege's & Oetling's sind in Form von Briefen erhalten, die während des Bürgerkrieges aus Texas nach Deutschland gesendet wurden. Sie werden heute u. a. von Auktionshäusern zum Kauf angeboten. Vgl. https://siegelauctions.com/lots.php?year=2010&sale_no=988&page_no=48 (letzter Abruf 11. Januar 2021).

schlagnahmen durch die Unionsmarine erschwerte.¹⁷² Die Geschäftsführer von Droege & Oetling waren bald dafür bekannt, Millionen mit dem Verkauf südstaatlicher Baumwolle über Matamoros zu verdienen.¹⁷³

Wenn hanseatische Importeure diesen neuen Bezugsweg gewinnbringend nutzen wollten, war der direkte Bezug mit eigenen Schiffen zentral, um die große Zahl derer, die im Baumwollhandel mitmischten, auf ein Minimum zu reduzieren. Die Häufigkeit der Schiffsfahrten von Bremen und Hamburg an die ostmexikanische Küste und vice versa stiegen zwischen 1861 und 1865 nachweislich an.¹⁷⁴ Auch der britische Konsul in Hamburg schrieb über den „indirect trade with the United States through Mexico“, in dessen Entwicklung Matamoros „a great and sudden importance as a point of attraction to the German [...] adventurer“ eingenommen habe.¹⁷⁵

„Abenteuerlich“ beschreibt die Intentionen deutscher Kaufleute im Golf von Mexiko recht treffend. Die dort verkehrenden Schiffe und ihre Frachten waren ständig der Gefahr von Kontrolle und im ungünstigsten Fall auch Beschlagnahme durch nordstaatliche und südstaatliche Schiffe ausgesetzt. Um dies zu umgehen, war es für die betroffenen Schiffe vor Matamoros bald gängige Praxis, neutrale Handelsgüter am Tag und Konterbande im Schutz der Dunkelheit auszuladen.¹⁷⁶ Dennoch schützten solche Kniffe nicht ausnahmslos vor zeitraubenden Inspektionen oder vorübergehenden Beschlagnahmen durch Unionsschiffe, die schlimmstenfalls mit Verhandlungen vor einem Prisenricht in einem der weit entfernten nördlichen Häfen wie New York oder Philadelphia einhergingen. Jedem Schiff einer kriegführenden Partei oblag das Recht, Schiffe unter neutraler Flagge auf offener See anzuhalten und auf seine Nationalität und Ladung zu prüfen.¹⁷⁷ Schon allein die daraus resultierenden Lieferverzögerungen konnten zu verdorbener Ware und missmutigen Kunden führen; deshalb versuchten die Kapitäne, solche Prüfungen zu vermeiden. Was Schiffseignern, Kapitänen und ihren Mannschaften Herzklopfen bereitete, erfreute eine andere Berufsgruppe.

Das Risiko des Handels mit den Konföderierten Staaten sorgte für zufriedenstellende Bilanzen bei Versicherungsunternehmen, die ebenfalls vom wachsenden Transatlantikhandel zehrten und zur Genese einer weltweiten „Schicksalsgemeinschaft“ beitrugen.¹⁷⁸ Norddeutschen Reedern lag daran, gegen die Gefahren des Bürgerkrieges auf See abgesichert zu sein. Kaufleute des

172 Vgl. Delaney, Matamoros, 476 f.

173 Fremantle, Three Months in the Southern States, April–June 1863, 10 f.; *Der Kamerad. Oesterreichische Militär-Zeitung*, 27. Februar 1866.

174 Vgl. Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1858–1866; Handelsstatistisches Bureau Hamburg, 1858–1866.

175 Foreign Office of the United Kingdom, Commercial Reports, 88.

176 Vgl. Delaney, Matamoros, 484 f.

177 Vgl. Burchardi, Neutralität, 538.

178 Vgl. Borscheid, Systemwettbewerb, 33.

Großherzogtums Oldenburg, über das Bremen während der Kriegsjahre ebenfalls beachtliche Mengen Baumwolle bezog, versicherten ihre Schiffe bei Versicherungen wie der Elsfl ether Assecuranz-Compagnie Union gegen Waren- und Totalverlust in steigendem Maße, von 1,4 Millionen Talern 1861, auf 2,3 Millionen Taler im Jahr 1865.¹⁷⁹ Auch in Hamburg und Bremen verbuchten die Assekuranzen bis zur Mitte der sechziger Jahre steigende Versicherungssummen.¹⁸⁰ An der Weser wurden 1863 Waren und Schiffe für über 86 Millionen Louis d'Or versichert – ein Rekordwert seit Einführung der amtlichen Statistik im Jahr 1847.¹⁸¹ Die Reeder sicherten sich gegen Schäden durch beide Kriegsparteien ab: Beschlagnahmungen und Beschädigungen durch die Unionsflotte und durch südstaatliche Kaperschiffe. „The abuse of a foreign flag or the destination to a neutral port“, so der Befehl für die nordstaatliche Blockadeflotte im mexikanischen Golf,¹⁸² dürfe nicht dem Schutz von Waffen und anderem Kriegsgerät dienen. Sollten Schiffe unter Bremer, Hamburger oder Oldenburger Flagge entsprechende Waren transportieren, und vor allem: sollten sie beim Durchbrechen der Blockade gestellt werden, taten die Reeder gut daran, ihre Schiffe zu versichern.

Ausländische Seeleute besaßen gegenüber US-amerikanischen Staatsbürgern einen eklatanten Vorteil: Im Falle einer Beschlagnahmung ihres Schiffes durch Blockadeschiffe der Union konnten sie nicht als Kriegsgefangene festgehalten werden, sondern kamen nach einer etwaigen Verhandlung vor einem Prisengericht nach wenigen Wochen wieder frei. Entsprechend erpicht zeigten sich südstaatliche Reeder in der Wahl ihrer Mannschaften und bestückten ihre Schiffe gern mit Seeleuten aus dem Ausland.¹⁸³ Gewiefte Kaufleute förderten die Bemannung ihrer Schiffe mit ausländischen Seeleuten, indem sie bereits in europäischen Häfen nach entsprechenden Männern suchten und den Transport unter neutraler Flagge bevorzugten. Auch preußische Schiffe gingen so vor. Ein Unions Schiff brachte im Mai 1864 vor Texas den preußischen Segler Friedrich II. auf, beladen mit 114 Ballen Baumwolle.¹⁸⁴ Im selben Jahr ging der Unionsflotte der Schoner *Pancho Larispa* ins Netz, ebenfalls unter preußischer Flagge segelnd, als dieser vor Galveston die Blockade zu durchbrechen versuchte.¹⁸⁵ Das ganze Ausmaß, das die Buntscheckigkeit des transnationalen Blockadegeschäfts verriet, bezeugt der Fall des Schoners *J. T. Davis*. Ohne Flagge und Logbuch segelnd, dafür den Frachtraum voll mit texanischer

179 Zahlen zusammengestellt aus *Statistische Nachrichten über den Freistaat Oldenburg*, 10. Heft, 34.

180 Berechnet nach *Handelsstatistisches Bureau Hamburg*, 1858–1866.

181 Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1866, 194.

182 *Instructions of Flag-Officer McKean, U. Navy, to commanding officers, regarding seizure of articles as contraband of war*, 13. Dezember 1861, ORN, I, 16, 818.

183 Vgl. Mehrländer, *The Germans*, 214; Bluntschli, *Das moderne Völkerrecht*, 454f.

184 Gherardi an Welles, 3. Mai 1864, ORN, I, 21, 239.

185 Farragut an Welles, 4. November 1864, ORN, I, 21, 701.

Baumwolle, wurde das Schiff 1863 vor der Mündung des Rio Grande aufgebracht. Die neunköpfige Besatzung bestand aus einem preußischen Kapitän, einem Maat aus Dänemark, zwei Portugiesen, einem Schiffsjungen aus Texas und vier weiteren Deutschen.¹⁸⁶

Oldenburgische Schiffe gerieten in Verdacht, Schiffe der Konföderation mit Kohlelieferungen in Santa Marta zu versorgen. Die Stadt auf dem Gebiet des heutigen Kolumbien diente südstaatlichen Dampfschiffen als Nachschubbasis.¹⁸⁷ „[T]he unsuspected little flag of Oldenburg“ konnte diesem Schleichhandel als willkommene Tarnung vor den Schiffen der Nordstaaten dienen, gab Konsul Börnstein zu bedenken.¹⁸⁸ Nie war der Schiffsverkehr von und nach Oldenburg zwischen 1856 und 1890 reger als in der Zeit des Bürgerkrieges 1861 und 1865.¹⁸⁹ Die erhöhte Dichte des Schiffsverkehrs zwischen Oldenburg und Mexiko,¹⁹⁰ die erwähnten Steigerungen in den Versicherungssummen oldenburgischer Reeder und der explosionsartige Anstieg der Baumwolle, die Oldenburg an Bremen während des Krieges lieferte,¹⁹¹ sprechen für eine Involvierung großherzoglicher Importeure in den Blockadehandel.

Das Großherzogtum war überwiegend von Landwirtschaft geprägt, verfügte aber 1861 über eine aufstrebende Textilindustrie: Es war sechstgrößter Baumwollimporteur im Zollverein. Vier Baumwollspinnereien, fünf Betriebe zum Bleichen, Färben und Bedrucken von Baumwolle sowie über einhundert Tabak- und Zigarrenfabriken sorgten dafür, dass nordamerikanische Rohstoffe, von Sklaven geerntet, zunehmende Bedeutung für das lokale Wirtschaftswachstum und die Existenz der Einwohner gewannen.¹⁹² Beinahe ein Fünftel aller Gewerbetreibenden Oldenburgs waren durch die Textil- und Tabakindustrie mit Nordamerika verbunden.¹⁹³ Ähnlich wie seine Nachbarstaaten, wenn auch in bescheidenerem Umfang, waren Oldenburg auf südstaatliche Rohstoffe angewiesen, und der Drang nach einem Fortgang der Handelsbeziehungen zu Nordamerika, trotz Bürgerkrieg und Blockade, evident. Auch das oldenburgische Staatsministerium befürchtete, dass „Oldenburgische Schiffe u. Schiffer in Versuchung kommen, auf die eine oder andere Weise bei

186 Dana an Welles, 10. August 1863, ORN, I, 20, 441 f.

187 Vgl. Lardner an Welles, 6. November 1863, ORN, I, 2, 492.

188 Börnstein an Seward, 29. Juni 1863, NA Bremen.

189 Vgl. Kollmann, Das Herzogthum Oldenburg, 423.

190 Zwischen 1856 und 1860 fuhren 47 Schiffe von Oldenburg nach Mexiko und zu den westindischen Inseln, zwischen 1861 und 1865 waren es 72. Im selben Zeitraum sank die Zahl der Schiffe von Oldenburg nach Nordamerika von 102 auf 21 Schiffe. Berechnet nach Statistische Nachrichten über das Großherzogtum Oldenburg, 5. Heft, 94–95; ebd., 10. Heft, 82–83.

191 Die Gesamtmenge an Baumwolle, die Bremen aus Oldenburg importierte, belief sich zwischen 1856 und 1860 auf 8,502 Pfund und zwischen 1861 und 1865 auf 460.044 Pfund. Berechnet nach Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1857–1866.

192 Vgl. Strackerjan, Oldenburg, 763 f.; Kollmann, Das Herzogthum Oldenburg, 300, 316; Biengraeber, Statistik des Verkehrs, 204.

193 Errechnet nach Kollmann, Das Herzogthum Oldenburg, 561–567.

dem Kampfe [in Nordamerika] sich zu betheiligen.“¹⁹⁴ Direkte Beteiligungen einzelner Schiffe und Handelshäuser sind anhand der erhaltenen Akten nicht zu beweisen, aber durchaus anzunehmen. Allein der legale Rahmen, den die Oldenburgische Rechtsprechung ermöglichte, bot mehr Freiraum, als ihn andere deutsche Reeder und Händler genossen. Im Gegensatz zu den beiden Hansestädten sah die oldenburgische Regierung im Sommer 1861 von einer Erklärung des Kapereiverbots gemäß der Pariser Deklaration ab. Zwar war Oldenburg ein Unterzeichner der Deklaration gewesen, die Kaperei oder die Beteiligung daran aber war in Oldenburg nicht unter Strafe gestellt. Aus einer Verfügung der großherzoglichen Regierung geht allerdings hervor, dass Oldenburg es seinem Nachbar Hannover gleichtat und seine Untertanen nicht in Schutz zu nehmen gedachte, wenn sie durch eigenmächtige Teilnahme an Kaperei Nachteile oder Schaden erleiden würden.¹⁹⁵ Offensichtlich aber hielten deutsche Schiffer und Kaufleute solche Maßnahmen keineswegs davon ab, sich an Schmuggelgeschäften mit der Konföderation zu beteiligen.

Bald offenbarte sich den Angehörigen der Nordstaaten-Marine und Washingtons Repräsentanten im Ausland das Ausmaß des Schleichhandels über Mexiko. Bremische, preußische und andere deutsche Schiffe ankerten am Ufer des Rio Grande vor Matamoros, auf texanische Baumwolllieferungen wartend.¹⁹⁶ Wie viele Schiffe unter deutschen Flaggen in welchem Umfang in den Handel mit den Südstaaten verwickelt waren, lässt sich nicht genau feststellen. Häufig fuhren deutsche Schiffe andere europäische Häfen an oder fuhren im Dienste auswärtiger Befrachter und Nationen und fanden somit keinen Eingang in die Statistiken ihrer Heimathäfen.¹⁹⁷ Gerade Oldenburger Schiffe verkehrten überwiegend zwischen Hamburg, Bremen und Mexiko und kamen dadurch mit ihren eigentlichen Heimathäfen selten in Kontakt.¹⁹⁸ Außerdem verschleierte der britische Zwischenhandel die Ursprungsorte deutscher Importe, was die genauere Rekapitulation des Warenweges vom Ursprungs- bis zum Ankunftsort erschwerte. Droege & Oetling in Matamoros verschifften ihre Baumwolle an ihre Filiale in Manchester, von wo aus sie auf den Kontinent verkauft wurde.¹⁹⁹ Andere Kaufleute und Handelshäuser hingegen, so das Fazit eines Historikers, „hielten wohlweislich den Mund“, wenn es um ihre Beteiligung am Handel mit den Südstaaten ging.²⁰⁰

194 Oldenburgisches Staatsministerium f. Auswärtige Angelegenheiten, Memorandum vom 3. Juli 1861, 15-7-25 B, Niedersächsisches Landesarchiv Oldenburg.

195 Vgl. Verfügung der oldenburgischen Regierung, 19. Juli 1861, 15-7-25 B, Niedersächsisches Landesarchiv Oldenburg.

196 French an Farragut, 8. September 1862, ORN, I, 19, 180.

197 Vgl. Beutin, Von 3 Ballen zum Weltmarkt, 77 f.; Kollmann, Das Herzogthum Oldenburg, 421 f.

198 Vgl. Dane, Die wirtschaftlichen Beziehungen, 52.

199 Zu dieser Verfahrensweise vgl. *Hamburgische Handelsgerichtszeitung*, 20. August 1870.

200 Wätjen, Blockade, 63.

Das Blockadegeschäft war nicht allein Sache der norddeutschen Küstenanrainerstaaten. Auch im Herzen Mitteleuropas, mehrere Hundert Kilometer fernab der Küsten, beteiligten sich Menschen am Schmuggel. Die Verbindungen deutsch-amerikanischer und deutsch-britischer Handelshäuser spielten eine wichtige Rolle in diesem Netzwerk. Die meisten namentlich bekannten deutschstämmigen Südstaatler, die in den Blockadehandel verwickelt waren, stammten aus norddeutschen Gebieten rund um Oldenburg, Hannover und die Hansestädte.²⁰¹ Ihre Verbindungen zum alten Kontinent vereinfachten die Suche nach geeigneten Partnern und Material für den Blockadehandel. Ein Dampfer, der einst im Besitz einer Lübecker Schifffahrtsgesellschaft war, fand auf diesem Weg neue Verwendung als Blockadebrecher eines deutschen Import-Export-Geschäftes in South Carolina.²⁰² Ein anderes Joint Venture des Blockadehandels war die European Trading Company, gegründet von den aus Frankfurt beziehungsweise Hamburg stammenden Bankiers Erlanger und Schroeder.²⁰³ Auch die in England ansässige Handelsbank des gebürtigen Hamburgers Friedrich Huth war spezialisiert auf den Baumwoll- und Tabakhandel zwischen Amerika und Kontinentaleuropa und ein wichtiger Partner von Baumwollhändlern aus New Orleans, New York, Hamburg und Bremen.²⁰⁴ Huth & Co. stellten Kredite für Südstaatenkapitäne zur Verfügung und waren am Export texanischer Baumwolle nach England beteiligt, von wo aus ein Teil der Lieferungen an Huths zahlreiche deutsche Kunden gingen.²⁰⁵ Am Blockadehandel, wie ihn Huth & Co. oder die European Trading Company betrieben, ließ sich gut verdienen. Spekulationen mit Waren, die über die Blockade kamen und gingen, waren überwiegend das Werk von Privatpersonen, die sich nicht gegenüber Aktionären oder sonstigen öffentlichen Kollektiven rechtfertigen mussten, solange sie ihre Geschäfte diskret tätigten. Zwar lässt sich die Kerngruppe der im Blockadehandel tätigen deutschen Kaufleute wahrscheinlich auf nur einige Dutzend risikofreudiger Personen und Firmen beziffern, doch aufgrund des wachsenden Absatzes dank gesteigerter Nachfrage und hoher Preise war der Handel mit Exportgütern aus dem blockierten Süden allemal lohnend. Der preußische Offizier Justus Scheibert, selbst Passagier auf einem Blockadebrecher, errechnete, dass für aus dem Süden geschmuggelte Baumwolle und Tabak ein sechs- bis zehnfacher Gewinn (verglichen mit den Preisen in Friedenszeiten) möglich war und die Kosten für ein Dampfschiff gedeckt waren, sobald

201 Vgl. Mehrländer, *The Germans*, 214–233.

202 Vgl. Conrad, *Schatten und Lichtblicke*, 74; Kierulff, *Sammlung der Entscheidungen*, Bd. 3, 248 ff.

203 Vgl. Roberts, *Schroders*, 40, 49, 62.

204 Vgl. Kirchberger, *Aspekte deutsch-britischer Expansion*, 215 ff.

205 Vgl. Bulloch an Page, 14. Februar 1865, ORN, I, 3, 738; Darstellung von Fletcher & Hull vom 2. Dezember 1863, ORN, II, 3, 989 f.; Seward an Welles, 29. Mai 1863, ORN, I, 2, 116 ff.; Welles an Seward, 8. Juni 1863, ORN, I, 2, 119 f.

es nur einmal von Nassau aus die Blockade durchlief.²⁰⁶ Die Gewinnmargen zogen spekulationsfreudige, kleinere Unternehmer an, die keiner größeren Reederei zugehörten. Für größere Dampfschiffe war eine Passage in das weiter als die Baumwollhäfen der USA entfernte Matamoros oft zu kostspielig.²⁰⁷

Detaillierte Quellen zu diesen Unternehmen finden sich kaum. Doch trotz dieser betrüblichen Quellenlage lässt sich ein recht weit geknüpftes Netz von deutschen Überseehändlern, Exporteuren und Reedern errahnen, die in Blockadegeschäfte mit der Konföderation verwickelt waren. Diese Verwicklungen waren entweder direkt, wie im Fall der Bremer Bark *Leibnitz*, die sich von Cardiff aus auf den Weg machte, die Blockade zu brechen,²⁰⁸ oder indirekt, wie bei zwei unter britischer Flagge fahrenden Schiffen aus den Südstaaten, die in Bremen mit Waffen beladen wurden und im Anschluss über Mexiko nach Texas gehen sollten.²⁰⁹

Auch im Südwesten Deutschlands herrschte rege Beteiligung am Blockadegeschäft. Von Baden schickte der Kaufmann Gustav Blersch an seinen Freund und Geschäftspartner in Texas mehrere Tausend Pfund Hopfen über Matamoros und erkundigte sich bei ihm, wie es der gemeinsamen Filiale in San Antonio ergehe. 1864 reiste Blersch selbst nach Matamoros, um die Verladung seiner Waren zu begutachten.²¹⁰ Auch in der Rhein-Main-Region, seit Jahrhunderten ein Umschlagzentrum des europäischen Textilhandels,²¹¹ wollten Betroffene nicht auf die hochwertige Baumwolle aus den Sklavenstaaten verzichten. Transportunternehmen, die Baumwolle auf Rhein und Main verschifften, durch die wachsende Konkurrenz der Eisenbahnen ohnehin bedrängt, beklagten die hinderlichen Folgen des Krieges.²¹² Aufgewühlte Textilhändler und Fabrikanten suchten das Frankfurter Generalkonsulat der Union auf, um zu erfahren, wann endlich wieder Baumwolle aus den teilweise eroberten Häfen des Südens wie New Orleans verschifft werden würde. Etliche Falschmeldungen grassierten in den Zeitungen, wonach die südlichen Pflanzer ihre Baumwolle und ihren Tabak verbrannten. Beruhigung war nötig, um weitere Panik unter den Kaufleuten zu vermeiden, die sich mit zunehmender Dauer der Blockade einen unabhängigen Süden herbeisehnten.²¹³ Das Generalkonsulat veröffentlichte eine Pressemitteilung, der zufolge die „Furcht vor der Vernichtung

206 Scheibert, *Sieben Monate*, 5.

207 Den Aspekt erhöhter Schiffs- und Frachtkosten, die der Blockadehandel verursachte, greift Ashcroft auf; er behandelt allerdings überwiegend den Handel Großbritanniens mit den Konföderierten Staaten. Vgl. Ashcroft, *British Trade*, 155–176.

208 Vgl. Cleveland an Seward, 17. Februar 1862, ORN, I, 7, 90.

209 Vgl. Bailey an Greene, 28. April 1864, in ORN I, 17, 688.

210 Gustav Blersch an Heinrich Hogg, 18. März 1863 und 11. Juli 1864; Sauter, *Auswandererschicksal in Amerika*, 323–325.

211 Vgl. Hahn, *Geschichte des Deutschen Zollvereins*, 86 f.

212 *Frankfurter Nachrichten*, 17. April 1863.

213 Vgl. Murphy an Seward, 20. Januar 1862, NA Frankfurt.

umfangreicher Quantitäten Baumwolle durch die Pflanzer fast gänzlich unbeschränkt“ sei.²¹⁴ Die Pflanzer hielten ihre Baumwolle zwar zurück, zerstört worden sei aber vergleichsweise wenig. Ab 1862 gingen die Pflanzer dazu über, auf ihren Plantagen Getreide für die konföderierte Armee statt Baumwolle anzubauen. Wenn, dann waren es meistens Unionstruppen, die sich an den Erntevorräten ihrer Feinde vergingen oder sie mutwillig zerstörten.



Abb. 7: Aus Baumwollballen errichteter Schutzwall einer Unionsbatterie in Louisiana, 1863.

Die Pflanzer selbst nutzten ihr Embargo vorrangig als Druckmittel, um Europa zur Intervention zu bewegen.²¹⁵ Eine Zerstörung hätte sie nicht nur um ihr eigenes Geld gebracht, sondern auch um das ihrer Makler und Gläubiger in New York, Boston, London, Frankfurt oder Hamburg.²¹⁶

Solche Meldungen halfen den von der Blockade Betroffenen wenig. Die Bilanzen der Frankfurter Herbst- und Frühlingssessen, zu denen Händler, Käufer und Fabrikanten aus allen Teilen Mitteleuropas anreisten, fielen für die Textilmagnaten ernüchternd aus. Die begehrte nordamerikanische Baumwolle erklimmte Preise „in nie geahnter Höhe“.²¹⁷ Ähnlich Betrübnliches meldeten Messebesucher über die Rückgänge der Zigarren- und Tuch-Exporte, verur-

²¹⁴ *Frankfurter Zeitung*, 7. Juni 1862.

²¹⁵ Vgl. McPherson, *Für die Freiheit sterben*, 373 ff.

²¹⁶ Vgl. *Frankfurter Zeitung*, 7. Juni 1862.

²¹⁷ Jahresbericht des Handels- und Gewerbevereins zu Hanau, zit. n. Preußisches Handelsarchiv, 4. August 1865, 140.

sacht durch den erhöhten Einfuhrzoll der Vereinigten Staaten und der kriegsbedingt gesunkenen Nachfrage.²¹⁸ Für einzelne Tabakbauern aus der Pfalz und Baden war dies nicht weiter dramatisch, sie fanden andernorts bereitwillige Abnehmer, etwa in Nordafrika.²¹⁹ Doch das war die Ausnahme. „Wenn unsere Messen überhaupt den größten Theil ihrer früheren Bedeutung verloren haben, [...] so haben solche in den jüngsten Jahren während der Dauer des Amerikanischen Bürgerkrieges durch die Baumwollen-Crisis noch mehr gelitten“, bemerkte ein Kenner des Messengeschäfts.²²⁰

Mehrere deutsche Textilhändler nahmen diese depressive Stimmung zum Anlass, um sich am Blockadehandel zu beteiligen.²²¹ Oft arbeiteten sie zu diesem Zweck mit englischen und amerikanischen Agenten zusammen, die den Handel in ihrem Auftrag koordinierten. Einige der Beteiligten waren unter den Unionskonsuln und ihren Informanten wohl bekannt. Da sie allerdings sehr diskret operierten, konnten keine rechtlichen Schritte gegen diese Leute unternommen werden.²²² Ein in der Pfalz wohnhafter Blockadeschmuggler, gebürtig aus New Orleans, zeigte sich hinsichtlich seiner Geschäfte weniger zurückhaltend. Er prahlte mit den Erfolgen seines Schmuggelgeschäfts zwischen Alabama und Kuba, bei dem er südstaatliche Baumwolle und Zuckerrohr gegen europäisches Schießpulver und Spirituosen tauschte. Nach Kriegsende reiste er in die USA, um wie so viele andere, die am Geschäft mit der Konföderation verdienen wollten, Schadensersatzforderungen für verlorene und konfiszierte Ware zu stellen.²²³

Ein anderer süddeutscher Blockadebrecher war der in Bayern geborene Simon Kahnweiler. Vor dem Krieg war er mit seiner Familie nach Wilmington übersiedelt, der wichtigsten Hafenstadt North Carolinas, wo viele deutschstämmige Kaufleute und Händler lebten.²²⁴ Dort arbeitete er für ein Handelshaus, das die Südstaatenarmee mit Uniformen und Waffen ausstattete.²²⁵ Kurze Zeit darauf kehrte Kahnweiler nach Deutschland zurück und verdingte sich in Frankfurt als Kaufmann. Wahrscheinlich hatte ihn sein Arbeitgeber mit diesem Schritt beauftragt, um einen weiteren transatlantischen Handelsposten für die Versorgung der Konföderation zu errichten. In Frankfurt lernte er Samuel Ricker kennen, den einstigen Generalkonsul, der in seinen Operationen für die Konföderation um Gleichgesinnte bemüht war.²²⁶ Bald nach seiner Ankunft

218 Goldschmidt an das Königlich Württembergische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, 15. Dezember 1864, E 50/60 Bü 70, StA Stuttgart.

219 Vgl. Ricker an Seward, 13. Juli 1861, NA Frankfurt.

220 Goldschmidt an das Königlich Württembergische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, 6. Mai 1865, E 50/60 Bü 70 II, StA Stuttgart.

221 Vgl. Murphy an Bigelow, 8. und 21. Januar 1864, Bigelow Correspondence.

222 Murphy an Bigelow, 8. Januar 1864, Bigelow Correspondence.

223 Vgl. Murphy an Seward, 12. Oktober 1865, NA Frankfurt.

224 Vgl. Bodamer, Von Hannover in die Südstaaten, 333–336.

225 Vgl. Koonce (Hg.), Doctor to the Front, 59 f.

226 Murphy an Seward, 18. Mai 1865, NA Frankfurt; *Amts-Blatt der Freien Stadt Frankfurt*, 17. September 1861.

stieg Kahnweiler in den Blockadehandel ein und verfrachtete Terpentin, Harz sowie Salpeter in die Konföderation. Für den Rückweg nach Europa ließ er Baumwolle aus seinem Privatbesitz in Wilmington in die Blockadebrecher laden.²²⁷ Solche transnationalen Zirkulationsräume ließen Akteure unterschiedlicher Berufsgruppen – vom Kaufmann über Makler, Spediteure, ja sogar Zugführer – direkt und indirekt am Bürgerkrieg in Nordamerika teilhaben. Der Konflikt war somit nicht nur Krise, sondern auch Chance.

Während der Dauer des Bürgerkrieges verlagerten sich die Handelsrouten zwischen Nord- und Mittelamerika und Mitteleuropa sowie die Handelszentren. In Österreichs größtem Überseehafen Triest zum Beispiel sah man nach Kriegsausbruch kaum noch Schiffe mit Baumwolle und anderen amerikanischen Gütern ankern.²²⁸ Le Havre, ein paar Jahre zuvor noch wichtigster Umschlagplatz für Baumwolle auf dem Kontinent,²²⁹ geriet ebenfalls ins Hintertreffen. Schiffe aus Großbritannien, Hamburg und Bremen dominierten den Verkehr zwischen den beiden Kontinenten von 1861 bis 1865.²³⁰ Segelten und dampften zwischen 1857 und 1860 nur durchschnittlich rund 95 Schiffe pro Jahr von Elbe und Weser nach Ostmexiko, Kuba und St. Thomas, so waren es in den Kriegsjahren 1861 bis 1864 über 152 Schiffe jährlich. Von der westlichen Seite des Atlantiks kamen von 1857 bis 1860 nur rund 143 Schiffe im Jahr nach Hamburg oder Bremen, in den ersten vier Kriegsjahren belief sich die Zahl auf durchschnittlich 170 Schiffe.²³¹ Zahlreiche Schiffe, die sich auf dem Weg Richtung Kuba, Bahamas oder Mexiko befanden, waren dem amerikanischen Konsul in Hamburg als vermeintliche Blockadebrecher aufgefallen und standen im Fadenkreuz der Unionsflotte.²³²

Der Karibik- und Mexikohandel der Hansestädte war nachhaltig von den Folgen des Bürgerkrieges berührt und zweifelsfrei förderte er ihn. Die Hamburger Handelskammer hielt die Errichtung eigener Konsulate in Matamoros und auf den Bahamas für „zeitgemäß und wünschenswert“.²³³ Eine ähnliche Blüte des Karibik- und Mexikogeschäfts infolge des Bürgerkrieges in Nordamerika meldete auch Bremen.²³⁴ Bremer Baumwollhändler wie Ludwig Knoop, Besitzer von Handelshäusern in New York, Charleston und New Orleans, gründete 1864 ein Handelshaus in Bombay, um als Direktbezieher

227 Vgl. Foster/Finlason (Hg.), Reports, 709–725.

228 Vgl. Hildreth an Seward, 22. Oktober 1862, NA Trieste.

229 Vgl. Beckert, King Cotton, 210.

230 Vgl. Putnam an Seward, 25. Januar 1864, NA Le Havre.

231 Zahlen zusammengetragen nach Bremer Behörde für die Handelsstatistik; Handelsstatistisches Bureau Hamburg, 1857–1865.

232 Vgl. Anderson an Seward, 27. Oktober 1861; 6. März, 7. März, 1. Juli und 9. Juli 1862, NA Hamburg; McKean an Frailey, 12. April 1862, ORN, I, 17, 213 ff.

233 Protokolle der Commerzdeputation Hamburg, 11. Februar und 10. April 1863, S/599 1863, Archiv der Handelskammer Hamburg.

234 Vgl. Börnstein an Seward, 20. Mai 1863, NA Bremen.

schneller und günstiger an die begehrten Fasern zu gelangen.²³⁵ Von Baltimore in Maryland sendete der aus Bremen stammende Kaufmann Gustav Wilhelm Lürmann, ein Unterstützer der Südstaaten, seinen Neffen zurück in seine Geburtsstadt, um von dort Handel mit Tabak und Baumwolle zu betreiben.²³⁶ All diese Vorgänge waren Symptome ein und derselben Schockwelle, die der Krieg verursacht hatte. Die deutschen Staaten erlebten eine Neuausrichtung ihres Handelsnetzes mit Nord- und Mittelamerika und anderen Teilen der Welt.

Bezeichnend für die offenkundige, aber gern verschwiegene Verwicklung deutscher Schiffer und Kaufleute in den Blockadehandel ist eine Bemerkung aus den Protokollakten des Bremer Kaufmannskonvents. In einer Sitzung vom März 1864 erklärte die Versammlung, dass der Amerikanische Bürgerkrieg „unseren Handel dazu getrieben“ habe, „zum Theil ganz neue Bahnen einzuschlagen, sowohl hinsichtlich der Handelsobjekte als auch ihrer Beziehung [...]“. Importartikel würden nun nicht mehr „wie sonst direkt, sondern auf indirektem Wege zugeführt“.²³⁷ Diese nebulöse Formulierung verwies unweigerlich auf die Beteiligung Bremer und anderer deutscher Kaufleute am Blockadehandel mit den rebellierenden Südstaaten, welcher half, einen der verlustreichsten Konflikte des Jahrhunderts über vier Jahre hinweg zu bestreiten und beinahe dazu geführt hätte, das Überdauern der Sklaverei in den USA auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Womöglich war diese Assoziationsgefahr der Grund, weshalb die zitierte Passage aus der ursprünglichen Protokollfassung gestrichen und nicht veröffentlicht wurde.

Während des Bürgerkrieges importieren die Konföderierten Staaten rund 400.000 Gewehre, das waren sechzig Prozent ihrer gesamten Handfeuerwaffen, drei Millionen Pfund Blei und zwei Millionen Pfund Salpeter (zwei Drittel des konföderierten Schießpulverbedarfs) aus den deutschen Staaten, Großbritannien, Frankreich und Belgien.²³⁸ Hinzu kamen unzählige Tonnen Lebensmittel, Uniformen, Schuhe, Kohle und andere Güter. Der Gesamtwert dieser Importe betrug rund 200 Millionen Dollar.²³⁹ Zwar deckten diese Mengen nie gänzlich den Bedarf von Bevölkerung, Wirtschaft und Armee der Konföderation, doch ohne sie hätte der Süden nicht über vier Jahre lang einen derart ressourcenverschlingenden Krieg führen können.²⁴⁰

235 Vgl. Dahlmann, *The Knoop-Family*, 242.

236 Gustav W. Lürmann an Thomas Baring, 25. November 1861, Baring Brothers Papers, Reel 1418.

237 Kaufmannskonvent-Protokolle, 22. März 1864, VI 4, Bd. 7, Archiv der Handelskammer Bremen.

238 Vgl. Wise, *Lifeline of the Confederacy*, 7, 226.

239 Sexton, *Debtor Diplomacy*, 187.

240 Vgl. ebd., 187–188; Brem Bonner/McCord, *Reassessment*, 397 f.; Wise, *Lifeline of the Confederacy*, 226.

Österreich verkaufte rund 100.000 Gewehre, das waren circa zwanzig Prozent aller aus Europa importierten Gewehre der Konföderierten,²⁴¹ und Dutzende Kanonen an den Süden. Offiziell begründet wurde dies durch ökonomische Notwendigkeiten. Allerdings war das Verhältnis zwischen Österreich und Washington in den vergangenen Jahrzehnten das eine oder andere Mal von diplomatischen Spannungen getrübt worden und die Regierung in Wien wusste,²⁴² dass die Union sich mit Protesten gegen diese Waffenlieferungen nicht zu sehr aus dem Fenster lehnen konnte, ohne weitere außenpolitische Spannungen auszulösen. Österreich nutzte die Situation in gewissem Sinne aus. Auch von anderen deutschen Staaten gingen Waffen und anderes Kriegsmaterial in den Süden; woher genau lässt sich aufgrund der lückenhaften Quellenlage und der Natur des Schmuggelhandels nicht rekonstruieren. Nur an ihren Ausgangsorten, den Häfen Hamburgs und Bremens, fielen gelegentlich Namen von Zwischenhändlern, die die Waffen aus den Binnenländern kommissionierten und verschifften. Dies erlaubt allerdings keine Rückschlüsse auf den Ursprungsort oder den Hersteller der Waffen. Als ähnlich undurchschaubar erweisen sich die Baumwolllieferungen, die aus den Südstaaten über Um- und Schmuggelwege nach Bremen, Hamburg und anschließend in die Binnenregionen kamen.

Die Union importierte deutlich weniger Waffen aus Europa als ihr Gegner, aber auch hier lag allein der Anteil der importierten Handfeuerwaffen bei circa 17 Prozent,²⁴³ wobei Hamburg und Bremen, nach Großbritannien, die wichtigsten Exporthäfen stellten.²⁴⁴ Im Gegenzug erhielt allein Bremen knapp 2,4 Millionen Pfund Baumwolle aus Texas, die über die Grenze ins mexikanische Matamoros geschmuggelt worden war. Unter den zeitgleich nach Bremen importierten Baumwolllieferungen aus Großbritannien (1862 bis 1865: 40,4 Millionen Pfund) sind ebenfalls große Mengen amerikanischer Baumwolle zu vermuten, die mit Blockadebrechern nach Matamoros, Havanna, Nassau und zu den Bermuda-Inseln geschmuggelt wurden und von dort über Liverpool, Manchester und London an die Weser und Elbe gingen.²⁴⁵

Unter Berücksichtigung dieser Zahlen erscheint die Fortführung des Handels zwischen Nordamerika und Europa während des Konflikts nicht als Friedensfaktor, der die Großmächte Großbritannien und Frankreich vor einer militärischen Intervention in den Bürgerkrieg zurückhielt,²⁴⁶ im Gegenteil: Die Tatsache, dass sich keiner der europäischen Staaten offiziell auf eine Seite

241 Weller, *Imported Confederate Shoulder Weapons*, 170.

242 Vgl. Kaufman, *Austro-American Relations*, 203–226; Roberts, Lajos Kossuth, 793–818.

243 Berechnet nach Wilson, *The Business of Civil War*, 231.

244 Vgl. Ex. Doc HR, 2nd Ses, 42nd Cong. Vol. 16, No. 324, 958.

245 Errechnet nach Bremer Behörde für die Handelsstatistik, 1862–1865. Für Daten zum Import südstaatlicher Baumwolle in Großbritannien vgl. Ashcroft, *British Trade*, 155–176.

246 Vgl. Eichhorn, *North Atlantic Trade*, 138–172.

schlug und dadurch der Handel mit beiden Parteien möglich war, trug erheblich zu den hohen Opferzahlen und zur Dauer des Krieges bei.²⁴⁷ Der Verkauf von Kriegsmaterial (welche Güter genau unter diesen Begriff fallen, ist bis zum heutigen Tag strittig) an Kriegführende durch Vertreter eines neutralen Staates auf neutralem Boden war weder verboten noch neutralitätswidrig.²⁴⁸ Ein Neutralitätsbruch hätte nur vorgelegen, wenn ein Schiff aus der Marine des neutralen Staates das Kriegsmaterial in das Gebiet der Union oder Konföderation transportiert hätte.²⁴⁹ Privaten Unternehmen allerdings stand es frei, auf eigene Gefahr Waffen in die Häfen des Nordens und Südens zu verfrachten. Um sich gegen (legitime) Kontrollen und mögliche Aufbringungen durch Schiffe der Unions- oder der Konföderationsmarine zu schützen, deklarierten die Reeder die Kanonen, Gewehre und Stichwaffen in den Frachtpapieren nicht immer als solche, wie das Beispiel der Hapag gezeigt hat.

Der Handel mit der Konföderation war rentabler als der mit der Union, doch die Verlustgefahr war ungleich größer. Mag der Transport in den Norden durchschnittlich weniger Gewinn in die Kassen gespült haben, so war es doch risikoärmer, ein beladendes Schiff nach New York zu schicken als nach Mobile oder Galveston. Dieser Kriegshandel war die Domäne von Privatleuten, die diese Geschäfte auf eigenes Risiko tätigten und keinen Schutz ihres Staates zu erwarten hatten – ein epochentypisches Sinnbild des Handelseifers von Unternehmern und zugleich der Bipolarität, die die Haltung Europas während des Bürgerkrieges kennzeichnete, vor allem aus der Perspektive der Nordstaatler und ihren Sympathisanten. Denn für die einen war der Bürgerkrieg der „größte und folgenschwerste Principienkampf des neunzehnten Jahrhunderts“,²⁵⁰ für die anderen ein Kampf um Marktzugänge, die auch Beteiligungen in den sklavenhaltenden Südstaaten in Aussicht stellten. Zwischen diesen Positionen standen oftmals die Regierungen. Ihre diplomatischen Sympathiebekundungen gegenüber den Vertretern Washingtons wirkten, unter diesem Aspekt betrachtet, wie Lippenbekenntnisse fernab jeglicher Gesinnungspolitik. Auch die vertraulichen Berichte der Unionskonsuln und -gesandten an das Außenministerium und die (leider nur spärlich erhaltenen) privaten Briefwechsel der Konsuln und Gesandten untereinander skizzieren Stimmungsbilder, die von Resignation und Zweifeln an der Solidarität der (mittel-)europäischen Staatsmänner durchzogen waren.²⁵¹

247 Zu den generellen Auswirkungen von Waffenlieferungen durch Dritte auf die Dauer und Intensität von Bürgerkriegen vgl. Moore, *Selling to Both Sides*, 325–347.

248 Vgl. Geffcken, *Die Alabama-Frage*, 11–18.

249 Heffter, *Das europäische Völkerrecht*, 299.

250 Anneke, *Der Zweite Freiheitskampf*, 1. Abt., 5.

251 Vgl. Anderson an Sanford, 10. Oktober 1861, James H. Anderson Papers; Motley an Seward, 25. Juni und 15. August 1862; Seward an Motley, 13. März 1865, zit. n. *Diplomatic Instructions of the Department of State, Austria*, Vol. 1, NA; Murphy an Bigelow, 31. Januar 1863, Bigelow Correspondence.

Kaiser Franz Joseph zum Beispiel betonte gegenüber dem Gesandten John Motley zwar Sympathien für die Union, da sie eine Rebellion von Aufständischen unterdrücke und die einzig legitime Instanz von Recht und Ordnung in dem Konflikt verkörpere.²⁵² Für die freiheitlich-demokratische Staatsform der protestantisch dominierten nordamerikanischen Republik aber konnte die katholische Donaumonarchie wenig Begeisterung aufbringen.²⁵³ Wie sich zeigte, schwebte die Anerkennung der Konföderation als eigenständigen Staat zumindest als theoretisches Druckmittel in den Köpfen einiger hochrangiger Beamter, und die Regierung in Wien hatte keinerlei Skrupel, Kanonen und Gewehre aus ihren Arsenalen an die Waffenhändler der Konföderation zu verkaufen. John Motley erkannte in dieser Ambivalenz eine Berechnung: „Europe is looking on to see which side is the strongest. When it has made the discovery, it will back it as also the best and the most moral.“²⁵⁴ Während Wien und Berlin ihr Wohlwollen gegenüber Washington beteuerten, beluden Spediteure und Reeder Schiffe mit österreichischen und preußischen Waffen, die in Wilmington, Mobile, Havanna oder Matamoros gegen Baumwolle und Tabak aus den Südstaaten getauscht wurden.

Diese Trennung von Staat und Privatwirtschaft war ein Charakteristikum dieser Epoche.²⁵⁵ Sie ermöglichte dem ökonomischen Handeln der Staatsbürger weite Spielräume und wurde durch die Neutralität ihrer Regierungen gefördert. Eine am Handel orientierte Diplomatie der Hintertürchen und abwägendes Kalkül bestimmte die Handlungen vieler der vom Bürgerkrieg tangierten Akteure. Diese Handlungsdirektive kann besser nachvollzogen werden, wenn man die „geistige Wende“ vom Idealismus zum Materialismus als einen ihrer Ursprünge in Betracht zieht. Ihr war ein allgemeiner ökonomischer Wachstumsschub vorausgegangen, der sich im nordatlantischen Raum Bahn brach, und an dem die Sklaverei erheblichen Anteil hatte.²⁵⁶

Der Bürgerkrieg war nicht ausschließlich Krise, er barg auch ökonomische Chancen. Zahlreiche Marktbeteiligte, die einerseits die Rebellion der Südstaaten und die Sklaverei kritisierten, schlugen andererseits ihren Profit daraus. Dass trotz der Unpopularität der amerikanischen Sklaverei in Mitteleuropa so viele materielle Interessen mit ihr verbunden waren, war ein Indiz für die über Jahrzehnte gewachsene Verflechtung der nordatlantischen Welt, in der die Sklaverei eine zentrale Rolle einnahm. Importeure, Makler und Fabrikanten in

252 Vgl. Motley an Seward, November 1861 (genaues Datum fehlt); Motley an seine Mutter, 11. November 1861 und 6. März 1864, zit. n. Curtis, *The Correspondence of John Lothrop Motley*, Vol. II, 39, 152–153 und Motley an Seward, 25. Juni 1862, NA Austria.

253 Vgl. Ernst, *Das Jahr 1865*, 69.

254 Motley an Oliver Wendell Holmes, 14. November 1861, zit. n. Curtis, *The Correspondence of John Lothrop Motley*, Vol. II, 42–43.

255 Vgl. Polanyi, *The Great Transformation*, 285 f.

256 Vgl. Baptist, *The Half has never been told*, 318–322, 350–359; Winkler, *Geschichte des Westens*, 687–690.

Deutschland spekulierten mit Baumwolllieferungen aus den blockierten Häfen der Konföderation oder schickten direkt Schiffe zu den neutralen Häfen in der Karibik und an der mexikanischen Ostküste.²⁵⁷ Die beteiligten Reeder und Importeure verhielten sich hinsichtlich der Preisgabe ihrer Identität überaus diskret. Kein Unternehmer wollte seinen Namen in Verbindung mit Schmuggelgeschäften erwähnt sehen.²⁵⁸ Möglicherweise war diese Diskretion auch ein Akt von Schönfärberei oder Distanzierung vom Geschäft mit der Sklaverei. Offensives Prahlen mit der eigenen Beteiligung am Blockadegeschäft waren Einzelfälle und traten in dieser Form nur bei Überzeugungstätern auf. Der aus Hannover stammende August Conrad, Leiter einer erfolgreichen Blockadebrecherunternehmens in Wilmington versicherte später, dass er „weniger begeistert für die Sache des Südens war“ und seine „eigenen Interessen denen der Conföderierten Staaten voranstellte“. Seine Interessen hätten vorrangig in der finanziellen Sicherung des eigenen Lebensunterhalts gelegen.²⁵⁹ Ob das der Wirklichkeit entsprach, bleibt sein Geheimnis.

Die United States Sanitary Commission in Mitteleuropa

Die Kriege der fünfziger und sechziger Jahre verstärkten „transnationale Initiativen nichtstaatlichen Charakters“.²⁶⁰ Dazu zählten Spenden von Vereinen und freiwillige Hilfsaktionen aus der Bevölkerung. Weitverbreitet war zum Beispiel das Charpie-Zupfen, bei dem alte Leinenreste zu Verbandmaterial für Soldaten zusammengenäht wurden – eine „nützliche Beschäftigung in wilder Zeit“, die gerade in der Zeit des Baumwollmangels Konjunktur hatte.²⁶¹ Auch die Zahl karitativer Frauenorganisationen erreichten Mitte des Jahrhunderts eine erste Kulmination, bevor die „Nationalisierung fast aller Politik in Europa“ sie wieder sinken ließ.²⁶² Spendenaktionen von Bürgerinnen und Bürgern der deutschen Staaten zugunsten amerikanischer Soldaten können daher entweder als Relikt dieser ersten Internationalisierungswelle gelten oder als Beweis für die Beständigkeit informeller, transnationaler Hilfsinitiativen.²⁶³

Solchen Initiativen verdankte die kriegsgebeutelte Bevölkerung der Vereinigten Staaten, dass aus den Hansestädten und anderen Teilen Mitteleuropas nicht nur Waffen über den Atlantik gingen, sondern auch Mittel, um die Wunden zu heilen, die diese Waffen verursacht hatten: Erkenntnisse und Neu-

²⁵⁷ Vgl. Hirth, *Statistisches*, 538; *Süddeutsche Zeitung* (Morgenblatt), 25. März, 1863; *Weser-Zeitung*, 31. Dezember 1862 (Beilage).

²⁵⁸ Vgl. Sexton, *Debtor Diplomacy*, 167–172.

²⁵⁹ Conrad, *Schatten und Lichtblicke*, 82.

²⁶⁰ Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 724.

²⁶¹ Vgl. Neudorfer, *Handbuch der Kriegschirurgie*, 143 ff. Zit. Freytag, *Soll und Haben*, 341.

²⁶² Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 728.

²⁶³ Vgl. ebd., 728.

erungen im Bereich des Sanitätswesens wurden ausgetauscht, ausgiebig rezipiert und später in den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 angewendet und weiterentwickelt.²⁶⁴ In diesem Zusammenhang sind besonders die Spendenkampagnen für die United States Sanitary Commission hervorzuheben, die in der deutschen Bevölkerung Anklang fanden und zu diesem Wissensaustausch beitrugen.

Humanitäre Hilfe und transnationale Hilfsnetzwerke in Kriegszeiten waren epochentypisch. Man denke allein an die „Kriegerpflege“.²⁶⁵ In der Hilfe für Verwandte, Verwundete und Unterdrückte konvergierten religiöse und weltliche Motive: das Bedürfnis nach Erlösung durch gelebte christliche Nächstenliebe, die Unterstützung ethnischer Gemeinschaften und politisch Gleichgesinnter²⁶⁶ oder die Etablierung gewinnbringender Geschäftskontakte in neue Märkte. Ein ehrenamtlicher Helfer aus Nordamerika erkannte in der großen Spendenbereitschaft während des Bürgerkrieges den Fortschritt globaler Humanität:

The world has in the last fifty years made such advances in humanity that the public in Christian countries will not look on calmly while scenes of horror pass before their eyes, which in former times excited no comment whatever, and were deemed inevitable.²⁶⁷

Mit Blick auf den Deutsch-Dänischen Krieg urteilte ein norddeutscher Zeitgenosse, „dass die Grundsätze der Menschlichkeit auch im Kriege immer weitere Anerkennung“ fänden.²⁶⁸ Ohne freiwillige Hilfsleistungen hätte die Versorgung Verwundeter niemals den Organisationsgrad erreichen können, um den Anforderungen der Konflikte gerecht zu werden.²⁶⁹

Die 1861 gegründete United States Sanitary Commission (USSC) war ein Zögling dieser aufkeimenden transnationalen Hilfsnetzwerke. Ihre Mitarbeiter pflegten Tausende kranke und verwundete Soldaten, die der Bürgerkrieg bald reihenweise zu verantworten hatte. Ihre Mittel bezog die USSC durch Sach- und Geldspenden aus der Bevölkerung. Regierungsgelder lehnte sie ab, um politische Seilschaften zu vermeiden.²⁷⁰ Ende 1863 und Anfang 1864 gründeten sich – auf Initiative dort lebender amerikanischer Staatsbürger – Zweigstellen in London und Paris. In der französischen Hauptstadt residierte mit Konsul John Bigelow eins ihrer aktivsten Mitglieder. Er war eine der treibenden Kräfte

264 Vgl. Esmarch, Ueber den Kampf der Humanität; ders., Verbandplatz und Feldlazareth; Haurowitz, Das Militärsanitätswesen; Lasius, Die Vereine zur Pflege; Martini, Über Kriegschirurgie; Neudorfer, Handbuch der Kriegschirurgie.

265 Vgl. Laqua, Inside the Humanitarian Cloud, 176.

266 Vgl. ebd., 176–184.

267 *The Sanitary Commission Bulletin*, 15. Februar 1864, 232.

268 Lasius, Die Vereine zur Pflege, 21.

269 Vgl. *The Sanitary Commission Bulletin*, 15. April 1864, 354.

270 Vgl. Thompson, The U.S. Sanitary Commission, 51.

hinter den Spendenaufrufen der USSC in Europa, die bald auch Deutschland erreichten.²⁷¹

Im hanseatischen Bürgertum fielen die Aufrufe der USSC auf fruchtbaren Boden. Die Wohlfahrtspolitik der Hansestädte war traditionell von privater Eigeninitiative und Stiftungsarbeit geprägt. Vor 1871 existierten dort nur wenige staatliche Hilfseinrichtungen. Die ärmeren Einwohner waren auf das Wohlwollen und die Initiative ihrer Mitmenschen und Stiftungen angewiesen.²⁷² Federführend in dieser Bewegung waren meist Menschen aus bildungsbürgerlichen und kaufmännischen Kreisen, die eine Fürsorgepolitik anstrebten, die in der „protestantischen Sozialethik“ wurzelte.²⁷³ Frauen hatten in diesem Geflecht privater Wohlfahrtsinitiativen vergleichsweise große Gestaltungsmöglichkeiten.²⁷⁴ Anfang Januar 1864 wandte sich die Leitung der Sanitary Commission mit der Bitte an Konsul James Anderson in Hamburg, Spenden amerikanischer Bürgerinnen und Bürger und „foreigners who sympathize with our cause“ für die bevorstehende Metropolitan Fair in New York zu sammeln, einer Ausstellung, deren Erlöse an die USSC gingen.²⁷⁵ Anderson rief daraufhin ein Hamburger Komitee ins Leben, bestehend aus ihm selbst, Heinrich Christian Meyer (Carl Schurz' Schwager) sowie John Warburg und Johann Heinrich Goßler, beide Chefs der renommierten gleichnamigen Bankhäuser.²⁷⁶ Auf einer Sitzung des Komitees in der Hamburger Börse Anfang März, zu der „all friends of the Union, of whatever nationality“ eingeladen waren, verwies ein deutsch-amerikanischer Kaufmann auf die wesentlichen Verflechtungselemente, die beide Republiken zu einer Schicksalsgemeinschaft formten: „Many of your sons, that have settled among us, [...] a direct line of steamers, carrying on a great and growing commerce, and over and above all [...] the holy sisterhood of republican government and institutions.“²⁷⁷ Der Sprecher bedauerte, dass die Hamburger durch den Krieg mit Dänemark selbst genug eigene Verwundete zu pflegen hatten, aber „to the good and generous, charity may begin at home, but it does not stop there, and believing you to be such, we leave our cause, with full confidence, in your own generous hands.“²⁷⁸ Heinrich Christian Meyer verkündete: „I want to do all I can for such a noble [sic] object – as the relieving [sic] the world of the dirty institution of slavery is,“ und spendete unter anderem eine Skulptur.²⁷⁹

271 Vgl. ebd., 46.

272 Vgl. Evans, Tod in Hamburg, 108–114.

273 Schulz, Liberalismus in Hamburg und Bremen, 160; Unbekannt, Bremen, 84.

274 Vgl. Evans, Tod in Hamburg, 112.

275 Anderson an Seward, 18. März 1864, NA Hamburg.

276 Zu den Bankhäusern Warburg und Berenberg-Goßler vgl. Historisch-biographische Blätter, Bd. 7, Lieferung 6, 22 und 24.

277 Beilage in Anderson an Seward, 18. März 1864, NA Hamburg.

278 Ebd.; zu Gotendorf vgl. Singer/Jacobs, Gotendorf, 51.

279 Heinrich Christian Meyer an Anderson, 5. März 1864, Anderson Papers.

Um mehr Spendenwillige zu erreichen, veröffentlichte das Komitee Zeitungsaufrufe. Darin fungierte die deutsche Diaspora als Trigger zur Generierung transnationaler Solidarität: „Remember the number of brave Germans in the U.S. Army; the good cause they are fighting for; the benevolence of the people of the United States in times past; and the friendly ties binding together Germany and America.“²⁸⁰ Solche Appelle fanden Zuspruch. Die Hapag erklärte sich zur kostenlosen Verfrachtung der Spenden bereit und nutzte die Gelegenheit „to lend a helping hand in promoting this charitable object“.²⁸¹ Konsul Anderson rechnete trotzdem nicht mit vielen Spenden, da der Krieg gegen Dänemark die Aufmerksamkeit der Deutschen vereinnahmte.²⁸² Hamburg lag an der Grenze zum umkämpften Holstein und war Durchgangsort, Nachschubbasis und Lazarettstadt für die deutschen Truppen. Überall in der Stadt pflegten die Einwohner verwundete Soldaten. Im benachbarten Altona spielten sich ähnliche Szenen ab.²⁸³ Konsul Marsh und ein Vertreter der Sanitary Commission machten sich vor Ort ein Bild über die Zustände in den Lazaretten, um Informationen über die Hygienezustände zurück in die USA zu schicken.²⁸⁴

Von Anfang Februar bis Ende Mai kamen allein aus Hamburg Spenden von rund 80.000 Mark Bargeld, Tausende Hemden, Jacken, Strümpfe und Kissen sowie Sanitätsbesteck und pfundweise Verbandszeug für die verwundeten preußischen und österreichischen Soldaten.²⁸⁵ Auch die zahlreichen Frauen- und Schleswig-Holstein-Vereine sammelten Geld und Sanitätsmaterial für die deutschen Truppen.²⁸⁶ Für größere Spenden nach Amerika aber fehlten den meisten nun schlicht Zeit und Mittel: „I am sure we have friends here, but they think the German war on their hand is all they can bear,“ meldete Anderson nach Washington.²⁸⁷ Einen Großteil der Spenden hatte Anderson aus eigener Tasche bezahlt. Über 2.000 Dollar war ihm diese Hilfe wert gewesen. Den Organisatorinnen der New Yorker Metropolitan Fair wollte der Konsul deshalb keine allzu großen Hoffnungen machen. Er arbeitete aber weiterhin emsig daran, das „human undertaking“ der Sanitary Commission durch Aufrufe

280 *In behalf of the sick and wounded soldiers of the Army of the United States*, Hamburg, 9. März 1864. Anlage zu Anderson an Seward, 18. März 1864, NA Hamburg.

281 Das amerikanische Konsulat hatte sich nach Erhalt des Schreibens der *Sanitary Commission* an die Hapag gewandt und um kostenlose Verfrachtung der Hamburger Spenden gebeten. Ob Anderson dem Direktorium dafür Gegenleistungen anbot, ist nicht überliefert. Vgl. Godeffroy und Hudepoll an Anderson, 13. Februar 1864, Anderson Papers.

282 Anderson an Elizabeth Sherwood, 13. Februar 1864, Beilage zu Anderson Seward, 18. März 1864, NA Hamburg.

283 Vgl. Fischer, *Der Krieg in Schleswig*, 140 f.

284 Vgl. *Altonaer Zeitung*, 2. September 1864.

285 Vgl. Lasius, *Die Vereine zur Pflege*, 11.

286 Vgl. ebd., 1 ff.; Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, 771.

287 Anderson an Sherwood, 13. Februar 1864, Beilage zu Anderson an Seward 18. März 1864, NA Hamburg.

in deutschen Zeitungen voranzutreiben.²⁸⁸ Die Kommission wollte mit ihren Aufrufen in erster Linie Landsleute im Ausland ansprechen. Jede größere Stadt wie Dresden, München oder Berlin habe eine „American colony“, waren sich die Verantwortlichen sicher.²⁸⁹ Gerade in den Städten mit amerikanischen Vertretungen konnte man auf solche „national communities“ stoßen, die häufig die Entourage des jeweiligen Konsuls oder Gesandten bildeten.²⁹⁰ Doch diese Gemeinschaften schienen oftmals, trotz allem Patriotismus, den man ihnen nachsagte, keine bessere Hilfe für die Union zu bieten als „wordy warfare at dinner tables and in cafés“.²⁹¹ Dennoch sollten sich in den nächsten Wochen zahlreiche weitere Spenderinnen und Spender finden.

Zur Überraschung der Initiatoren handelte es sich dabei häufig nicht um Amerikaner. Die Mitglieder des Hamburger USSC-Komitees galten als „men of wealth and influence“.²⁹² Das galt auch für viele Spender. Sie waren mehrheitlich Politiker, Kaufleute oder Künstler und Künstlerinnen. Zu den Prominentesten dieser Gruppe gehörten die Hamburger Bürgerschaftsmitglieder Isaac Wolffson und Jacob Trittau. Wolffson war Unterstützer der jüdischen Emanzipation und zwischen 1861 und 1863 Präsident der Bürgerschaft gewesen,²⁹³ während sich der Demokrat Trittau als lautstarker Kritiker des Senats hervortat.²⁹⁴ Die wertvollsten Spenden stammten von der Künstlerin Olga Lehmann, die der USSC acht Gemälde vermachte. Auch Carl Schurz' Schwager Heinrich Christian Meyer befand sich unter den Spendern. Er und viele andere Gönner unterhielten familiäre oder geschäftliche Beziehungen nach Amerika. James Gotendorf zum Beispiel, gebürtiger Holsteiner mit amerikanischer Staatsbürgerschaft, war ein Freund Horace Greeleys, ein überzeugter Abolitionist und Herausgeber der *New York Tribune*.²⁹⁵ Der Bankier Johann Heinrich Goßler hatte in Amerika einen Teil seiner Ausbildung absolviert, eine Bostonerin geheiratet und dort eine Handelsniederlassung gegründet.²⁹⁶ Die Bekleidungsfirma Stürken, von Bargaen & Co. importierte amerikanische Baumwolle, um sie dann, in Form von Jacken, Hosen und Röcken, wieder in die USA zu verkaufen.²⁹⁷ Soziale oder ökonomische Verbundenheit waren den

288 Anderson an Sherwood, 12. März 1864, Beilage zu Anderson an Seward 18. März 1864, NA Hamburg.

289 *The Sanitary Commission Bulletin*, 15. Januar 1864, 170.

290 Vgl. Kilbride, *Being American in Europe*, 150–151, Zit. 151.

291 *The Sanitary Commission Bulletin*, 15. Januar 1864, 170.

292 Anderson an Sherwood, 12. März 1864, Beilage zu Anderson an Seward 18. März 1864, NA Hamburg.

293 Vgl. Landsberg, Wolffson, 67–68.

294 Vgl. Heyden, *Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft*, 139 f., 159 ff.

295 Vgl. Singer, James Gotendorf, 111 f.

296 Vgl. *Hamburgische Biografie*, Bd 2, 152–153; *The Boston Directory*, 222; Hoyt (Hg.), *The New-England Historical and Genealogical Register*, 339.

297 Zu den Berufen und Branchen einzelner Personen und Firmen vgl. *Hamburgisches Adreßbuch für 1864*.

meisten der Beteiligten Antrieb, für die Sanitary Commission zu spenden. Je konkreter die Verbindungen mit Übersee waren, desto wahrscheinlicher war der Wille zum Handeln beziehungsweise die Bereitschaft zu spenden. Die ideale Komponente des „war of freedom against slavery“ war ein gern genutztes Stilmittel,²⁹⁸ um die Spendenaufrufe der USSC zu bewerben. Allerdings richtete sich solcherlei Rhetorik vornehmlich an Deutschamerikaner, deren ethnische Selbstbild eng an die Antisklavereibewegung gekoppelt war.²⁹⁹ Aufrufe an die Daheimgebliebenen in Deutschland ließen den Kampf gegen die Sklaverei oft unerwähnt. Sie wählten nationalistische Parolen und sprachen von der „Aufrechthaltung des Washington’schen Riesenbaues“, um den Menschen die Kriegsziele der Union zu veranschaulichen.³⁰⁰ Petitionen oder Solidaritätsbekundungen in großen Versammlungshallen oder auf Marktplätzen wie in Birmingham, Blackburn oder Manchester konnten die Aufrufe in deutschen Städten nicht bewirken.³⁰¹ Hauptsächlich lag dies an Ereignissen wie dem Krieg gegen Dänemark, die die Aufmerksamkeit und Spendenbereitschaft der deutschen Bevölkerung strapazierten. Zudem war der einzig belegbare Ort einer öffentlichen Versammlung zugunsten der Sanitary Commission, ein Nebenraum der Hamburger Börse, nicht unbedingt der geeignetste Platz, auf dem sich Hafearbeiter oder Schiffszimmermänner Schulter an Schulter mit Großbürgern wie den Godeffroys, Goßlers oder Meyers zugunsten der Union und ihrer Soldaten hätten solidarisieren können.³⁰² Vor allem nicht, wenn Freunde und Verwandte gerade ganz in der Nähe gegen dänische Truppen kämpften oder verwundet im Lazarett lagen.

Letztlich spendeten 37 norddeutsche Kaufleute, Firmen und Künstlerinnen für die Metropolitan Fair der USSC. Ihre Geld- und Sachspenden hatten einen Wert von rund 2.200 Dollar.³⁰³ Diese Summe wurde nicht in den allgemeinen Kassenbüchern der Sanitary Commission geführt, denn laut diesen belief sich der Gesamtbetrag aller deutschen Spenden aus den Jahren 1861 bis 1866 auf 843 Dollar. Damit war das deutschsprachige Mitteleuropa immer noch die drittgrößte europäische Spendenregion, hinter Großbritannien und Frankreich.³⁰⁴

298 Remarks of Mr. Gotendorf, 4. März 1864/The Metropolitan Fair of New York City, Beilage zu Anderson an Seward, 18. März 1864, NA Hamburg.

299 Vgl. Efford, *German Immigrants*, 53–85.

300 *Börsen-Halle*, 12. März 1864 (Nachmittags-Ausgabe). Interessanterweise erschien der Artikel über den von Anderson initiierten „Ausschuss von Freunden Nordamerikas“ erst acht Tage nach der Versammlung des Komitees in der Börsenhalle.

301 Vgl. Blackett, *Divided Hearts*, 169–212.

302 Für eine zeitgenössische Beschreibung der Hamburger Börse vgl. Geissler, *Hamburg*, 25–30; *Die Gartenlaube*, Nr. 49, 1862, 772–775. Für einen Einblick in die Sozialgeschichte Hamburger Hafearbeiter vgl. Ditt, *Fabrikarbeiter und Handwerker*, 307 f.

303 Summe des Spendenumfanges und der Spender berechnet nach Anderson an Sherwood, 12. und 26. März sowie 16. und 19. April 1864.

304 Die Einnahmen aus England und der Niederlassung in London beliefen sich im selben Zeitraum auf 47.935,75 Dollar. Die Spenden aus Frankreich und dem Büro in Paris betragen

Die Spenden, die das Hamburger Komitee akquirierte, waren ausschließlich für die Metropolitan Fair in New York 1864 bestimmt. Deren Erlöse beliefen sich auf insgesamt 16.491,88 Dollar.³⁰⁵ Damen und Herren aus dem Hamburger Raum gehörten zu den „untiring givers“ der Veranstaltung. Einige Berliner Professoren verliehen ihrem Wohlwollen gegenüber der Union in einem Buch Ausdruck, das sie mit seitenlangen Sympathiebekundungen gefüllt hatten.³⁰⁶ Weitere Sachspenden aus Deutschland, die die Besucher in den Ausstellungsräumen der Metropolitan Fair bestaunen und erwerben konnten, waren Kulturgüter wie Briefe und Manuskripte Alexander von Humboldts, Goethes und Friedrichs II. – ein Querschnitt deutschsprachigen Geisteslebens der letzten einhundert Jahre, der letztlich als Demonstration einer vorgeblichen Kulturnation dienen sollte, eines – so der in den USA weitverbreitete Eindruck – „lands of advanced ideas“.³⁰⁷

Eigentlich rechneten die Europa-Niederlassungen der Sanitary Commission überwiegend mit Spendern, die ursprünglich aus den Vereinigten Staaten stammten. Wenn sie schon nicht direkt am Bürgerkrieg teilhaben konnten, sollten Amerikaner in Europa die Sache der Union wenigstens humanitär unterstützen. Die Multipolarität von Diasporas und ihre Fähigkeit, Verbindungen zum Heimatland zu generieren und politische und kulturelle Beteiligung anzuregen, ist stets eine Stärke solcher Gruppen gewesen.³⁰⁸ Auswanderergemeinschaften sind nie völlig isoliert, gerade wenn sie über ein gewisses kulturelles oder wirtschaftliches Kapital verfügen wie viele der im Ausland lebenden Amerikaner. Dieser „diasporic nationalism“ kann sowohl dem Heimatland als auch den im Ausland Lebenden dazu dienen, nationale als auch persönliche Interessen vor Ort voranzutreiben.³⁰⁹ Die Sammelkampagne der USSC unterstrich das deutlich. Die Mehrheit der in Hamburg und anderen deutschen Regionen wohnenden Amerikaner waren gut in die sozioökonomischen Strukturen vor Ort integriert und regten „those who only knew America in books and in their dreams“ zu Spenden an.³¹⁰ Allerdings gingen die Amerikakenntnisse vieler deutscher Spender über bloßes Buchwissen hinaus: Sie konnten von wirtschaftlichen Interessen gelenkt sein oder von familiären und freundschaftlichen Verflechtungen. Einem Pressebericht zufolge handelte es sich überwiegend um Kunstschaffende, weniger um „Capitalisten“, die ihre Verbundenheit mit den Bürgerkriegssoldaten durch Sachspenden Ausdruck verlie-

16.922,72 Dollar. Möglicherweise wurden über Paris ebenfalls Spenden aus dem deutschsprachigen Raum gesammelt, da das dortige Büro als offizielle „European Branch“ galt. Vgl. Stillé, *History of the United States Sanitary Commission*, 546.

305 A Record of the Metropolitan Fair, 180.

306 Vgl. ebd., 175.

307 Ninkovich, *Global Dawn*, 111.

308 Vgl. Kenny, *Diaspora*, 52 f.; Rumbaut, *On the Past and Future*, 160–167.

309 Kenny, *Diaspora*, 53.

310 A Record of the Metropolitan Fair, 175.

hen.³¹¹ Künstlerinnen und Künstler aus dem Düsseldorfer Raum zum Beispiel, Freunde des dort lebenden amerikanischen Malers John R. Tait, spendeten reichlich.³¹² Die *Weser-Zeitung* druckte einen Aufruf aus St. Louis, einer Gemeinde mit vielen deutschen Einwanderern, der die vermeintlich gemeinsame Freiheitsliebe der Ausgewanderten und der Daheimgebliebenen beschwor, um für Spenden zugunsten der USSC zu werben. Unter den 250.000 Soldaten der Union, die sich gerade im Mississippi-Tal befanden, seien „mindesten 50.000 Deutsche, die für Recht und Freiheit kämpfen und [...] dem deutschen Namen diesseits des Oceans zu Ehren gebracht haben“.³¹³

Eine Spende bot Frauen und Männern in den deutsche Staaten Gelegenheit, sich am Freiheitskampf in Amerika zu beteiligen. Ob damit auch die Freiheit der versklavten Afroamerikaner gemeint war oder nur die der Auswanderer, ließ der Aufruf offen. Allerdings, „wer immer in Deutschland sein Scherflein für unsere Wohltätigkeitsbazars beigetragen hat“, versicherte ein Korrespondent der Augsburger *Allgemeinen Zeitung*, „kann sich des erheben den Bewußtseins erfreuen[,] an der großartigsten und wirksamsten Organisation thätiger Menschenliebe Theil zu haben[,] die es jemals in der Welt gegeben hat.“³¹⁴ Wem das nicht zusagte, dem boten die Ausstellungen der USSC unternehmerische Vermarktungsmöglichkeiten.

Ökonomische Interessen spielten eine nicht zu unterschätzende Rolle für die humanitäre Hilfe aus Deutschland. Schon ihrem Namen nach hatten die *Sanitary Fairs* der USSC (die Veranstaltung in New York war nicht die einzige Veranstaltung dieser Art) messeähnlichen Charakter. Besonders großzügige Spender köderten die Veranstalter mit gewinnbringenden Werbemöglichkeiten: „Den Fabrikanten wird bei reichlichen Gaben Gelegenheit geboten, ihre Fabrikate Hunderttausenden hier zu zeigen, und ihre Einsendungen [können] ihnen doppelten Segen bringen.“³¹⁵ Deutschen Unternehmern und Fabrikanten öffneten diese Veranstaltungen also ein Eingangstor für den amerikanischen Markt. Dies zeugt von der steigenden sozioökonomischen Verzahnung beider Weltteile, aber auch von der Veränderung transnationaler Gemeinschaften im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Grenzüberschreitende Hilfe für weit entfernte Regionen profitierte von Auswanderergemeinschaften. Sie schufen Resonanzräume, die das Hilfspotenzial verstärkten. Basierte humanitäre Hilfe zu Beginn des 19. Jahrhunderts fast ausschließlich auf religiösen Motiven und dem rudimentären Aktivismus kleinerer Auswandererkollektive,³¹⁶ wurden

311 *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 29. Juni 1864 (Beilage).

312 Vgl. *The Sanitary Commission Bulletin*, 15. Juni 1864, 495. Zu John R. Tait vgl. White (Hg.), *The National Cyclopaedia of American Biography*, 13, 277.

313 *Weser-Zeitung*, 11. März 1864 (Morgenausgabe).

314 *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 29. Juni 1864 (Beilage).

315 *Weser-Zeitung*, 11. März 1864 (Morgenausgabe).

316 Vgl. Götz, *Rationales of Humanitarism*, 198 ff.

sie sechzig Jahre später von konkreten kommerziellen Interessen begleitet, die auf der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft beruhten. Humanitäre Hilfe konnte zu diesem Zeitpunkt Werbemittel und Türöffner für neue Märkte sein. Je größer die Entfernung zwischen Krisen- und Spenderregion, desto eher war diese Hilfe auch auf logistische Unterstützung global operierender Akteure – wie zum Beispiel der Hapag – angewiesen, die sich davon Nutzen versprachen. Diese Faktoren bewirkten, dass das Gewinnstreben in dieser Zeit zu einer der „stärksten Antriebskräfte für Aktivitäten über nationale Grenzen hinweg“ wurde.³¹⁷

Die Spenden waren auch ein Beleg für individuelle Partizipation in transnationalem Rahmen abseits staatlicher Direktiven. Sie standen sinnbildlich für den „Wandel in der Beziehung zwischen Individuum und Staat“,³¹⁸ wie ihn die Kriege über das ganze 19. Jahrhundert hinweg provozierten. Der Bürgerkrieg involvierte Menschen unterschiedlicher Nationalitäten in einem grenzübergreifenden Rahmen und war ein Lehrstück zivilgesellschaftlicher Partizipation: Dass aus Deutschland Spenden für die Verwundeten des Bürgerkrieges eingingen, lag, in der Analyse eines ranghohen Beamten aus Oldenburg, an dem „unabhängig von der Bundesregierung gebildete[n], mächtige[n], ganz bürgerliche[n] Organismus der Helfer“.³¹⁹ Die USSC und andere Kommissionen, Komitees und Vereine entfalteten ein breiteres Aktivierungspotenzial als staatlich koordinierte Initiativen, da sie keine unmittelbare Hilfe für den Staat zur Verfügung stellten, sondern für die Bürger des Staates. Viele der Spenderinnen und Spender aus den deutschen Staaten gaben nicht aus Solidarität mit der Regierung in Washington, sondern weil sie, teils aus nationalistischen, verwandtschaftlichen oder wirtschaftlichen Antrieben heraus, die deutschstämmigen Soldaten in Nordamerika als Elemente einer „nationalen Ersatzgemeinschaft“ verstanden, die sich in der „integralen, kulturellen Imagination“ einer deutschen Nation begründete,³²⁰ in der einzelne ihrer Mitglieder für bürgerliche Freiheiten und Selbstbestimmung kämpften.

Derartige Hilfsaktionen boten auch Frauen die Gelegenheit, eine wichtige Funktion in diesem geopolitischen Ereignis auszuüben. Einige Wochen vor Ende des Bürgerkrieges fanden sich Mitglieder des Frauenvereins aus Oldenburg zusammen, um einem Vortrag über die „freiwillige Hülfe im Kriege“ beizuwohnen.³²¹ Der Referent betonte, dass die jüngsten Kriege in Europa und Nordamerika vor allem offenbarten, wie die militärischen Befehlshaber die einst „verschmähte freiwillige Hilfe“ von Männern und Frauen bereitwillig

317 Paulmann, *Grenzüberschreitungen und Grenzräume*, 190.

318 Buschmann, *Einkreisung und Waffenbruderschaft*, 147.

319 Lasius, *Die Vereine zur Pflege*, 23.

320 Zur Bedeutung der „Auslandsdeutschen“ für die Imagination einer deutschen Nation vor 1866 vgl. Conrad, *Globalisierung und Nation*, 233–238, Zit. 234.

321 Vgl. Lasius, *Die Vereine zur Pflege*, IV.

anzunehmen begannen.³²² Wie diese Hilfe „eingeleitet, vorbereitet und dargeboten“ werden müsse, das habe der amerikanische Krieg gelehrt.³²³ Er sei ein Sinnbild für das Schwinden der Macht der Armeen als „Disziplinierungsinstanz und innenpolitisches Machtinstrument“;³²⁴ ausgelöst durch die fortschreitende Verzahnung von Bürgertum, Arbeitern und Soldaten.³²⁵ Ähnlich urteilte ein Arzt aus Schleswig, der kurz nach Ende des Krieges in die USA reiste, um die dortigen Militärlazarette zu inspizieren: In „kaum einer früheren Zeit“ sei „so viel Theilnahme für das Unglück unserer Mitmenschen bewiesen worden“ als während der Kriege auf der Krim, in Italien und dem „furchtbaren Bürgerkrieg in Nordamerika“. Nie zuvor habe die „Kriegsgeschichte“ mehr „Selbstaufopferung Tausender Männer und Frauen“ erlebt, „die sich freiwillig dem Dienste der Kranken und Verwundeten“ gewidmet hatten.³²⁶

Die deutschen Spenden für die Sanitary Commission waren das Symptom einer sich anbahnenden, gleichberechtigten Kooperation der Geschlechter. Von umfassender Emanzipation konnte hierbei freilich nicht die Rede sein, doch die europäischen und nordamerikanischen Kriege der fünfziger und sechziger Jahre erlaubten zumindest Ansätze geschlechtsunabhängiger Hilfs- und Gesellschaftskollektive.

Deutsche Auswanderer und ihre (un-)freiwilligen Kriegsdienste

Die deutschen Spenden zugunsten der Sanitary Commission kamen zu einer Zeit, in der die Union ihre schwerste innenpolitische Krise seit Kriegsausbruch erlebte. Steigende Opferzahlen, erhöhte Steuern und Lebenshaltungskosten schürten Unmut in der Bevölkerung. Militärisch kam es auf dem Hauptkriegsschauplatz Virginia im Sommer 1864 zum Stillstand, die Rufe der Kriegsgegner wurden immer lauter.³²⁷ Ebenso besorgniserregend war, dass die dreijährige Dienstzeit vieler Freiwilliger in der Unionsarmee endete.³²⁸ Durch Einberufung per Losverfahren und Prämien füllte das Kriegsministerium die Lücken in den Reihen seiner Heere. Welchen Zorn die Wehrpflicht unter der Bevölkerung provozieren konnte, belegten die blutigen *Draft Riots* vom Vorjahr.³²⁹

³²² Ebd., 25.

³²³ Ebd., 25.

³²⁴ Jansen, *Die Militarisierung*, 16.

³²⁵ Zur Vergesellschaftung des Militarismus und zum Wandel der Kriegsdeutungen während des 19. Jahrhunderts vgl. Buschmann, *Einkreisung und Waffenbruderschaft*, 139–159; Jansen, *Die Militarisierung*, 9–18; Klenke, *Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal*, 395–448; Leonhard, *Bellizismus und Nation*, 389–818.

³²⁶ Haurowitz, *Das Militärsanitätswesen*, 3.

³²⁷ Vgl. McPherson, *Für die Freiheit sterben*, 744–761.

³²⁸ Vgl. ebd., 708–710.

³²⁹ Vgl. Schecter, *The Devil's own Work*.

Wer per Los in die Armee berufen worden war, aber 300 Dollar zahlte (den Jahreslohn eines ungelerten Arbeiters),³³⁰ entkam dem Kriegsdienst.³³¹ Jeder Eingezogene konnte außerdem einen Ersatzmann stellen, der an seiner statt die Uniform anlegte. Häufig befanden sich Mittellose und eingewanderte Neuankömmlinge unter diesen Ersatzleuten,³³² die, in Ermangelung anderer Beschäftigungsmöglichkeiten, nolens volens ihre Unterschrift unter eine der Regimentsstammrollen setzten. Einwanderer, die schon länger in den USA lebten und über das entsprechende Geld verfügten, konnten den Gang in die Armee vermeiden – auf Kosten weniger gut Situerter. So schrieb ein New Yorker Kaufmann seiner besorgten Mutter in Braunschweig, dass er sich „einen Stellvertreter für die Armee gekauft“ habe, „und zwar einen Neger“, damit war er „für 3 Jahre frei im Falle ich gezogen werde sollte. [...] Was hier an Menschenleben und Geld verschwendet wird[,] ist unglaublich.“³³³

Die Wehrpflicht erwies sich als starkes emotionales Bindeglied zwischen den Auswanderern und ihrer daheimgebliebenen Verwandtschaft. Jederzeit konnte ein Brief aus Amerika eintreffen, in denen Eingezogene ihren Angehörigen gegenüber diese „beständige Bedrohung“ beklagten.³³⁴ Vereinzelt baten Männer ihre Familien in Deutschland, sich Dokumente von dem zuständigen amerikanischen Konsulat beglaubigen zu lassen, aus denen hervorging, dass die Angehörigen von dem Geld des Ausgewanderten abhängig waren und die Regierung sie deshalb nicht für den Kriegsdienst einziehen durfte.³³⁵ Ein aus Preußen gebürtiger Lehrer schrieb in seine alte Heimat, dass er „lieber nach Deutschland“ zurückkehre, „als hier für Schwindler und Politiker in den Krieg zu gehen“, sollte er zum Kriegsdienst einberufen werden.³³⁶ Nicht jeder deutsche Einwanderer, das belegen solche Briefe, wollte sich aktiv am Kampf für die Freiheit beteiligen.

Die Armeen brauchten Verstärkung – warum also nicht auch in den Heimatländern der Auswanderer nach Bereitwilligen suchen? Offiziell untersagte das Außenministerium in Washington die Rekrutierung im Ausland, um Streitigkeiten mit den europäischen Regierungen aus dem Weg zu gehen.³³⁷ An dieser Maxime scheiterte auch der Vorschlag Otto von Corvins, dem chronisch mittellosen Amerikakorrespondenten der *Augsburger Allgemeinen Zeitung*, deutsche Soldaten über den Atlantik zu holen. In einem Gespräch Corvins mit Abraham Lincoln wandte der Präsident ein, dass dies zu außenpolitischen

330 Vgl. McPherson, Für die Freiheit sterben, 592.

331 Vgl. Anbinder, Which Poor Man's Fight?, 344.

332 Vgl. ebd., 368.

333 Emile Dupré an seine Mutter, 28. Juli 1864, zit. n. Helbich/Kamphoefner (Hg.), Deutsche im Amerikanischen Bürgerkrieg, 121.

334 Emilie und Maria Karl an ihre Eltern, 14. Dezember 1864, zit. n. ebd., 133.

335 Vgl. Emil Dupré an seine Mutter, 17. Juli 1863, zit. n. ebd., 120.

336 Carl Herrmanns an seine Eltern, 5. August 1862, zit. n. ebd., 177.

337 Vgl. Lonn, Foreigners in the Union Army, 406.

Spannungen führe, woraufhin Corvin entgegnete, dass Lincoln „gar nicht zu wissen brauche, woher ich die Leute nehme“.³³⁸

Der Hang zum Betrug in der Anwerbung von Auswanderern war groß, die Achtung vor den Betroffenen oft kümmerlich. Letztlich dürften es weniger die dubiosen Ratschläge Corvins oder anderer Berater gewesen sein, die Lincoln in seiner Entscheidung bestärkten, die Einwanderung staatlich zu fördern, als vielmehr die Berichte der Konsuln und Gesandten über die Absicht vieler Auswanderungswilliger, sich für die Armee zu verpflichten, die ein geregelter Einkommen versprach und im Todesfall für Pensionszahlungen an die Hinterbliebenen in Deutschland aufkam.³³⁹ Das vorrangige Motiv, unter dem die Regierung mehr Auswanderer in die Union lenken wollte, waren Arbeitskräfte, die besonders in der Landwirtschaft benötigt wurden. Verstärkte Auswanderungswerbung in Deutschland, Irland und Großbritannien, den Auswanderernationen schlechthin, wurden zur einer Triebfeder nordstaatlicher Außenpolitik, die die Konsuln umsetzen sollten.³⁴⁰ Inoffiziell, das belegt ein privates Schreiben William Swards an seinen Gesandten in Berlin, hatte die Regierung durchaus Interesse an den Diensten ausländischer Soldaten: „We wish indeed that it were possible for us to engage to accept the services of all who should come“.³⁴¹ Dem Konsul in Hamburg wies das Außenministerium auf die „inducements to emigration“ hin: bessere Löhne als in Europa (oft erst durch Arbeiterstreiks und -proteste während des Krieges erzwungen),³⁴² die Aussicht auf üppige Getreideernten im Nordwesten, den seit 1. Januar 1863 gültigen *Homestead Act*, der jedem Siedler Land aus Regierungseigentum zusprach, wenn er es fünf Jahre bewohnt und kultiviert hatte und,³⁴³ bemerkenswerterweise, die „generous bountys“ für Männer, die sich für die Unionsarmee verpflichteten.³⁴⁴ Mit dem am 4. Juli 1864 in Kraft getretenen *Act to Encourage Immigration* unterstrich die Regierung Lincolns die Dringlichkeit der Einwanderung zum Ausgleich für den Arbeitskräftemangel und, unter vorgehaltener Hand, den Bedarf an Soldaten.³⁴⁵

338 Vgl. Corvin-Wiersbitzki, Ein Leben voller Abenteuer, 855–859, Zit. 859.

339 Vgl. Nast an Seward, 20. August 1861, NA Stuttgart; Anderson an Seward, 5. August 1862 und 12. Februar 1863, NA Hamburg; Murphy an Seward, 13. August und 2. September 1862, NA Frankfurt; Stockton an Seward, 8. Juli 1861, NA Leipzig; Unbekannt, Anleitung für Soldaten und Matrosen, 1863.

340 Vgl. Schöberl, Amerikanische Einwandererwerbung, 53–59; Zolberg, A Nation by Design, 166–175.

341 Seward an Judd, 16. Juni 1863, Diplomatic Instructions of the Department of State, 1801–1906, German States, Vol. 14, NARA.

342 Vgl. Lause, Free Labor, 95–105.

343 Vgl. McPherson, Für die Freiheit sterben, 442.

344 F. W. Seward an Anderson, 25. August 1862, Instructions to Consular Officers, RG 59, Vol. 1, 73, NARA.

345 Vgl. Schöberl, Ingrid, Amerikanische Einwandererwerbung, 39 ff.

Welche Rückwirkungen hatte die Einwanderungspolitik Washingtons in den deutschen Häfen und Binnenländern? Die steigenden Zahlen deutscher Einwanderer legen nahe, dass sich viele Menschen aufgrund der Vorzüge, welche die Union, trotz des Krieges, versprach, zur Übersiedlung entschieden. Waren es 1863 nur 33.162 Menschen, die aus den deutschen Staaten nach Nordamerika auswanderten, belief sich ihre Zahl ein Jahr später schon auf 57.276, 1865 schließlich auf 83.424 Menschen.³⁴⁶ Für deutsche Schifffahrtsunternehmen waren solche Zahlen überaus erfreulich: Hapag-Direktor Adolph Godeffroy und seine Aktionäre jubelten über steigenden Profit und „Dimensionen“ in den Auswanderungszahlen, „wie sie seit Jahren nicht vorgekommen sind.“³⁴⁷ Zuletzt nämlich war die lukrative Verschiffung von Waffen nach Nordamerika rückläufig gewesen – umso besser, dass der Bürgerkrieg die Frachträume von Atlantiklinien wie der Hapag wieder mit anderer „Ladung“ füllte. Nicht zuletzt hätten die erhöhten Arbeitslöhne in den USA und die „verlockenden“ Handgelder von Heer und Marine der Union zu diesem Aufschwung beigetragen.³⁴⁸ Die verstärkte Wanderungsbewegung beruhte nicht zuletzt auf der öffentlichkeitswirksamen Arbeit der Konsuln, die für die Umsetzung der Auswanderungspolitik verantwortlich waren. Die Konsulate waren die zentralen Anlauf- und Verteilerstationen für die Verwirklichung der staatlich verordneten Einwanderungspolitik: „Every active Consular Officer must be able to call forth the sympathies of the public with the United States, and to direct the flow emigration to that country“, verkündete der Konsul für Württemberg, der nebenbei als Zeitungskorrespondent arbeitete.³⁴⁹ Da die Südstaaten weder über Konsulate noch über institutionalisierte Außenposten für eine *public diplomacy* verfügten, von wo sie offiziell und ungehindert in ihrem Sinne hätten informieren können, wären sie bei der Anwerbung von Auswanderern respektive Soldaten gegenüber der Union eindeutig im Nachteil gewesen, vorausgesetzt die Konföderation hätte überhaupt wirkliches Interesse an Einwanderern gehabt und der Krieg solche Ambitionen nicht gedämpft.

Die Einwanderungspolitik des Südens folgte dem Grundsatz „Eindämmung statt Förderung“. Man wollte den Norden und seine „machinations [...] to procure recruits“ an der Basis bekämpfen.³⁵⁰ Südstaatliche Agenten sollten vor Ort in Deutschland Aufklärungsarbeit zugunsten ihres „national struggle for freedom“ leisten und vor „the frauds by which so many emigrants are inveigled into the Yankee military services“ warnen, am besten im direkten Kontakt mit den Auswanderungswilligen, in zwanglosen Kneipengesprächen,

346 Vgl. United States Department of Commerce, 1949, 34.

347 Protokoll der 33. General Versammlung der *Hapag*, 31. März 1864. *Hapag-Archiv*, 621-1/095, 178 Bd. 2.

348 Vgl. ebd.

349 Vgl. Lautenschläger an Seward, 28. Oktober 1864 und 5. Januar 1865, NA Stuttgart, Zit. ebd.

350 Vgl. *Richmond Enquirer*, 15. Februar 1865.

so der Vorschlag eines Kommentators.³⁵¹ In Deutschland würde es vor „Yankee Anwerben, welche unsere Brüder dem sichern [sic] Tod entgegen führen“, regelrecht wimmeln, warnte eine deutsche Zeitung aus Richmond.³⁵² Dies sei keine Zeit für Gesandte an den deutschen Höfen, deren neutrale Haltung im Bürgerkrieg keine Zugeständnisse versprach. Es brauche inoffizielle Vermittler, die im Sinne der *public diplomacy* eine pro-südliche Agenda in Deutschland betrieben. Dazu benötige es, so die Meinung der Fürsprecher, der Zusammenarbeit mit Pastoren, Lehrern, Verlegern, Gelehrten und der Streuung entsprechender Artikel in der Provinzpresse.³⁵³

Der Gang der Ereignisse verschaffte dem Süden einen vorübergehenden Vorteil in Deutschland. Die Wehrpflicht und die intensivierte Einwanderungspolitik der Union provozierten Fälle von Betrug und Schwindel, die südstaatliche und deutsche Kritiker der Union in ihrer Meinung bestätigten, die Einwanderungswerbung der Union in den deutschen Staaten sei nur ein Vorwand, um unbedarfte Einwanderer in die Armeen der Union treiben. Zwar war die Wehrpflicht von der Zentralregierung in Washington vorgegeben, die Rekrutierung oblag jedoch den Einzelstaaten.

Die Anwerbung von Soldaten durch private Vermittler und Unternehmen war ein lohnendes Geschäft, das sich jedoch in juristischen Grauzonen bewegte.³⁵⁴ Zu diesem Zweck entsendeten Unternehmen Agenten nach Europa, um Auswanderungswillige vor Ort zu rekrutieren. Pro Mann erhielten sie eine Provision,³⁵⁵ was der Jagd nach möglichst vielen Rekruten Tür und Tor öffnete. Eine im Frühling 1864 von Kaufleuten aus Massachusetts eingeleitete und in Hamburg vollzogene illegale Rekrutierung von 1.077 Auswanderern war der traurige Höhepunkt dieses grenzübergreifenden Kriegerbedarfs.³⁵⁶ Er schädete dem finanziellen und ideellen Kredit der Union in Deutschland spürbar. Häufig suchten die Agenten solcher privaten Rekrutierungsorganisationen die Konsuln in Hamburg, Bremen oder Frankfurt persönlich auf und baten um Hilfe bei der Suche nach Auswanderern. James Anderson meldete aus Hamburg, dass er stapelweise Briefe und Informationsbroschüren von Einwanderungsgesellschaften und -vereinen aus den Unionsstaaten erhielt. Anderson versprach den Agenten, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um ihnen bei der Suche nach Auswanderungswilligen zu helfen.³⁵⁷

Einer dieser Vorstelligen könnte der Auswanderungsagent Julian Allen gewesen sein, der im Auftrag einer Bostoner Reederei jene zwielichtige Koope-

351 *Richmond Enquirer*, 15. Februar 1865.

352 *Richmonder Anzeiger*, 6. Juni 1863.

353 Vgl. *Richmond Enquirer*, 15. Februar 1865.

354 Vgl. Mehrländer, „... ist daß nicht reiner Sklavenhandel?“, 66.

355 Vgl. Heusinger, *Amerikanische Kriegsbilder*, 194.

356 Vgl. Mehrländer, Andrea, „... ist daß nicht reiner Sklavenhandel?“, 65–93.

357 Vgl. Anderson an Seward, 1. Oktober 1864, NA Hamburg.

ration mit dem Hamburger Auswanderungsbüro Mertens & Co. einging, in deren Folge von März bis September über eintausend mittellose Auswanderer illegal zum Kriegsdienst in der Unionsarmee eingezogen wurden, sobald sie ihren Fuß auf nordamerikanischen Boden gesetzt hatten.³⁵⁸ Nicht nur das Konsulat in Hamburg, auch die Konsulate in Bremen und Frankfurt vermittelten einige dieser designierten Soldaten an Allen.³⁵⁹ Ironischerweise wurde diese Rekrutierung, mit Wissen des Gouverneurs, durch Baumwollfabrikanten aus Massachusetts initiiert. Sie wollten mit der Verpflichtung von Einwanderern ihre eigenen Fabrikarbeiter vor der Einberufung schützen und gleichzeitig Soldaten zum Kampf gegen die Sklaverei stellen, damit die freie Arbeit endlich auch im Süden Einzug hielt, wovon sie sich günstigere Baumwolle versprachen.³⁶⁰ Durch Bestechung kamen die Verantwortlichen in Boston ungeschoren davon. Julian Allen setzte sich rechtzeitig aus Hamburg ab. J. H. D. Mertens, Inhaber des beteiligten Hamburger Auswanderungsbüros, wurde von der Hamburger Polizei zu einer Geldstrafe verurteilt.³⁶¹ Auf Druck des preußischen Gesandten in Washington berief Außenminister Seward sieben Monate nach Kriegsende eine Untersuchungskommission ein, die für die Verantwortlichen aus Massachusetts aber folgenlos blieb, weil die Kommission zu dem Schluss kam, dass die Rekrutierung der Auswanderer nicht gesetzeswidrig war. In dem nebulösen Vertrag mit Allen, den die Männer, darunter viele Analphabeten,³⁶² unterzeichnet hatten, war lediglich von „irgend einer Beschäftigung“ für höchstens drei Jahre die Rede, welcher die Angeworbenen für Allens Agentur nach ihrer Ankunft in den USA nachgehen mussten.³⁶³ Mit ihrer Unterschrift waren die Verträge, trotz aller Zwieltichtigkeit, rechtsgültig. Die wenigen ermittelbaren Opfer des Vorfalles wurden mit Schmiergeldern zu Falschaussagen bewegt und es kam zu keinem Prozess.³⁶⁴ Aufgrund des transatlantischen Aufschreis, den dieser Vorfall jedoch verursachte, sah sich Präsident Lincoln zu der Einsicht bewegt, dass die staatlich forcierte Einwanderungspolitik verbessert werden sollte,

to prevent the practice of frauds against the immigrants while on their way and on their arrival in the ports [...]. All that is necessary is to secure the flow of that stream [of immi-

358 Vgl. Mehrländer, „... ist daß nicht reiner Sklavenhandel?“, 72–75.

359 Vgl. ebd., 77 ff.

360 Vgl. Abott, *Cotton & Capital*, 5–7, 113–117.

361 Vgl. Bericht des Polizeibeamten Carl Peters, 5. November 1864, in Akten des Hamburger Senats, Beförderung von Auswanderern über Liverpool & Antwerpen, welche angeblich in Hamburg zu nordamerikanischen Militärdiensten geworben sind, Cl. VII, Lit. Ke Nr. 92, Vol. 8, StAHH.

362 Vgl. Mehrländer, „... ist daß nicht reiner Sklavenhandel?“, 75.

363 Vertragstext zwischen Julian Allen und den Auswanderern, 14. Juli 1864, zit. n. Mehrländer, „... ist daß nicht reiner Sklavenhandel?“, 92.

364 Vgl. ebd., 74–75.

grants] in its present fullness, and to that end the Government must in every way make it manifest that it neither needs nor designs to impose involuntary military service upon those who come from other lands.³⁶⁵

Publik gemacht wurde dieser „abscheuliche Menschenhandel“ von deutschen Konsuln und einem Komitee deutscher Vereine in Boston, wo die verschleppten Soldaten an Land gebracht wurden.³⁶⁶ Die Aufregung in den Entsenderegionen war groß.³⁶⁷ Öffentliche Warnungen hielten viele Auswanderer von ihrem Vorhaben ab.³⁶⁸ In Württemberg fiel die Zahl der Auswanderer, verglichen mit dem ersten Halbjahr, in der zweiten Jahreshälfte 1864 um beinahe 45 Prozent.³⁶⁹ Es lässt sich nicht exakt nachvollziehen, inwieweit die nordstaatlichen Konsuln in Deutschland von den Konsequenzen für die Auswanderer wussten, als sie sie an Julian Allen in Hamburg vermittelten. Unter den Geprellten befanden sich auch Freiwillige, die tatsächlich in die Armee wollten und in der von Allens Agentur bezahlten Überfahrt die Chance auf Verwirklichung ihrer Absichten erkannten. Dass sich unter den Angeworbenen auch Unfreiwillige befanden, müssen die Konsuln Murphy, Anderson und Börnstein nicht zwingend gewusst haben. Strafrechtliche Konsequenzen blieben ihnen jedenfalls erspart: Ihr extritorialer Status bewahrte sie davor, sich deutschen Gerichten verantworten zu müssen.³⁷⁰ Einige Konsuln veröffentlichten Gegendarstellungen, um jedweden Verdacht von sich zu weisen und den Imageschaden der Union zu reduzieren.³⁷¹

Die Rekrutierung durch amerikanische Einwanderungsgesellschaften auf deutschem Territorium griffen unionskritische Zeitungen bereitwillig auf, um den Norden zu denunzieren. Vor Bekanntwerden des Vorfalles hatte das *Frankfurter Journal* bereits über die Einwanderungspolitik Washingtons hergezogen: deren eigentliches Ziel sei es, die leer stehenden Plantagen des Südens mit

365 Lincoln, Fourth Annual Message to the Senate and House of Representatives, 6. Dezember 1864, zit. n. <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/fourth-annual-message-8> (letzter Abruf 18.01.2021).

366 Aufruf und Warnung an Auswanderungs-Lustige in Deutschland, 26. August 1864, in Schreiben des Bremer Konsulats in Boston, 2-B.13.b.7, StAB.

367 Vgl. Schöberl, Amerikanische Einwandererwerbung, 59. Zur Opposition gegen die nordstaatliche Einwanderungspolitik in Großbritannien, Irland und Skandinavien vgl. Lonn, Foreigners in the Union Army, 413–428.

368 Vgl. *Allgemeine Auswanderungszeitung*, Nr. 39, 1864; *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 5. Oktober 1864; *Bauernzeitung*, No. 20, 1864; *Bremer Handelsblatt*, 17. September 1864 (Beilage); *Frankfurter Journal*, 20. September 1864; *Kreuzzeitung*, 3. September 1864; *Miltenberger Tagblatt*, 22. September 1864; *Königlich-bayerisches Kreis-Amtsblatt von Oberbayern*, 14. Oktober 1864; *Leipziger Illustrierte Zeitung*, 24. September 1864; *Wiener Zeitung*, 7. September 1864; *Zwei-brücker Wochenblatt*, 25. Oktober 1864.

369 Vgl. Lautenschläger an Seward, 4. Januar 1865, NA Stuttgart.

370 Vgl. Mehrländer, „... ist daß nicht reiner Sklavenhandel?“, 80.

371 Vgl. Kreismann an Seward, 25. August 1864, Despatches from United States Ministers to the German States and Germany, NA; Mehrländer, „... ist daß nicht reiner Sklavenhandel?“, 75.

„deutschen Menschenopfern“ zu „düngen“, welche die befreiten Sklaven ersetzen sollten.³⁷² Als dann im Herbst 1864 der „Sklavenhandel“ mit Auswanderern ans Licht kam,³⁷³ versäumte es das *Journal* nicht, einem einschlägigen Artikel zu dem Thema eine Statistik zur Finanzlage des Nordens beizufügen, die offenlegte, dass die Union Milliardenschulden in Form von Anleihen machte, deren Ertrag unmittelbar in Militärausgaben floss.³⁷⁴ Obwohl das *Journal* bestritt, „dem Süden zu nützen“ und vorgab, einzig „den deutschen Landsleuten“ helfen zu wollen, die „weder im Süden noch im Norden Schaden leiden“ sollten,³⁷⁵ war die Intention hinter diesem Artikel eindeutig: Sowohl der moralische als auch der finanzielle Kredit des Nordens waren durch den Vorfall angeschlagen. Die Kritik des *Frankfurter Journals* riss nicht ab. Bis zum Ende des Krieges war es eine der am stärksten dem Süden zugeneigten, deutschsprachigen Zeitungen,³⁷⁶ deren tendenziöse Berichterstattung über die Ereignisse in Amerika die Glaubwürdigkeit der Berichte aus dem amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt bekräftigte, wonach die Zeitung in der Hand von Unterstützern des Südens war. Noch im Februar 1865 wetterte das *Journal* gegen Agenten der Union, die „unsere armen deutschen Teufel“ zu „Kriegsarbeit“ anwarben: „Während man in Amerika die Schwarzen frei machen will, kauft man Weiße in Europa.“³⁷⁷

Diesen Vorwurf nahm das Generalkonsulat zum Anlass, ein Pamphlet gegen das über 250 Jahre alte *Journal* veröffentlichen zu lassen.³⁷⁸ Es erschien im Verlag von Reinhold Baist, einem Mitbegründer des Frankfurter Arbeiterbildungsvereins.³⁷⁹ Darin hieß es, dass die Berichterstattung des *Frankfurter Journals* über die Verschleppung von Auswanderern zum Kriegsdienst zu den „frivolsten Verleumdungen“ gehörten, „welche das ‚Journal‘ über den großen transatlantischen Kampf für die Sache der Einigkeit und gleichen Menschenrechte bis jetzt veröffentlicht hat“.³⁸⁰ Um die Falschheit der Aussagen des *Journals* zu beweisen, fügten die Verfasser dem Pamphlet eine deutsche Übersetzung des *Acts to Encourage Immigration* bei. Der Übersetzung wohnte ein anti-preußischer Ton inne, der den wahren Auswanderungsgrund vieler Menschen in den vermeintlichen politischen Missständen Deutschlands sah. „Tausende“ seien „des heimathlichen, siegestrunkenen, gleisnerischen Düppellebens [sic] überdrüssig,“ und sehnten „sich nach anderer Freiheit [...], als der, die in Bis-

372 *Frankfurter Journal*, 30. April 1864.

373 *Frankfurter Journal*, 19. September 1864.

374 Vgl. *Frankfurter Journal*, 3. September 1864.

375 *Frankfurter Journal*, 20. September 1864.

376 Vgl. *Frankfurter Zeitung*, 1906, 59.

377 *Frankfurter Journal*, 9. Februar 1865, zit. n. Unbekannt, Vorwärts! Rückwärts!, 3.

378 Zur kleindeutsch-preußischen Orientierung des *Frankfurter Journals* vgl. *Frankfurter Zeitung*, Geschichte, 48, 73.

379 Vgl. Mayer (Hg.), Ferdinand Lassalle, Bd. 5, 141.

380 Unbekannt, Vorwärts! Rückwärts!, 4.

marcks eitler Junkerdespotie geborgen steckt“. In den USA werde „trotz des blutigen Bürgerkampfes, für Alle in allen Verhältnissen von Oben herab schützend gesorgt“ und jedem verwundeten Soldat, der für „die Sache der Freiheit, Einigkeit und gleichen Menschenrechte“ sein Leben riskiere, sei „eine sorgenlose Zukunft“ sicher, „damit er nicht auf Krücken betteln gehen muß, wie Schleswig-Holsteins brave Kämpfer!“³⁸¹ Die Tonalität der Flugschrift und die Tatsache, dass sie bei dem demokratisch gesinnten Verleger Baist erschien, der den Konflikt mit den Obrigkeiten nicht scheute und in enger Verbindung mit dem gleichgesinnten Leopold Sonnemann stand,³⁸² legen die Vermutung nahe, dass die Flugschrift in Zusammenarbeit mit der Redaktion von Sonnemanns antipreußischer, demokratischer *Neuen Frankfurter Zeitung* verfasst wurde.³⁸³ Offenbar hatte sich zwischen dem Generalkonsulat und der *Frankfurter Zeitung* eine dauerhafte Zusammenarbeit etabliert, von der alle Beteiligten zu profitieren gedachten.

Der Konflikt in Nordamerika wurde so auf die sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland projiziert – der Bürgerkrieg erhielt einen regionalen, disponibleren Bezugsrahmen. Aktivisten wie Reinhold Baist und Leopold Sonnemann konnten die Kriegsziele der Union auf diese Weise in ihre eigene politische Agenda integrieren. Für sie widerstrebten die Ziele der Union der preußischen Hegemonialpolitik.³⁸⁴

Sonnemann war nicht nur Zeitungsherausgeber, sondern auch Bankier und Experte im Handel mit amerikanischen Wertpapieren, was ihm schon in jungem Alter Wohlstand brachte.³⁸⁵ In der Person Sonnemanns fusionierten der Bankier und der Verleger – ein typisches Phänomen dieser Epoche. Sonnemann gehörte zu der wachsenden Zahl von Besitzern von Unionsanleihen in Deutschland, die den Frankfurter Kapitalmarkt seit Ende 1863 fluteten und deren Kurswert mit den Berichten aus dem amerikanischen Krisengebiet stieg und fiel.

381 Ebd., 8 f.

382 Sonnemann ließ seine erste Zeitung in Baists Druckerei drucken. Baist wiederum war gelegentlich als Redakteur für Sonnemann tätig und druckte regierungskritische Flugblätter, was ihm Geld- und Haftstrafen einbrachte. Vgl. *Frankfurter Zeitung*, Geschichte, 20; *Bamberger Zeitung*, 29. November 1863; *Königlich Bayerisches Kreis-Amtsblatt von Schwaben und Neuburg*, 3. Juli 1860.

383 Zur politischen Orientierung der *Neuen Frankfurter Zeitung* vgl. Kammerhofer, *Diplomatie und Pressepolitik*, 470. Eigenen Angaben zufolge war die Zeitung in den sechziger Jahren kleinstaatlich-partikularistisch orientiert und sprach sich gegen die Politik Bismarcks aus, „der die Freiheit nichts, die Einheit alles“ sei. *Frankfurter Zeitung*, Geschichte, 73.

384 Vgl. Gerteis, Leopold Sonnemann, 42.

385 Sonnemanns Vater hatte Mitte der fünfziger Jahre eine kurzlebige Handelsfirma in New York gegründet. Sonnemann selbst betätigte sich seit jener Zeit auch im Handel und speulierte mit amerikanischen Wertpapieren. Vgl. Roth, *Die Herausbildung*, 398–399; Berger, *Der Bankier*, 59–63; *Neue Münchner Zeitung*, 30. August 1858 (Morgenblatt).

Kapitel 5

„The most important base of operations“: der transatlantische Kapitalhandel über Frankfurt am Main

Grundlagen transatlantischer Verflechtung, 1848 bis 1861

Frankfurt am Main war seit der Mitte des 17. Jahrhunderts zu einem transnationalen Knotenpunkt zwischen Mitteleuropa und Nordamerika herangewachsen; primär wirtschaftlich, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Teilen auch politisch.¹ Die Revolution von 1848/49 erregte großes Interesse in den USA und ermöglichte transatlantische Dialoge über Nationalismus, Freiheitsbegriffe und die Zukunft parlamentarischer Regierungen.² Die Debatten der Frankfurter Nationalversammlung (deren Legitimität als Staatsgewalt zuerst von den USA anerkannt wurde) waren durchzogen von Rekursen auf die demokratische Modellrepublik jenseits des Atlantiks.³

Auch nach 1848/49 galt Frankfurt in den Augen amerikanischer Beobachter als „political capital of Germany“.⁴ Am Main hatte sich ein „Zentrum des Liberalismus und der Demokratie“ etabliert.⁵ Kritiker sprachen der Stadt ebenfalls demokratischen Charakter zu, insistierten jedoch, dieser sei „temperiert durch den Einfluss der Geldaristokratie“.⁶ Einflussreiche Kaufleute, Bankiers

1 Vgl. Roth, *Die Herausbildung*, 65; Ullmann, *Der Frankfurter Kapitalmarkt*, 76 f., 85.

2 Vgl. Bender, *A Nation among Nations*, 122–128; Fleche, *The Revolution of 1861*, 1–37; Kilbride, *Being American in Europe*, 126–133; Roberts, *Distant Revolutions*, 21–27, 42–62, 168–186.

3 Vgl. Lerg, *Amerika als Argument*, 141 ff., 339–344.

4 Samuel Ricker, 14. September 1854, zit. n. Flagg (Hg.), *Commercial Relations of the United States* (1857), 233.

5 Roth, *Die Herausbildung*, 422. Vgl. außerdem ebd., *Liberalismus*, 41–74.

6 Reinganum, *Frankfurt am Main*, 462.

und Handwerker prägten das demografische Gefüge der Stadt. Was die Hansestädte für den Eingangshandel mit nordamerikanischen Produkten waren, repräsentierte Frankfurt für den mitteleuropäischen Binnenhandel. Baumwolle von den Plantagen Georgias und South Carolinas fand über Hamburg, Bremen, aber auch über Liverpool, Le Havre, Rotterdam und Antwerpen⁷ ihren Weg in die Freie Stadt, wurde von Spinnereien und Webereien in der Region zu Kleidung und Stoffen verarbeitet und dann an europäische und nordamerikanische Abnehmer verkauft, wo sie oft diejenigen trugen, die sie einst hatten ernten müssen.⁸ Über 1.800 der rund 90.000 Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtstaates lebten zu Beginn der sechziger Jahre unmittelbar vom Textilhandel und der Textilverarbeitung.⁹ In den vierziger und fünfziger Jahren schwang sich *Gossypium* (Baumwolle) nach Seide zur meist gehandelten Ware Frankfurts empor.¹⁰ Ihr enormes Handelsvolumen veranlasste lokale Bankiers und Kaufleute 1860 in einem Vorort der Stadt zum Bau der größten Weberei und Spinnerei der Region.¹¹ Dank der Frankfurter Messen wanderten jährlich mehrere Tausend Tonnen der Faser zwischen dem Kontinent, Großbritannien und den USA. Der Handelszweig kurbelte die wirtschaftlichen Verbindungen zum Vereinigten Königreich an, das dem deutschen Überseehandel als Transitzone diente.¹² „Ganze Kolonien“ ausgewanderter Frankfurter, Hamburger und rheinischer Textilhändler und *merchant bankers* unterhielten Lagerhallen und Kontore in London,¹³ Manchester und Liverpool, von wo aus sie, gestützt auf Krediten anglodeutscher Bankhäuser wie dem der Rothschilds und dem der Schröders,¹⁴ Sklavereiprodukte wie Baumwolle, Tabak oder Zucker an Partner in Deutschland verkauften.¹⁵ Ähnlich intensiv waren die ökonomischen Verbindungen Frankfurts und Süddeutschlands mit Regionen in der nordamerikanischen Union. Zwischen 1850 und 1860 erreichten rund 1,1 Millionen deutsche Auswanderer die USA, ein Viertel dieser Menschen stammte aus Süddeutschland.¹⁶ Tausende der in New York, Ohio, Louisiana, Pennsylvania, Missouri oder Maryland lebenden deutschen Auswanderer stammten aus Frank-

7 Vgl. Tellkamp, Beiträge zur Nationalökonomie, 184–188.

8 Vgl. Gessner, Lokalisation, Struktur und Entwicklung, 35 f., 42.

9 Stand 3. Dezember 1861. Vgl. Statistische Abteilung des Frankfurter Vereins für Geographie und Statistik (Hg.), Die Bevölkerung der Freien Stadt Frankfurt, 23.

10 Vgl. Aufsetz, Der Waaren-Handel und -Verkehr, 21 ff.

11 Vgl. Gessner, Lokalisation, Struktur und Entwicklung, 54; Kieseewetter, Industrielle Revolution, 178.

12 Vgl. Chapman, The International Houses, 5–48; ders., British Marketing Enterprise, 205–234; ders., The Rise of Merchant Banking, 39–56; Dietz, Frankfurter Handelsgeschichte, 299–344; Kirchberger, Aspekte deutsch-britischer Expansion, 205–220; Schulte Beerbühl, Deutsche Kaufleute in London, 408.

13 Dietz, Frankfurter Handelsgeschichte, 334.

14 Vgl. Chapman, British Marketing Enterprise, 226–227.

15 Vgl. Kirchberger, Aspekte deutsch-britischer Expansion, 207 ff.

16 Vgl. Siemann, Gesellschaft im Aufbruch, 135.

furts Nachbarländern Bayern, Baden, Württemberg und den drei hessischen Staaten.¹⁷ In ihren Migrationsnetzwerken gaben sie ihre familiären Verbindungen nicht auf, sondern sie förderten sie, auch aus sozioökonomischem Antrieb. Entsprechend groß war der Bedarf Frankfurter Kaufleute an fortwährenden, ungestörten Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten.¹⁸ Ebenso signifikant war das Interesse am ungehinderten Erwerb dortiger Baumwolle. Ohne all das hätten steigende Preise die Kosten für Weiterverarbeitung und Endverbraucher verteuert und den Absatz geschwächt.

Die Verflechtungen zwischen Frankfurt und den USA zogen auch Menschen der anderen Seite über den Atlantik. Frankfurt war ein beliebtes Wohn- und Reiseziel unter Nordamerikaner/-innen. 222 von ihnen lebten 1864 in der Stadt (sie bildeten damit die viertgrößte nicht deutschsprachige Bevölkerungsgruppe).¹⁹ Harriet Beecher-Stowe, die Autorin von *Onkel Toms Hütte*, weilte 1853 in Frankfurt und besichtigte unter anderem die Judengasse und das Stammhaus der Rothschilds.²⁰ In den Augen eines Sklaven aus New Orleans, der mit seinem Besitzer in der Stadt gastierte, war Frankfurt der Ort, in dem „the most sagacious merchants the world ever knew“ lebten.²¹ Ein Plantagenbesitzer und späterer General der konföderierten Armee beschrieb die Freie Stadt während eines Aufenthalts 1859 als „entrepot for central Europe“, wo Waren aus der ganzen Welt zusammenkamen und es vor „capital and money lenders, stocks and stock jobbers“ nur so wimmelte.²²

Als Reaktion auf ihre sozioökonomische Verzahnung begannen die nordamerikanische und die Frankfurter Republik 1826 mit der Gründung wirtschaftlicher Außenposten auf dem Territorium des jeweils anderen. In diesem Jahr öffnete in Philadelphia das erste Frankfurter Konsulat auf amerikanischem Boden. Drei Jahre später errichtete die Unionsregierung ein Generalkonsulat am Main.²³ Bei Ausbruch des Bürgerkrieges hatte der Frankfurter Senat sechs Konsulate in den Vereinigten Staaten errichten lassen, davon nur eins in einem sklavenhaltenden Staat (St. Louis in Missouri), die anderen in den freien Staaten der Union (darunter New York, Chicago und Milwaukee).²⁴

17 Eigene Berechnungen basierend auf Kennedy, *Population of the United States in 1860*.

18 Vgl. Hahn, *Geschichte des Deutschen Zollvereins*, 84.

19 Unter „nicht deutschsprachig“ sind hier sämtliche Staatsbürger zu verstehen, deren Heimatländer nicht dem Deutschen Bund angehörten, folglich auch die Schweiz. Zählt man die aus der Schweiz stammenden Bewohner Frankfurts ebenfalls zu den deutschsprachigen Bewohnern, bildeten US-Amerikaner sogar die drittgrößte ausländische Bevölkerungsgruppe der Stadt, nach Franzosen und Briten. Vgl. Statistische Abteilung des Frankfurter Vereins für Geographie und Statistik (Hg.), *Beiträge zur Statistik*, 19.

20 Vgl. Beecher-Stowe, *Sunny Memories II*, 318 ff.

21 Dorr, *A Colored Man*, 54–55.

22 Allen, *The Travels*, 107.

23 Vgl. Gerber, *Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen*, 29–36.

24 Vgl. Staats- und Adreß-Handbuch der Freien Stadt Frankfurt, 1861, 64.

Wenn Menschen in großer Zahl zwischen Orten wandern, treibt Kapital im Fahrwasser solcher Migrationsströme.²⁵ Die unsicheren politischen Verhältnisse Europas nach 1848 und die zeitgleichen Goldfunde in Kalifornien waren entscheidende *push*- und *pull*-Faktoren für die transatlantische Massenauswanderung der Jahrhundertmitte.²⁶ Das Kapital der Anleger folgte den Auswanderern auf Schritt und Tritt.²⁷ Begünstigt durch reduzierte Transportkosten und schnellere Schiffsverbindungen nahmen Kapital- und Warenaustausch zwischen Nordamerika und Mitteleuropa seit dieser Zeit drastisch zu und übten auf beiden Seiten des Atlantiks „tiefgreifenden marktbildenden Einfluss“.²⁸ Nordamerikanische Importeure bezahlten ihre Einkäufe ab diesem Zeitpunkt häufiger mit Anleihepapieren (anstelle der üblichen Wechsel), die die europäischen Exporteure wiederum an Banken und Börsen vor Ort verkauften.²⁹ Alternativ konnten kapitalbedürftige Unternehmen in den USA, zum Beispiel Eisenbahnfirmen, Aktien an lokale Banken verkaufen, welche sie an befreundete Häuser in Europa weitergaben, die sie dann in London, Paris, Frankfurt oder Hamburg emittierten.³⁰ Aktienwerte und Fonds von rund einer halben Milliarde Dollar sollen auf diesem Weg allein zwischen 1849 und 1854 nach Europa gekommen sein.³¹ Durch diese Transaktionen bildeten sich in ganz West- und Mitteleuropa Märkte für US-Wertpapiere und das transatlantische Finanz- und Kreditwesen wuchs in ungeahnte Höhen.³²

Dem fragmentierten deutschen Kapitalmarkt mangelte es seit den Jahren vor der Jahrhundertmitte an struktureller Festigkeit. Fehlende Haftungsbeschränkungen verhalfen risikoreichen Investitionen in den Augen deutscher Kapitalanleger nicht unbedingt zu Attraktivität.³³ Gleichzeitig aber ermöglichten nur rudimentäre staatliche Kontrollen beinahe uneingeschränkte Kapitaltransfers und eine zunehmende Demokratisierung des Kapitalmarkts,³⁴ auf dem sich ab etwa 1850 die „Ersparnisse einer neuen Mittelschicht“ fanden, gefördert von der „Entstehung eines Bewusstseins von den Chancen auslän-

25 Vgl. Clarke/Smith, Labor Immigration, 926; O'Rourke/Williamson, Globalization and History, 145–166.

26 Vgl. Nash, A Veritable Revolution, 285–288; Winkler, Geschichte des Westens, 687 f.; Rosenberg, Die Weltwirtschaftskrise 1857–1859, 34–42.

27 Vgl. McGrane, Foreign Bondholders, 271; Scherer, Die Fonds- und Aktienbörse. Anhang zu Huber, (Hg.), Georg Thomas Flügel's Cours-Zettel, 41.

28 Vgl. Torp, Weltwirtschaft vor dem Weltkrieg, 572–576. Zit. Rosenberg, Die Weltwirtschaftskrise 1857–1859, 39.

29 Vgl. Wilkins, Foreign Investment, 11.

30 Vgl. Emissionsprospekt der Prioritätsanleihe der Galveston, Houston & Henderson Eisenbahn, Texas (USA), 1865, Bethmannarchiv, W1-9,5, 283.

31 Vgl. Rosenberg, Die Weltwirtschaftskrise 1857–1859, 37.

32 Vgl. Cassis, Capitals of Capital, 41.

33 Vgl. Pierenkemper, Wirtschaftsgeschichte, 76–77.

34 Vgl. Binkley, Realism and Nationalism, 96; Radu, Auguren des Geldes, 40 ff.

discher Anlagen“.³⁵ Mitteleuropäische Kapitalanhäufung und -export nahmen in der zweiten Jahrhunderthälfte derart zu,³⁶ dass größere Bevölkerungskreise Auslandsinvestitionen als „Neuerung“ ihrer Zeit wahrnahmen.³⁷ Die Konjunktur nordamerikanischer Aktien und Anleihen in den deutschen Staaten stand sinnbildlich für diesen Wandel. Geld für Beteiligungen an Investitionen in Übersee war ausreichend vorhanden. Partialobligationen und Ratenzahlungen machten Wertpapierkäufe einer breiteren Bevölkerungsschicht zugänglich,³⁸ die Zahl privater Kleinanleger nahm zu. Kapitalanlagen, gerade Staatsanleihen, entwickelten sich zum Massenphänomen, zumindest in Kreisen von Bildungsbürgern, Beamten, Kaufleuten und Handwerkern, die es zu etwas Wohlstand gebracht hatten.³⁹ Für viele dieser Anleger führte der Weg über den Main.

Der transatlantische Wertpapierhandel zwischen Mitteleuropa und Amerika lag überwiegend in den Händen von Frankfurter Privatbankiers wie den Rothschilds oder den Bethmanns. Doch seit den fünfziger Jahren erhielten diese Häuser spürbare Konkurrenz durch neuartige Aktienbanken. Deren Kapitalkraft überstieg die ihre oft um ein Vielfaches. Während Privatbanken mit ihrem Eigenkapital hafteten, verwalteten Aktienbanken lediglich das Vermögen ihrer Teilhaber und unterlagen einer Solidarhaftung.⁴⁰ Ihnen wurde ungebremste Spekulationswut vorgeworfen.⁴¹ Allerdings waren es Kredite eben solcher Aktienbanken, die den Ausbau von Industrie und Infrastruktur in den deutschen Staaten seit den fünfziger Jahren vorantrieben.⁴² Ähnlich wie die großen Dampfschiff-Reedereien bündelten sich in den Aktienbanken überregionale Interessen und gesamtdeutsches Kapital. Sie zogen „die breiten Massen“ Tausender Groß- und Kleinanleger aus unterschiedlichen deutschen Staaten „in das Getriebe der kapitalistischen Organisation“.⁴³ Weil zum Beispiel der preußische Staat Aktienbanken vor 1870 nicht beziehungsweise nur unter strengen Auflagen konzessionierte,⁴⁴ investierten preußische Kapitalbesitzer ihr Geld in die Gründung von Banken in kleineren deutschen Staaten mit einer weniger restriktiven Finanzgesetzgebung. Die Regierungen der mittleren und süddeutschen Staaten rund um Frankfurt am Main stellten sich für solche Unternehmensgründungen gern zur Verfügung. Als Gegenleistung ließen sich

35 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 1048.

36 Vgl. Cassis, *Capitals of Capital*, 41; Pierenkemper, *Wirtschaftsgeschichte*, 77.

37 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 1048.

38 Vgl. Gömmel, *Entstehung und Entwicklung der Effektenbörse*, 136; Radu, *Auguren des Geldes*, 41.

39 Vgl. Radu, *Auguren des Geldes*, 38–43; Pammer, *Entwicklung und Ungleichheit*, 237–249.

40 Zum Verhältnis deutscher Privat- und Aktienbanken im 19. Jahrhundert vgl. Reitmayer, *Bankiers im Kaiserreich*, 85–102.

41 Vgl. Murphy an Seward, 20. April 1863, NA Frankfurt.

42 Vgl. Tilly, *Geld und Kredit*, 101 ff.

43 Sombart, *Die deutsche Volkswirtschaft*, 82.

44 Die bekannteste Ausnahme von dieser Regel war die Berliner Disconto-Gesellschaft (gegründet 1851).

die dortigen Fürsten vergünstige Finanzierungsbedingungen für ihre Staatsgeschäfte zusichern.⁴⁵

Die Darmstädter Bank für Handel und Industrie (gegründet 1853), das Vorbild für alle späteren deutschen Aktienbanken, verdankte ihre Gründung überwiegend dem Kapital von Industriellen aus dem preußischen Rheinland, die ihr überschüssiges Geld profitabel angelegt wissen wollten.⁴⁶ Das Direktorium bestand aus Kölner und Frankfurter Bürgern.⁴⁷ Ihren Sitz hatte die Bank im Großherzogtum Hessen, doch ihre Geschäfte reichten weit über die Grenzen Europas hinaus: Ihre Anleger hielten Aktien an einer oldenburgisch-ostindischen Reederei und an mehreren Baumwollfabriken.⁴⁸

Ein Jahr nach ihrer Gründung hatte die Darmstädter Bank bereits einen Agenten in New York, der für deutsche Anleger mit Eisenbahnaktien handelte und Exportgeschäfte zwischen den USA und Deutschland vermittelte.⁴⁹ „Ihre Organe im In- und Ausland“, stand in den Statuten der Bank geschrieben, „sollen den Export und Import und die tausend anderen Beziehungen der deutschen Industrie zum Geldmarkte vermitteln“. Sie sei eine „massenhafte Kollektivpersönlichkeit“, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, bei den „Geldgeschäften der Staaten“ und dem „Placement fremder Fonds“ zu vermitteln.⁵⁰ Dieses offene Bekenntnis zum Ausland stieß bei Aktienbanken wie der Berliner Disconto-Gesellschaft, die sich auf inländische Geschäfte beschränkte, auf Misstrauen.⁵¹ Ähnlich wie die Kaufleute in den Hansestädten, machte man den Anlegern und Vorsitzenden der Darmstädter Bank Vorwürfe, sie seien nur auf Bereicherung aus und dienten außerdeutschen Interessen, in ihrem Falle französischen, da die Bank die französische *Crédit Mobilier* als Vorbild hatte und sie mit Startkapital aus Frankreich finanziert wurde.⁵²

Aufgrund ihres größeren Handelsvolumens begannen solche Großbanken, in alt angestammte Geschäftsbereiche der Privatbanken wie das internationale Geldgeschäft zu drängen. Machten sie 1860 nur knapp zehn Prozent der Geldinstitute in Deutschland aus, stieg ihr Anteil bis 1913 auf 24 Prozent, während zur gleichen Zeit der Anteil deutscher Privatbanken von 35 auf unter fünf Prozent schmolz.⁵³ Doch aufgrund ihrer jahrhundertealten Expertise im

45 Vgl. Guinnane, *Delegated Monitors*, 80.

46 Vgl. Plumpe, *Das kalte Herz*, 205 f.

47 Vgl. Guinnane, *Delegated Monitors*, 102.

48 Vgl. Loeb, *Die großen Berliner Effektenbanken*, 54 f.

49 Vgl. Wilkins, *The History of Foreign Investment*, 99.

50 Loeb, *Die großen Berliner Effektenbanken*, 44.

51 Die Berliner Disconto-Gesellschaft begann erst 1864, Geschäfte außerhalb Preußens zu tätigen, als sie eine Anleihe für Österreich aufnahm. Insgesamt aber war die Disconto-Gesellschaft bis in die siebziger Jahre hinein ausländischen Geschäften gegenüber abgeneigt. Vgl. Loeb (Hg.), *Die großen Berliner Effektenbanken*, 22 f., 26.

52 Vgl. Loeb, *Die großen Berliner Effektenbanken*, 43 ff.

53 Vgl. Guinnane, *Delegated Monitors*, 81.

Handel und in der Emission mit Staatsanleihen und ausländischen Wertpapieren konnten sich Frankfurter und anderen Privatbanken im internationalen Geldverkehr noch lange erfolgreich gegen die Aktienbanken behaupten.⁵⁴ Ihre Neutralität, ihre oft freundschaftlichen bis verwandtschaftlichen Kontakte zu ausländischen Bankhäusern und die damit einhergehende Flexibilität in der Geschäftsabwicklung ermöglichten Privatbankiers beste Verbindungen zu allen wichtigen Handelsplätzen in der Welt.⁵⁵ Sie blieben die entscheidenden Akteure in der Vermittlung und im Handel mit amerikanischen Wertpapieren, bis weit ins späte 19. Jahrhundert hinein.

Frankfurt entwickelte sich in den fünfziger Jahren zum wichtigsten kontinentalen Handelsplatz für nordamerikanische Wertpapiere und zum Tor deutscher Kapitalexporte in die Vereinigten Staaten.⁵⁶ Knapp 4.000 Frankfurter ernährte das Bank-, Wechsel- und Börsengeschäft im Jahr 1861.⁵⁷ Frankfurter und süddeutsche Kaufleute beschäftigten Agenten oder beteiligten sich an den Häusern dortiger Freunde und Verwandter (die Gründung von Filialbanken war in den USA verboten),⁵⁸ vorrangig in der Finanz- und Handelshochburg New York.⁵⁹ Amerikanische Wertpapiere fluteten den mitteleuropäischen Kapitalmarkt. „Ohne einen Maßstab für den Werth oder Unwerth dieser Papiere zu besitzen, kaufte man alles, was von New York aus empfohlen und von deutschen Geschäftshäusern auf diese Empfehlung hin ihren Kunden zugeschickt wurde“, schrieb der Herausgeber der Frankfurter Zeitschrift *Der Aktionär* über diesen Kaufrausch.⁶⁰ Ende der fünfziger Jahre habe es „kaum eine Stadt oder ein[en] wohlhabenden Ort“ in Deutschland gegeben,⁶¹ an dem keine amerikanischen Wertpapiere zu kaufen gewesen seien.

Als besonders attraktiv galten Aktien und Anleihen von amerikanischen Bundesstaaten, Städten sowie von Eisenbahn- und Kanalbauunternehmen.⁶² Nordamerikanische Wertpapiere waren günstiger und lockten mit höheren Renditen als etwa die einstmals so beliebten Staatsanleihen Österreichs, die durch die revolutionären Verwerfungen an Wert einbüßten.⁶³ Dank ihrer hohen

54 Vgl. Ziegler, *German Private Banks*, 168; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 630 f.

55 Vgl. Ziegler, *German Private Banks*, 170.

56 Vgl. Demuth, *Frankfurt A/M*, 69–71; Roth, *American Civil War*, 61–62; Heyn, *Private Banking*, 273 ff.

57 *Stand*, 3. Dezember 1861. Vgl. Statistische Abteilung des Frankfurter Vereins für Geographie und Statistik (Hg.), *Die Bevölkerung der Freien Stadt Frankfurt*, 35.

58 Vgl. Fahrmeir/Lesczenzki, *Vom Finanzdienstleister zum „Arzt der Wirtschaft“*, 24.

59 Vgl. Carosso, *A Financial Elite*, 68–80.

60 Scherer, *Die Fonds- und Aktienbörse*, 41.

61 *Ebd.*, 41.

62 Vgl. Wilkins, *The History of Foreign Investment*, 102 ff.

63 Vgl. Scherer, *Die Fonds- und Aktienbörse*, 41; Handelskammer Frankfurt, *Geschichte der Handelskammer*, 1130.

Zinserträge wurden „Amerikaner“ schnell zu Lieblingen unter deutschen Anlegern.⁶⁴ „Diese Papiere [verdienen] unstreitig die Aufmerksamkeit der Europäer, da [...] sie in Rücksicht ihrer Sicherheit gewiss von keinem europäischen Staatspapiere übertroffen werden“, versicherte ein preußischer Auswanderer seinen Lesern im Jahr 1850.⁶⁵ In die aufstrebende Wirtschaftsregion USA zu investieren war en vogue: Texanische Eisenbahnaktien spülten lukrative Renditen in die Depots der Aktionäre,⁶⁶ man lieh Geld für den Bau neuer Kanäle in New York oder investierte in Staaten und Städte wie Virginia und Mobile in Alabama, deren Wohlstand auf Sklavenarbeit fußte.⁶⁷ Ende der fünfziger Jahre gründete sich ein über 300 Mitglieder starkes Central-Comité amerikanischer Fondsbesitzer in Frankfurt, dem unter anderem der Bankier Leopold Sonnemann angehörte, dessen *Neue Frankfurter Zeitung* im Bürgerkrieg als energischer Fürsprecher der Union auftrat.⁶⁸ Durch private Bankhäuser mit Kontakten in die USA hatte Frankfurt die Führungsrolle im deutschsprachigen Kapitalmarkt für amerikanische Wertpapiere inne,⁶⁹ als im Frühling 1861 die ersten Schüsse westlich des Atlantiks fielen.

Beide Seiten, Union und Konföderation, benötigten schnell viel Kapital für die enormen Kriegskosten. Nach den ersten Gefechten des Krieges musste sich die Bundesregierung eingestehen, dass der Krieg wesentlich mehr Zeit und Geld kosten würde, als Politiker, Journalisten und Militärs lauthals verkündet hatten. Unter den Aktionären an der Frankfurter Börse sank das Vertrauen in amerikanische Aktien. Der Bürgerkrieg riss alte Wunden auf. Bei den Anlegern wurden Erinnerungen an die Wirtschaftskrise von 1857, die von Nordamerika ausgegangen war, wach.⁷⁰ „Eine Rückwirkung [wird] nicht ausbleiben. [...] Deshalb ist Vorsicht in allen Unternehmungen Jedermann anzurathen“,⁷¹ warnte Leopold Sonnemanns *Neue Frankfurter Zeitung* kurz nachdem die ersten Südstaaten aus der Union ausgetreten waren. Nirgendwo sei mehr Vorsicht beim Kauf von Wertpapieren geboten als bei solchen aus den Vereinigten Staaten, prophezeite ein württembergischer Finanzkennner:

Nichts will sich, wie es scheint, in Amerika [als] stabil und gesichert erweisen [...]. Beide Parteien bekriegen sich auf Tod und Leben und mögen die Würfel fallen, wie sie wollen,

⁶⁴ Vgl. Korach, Das deutsche Privatbankgeschäft, 29.

⁶⁵ Zirckel, Skizzen, 120.

⁶⁶ Vgl. Emissionsprospekt der Prioritätsanleihe der Galveston, Houston & Henderson Eisenbahn, Texas (USA), 1865, Bethmannarchiv, W1-9,5, 283; *Frankfurter Nachrichten*, 2. Dezember 1859.

⁶⁷ Vgl. *Der Aktionär*, 2. September 1860 und 6. Oktober 1861.

⁶⁸ Vgl. Schaefer, Deutsche Portfolioinvestitionen, 382. Zu Sonnemann vgl. Roth, Die Herausbildung, 397–402.

⁶⁹ Vgl. Achterberg, Der Bankplatz, 98; Heyn, Private Banking, 262–294.

⁷⁰ Moser, Die Capitalanlage, 4.

⁷¹ *Neue Frankfurter Zeitung*, 13. Januar 1861.

so ist Eines gewiss: dass nämlich beide Theile sich in kurzer Zeit finanziell erschöpfen; dass es auf längere Zeit mit ihrer finanziellen Blüthe ein Ende hat und dass die Union sich ebenso wie die Sonderbundstaaten eine Schuldenlast aufladen wird, welche ihren Credit schmälern wird.⁷²

Der Krieg in den Vereinigten Staaten zwang deutsche Händler und Kaufleute, den Handel mit Nordamerika abzubrechen – für einige kleinere Betriebe hatte dies ruinöse Folgen.⁷³ Andere Handelshäuser, die sich den Wegfall des nordamerikanischen Markts leisten konnten, fanden in Australien, Japan und China neue Absatzmärkte.⁷⁴ Tabakexporteure aus der Pfalz und Baden verkauften nun vermehrt nach Algerien.⁷⁵ Wenn schon „das drohende Gespenst“ der Neuen Welt, der Bürgerkrieg, für das deutsche Publikum politisch uninteressant sei, „so muss es uns doch finanziell erschrecken“, schrieb ein Frankfurter Journalist.⁷⁶ Spekulanten, Exporteure und Fabrikanten, meldete der abberufene Konsul Ricker, ein Südstaatler, forderten Frieden um jeden Preis.⁷⁷

Strippenzieher, Publizisten und Bankiers: *public diplomacy* von Union und Konföderation

In dieses Wespennest musste die neue Regierung Washingtons einen geeigneten Verfechter der materiellen und ideellen Ziele der Union entsenden. Lincolns Entscheidung für den neuen Generalkonsul in Frankfurt, den ranghöchsten amerikanischen Konsulatsposten innerhalb des Deutschen Bundes, fiel nur zufällig auf den Anwalt und Verleger aus einer Kleinstadt in Michigan, William Walton Murphy, denn allein der plötzliche Tod des ursprünglich vorgesehenen Generalkonsuls brachte ihn in sein Amt.⁷⁸ Nach heutigen Maßstäben war Murphy, wie viele seiner Amtskollegen dieser Zeit, für seine Aufgaben bestenfalls ausreichend qualifiziert. Er war nie zuvor im Ausland gewesen und erst wenige Tage vor seiner Atlantiküberfahrt soll er sich nach den politischen und geografischen Gegebenheiten Mitteleuropas erkundigt haben.⁷⁹ An Diplomatie schien Murphy wenig interessiert, er verstand sich als „wirepuller“.⁸⁰

⁷² Moser, Die Capitalanlage, 481.

⁷³ Vgl. Ricker an Black, 28. Januar 1861, NA Frankfurt; Ricker an Seward, 22. Juli und 12. August 1861, NA Frankfurt.

⁷⁴ Vgl. Ricker an Seward, 22. Juli 1861, NA Frankfurt.

⁷⁵ Vgl. Ricker an Seward, 13. Juli 1861, NA Frankfurt.

⁷⁶ *Der Aktionär*, 5. Mai 1861.

⁷⁷ Vgl. Ricker an Seward, 23. September 1861, NA Frankfurt.

⁷⁸ Vgl. *Frankfurter Nachrichten*, 31. Mai 1861.

⁷⁹ Vgl. Schleiden an die Bremer Senats-Kommission für auswärtige Angelegenheiten, 12. Oktober 1861, StAB, Senat B. 13a (LOC).

⁸⁰ Vgl. ebd.. Zit. ebd.

Ein Landsmann charakterisierte ihn als „rough diamond [and] one of the most uncouth mortals that ever lived; but big-hearted, shrewd, a general favorite, and prized even by those who smiled at his oddities.“⁸¹ Der amerikanische Gesandtschaftssekretär in London sah in Murphy zwar ein „sturdy individual“, gleichzeitig aber einen sehr geachteten, „impressible man“.⁸² Damit ragte der Generalkonsul aus dem Schatten seiner Kollegen heraus. Denn eigentlich schienen amerikanische Konsuln „to be selected solely because of their unfitness for their duties“, wie der Londoner Gesandtschaftssekretär zynisch in sein Tagebuch notierte. „But few read their instructions, and fewer understand them when they do read them.“⁸³

Murphy jedoch schien seiner Aufgabe gewachsen. Seine Hemdsärmeligkeit sollte unter den Bankern, Kaufleuten und Handwerkern Frankfurts auf Zuspruch stoßen. Und er war auf solchen Zuspruch angewiesen. Murphy und andere Vertreter von Union und Konföderation mussten eine ökonomisch orientierte *public diplomacy* betreiben, die die außenpolitischen Beziehungen der Vereinigten Staaten seit deren Unabhängigkeit leitete.⁸⁴ Unter *public diplomacy* sei hier Agitation von staatlichen und nicht staatlichen Akteuren verstanden, die das Ziel hat, öffentlichkeitswirksame Unterstützung zugunsten einer Regierung oder eines Staates materiell und ideologisch zu fördern. Für diese Form der Diplomatie ist die Einbeziehung nicht staatlicher Akteure von enormer Bedeutung.⁸⁵ Der Historiker Don H. Doyle spricht in diesem Zusammenhang von „efforts to ‚educate‘ the foreign public“, die die Regierungen Washingtons und Richmonds förderten, indem sie auf die tendenziöse Beeinflussung der europäischen Öffentlichkeiten hinarbeiteten.⁸⁶

William Murphy und anderen Abgesandten kam in dieser Agenda eine maßgebliche Rolle zu. Als transnationale Vermittler operierten sie zwischen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Netzwerken, um die materiellen und ideellen Interessen von Union oder Konföderation zu fördern. Besonders in Krisenzeiten waren solche Vermittler von substanzieller Bedeutung. Konkrete Ereignisse wie Kriege machten ihre Rolle plastisch und greifbar. Der für die Mehrheit der Europäer imaginative, weil weit entfernte Bürgerkrieg und seine Schockwellen, losgetreten in Amerika und über punktuelle Transmitter nach Europa befördert, konnten sich in der Gestalt transnationaler Vermittler bündeln. Diese traten daraufhin in Aktion.

⁸¹ White, *Autobiography*, 97.

⁸² Moran, Tagebucheinträge vom 29. Oktober 1861 und 24. Mai 1862, zit. n. Wallace/Gillespie (Hg.), *The Journal of Benjamin Moran*, Vol. II, 899, 1010.

⁸³ Moran, Tagebucheintrag vom 4. Oktober 1861, zit. n. Wallace/Gillespie (Hg.), *The Journal of Benjamin Moran*, 887.

⁸⁴ Vgl. Gabaccia, *Foreign Relations*, 43 f.

⁸⁵ Vgl. Lee/Ayhan, *Why do we need Non-State Actors*, 57, 60.

⁸⁶ Vgl. Doyle, *The Cause of all Nations*, 3–4, 70–75; Zit. 4.

In Frankfurt wie auch in Hamburg und Bremen, wo der Handel mit Nordamerika Depots und Geldbörsen füllte, waren Verbindungen zu lokalen Entscheidungskollektiven und Individuen überaus wichtig. In Handelsstädten waren die unmittelbaren Gestaltungsmöglichkeiten für die Akteure oft größer als in den fürstlichen Residenzstädten, in denen sich der Austausch mit Entscheidungsträgern oft nach Zeitplan und Laune der Monarchen richtete. Für Washington war es eher abträglich, dass man seinen Abgesandten in München, Berlin oder Wien einen ausgeprägten „ultra-republicanism“ nachsagte.⁸⁷ In den Freien Städten hingegen konnten die Abgesandten ihren Einfluss nachhaltiger und effektiver gestalten. Aufgrund seiner vorrangig ökonomischen Schockwellen war der Bürgerkrieg dort unmittelbarer als andernorts. Die liberale Aura, die Frankfurt, Hamburg und Bremen anhaftete, erschien amerikanischen Reisenden, Agenten, Gesandten und Konsuln oft vertrauter als die höfischen Zirkel in Wien, Berlin oder München.⁸⁸

Noch bevor der neue Generalkonsul die Stadt im November 1861 erreichte, hielt sich der gebürtige Pfälzer August Belmont in Frankfurt auf. Belmont war ein ehemaliger Mitarbeiter der Rothschilds und arbeitete nun als deren New Yorker Agent.⁸⁹ Bei Ausbruch des Bürgerkrieges hatte er es zu einem der einflussreichsten und wohlhabendsten Bankiers gebracht, mit besten Kontakten in Washingtoner Regierungskreise. In Zusammenarbeit mit dem Außen- und mit dem Finanzministerium war Belmont in inoffizieller Mission im Juni 1861 nach Europa übersetzt, um Sondierungsgespräche mit Bankhäusern in London, Paris und Frankfurt zu führen.⁹⁰ Er sollte ein Stimmungsbild von den europäischen Kapitalisten einfangen, denn das Finanzministerium liebäugelte mit der Emission einer Staatsanleihe in Europa. Doch die militärischen Niederlagen in Virginia im Sommer 1861 veranlassten Belmont, dem Finanzministerium in Washington von dem Vorhaben abzuraten.⁹¹ Allerdings, die Gespräche mit dem gut vernetzten Rothschild-Agenten hatten ein positives Bild für die Union hinterlassen. Der persönliche Austausch festigte die Sympathien großer Bankhäuser für die Union. Rothschild, das kapitalstärkste Bankhaus, stand auf der Seite Washingtons. Es investierte als eine der ersten europäischen Banken in amerikanische Wertpapiere, nachdem der Krieg ausgebrochen war.⁹² Es seien „most desirable and safe investments“, versicherte Belmont und zeichnete für

87 Moran, Tagebucheintrag vom 29. Mai 1861, zit. n. Wallace/Gillespie (Hg.), *The Journal of Benjamin Moran*, 821.

88 Vgl. Kilbride, *Being American in Europe*, 142–154; McCormack (Hg.), *Memoirs of Gustave Koerner*, II, 243.

89 Vgl. Hall (Hg.), *America's Successful Men* 1, 79–80.

90 Vgl. Belmont an Chase, 15. August 1861, August Belmont Correspondence, LOC; Katz, August Belmont, 98–101.

91 Vgl. Belmont an Chase, 31. Oktober 1861, August Belmont Correspondence, LOC; Katz, August Belmont, 101.

92 Vgl. August Belmont an die *New York Tribune*, 31. Juli 1874, zit. n. Belmont, *Letters*, 155.

seine einflussreichen Kunden unter anderem Anleihen für Bauprojekte in Indiana im Wert von 290.000 Dollar.⁹³ Diese Kapitalanlagen wirkten zwangsläufig auf die Parteinahme der Bankiers. Wer größere Mengen Geld in eine Region oder ein Objekt investiert, dem ist in der Regel daran gelegen, dass die dortigen Zustände in Zukunft ähnlich stabil bleiben wie zum Zeitpunkt der Investition.⁹⁴

Die informellen Kontaktaufnahmen August Belmonts waren psychologisch ebenso bedeutsam wie die Gustav Körners, der im Sommer 1862 Frankfurt besuchte, seine Geburtsstadt, aus der er vor dreißig Jahren fliehen musste und von wo er nach Amerika ausgewandert war.⁹⁵ Bei einem Treffen Körners mit Konsul Murphy schlug Letzterer vor, dass Körner sich mit Frankfurter Bankern treffen solle, um Aufschluss über die Finanzlage der kriegsgeschüttelten Republik zu geben. Die Gespräche Körners mit den Bankern der Stadt sollten nervöse Anleger beruhigen und Panikverkäufe verhindern. Offenbar war Körner erfolgreich: „I convinced them, that there was no danger of our defeat, and consequent insolvency.“⁹⁶ Solche informellen Wissenstransfers trugen dazu bei, das Vertrauen deutscher Bankiers in die finanzielle Stabilität der Union aufrechtzuerhalten.⁹⁷

Neben dem Insiderwissen von Vermittlern wie Belmont und Körner waren Vertreter von Union und Konföderation auf die Unterstützung lokaler Akteure angewiesen. Im Gegensatz zu den nordamerikanischen *communities* Großbritanniens, in denen der jeweils ortsansässige Konsul oder Gesandte im Zentrum eines illustren Kreises von *expatriates* und Einheimischen stand,⁹⁸ bildete allein die Sprachbarriere für den des Deutschen nicht mächtigen Murphy ein Hindernis bei der Kontaktaufnahme zu seiner nächsten Umgebung.⁹⁹ Er musste ein Netz von entscheidungsstarken Wohlgesinnten pflegen, sonst würde sich die Ausführung seiner *public diplomacy* ungleich schwerer gestalten. Nützlich für Murphy, für den Frankfurt ein weißes Blatt darstellte, war, dass August Gläser, der langjährige Konsulatssekretär, im Amt blieb, während Murphys Vorgänger zähneknirschend seinen Hut nehmen musste. Gläser und andere Personen aus Murphys Umfeld werden von älteren Studien sträflich vernachlässigt und der Generalkonsul als Alleinverantwortlicher der Unions-sympathien in und um Frankfurt dargestellt.¹⁰⁰ Doch ohne einheimische Hilfe,

93 Zitat: Ebd. Summe der Investitionen in Indiana berechnet nach Documents of the General Assembly of Indiana, Part 2, Vol. 1, 188, 202–213.

94 Vgl. Reitmayer, Bankiers im Kaiserreich, 282.

95 Vgl. Dippel, Körner, 383 f.

96 Körner an Trumbull, 14. Oktober 1862, Trumbull Papers, Vol. 50, Reel 13, LOC.

97 Vgl. ebd.

98 Vgl. Tuffnell, Expatriate Foreign Relations, 2 ff.

99 Vgl. Murphy an Seward, 2. April 1862, NA Frankfurt; Heyner, Das erste Bundesschießen, 23.

100 Vgl. Sterne, Ein Amateur wird Diplomat, 1960.

ohne die multiplikatorische Unterstützung von Netzwerkflechtern,¹⁰¹ wären Murphys Handlungen weniger erfolgreich geblieben.

Denn die Gegner der Nordstaaten waren zahlreich, arbeiteten systematisch und beschäftigten in Großbritannien, Frankreich und Deutschland mehrere Männer, die die dortigen Öffentlichkeiten auf ihre Seite ziehen wollten, wohingegen die Sache des Nordens in Europa nur gelegentlich und von wenigen Funktionären und Bürgern verteidigt werde, wie Murphy bald beklagte.¹⁰² Er und seine Mitarbeiter erkannten, dass sie aktiv werden mussten, um dem Süden etwas entgegenzusetzen: „Our cause has to win and conquer public opinion by its own intrinsic justice, whilst the Southerners are able to avail themselves of the assistance of the world-bewitching medium: Cash.“¹⁰³

Um eine mögliche breite Öffentlichkeit für die Sache der Union zu gewinnen, waren, neben Zeitungen, öffentliche Veranstaltungen und Feste ein probates Mittel. So kam es, dass Murphy und das Generalkonsulat im Sommer 1862 nicht nur in der lokalen Frankfurter, sondern auch in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit in Erscheinung traten. Ein Fest zum 4. Juli war das erste zweier nachhaltiger Ereignisse, bei denen die Vertreter und Unterstützer der Nordstaaten Sympathiepunkte einstrichen. Murphy, Gläser, der Schriftsteller John Ross Browne und weitere Amerikaner luden „alle in Frankfurt und Umgegend wohnenden Amerikaner und Freunde der Vereinigten Staaten“ auf einen Landgasthof vor den Toren Frankfurts ein, um den Unabhängigkeitstag zu feiern.¹⁰⁴ Die einhundertköpfige Festgesellschaft begann die Feierlichkeiten mit der Verlesung der Unabhängigkeitserklärung in englischer und deutscher Sprache, bevor sie zu Essen, Gesang und Tanz im Hauptsaal des Gasthofes überging, der mit amerikanischen, englischen und Frankfurter Flaggen behangen war.¹⁰⁵

Zehn Tage später konnte die amerikanische Entourage in und um Frankfurt auf einer noch größeren Plattform für die Union werben: dem Frankfurter Bundesschießen, zu dem Teilnehmer aus fast allen deutschen Staaten, der Schweiz und den Niederlanden an den Main gereist waren.¹⁰⁶ Wesentlichen Anteil an der dortigen Präsenz der Amerikaner hatten die Mitglieder der deutschen Diaspora in den USA. Der deutsche Schützen-Verein aus Philadelphia, der älteste seiner Art in den USA,¹⁰⁷ hatte sich an das Frankfurter Generalkonsulat gewandt, um in seinem Namen eine Grußadresse und Unionsflagge an das Festkomitee zu überreichen. Die Schützen aus Philadelphia verstanden

101 Vgl. Lee/Ayhan, *Why do we need Non-State Actors*, 64.

102 Vgl. Murphy an Seward, 24. Februar 1862, NA Frankfurt.

103 Ebd.

104 Vgl. Anzeigen im *Frankfurter Journal*, 1., 2., 3. Juli 1862.

105 Vgl. Moore, *The Rebellion Record*, 36.

106 Vgl. Heyner, *Das erste Bundesschießen*, 3.

107 Vgl. Bungert, *Festkultur*, 187.

sich als Informationsvermittler, die Aufklärungsarbeit über den derzeitigen „Bürgerstreit“ in Amerika leisten wollten.¹⁰⁸ So viele „irrhümliche Ansichten über die gegenwärtige Lage der amerikanischen Republik“ kursierten derzeit „in unserer alten Heimath“, dass es dem Schützenbund nötig schien, mit seinen Gaben und Grußworten für das Frankfurter Schützenfest Klarheit zu schaffen.¹⁰⁹ Murphy tat, worum ihn der Verein bat. In Begleitung einer Musikkapelle überreichte der Generalkonsul an der Spitze einer 34 Mann zählenden amerikanischen Deputation (jeder davon repräsentierte einen US-Bundesstaat) am 14. Juli vor mehreren Tausend Anwesenden den *star-spangled banner* an das Festkomitee.¹¹⁰



Abb. 8: Übergabe der amerikanischen Flagge auf dem Frankfurter Bundesschießen, 1862.

In seiner auf Englisch gehaltenen Ansprache lobte Murphy die Loyalität deutschstämmiger Soldaten, die in der Nordstaatenarmee für „union“, „constitution“ und „freedom“ kämpften und fügte hinzu, dass die USA auf ein freies und geeintes Deutschland hofften.¹¹¹ Murphys Konsultssekretär August Gläser ergänzte anschließend in deutscher Sprache, dass die Deutschen in Ame-

¹⁰⁸ G. F. Kolb an Murphy, 6. Juni 1862, zit. n. Heyner, Das erste Bundesschießen, 3.

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Vgl. Heyner, Das erste Bundesschießen, 23.

¹¹¹ Vgl. *New York Times*, 24. August 1862.

rika sich momentan in einem „Bruderkrieg“ befänden, der in ähnlicher Form vielleicht auch Deutschland bevorstünde.¹¹² Die amerikanische Flagge sei als „Emblem der Einigkeit“ von den Schützen aus Philadelphia nach Frankfurt gesendet worden. Sollte die Einigkeit Deutschlands nur über einen Krieg zu erreichen sein, solle die Flagge der Union als Vorbild dienen.¹¹³

Alexander Friedleben, ranghoher Lokalpolitiker und Sprecher des Komitees, dankte Murphy und Gläser für ihre Worte im Sinne der „Einigung der deutschen Nation“: „Wenn dereinst in das deutsche Washington [d. i. Frankfurt] das Parlament einzieht, dann soll uns [...] die Fahne von Amerika [ein] leuchtendes Vorbild sein [und] unseren Muth erstarkten im Kampf für Recht, Freiheit, Unabhängigkeit und Einigkeit.“¹¹⁴

Die Äußerungen der amerikanischen Delegation und des Schützenkomitees durchzogen Argumentationsschemata eines gleichartigen nationalistischen Deutungsmusters, das Krieg und Staatsbildung miteinander verknüpfte. Kriege galten darin als Kollektivkonflikte einer Wehrgemeinschaft zum Wohle eigener nationaler Interessen. Von einem deutschen Bürgerkrieg sprachen die Beteiligten wohlweislich nicht. Die Festrhetorik der überwiegend bürgerlichen Schützenvereinsmitglieder mied diesen Terminus; er fand generell kaum Anklang in zeittypischen bellizistischen Reden und Publikationen. Innerdeutschen Konflikten, schlimmer noch: (sozial-)revolutionären Bestrebungen, sollten die Feste keine Bühne bieten.¹¹⁵ Die Bedrohung deutscher Einheit und Freiheit lauerte, so dachte man, traditionell von außen, vor allem in Gestalt Frankreichs.¹¹⁶ Dennoch hatte die Übergabezeremonie der amerikanischen Delegation auf dem Frankfurter Schützenfest seine Wirkung nicht verfehlt.

Die Union und mit ihr die deutschamerikanische Diaspora hatte Sympathien und Solidarisierungserklärungen unter den Anwesenden gewonnen. „Ihre Gegner sind auch unsere Gegner“, ermahnte ein Redner aus Baden die anderen Festteilnehmer mit Blick auf die „deutschen Streiter in Amerika“ und ihren Kampf für die „gesetzliche Freiheit“.¹¹⁷ Wenn der Begriff „Freiheit“ in den Schützenfestreden fiel, war damit nur sehr bedingt eine individualistische Freiheit gemeint, wie sie noch die politischen Diskurse des Vormärz und 1848 gekennzeichnet hatte.¹¹⁸ Noch weniger war der Freiheitsbegriff an das Schicksal der versklavten Afroamerikaner geknüpft, obwohl der oben zitierte badische

112 Gläser zit. n. Heyner, Das erste Bundesschießen, 24.

113 Ebd.

114 Friedleben zit. n. Heyner, Das erste Bundesschießen, 25. Zu Friedleben vgl. Ärztlicher Verein der Stadt Frankfurt (Hg.), 19. Jahresbericht, 230–237.

115 Bürgerkriege und Revolutionen erscheinen in der bellizistischen Rhetorik des 19. Jahrhunderts als regelrechtes Tabu. Vgl. Janssen, Krieg, 604. Zur politischen und sozialen Struktur der Schützenvereine vgl. Klenke, Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal, 395–448.

116 Vgl. Klenke, Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal, 403.

117 Dr. Thoma, zit. n. Heyner, Das erste Bundesschießen, 38.

118 Vgl. Klenke, Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal, 427.

Redner erwähnt hatte, dass der Bürgerkrieg auch ein Kampf für die „Befreiung der Sklaven aus ihrem harten Joch“ sei.¹¹⁹ Nein, „Freiheit“ diene in der Rhetorik Murphys, Gläfers und anderer Festteilnehmer primär als „motivationssteigerndes Mittel zum Zwecke des tatkräftigen Einsatzes für die Selbstbehauptung des nationalen Kollektivs nach außen“.¹²⁰ Es war ein „Freiheits-Begriff im nationalkollektivistischen Sinne“,¹²¹ Gleichzeitig aber standen die Begriffe „Freiheit“ und „Einheit“ für universelle Werte, die über Staatsgrenzen hinausgingen, was sie zu einem Element mit breitem Rezeptionspotenzial innerhalb der nordstaatlichen *public diplomacy* machte.

Die Unterstützer der Südstaaten wurden ebenfalls nicht müde, ihren Zielen in Deutschland Nachdruck zu verleihen. Einer dieser Unterstützer war Murphys Amtsvorgänger Samuel Ricker aus Louisiana. Ricker war bereits August Belmont während seines Deutschlandaufenthalts im Sommer 1861 unangenehm aufgefallen. Er verdächtigte ihn, Frankfurter Zeitungen mit tendenziösen Artikeln zugunsten des Südens zu versorgen.¹²² Bei Murphys Ankunft im November 1861 kam es zu Reibereien mit seinem Vorgänger, der mit seiner Abberufung überhaupt nicht einverstanden war.¹²³ Ricker enthielt Murphy wichtige Dokumente vor, die er als Generalkonsul für seine Amtsausübung benötigte. Hätte er die Anweisungen Rickers befolgt, so wäre Murphy Wochen lang quer durch Deutschland gereist, um sich die Exequaturen aller Konsulatsbezirke, die er vertrat, einzuholen.¹²⁴

Ricker machte kein Geheimnis um seine Sympathie für den Süden. In kürzester Zeit war er von Frankfurt über Hamburg bis ins Weiße Haus als „open secessionist“ verschrien.¹²⁵ Dem Mitarbeiter einer Frankfurter Privatbank blieb Ricker als „fanatischer Gegner der Nordstaaten“ im Gedächtnis, deren „Untergang“ er regelmäßig „prophezeit“ habe.¹²⁶ Politisch seien die meisten Deutschen vielleicht auf der Seite des Nordens, meldete Ricker kurz vor Ausbruch des Krieges.¹²⁷ Doch in ökonomischer Hinsicht verliefen die Gräben anders. Dank der vom Süden propagierten Freihandelspolitik seien die Kaufleute und Exporteure verstärkt für die Errichtung einer „Cotton Confederacy“ und den

119 Das Zitat stammt aus dem *Frankfurter Journal* vom 20. Juli 1862. Heyner zitiert die Rede ebenfalls, allerdings ohne diesen Passus. Vgl. Heyner, *Das erste Bundesschießen*, 38.

120 Klenke, *Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal*, 425.

121 Ebd., 425.

122 Vgl. Katz, August Belmont, 103–104.

123 Vgl. Ricker an Seward, 20. April 1861, NA Frankfurt.

124 Vgl. Murphy an Seward, 2. April 1862, NA Frankfurt.

125 Zit. Moran, Benjamin, zit. n. Wallace/Gillespie (Hg.), *The Journal of Benjamin Moran*, Vol. II., 885; E. E. (?) Morgan an Lincoln, 17. September 1861, NA Frankfurt. So sprach sich unter anderem auch James Anderson in Hamburg für die sofortige Absetzung Rickers aus. Vgl. Anderson an Seward, 4. November 1861, NA Hamburg.

126 Demuth, Frankfurt A/M, 71–72.

127 Ricker an Seward, 1. April 1861, NA Frankfurt.

uneingeschränkten Handelsverkehr mit dem Süden.¹²⁸ Es würden, so Ricker, bereits diverse Pläne für ein solches Szenario besprochen. Was Ricker verschwieg: dass er sich selbst an diesen Plänen beteiligte. Er nutze die Abwesenheit des noch auf der Überfahrt befindlichen Murphys, um dem Süden zu helfen. In Hannover kaufte er im Juni 1861 ein Schiff, das er unter amerikanische Flagge stellen, aber nicht mit amerikanischen Seeleuten bemannen wollte, was nach geltendem Recht verboten war.¹²⁹ Nordstaatliche Beobachter, die Wind von Rickers Vorhaben bekamen, wurden stutzig. Sie erkannten in dem Unterfangen einen Verschleierungsversuch, um das Schiff unter falscher Flagge fahren zu lassen, wie es Blockadebrecher taten.¹³⁰ Auch wenn dieses Unterfangen offenbar scheiterte, stand eines fest: Ricker war in den Blockadeschmuggel verwickelt. Er schickte Waffen und Schießpulver in den Süden. Letzteres stellte Ricker mit einigem Erfolg selbst her.¹³¹ Nach einigen Monaten aber, so scheint es, tauschte er seinen Arbeitsplatz gegen den Schreibtisch, um den Kredit der Südstaaten mit Tinte und Feder zu erhöhen.

Grenzen und Freiräume der deutschsprachigen Presselandschaft in den sechziger Jahren

Sowohl der Norden als auch der Süden arbeitete in Europa mit einem Netz von staatlichen und nicht staatlichen Akteuren, um Befürworter für ihre Interessen zu gewinnen. Dazu griffen Konföderierte wie Unionisten auf publizistische Agitation im deutschen Pressemarkt zurück, dessen Strukturen den Beteiligten aus Nordamerika einiges abverlangte:

The German press has neither a geographical nor metropolitan center like the English press, nor is it subject to the political and intellectual centralization of an imperial régime like the French. It is necessary, therefore to work in detail and at innumerable points simultaneously

128 Ebd. Für die Einbindung von Freihandelsprinzipien in die konföderierte Diplomatie vgl. Palen, *The Civil War's Forgotten Transatlantic Tariff*, 35–61.

129 Vgl. Nizze, *Das allgemeine Seerecht*, Bd. 1, 167–173.

130 Vgl. Schoenberg an Judd, 9. September 1861; Judd an Schoenberg, 13. September 1861, *Despatches from United States Ministers to the German States and Germany*.

131 Vgl. Charles Young an William H. Seward, 26. Juli 1861, *Despatches from United States Consuls in Frankfurt*; Mason an Benjamin, 23. Juni 1862, ORN, II, 3, 448–449; *Chronological Index of Patents applied & granted*, 224; *Alphabetical Index of Patentees and Applications for Patents of Invention*, 185.

resümierte Henry Hotze, der offizielle Propagandist der Konföderierten in Europa in einer Analyse zur deutschen Presselandschaft.¹³² Einer der eifrigsten Helfer des Südens war Samuel Ricker. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Konsul wusste er nur zu gut, wie Zeitungen, Zeitschriften und Flugblätter als Werkzeug einzusetzen waren, mit dem man Kaufleute, Diplomaten und Politiker beeinflussen konnte. Die Presse war zu einem Begleiter von Welthandel und Außenpolitik herangewachsen.¹³³ Die Unterstützer Washingtons und Richmonds befanden sich im Sog einer wachsenden Politisierung der mitteleuropäischen Öffentlichkeit.¹³⁴ Süd- und Nordstaatler mussten die Symptome dieses Strukturwandels in ihre Agenda integrieren.

Zwar entbrannte der publizistische und öffentliche Diskurs um den Amerikanischen Bürgerkrieg in Mitteleuropa nicht im gleichen Maße wie in Großbritannien¹³⁵ und gipfelte nicht in einem regelrechten Pressekrieg, wie ihn später die europäischen Kolonialmächte untereinander ausfochten.¹³⁶ Die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts markierten vielmehr den Beginn einer Presse, die Einfluss auf Außenpolitik und globalen Handel nahm. Deutsche und nordamerikanische Konsuln, Gesandte, Verleger, Redakteure und Kaufleute hatten ein ertragreiches Experimentierfeld vor sich.

Die deutsche Presselandschaft war nicht gegen Einflussnahme von außen gefeit, auch wenn den Zeitungen und Zeitschriften seit Ende der fünfziger Jahre größere Freiräume zugestanden wurden.¹³⁷ Die Liberalisierung der Presse war der Nährboden für tendenziöse Manipulation von Staat und wirtschaftlichen Interessengruppen.¹³⁸ Nach dem Ende des vormärzlichen Zensurwesens entwickelte sich die Lancierung tendenziöser Artikel durch Regierungskreise und Privatpersonen zum wichtigsten Beeinflussungsmittel, das mit Gesetzen und Geld gefördert wurde.¹³⁹ Verleger finanzierten ihre Zeitungen über Anzeigen, Abonnements und durch verdeckte Vergütungen von einflussreichen Hintermännern. Gerade Banken, Eisenbahnunternehmen, Fabriken und Reedereien zahlten regelmäßig hohe Summen für prominent platzierte Zeitungsinserate. Dies bescherte ihnen zum einen Werbung, andererseits konnten sie auf diesem

132 Hotze an Benjamin, 29. Juli 1864, ORN, II, 3, 1179; Hotze an Ricker, 18. Juni 1864, Hotze Papers, LOC.

133 Vgl. Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 721.

134 Vgl. Hölscher, *Öffentlichkeit*, 464–467; Reinalter, *Die Europäische Revolution von 1848/49*, 34.

135 Vgl. Blackett, *Divided Hearts*, 89–212.

136 Vgl. für das Beispiel Großbritanniens und das Deutsche Reich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert Geppert, *Pressekriege*.

137 Vgl. Kohnen, *Pressepolitik des Deutschen Bundes*, 139–149; Requate, *Kennzeichen der deutschen Mediengesellschaft*, 32, 34; Siemann, *Gesellschaft im Aufbruch*, 307.

138 Vgl. Green, *Intervening in the Public Sphere*, 171.

139 Zum Strukturwandel der deutschsprachigen Presselandschaft seit 1848 vgl. Kohnen, *Pressepolitik des Deutschen Bundes*, 134–149; Requate, *Kennzeichen der deutschen Mediengesellschaft*, 32–36.

Weg Einfluss auf den Inhalt der Zeitungen nehmen. Anzeigen waren „wirtschaftliche Lenkungsinstrumente“.¹⁴⁰ Linke Kritiker verschrien gerade die Zeitungen des wirtschaftsnahen bürgerlichen Lagers als „lukrative Geldspekulationen“ und wollten die Entscheidungsbefugnis über Inserate lieber dem Staat überlassen.¹⁴¹

Gerade in den vermeintlichen Bastionen liberaler Presse, den Freien Städten, konnten sich Verleger dem Gewicht einflussreicher Hintermänner nicht entziehen. Selbst an Main, Elbe und Weser hatte die Pressefreiheit Grenzen. Während der Wirtschaftskrise von 1857 forderten Hamburger Kaufleute eine Zensur gegen „nachtheilige merkantile Gerüchte“ in den lokalen Blättern,¹⁴² um den angeschlagenen Handel nicht weiter zu schwächen. Die Herausgeber der Hamburger *Börsen-Halle* erwarteten von ihren Redakteuren seit jeher, „nicht gegen die staatliche Existenz und die Freihafenstellung Hamburgs [...] und das Freihandelssystem“ zu schreiben.¹⁴³ Entsprechend einleuchtend ist es, dass Hamburger und Bremer Zeitungen der Verwicklung ihrer Kaufmannschaft in den Blockadeschmuggel mit der Konföderation keinen Platz in den Spalten boten. Denn auch Inserate von Reedern, die in den Blockadeschmuggel verwickelt waren,¹⁴⁴ brachten Geld in die Taschen der Verleger, die nicht selten selbst gelernte Kaufleute oder Bankiers waren.

Es gab zahlreiche Blätter, „die nicht den eigentlichen Leiter, sondern [...] Männer, die mit der Leitung oft nicht das Mindeste zu schaffen haben, als verantwortliche Herausgeber“ nannten und den Lesern den wahren Spiritus Rector vorenthielten.¹⁴⁵ August Gläser, Murphys Konsultssekretär, kannte diese Schwachstelle sehr genau. Er war selbst Korrespondent für über zwanzig deutsche Zeitungen. Wollte man eine Zeitung für sich gewinnen, sei es wichtig zu wissen, dass die meisten Herausgeber von „aristocratic patrons“ abhängig seien, „pledged to advocate [the patron's] interests“.¹⁴⁶ Diese Patrone seien korrupt, aber zugänglich, wenn man sich ihnen gegenüber angemessen verhielte.

140 Gossel, Medien und Politik, 48.

141 Ferdinand Lasalle zit. n. Gossel, Medien und Politik, 115.

142 Zit. n. Hoffmann, Das Haus an der Elbchaussee, 202.

143 Eckhardt, Lebenserinnerungen, Bd. 1, 173. Ähnlich eingeschränkt berichteten etwa die *Hamburger Nachrichten* über den Konflikt zwischen den deutschen Großmächten. Von politisch einschlägigen Leitartikeln zugunsten Preußens respektive Österreichs etwa sah die Zeitung 1866 ab, da einer der Besitzer der Zeitung preußisch gesinnt, der andere ein Unterstützer Österreichs war. Vgl. Eckhardt, Lebenserinnerungen, Bd. 1, 192.

144 So findet sich zum Beispiel in den *Hamburger Nachrichten* vom 13. April 1863 eine Anzeige für den Dampfer *Ajax*, der zwischen Liverpool und Matamoros fuhr und mehrfach die Blockade der Bundesflotte durchbrach. Vgl. hierzu auch Welles an Lardner, Goldsborough u. a., 4. August 1862 (Anhang), ORN, I, 7, 629; Pierce an Welles, 6. Juli 1863, ORN, I, 20, 374; Bulloch an Low, 8. Januar 1865, ORN, II, 2, 787–788.

145 Wuttke, Die deutschen Zeitschriften, 62.

146 Gläser an Seward, 23. Januar 1864, NA Frankfurt.

Die Redaktionen großer Zeitungen, klagte ein anderer Kenner der Zustände, hätten immer „eine Regierung, eine politische Partei, oder eine Geldmacht hinter sich“ gehabt.¹⁴⁷ Dies bestätigt auch die aktuelle Forschung: Besonders „Parteien [...] und Interessenverbände [waren] mit ihren Positionen im öffentlichen Kommunikationsprozess in besonderem Maße vertreten.“¹⁴⁸ Redakteure schrieben eher *für* ein Kollektiv, sei es politisch, ökonomisch oder religiös, als dass sie ihre Zeitungen als unabhängiges Korrektiv *gegen* solche Konglomerate richten konnten. Dafür war die Abhängigkeit wohlgesinnter Hintermänner und Geldgeber aus Politik und Wirtschaft zu wichtig. So war der Korruption der Weg geebnet.¹⁴⁹ Meinungsbeeinflussung war im deutschen Pressemarkt dieser Zeit auf ein politisches und ökonomisches Publikum ausgerichtet. Zeitungen waren abhängig von Gönnern aus der Privatwirtschaft. Besonders in ihrer Finanz- und Wirtschaftsberichterstattung standen sie im Ruf, käuflich zu sein.¹⁵⁰ Oft waren Bankiers und Kaufleute Eigentümer und Herausgeber von Tageszeitungen, vorwiegend des liberalen und konservativen Spektrums.¹⁵¹ Verlegten solche Leute eine Zeitung, taten sie dies nicht primär aus ideologischem Interesse – das Zeitungsgeschäft war per se oft unrentabel –, sondern um die Profitabilität ihres Brotberufs, dem Geld-, Kredit- und Wechselgeschäft, zu steigern. Wer Informationsvorsprünge besaß, konnte sie auf den Finanz- und Kapitalmärkten gewinnfördernd einbringen.¹⁵²

Kurz nachdem sich William Murphy in seinem Konsulatsbüro eingerichtet hatte, nahm er Kontakt zu örtlichen Finanzexperten und Journalisten auf, die häufig in Personalunion auftraten.¹⁵³ Als ehemaliger Verleger wusste auch Murphy, wie wichtig die Einflussnahme in Gazetten war, um die ökonomische und politische Solidarität Mitteleuropas mit den Nordstaaten zu festigen. Geld, Politik und Information lagen in Frankfurt nah beieinander, auch räumlich. In der Börse, gegenüber der Paulskirche, befand sich ein Telegrafienbüro, in dem Drähte aus allen deutschen Staaten zusammenliefen.¹⁵⁴ Wie sehr der Drang nach schneller Information aus allen Teilen Europas in den Börsenhallen wütete, illustriert ein zeitgenössischer Eintrag im *Staats-Lexikon*:

147 Meding, *Memoiren zur Zeitgeschichte*, 1. Abt., 71.

148 Requate, *Öffentlichkeit und Medien*, 26.

149 Vgl. Gossel, *Medien und Politik*, 49 f.

150 Vgl. Schneider, *Politische und wirtschaftliche Berichterstattung*, 259 f.; Radu, *Auguren des Geldes*, 108, 125 f.

151 Vgl. Radu, *Auguren des Geldes*, 116 ff.

152 Vgl. Merrill/Clark, *The Money Market*, 629–636.

153 Vgl. Murphy an Seward, 15. November 1861, NA Frankfurt. Bankiers und (ehemalige) Bankmitarbeiter verlegten Mitte des 19. Jahrhunderts oft eigenständig Zeitungen oder gaben sie heraus. Vgl. Radu, *Auguren des Geldes*, 77, 116.

154 Vgl. Handelskammer zu Frankfurt am Main, *Jahresbericht für 1863*, 17.

[D]er Telegraph bringt unmittelbar an der Börse Aufträge von außen und Berichte von dem Gange an den übrigen europäischen Börsen. [S]o verbindet der Draht sie alle wie zu einer einzigen großen Versammlung. London und Paris, Berlin, Hamburg, Wien, Frankfurt, Leipzig sprechen miteinander; die Stimmung hier wirkt auf die Stimmung dort. [...] Effecten, die eben in Paris in gekauft worden sind, werden eine Stunde später in Berlin verkauft; am Abend kennt jeder Abonnent auf die telegraphischen Berichte den Gang der Geschäfte und den Preis der Effecten aller europäischen Börsenplätze an dem nämlichen Mittage – bald vielleicht auch am anderen Morgen von den amerikanischen. Unmittelbar nach dem Schlusse der Börse arbeitet wieder der Telegraph, schreiben die Zeitungen und die Bankhäuser ihre Berichte, die mit den nächsten Bahnzügen nach allen Richtungen hinaus gehen.¹⁵⁵

Nachrichten und Handel waren seit jeher eng miteinander verknüpft. Wissensvorsprünge ermöglichten Profit. Lautete eine Information zugunsten der einen Seite, konnte sie der anderen Seite schaden. Entsprechend standen Falschmeldungen, Gerüchten und der Drang nach Exklusivinformationen über den Bürgerkrieg Tür und Tor offen. Berichte von Niederlagen ramponierten die Kreditwürdigkeit von Norden und Süden, brachten die Kurse ihrer Papiere ins Schwanken und bedrohten die Einlagen ihrer europäischen Anleger. Hatten Unterstützer von Union und Konföderation erst einmal ihren Fuß in einer Redaktionstür, war es relativ einfach, tendenziöse Artikel zu lancieren.

Aufseiten der Konföderierten dirigierte diese Arbeit Journalisten wie Edwin de Leon und Henry Hotze, die ihr Außenministerium eigens zu diesem Zweck nach Europa entsandt hatte.¹⁵⁶ Wie eine solche Beeinflussung lokaler Redakteure und Autoren durch die Agenten der Konföderation vor sich gehen konnte, schilderte Edwin de Leon am Beispiel seiner Tätigkeit in Paris:

I carefully selected and organized a corps of writers, who drew their facts and their inspirations from me on stated days of the week, and whose duty it was carefully to collate and comment on the items of American news, by each successive mail, giving them of course the construction most favorable to the South.¹⁵⁷

Ähnlich wie in Deutschland waren die meisten Journalisten in Frankreich schlecht bezahlt. Selten befanden sie sich im Genuss einer Festanstellung.¹⁵⁸ Darin, so Edwin de Leon, lag der Schlüssel für den Erfolg des Südens. Die prekäre Arbeitslage der Journalisten mache sie „willing to lend their pens and their talents to any cause which is not directly at variance with their princip-

155 Mathy, Börse, 788.

156 Für eine Übersicht zu den Tätigkeiten Hotzes und de Leons in Europa vgl. Owsley, King Cotton Diplomacy, 166–185.

157 Davis, Edwin de Leon, 137.

158 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, 532–536.

les“.¹⁵⁹ Doch der Flickenteppich des Deutschen Bundes bereitete den Konföderierten einiges Kopfzerbrechen.

Die deutsche Presselandschaft war uneinheitlich. Es fehlte an einem publizistischen Zentrum wie London oder Paris, das auf Zeitungen anderer Regionen wirkte. Henry Hotze versuchte, deutschstämmige Schreiber mit einem großen Privatvermögen zu akquirieren, um so Sprachbarrieren zu umgehen und die Gehaltszahlungen der Konföderiertenregierung zu minimieren.¹⁶⁰ Außer mit Geldmangel hatte die südstaatliche Entourage in Europa oft mit Vorbehalten gegenüber der Sklaverei zu kämpfen. Der selbst zugeschriebene *cornerstone* der Konföderation erwies sich in der Mobilisierung ausländischer Öffentlichkeiten oft als Barriere.¹⁶¹ Viele Herausgeber und Redakteure der sechziger Jahre entstammten liberalen Milieus,¹⁶² ihr „Meinungsdruck“ dominierte den deutschsprachigen Pressemarkt.¹⁶³ Zeitungen und Zeitschriften liberaler Färbung waren gegenüber konservativen Blättern, die am ehesten für antiegalitäre Strömungen empfänglich schienen, in der Überzahl.¹⁶⁴ So erwies es sich für Hotze als problematisch, einen deutschen Verlag für die Veröffentlichung einer englischen Rechtfertigungsschrift über die Sezession der Südstaaten zu finden, die ein aus Mainz gebürtiger Offizier der Konföderierten Staaten verfasst hatte, der bereits bei der Gründung des Londoner *Index* geholfen hatte.¹⁶⁵ Ein kleiner Verlag in Barmen, der preußischen Textilhochburg, übernahm schließlich die Veröffentlichung.¹⁶⁶ Die großen Verlage hatten die Publikation abgelehnt, aufgrund des „universal prejudice against our cause and our country“, wie Henry Hotze beklagte.¹⁶⁷

Der ideelle Kredit des Südens in Europa stand auf wackligem Fundament. Um als unabhängiger Staat von England, Frankreich und den deutschen Ländern anerkannt zu werden, musste die Konföderation nicht nur auf den Schlachtfeldern bestehen, sondern ein Signal setzen, um das Vertrauen der Europäer in ideeller und materieller Hinsicht zu gewinnen. Ein solches Zeichen war die Baumwollanleihe des Frankfurter Bankhauses Erlanger.

159 Davis, Edwin de Leon, 138.

160 Vgl. Hotze an Benjamin, 26. September 1862 und 29. Juli 1864, ORN, II, 3, 536–537, 1179.

161 Der Vizepräsident der Konföderierten Staaten, Alexander Stephens, prägte das Bild der Sklaverei als „cornerstone“ der Konföderation in einer Rede vom 21. März 1861: „Our new Government [...], its cornerstone rests, upon the great truth that the negro is not equal to the white man; that slavery, subordination to the superior race, is his natural and moral condition. This, our new Government, is the first, in the history of the world, based upon this great physical, philosophical, and moral truth.“ Vgl. <https://sourcebooks.fordham.edu/mod/1861stephens.asp> (letzter Abruf: 18.01.2021).

162 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 445–448 und 1243 f.

163 Ebd., 447.

164 Vgl. ebd., 446.

165 Vgl. Hotze an Benjamin, 25. April 1862, Hotze Papers, LOC.

166 Vgl. Spence, Die amerikanische Union.

167 Hotze an Benjamin, 26. September 1862, ORN, II, 3, 536.

Kapital für die Konföderation: die Baumwollanleihe des Bankhauses Erlanger

Von circa 1860 bis zur Jahrhundertwende gehörten die Erlangers zur oberen Riege transnationaler Investmentbanker,¹⁶⁸ auch wenn einzelne Historiker ihnen diesen Status absprechen.¹⁶⁹ Der Gründer des Hauses, Raphael Erlanger, begann seine Karriere als Lehrling in der Frankfurter Niederlassung der Rothschilds, bevor er 1848 sein eigenes Bank- und Wechselgeschäft eröffnete, das als eines der ersten mit nordamerikanischen Aktien und Anleihen in Frankfurt handelte.¹⁷⁰ Die Familie hatte außerdem Kapitalbeteiligungen in Louisiana geerbt und pflegte dadurch Beziehungen zu südstaatlichen Unternehmern.¹⁷¹ Zudem war Raphael Erlanger Agent der französischen Aktienbank *Crédit Mobilier*, welche das faktische Monopol der Rothschild'schen Privatbank in Paris eindämmen wollte.¹⁷² Als Erlanger und andere Bankiers in den fünfziger Jahren eine Bank nach Vorbild der *Mobilier* in Frankfurt gründen wollten,¹⁷³ um Darlehen für den Eisenbahn-, Schiffs- und Fabrikbau zu realisieren, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Erlanger und seinem ehemaligen Arbeitgeber. Die neuartigen Aktienbanken standen in unmittelbarer Konkurrenz zu Privatbanken wie der der Rothschilds. Diese protestierten im Verbund mit anderen Privatbankiers vor dem Frankfurter Senat erfolgreich gegen das Projekt einer „Frankfurter *Mobilier*“.¹⁷⁴ Erlanger störte sich an solchen Rückschlägen nicht und gründete Kredit- und Aktienbanken in Regionen, die nicht dem unmittelbaren Einfluss der Privatbanken ausgesetzt waren.¹⁷⁵ Finanzgeschäfte mit den Regierungen Sachsens-Meiningsens und Portugals bescherten Erlanger Renommee, Adelstitel und Konsulatsämter, die ihm die „Türen der Frankfurter Gesellschaft“ öffneten und Kontakte zu den in Frankfurt akkreditierten Diplomaten ermöglichten, darunter Otto von Bismarck und Österreichs Außenminister Rechberg.¹⁷⁶

1851 übernahm Erlangers ältester Sohn Emil mit 19 Jahren die Maklergeschäfte seines Vaters. 1859 wurde Emil Leiter der neuen Niederlassung in Paris.¹⁷⁷ Durch die Ehe mit seiner ersten Frau, der Tochter des renommierten

168 Vgl. Klarmann, *Unternehmerische Gestaltungsmöglichkeiten*, 35 f.

169 Vgl. Flandreau/Flores, *The Peaceful Conspiracy*, 235; Ferguson, *The Ascent*, 94.

170 Vgl. *L'Illustration*, 7. August 1869.

171 Vgl. Lester, *Confederate Finance*, 130.

172 Vgl. Klarmann, *Unternehmerische Gestaltungsmöglichkeiten*, 31–40.

173 Vgl. Holtfrerich, *Finanzplatz Frankfurt*, 164.

174 Vgl. Cassis, *Capitals of Capital*, 62; Genealogische Gesellschaft zu Frankfurt a.M. (Hg.), *Auszüge aus einem Manuskript*, 3–11; Sulzbach, *Jüdische Bankiers*, Er 1 f.; *Handelskammer Frankfurt*, *Geschichte der Handelskammer*, 1139 f.

175 Erlanger war 1853 an der Gründung der Weimarer Bank beteiligt, 1855 errichtete er die Landgräfl. Hessische Landesbank in Homburg vor der Höhe und 1856 die Luxemburger Bank. Vgl. Lerner, *Erlanger*, 593.

176 *Genealogische Gesellschaft zu Frankfurt a.M. (Hg.)*, *Auszüge aus einem Manuskript*, 5.

177 Vgl. ebd., 9.

Pariser Bankiers Jacques Laffitte¹⁷⁸ sowie der Ernennung zum Generalkonsul Griechenlands kam Emil Erlanger in Frankreichs Hauptstadt zu ähnlichem Ansehen wie sein Vater in Frankfurt. Schnell knüpfte Frédéric Émile d'Erlanger, wie er sich fortan nannte, Kontakte zum engsten Umfeld Napoleons III. und zu ausländischen Diplomaten in Paris und damit auch zu Richmonds Abgesandtem für Frankreich John Slidell – eine Begegnung mit weitreichenden Folgen.



Abb. 9: Emil von Erlanger, 1869.

178 Vgl. Redlich, Jacques Laffitte, 137–161; *Bayerische Zeitung*, 14. Juli 1864.

Im September 1862 wurde Erlanger bei Slidell vorstellig. Er erkundigte sich bei dem verblüfften Gesandten, ob dieser befugt und willens sei, einen Kredit für seine Regierung aufzunehmen. Slidell verneinte zuerst, erklärte aber zugleich, dass den Agenten des konföderierten Kriegs- und Marineministeriums allmählich das Geld für Waffen und Schiffe für ihre Truppen ausgehe. Ein größerer Kredit für die Kriegseinkäufe des Südens in Europa schien ihm daher sinnvoll.¹⁷⁹ Offensichtlich machte die Persönlichkeit des jungen Bankiers Eindruck auf Slidell. Erlanger betonte seine Sympathien für den Süden und seine guten Kontakte in höchste europäische Regierungskreise.¹⁸⁰ Einige Wochen und Gespräche später unterschrieben Slidell, der Gesandte des Südens in London James Mason und der Chefeinkäufer des Kriegsministeriums, Caleb Huse, einen vorläufigen Emissionsvertrag zwischen der Konföderiertenregierung und Erlanger & Cie. in Paris.¹⁸¹ Ende Januar 1863 einigten sich schließlich das konföderierte Finanzministerium und Erlanger auf eine Anleihe in Höhe von drei Millionen Pfund, verzinst zu sieben Prozent, mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren. Die Ausgabe wurde auf den 19. März 1863 terminiert.¹⁸² Für die Abwicklung der Emission erhielt Erlanger eine Provision von 18 Prozent des Anleihewertes.¹⁸³ Zeichner konnten die Anleihe zu Stückelungen von tausend, fünfhundert, zweihundert oder hundert Pfund erwerben¹⁸⁴ – beträchtliche Summen, die nur wohlhabende Zeitgenossen aufbringen konnten.¹⁸⁵ Für eine breite Anlegerschaft war der *Erlanger Loan* nicht konzipiert, er sollte sein Publikum unter kapitalkräftigen Kaufleuten und Industriellen finden. Das Geld der Gläubiger floss in die Kassen von Fraser, Trenholm & Co., dem Handelshaus der Konföderiertenregierung in Liverpool, welches das Geld wiederum den Agenten der Finanz-, Marine- und Kriegsministerien zur Verfügung stellte, damit diese ihre Versorgungskäufe zahlen konnten.¹⁸⁶ Mit der Depositionierung der Anleihe in London beauftragte Erlanger einen Geschäftsfreund, John Henry Schröder, Leiter der Londoner Niederlassung des gleichnamigen Hamburger Bank- und Handelshauses, einem der größten Importeure von Zucker und Baumwolle für Mitteleuropa sowie langjähriger Unterstützer und Profiteur amerikanischer Sklavenarbeit.¹⁸⁷ Für Subskriptionen und die halbjährlichen Zinsauszahlungen der Anleihe in Amsterdam waren ebenfalls die

179 Vgl. hierzu Slidell an Benjamin, 29. September 1862, ORN, II, 3, 547.

180 Vgl. Lester, *Confederate Finance*, 130.

181 Vgl. Slidell an Benjamin, 28. Oktober 1862, ORN, II, 3, 568 ff.

182 Vgl. Gentry, *A Confederate Success*, 159–160.

183 Vgl. Weidenmier, *The Market*, 78–79.

184 Vgl. ebd., 78.

185 Zum Vergleich: Das Jahresgehalt eines Mechanikers in Manchester belief sich 1860 auf rund 78 Pfund. Errechnet nach Bowley, *Wages*, Anhang zu 123.

186 Vgl. Loy, 10 Rumford Place, 349 ff.

187 Zu Schröder vgl. grundlegend Roberts, *Schrodgers*, 43–61; Kirchberger, *Aspekte*, 214–215; Weber, *Deutschland*, 46 ff.

Schröders zuständig, in Paris und Frankfurt mussten die Gläubiger oder deren Kommissionäre die Kontore der Erlangers aufsuchen.¹⁸⁸

Das Besondere an der Anleihe, ihre „Lockspeise“,¹⁸⁹ war, dass die Gläubiger ihre Obligationen jederzeit gegen Zertifikate eintauschen konnten, mit denen sie der Konföderiertenregierung zoll- und gebührenfreie Baumwolle abkaufen konnten.¹⁹⁰ Die Kopplung an Baumwolle sollte den Investoren als Sicherheit gegen die evidenten Kriegsrisiken dienen.¹⁹¹ Das Problem: Die Gläubiger mussten selbst dafür Sorge tragen, ihre Baumwolle durch die Blockade der Bundesflotte zu schleusen. Eine Lieferung in die Häfen von New Orleans, Savannah, Charleston und Mobile versprachen die Konföderierten erst für die Zeit, wenn der Frieden gesichert und die Unabhängigkeit der Südstaaten anerkannt war. Solange der Krieg dauerte, bewerkstelligten Beamte nur den Transport der Ballen in einem kleinen Umkreis zum nächstgelegenen Bahnhof oder Flussufer und selbstredend nur in dem von ihnen kontrollierten Territorium, welches mit fortschreitender Kriegsdauer kontinuierlich schrumpfte;¹⁹² ein riskantes Unterfangen. Aber angesichts des niedrigen Preises von sechs Pence,¹⁹³ den die Regierung in Richmond pro Pfund Baumwolle garantierte, auch ein lukratives Spekulationsobjekt: Nordamerikanische Baumwolle wurde immer rarer in Europa und die Qualität indischer und ägyptischer Surrogate verstimmte Händler und Industrielle vielerorts.¹⁹⁴ Je höher die Baumwollpreise in Europa stiegen, desto attraktiver wurden die Zertifikate mit dem verbrieften Niedrigpreis.¹⁹⁵

Bei seiner Emission stieß der *Erlanger Loan* in Großbritannien und dem Kontinent auf großen Zuspruch, obwohl die Anleihe zu neunzig Prozent des Nennwerts ausgegeben wurde. Ein niedrigerer Ausgabekurs hätte sicherlich noch mehr Investoren angezogen, doch Emil Erlanger rechtfertigte die Höhe des Nennwerts damit, dass er die politische Stellung der Konföderation unterstreiche – je höher der Ausgabekurs, desto fester das Vertrauen in den Süden.¹⁹⁶ Zum Vergleich: Der Ausgabekurs der preußischen Kriegsanleihe von 1870 betrug nur 88 Prozent.¹⁹⁷ Wenige Tage nach der Emission Ende März 1863 konnten Emil Erlanger und sein Partner Schröder Zeichnungen im Wert von rund

188 Vgl. Roberts, Schroders, 66.

189 *Der Aktionär*, 17. Mai 1863.

190 Einzig ein Ausfuhrzoll von 1/8 Cent pro Pfund Baumwolle wurde erhoben.

191 Vgl. Weidenmier, *The Market*, 77.

192 Vgl. Gentry, *A Confederate Success*, 160.

193 Als die Erlanger-Anleihe auf den Markt kam, lag der Preis für *New Orleans middling*, die Baumwollsorte, welche die Inhaber der Erlanger-Anleihe im Tausch bekamen, in Liverpool bei 24 pence pro Pfund. Vgl. Wiedenmier, *The Market*, 79.

194 Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 8. Mai 1863; Beer, *Allgemeine Geschichte*, 1. Bd, 96.

195 Vgl. Brown/Burdekin, *Turning Points*, 217.

196 Vgl. Gentry, *A Confederate Success*, 177–178.

197 Vgl. Treue, *Die Finanzierung*, 12.

16 Millionen Pfund, dem Fünffachen des Nennwerts, melden.¹⁹⁸ Die Anleihe fand zahlreiche Abnehmer und war binnen kürzester Zeit überzeichnet.¹⁹⁹ Die meisten Kaufaufträge, circa 15 Millionen Pfund, kamen von Firmen und Privatleuten aus England, wo auch deutschstämmige Handelshäuser „gewaltig“ gezeichnet hatten,²⁰⁰ aber auch aus Hamburg, Bremen, Frankfurt, der Schweiz und Österreichs Überseehafen Triest – allesamt Regionen und Städte, die eng mit der Baumwollindustrie verknüpft waren²⁰¹ – trafen Orders im Wert von insgesamt rund einer Million Pfund ein.²⁰²

Bisher erschienene wissenschaftliche Arbeiten zum Thema erwähnen ausschließlich britische Zeichner der Erlanger-Anleihe mit Namen.²⁰³ William Murphy allerdings verriet in einem seiner Konsulatsberichte explizit die Namen einiger „principal holders of Rebel stock in Germany“: die Mitteldeutsche Kreditbank in Sachsen-Meiningen, bei der Erlangers Vater als Agent fungierte,²⁰⁴ sowie die Frankfurter Bankhäuser von Siegmund und Rudolf Sulzbach und Wilhelm Friedrich Jäger, die beim Aufbau der Mitteldeutschen Kreditbank geholfen hatten.²⁰⁵

Erlanger, die Sulzbachs und Jäger waren langjährige Geschäftspartner. Sie bildeten die Spitze des Konsortiums, das einige Jahre zuvor die Gründung einer Frankfurter Aktienbank nach Vorbild der *Crédit Mobilier* beabsichtigte, aber am Widerstand der Rothschilds und anderer Bankiers gescheitert war. Zwar schrieb Generalkonsul Murphy aus Frankfurt, dass die mit Erlanger befreundeten Banken und Wechselmakler nur Anteile an der Baumwollanleihe gezeichnet hätten, um ihren Kurs künstlich in die Höhe zu treiben.²⁰⁶ Jäger, die Sulzbachs und die von ihnen kontrollierte Mitteldeutsche Kreditbank demonstrierten mit dem Kauf der Papiere aber eine klare Anlagestrategie. Mit den Baumwollzertifikaten besaßen sie Aussicht auf hochwertige Baumwolle, die sie für eine profitable Marge an Textilfabrikanten in allen Baumwolle verarbeitenden

198 Vgl. Mason an Benjamin, 30. März 1863, ORN, II, 3, 730.

199 Vgl. *Der Aktionär* (Beilage), 3. Januar 1864; Schwab, 1901, 33.

200 *Süddeutsche Zeitung*, 25. März 1863.

201 Triest war der Hauptimporthafen Österreichs für südstaatliche Baumwolle und andere nordamerikanische Stapelware. Vgl. Kaufman, *Austro-American Relations*, 209; Hildreth an Seward, 22. Oktober 1862, NA Trieste.

202 Vgl. Mason an Benjamin, 30. März 1863, ORN, II, 3, 730; Roberts, 1992, 66. Von einem Hamburger Investor ist bekannt, dass er seinem Agenten in London eine Kaufanweisung in Höhe von 2.000 Pfund sendete. Vgl. Anderson an Seward, 12. April 1863, NA Hamburg.

203 Da es sich um die jüngste Arbeit zum Erlanger Loan handelt, sei an dieser Stelle exemplarisch Sexton, *Debtor Diplomacy*, 171–172, genannt.

204 Vgl. Genealogische Gesellschaft zu Frankfurt a. M. (Hg.), *Auszüge aus einem Manuskript*, 5.

205 Murphy an Seward, 8. August 1863, NA Frankfurt. Zur Mitteldeutschen Kreditbank vgl. Krause, *Zur Geschichte; Sammlung der landesherrlichen Verordnungen im Herzogthume Sachsen-Meiningen*, 179–202; *Süddeutsche Zeitung*, 15. Januar 1863. Zu den Geschäftsbeziehungen zwischen Erlanger, den Sulzbachs und Jäger vgl. Heyn, *Private Banking*, 262–276.

206 Vgl. Murphy an Seward, 6. April und 10. August 1863, NA Frankfurt.

den Regionen Deutschlands verkaufen konnten. Die Bankiers wussten um die immense Bedeutung der Baumwolle, gerade jetzt in der Zeit ihres Mangels. Sie sicherten sich nicht nur Kaufrechte für südstaatliche Baumwolle, sondern gründeten ebenfalls 1863 im Verein mit englischen und französischen Handelshäusern die Ägyptische Handels-Gesellschaft, um Baumwolle aus Ägypten zu kaufen und deren Anbau dort zu fördern.²⁰⁷ Diese Geschäftstätigkeit belegt den hohen Bedarf an weiteren Bezugsquellen, den der Amerikanische Bürgerkrieg auf dem globalen Baumwollmarkt provozierte und der bis in das deutsche Binnenland hineinragte.

Ihre hohen Stückelungen und ihre Verknüpfung mit Baumwolle machten die Erlanger-Anleihe speziell für Im- und Exporthäuser, Kommissionäre und Makler interessant. Diesen Unternehmern war entweder an einem möglichst schnellen Zugang zur Baumwolle gelegen oder am Terminhandel mit den Bonds. Eine regelrechte „Welle der Spekulation“ erfasste die Baumwollhändler Liverpools und Manchesters, Bremens und Frankfurts seit dem zweiten Kriegsjahr.²⁰⁸ 1863 verzeichnete die Frankfurter Handelskammer eine erhöhte Zahl „auswärtige[r] Spekulationskäufe“ von Baumwollartikeln durch norddeutsche Großhändler aufgrund der gestiegenen Preise.²⁰⁹ Auch in den hessischen Nachbarländern klagten Händler über Preissteigerungen. Fabrikanten forderten eine Reduzierung des Garnzolls.²¹⁰ Der Preis für Rohbaumwolle in Frankfurt stieg zwischen 1861 und 1864 um 150 Prozent und die Baumwollvorräte in den örtlichen Lagerhäusern waren „allenthalben bis auf ein geringes Maß zusammenschmolzen“.²¹¹ Nur die Spekulationskäufe bewahrten vor noch größeren Absatzeinbußen; die meisten lokalen Fabrikanten hatten ihre Arbeit gänzlich eingestellt.²¹²

Für Frankfurter Wechselhändler war die Kauffreude der Großhändler eine positive Erscheinung. Der Umsatz im Wechselverkehr stieg allein zwischen 1862 und 1863 um rund 35 Millionen Gulden an.²¹³ Im Devisenhandel fand „der ansehnlichste Umsatz in Londoner Wechseln“ statt, denn zahlreiche Spinnereien, vor allem aus Süddeutschland, gaben über Frankfurter Häuser Kaufaufträge für Rohbaumwolle aus England ab.²¹⁴ Es sei notwendig gewesen, „dass die Speculation ihre ganze Kraft entfaltet“, bilanzierten die Baumwollmak-

207 Vgl. *Neue Frankfurter Zeitung*, 19. Juni 1863 (Beilage).

208 Beckert, *King Cotton*, 239. Für die Spekulationskäufe in Frankfurt vgl. Jahresbericht der Handelskammer Frankfurt für 1863, 64 ff.

209 Handelskammer zu Frankfurt am Main, Jahresbericht für 1863, 64.

210 Vgl. Jahresbericht der Großherzoglichen Handelskammer zu Offenbach für das Jahr 1863, 14.

211 Goldschmidt an das königlich württembergische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, 24. Januar 1864, E 50/60 Bü 70, HStA Stuttgart.

212 Vgl. Handelskammer zu Frankfurt am Main, Jahresbericht für 1863, 64 f.

213 Ebd., 75.

214 Ebd.

ler an der Weser Ende 1862.²¹⁵ Manches Kommissionshaus habe durch diese „Baumwollhatz“ ein „Heidengeld“ gemacht, berichtete der bestens informierte Friedrich Engels an seinen Freund Karl Marx.²¹⁶ Die Leidtragenden waren diejenigen, die den Rohstoff weiterverarbeiteten. Die langjährig konstanten Baumwollpreise stiegen durch die Spekulationsgeschäfte während des Bürgerkrieges auf das Sechsfache ihres Vorkriegswertes. Spinnereien, Webereien, Färber, Tuchmacher und Bleicher waren dadurch noch bis in die siebziger Jahre gezwungen, überteuerte Makler- und Importgebühren zu zahlen, die sie durch den Verkauf ihrer Produkte nicht decken konnten.²¹⁷ Die Fabrikanten gehörten folgerichtig zu den ersten Fürsprechern alternativer Baumwollquellen, auch wenn dies eine Verringerung der Warenqualität und Umstellung der Maschinen bedeutete.²¹⁸ Diesen Forderungen nach neuen Bezugsmärkten kamen spezialisierte Firmen wie die Ägyptische Handels-Gesellschaft nach. Solche transnationalen Gemeinschaftsunternehmen waren genuine Begleiterscheinungen des Amerikanischen Bürgerkrieges. Sie bildeten die Vorboten kolonialer Baumwollanbauprojekte, wie sie das Kaiserreich ab den achtziger Jahren in West- und Ostafrika vorantreiben sollte.²¹⁹

Von der Spekulationswelle wollten auch Erlanger, Schröder und ihre Anleger profitieren. Doch trotz ihres anfänglichen Erfolges sank der Kurs der Anleihe schnell wieder. Erlanger und Schröder stoppten diese Rückschläge durch Zeichnungen auf eigene Rechnung.²²⁰ Schuld an dem Einbruch war, in Erlangers Worten, „a most determined opposition by parties in the Northern interest, who were [...] frightened at the extraordinary popularity of the Loan and the demonstration it involved in favour of the South.“²²¹

In der Tat traf die Anleihe vor und nach ihrer Emission auf viel Skepsis und Ablehnung. Sie kam zu einem für die Südstaaten und Erlanger ungünstigen Zeitpunkt auf den Markt. Abraham Lincoln hatte mit seiner Emanzipationsproklamation im Herbst 1862 den Bürgerkrieg zum Kampf gegen die Sklaverei stilisiert, zum ideologischen Konflikt zwischen Freiheit und Unterdrückung. Die Kernaussage aller Kritiker der Anleihe lautete: Wer Erlangers Anleihen zeichnete und damit dem Süden Kredit gewährte, der unterstützte die Sklaverei und verlängerte das Blutvergießen. Vor dem offiziellen Zeichnungstermin der Anleihe gab man Erlanger deutlich zu verstehen, was man von seinem Geschäft mit dem Süden hielt. William Murphy wurde zugetragen, dass die Anleihe in Frankfurt als entehrend und schändlich für den deutschen „national

215 *Weser-Zeitung*, 31. Dezember 1862 (Beilage).

216 Engels an Marx, 9. September 1862, MEGA, Bd. 3, 100.

217 Vgl. Jahresberichte der Handelskammern für 1872, 58.

218 Vgl. Beckert, *King Cotton*, 243–244.

219 Vgl. ebd., 317–346; ders., *Von Tuskegee nach Togo*, 512 ff.; Sunseri, *The Baumwollfrage*, 31–51; Zimmerman, *Alabama in Africa*, 112–172.

220 Vgl. Lester, *Confederate Finance*, 39–43; Roberts, *Schroders*, 67.

221 Erlanger an Memminger, 28. April 1863, zit. n. Roberts, *Schroders*, 67.

character“ abgetan wurde.²²² Deswegen blieben ihre Besitzer meist anonym und sind für Historiker kaum zu benennen.²²³

In amerikanischen Konsulaten und deutschen Zeitungsredaktionen waren viele vom Misserfolg dieses „Spielpapiers ersten Ranges“ überzeugt – zumindest hofften sie darauf.²²⁴ Die Bremer *Weser-Zeitung* gab zu verstehen, dass es sich bei der Baumwollanleihe um „die unsittlichste [...] aller Geschäftspekulationen“ handle. „Ein entschiedener Sieg des Nordens“, prophezeite das Blatt, „und die [...] Aktionäre können ihre Bonds einrahmen lassen, um sie als Merkwürdigkeit in ihr Zimmer zu hängen.“²²⁵ Eine konservative Wiener Zeitung bewertete die Anleihe als „eine recht gute Gelegenheit, sein Geld los zu werden“, gab aber zu, dass die Anleihe wohl so manchen „zu einem Speculationsversuch“ ermutigt habe.²²⁶ Eine andere Zeitung aus Österreich hingegen schmähte den Deal eines deutschen Bankhauses mit der sklavenhaltenden Regierung in Richmond als politisch gewissenlos und geschäftlich fehlerhaft, da das Geld deutscher Zeichner doch „in's Ungewisse“ fließe und die zugesicherte Baumwolle ein Pfand sei, „das man nicht in den Händen hat [und] das jeden Augenblick zerstört werden kann“.²²⁷ Andere Kritiker verwiesen auf die Schiefelage der konföderierten Staatskasse. Aufgrund ihrer hohen Verschuldung würden die Südstaaten niemals, selbst im Falle ihrer Unabhängigkeit, in der Lage sein, den Forderungen ihrer Gläubiger nachzukommen, weil die Wirtschaftskraft des Landes durch den Krieg über Jahre hinaus erschöpft sei.²²⁸ Kaum jemand würde deshalb riskieren, in die Baumwollanleihe zu investieren, schrieb William Murphy, der mithilfe eines Frankfurter Bankers den Jahresbericht des konföderierten Finanzministers, aus dem das fiskalische Defizit hervorging, in den Frankfurter Zeitungen platzierte, um der Anleihe zu schaden.²²⁹

Solche Meldungen zwangen den zwischen Paris, London und Frankfurt pendelnden Erlanger zum Handeln. Er besuchte mehrere Redaktionen in Frankfurt, um sich nach ihren Beweggründen für ihre abschätzigste Berichterstattung über die Anleihe zu erkundigen. Den Herausgebern der *Neuen Frankfurter Zeitung* drohte Erlanger mit der Einstellung seiner finanziellen Unterstützung,²³⁰ womit wohl vorrangig Inserate gemeint waren. Ein amerikanischer Korrespondent verlautbarte kurze Zeit später, Erlanger verfare so mit

222 Vgl. Murphy an Seward, 2. März 1863, NA Frankfurt.

223 Vgl. Sexton, *Debtor Diplomacy*, 171–172.

224 *Der Aktionär*, 17. Mai 1863.

225 *Weser-Zeitung*, 4. April 1863.

226 *Das Vaterland*, 23. Februar 1865.

227 *Bothe für Tirol und Voralberg*, 16. März 1863; *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 9. April 1863.

228 *Der Aktionär*, 17. Mai 1863.

229 Vgl. Murphy an Seward, 10. März 1863, NA Frankfurt. Explizit erwähnt Murphy hier einen Artikel in der liberalen *Neuen Frankfurter Zeitung* vom 6. März 1863 und in der pro-österreichischen *Frankfurter Postzeitung* vom 10. März 1863.

230 Vgl. Murphy an Seward, 10. März 1863, NA Frankfurt.

allen Frankfurter Zeitungen, die missgünstige Nachrichten über die Konföderation und seine Anleihe veröffentlichten.²³¹ Die demokratische *Frankfurter Reform* trieb die Kritik auf die Spitze. Sie forderte Erlanger auf, den Gerüchten um die Anleihe zu widersprechen, denn „in Deutschland wird es kaum wohl Jemand wagen, bei einer Anleihe sich zu betheiligen, deren Betrag für eine Sache verwendet werden soll, gegen die 60.000 Deutsche im Felde stehen. Die Deutschen können nicht Geld dazu hergeben, um ihre Brüder jenseits des Oceans abschlachten zu lassen“.²³² Ein anonymes Leser, wahrscheinlich aus Erlangers Umfeld, wollte diese Aussage nicht unkommentiert wissen und belehrte den Herausgeber, dass dieser nicht das Recht habe, „von vorn herein den Aufstand der südlichen Staaten zu verurtheilen.“ Millionen Menschen hielten zu den Südstaaten. Es sei unrecht, Unterstützer der Konföderation zu verurteilen und ihnen vorzuwerfen, sie täten etwas „Ehrenrühriges“. Der „begeisterte Kampf des Südens“ zeige vielmehr, daß sie für eine gute Sache zu kämpfen glauben.“ In den Armeen des Südens würden auch viele Deutsche kämpfen und das durch die Baumwollanleihe eingenommene Geld würde nicht ausschließlich für Kriegsmaterial verwendet, sondern auch für „Kleider, Schuhe und Arzneimittel für die Soldaten des Südens und die mit diesen kämpfenden Deutschen“. Letztendlich, so resümierte der Verfasser, habe das Bankhaus Erlanger mit seiner Baumwollanleihe ein „gottgefälliges Werk“ getan.²³³ Die Antwort des Herausgebers folgte prompt:

Sie wissen so gut wie ich, daß jener Bürgerkrieg, und zwar gerade auf Seiten der Südländer mit vollstem Bewußtsein, nur der Aufrechterhaltung der Sklaverei gilt. Die Sklaverei [...] ist als ein Frevel erkannt und verurtheilt; wir haben nicht nur das Recht, sie laut und ernst zu verdammen, wir haben die Pflicht, diesen Spruch des öffentlichen Gewissens anzuerkennen.²³⁴

Trotz dieses Appells beklagte der Herausgeber auch nolens volens den materiellen Zeitgeist, der die Erlanger-Anleihe begünstigte:

Es gilt bisher wirklich als anerkannte Lehre, daß der Geld- und Großhandel eben so wenig mit der Moral zu schaffen habe, wie die Politik. [...] Es ist falsch [...] die Richtschnur des Gewissens wohl bei unseren Privathandlungen zu beobachten, sie aber im Amt oder Geschäfte bei Seite zu legen, [...] sie gehört überall hin. [D]as allgemeine Gewissen [stellt] mit wachsender Entschiedenheit die gleiche Forderung auch an die Börse. [...] Sofern nur das Geschäft als solches korrekt, d. h. sicher und vortheilhaft ist, hält man jede Prüfung des Werthes der Sache, die es fördern soll, für töricht [...] und verwandelt so

231 Vgl. *Chicago Tribune*, 15. Juli 1863.

232 *Frankfurter Reform*, 6. März 1863.

233 *Frankfurter Reform*, 8. März 1863.

234 *Frankfurter Reform*, 13. März 1863.

[...] diese, zum Wohle des Ganzen bestimmten Institute, in Tempel der sittlichen Gleichgültigkeit, in Arsenalen, aus denen das Verwerflichste wie das Beste gleichmäßig Waffen entnehmen kann, vorausgesetzt, daß es sie bezahlt.²³⁵

Die Opposition gegen Erlangers Anleihe war augenfällig. Sein Sklavereinexus verpasste dem Papier Risse. Was der Anleihe allerdings noch mehr schadete als schlechte Presse, waren Diffamierungen aus Frankfurter Finanzzirkeln, die sich in erster Linie gegen das Bankhaus als Ganzes richteten.

Einflussreichster Gegner der Erlangers und der Baumwollanleihe war Mayer Carl von Rothschild. Einem Augenzeugenbericht zufolge fand Rothschild bei einer morgendlichen Sitzung des Börsenvorstands einen Stapel der Anleihe auf seinem Schreibtisch vor. Wutentbrannt soll er sich daraufhin von seinem Platz erhoben und erklärt haben:

Gentlemen, I will never give a pfennig to any nation that stands for the slavery of any human being. I move you, Sirs, that this offer of the Confederate States be refused, and that President Lincoln be informed at once that he may have any sum of money which he may desire, to carry the war to a successful conclusion.²³⁶

Rothschilds Ablehnung der Erlanger-Anleihe ist nicht allein mit philanthropischen Motiven zu erklären, sondern auch das Ergebnis einer nüchternen Kosten-Nutzen-Rechnung. Die Pariser Filiale des Bankhauses erwarb noch im Februar 1862, nach Gesprächen mit John Slidell, 25.000 Ballen Baumwolle von der Konföderation, wahrscheinlich zu Spekulationszwecken.²³⁷ Slidell, erfreut über diesen Geschäftsabschluss, sah darin den Beweis, dass die Rothschilds „not unfriendly to our confederation“ seien und hoffte, dass andere namhafte europäische Handelshäuser dem Vorstoß der Rothschilds folgten, denn „these gentlemen have it in their power to exercise a very decided influence in the determination of the question of recognition and blockade.“²³⁸

Der Kampf gegen die Sklaverei schien den Rothschilds zweitrangig, der Profit musste stimmen. Es ist nachvollziehbar, dass die Rothschilds nicht ihren Namen unter die Baumwollanleihe setzten; Investitionen in Staatsanleihen haben immer auch eine politische Dimension.²³⁹ Doch dies schloss Geschäfte auf private Rechnung mit der Konföderation nicht zwangsläufig aus. Dass die

²³⁵ *Frankfurter Reform*, 13. März 1863.

²³⁶ Das Zitat stammt aus einem Manuskript von R. C. Ten Broek, dem dieser Vorfall von seinem Vater erzählt wurde, der ihn wiederum von einem C. P. Bunsen zugetragen bekam, welcher bei diesem Ereignis zugegen gewesen sein soll. Über die Provenienz des Manuskripts ist nichts Genaueres bekannt. Vgl. Manuscript by R. C. Ten Broeck, 4, Miscellaneous Manuscript Collection, LOC.

²³⁷ Slidell an Hunter, 19. Februar 1862, ORN, II, 3, 351.

²³⁸ Ebd.

²³⁹ Vgl. Stern, Gold und Eisen, 434.

Baumwollanleihe bei den Rothschilds auf Ablehnung stieß, war primär einem längeren, persönlichen Konflikt zwischen ihnen und den Erlangers geschuldet. Finanzhistoriker sprechen sogar von Hass und Feindschaft zwischen beiden Bankhäusern,²⁴⁰ die sich just in der Zeit des Bürgerkrieges verhärteten.

Beide Parteien wetteiferten regelmäßig um Emissionsrechte für Staatsanleihen,²⁴¹ denn die Vermittlung von Krediten an Regierungen war ein lohnendes Geschäft, das hohe Provisionen in die Kassen spülte.²⁴² Widerstreitende Geschäftsphilosophien vertieften den Graben zwischen beiden Häusern. Rothschild repräsentierte das althergebrachte Privatbankgeschäft und lehnte die Finanzierung ausländischer Kriege, im Gegensatz zu Erlanger, kategorisch ab: „es [ist] das Prinzip unserer Häuser [...], für Krieg kein Geld vorzuschießen, und wenn es auch nicht in unserer Macht liegt den Krieg zu verhindern, so haben wir wenigstens in unserer Überzeugung nicht dazu beigetragen“, erklärte James de Rothschild 1862.²⁴³

Risikoinvestitionen, gerade in Konflikte mit geopolitischem Potenzial wie dem Bürgerkrieg in Nordamerika, widersprachen in der Regel dem Geschäftsgebaren etablierter Häuser,²⁴⁴ vor allem wenn unklar war, welche Seite als Sieger hervorgehen würde.²⁴⁵ Die Erlangers waren risikoreichen Auslandsinvestitionen weniger abgeneigt. Sie brachten die erste Staatsanleihe für das verschuldete Ägypten auf den Markt und investierten früh in das Schwellenland Schweden.²⁴⁶

Aber die Differenzen zwischen Rothschilds und Erlangers lagen tiefer. Mayer Carl von Rothschild, fest im Frankfurter Patriziat verankert,²⁴⁷ widerstrebte der Lebenswandel seines ehemaligen Mitarbeiters. Rothschild arbeitete vehement daran, dem aus Wetzlar stammenden Raphael Erlanger und seinem Sohn Emil den Zutritt zu den höheren Frankfurter Gesellschaftskreisen zu erschweren. Mayer Carl wurde nachgesagt, Frankfurts jüdische Bevölkerung mit striktem Standesdünkel zu beäugen. Er zählte die Erlangers zur unteren Klasse der Frankfurter Juden.²⁴⁸ Zu allem Überfluss war Raphael Erlanger der Liebe

240 Vgl. ebd., 77; Ferguson, *The House*, Vol. 2, 131, 241.

241 Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 13. April 1863.

242 Vgl. Ullmann, *Der Frankfurter Kapitalmarkt*, 87–88.

243 James de Rothschild an Gerson Bleichröder, 25. Mai 1862, zit. n. Stern, *Gold und Eisen*, 121. Allerdings entsprach diese Aussage nicht der Wahrheit. 1855 vermittelten die Rothschilds eine Anleihe für das Osmanische Reich im Krimkrieg und 1852 bzw. 1865 je eine Anleihe für Brasilien und seine Kriege gegen Argentinien bzw. Paraguay. Vgl. Flandreau/Flores, *The Peaceful Conspiracy*, 234 f.

244 Vgl. Barth, *Weder Bürgertum*, 108–109.

245 Vgl. Flandreau/Flores, *The Peaceful Conspiracy*, 234 f.

246 Vgl. Klarmann, *Unternehmerische Gestaltungsmöglichkeiten*, 35 f. Zur wirtschaftlichen Entwicklung Schwedens im 19. Jahrhundert vgl. Fisch, *Europa*, 149 f.

247 Vgl. Barth, *Weder Bürgertum*, 111; Roth, *Liberalismus*, 74.

248 Bülow, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 4, 28. Die Spannungen zwischen Rothschild und Erlanger werden ebenfalls aufgegriffen bei Sulzbach, *Jüdische Bankiers*, Er1–Er2.

wegen zum Christentum konvertiert und bereits zum zweiten Mal verheiratet – seine Ehefrauen waren Schwestern.²⁴⁹ Auch dieser Umstand gab den fest im Judentum verankerten, endogamen Rothschilds Anlass zur Missgunst.²⁵⁰ Bei einer Unterhaltung mit Konsul Murphy soll Rothschild gesagt haben, dass „none but a converted Jew“ eine Anleihe zur Unterstützung der Sklaverei hätte aufbringen können.²⁵¹ Auch Murphy selbst machte die Konvertierung Erlangers zum Thema, als er in einem Gastbeitrag der viel gelesenen *Harper's Weekly* die Verwicklungen Erlangers mit den Konföderierten Staaten anprangerte und ausschloss, dass Juden jemals einer sklavenhaltenden Regierung Geld leihen würden.²⁵² Die Mainzer Zeitung *Der Israelit*, das *Centralorgan für das orthodoxe Judentum*, druckte kurze Zeit später eine deutsche Übersetzung von Murphys Brief.²⁵³

Dass es die Erlangers wagten, ein Darlehen zur Unterstützung der Sklaverei auf dem Geldmarkt zu deponieren, wo die Familie doch selbst einer diskriminierten Minderheit angehörte, war Wasser auf den Mühlen der Rothschilds. Ihr Einfluss auf dem Bankplatz Frankfurt war enorm. Den globalen Handelsunternehmungen des Hauses verdankte Frankfurt seine Führungsrolle im deutschen Kapitalmarkt.²⁵⁴ Mayer Carl von Rothschild war seit 1857 Mitglied der Frankfurter Handelskammer, die über die Platzierung von Staatspapieren und Aktien entschied, und Mitglied in zahlreichen Aufsichts- und Verwaltungsräten lokaler und regionaler Unternehmen.²⁵⁵ Sein Ja oder Nein bei der Notierung von Wertpapieren hatte Gewicht an der Frankfurter Börse. Die Haltung Rothschilds Erlangers Anleihe gegenüber war deutlich: „We will not allow [the Confederate loan] to be quoted“, soll Rothschild einem Geschäftspartner gesagt haben, „we do not believe in the loan and [...] we do not believe in the cause. [...] No Jewish house of any character or wealth has touched that loan, nor will they touch it.“²⁵⁶

Diese Opposition breitete sich auf weite Kreise der Frankfurter Gesellschaft aus. Vereinzelte Fürsprecher der Südstaaten, erfuhr der Korrespondent der *New York Times*, seien aus Frankfurter Clubs verwiesen worden, als sie sich dort zugunsten der Konföderation und der Sklaverei aussprachen.²⁵⁷ Angeblich sahen sich die Erlangers aufgrund solcher Kritik veranlasst, eine Bekannt-

249 Vgl. Lerner, Erlanger, 593.

250 Zur Positionierung der Rothschilds zwischen orthodoxem und reformistischem Judentum Mitte des 19. Jahrhunderts vgl. Ferguson, *The House*, Vol. 2, 13 f.; ebd., *The Rise*, 20; Liberles, *Religious Conflict*, 93–108.

251 White, *Autobiography*, 98.

252 Vgl. *Harper's Weekly*, 25. April 1863.

253 Vgl. *Der Israelit*, 10. Juni 1863.

254 Vgl. Heyn, *Private Banking*, 262 ff.

255 Vgl. Handelskammer Frankfurt, *Geschichte*, 1069.

256 *New Haven Daily Palladium*, 5. August 1863.

257 Vgl. *The New York Times*, 29. März 1863.

machung zu veröffentlichen, der zufolge die von ihrem Haus ausgegebene Anleihe für den Süden nur in England und Frankreich auf den Markt gebracht werde, mit dem alleinigen Zweck, ältere Schuldbeträge der Konföderation zu liquidieren.²⁵⁸ In den einschlägigen Quellen ist eine explizite Stellungnahme Erlangers allerdings nicht zu finden. Von sich aus taten die Erlangers nichts. Jegliche Form der Dementierung hätte der Glaubwürdigkeit der Anleihe geschadet. Nur die *Neue Frankfurter Zeitung* wollte nach „zuverlässiger Erkundigung“ erfahren haben, dass die Baumwollanleihe „nicht an die deutschen Börsen gebracht“ werde und der Kredit „meist nur alte Schulden der Konföderation“ tilge.²⁵⁹ Diese lavierende Information entsprach nur der halben Wahrheit. Das Kapital, das die Anleihe der Konföderation einbrachte, wurde nachweislich und mit aktiver Unterstützung Emil Erlangers zum Kauf von Blockadebrechern und anderem Kriegsmaterial für den Süden verwendet,²⁶⁰ was andere Zeitungen auch schnell verlautbarten: „Daß [durch die Anleihe] dem Süden die Mittel zur Fortführung des Krieges geliefert werden, daran denkt der Börsenmann nicht“.²⁶¹

Auch in Hamburg, der Heimatstadt des in die Anleihe verwickelten John Henry Schröders, stieß das Papier auf Widerstand. Konsul James Anderson wollte Schröder bewusst schaden und auf die Verwicklungen des Bankhauses in die Baumwollanleihe aufmerksam machen.²⁶² Er sprach von Verrat und spielte mit dem Gedanken, den Fall dem Hamburger Senat oder Syndikus Merck, zuständig für auswärtige Angelegenheiten, vorzutragen.²⁶³ Eine öffentliche Anschuldigung Schröders würde, so Anderson, „not only rouse the whole German nation against Schröder, but against the South.“²⁶⁴

Wie schon in der publizistischen Auseinandersetzung in Frankfurt spielte auch hier die deutsche Diaspora und ihr Einsatz in der Armee der Vereinigten Staaten eine bedeutende Rolle. Schröders Verwicklung in die Anleihe begünstigte die „destruction of a country in which 4 or 5 million Germans reside, who are doing their utmost for the preservation of that country and for the establishment of universal freedom.“²⁶⁴

Andersons Agitation stieß auf Gehör. Mehrere Tage, so konnte der Konsul stolz berichten, sei in ganz Hamburg, zumal in der Börse, über kaum etwas anderes gesprochen worden als über die konföderierte Anleihe.²⁶⁵ Der Aufruhr wegen Anderson sei groß, zumal er einen der einflussreichsten Banker der

258 Vgl. Murphy an Seward, 2. März 1863, NA Frankfurt.

259 *Neue Frankfurter Zeitung*, 3. März 1863.

260 Vgl. u.a. Mallory an Mason, 8. Juni 1863, ORN, II, 2, 436; Crenshaw an Seddon, 3. Juli 1863, ORA, IV, 2, 626.

261 *Süddeutsche Zeitung* (Morgenblatt), 25. März 1863.

262 Vgl. Anderson an Seward, 28. März 1863, NA Hamburg.

263 Vgl. Anderson an Seward, 24. und 28. März 1863, NA Hamburg.

264 Anderson an Seward, 28. März 1863, NA Hamburg.

265 Anderson an Seward, 28. März 1863 (Beilage), NA Hamburg.

Hansestadt angeprangert hatte.²⁶⁶ Die Haltungen in den örtlichen Entscheidungskreisen allerdings waren gespalten. Hamburger Kaufleute und Banker meinten, Anderson sei im Unrecht mit seiner öffentlichen Verurteilung Schröders. Anderson selbst glaubte, dass ein Konsul in Kriegszeiten dazu angehalten sei, Unternehmungen zugunsten der Feinde seines Landes zu bekämpfen.²⁶⁷ Doch die Mehrheit der Bevölkerung, besonders die unteren und mittleren Bevölkerungsschichten, hätten sein Vorgehen befürwortet. Die Mehrheit der politisch und wirtschaftlich einflussreichen Übersee-Kaufleute Hamburgs allerdings stellten sich gegen Andersons Entscheidung. Er räumte ein, dass die Vereinigten Staaten in der Bevölkerung Hamburgs „ardent friends as well as bitter enemies“ hätten. Die Anziehungskraft des „Almighty Dollar“ sei besonders verlockend in Hamburg und könne manchen moralischen Skrupel über Bord werfen. Viele einflussreiche Männer habe Anderson durch diesen Schritt gegen sich aufgebracht und Verbündete zu Feinden gemacht. Freunde Schröders hätten auf der Börse verlautbart, dass der Konsul spüren werde, dass er zu weit gegangen sei.²⁶⁸

Ähnlich wie das US-Konsulat in Hamburg zählte auch das Generalkonsulat in Frankfurt zu den tatkräftigsten Gegnern des Erlanger-Kreises. Der Sekretär des Frankfurter Konsulates, August Gläser, veröffentlichte im März 1863 ein Pamphlet, das die dem Süden zugeneigte Berichterstattung des *Frankfurter Journals* anprangerte. Auslöser für Gläser's Publikation war ein Konflikt zwischen dem Konsulat und dem Journal, dem folgendes Ereignis zugrunde lag: Die Ehefrau des Lincoln-Unterstützers Gustav Körner hatte im Winter 1862 ein deutsches Komitee ins Leben gerufen, das Verbandsmaterial für verwundete Soldaten der Unionsarmee sammelte.²⁶⁹ Töchter, Schwestern und Ehefrauen von Frankfurter Handwerkern, Kaufleuten und Beamten bildeten den engsten Kreis, auch die Ehefrau von Konsul Murphy gehörte dazu.²⁷⁰ Unter den Spenderinnen fanden sich „Frauen und Mädchen in den Spinnstuben“ der Pfalz, Hessen-Darmstadt und Baden sowie „Angehörige der höheren Stände“.²⁷¹ In zahlreichen Dörfern und Städten wurden Aushänge an Gemeindegäusern angebracht, Lehrer und Geistliche aller Konfessionen riefen in Schulen, Kirchen und Synagogen zum Spenden auf. Erfreut über insgesamt knapp eintausend Zentner Verbandsmaterial, Hemden und Strümpfe, die die Spendenaktion einbrachte,²⁷² verfasste August Gläser eine Danksagung im Namen des Generalkonsulats, die er in mehreren Zeitungen platzieren ließ. Er wählte für die

266 Vgl. Anderson an Seward, 28. März 1863, NA Hamburg.

267 Vgl. Anderson an Seward, 1. April 1863, NA Hamburg.

268 Vgl. Anderson an Seward, 12. April 1863, NA Hamburg; hierin auch alle zuvor aufgeführten Zitate.

269 Vgl. Gläser, August, Charpie! Für das Frankfurter Journal, 6.

270 Vgl. *Frankfurter Postzeitung*, 1. Januar 1863; Adress-Handbuch von Frankfurt, 1863.

271 Gläser, Charpie!, 7.

272 Ebd., 9.

Honorierung überaus pathetische und Solidarität heischende Worte: Falls „ein ähnlicher Versuchungskampf über das große, schöne, herrliche [...] deutsche Volk verhängt werden sollte“, würde das „amerikanische Brudervolk den hülffreichen Bruderarm über den Ocean strecken“ um Hilfe zu leisten.²⁷³

Da es das auflagenstärkste Blatt der Stadt war, wollte das Konsulat die Danksagung auch im *Frankfurter Journal* veröffentlicht sehen. Die Redaktion platzierte sie aber unmittelbar neben einem Artikel, der die Unionsregierung denunzierte. Diese „fast an Haß grenzende redaktionelle und expeditionelle Discrepanz“ hatte dem wohlthätigen Zweck der Sammlung geschadet, so Gläser.²⁷⁴ Er bezweifelte, ob das *Frankfurter Journal* solche Zeilen auch über europäische Fürsten zu schreiben gewagt hätte. Zudem hätten andere Leitartikel des Journals den „antiunionistischen Prosklaverei-Prinzipien“ Luft gemacht, während gerade die Meldung von Lincolns Emanzipationsproklamation über den Atlantik eingetroffen war.²⁷⁵ Aufgrund dieses Vorfalls verfasste Gläser eine Beschwerde an den Herausgeber, der darin jedoch zu erkennen glaubte, „daß es auch republikanische Regierungen gibt, welche die Preßfreiheit nicht ertragen können.“²⁷⁶ Der Generalkonsul rügte das Vorgehen des Journals als „villainous, malicious and abusive attack“ auf die Regierung und Armee der Vereinigten Staaten.²⁷⁷ Murphy war überzeugt, dass hinter der Schmähekritik des *Frankfurter Journals* ein „heartless Banker or Stockbroker“ stecke, der Besitzern amerikanischer Wertpapiere Angst machen und sie zu Panikverkäufen verleiten wollte.²⁷⁸ Als Konsequenz verlautbarte das Konsulat, sein Abonnement des Journals zu kündigen und künftig keine Anzeigen mehr darin zu schalten – ein gern benutztes Druckmittel gegenüber Verlegern. Das Einzige, das nach dem Disput zwischen dem *Frankfurter Journal* und dem amerikanischen Generalkonsulat zutage kam, so der Tenor von Gläser's Pamphlet, war die evidente Sympathie der Zeitung für die Südstaaten: „Wer nicht für die Union ist, ist wider sie, folglich für die Trennung, die Secession, die Rebellion, kurz für die Aufrechterhaltung und Ausdehnung der Sklaverei“.²⁷⁹

Weitere Belege für die eindeutige Parteinahme des Journals wollte Gläser in dessen Berichterstattung zur Baumwollanleihe erkennen. Als erste Frankfurter Zeitung hatte das Journal bereits im Februar 1863 über die Erlanger-Anleihe berichtet und, so Gläser, „den Rebellencongreß als eine allgemein anerkannte und finanziell sichere Autorität“ dargestellt.²⁸⁰ Dies sei „zum Schaden leicht-

273 Ebd.

274 Ebd., 13.

275 Ebd., 14.

276 *Frankfurter Journal*, 28. Februar 1863, zit. n. Gläser, Charpiel, 3.

277 Murphy an den Herausgeber des *Frankfurter Journals*, J. A. Hammeran, 17. Februar 1863, zit. n. Gläser, Charpiel, 15.

278 Ebd.

279 Ebd., 23.

280 Ebd., 24.

gläubiger Capitalisten und natürlich im Interesse der schlaun Rebellenanführer und ihrer deutsch-französischen Freunde“ gewesen.²⁸¹ Gläser stellte klar, dass die Gläubiger niemals Geld von der Konföderation erhalten würden. Sobald der Norden den Krieg gewonnen habe, würde die Regierung den Unterstützern der Konföderation erklären, dass diese selbst nur „habgierige Thoren“ gewesen seien, denen das gleiche Maß an Leid und Niederlage widerfahren sollte wie den „Rebellenhäuptern“.²⁸² Das Fazit Gläfers lautete, dass das *Frankfurter Journal* die öffentliche Danksagung des Generalkonsulats „verkümmert“ hat; er fügte den Wunsch bei, „daß die amerikanische Union, als Musterstaat, [...] gewaltiger dastehen möge als die mächtigsten monarchischen Staaten der Welt“ und dass auch Deutschland zu einem Staat verschmelzen solle.²⁸³ Gläser evozierte durch diese Worte den vielfachen Drang nach nationaler Einheit, der für die Regierung in Washington die Triebfeder des Krieges war und den Gläser auch in einem Großteil der deutschen Bevölkerung vermutete. Im Agitationsschema, das aus den Federn Gläfers, Murphys und weiteren Unionsunterstützern schoss, war der Vergleich der gespalteten Vereinigten Staaten mit dem deutschsprachigen Flickenteppich ein gern genutztes Mittel zur Schaffung von Solidarität und Unterstützung zwischen beiden Bevölkerungen.

Dank der Gegenwehr des amerikanischen Generalkonsulats, einer Ablehnung in weiten Teilen der Presse und der Opposition in Bankierskreisen schien Erlangers Baumwollanleihe „nie rechten Anklang“ in Deutschland gefunden zu haben.²⁸⁴ Zwar ist es nachvollziehbar, dass die später um ihr Geld geprellten Besitzer der Baumwollanleihe nach dem Krieg das Licht der Öffentlichkeit mieden. Eine missglückte Investition trübte das Renommee und die Kreditwürdigkeit. Und am Ende eines Konflikts sieht man sich im Allgemeinen doch lieber aufseiten der Gewinner. Doch weder bedeutet das, dass sich keine Zeichner in Deutschland für die Anleihe der Konföderation fanden, noch, dass die spätere Popularität nordstaatlicher Staatsanleihen in Frankfurt und dem übrigen Deutschland eine explizite Solidaritätsbekundung für die Union symbolisierten, wie manche Historiker suggerieren.²⁸⁵ Die historische Wirklichkeit zwingt zu einer differenzierteren Betrachtung.

Grundsätzlich ist ein Wertpapier ein Handelsartikel wie jede andere Ware auch, mit einem entscheidenden Unterscheid: Sie sind willentlich dafür geschaffen, Handelsbeziehungen unter Abwesenden zu kreieren und Kapital zeit-

281 Ebd., 24.

282 Ebd., 25.

283 Ebd., 26.

284 Dankelmann, *Gebräuche beim Handel*, 192.

285 Vgl. *Frankfurter Zeitung*, *Geschichte*, 109–110; Gerber, *Der Anteil Deutschlands*, 125–130; *Handelskammer Frankfurt*, *Geschichte*, 1140f.; Kaufmann, *Die Deutschen*, 137; Korach, *Das deutsche Privatbankgeschäft*, 29–30; Roth, *American Civil War*, 61–62; ders., *Die Herausbildung*, 291; Stolberg-Wernigerode, *Deutschland*, 67–72.

nah und unkompliziert über große Distanzen und Grenzen zu transportieren. Ihre äußere Form machte Anleihen, auch in größeren Summen, „sehr leicht und einfach“ verwahrbar.²⁸⁶ Dem Wechsel ähnlich, ersparten sie Bargeldsendungen und konnten auch im Ausland als Zahlungsmittel verwendet werden. Grenzüberschreitende Transaktionen waren mit ihnen günstig, verursachten sie doch kaum Kosten für Transport oder Lagerung.²⁸⁷

Es gab mehrere Möglichkeiten, sich zum Gläubiger der Konföderation zu machen. Zwar war Frankfurt durch die Oppositionsarbeit der Rothschilds, der Presse und Agenten des Nordens zu einem trockenen Markt für Erlangers Anleihe geworden, der die meisten deutschen Anleger, Banker und Makler dazu bewegte, ihre Orders verstärkt über den britischen Kapitalmarkt, genauer: London und Liverpool, abzugeben.²⁸⁸ Doch war dies an sich kein Nachteil. Das Handelsnetzwerk zwischen Großbritannien und den deutschen Staaten war hervorragend ausgebaut, und auf der Insel war der Handel in amerikanischen Papieren liquider, Angebot, Nachfrage und Handelsvolumen bedeutend größer.²⁸⁹

Dass die Erlanger-Anleihe nicht in den Kursblättern deutscher Börsen *notiert* war, bedeutete außerdem nicht, dass sie dort nicht *gehandelt* wurde. Im Gegenteil: In Frankfurt mussten Wertpapiere erst ein gewisses Handelsvolumen erreicht haben, bevor die Handelskammer einer öffentlichen Kursnotierung zustimmte.²⁹⁰ Und längst nicht alle gehandelten Aktien und Anleihen fanden Einzug in die begrenzten Spalten der einschlägigen Blätter. Das betraf insbesondere auswärtige Papiere.²⁹¹ Welche Papiere auf den Börsen gehandelt wurden, lag in erster Linie bei den Maklern, Käufern und Verkäufern. Verbindliche Zulassungsgesetze für Wertpapiere existierten bis 1868 an der Frankfurter Börse nicht.²⁹² Erst nach 1871 begann die deutsche Regierung, die Emission einzelner (ausländischer) Anleihen zu verbieten, nicht aber den „stillen Verkehr“ – den Direkthandel – mit solchen Papieren abseits der Börsen.²⁹³ Nur in Wien durften Anleger in der Zeit des Bürgerkrieges offiziell nur mit österreichischen Papieren handeln, der Börsenhandel mit auswärtigen Anleihen und Aktien war verboten.²⁹⁴ Folglich drohten Erlanger keine juristischen Konsequenzen, hätte er seine Anleihe in Frankfurt platziert. Er konnte sie

286 Bender, *Der Verkehr*, 145.

287 Vgl. Bender, *Der Verkehr*, 144–147.

288 Außer auf der Londoner Börse wurde die Anleihe Erlangers auch auf der Börse in Liverpool gehandelt. Die Stadt hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf den Handel mit amerikanischen Wertpapieren spezialisiert. Vgl. *Liverpool Mercury*, 4. Mai und 31. Juli 1863, 17. Mai 1864; Killick/Thomas, *The Provincial*, 105.

289 Zu den generellen Vorteilen des kontinentalen Wertpapierhandels über Großbritannien vgl. Michie, *Different in Name*, 57–63; Tilly, *Geld und Kredit*, 71, 73.

290 Vgl. Handelskammer Frankfurt, *Geschichte*, 1126–1127.

291 Vgl. Hirschbach, *Von der Börse*, 6.

292 Vgl. Handelskammer Frankfurt, *Geschichte*, 1127–1128.

293 Vgl. Barth, *Möglichkeiten*, 127–128.

294 Vgl. Hirschbach, *Von der Börse*, 9.

„freihändig“ handeln, dazu war einzig der Emissionsprospekt nötig, der die wichtigsten Informationen zu der Anleihe auswies.²⁹⁵ Für solchen Privatverkehr brauchte es keine offizielle Börse. Denn jedes Bankhaus war und ist auch „eine Börse für sich“.²⁹⁶

Wie in der Finanzwelt des 21. Jahrhunderts, so bestand schon damals die Möglichkeit, Wertpapiere außerbörslich zu erwerben und zu handeln; im direkten Austausch zwischen Emittenten und Zeichnern. Zahlreiche deutsche Banken, gerade in Frankfurt, hatten sich im 19. Jahrhundert als „Nebenbörsen für nicht notierte Werte“ einen Namen gemacht und sich auf diesen Geschäftszweig spezialisiert.²⁹⁷ Sie gaben ihren Anlegern inoffizielle Kurszettel aus und boten „ständigen telegraphischen Nachrichtenverkehr über die Wertverschiebungen der betreffenden Papiere an allen größeren Plätzen“ an.²⁹⁸ Die Räumlichkeiten von Wirts- und Kaffeehäusern, sogenannte Winkelbörsen,²⁹⁹ und elitäre Abendbörsen boten ebenfalls alternative Märkte für den Wertpapierhandel. In der Frankfurter Effectensocietät, deren Mitglieder sich überwiegend aus der Hautefinance konstituierten, kam es nicht selten vor, dass das Volumen der gehandelten Aktien und Anleihen das der öffentlichen Börse übertraf.³⁰⁰ Auch schreckten Makler nicht davor zurück, noch nach Handelsschluss vor dem Börseneingang mit plötzlichen Verkaufsofferten Panik auszulösen, weswegen ein Versammlungsverbot vor dem Börsengebäude nach Börsenschluss diskutiert wurde.³⁰¹

Geschäfte mit der Erlanger-Anleihe erfolgten überwiegend abseits der deutschen Börsen, im Zusammenspiel von in- und ausländischen Bankhäusern, inoffiziellen Märkten und Maklern. Es handelte sich um eine übliche Geschäftspraxis des deutschen Finanzwesens jener Zeit.³⁰² Deutsche Anleger, die in die Baumwollanleihe der Konföderierten Staaten investierten, sind deshalb als eine spezialisierte, transnational agierende Gruppe wohlhabender Männer zu typisieren, für die es kein Hindernis darstellte, eine Anleihe zu zeichnen, die vornehmlich auf den englischen Kapitalmärkten gehandelt wurde. Allein die Tatsache, dass Erlanger die Anzeigen für die Anleihen nur in englischsprachigen Zeitungen veröffentlichte und in britischen Pfund denominierte, zeugt von dem internationalen Kurs, welcher dem Papier zugeordnet war. Seiner nahmen sich hauptsächlich Anleger an, die über fundierte Kenntnisse zum transatlantischen Finanzmarkt, den Kriegsverlauf und den globalen Baumwollmarkt ver-

295 Vgl. Lotz, Die Technik, 27.

296 Freund, Die Rechtsverhältnisse, 106.

297 Ebd., 107.

298 Ebd.

299 Vgl. Kautsch, Allgemeines Börsenbuch, 11.

300 Vgl. Baltzer, Cross-listed Stocks, 311; Handelskammer Frankfurt, Geschichte, 1113–1114.

301 Vgl. *Der Aktionär*, 19. Oktober 1862.

302 Vgl. Guinnane, Germany's Banking System, 99.

fügen mussten, sei es durch eigene Erfahrung oder durch geschäftliche und private Kontakte.

Ihre vielfältigen Handels- und Bezugswege machte die Baumwollanleihe Erlangers zu einem Geschäft, das im Stillen vollzogen wurde und Historiker vor ein Problem stellt: Wertpapiere, die nicht an der Börse notiert waren, entzogen sich der „Information der Öffentlichkeit und [der] durch sie geübten Kontrolle.“³⁰³ Dadurch entging der Handel mit der Baumwollanleihe zwangsläufig der Dokumentationspflicht. Entsprechend schwierig ist heute die Rekapitulation genauer Bezugswege und die Benennung von Zeichnern. Auch die Makler, eine für Handelstransaktionen zentrale Berufsgruppe, waren stets zur „Verschwiegenheit über die Aufträge, Verhandlungen und Abschlüsse“ ihrer Kunden verpflichtet und gerade große Spekulanten, die beim Handel mit amerikanischen Wertpapieren während des Bürgerkrieges das Handelsvolumen aufblähten, hielten sich hinsichtlich ihrer Identität und Operationsziele bevorzugt bedeckt.³⁰⁴

Jeder Handel zwischen zwei oder mehreren Akteuren abseits der öffentlichen Handelsplattformen macht eine Herkunftsbestimmung des gehandelten Kapitals schwierig bis unmöglich.³⁰⁵ Fest steht aber, dass die Baumwollanleihe der Konföderation auch in den deutschen Staaten gezeichnet und gehandelt wurde; die strukturellen Grundlagen dafür waren gegeben. Deutschen Spekulanten und Anlegern, die sich an der konföderierten Anleihe beteiligen wollten, war Tür und Tor geöffnet. Wechselhändler, Banken, Makler, Textilhändler und ihre zahlreichen Kunden konnten mit dem An- und Verkauf südstaatlicher Baumwolle ein zwar risikoreiches, aber spekulativ lohnenswertes Geschäft abschließen.³⁰⁶ Um die Gunst dieser monetär einflussreichen Gruppen buhlten die in Frankfurt ansässigen Lobbyisten beider Bürgerkriegsparteien. Als Federführende der Baumwollanleihe bemühten sich die Erlangers natürlich um eine positive Presse zugunsten ihres Geschäfts, damit sich möglichst viele Gläubiger fanden, die mit dem Papier Handel trieben.

Da Handel ein „äußerst kommunikationsintensiver Vorgang“³⁰⁷ ist, war eine nachhaltige Beeinflussung der Presse wichtig, um die Attraktivität der

303 Freund, Die Rechtsverhältnisse, 107.

304 Rothschild, Taschenbuch für Kaufleute, 276. Zur Anonymität der Spekulanten, Käufer und Verkäufer vgl. Hirschbach, Die Rechtsverhältnisse, 4.

305 Zu einem ähnlichen Fazit kommt Ludwig in seiner Untersuchung zum mitteleuropäischen Handel mit spanischen Staatspapieren während des *Trienio Liberal* (1820–1823). Auch im Fall spanischer Anleihen wurde nur ein geringer Teil an den deutschen Börsen gehandelt; der Großteil des Handels verlief über in- und ausländische Makler. Vgl. Ludwig, Deutschland und die spanische Revolution, 216. Zum Problem genauer Angaben bei Kapitalexporten und Portfolioinvestitionen vgl. außerdem Barth, Möglichkeiten, 126 ff.; Osterhammel, Die Verwandlung der Welt, 1051; Torp, Weltwirtschaft, 577.

306 Zahlen nach Adress-Handbuch von Frankfurt, 1863.

307 Schuppert, Verflochtene Staatlichkeit, 192.

Anleihe zu steigern. Nach den Niederlagen der konföderierten Armeen bei Gettysburg und Vicksburg jedoch sackte der Kurs der Anleihe von Ende Juli 1863 an deutlich ab.³⁰⁸ Der Bedarf an Presse zugunsten des Südens wuchs umso mehr. Die Emissäre der Konföderation, Erlanger und seine Agenten in London, Paris, Liverpool und Frankfurt benötigten Einflussmöglichkeiten mit großer Breitenwirkung. In Zeitungen wie dem *Frankfurter Journal*, deren Leserschaft sich über den ganzen Deutschen Bund verstreute,³⁰⁹ fand das Erlanger Konsortium ein zuträgliches Organ für seine Absichten.³¹⁰ Die Einflussnahme im Zeitungsmarkt war für Akteure mit entsprechend finanziellen Mitteln leicht. Im *Frankfurter Journal* erschien Erlangers Name nie in direktem Zusammenhang mit den Südstaaten, doch hinter vorgehaltener Hand, das belegen die Nachforschungen des amerikanischen Generalkonsulats, war Erlangers Einfluss in dieser und anderen Zeitungen wohlbekannt.

Erlanger war mit Sicherheit nicht der einzige wohl situierte Hintermann, der die öffentliche Meinung in Frankfurt und andernorts nach seinem Gusto zu steuern versuchte. „Die meisten neuen Zeitungen [sind] Unternehmungen des kosmopolitischen Kapitals, in letzter Instanz der Bank, der Börsenwölfe“,³¹¹ schrieb ein zeitgenössischer Historiker. Der hohe Informationsbedarf der Finanzgeschäfte ließ transnational operierende Bankiers wie die Erlangers und Rothschilds auf die Lancierung geschäftsfördernder oder konkurrenzschädigender Zeitungsartikel hinarbeiten. „Forcierte Käufe und Verkäufe“ sowie die „Entstellung wahrer und Verbreitung falscher Nachrichten“ waren treue Begleiter des Wertpapierhandels.³¹² Rothschild zum Beispiel forderte mindestens einmal „einen polemisierenden Gegenartikel“³¹³ zulasten der verhassten Erlangers, als diese sich gegenüber der preußischen Regierung bereit erklärten, eine Anleihe zur Finanzierung des Feldzuges gegen Dänemark aufzubringen.³¹⁴ Herausgeber und Redakteure wurden durch Geldzuschüsse, Abonnements und Inserate ermuntert, teilweise gezwungen, Artikel im Sinne der Bankhäuser zu schreiben.³¹⁵ Das Verhalten der Erlangers und Rothschilds war nur logisch und im Sinne des Geschäfts. Ihre Einflussnahme begann beim Inserat, wo insbesondere kleinere Zeitungen dem Wohlwollen der Großinserenten oft hoffnungslos ausgeliefert waren und missgünstige Artikel über eine Bank oder ein Unternehmen schnell mit dem Zurückziehen von Anzeigen abgestraft wur-

308 Vgl. Sexton, *Debtor Diplomacy*, 169–170.

309 Laut Hübner betrug die Auflage des *Frankfurter Journals* im Jahr 1862 täglich 10.000 Exemplare. Vgl. Hübner, *Hübners Deutscher Zeitungskatalog*, 93; Hewitson, *Nationalism in Germany*, 119 ff.

310 Vgl. Murphy an Seward, 22. August 1865, NA Frankfurt.

311 Wuttke, *Die deutschen Zeitschriften*, 67.

312 Mathy, *Agiotage*, 320.

313 Gerson Bleichröder zit. n. Stern, *Gold und Eisen*, 77.

314 Vgl. Stern, *Gold und Eisen*, 76–77.

315 Vgl. hierzu grundlegend Radu, *Auguren des Geldes*, 108–126.

den.³¹⁶ Doch damit war die Beeinflussung noch lange nicht abgeschlossen. Oft begann sie schon an der Quelle.

Emil Erlanger arbeitete mit Reuters Londoner Nachrichtenagentur zusammen und wahrscheinlich erhielt die Agentur während des Bürgerkrieges finanzielle Unterstützung von den Erlangers.³¹⁷ Als Europas „prime supplier of war news“ aus den USA stand Reuters permanent in Verdacht, Gelder aus dem Süden zu empfangen, um Meldungen zu dessen Gunsten zu veröffentlichen.³¹⁸ Ähnlich wie Henry Börnstein in Bremen klagte William Murphy bald über den negativen Einfluss englischer Zeitungen,³¹⁹ allen voran der *London Times*, die Sympathien für die Konföderation hegte.³²⁰ Deutsche Auslandskorrespondenten gab es damals nur wenige; das Nachdrucken von Artikeln aus englischen und anderen fremdsprachigen Zeitungen war ein einfaches und günstiges Mittel für Herausgeber, um an Informationen aus dem Ausland zu gelangen.³²¹ Entsprechend häufig trat der Fall ein, dass deutsche Zeitungen auf die *Times* und andere britische Zeitungen zurückgriffen, um Informationen über den Bürgerkrieg in Nordamerika zu erhalten und zu verbreiten, meist zum Missfallen der Union. Es hieß, dass einige britische Journalisten die Coupons der Erlanger-Anleihe vergünstigt oder sogar kostenlos erhielten und dass Agenten des Südens sie als Zahlungsmittel verwendeten, mit denen sie Journalisten für ihre Dienste entlohnten.³²² Daneben war Emil Erlanger selbst an der Gründung zweier in Frankfurt verlegten Zeitungen beteiligt, die für die Südstaaten agitierten und aus der konföderierten Staatskasse bezuschusst wurden.³²³ Der Bankier wollte seine Anleihe publizistisch unterstützt wissen, wozu er eine wichtige Rolle in der konföderierten *public diplomacy* einnahm.³²⁴

316 Vgl. ebd., 125.

317 Zu den Geschäftsverbindungen zwischen Reuters und Erlanger vgl. Read, *The Power of News*, 5–34.

318 Zit. Read, *The Power of News*, 37 f.; Moran, Tagebucheinträge vom 26. August, 4. Oktober und 11. November 1861, 26. September 1862 und 30. September 1863 zit. n. Wallace/Gillespie (Hg.), *The Journal*, 867–868, 887, 904, 1075 und 1214; Börnstein an Seward, 4. März 1862, 10. Oktober und 21. November 1864, NA Bremen.

319 Vgl. Murphy an Seward, 1. August 1864, NA Frankfurt.

320 Vgl. Blackett, *Divided Hearts*, 145–149.

321 Vgl. Koszyk, *Deutsche Presse*, 210 ff.; Muhs, *Geisteswehen*, 59.

322 Vgl. Marx an Engels, 15. August 1863, MEGA, Bd. 3, 153; Schmoller, *Nationalökonomische und socialpolitische Rückblicke*, 2. Art., 190–191; Schwab, *The Confederate States*, 37.

323 Es handelte sich um die *Les Deux Mondes* und die *Frankfurter Börsenzeitung* und ihren Herausgeber Maximilian Kollisch. Vgl. Murphy an Seward, 9. Januar 1865, NA Frankfurt; *Chicago Tribune*, 9. Januar 1865; Exhibit of the Disbursements of the Secret Service Fund of the C. Commercial Agency at London from Jan. 1st to Dec. 31st 1864 (Hotze Papers) und *Frankfurter Adress-Handbuch* 1864, 199. Beide Zeitungen wurden kurz nach ihrem Erscheinen wieder eingestellt. Vgl. Murphy an Seward, 13. März 1865, NA Frankfurt und Jahresbericht der Handelskammer Frankfurt für 1864, 48. Archivierte Exemplare beider Zeitungen waren nicht aufzufinden.

324 Vgl. Hotze an Benjamin, 17. September 1864, ORN, II, 3, 1209.

Erlanger brachte Richmonds europäischen Chefpropagandisten Hotze auf die Idee, „first-rate editorial native talent in the principal centers of German thought and political intelligence“ zu engagieren. Die beiden hätten bereits mehrere Personen im Auge, die aufgrund ihrer Beziehungen zur deutschen Presse helfen könnten, „the truth“ zu propagieren, schrieb der zuversichtliche Hotze nach Richmond.³²⁵

Die enge Zusammenarbeit zwischen Erlanger und Hotze belegt, dass der Bankier zu einem überzeugten Parteigänger der Konföderation geworden war. Der dauerhafte Fortbestand der Sklavenhalteration war ihm eine ökonomische und persönliche Herzensangelegenheit. Erlanger hatte seine Zusammenarbeit mit den Südstaaten ausgebaut, auch auf privater Ebene: Er bot Mitarbeitern des konföderierten Kriegsministeriums Unterkunft in seinem Landhaus bei Paris und heiratete 1864 John Slidells Tochter³²⁶ – eine „matrimonial and financial Rebel-Cotton partnership“, spottete Konsul Murphy über diese Eheschließung.³²⁷

Durch seine Pressearbeit während des Bürgerkrieges legte Erlanger den Grundstein seiner systematischen Zusammenarbeit mit europäischen Zeitungen und Nachrichtenagenturen, die er in den folgenden Jahren ausbauen sollte.³²⁸ Die publizistische Agitation Erlangers war ein probates Mittel, um die Interessen seiner Anleger zu wahren. Zu diesem Zweck musste nicht einmal sein Name fallen oder sein Darlehen an die Konföderation erwähnt werden. Vertrauen in ein Investitionsobjekt ist die Grundlage für dessen Fortbestand. Das Postulat des Fortbestands der Konföderierten Staaten war das erste Mittel, um Zeichner für die Baumwollanleihe zu gewinnen und zu halten.

Für die Attraktivität der Baumwolle selbst brauchte es wenig Überzeugungskraft. Ihre Fasern verantworteten die „Initialzündung“ der industriellen Revolution und versprachen denjenigen, die damit Handel trieben, astronomisch hohe Profite.³²⁹ Emil Erlanger wusste aber, dass zuträgliche Presse allein seinen Anlegern nicht genügte. Er arbeitete kundenorientiert, könnte man heute sagen. Zusammen mit John Henry Schröder und einem Kaufmann in Alabama, der schon die Gründung der Zeitschrift *Index* unterstützt hatte, gründete Erlanger im Oktober 1863 eine Handelsfirma, die sich auf das Blockadebrechen spezialisierte, um sich und Inhaber ihrer Anleihe mit Baumwolle

325 Hotze an Benjamin, 27. August 1863, ORN, II, 3, 878.

326 Vgl. *Amtsblatt der Freien Stadt Frankfurt*, 6. Dezember 1864.

327 Murphy an Seward, 12. September 1864, NA Frankfurt.

328 Der größte Coup war die Verlegung der ersten dauerhaften Telegrafienverbindung zwischen den USA und Kontinentaleuropa, in Kooperation mit Julius Reuters' Nachrichtenagentur. Außerdem war Emil Erlanger in den siebziger Jahren Teilhaber der französischen Nachrichtenagentur Havas und finanzierte die telegrafische Verbindung Frankreichs mit Ägypten, Algerien, Australien, China und einigen weiteren Staaten. Vgl. Nalbach, „Poisoned at the Source?“, 585–586, 594; *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 18. August 1868 (Beilage).

329 Vgl. Hobsbawm, *The Age of Revolution*, 35; Zit. Beckert, *King Cotton*, 11.

aus den Südstaaten zu versorgen.³³⁰ Schröder, der gebürtige Hamburger, dessen Familie schon seit Jahren Geschäftsverbindungen in die Südstaaten und nach Kuba pflegte, von wo aus ihre Blockadebrecher operierten, erwies sich für Erlangers Unterfangen erneut als kongenialer Partner.³³¹

Seit dem Winter 1863 begann die Regierung in Richmond, systematisch Baumwolle aus den Häfen des Südens zu transportieren, um mit den daraus erzielten Einnahmen Kriegseinkäufe in Europa zu bezahlen.³³² Nur mit präsidialer Ausnahmegenehmigung durften sich auch Privatleute am Export beteiligen.³³³ Erlanger und Schröder waren zwei dieser Privilegierten, was sie nicht zuletzt Erlangers Engagement bei der Beschaffung von Geld und Schiffen für die Konföderiertenregierung verdankten.³³⁴ Ihr Blockadeschmuggelunternehmen, unter dem weitschweifenden Namen European Trading Company firmierend, verbuchte schnell Profite. Zwischen Dezember 1863 und Oktober 1864 schmuggelte das Unternehmen in Kooperation mit der Konföderiertenregierung mindestens 29.700 Ballen Baumwolle außer Landes.³³⁵ Allein 26 Mal gelang es einem Schiff des Unternehmens, die Linien der Unionsmarine zu durchbrechen. Nur eine Sandbank konnte das Schiff aufhalten, als es im Mai 1865 vor Florida auf Grund lief.³³⁶

Erlanger und Schröder belieferten nun ihre Kunden, die ihre Coupons gegen Baumwolle eingetauscht hatten, mit der versprochenen Ware. Viele der Ballen schmuggelten die Jungunternehmer auch auf eigene Rechnung. Die Liverpooler Niederlassung der Schröders gehörte zu den namhaftesten Im- und Exporteuren von Baumwolle in England. Und die Erlangers waren Teilhaber einer großen Baumwollspinnerei und -weberei bei Ludwigshafen, die unter der Baumwollknappheit in finanzielle Schieflage geraten war,³³⁷ die aber möglicherweise durch den Baumwollschmuggel verringert wurde. Insgesamt war der Blockadehandel für die Erlangers, das wollte ein Frankfurter Journalist erfahren haben, ein profitables Geschäft, das dem Haus mehrere Millionen Gulden Gewinn einbrachte.³³⁸ Als die European Trading Company einmal in Fahrt gekommen war, warb Erlanger in Frankfurt damit, einen regelmäßigen

330 Vgl. Bennett, *The London Confederates*, 103; Sexton, *Debtor Diplomacy*, 165 ff.

331 Vgl. Roberts, *Schroders*, 68.

332 Vgl. Lester, *Confederate Finance*, 48 ff.

333 Vgl. ebd., 49.

334 Vgl. Vertrag über den Bau zweier Dampfschiffe zwischen L. Arman und James Bulloch, 16. Juli 1863, ORN, II, 2, 464–466.

335 Vgl. Roane an Trenholm, 30. Oktober 1864, zit. n. *Miscellaneous Documents of the House of Representatives* No. 190, 1st. Ses, 44th Congress, 36–42.

336 Vgl. Roberts, *Schroders*, 68; Wise, *Lifeline*, 219.

337 Vgl. Richardson, *Schroders*, 39 u. 53; Riehl u. a. (Hg.), *Bavaria*, Bd. 4, 2. Abt., 473–474; Statuten der anonymen Aktiengesellschaft, 23; Murphy an Seward, 10. April 1865, NA Frankfurt.

338 Vgl. *Chicago Tribune*, 9. Januar 1865.

Post- und Geschäftsverkehr mit dem Süden erschaffen zu haben;³³⁹ für Geschäftsleute mit wirtschaftlichen Bindungen in diese Region eine erfreuliche Botschaft.

Der Erfolg von Erlangers European Trading Company hob auch den Kurs seiner Baumwollanleihe.³⁴⁰ Seit dem Jahreswechsel 1863/64 kletterte das Papier an der Londoner Börse wieder konstant nach oben, nachdem es im Dezember 1863 den tiefsten Stand seit seiner Emission verzeichnet hatte.³⁴¹ Unterstützer des Nordens und Besitzer seiner Anleihen reagierten ängstlich auf diese Entwicklung: „Ihre Regierung [...] sollte ebenso thätig durch Agenten und unionsfreundliche Zeitungen auf die allgemeine Stimmung in der Welt wirken als es die Südlichen thun“, riet ein besorgter Frankfurter Unionsympathisant und -investor dem amerikanischen Generalkonsul.³⁴² Durch diese Arbeit habe der Süden sich Sympathien und Kredit verschafft und Hunderte Spekulanten motiviert, in Blockadebrecher zu investieren und der Union zu schaden.³⁴³ „Jedes Schiff welches mit Material die Blockade bricht, jedes neue Anlehen [...] das der Süden macht, verlängert den Krieg & kostet Millionen von Dollars & Tausende von Menschenleben.“³⁴⁴

Frankfurt als Drehscheibe von Unionsanleihen

Der Bürgerkrieg zog sich in der Tat in unerträgliche Länge. „Der dortige Krieg scheint ja gar kein Ende nehmen zu wollen, man wird hier allmählich gleichgültig gegen den Sieg des Einen oder des Anderen, weil gewöhnlich gleich darauf ein Rückschlag folgt“, klagte der Bürgermeister Bremens Ende 1863.³⁴⁵ Nachdem die konföderierten Armeen im Juli 1863 schwere Niederlagen erlitten und ihr Land entlang des Mississippi von da an zweigeteilt war, erhielt der Norden Rückenwind.³⁴⁶ Investitionen in Wertpapiere der Union versprachen wieder mehr Sicherheit für deutsche Anleger. Konsul Murphy registrierte erfreut den „astonishing extent“, in dem in Frankfurt Orders für Anleihen der Staaten Missouri und Kalifornien über die Bankschalter gingen.³⁴⁷ Auch der württembergische Konsul in Frankfurt machte sein Außenministerium auf den lebhaften Anstieg im Handel mit nordamerikanischen Papieren aufmerksam,

339 Vgl. Murphy an Seward, 14. Juli 1864, NA Frankfurt.

340 Vgl. Wise, *Lifeline*, 176.

341 Vgl. Sexton, *Debtor Diplomacy*, 170.

342 Robert Emil Bockmühl an Murphy, 24. März 1864, NA Frankfurt.

343 Vgl. ebd.

344 Vgl. ebd.

345 Duckwitz an Schleiden, 7. November 1863, Nachlass Rudolf Schleiden, StAB, 7,116-2-13.

346 Vgl. McPherson, *Für die Freiheit sterben*, 615–655.

347 Murphy an Seward, 27. Juli 1863, NA Frankfurt.

nachdem ihr Verkehr „lange Zeit brach gelegen“ hatte.³⁴⁸ Unter den Käufern fand sich auch Emil Erlangers Vater. Allerdings hatte er damit schon gehandelt, bevor sein Sohn die Anleihe für die Konföderierten Staaten emittiert hatte.³⁴⁹ Wahrscheinlich nutzte er die Papiere für den Arbitragehandel mit anderen europäischen Plätzen.³⁵⁰ Erlangers erbitterte Konkurrenten, die Rothschilds, waren ebenfalls unter den Käufern der Unionsanleihen. Dass das prestigeträchtige Bankhaus Gläubiger der Nordstaaten war, verlieh der Kreditwürdigkeit der Union ein Gütesiegel, und ihren Staatsanleihen große Attraktivität.

In vielen Fällen waren es nicht die zahlreichen (oft unbestätigten) Meldungen und Gerüchte, die Anleger zum Kauf von amerikanischen Wertpapieren bewegten. Staaten, die sich im Krieg befinden, haben große Probleme, ihren Kredit allein durch die Proklamation von Siegesparolen aufzubessern. Es braucht die Unterstützung renommierter Türöffner, wie Marc Flandreau und Juan Flores in einem Aufsatz über die Wechselbeziehungen von Außenpolitik und Staatsanleihen dargestellt haben.³⁵¹ Beteiligte sich die Rothschilds im 19. Jahrhundert an einer Krieganleihe, war dies für den Wert der Anleihe sehr förderlich. Wenn nicht, waren die Folgen für die Schuldnation in der Regel negativ. Besonders Kleinanleger richten ihr Anlageportfolio nach den Handlungen glaubwürdiger Experten aus. Im hiesigen Fall waren diese Experten New Yorker Bankhäuser mit engen Verbindungen nach Frankfurt. Zu diesen Häusern zählten das von Philip Nicolas Schmidt, das der Brüder Seligman (in Frankfurt: Seligman & Stettheimer), die Rothschilds in Kooperation mit ihrem Agenten August Belmont und Joseph Speyer, Spross des Frankfurter Bankhauses Lazard Speyer-Ellissen.³⁵² Die Seligmans verfügten über gute Verbindungen zu Jay Cooke und beteiligten sich schon seit dem ersten Kriegsjahr an Geldgeschäften in Frankfurt, München und Berlin.³⁵³ August Belmont, Rothschilds Agent in New York, bewog seine Chefs in Frankfurt, Paris und London schon seit der Emission der 5–20er-Anleihe Ende 1862 zum Kauf des Papiers (und riet später von der konföderierten Anleihe ab, da sie eine „reckless speculation“³⁵⁴ sei), was wiederum für eine ganze Reihe unentschlossener Anleger in

348 Goldschmidt an das königliche Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, 6. Juli 1863, HStA St, E 50/60 Bü 70.

349 Vgl. Murphy an Seward, 20. Januar 1863, NA Frankfurt; *New York Times*, 16. Juli 1865.

350 Zur Bedeutung des Arbitragehandels im 19. Jahrhundert vgl. Plumpe, Wirtschaftskrisen, 35 u. 43.

351 Vgl. Flandreau/Flores, *The Peaceful Conspiracy*, 211–241.

352 Vgl. Heyn, *Private Banking*, 273 ff.; Supple, *A Business Elite*, 144 f., 156; *Boston Daily Advertiser*, 7. April 1864.

353 Zur Geschichte der Seligmans vgl. Achterberg, *Der Bankplatz Frankfurt*, 98; Supple, *A Business Elite*, 150–177; Unbekannt, *In Memoriam*, 13–14.

354 Vgl. Belmont an *New York Tribune*, 31. Juli 1874, zit. n. Belmont, *Letters, Speeches and Addresses*, 155–156; Penn, „Interfered“, 25–31; zit. Belmont an Lionel de Rothschild, 14. April 1863, zit. n. Belmont, *A few Letters and Speeches*, 81.

Deutschland die Initialzündung gewesen sein dürfte, ebenfalls auf die Gläubigerseite der Union zu treten.

Nach einhelliger Einschätzung der Forschung hat die Bank Seligmans die meisten der 5-20er-Unionsanleihen in Frankfurt untergebracht.³⁵⁵ Carl von Rothschild allerdings war ihr prominenter Türöffner. Er saß im Leitungsgremium der Frankfurter Handelskammer, als diese am 10. September 1863 die offizielle Notierung der 5-20er-Anleihe an der Frankfurter Börse genehmigte.³⁵⁶ Schon im Jahr davor hatte Rothschild kurzzeitig durchsetzen können, dass der New Yorker Wechselkurs im offiziellen Börsenkursblatt der Stadt notiert wurde, wodurch sich die Stimmung im Handel mit Nordamerika besser interpretieren und verlässlichere Wertpapierkurse bestimmen ließen.³⁵⁷ Damals jedoch wurde die Notierung wegen der „sehr schwankenden Verhältnisse des Gold-Courses“, an den sämtliche Finanztransaktionen zwischen den USA und Europa gekoppelt waren,³⁵⁸ nach zwei Wochen wieder aufgehoben.³⁵⁹ Jetzt, ein Jahr später – die Meldungen von den neuesten Unionsiegen hatten den Goldkurs wieder beruhigt³⁶⁰ – ließ sich die Sache besser an. Seit Ende Juli vermehrten sich in Frankfurt die Orders für Unionsanleihen deutlich.³⁶¹ Schnell machte die Meldung die Runde, dass die Rothschilds große Summen in amerikanische Papiere investierten.³⁶² Auch große deutsche Aktienbanken wie die Darmstädter Bank für Handel und Industrie beteiligten sich mit mehreren Millionen Dollar am Geschäft mit den US-Bonds.³⁶³

Der Kredit der Union in Europa stieg und die Abnehmer ihrer Anleihen füllten die Hallen der Frankfurter Börse. Mit ihrer offiziellen Notierung an Deutschlands wichtigster Börse für nordamerikanische Wertpapiere fand sich die Unionsanleihe vor einem größeren Publikum wieder, als wenn sie weiterhin nur ein Randdasein im Privathandel gefristet hätte. Zugleich war die Börsennotierung ein Beleg für das gesteigerte Handelsvolumen des Papiers, für mehr Angebot und Nachfrage. Günstige Wechselkurse sorgten dafür, dass deutsches Geld in den USA mehr wert war als zu Hause und ein über New York gekaufter 5-20er-Bond acht Prozent und mehr Gewinn für die Händler

355 Vgl. Achterberg, *Der Bankplatz Frankfurt*, 98; Hellmann, *Joseph Seligman*, 34; Korach, *Das deutsche Privatbankgeschäft*, 30; Perkins, *The Anglo-American Houses*, 122 f.

356 Vgl. Sitzungsprotokolle der Handelskammer Frankfurt 1863–1864, 10. September 1863, HWA 3/2160.

357 Zur Bedeutung des Wechselkurses für den internationalen Handel im 19. Jahrhundert vgl. Schübler, *Die Lehre vom Wechselkurs*, 36.

358 Vgl. Smith/Todd, *Greenback-Gold Returns*, 697; Garbade/Silber, *Technology*, 827.

359 Handelskammer Frankfurt, Sitzungsprotokolle vom 9. und 23. September 1862, HWA 3/2159.

360 Vgl. Smith/Todd, *Greenback-Gold Returns*, 706.

361 Vgl. Murphy an Seward, 27. Juli 1863, NA Frankfurt.

362 Vgl. Murphy an Seward, 16. September 1863, NA Frankfurt.

363 Vgl. Thomson, *Bonds of War* (unveröff. Manuskript) 181, 278. Ich danke David Thomson für die freundliche Bereitstellung seines Manuskripts.

abwarf.³⁶⁴ Meldungen des amerikanischen Generalkonsuls zufolge investierten Tausende Menschen ihr Geld in die Unionsanleihe.³⁶⁵ In Zeitungsanzeigen preisten Händler die „erhebliche Steigerung des Courses“ an, die die Bonds erwartete, wenn der Norden erst einmal den Krieg gewonnen habe.³⁶⁶ Die Frankfurter Handelskammer registrierte einen „massenhaften Import und Verschleiß amerikanischer Staatspapiere“, der die sonstigen, „äußerst fühlbaren Nachtheile“ des Bürgerkrieges an der Börse ausglich.³⁶⁷ Durch ihr enormes Handelsvolumen entwickelte sich die Frankfurter Börse zum „Vermittler für ganz Deutschland“ für amerikanische Staatsanleihen. Der dortige Markt war seit 1864 „tonangebend für fast alle europäischen Börsen“ geworden.³⁶⁸ „Es gab in Frankfurt wohl keine Bürgersfamilie, die über einiges Geld oder Ersparnisse zu verfügen hatte und nicht einen Teil ihres Besitzes in diesem Papier [der 5-20er Anleihe] angelegt hätte“, erinnerte sich ein Bankmitarbeiter später; „und der Wohlstand mancher Familie rührte nur durch den Erwerb dieser Papiere her.“³⁶⁹

Auch aus dem benachbarten Württemberg meldete die Handelskammer, dass es dank der „rührigen Arbitrage einiger Frankfurter Häuser“ so viel Umsatz mit Unionsbonds gegeben habe, dass „fast jeder Kapitalist“ Süddeutschlands solche besitze und der hohe Zinsfuß Anleger aus „allen Klassen der Gesellschaft“ anziehe.³⁷⁰ Dieses weitverbreitete Interesse an Unionsanleihen „könnte Besorgnis erregen“, falls der Krieg auf unabsehbare Zeit fort dauere und die Banken ihre Zinszahlungen einstellen sollten.

Wollten Unionisten und Konföderierte die Öffentlichkeit in Deutschland für sich gewinnen, Unterstützer aktivieren, Waffen und Kapital von dort kaufen, mussten sie die Gesetzmäßigkeiten der Presse für ihre *public diplomacy* berücksichtigen. Gute Kontakte zum Pressemarkt waren dafür essenziell. Repräsentanten der Nordstaaten hatten bei diesem Unterfangen strukturelle Vorteile. Sie vertraten diejenige der beiden Kriegsparteien, die bereits als souveräner Staat anerkannt war und somit Zugang zu lokalen Regierungsvertretern genoss. Außerdem waren Frankfurter Banker, Makler und Geldwechsler vorrangig mit dem Norden, vor allem New York, nicht mit dem Süden verbunden. Ihre sozioökonomischen Verbindungen leiteten die Wellen des Bürgerkrieges an bestimmte Stellen in Zentraleuropa. Ein Großteil der Kapitaltransfers zwischen den deutschen Staaten und Nordamerika verlief entlang einer Achse

364 Vgl. Sexton, *Debtor Diplomacy*, 127.

365 Vgl. Murphy an Seward, 11. Januar 1865, NA Frankfurt.

366 *Weser-Zeitung*, 17. Januar 1865.

367 Jahresbericht der Handelskammer Frankfurt am Main für 1864, 55.

368 Ebd., 58.

369 Demuth, Frankfurt A/M, 70–71.

370 Königliche Centralstelle für Gewerbe und Handel, Jahresberichte für 1864, 229.

zwischen Frankfurt und New York.³⁷¹ In den informellen Geschäfts- und Familienbeziehungen lag der wesentliche Grund für die Parteinahme vieler Frankfurter Geschäftsleute.

Mit Ausbruch des Krieges benötigte die Bundesregierung in Washington dringend Kapital, um für die immensen Kosten aufzukommen, die der Krieg produzierte. Die Regierung akquirierte das nötige Kapital überwiegend in Form von Krediten. Darlehen waren Washingtons Hauptquelle für die Kriegsfinanzierung – siebzig Prozent der Kosten, die der Bürgerkrieg verursachte, wurden mit Krediten finanziert.³⁷² Finanzminister Salomon Chase reiste persönlich in die Finanzhochburg New York, um Bankiers aufzusuchen, die Darlehen für seine Regierung bewilligten.³⁷³

New Yorks Banker erlebten durch den Bürgerkrieg einen noch nie da gewesenen Aufstieg und Einfluss. Sie waren die Lenker der nordstaatlichen Fiskalgeschäfte und die kapitalstärksten Zulieferer für die Bedürfnisse des nordstaatlichen Heeres.³⁷⁴ Durch den Krieg gingen staatliche und private Interessen eine schicksalsträchtige Liaison ein und verwoben sich auf bis dahin kaum erlebte Weise. Der Krieg machte Bankiers und Regierung voneinander abhängig.³⁷⁵ Anders als die Mehrheit der New Yorker Kaufleute und Zwischenhändler, die eng mit dem Süden verbunden waren, bekannten sich die Banker der Stadt früh zum Erhalt der Union und befürworteten alsbald die Sklavenbefreiung, allerdings ohne den Afroamerikanern volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zuzugestehen.³⁷⁶ Der Glaube an die Vorzüge freier Arbeit auf freiem Boden, kultiviert durch Arbeitskräfte aus Deutschland und anderen Teilen Europas,³⁷⁷ bestimmten die Parteinahme vieler Finanziers am Hudson River.³⁷⁸ Die fortschreitende Erschließung und Industrialisierung des Landes würde weiterhin den Kapitalmarkt bestimmen. Mit Landkäufen und der Errichtung von Eisenbahnstrecken und Fabriken war viel Geld zu machen. New Yorker Bankhäuser gaben der Sklavenarbeit nur geringe Zukunftschancen und vermuteten in freier Arbeit mehr Profit.³⁷⁹ In der gewaltvollen Wiedervereinigung beider Landesteile sahen die Finanziers die zukünftigen Stabilitätsgaranten ihrer Geschäfte. Ein neuer Staat auf nordamerikanischem Boden hätte neue Kosten und Risiken bedeutet. Neue Verträge und Auflagen, etwa zum Eisenbahn-

371 Vgl. Carosso, *A Financial Elite*, 70–74; Holtfrerich, *Frankfurt as a Financial Centre*, 148. Ende der fünfziger Jahre liefen zwei Drittel der US-Importe aus und ein Drittel der Exporte nach Europa über New York. Vgl. Cassis, *Capitals of Capital*, 73.

372 Bin Wong, *Industrialisierung und Welthandel*, 306.

373 Vgl. Beckert, *The Monied Metropolis*, 118.

374 Vgl. ebd., 115–118.

375 Vgl. ebd., 121.

376 Vgl. ebd., 129 und 132.

377 Vgl. Liscow, *Why fight Secession?*, 50–51.

378 Vgl. Beckert, *The Monied Metropolis*, 131.

379 Vgl. Liscow, *Why fight Secession?*, 52.

bau und Baumwollerwerb, hätten geschlossen werden müssen, wollte man in dieser Region weiterhin Gewinne erwirtschaften. Die Entscheidung der New Yorker Finanzmagnaten zur Unterstützung des Nordens war daher primär ein Plädoyer für stabile Wirtschaftsverhältnisse, weniger eine Entscheidung gegen die Sklaverei.

Das Finanzministerium der Union sah von offizieller Kapitalbeschaffung im Ausland ab. Die Anleihe der Erlangers für die Konföderiertenregierung war die einzige Auslandsanleihe, die während des Bürgerkrieges abgeschlossen wurde.³⁸⁰ Die Gelder, die das Finanzministerium in Washington mit der Aufnahme einheimischer Kredite einnahm, deckten den Staatshaushalt der Union ausreichend. Lieber wolle die Regierung Zinsen an ihre Mitbürger zahlen als an Ausländer, erklärte der Finanzminister in seinem Jahresbericht 1864.³⁸¹ Der Norden wollte den Krieg nach wie vor in den von ihm beherrschten Grenzen wissen. Doch alle Bemühungen, den Krieg einen genuin amerikanischen Krieg sein zu lassen, wurden von den Sogkräften des transatlantischen Kapitalverkehrs erfasst.

Kapital hat in Krisenzeiten die Eigenschaft, außer Landes zu gehen. Auch wenn Staaten eine Anleihe nur auf dem heimischen Markt unterbringen möchten, können sie nicht verhindern, dass das Papier auch im Ausland gehandelt wird. Wer über persönliche Kontakte nach Nordamerika verfügte, orientierte sich häufig an deren Einschätzungen zur Finanz- und Kriegssituation. Frankfurter Anleger handelten mitunter auf Anweisungen in „Privatberichte[n] von New York“.³⁸² Die Folgen dieser Anweisungen waren zwar nicht immer von Erfolg gekrönt. Dennoch wurden diese persönlichen Informationen oftmals den Zeitungsberichten vorgezogen – die persönliche Empfehlung eines Bekannten suggerierte häufig mehr Verlässlichkeit als die Empfehlung durch Dritte: „Wie steht es denn mit Ihres Herrn Vaters Americanischen 5/20 Bonds? Er hat sie doch noch? Dieselben werden besser, ich hab's ja gewusst u[nd] vorher gesagt“, erfuhr ein hessischer Beamter von einem Bekannten aus Indiana.³⁸³

Friedrich Kapp, der die Entwicklungen seiner Wahlheimat von seinem Kanzleibüro aus in der New Yorker Wallstreet beobachten konnte, riet einem Freund in Hamburg, der im „Glauben an die Dauerhaftigkeit der Union“ einige Tausend Dollar in 5-20er-Bonds investiert hatte, nun aber fürchtete, „diesen Glauben theuer bezahlt zu haben“,³⁸⁴ vom Verkauf der Bonds abzusehen, auch wenn der Krieg noch nicht vorüber war:

380 Vgl. Gentry, *A Confederate Success*, 157.

381 Vgl. Report of the Secretary of Treasury on the State of the Finances for the Year 1864, 17–18.

382 *Der Aktionär*, 29. Dezember 1861.

383 August Claussen an Ernst Wiener, 25. Februar 1865, O 59 Wiener Nr. 4, HStAD.

384 Eduard Cohen an Friedrich Kapp, 10. August 1864, Digital Collections, Center for Jewish History, New York.

Wenn ich in Deutschland wäre [und dadurch von dem günstigen Wechselkurs profitierte, PG], so würde ich ohne Bedenken $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{5}$ meines Vermögens in die Ver. Staaten Bonds anlegen. [...] Die Ver. Staaten sind selbst zu sehr dabei interessiert, ihren Credit aufrecht zu erhalten, als dass sie ihre Verbindlichkeiten nicht bis auf den letzten Augenblick zu erfüllen suchten.³⁸⁵

Die ökonomischen und sozialen Beziehungen zwischen Kaufleuten, Bankiers, Auswanderern, Daheimgebliebenen und das Tagewerk von Journalisten und Publizisten animierten die Lust vieler deutscher Anleger an Investitionen in die amerikanischen Staatsanleihen und Aktien. Die transatlantischen Bande, die sich in den letzten rund zwanzig Jahren vervielfacht hatten, schufen verbesserte Informationsnetzwerke. Sie füllten das Vertrauensvakuum, das aufgrund der räumlichen Entfernung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa bestanden hatte, und reduzierten das Risiko von Kapitaltransfers zwischen beiden Regionen.³⁸⁶ Eine effektivere Infrastruktur war entstanden, die eine nachhaltige Organisation des transatlantischen Finanzwesens jener Jahrzehnte ermöglichte.³⁸⁷ Verstärkt und personalisiert durch die Auswanderung, manifestierte sich dieser Fortschritt auch in weiteren Bevölkerungskreisen diesseits und jenseits des Atlantiks.

Since the population of the country has acquired more confidence in America by reading newspapers and letters from relations or acquaintances, who have emigrated to our country, the high rate of interest of the American Securities has exercised such a charm that capital is drawn in that direction more than in any others,

beschrieb der amerikanische Vizekonsul Frankfurts die Wanderung deutschen Kapitals in die USA.³⁸⁸

Der Bürgerkrieg sog US-Kapital in Hülle und Fülle auf. Das daraus entstandene Vakuum wurde wiederum in Teilen mit Kapital aus Europa ausgefüllt.³⁸⁹ Zwangsläufig also wanderte mitteleuropäisches Kapital während des Krieges in die USA ein, wie schon in den Jahrzehnten zuvor. Dies hatte zur Folge, dass der Amerikanische Bürgerkrieg „zum Theil durch deutsches [...] Geld geführt wurde.“³⁹⁰

Die Route, die die Staatsanleihen der Union auf ihrem Weg nach Europa einschlugen, lässt sich recht klar nachverfolgen. An ihrem Anfang stehen allerdings nicht Banken aus New York, sondern das Bankhaus von Jay Cooke

385 Friedrich Kapp an Eduard Cohen, 30. September 1864, Kapp Papers, LOC.

386 Vgl. Kobrak, *Family Finance*, 41–64; Leblang, *Family Breeds Investment*, 584–598.

387 Vgl. Greenberg, *Yankee Financiers*, 24 f., 30.

388 Graebe an Seward, 26. Februar 1866, NA Frankfurt.

389 Vgl. Michaelis, *Volkswirtschaftliche Schriften*, 209–210.

390 Runge, *Staatsverschuldung*, 622.

aus Philadelphia. Über das Cooke'sche Bankhaus vertrieb die Regierung seit Kriegsbeginn ihre Kriegsanleihen.³⁹¹ Das später in Europa populärste Papier darunter war die sechszehnjährige 5-20er-Anleihe im Wert von fünfhundert Dollar.³⁹² Aufgrund ihres niedrigen Nennwerts (Anteile waren bereits ab fünfzig Dollar zu haben) und einer extensiven, landesweiten Werbekampagne waren die Schuldverschreibungen auch unter Menschen mit bescheidenem Einkommen beliebt.³⁹³ Jay Cooke lehnte, wie sein Freund, Finanzminister Salmon Chase, die Verschuldung gegenüber ausländischen Gläubigern ab.³⁹⁴ Cookes Bruder allerdings, ein Zeitungsverleger und Wahlkampfhelfer von Chase, wies wiederholt auf die Vorteile der Ausschüttung amerikanischer Schuldverschreibungen in Europa hin. Wenn Europäer in nordstaatliche Darlehen investierten statt in südliche könnten die Sympathien für die Konföderation kippen.³⁹⁵

Die europäische Parteinahme im Bürgerkrieg, so die Auffassung von Cookes Bruder, war in erster Linie nicht ideologisch begründet, sondern eine Frage des Geldes. Cooke aber ließ sich partout nicht dazu bewegen, die Anleihen der Bundesregierung im Ausland zu emittieren. Das sollten andere tun. Bald nach der Emission der 5-20er-Anleihe im November 1862 fragten einige Banker New Yorks bei Cooke an, ob er nicht auch eine Auslandsanleihe für die Regierung vermitteln könne, ein großes Bankhaus in Europa habe Interesse geäußert.³⁹⁶ Cooke beharrte auf seiner Maxime und erklärte, dass es seinem Land nicht dienlich sei, wenn dessen Schulden ins Ausland gingen.³⁹⁷ Schließlich machte das Finanzministerium dem Zögern ein Ende und verkaufte über ein New Yorker Haus Anleihen für zehn Millionen Dollar zulasten eines Kontos in Deutschland.³⁹⁸ Damit war der Weg der Unionsanleihen nach Mitteleuropa frei. Noch bevor sich englische Bankhäuser für die Anleihen interessierten, kauften deutsche Bankiers und Wechselhändler bereits Kontingente der nordstaatlichen Obligationen auf, um sie in den deutschen Staaten unter die Leute zu bringen.

Wie bereits dargestellt, war es nicht allein Geld, das aus Deutschland während des Krieges in die USA kam, sondern auch Menschen. Knapp 175.000 deutsche Auswanderer erreichten das Land allein zwischen 1863 und 1865. Damit lagen die deutschen Staaten in der Liste der Entsenderländer zwar hinter

391 Vgl. Thomson, *Like a Cord*, 350–351.

392 Der Name der 5-20er-Anleihe leitete sich von ihrer Laufzeit ab (mindestens fünf, höchstens 20 Jahre zu sechs Prozent). Die 7-30er Anleihe trug ihren Namen wegen ihres Zinssatzes von 7,3 Prozent (Laufzeit drei Jahre). Vgl. Thomson, *Like a Cord*, 348 und 360; McPherson, *Für die Freiheit sterben*, 434.

393 Vgl. Thomson, *Like a Cord*, 351 ff.

394 Vgl. Oberholtzer, *Jay Cooke*, 286.

395 Vgl. ebd., 286.

396 Vgl. ebd., 286.

397 Vgl. ebd., 286.

398 Vgl. ebd., 287.

Großbritannien, von wo aus in derselben Zeit 203.000 Auswanderer übersetzten. Auf lange Sicht aber, zwischen 1856 bis 1865, registrierten amerikanische Behörden wesentlich mehr deutsche Auswanderer (537.446) als britische (435.082) oder irische (415.795).³⁹⁹ Vor diesen Strömen konnten die Südstaatler ihre Augen nicht verschließen:

It is from Germany that the enemy must next spring recruit another army; it is upon Germany that he relies for the gold to carry on the war and bolster up a fictitious value of greenbacks and bonds. Hitherto, we have allowed him unopposed to use a population of forty millions as a recruiting ground and to draw at will upon their accumulated savings,⁴⁰⁰

ermahnte Henry Hotze das Außenministerium. Ein Korrespondent des *Index* äußerte sich noch drastischer: „The Yankees buy the Germans to do their fighting just as their ancestors bought the Africans to do their plantation work.“⁴⁰¹

Dass die Union nun offenbar Deutschland zu ihrem transatlantischen Reservelager machte, drang bis nach Richmond vor. Jefferson Davis instruierte seine Beamten und Mitarbeiter in Europa deshalb, deutschen und anderen europäischen Kapitalisten die negativen Folgen des Kapitalzuflusses in den Norden unter die Nase zu reiben. Je mehr Unionsanleihen gezeichnet würden, desto länger würde der Frieden in Nordamerika hinausgezögert und die Ressourcen verschlungen, die der Norden seinen Gläubigern als Sicherheit für ihre Investitionen biete.⁴⁰² Die deutschen Staaten wandelten sich 1864 von einem Nebenschauplatz zum zentralen Operationsfeld der nordamerikanischen Auslandsemissäre, die Großmächte England und Frankreich gerieten in den Hintergrund.⁴⁰³ Deutschland sollte nun „by far the most important base of operations“ für den Süden in Europa werden.⁴⁰⁴

Im sommerlichen „secession head-quarters“ Baden-Baden trafen sich Slidell und andere Vertreter der Südstaaten, um weitere Strategien gegen die Union, genauer: gegen ihre Finanzlage und die Auswanderung, zu besprechen.⁴⁰⁵ Emil Erlangers designierter Schwiegervater, John Slidell, erzürnte sich über die „stupid confidence of German [...] capitalists in Federal securities“.⁴⁰⁶ Penibel verglichen die südlichen Regierungsinformanten nun die Kurse der

399 Zahlen berechnet nach United States Department of Commerce, Historical Statistics, 34. In den Zahlen zu den deutschen Auswanderern sind Staatsangehörige des österreichischen Kaiserreichs mit inbegriffen.

400 Hotze an Benjamin, 17. September 1864, ORN, II, 3, 1209.

401 *The Index*, 27. Oktober 1864.

402 Vgl. Circular of the Department of State, 10. Oktober 1864, Mason Papers, LOC.

403 Vgl. Hotze an Benjamin, 29. Juli 1864, ORN, II, 3, 1178–1179.

404 Hotze an Benjamin, 17. September 1864, ORN, II, 3, 1209–1210, Zit. 1210.

405 Duncan an Seward, 25. Oktober 1864, NA Karlsruhe.

406 Slidell an Benjamin, 24. August 1864, ORN, II, 3, 1189.

eigenen Anleihe mit denen der feindlichen.⁴⁰⁷ In nur einem Jahr fanden nordstaatliche Bonds im Wert von rund 250 Millionen Dollar neue Eigentümer in den deutschen Staaten.⁴⁰⁸ Um die „material supplies of the enemy“ zu attackieren, reiste Henry Hotze von England nach Deutschland, wo er die Kreditwürdigkeit der Union publizistisch diskreditieren und vor der Auswanderung warnen wollte.⁴⁰⁹ Auf Hilfe der deutschen Regierungen konnte Hotze nicht setzen. Dazu schienen ihm die Sympathien aus Berlin, Wien und andernorts zu unbedeutend und ihre Direktiven nach wie vor neutral. Hotze bediente sich der Hilfe des ehemaligen Konsuls Samuel Ricker und weiterer, namentlich nicht bekannter Autoren, die deutschsprachige Leser mit einschlägigen Artikeln für die Südstaaten gewinnen sollten. Für Ricker, seit seiner Entlassung aus dem Amt des Generalkonsuls um 3.000 Dollar im Jahr ärmer, waren die Einnahmen, die ihm seine Arbeit als Korrespondent für den *Index* bescherte, eine zwar bescheidene, aber willkommene Entlohnung.⁴¹⁰ Emil Erlangers Schwiegervater John Slidell zählte ebenfalls zu den Triebfedern der konföderierten Pressearbeit.⁴¹¹ Auch er wollte den Zufluss menschlichen und monetären Nachschubs in die Union unterdrücken und sich mit seinem Schwiegersohn angesichts der militärischen und politischen Situation in den USA beraten;⁴¹² eine weitere Anleihe mit Erlanger oder einem anderen deutschen Bankier stand ebenfalls im Raum.⁴¹³

In dieser überaus kritischen Periode unternahmen Emissäre und Freunde der Konföderation Anstrengungen, um wankelmütige Europäer, Kapitalisten und Auswanderungswillige auf ihre Seite zu ziehen und das vermeintliche Versorgungslager des Nordens zu schließen. Dabei kamen ihnen auch Bürger der Union zu Hilfe: Mehrere Banker und Importeure zog die große Nachfrage an Unionsanleihen im Sommer 1864 über den Atlantik nach Frankfurt und

407 Vgl. Mann an Benjamin, 20. August 1864, ORN, II, 3, 1189.

408 Vgl. Hewes, Important to the Bond-Holders, 4. Lange Zeit war sich die Forschung uneinig über die Summe der während des Bürgerkrieges nach Europa geflossenen Bundesanleihen. Mittlerweile gehen Historiker von insgesamt 320 Millionen Dollar aus, wovon die Mehrheit nach Deutschland und in die Niederlanden ging. Vgl. Sexton, Debtor Diplomacy, 130.

409 Hotze an Benjamin, 17. September 1864, ORN, II, 3, 1210.

410 Vgl. Exhibit of the Disbursements of the Secret Service Fund of the C. Commercial Agency at London from Jan. 1st to Dec. 31st 1864, Hotze Papers. Darin wird, neben Samuel Ricker, ein Journalist mit den Initialen M. K. genannt, den Henry Hotze für dessen Pressearbeit in Frankfurt bezahlte.

411 Laut dem amerikanischen Konsul in Karlsruhe sollen Slidell und de Leon unter anderem dafür gesorgt haben, dass unwahre Berichte über die Finanzsituation des Nordens in europäischen Zeitungen abgedruckt würden. Vgl. Duncan an Seward, 25. Oktober 1864, NA Karlsruhe; Davis (Hg.), Secret History, 101–102, 135–143.

412 Vgl. Mann an Benjamin, 17. November 1864, ORN, II, 3, 1240; Mason an Benjamin, 10. November 1864, ORN, II, 3, 1232; Murphy an Seward, 12. September und 21. November 1864, NA Frankfurt.

413 Vgl. *Chicago Tribune*, 9. Januar 1865; Lester, Richard I., An Aspect of Confederate Finance during the American Civil War, 143.

Deutschland. Auch der Bruder Jay Cookes, der Federführende der 5-20er-Anleihe, war unter den Besuchern, um das Papier auf private Rechnung zu verkaufen. Er nahm die dortige große Nachfrage erneut zum Anlass, das Finanzministerium auf die Vorzüge der europäischen Märkte hinzuweisen.⁴¹⁴ Andere Geschäftsleute, die nach Frankfurt kamen, waren Parteigänger der Demokraten, die für einen baldigen Frieden mit der Konföderation plädierten. Im Zuge ihrer Agitation verkündeten einige aus ihren Reihen, dass der Union ein Staatsbankrott bevorstehe.⁴¹⁵ Solche Meldungen wirkten sich negativ auf den Wert der Unionsanleihen aus. Des Weiteren hätten sich Spekulanten aus New York, London, Paris und Frankfurt, darunter die Erlangers, zusammengesetzt, um Falschmeldungen über Friedensverhandlungen und den Goldpreis zu verbreiten, was den Frankfurter Kurs der Anleihen ebenfalls drückte, woraus die Spekulanten wiederum Kapital schlugen, indem sie eifrig Arbitragehandel zwischen Frankfurt und anderen Märkten, darunter Hamburg, betrieben.⁴¹⁶

Die Flut amerikanischer Papiere erreichte nun auch die Elbe, wo Unionsobligationen zuvor gar nicht gehandelt worden waren, jetzt aber wegen ihres großen Handelsvolumens in Norddeutschland Einzug hielten.⁴¹⁷ Die von den Spekulanten befeuerten Meldungen über den steigenden Goldpreis, Friedensverhandlungen und Niederlagen der Union provozierten Panik an der Hamburger und Frankfurter Börse. Von Mitte Juni bis Ende August 1864 fielen die Kurse der Unionsanleihe in Frankfurt um knapp zwanzig Prozent von 58 auf 39 Punkte.⁴¹⁸ „Was kümmert unsere Börse noch die Politik in der nächsten Nähe?“, fragte ein zynischer Beobachter des Frankfurter Parketts; „die Augen sind nur noch jenseits des Oceans gerichtet“.⁴¹⁹

Abwarten entwickelte sich zur Devise des Jahres 1864,⁴²⁰ als sich die Armeen von Union und Konföderation im Stellungskrieg bei Richmond gegenüberstanden und die bevorstehende Präsidentenwahl im Herbst über Frieden oder Fortführung des Krieges entscheiden sollte. Mit Lobgesängen auf die Sklaverei hielten sich pro-südliche Zeitungen wohlweislich zurück. Zurückhaltung gegenüber der Sklaverei musste jedoch nicht Hand in Hand mit der Missbilligung der Konföderation als Ganzes gehen. Selbst ein Demokrat mit langjähriger Amerikaerfahrung wie Julius Fröbel sah erst in der endgültigen Trennung der beiden Landesteile die Basis für das Ende der Sklaverei.⁴²¹

⁴¹⁴ Vgl. Oberholtzer, Jay Cooke, 441–444.

⁴¹⁵ Vgl. Murphy an Seward, 20. Juni 1864, NA Frankfurt.

⁴¹⁶ Vgl. ebd.; *Der Aktionär*, 10. Juli 1864.

⁴¹⁷ Vgl. Anderson an Seward, 19. August 1864, NA Hamburg.

⁴¹⁸ Vgl. *Der Aktionär*, 5. Juni bis 3. September 1864.

⁴¹⁹ *Der Aktionär*, 24. Juli 1864.

⁴²⁰ Vgl. *Frankfurter Journal*, 9. Juli 1864; *Der Aktionär*, 24. Juli 1864 (Beilage).

⁴²¹ Vgl. Fröbel, *Theorie der Politik*, Bd. 2, 321.

Einige Historiker postulieren, dass die Kritik an der Sklaverei nicht zwangsläufig nachteilig auf die Erfolgchancen des Südens wirkte.⁴²² Wer die Sklaverei tadelte oder ablehnte, war noch lange kein Freund der Union oder ein Feind der Konföderation. In diese Kerbe schlugen Zeitungen, wenn sie darauf verwiesen, dass die Sklaverei „im Anfang des Krieges den Gegenstand der Frage nicht ausgemacht“ hatte „und am Ende des Krieges auch nicht.“⁴²³ Vielmehr handele es sich um einen „Ringkampf von zwei Feinden um die Macht“, urteilte die liberale *National-Zeitung* aus Berlin.⁴²⁴ „Für die Sache der Ruhe und Humanität“ in den Vereinigten Staaten sei schon viel gewonnen, wenn die „kriegslustige Regierung“ Washingtons dem „Volkswunsch nach Frieden“ nachginge, titelte im September 1864 die *Frankfurter Postzeitung*, der demokratische Kritiker kurzerhand vorwarfen, aus dieser Republikanismuskritik Kapital für ihre eigene, reaktionäre Agenda zu schlagen.⁴²⁵

Die von Erlanger und anderen Sympathisanten des Südens beeinflussten Zeitungen aus dem Frankfurter Raum votierten mit anhaltender Dauer des Krieges für einen Verhandlungsfrieden, der die Anerkennung der Konföderation als eigenständigem Staat einschloss.⁴²⁶ Noch deutlicher als in Rufen nach einem baldigen Frieden offenbarten sich Sympathien für die Konföderation (das war doppelt bedeutsam, wenn man bedenkt, dass unter anderem Inhaber der Erlanger-Anleihe in dieses Vorhaben verwickelt waren) in der Forderung nach uneingeschränktem Handel mit dem Süden: „[U]nser deutsches Interesse gebietet die Wiederherstellung des Handelsverkehrs mit Amerika, dessen Unterbrechung tiefe Wunden schlägt,“ schrieb das *Frankfurter Journal* im August 1864, als Bundestruppen kurz zuvor das wirtschaftlich wichtige Atlanta erobert hatten. „[E]in niedergeworfener, verwüsteter [...] Süden ist ein Unding [...]. Die Ausfuhr des Südens ist [im Vergleich zu der des Nordens] die weitüberwiegende; im Süden finden wir die Verfechter des freien Handels.“ Es sei „im deutschen Interesse“, dass der Krieg baldigst beendet und die Eigenständigkeit der Konföderation anerkannt werde, forderte das *Journal* und schloss mit einer Mahnung an seine Kritiker: „Wer uns anders sagt, täuscht sich selbst, oder speculiert auf unsere Unwissenheit in beleidigender Weise.“⁴²⁷

Solche Warnungen belegen, wie sehr journalistische Diskurse während des Bürgerkrieges eskalieren konnten. In Städten mit hoher Zeitungsdichte konkurrierten die Tageszeitungen miteinander und schufen eine „permanente öffentliche Auseinandersetzung“, die zu einem „mediale[n] Stadtgespräch“ aus-

⁴²² Vgl. Bonner, *Slavery*, 288–316; Brauer, *The Slavery Problem*, 439–469; Lorimer, *The Role of Anti-Slavery*, 405–420; Owsley, *King Cotton Diplomacy*, 550 ff.; Sancton, *The Myth*, 58–80.

⁴²³ *Frankfurter Journal*, 23. September 1864.

⁴²⁴ *National-Zeitung*, 24. Juni 1863.

⁴²⁵ *Frankfurter Postzeitung*, 20. September 1864; *Neue Frankfurter Zeitung*, 22. September 1864.

⁴²⁶ Vgl. McPherson, *Für die Freiheit sterben*, 709 f., 731–751.

⁴²⁷ Alle vorangegangenen Zitate: *Frankfurter Journal*, 17. August 1864.

ufern konnte.⁴²⁸ Wer in diesen Auseinandersetzungen die Oberhand gewinnen wollte, musste sich zwangsläufig mit einflussreichen Personen arrangieren. Anstelle direkter Konfrontation lieferten sich Opponenten, die vom Bürgerkrieg profitierten oder Schaden nahmen, publizistische Meinungskämpfe.

William Murphy, Sekretär August Gläser und lokale Mitstreiter, wie die Redakteure demokratischer Zeitungen, schlugen weiterhin Alarm gegen die Bestrebungen der Konföderierten und ihren deutschen Anhängern. Als sich der Wert der Baumwollanleihe in der Mitte des Jahres 1864 auf den höchsten Kurs seit ihrer Emission zubewegte und weite Teile der deutschen Presse für einen baldigen Frieden plädierten, auch wenn dieser die Trennung der Union zur Folge haben würde,⁴²⁹ erschien, aus dem Dunstkreis des Frankfurter Konsulats, eine neue Flugschrift,⁴³⁰ die zum publizistischen Rundumschlag gegen die mitteleuropäischen Unterstützer der Südstaaten ausholte. Im Zentrum der Kritik stand erneut das *Frankfurter Journal*, welches laut Murphy von den Erlangers für deren „cotton loan interests“ gekauft worden war.⁴³¹ Es sei eine Schande, dass ein in einer freien Stadt von freien Bürgern gegründetes Blatt sich so für die Sklaverei ausspreche, empörte sich der Autor. Dies sei ein Schlag in Gesicht des „von Humanitäts- und Sittlichkeitsgefühlen durchdrungenen deutschen Volke[s]“.⁴³² Gleichfalls korrigierte die Schrift falsche Angaben zur Kreditfähigkeit der Union, die das *Frankfurter Journal* aus dem konföderierten *Index* übernommen hatte.⁴³³ Der Autor ermahnte das „alternde“ *Frankfurter Journal*, dass es mit seiner „kindlichen Liebhaberei für südliche Sklavereieinrichtungen am Ende noch gar [sein] selbsteigenstes [sic] deutsches Handelsinteresse“ in Gefahr bringe und stellte fest, dass „die Sklavenfrage die Hauptsache“ sei, „um die sich der amerikanische Krieg noch dreht“. Die Union täte gut daran, diesen offenen Punkt endgültig zu beseitigen, damit kein „fauler Frieden wie in Schleswig-Holstein“ geschlossen würde, sondern ein Sieg „für alle Freien der Welt“. Deshalb solle man „im deutschen Interesse“ für einen Sieg des Nordens und die Vertreibung der „Sklavenzüchter“ sein, damit mit der Amerikanischen Union ein „Bollwerk geschaffen ist, an welchem alle egois-

428 Requate, Kennzeichen, 40.

429 Für diesen Kursanstieg sorgte nicht nur die Pattsituation auf dem östlichen Kriegsschauplatz, sondern auch die Spekulationen um eine mögliche Intervention Frankreichs im Zuge seiner Machtansprüche in Mexiko und die Aussicht auf einen Waffenstillstand, falls die Demokraten die Präsidentschaftswahl im Herbst gewinnen würden. Vgl. Brown/Burdekin, *Turning Points*, 224–225.

430 Eine Bemerkung des Frankfurter Journals lässt vermuten, dass es sich beim Verfasser dieser Flugschrift erneut um August Gläser handelte. Vgl. *Frankfurter Journal*, 28. August 1864.

431 Murphy an Seward, 22. August 1864, NA Frankfurt.

432 Unbekannt, Hé Lambert!, 1864.

433 Vgl. *Frankfurter Journal*, 21. August 1864.

tischen und volksverderblichen Attacken [...] Bismarkischer [sic] Staatskunst machtlos und erfolglos scheitern.“⁴³⁴

Dieser Rekurs auf Preußens Verhalten im Schleswig-Holstein-Konflikt, ein beliebtes Ziel süddeutscher Demokraten und Liberaler,⁴³⁵ offenbarte, dass sich öffentliche Diskurse über den Amerikanischen Bürgerkrieg auch mit eigenen gesellschaftlichen Grundsatzfragen und politischen Bekenntnissen vermischten. Diese Melange schuf kollektive Vorstellungsräume, die in transnationalen Konflikten zum „Kristallisationsansatz für politische Grundsatzbekenntnisse“ wurden.⁴³⁶

Das *Frankfurter Journal* nutzte die ihm zuteil gewordene Aufmerksamkeit, die das Pamphlet provozierte, um dem „unverständigen Flugblattschreiber“ zu erwidern:

Glaubt er wirklich, daß der Norden den Süden besiegen wird und daß die gerade in den letzten Wochen sich häufenden Nachrichten von Unterhandlungen zwischen beiden Gegnern so ganz aus der Luft gegriffen sind? Und wenn letztere sich bewahrheiten, glaubt er dann, daß die Sklaverei ohne Weiteres im Süden abgeschafft wird? Wir und mit uns eine ganze Menge höchst anständiger Leute, die allerdings keine nord-, aber auch keine südstaatlichen Papiere besitzen, sind entgegengesetzter Meinung und [...] der Ansicht, daß die bisherigen Erfolge des Nordens gleich null sind.⁴³⁷

In der Zeit, als diese Diskussion entbrannte, kam es tatsächlich zu Unterhandlungen zwischen Vertretern von Union und Konföderation, bei dem beide Seiten die Friedensbedingungen des anderen ausloteten. Das Treffen verlief zwar ergebnislos, der Süden aber erkannte darin einen „Propagandatriumph“ und spielte der Öffentlichkeit einen gefärbten Bericht über die Unterhandlungen zu, der den Widerstand unter den Kriegsgegnern im Norden anheizte und von deutschen Unionskritikern wie dem *Frankfurter Journal* zur Stimmungsmache aufgegriffen wurde.⁴³⁸

Deutsche Sympathien für die Nord- oder Südstaaten waren, wenn man den Konter des *Frankfurter Journals* zuspitzt, an wirtschaftliche Interessen gekoppelt. Selbst die liberale Augsburger *Allgemeine Zeitung* gab zu bedenken, dass „man gar keiner besonderen politischen Sympathien für die Vereinigten Staaten“ bedürfe, um dort Kapital anzulegen, da allein die hohen Zinsen, welche Washingtons Bundesobligationen versprechen, Kaufanreiz genug wären.⁴³⁹

434 Unbekannt, Hé Lambert!, 1864.

435 Zu Widerstand und Kritik am Schleswig-Holstein-Konflikt vgl. Becker, Bilder von Krieg, 109–135; Müller, Deutscher Bund, 364–368.

436 Osterhammel, Die Flughöhe der Adler, 155. Zur Kriegsrezeption in der deutschsprachigen Presse Mitte des 19. Jahrhunderts vgl. Buschmann, Einkreisung und Waffenbruderschaft, 41–52.

437 *Frankfurter Journal*, 28. August 1864.

438 Vgl. McPherson, Für die Freiheit sterben, 755–756, Zit. 755.

439 Augsburger *Allgemeine Zeitung*, 9. April 1863.

Der Frankfurter *Aktionär* beschrieb die Flexibilität ökonomischer Interessen recht treffend: „Das Kapital ist kosmopolitisch, es sucht sein Unterkommen in absoluten Monarchien wie in demokratischen Staaten und fragt wenig um nationale Sympathien oder Antipathien. Dagegen verlangt es, um sich niederzulassen, einen festen Grund.“⁴⁴⁰ Diesen festen Grund mussten der Norden und der Süden dem ausländischen Publikum durch tendenziöse Berichterstattung bereiten. Nachrichten über innenpolitische Zerwürfnisse, die Staatsschulden oder militärische Niederlagen senkten und hoben den Kredit von Union und Konföderation. „Jedermann besitzt nächstens N.[ord] A.[merikanische] Staatspapiere,“ erinnerte die Geschäftsleitung des Cotta-Verlags ihren Washingtoner Korrespondenten und forderte, alles, was den Wert der Papiere beeinflussen könnte, so früh wie möglich zu melden.⁴⁴¹

Wer waren die Käufer der Unionsanleihen? In den Unterlagen der Bethmann Bank, seit Jahrzehnten mit Staatsanleihen handelnd,⁴⁴² sind die Namen einiger Besitzer amerikanischer Anleihen überliefert. Da Kunden der Bethmann Bank traditionell über großes Eigenkapital verfügten, nimmt es nicht wunder, dass die Zeichner aus besser situierten Kreisen des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums stammten: Zu ihnen zählten ein Industrieller aus dem Hunsrück,⁴⁴³ ein Fabrikbesitzer aus Bayern, Österreichische Staatsdiener, Ärzte, Juristen und Rentiers aus der Region rund um Frankfurt sowie Beamte wie der Staatsrat Carl Friedrich von Heintz aus der Pfalz.⁴⁴⁴ Aus Franken schrieb der amerikanische Konsul in Nürnberg, dass unter den dortigen Anlegern nicht nur „capitalists“, sondern auch einfache Angestellte und Handwerker seien.⁴⁴⁵ Vermehrte Siege der Nordstaaten bewegten auch Menschen mit bescheidenem Vermögen zum Kauf. Teile der Landbevölkerung aus den süd- und mitteldeutschen Staaten investierten ihr Erspartes ebenfalls in die Papiere aus Übersee.⁴⁴⁶ Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der spätere Reichskanzler, schrieb im April 1865 an Königin Viktoria in London, dass der Krieg in Amerika zurzeit im Zentrum „der Unterhaltung politisch gebildeter und ungebildeter Menschen“ in Deutschland stehe. Tief greife der Konflikt in die „materiellen Interessen“ von

⁴⁴⁰ *Der Aktionär*, 21. Mai 1865.

⁴⁴¹ Cotta an Corvin, 21. März 1866, Kopierbuch VI, Cotta-Archiv.

⁴⁴² Vgl. Ullmann, *Der Frankfurter Kapitalmarkt*, 87.

⁴⁴³ Vgl. Demuth, *Frankfurt A/M*, 70.

⁴⁴⁴ Vgl. Bethmann Bank, Alphabetisches Register der Wertpapierinhaber, ISG FFM, W1-9, B 38 Nr. 2. Zu Carl Friedrich von Heintz vgl. <http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=841> (letzter Abruf 18.01.2021).

⁴⁴⁵ Charles Wheeler an Seward, 1. Dezember 1864, NA Nuremberg.

⁴⁴⁶ Vgl. Graebe an Seward, 26. Februar 1866, NA Frankfurt.

„Kapitalbesitzern“ ein, „die ihr Geld in amerikanische Papiere angelegt haben“, und deshalb auf einen baldigen Frieden hofften.⁴⁴⁷

Diese Kauffreude kommentierten kritische Beobachter und Südstaatensympathisanten mit Ablehnung. Dass derart viel Kapital zwischen Deutschland und dem kriegsgebeutelten Nordamerika verkehrte, beunruhigte nicht wenige Zeitgenossen. Finanzielle Beteiligungen an Kriegen bargen natürlich Risiken. Gerade betuliche Kommentatoren, die die Zeiten zurücksehnten, als Deutschland eher passiver Beobachter des Weltgeschehens war und Taler und Gulden angeblich dem Ausspruch folgten „bleibe im Land und nähre dich redlich“,⁴⁴⁸ verurteilten die wachsende Zahl deutscher Gläubiger der nordamerikanischen Republik und warnten vor den Folgen einer dauerhaft überschuldeten Union. Ein Publizist aus Württemberg warnte, dass amerikanische Papiere „nicht besser sind, als die europäischen“ und ihre Sicherheit durch „die drohende Gefahr der Staatsauflösung [...] in erhöhtem Grade fraglich“ seien.⁴⁴⁹

Solche Äußerungen ähnelten in ihrer Tonalität den Artikeln südstaatlicher Zeitungen, die, so scheint es, den deutschen Staaten erst seit der Akkumulation monetärer Interessen Aufmerksamkeit in ihren Spalten schenkten.⁴⁵⁰ In Frankfurt unterstrich die Redaktion des *Aktionärs* ihren „unparteiischen Standpunkt“⁴⁵¹ gegenüber dem Bürgerkrieg und der Konjunktur der Regierungsanleihen des Nordens in Deutschland, während der Ton zwischen den Zeilen alles andere als neutral war. Mehrfach warnte die Zeitschrift vor überhasteten Zeichnungen und der „Sucht“ nach diesen „gefährlichen Papieren“, da weder Krieg noch Frieden geordnete Finanzverhältnisse in Amerika garantierten.⁴⁵² Mehr noch, der *Aktionär* hielt die Aussicht auf eine mögliche „absolute [...] Oberherrschaft des Nordens“ für „nicht wünschenswerth“, da dies den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nordamerika und Europa mehr Schaden zufüge als ein unabhängiger Süden.⁴⁵³

Wie so viele Kritiker, hofften die Redakteure der Zeitschrift auf die Präsidentschaftswahlen im November und die Niederlage Abraham Lincolns,⁴⁵⁴ die den Krieg entscheidend hätte ändern können. Die Demokratische Partei sprach sich für einen Kompromissfrieden mit dem Süden aus, der, wenn schon nicht die Annullierung der Emanzipationsproklamation, zumindest nicht die *sofortige* Aufhebung der Sklaverei zur Folge gehabt hätte. Auch prominente

⁴⁴⁷ Hohenlohe-Schillingsfürst an Königin Viktoria, 15. April 1865, zit. n. Curtius (Hg.), Denkwürdigkeiten, Bd. 1, 146–147.

⁴⁴⁸ Unbekannt, Die Finanzen der Vereinigten Staaten, 27.

⁴⁴⁹ Ebd., 28.

⁴⁵⁰ Vgl. u.a. *Richmond Examiner*, 7. September 1864; *The Daily South Carolinian*, 2. November 1864.

⁴⁵¹ *Der Aktionär*, 24. Juli 1864.

⁴⁵² *Der Aktionär*, 2. April 1865; 24. April und 1. August 1864.

⁴⁵³ *Der Aktionär*, 24. Juli 1864.

⁴⁵⁴ Vgl. ebd.

Mitglieder der Republikaner, unter ihnen der Herausgeber der *New York Times*, legten Lincoln ans Herz, um des Friedens willens von der Emanzipation der Afroamerikaner abzulassen.⁴⁵⁵ Lincoln verwarf diese Vorschläge, hielt an der Sklavenbefreiung als Bedingung für den Frieden fest und bereitete sich insgeheim auf seine Wahlniederlage vor.⁴⁵⁶ Sollte George McClellan gewinnen, ehemaliger Oberbefehlshaber der Unionstruppen und nun Präsidentschaftskandidat der Demokraten, sei „all das Blut der letzten vier Jahre vergebens geflossen“, schrieb Friedrich Kapp aus New York. Der Norden würde „zu einer Dependenz des Südens erniedrigt“ und „die Negerbarone“ triumphieren.⁴⁵⁷

Allen Erwartungen zum Trotz gewann Lincoln die Wahl deutlich. Das Wahlergebnis und die fortdauernde Eroberung konföderierten Territoriums, darunter die Wirtschafts- und Handelszentren Atlanta, Savannah, Charleston und Wilmington, machten die Einflussversuche der Südstaatler in Europa zunichte. Als Ende April 1865 die ersten Telegramme vom Fall Richmonds in Frankfurt und Deutschland eintrafen, sanken die Hoffnungen von Mason, Slidell, Erlanger und Hotze, die Laune der Besitzer von Unionspapieren hingegen stieg. Auch die skeptischen Beobachter des transatlantischen Kapitalflusses schienen eines Besseren belehrt. Offenbar verfügten die USA über mehr „Material, Kraftfülle und Elastizität“ als Europa, um sich von den Folgen dieses „bürgerlichen Vernichtungskrieges“ zu regenerieren, kommentierte der *Aktionär*.⁴⁵⁸ Wenige Wochen später verkündet dasselbe Blatt euphorisch, dass „Amerika [...] zu uns eingewandert“ und die Auswanderung dorthin nunmehr „unnötig“ geworden sei.⁴⁵⁹ Diese Einwanderung war ein Beweis für die Kreditwürdigkeit und wirtschaftliche Stärke der wiedervereinten nordamerikanischen Union. Dem Außenministerium in Washington indes war daran gelegen, die finanziellen Bande zwischen der Union und Mitteleuropa nachhaltig zu verstärken und beauftragte einen Bankier aus Indiana, im Herbst 1865 nach Deutschland zu reisen und die dortigen Anleger von der wirtschaftlichen Stabilität der USA zu überzeugen.⁴⁶⁰

455 Vgl. Weber, *Lincoln's Critics*, 42 ff.

456 Vgl. ebd., 44.

457 Kapp, 30. August 1864, zit. n. Kapp, *Aus und über Amerika*, 330.

458 *Der Aktionär*, 21. Mai 1865.

459 *Der Aktionär*, 2. Juli 1865.

460 Vgl. Lanier, *The Debt*; ders., *Sketch of the Life*, 40 f.

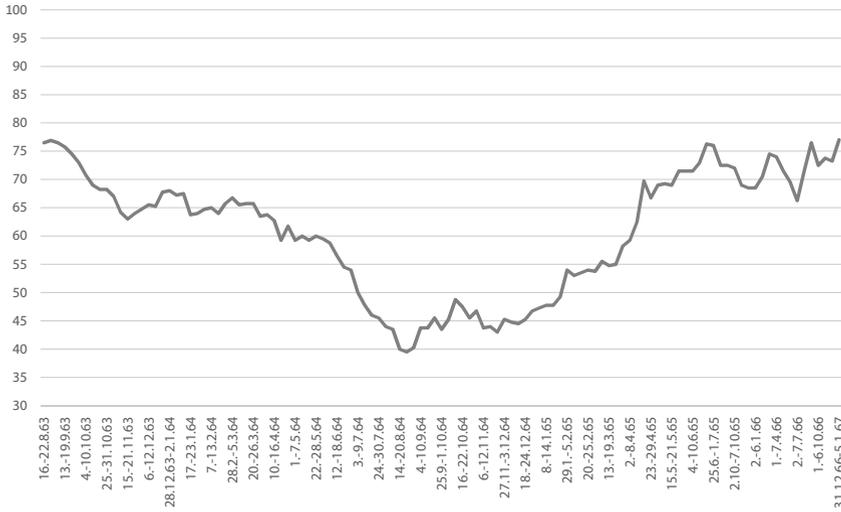


Abb. 10: Kurs der 5/20er Unions-Anleihe an der Frankfurter Börse, August 1863 bis Januar 1867. (Errechnet nach: Der Aktionär, div. Ausgaben 1863-67).

Nicht nur private Anleger, auch deutsche Regierungen zogen die hohen Renditen der Unionsanleihen an, zum Teil mit historischen Konsequenzen. Österreichs Staatsanleihen, einst das beherrschende Anlageobjekt in Mitteleuropa, waren bei dieser transatlantischen Kapitalwanderung die großen Verlierer.⁴⁶¹ Zähneknirschend musste der kaiserliche Finanzminister im September 1864 deutliche Kursverluste der eigenen Anleihen aufgrund „massenhafter“ Verkäufe zugunsten der nordamerikanischen Obligationen melden,⁴⁶² was die zu einem Großteil dem Bürgerkrieg geschuldete, „krisenhafte“ Wirtschaftslage der Donaumonarchie seit 1862 verschlimmerte.⁴⁶³ Selbst das eigene Anlegerpublikum in Wien, wo der offizielle Handel mit ausländischen Papieren verboten war, investierte in Unionsanleihen, indem es österreichische Staatsanleihen durch Frankfurter Banker verkaufen ließ und anordnete, die aus den Verkäufen frei gewordenen Summen in „Amerikaner“ zu reinvestieren.⁴⁶⁴ Heinrich Börnstein gab zu Bedenken, dass der Frust über den Wertverlust österreichischer Anleihen ob des Vordrängens amerikanischer Papiere der eigentliche Grund für die unionsfeindliche Haltung vieler im Einzugsgebiet der pro-ös-

⁴⁶¹ Vgl. Murphy an Seward, 1. Februar 1864, NA Frankfurt; Goldschmidt an das königl. Ministerium f. auswärtige Angelegenheiten, 6. Juli und 2. September 1864, E 50/60 Bü 70, HStA Stuttgart; Heyn, Private Banking, 273–275; Handelskammer Frankfurt, Jahresbericht für 1865, 97 und für 1866, 120.

⁴⁶² Sitzungsprotokoll des österreichischen Ministerialrats vom 16. September 1864, zit. n. Malfer, Die Protokolle, 119–120.

⁴⁶³ Vgl. Liese/Schulze, Geldpolitik und Konjunktur, 521–529.

⁴⁶⁴ Vgl. *Boston Daily Advertiser*, 18. März 1865.

terreichischen „financial aristocracy“ befindlichen Zeitungen Süddeutschlands lag, die die mehrfachen Warnungen vor Investitionen in Unionsanleihen in den Artikeln des österreichfreundlichen *Aktionärs* erklären könnte.⁴⁶⁵

Was in Wien zu Unmut führte, stieß in Preußen auf Wohlwollen. Ein Banker bezifferte den Wert der allein in Bonn kursierenden US-Wertpapiere im Sommer 1865 auf eine Million Dollar;⁴⁶⁶ Otto von Bismarck konnte durch den Handel mit amerikanischen Anleihen ein Plus auf seinem privaten Habenkonto verbuchen⁴⁶⁷ und auch Preußens bekanntester Exilant Karl Marx konnte dem Investment in die Anleihe nicht widerstehen.⁴⁶⁸ Auch das preußische Königreich stand auf Washingtons Gläubigerliste und finanzierte vom Verkauf seiner Anteile an der 5-20er-Anleihe einen „namhaften Teil“ der Kosten für den Krieg gegen Frankreich 1870/71.⁴⁶⁹ Die ökonomischen Folgen des Amerikanischen Bürgerkrieges wirkten somit auch nachhaltig auf die Ausgestaltung der politischen Machtverhältnisse in Europa.

Deutschamerikanischen Beobachtern wie Hermann Raster glich die finanzielle Beteiligung deutscher Staaten am Bürgerkrieg einem regelrechten Emanzipationsakt. Der Sklavereigegner und New Yorker Korrespondent mehrerer deutscher Zeitungen verortete die Beweggründe für die Zeichnungen deutscher Anleger in geradezu pathetischen Dimensionen: „[E]in fester, unerschütterlicher Patriotismus“ sowie „ein durch keine Wechselfälle zu erschütterndes Vertrauen auf den Bestand des Schuldners“ und in die „Ehre und Zahlungsfähigkeit“ der Union hätte sich für Zeichner von Staatspapieren „glänzend“ gelohnt.

Deutschland hat das erfahren, indem es [...] für hunderte von Millionen Dollars sechsprozentige Schuldverschreibungen der Ver.[einigten] Staaten [...] kaufte, ohne dem beißenden Hohn und Spott, womit die englische Finanzwelt es überschüttete, Beachtung zu schenken.⁴⁷⁰

Folgt man Rasters Argumentation, galt die finanzielle Unterstützung der amerikanischen Union durch deutsche Investoren als Beweis der eigenständigen Beteiligung an einem geopolitischen Ereignis, die dem Druck der britischen

465 Börnstein an Seward, 29. November 1864, NA Bremen. Aus der Hochphase des Handels mit nordamerikanischen Staatsanleihen 1863/64 finden sich mehrfach solche Warnungen im *Aktionär*, der deutsche Anlegern riet, ihr Geld doch besser in österreichische statt in amerikanische Papiere anzulegen, da Letztere zu den „gefährlichsten aller Werte“ gehörten. Vgl. *Der Aktionär*, 1. Februar, 3. April und 24. April 1864.

466 Vgl. *The Daily Cleveland Herald*, 7. Juli 1865.

467 Vgl. Stern, Gold und Eisen, 160–161.

468 Vgl. Sexton, Debtor Diplomacy, 122.

469 Delbrück, Lebenserinnerungen, 189.

470 Raster, Börsengeschäft und Börsenschwindel, zit. n. Lexow (Hg.), Deutsch-Amerikanische Monatshefte, III, 1. Bd, 135.

Weltmacht nicht nachgegeben hat. Dass so viele Deutsche auf die Nordstaaten setzten, die Siegerseite, bewies, wenn man die Argumentation Hermann Rassters berücksichtigt, den Wunsch deutscher Beobachter nach einer selbstständigeren Rolle der eigenen Nation auf der Weltbühne.⁴⁷¹

Exakte Zahlen für die durch den Anleihenverkauf im Ausland erwirtschafteten Gelder der Union lassen sich nicht mehr ermitteln. Das Finanzministerium in Washington hat nie darüber Buch geführt.⁴⁷² Falls doch, so wäre dort nur ein kleiner Teil des von Europa investierten Kapitals verzeichnet, da das Geld überwiegend durch private Kanäle vermittelt wurde. Die Forschung hat sich derzeit auf eine Summe von circa 320 Millionen Dollar verständigt, die während des Krieges in Europa gezeichnet wurde.⁴⁷³ Davon wurden allein zweihundert Millionen Dollar von privaten Unternehmen und Anlegern in Deutschland aufgenommen. Circa einhundert Millionen kamen aus England, der Rest aus den Niederlanden.⁴⁷⁴ Viele deutsche Anleger, die ausländische Papiere einstmals gemieden hatten, sahen in „Amerikanern“ den Rettungshafen ihres Kapitals.⁴⁷⁵ Die USA, „eine[r] der mächtigsten und best verwalteten Staaten der Welt“, sei für Kapitalanlagen attraktiver als das politisch unruhigere Europa, stellte eine Zeitung aus Unterfranken 1869 fest.⁴⁷⁶

471 Zu den imperialistischen Ambitionen deutscher Liberaler vor der Reichsgründung vgl. Fitzpatrick, *Liberal Imperialism*.

472 Vgl. Sexton, *Debtor Diplomacy*, 130.

473 Vgl. ebd.

474 Vgl. Oberholtzer, Jay Cooke, 513 f.

475 *Schweinfurter Tagblatt*, 15. März 1869.

476 *Schweinfurter Tagblatt*, 15. März 1869.

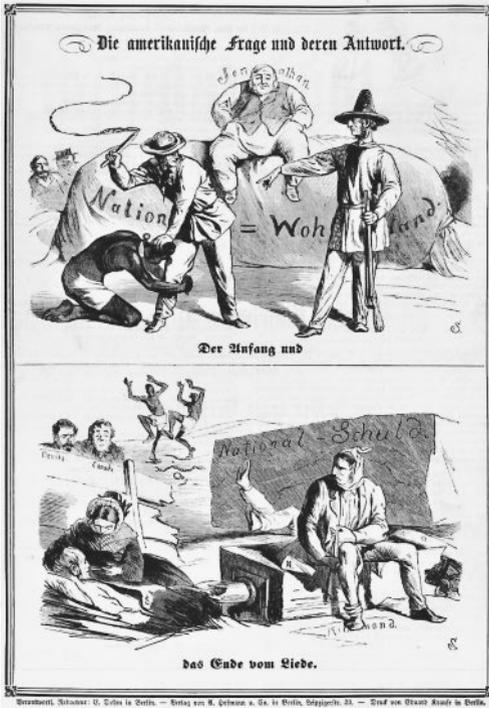


Abb. 11: Karikatur aus dem *Kladde-radatsch* vom 30. April 1865.

Der Schuldenabbau gelang den USA recht schnell. Landverkäufe des Staates an Privatpersonen und Unternehmen, Steuern, Zölle, die Senkung öffentlicher Ausgaben und der fortdauernde Zustrom europäischer Arbeitskräfte, also neuer Konsumenten und Steuerzahler, ermöglichten rapide Tilgungen.⁴⁷⁷ Die Schulden der wiedervereinten Nation reduzierten sich konstant von 2,8 Milliarden Dollar bei Kriegsende auf 2,3 Milliarden im Jahr 1871.⁴⁷⁸ Betrug die Pro-Kopf-Verschuldung 1865 noch knapp 82 Dollar, waren es vier Jahre später rund 67 Dollar, 1879 nur noch 47 Dollar.⁴⁷⁹ Diese Entwicklung belohnten deutsche Anleger mit monetären Vertrauenszuschüssen. Der Frankfurter Kurs der sechsprozentigen 5-20er-Unionsanleihe überstieg im Mai 1865 erstmals seit ihrer Einführung zwei Jahren zuvor die Siebzig-Prozent-Marke und kletterte in den kommenden drei Jahren auf knapp achtzig Prozent.⁴⁸⁰ Mit der Ankündigung des *Public Credit Act* im März 1869 verordnete die neue Regierung unter Präsident Ulysses S. Grant, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der

477 Vgl. Ratchford, *History of the Federal Debt*, 137 ff.

478 Vgl. Williamson, *Watersheds and Turning Points*, 642.

479 Vgl. Ratchford, *History of the Federal Debt*, 132.

480 Zahlen nach *Der Aktionär*, div. Ausgaben 1863–1869.

Unionsarmee, dass Inhaber der Unionsanleihen ihr verliehenes Geld in Gold zurückgezahlt bekamen, was den 5-20ern erneuten Auftrieb verlieh und sie auf über neunzig Prozent an der Frankfurter und Berliner Börse katapultierte.⁴⁸¹

Die Republikanische Partei erachtete die Schuldentilgung in Gold (und nicht in Papier, wie die Demokraten es forderten) als Ehrensache und Beweis der Kreditwürdigkeit ihres Landes.⁴⁸² Noch vor Grants Amtsantritt erkannten die Rothschilds die sich anbahnende Hausse und beorderten ihren Agenten August Belmont, 5-20er im Wert von 100.000 Dollar zu kaufen.⁴⁸³ Zwischen 1863 und 1870 hatte sich der Effektivzins der 5-20er um bis zu bis 140 Prozent vermehrt.⁴⁸⁴ Wenn Besitzer ihre Anteile an Unionsanleihen lange hielten, erwirtschafteten sie beachtliche Renditen. Vertrauen in die Union zahlte sich aus.

481 Vgl. *Der Aktionär*, 9. Januar 1870.

482 Vgl. Sexton, *Debtor Diplomacy*, 200.

483 Vgl. ebd., 201.

484 Vgl. Delbrück, *Lebenserinnerungen*, Bd. 2, 188–189.

Kapitel 6

Zwischen Vergleich und Verflechtung: der Civil War als „Sturmglöcke“ für Mitteleuropa?

Aufbruch und Gefahr

Die ersten Monate nach dem Ende des Bürgerkrieges weckten unter deutschen Beobachtern Hoffnungen, aber auch Ängste, dass die Folgen des Bürgerkrieges auch Auswirkungen in Mitteleuropa haben würden.

Während der Unionssieg den Fortbestand staatlicher Einheit bestätigte, beruhte die deutsche Einheitspolitik der sechziger Jahre, dominiert von Preußen und Österreich, vorrangig auf machtstaatlichen Prinzipien, die sich von freiheitlichen Ideen und dem Prinzip der Volksregierung distanzierten.¹ Demokraten hätten sicherlich am liebsten Arnold Ruge zugestimmt, der mit der Niederlage des Südens einen „Sieg der Freiheit“ feierte, der „noch mächtiger als die Unabhängigkeitserklärung der V[ereinigten] St[aa]ten auf Europa wirken“ musste.² Aber Ruge verstand unter Freiheit eher nationale Freiheit von äußeren Hemmnissen und Bedrohungen, weniger die emanzipatorische Freiheit des Einzelnen. In Ruges Augen stärkte der Bürgerkrieg in Nordamerika viel mehr den Staat als das Individuum. Das Jahr 1865 bedeutete für ihn einen „Knotenpunkt der Entwicklung [...], in dem sich die Europäische und Amerikanische Revolution“ begegnet waren, in dessen Folge „der Rückschlag“ der Ereignisse in den USA bald in Europa einträfen, nämlich die „nothwendige

¹ Vgl. Potter, Civil War, 142 f.

² Ruge an Gustav Struve, 15. April 1865, zit. n. Sass u. a. (Hg.), Arnold Ruge, 738.

Auflösung der großen Gegensätze, an denen unsre Zeit arbeitet“.³ Ruge stand mit dieser Meinung nicht allein da.

Die *Allgemeine Deutsche Arbeiter-Zeitung* aus Coburg sah schon im Januar 1864 einen Bürgerkrieg ähnlich dem in Amerika über Deutschland hereinbrechen, als die „rebellischen Bundesmitglieder“ Österreich und Preußen quasi im Alleingang über das Schicksal Schleswig-Holsteins entschieden und sich über die deutschen Drittstaaten hinwegsetzten.⁴ Optimistischer titelte die *Weser-Zeitung*, dass der Unionsieg für Österreich und Preußen einen „Umschwung“ der Weltpolitik in noch nie da gewesenem Ausmaß versprach.⁵ Die „Wechselbeziehungen zwischen den beiden Hemisphären“, seit Langem schon durch den Handel verbunden, würden nun auch auf politischer Ebene „reicher, vielseitiger [und] maßgebender“, da der Norden der „sklavenhaltende[n] Aristokratie“ und dem Partikularismus den Nährboden entzogen hatte.⁶

Mit fast zwanzigjähriger Verspätung schienen sich nun die Wünsche und Bestrebungen vieler Demokraten und Liberaler zu erfüllen. August Röckel, ein politischer Weggefährte Arnold Ruges, war Herausgeber der demokratischen *Frankfurter Reform*, die mit dem Bankhaus Erlanger in Streit geraten war, weil sie dessen Baumwollanleihe kritisiert hatte. Nach Eintreffen der ersten Meldungen von der Kapitulation der konföderierten Truppen bei Appomattox brachte Röckel einen Artikel aus der Berliner Volkszeitung auf die Titelseite der *Reform*, in dem triumphierend von einem „Sieg der Ideale“ und der Menschenrechte die Rede war.⁷ 1865 sei das „Jahr der Befreiung“, von dem „eine neue Ära“ des Umschwungs ausgehen werde, „der nicht bloß die neue, sondern auch die alte Welt“ treffe.⁸ Voller Freude über das Kriegsende planten Röckel und mehrere Mitglieder von Turner- und Sängervereinen einen Fackelzug zum amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt. Die Nachricht von der Ermordung Abraham Lincolns machte ihre Absichten jedoch in letzter Minute zunichte.⁹

Frankfurt, Hamburg, Bremen, Berlin, Wien und andere Städte wurden zu Epizentren der Sympathie- und Beileidsbekundungen ob des Kriegsausgangs.¹⁰ Auswanderer in Bremerhaven erlebten, wie die dort ankernden amerikanischen

³ Ruge an B. Brückmann, 11. Dezember 1865, zit. n. Nerrlich, Arnold Ruge, 258 f.

⁴ *Allgemeine Deutsche Arbeiter-Zeitung*, 24. Januar 1864.

⁵ *Weser-Zeitung*, 12. Juli 1865.

⁶ Ebd.

⁷ *Frankfurter Reform*, 26. April 1865.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. *Volksfreund für das Mittlere Deutschland*, 30. April 1865.

¹⁰ Vgl. Börnstein an Seward, 15. und 27. April 1865, NA Bremen; für Karlsruhe: Duncan an Hunter, 28. April 1865, NA Karlsruhe; für Stuttgart: Klauprecht an Hunter, 30. April und 3. Mai 1865, NA Stuttgart; für Wien: Motley an Seward, 30. April 1865, United States Department of State, Papers relating to Foreign Relations, Pt. 3, 22 f.; für Berlin: Judd an Seward und Hunter, diverse Schreiben zwischen 18. April und 28. Mai 1865, United States Department of State, Papers relating to Foreign Relations, Pt. 3, 48–57.

Schiffe zu Ehren des ermordeten Präsidenten Halbmast flaggten. Auch viele Gaststätten waren mit Trauerflor geschmückt.¹¹ An einem Tag war das Konsulat Mittelpunkt des gesellschaftsübergreifenden Jubels über die Niederlage der Konföderation, am nächsten ein „center of [...] mourning pilgrimage“ aufgrund der Ermordung Lincolns, schrieb Konsul Murphy vom Main.¹²

Ein ähnliches Auf und Ab erlebten Anleger an der Frankfurter Börse. Als die Meldung vom Fall Richmonds im Telegrafienbüro eintraf, kannte der Ansturm auf amerikanische Papiere kein Halten mehr. Selbst die ältesten Börsianer hätten sich nicht erinnern können, jemals ein solches Gedränge vor und in der Börsenhalle erlebt zu haben wie an jenem Tag im April.¹³ Ähnliche Szenen spielten sich in der Bremer Börse ab.¹⁴ Als kurz darauf die Nachricht von Lincolns Tod eintraf, habe zwar Betroffenheit, aber keine Panik geherrscht. Der Glaube an den Fortbestand der Union sei unter der Bevölkerung größer als je zuvor, meldete das Generalkonsulat in Frankfurt nach Washington.¹⁵

Das Echo des Bürgerkriegsendes war gesellschaftsübergreifend. In Bremen und Berlin fanden Trauergottesdienste für Abraham Lincoln statt.¹⁶ Zahlreiche Gedichte und Bücher zu Lincolns Gedenken standen in kürzester Zeit in den Buchläden, seine Porträts – „in vorzüglicher Ausführung“ – wurden einem breiten Publikum feilgeboten.¹⁷ Theaterbesucher in Wien, Preßburg und andernorts konnten volkstümlichen Stücken über den Präsidenten und den Bürgerkrieg beiwohnen.¹⁸ Abraham Lincoln wurde Teil der Populärkultur. Regierungsvertreter deutscher Staaten und Städte gratulierten und kondolierten den Abgesandten der Union, Arbeitervereine in Bayern, Hamburg und Preußen feierten das Ende von Sklaverei und Pflanzergesellschaft.¹⁹ In Wirtshäusern,

11 Vgl. Börnstein an Hunter, 24. Mai 1865; Specht an Börnstein, 20. Juni 1865, NA Bremen.

12 Murphy an Seward, 24. und 27. April 1865, NA Frankfurt.

13 Vgl. Murphy an Seward, 24. April 1865, NA Frankfurt.

14 Vgl. Börnstein an Seward, 15. April 1865, NA Bremen.

15 Vgl. Murphy an Seward, 1. Mai 1865, NA Frankfurt.

16 Vgl. Börnstein an Seward, 5. Juli 1865, NA Bremen; Sturz, Reden, 1865.

17 Vgl. Unbekannt, Von der Holzaxt zum Präsidentenstuhl, 1865; Bungener, Abraham Lincoln, 1866; Canisius, Abraham Lincoln, 1867; Deutsches Museum, 13. Juli 1865; Grube, Abraham Lincoln, 1868; Hoffmann, Abraham Lincoln, 1867; Lange, Abraham Lincoln, 1866; *Weser-Zeitung*, 29. April 1865. Zur Lincoln-Rezeption in Deutschland vgl. außerdem Biagnini, The Principle of Humanity, 76–94; Dippel, Die Lincoln-Rezeption, 331–345; Nagler, The Lincoln Image in Germany, <http://www.asjournal.org/60-2016/lincoln-image-germany/> (letzter Abruf 18.01.2021).

18 Vgl. *Würzburger Abendblatt*, 23. März 1868; *Zwischen-Akt*, 21. Dezember 1865.

19 Vgl. Adresse des Berliner Arbeitervereins an Andrew Johnson, 11. Mai 1865; Adresse des Berliner Altgesellen-Vereins an Andrew Johnson, 21. Mai 1865, Beilage in Despatches from United States Ministers in Prussia, 1799–1906, Roll 13, Vol. 13, NARA; McDonald an Hunter, 3. Juni 1865; Rede von Bernhard Becker auf der Stiftungsfeier des Arbeitervereins in Frankfurt, 22. Mai 1865, zit. n. Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte (Hg.), *Frankfurter Arbeiterbewegung*, Bd. 1, 224; Rede Friedrich Dürres auf der Stiftungsfeier des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Augsburg, 21. Mai 1865, zit. n. Murr/Resch (Hg.), *Lasalles „südliche Avantgarde“*, 156; Rede

Werkstätten, Zeitungsredaktionen, Leseclubs und den Kabinetten seien die „großen Ereignisse jenseits des Oceans und die großen Lehren“, die sie nach Europa brachten, das Thema der Stunde, beschrieb eine Zeitung aus Bayern die Stimmung jener Tage.²⁰

Auf der Versammlung des Leipziger Arbeiterbildungsvereins am 6. Mai 1865 überreichte der 25-jährige August Bebel eine Adresse an den dortigen US-Konsul, in der die Anwesenden „Volk und Regierung der Nordamerikanischen Union“ ihren Dank an den kürzlich verstorbenen Lincoln und ihr Vertrauen in dessen Amtsnachfolger Andrew Johnson aussprachen. Der Kampf gegen die „rebellischen Sklavenstaaten“ sei „eins von den Ereignissen, wie sie nur selten einmal der Schoohs [sic] eines Jahrhunderts zeitigt“, stand in der Adresse. Der Bürgerkrieg habe „die Weltgeschichte um einen großen Schritt vorwärts“ gebracht und die Menschheit vor einem Sturz in den Abgrund bewahrt, „denn der Kampfpriis des großen transatlantischen Kampfes war nichts geringeres als die Vernichtung der Hoffnungen und Gelüste des Absolutismus“. Zudem seien die Vereinigten Staaten nun vom „Schandfleck der Sklaverei“ bereinigt und böten Platz für die „Arbeit des freien Mannes“.²¹ Wie in vielen deutschsprachigen Diskursen, fehlte auch hier nicht der Verweis auf die deutsche Amerika-diaspora, die als Bindeglied zwischen Sender- und Empfängerregion operierte. „Wir Deutsche“, schloss die Leipziger Adresse, „können nicht behaupten, dass wir dem Kampfplatz zu fern gestanden haben“, da so viele „Söhne und Brüder“ in der Unionsarmee gekämpft hatten. Durch sie hätten die hiesigen Deutschen die Union als „verwandten Heimathboden“ angesehen.²²

Für demokratisch gesinnte Parteigänger schienen die Monate zwischen Ostern 1865 und Frühling 1866 die Zeit einer neuerlichen Hochphase und des Optimismus: „Drei Apriltage haben einem vierjährigen Winter den Garaus gemacht“, jubelte ein Redakteur der Coburger *Arbeiter-Zeitung*.²³ „Hurrah einem solchen April, der Maienwonne verbreitet [...]. Wo ist jetzt die Prahlerei der Rebellen, wo die Spekulation unserer schwarzen Geldluchse, deren Papierchen auf den Leichen der Freiheitskämpfer emporsteigen sollten [...]?“; spottete der Reporter.²⁴

Weiter südlich berauschten sich Arbeitersprecher regelrecht an den geradezu magischen Impulsen, die sie sich vom Sieg der Union erhofften. Der

von L. Eckardt auf dem Stiftungsfest des Mannheimer Arbeitervereins, 25. Juni 1865, zit. n. *Frankfurter Reform*, 16. Juli 1865.

²⁰ *Fürther Abendzeitung*, 8. Mai 1865.

²¹ Adresse beschlossen in der vom Arbeiter-Bildungs-Verein zu Leipzig einberufenen Volksversammlung, abgehalten im Odeon zu Leipzig am 6. Mai 1865. Beilage zu Felix Flügel an Andrew Johnson, 19. Mai 1865, Despatches from United States Consuls in Leipzig, 1826–1906, Roll 6, Vol. 6, NARA.

²² Ebd.

²³ *Allgemeine Deutsche Arbeiter-Zeitung*, 23. April 1865.

²⁴ Ebd.

Frankfurter Stadtverordnete Nikolaus Hadermann beschwor die überwiegend aus dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft stammenden Leser seines großdeutsch orientierten *Volksfreunds für das Mittlere Deutschland*: „Der amerikanische Bürgerkrieg ist ein Heilmittel, ‚in dem sich nicht nur die Überkraft einer Nation austobt‘, sondern in dem auch eine Wunderkraft enthalten ist, welche hoffentlich bald in solcher Weise über den Ocean herüberwirken wird, daß [...] hohen Herren der Staar gestochen sein wird!“²⁵ Gegensätzlich argumentierende Redakteure des *Frankfurter Journals*, das sich mittlerweile den Ruf eingehandelt hatte, Wortführer der „Frankfurter Sklavenzüchterpresse“ zu sein,²⁶ druckten nach der Kapitulation der Konföderierten einen Aufmacher mit dem Titel „Die Katastrophe in Amerika“ und wünschten darin „im Interesse der besiegten Südstaaten“ ein baldiges Ende „weiteren Blutvergießen[s]“, wohl wissend, dass sie sich mit ihren Äußerungen erneut den Vorwurf gefallen lassen mussten, im Sinne der Sklaverei und des „südstaatlichen Anlehens“ zu schreiben.²⁷

Andere Stimmen aus dem konservativen Lager protestierten dagegen, die wiedervereinten USA als Vorbild für die politische Genese der deutschen Staaten heranzuziehen. Nordamerika „bezaubere“ zwar die deutschen Demokraten, gab der Publizist Constantin Frantz zu bedenken, doch „der schreckliche Bürgerkrieg“ dürfe Mitteleuropa nicht als „Ideal“ dienen, habe er doch „alle [...] Schäden der dortigen Zustände“ zutage gebracht.²⁸ Die *Kreuzzeitung* aus Berlin rief dazu auf, gegen jegliche libertären und republikanischen Importe aus Nordamerika „Front zu machen“, würden diese doch unweigerlich zu einer „despotischen Parteiregierung“ führen.²⁹

Ein Publizist, der im Sinne der süddeutschen Katholiken schrieb, resümierte, dass die deutschen Konservativen der „grauenhafte[n] Krisis“ in Nordamerika jede Meldung über eine „Schlappe der schlechten und menschenfeindlichen Sache des Nordens“ mit Freuden vernommen und Niederlagen der Konföderation betrauert hätten.³⁰ Mit der Kapitulation des Südens stehe nun fest, dass „die nordamerikanische Umwälzung das alte Europa noch in ganz andere Mitleidenschaft ziehen werde als in die wegen der Baumwolle.“³¹ Die Radikalität, mit der die Abolitionisten des Nordens die komplette Gesellschaftsstruktur des Südens, der „letzte[n] Zuflucht der konservativen Gesellschaft“, aus den Angeln heben wollten, erschütterte die Gegner der Union.³²

²⁵ *Volksfreund für das Mittlere Deutschland*, 5. Mai 1865. Zu Nikolaus Hadermann und dem *Volksfreund* vgl. Mayer (Hg.), Ferdinand Lassalle, Bd. 5, 30, 142.

²⁶ *Neue Frankfurter Zeitung* (Beilage), 5. März 1865.

²⁷ *Frankfurter Journal*, 26. April 1865.

²⁸ Frantz, Die Wiederherstellung Deutschlands, 472.

²⁹ *Kreuzzeitung*, 30. März 1866.

³⁰ *Historisch-Politische Blätter*, Bd. 55, 476.

³¹ Ebd., 477.

³² Ebd., 488.

Diese dürften ihre Augen nicht verschließen vor der despotischen und „centralisierenden Tendenz“ des Liberalismus, wie er jetzt über den Atlantik strömte und die „souveränen Selbständigkeiten“ monarchisch regierter Staaten zu brechen drohte.³³

Gefahr und Aufbruch, beides schienen die Wellen des Bürgerkrieges an Europas Küsten zu spülen. Doch für alle, die, bildlich gesprochen, an den Küsten standen, eröffneten die Folgen des Krieges einen transnationalen Bezugs- und Diskursrahmen, der bisherige Forschungsmeinungen lückenhaft erscheinen lässt,³⁴ denen zufolge der Krimkrieg, das Risorgimento und der Schleswig-Holstein-Konflikt die einzigen außenpolitischen Impulse darstellten, die Diskurse um Krieg und Nationalstaatsbildung in Deutschland seit 1848 katalysiert hätten.

Unter den Folgen des Bürgerkrieges war für die gesamte politisch interessierte und aktive deutsche Bevölkerung etwas dabei. Befürworter eines starken, kleindeutschen Einheitsstaates begrüßten den Sieg des Zentralismus über eine Rebellion von Partikularisten. Die Union des Jahres 1865 glich mit ihrer unitaristischen Finanzpolitik und dem Ausbau von Bürokratie und Militär mehr als je zuvor den meisten mitteleuropäischen Staaten.³⁵ Der Sozialwissenschaftler Gustav Schmoller resümierte vor diesem Hintergrund in seinen „Rückblicken auf Nordamerika“:

Wir stehen im eigenen Vaterlande vor einer ähnlichen Krisis. Auch bei uns handelt es sich darum, dem natürlichen Centrum der Nation die Stellung zu geben, die ihm gebührt, einen unberechtigten Partikularismus, der uns um alle Früchte eines großen gesunden Staatslebens bringt, der immer neue Gefahren für Deutschland erzeugt, in seine Schranken zurückzuweisen. [...] Es giebt gegenüber allen wirtschaftlichen Bedenken des Augenblicks, gegenüber allem formalen Recht, ein höheres Recht, selbst mit den Waffen in der Hand, ‚mit Blut und Eisen‘ Neues zu schaffen.³⁶

Vertretern des demokratischen Lagers galt die Emanzipation eines bis dahin rechtlosen Bevölkerungsteils in Gestalt der über drei Millionen Afroamerikaner, die jetzt im Begriff waren, ihre Bürgerrechte zu erhalten, als evidenteste Errungenschaft des *Bürgerkrieges* und, in den Worten des Präsidenten des

³³ Ebd., 491.

³⁴ Zur Bedeutung des Risorgimento für den nationalpolitischen Diskurs in Deutschland vgl. Gruner, *Der Deutsche Bund*, 81–93; Jansen, *Gründerzeit und Nationsbildung*, 119–129; Leonhard, *Bellizismus und Nation*, 577–590; Müller, *Deutscher Bund*, 276–312; Petersen, *Risorgimento*, 63–99; Siemann, *Gesellschaft im Aufbruch*, 171–189; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 228–232. Für die Impulse des Krimkriegs vgl. Jansen, *Einheit, Macht und Freiheit*, 270–281; Müller, *Deutscher Bund*, 166–196; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 222 ff.

³⁵ Vgl. Schoen, *The Fates of Republics*, 44.

³⁶ Schmoller, *Nationalökonomische und socialökonomische Rückblicke*, 3. Teil, 611.

Deutschen Arbeiter-Vereins, als „Sieg der weißen Sklaven Europas über die Bourgeoisie“.³⁷ Obsolet wird in diesem Zusammenhang auch die Feststellung Rudolf Ullners, wonach der Bürgerkrieg keine Warnfunktion für einen innerdeutschen Krieg besaß.³⁸ Das Gegenteil war der Fall.

Der Deutsche Bürgerkrieg von 1866

Mit der Zuspitzung des preußisch-österreichischen Konflikts seit 1864/65 mehrten sich die Stimmen, die von einem drohenden „deutschen Bürgerkrieg“ sprachen und direkte oder indirekte Parallelen zu Nordamerika zogen.³⁹

„Die politischen Vorgänge in der Union [sind] ein Vorspiel für unsere deutsche Zukunft“, klagte ein Augsburger Schreiber schon im Winter 1864 und nahm einen Artikel zum Anlass, die amerikanischen Parteienverhältnisse in einen europäischen Bezugsrahmen zu übersetzen. Die Republikaner stünden für „Staatseinheit“, die Demokraten für Partikularismus. Die Unvereinbarkeit dieser beiden Prinzipien habe auch den Schweizer Sonderbundskrieg und das Risorgimento in Italien hervorgebracht. Die Sezession der Konföderierten glich einem „Auszug aus der Eschenheimer Gasse in Washington“ und der „Kündigung der Bundesverträge“. Aus all diesen Ereignissen lasse sich ein „historisches Naturgesetz“ ableiten, das beweise, dass zurzeit „kein Schauspiel für uns lehrreicher“ sei als der Amerikanische Bürgerkrieg.⁴⁰

Als sich die Fronten zwischen Berlin und Wien weiter verhärteten, stellte die große *Kölnische Zeitung* die rhetorische Frage, ob Deutschland etwa versuchen wolle, den Bürgerkrieg in Amerika zu übertreffen, „die Mahnung ist dringlich genug.“⁴¹ Nachdem der preußische Gesandte in Frankfurt schließlich am 14. Juni 1866 den Deutschen Bund nach langen Querelen für beendet erklärt hatte und im wahrsten Sinne aus dem Bundespalais in der Eschenheimer Straße auszog,⁴² hatten Preußen und seine norddeutschen Verbündeten, darunter Bremen und Hamburg, schnell den Ruf von Sezessionisten weg. Bei diesem Auszug allerdings verließ die sezessionistische Partei den Staatenbund

³⁷ Vgl. Rede von L. Eckardt auf dem Stiftungsfest des Mannheimer Arbeitervereins, 25. Juni 1865, zit. n. *Frankfurter Reform*, 16. Juli 1865. Zit. Bernhard Becker auf der Stiftungsfeier des Arbeitervereins in Frankfurt, 22. Mai 1865, zit. n. Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte (Hg.), *Frankfurter Arbeiterbewegung*, Bd. 1, 224.

³⁸ Vgl. Ullner, *Die Idee des Föderalismus*, 103.

³⁹ Vgl. *Augsburger Tagblatt*, 18. Juni 1866; *Bohemia*, 16. Juni 1866; *Weser-Zeitung*, 4. April 1866; *Volksfreund für das Mittlere Deutschland*, 24. Juni, 1. und 13. Juli 1866.

⁴⁰ *Das Ausland*, 17. Dezember 1864. In Wirklichkeit war der Sitz der deutschen Bundesversammlung, auf den der Autor hier anspielt, in der Eschenheimer Straße gelegen.

⁴¹ *Kölnische Zeitung* zit. n. *Der Fortschritt (Fürther Abendzeitung)* 7. April 1866.

⁴² Zu Ursachen und Verlauf des Krieges von 1866 vgl. Jansen, *Gründerzeit und Nationsbildung*, 195–211; Müller, *Deutscher Bund*, 378–388; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 283–301.

mit der Ankündigung, die „nationalen Grundlagen, auf denen der Bund“ beruhte, nicht als „zerstört“ zu betrachten und sich weiterhin der „Einheit der deutschen Nation“ zu verpflichten, aber „eine neue, den Zeitverhältnissen entsprechende Einigung“ anzustreben, der sich alle deutschen Staaten anschließen könnten.⁴³

Den Gegnern Preußens indes waren die borussischen Einheitsbeteuerungen gleichgültig. Unter dem Titel „Die deutsche Secession“ erinnerte eine Prager Zeitung zwei Tage nach Preußens Austritt aus dem Bund: „Das Schauspiel, das wir vor einigen Jahren in Nordamerika erlebten, wo mehrere Staaten von der Union sich losrissen und damit den Anstoß zu einem der blutigsten Kriege gaben, – wir sollen es nun [...] in Deutschland wiederholt sehen.“⁴⁴ In der mehrheitlich antipreußischen Frankfurter Presse hagelte es Vorwürfe gegen die „norddeutsche[n] Secessionisten“ in der Schwesterstadt Bremen, wo sich der Senat auf die Seite Preußens geschlagen hatte.⁴⁵ Mit Analogien zwischen der „südlichen Junkerpartei“ Nordamerikas und der „Junkerpartei des [deutschen] Nordens“ waren Kritiker schnell zur Hand.⁴⁶ Demnach suchten norddeutsche Landadlige wie ehemals die südstaatlichen Pflanzer, „ihre Herrschsucht und Selbstsucht in der Ausbreitung ihrer Macht und [...] der Knechtschaft des Volkes“ auszuleben.⁴⁷ Despotismus sei ein sowohl der Konföderation als auch Preußen inhärentes Leitmotiv für ihre Abspaltung gewesen, wettete ein Publizist aus Süddeutschland kurz nach dem Sieg Preußens und seiner Verbündeten. „Die Südstaaten Nordamerikas“ allerdings seien „im Vergleich mit der preußischen Regierung noch in bedeutendem moralischen Vortheil“. Sie hätten wenigstens nicht aus Herrschsucht und „Gleichgültigkeit gegen Verübung von Brudermord“ für die Sezession votiert, sondern aufgrund ihres durch die voraussichtliche Sklavenbefreiung bedrohten Vermögens.⁴⁸ Norddeutsche Journalisten waren mit ihren transatlantischen Vergleichen besonnener. Ein Reporter der *Weser-Zeitung* deutete noch vor Kriegsausbruch auf die Ähnlichkeiten zwischen dem drohenden deutschen und dem Amerikanischen Bürgerkrieg, wobei er die Ähnlichkeiten aber differenzierter und, was seine Prognose zum Kriegsausgang betrifft, zutreffender als seine Kollegen im Süden beurteilte:

[Der Amerikanische Bürgerkrieg] ist für uns Alle an fruchtbaren und furchtbaren Lehren reich, er wird den Zagenden als Ermuthigung, kann den Tollkühnen als abschreckende

⁴³ Sitzungsprotokoll der Bundesversammlung vom 14. Juni 1866, zit. n. Protokolle der deutschen Bundes-Versammlung, 1866, 215.

⁴⁴ *Bohemia*, 16. Juni 1866. Ähnlich *Linzer-Abendbote*, 16. Juni 1866.

⁴⁵ *Volksfreund für das Mittlere Deutschland*, 24. Juni 1866. Zur Parteiergreifung Bremens für Preußen vgl. Krieger, *Bremische Politik*, 68–82.

⁴⁶ *Der Fortschritt (Fürther Abendzeitung)*, 7. April 1866.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Unbekannt, Muth gefasst!, 19.

Warnung dienen. Eine Vergleichung der jetzigen deutschen Krisis mit der nun überwundenen des nordamerikanischen Bundes pedantisch durchzuführen, wäre natürlich eine Lächerlichkeit. Aber beide bieten doch, was den Charakter, die Ziele und die Größe des Kampfes, die vorkämpfenden Völker und ihre Führer, ihre Freunde und Feinde im Inneren wie im Äußeren betrifft, eine so große Fülle merkwürdiger, oft auffälliger Ähnlichkeiten, daß es wohl gestattet ist, sie [...] auch für die deutsche Bundesfrage zu anticipiren. Nur in zwei Punkten ist die Ähnlichkeit nicht vorhanden [...]. Die deutsche Großmacht, welche berufen ist, die Organisation Deutschlands in einer der Nation würdigen Weise durchzuführen, steht nicht ohne Freunde da, – und ungerüstet, wie der amerikanische Norden, ist sie wahrlich auch nicht. So lange, wie in Amerika, wird die Entscheidung nicht ausbleiben.⁴⁹

Der im Sinne preußischer Kriegsziele verfasste Artikel verwies alsbald auf die Errungenschaften, welche die Nordstaaten (der USA) durch ihren Sieg erzielt hatten und die auch einem geeinten Deutschland unter Preußens Führung gutstünden, nämlich eine neue und einheitliche Union, die sich „fester, größer [und] mächtiger denn je [...] ohne einen Nebenbuhler, ohne Furcht vor einem auswärtigen Feind [...] den Werken des Friedens“ hingeben könne.⁵⁰

Trotz solcher Vorteile, die der Krieg versprach, war der Konflikt in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung unpopulär.⁵¹ Auf Dutzenden Kundgebungen im Norden und im Süden wurde gegen ihn demonstriert,⁵² nicht zuletzt weil der Konflikt in Nordamerika gezeigt hatte, wie viel Zerstörung und Leid ein Bürgerkrieg verursachen konnte. Diese Unpopularität war eins von mehreren Indizien, die einen kurzen Exkurs zur Begriffsgeschichte des Krieges von 1866 erfordern.

Allgemein zählen Bürgerkriege – nicht nur unter den unmittelbar Betroffenen – zu den besonders gefürchteten Formen bewaffneter Konflikte. Sie stehen für extreme Grausamkeit und revolutionäres Potenzial, das Menschen und Weltbilder für immer aus den Angeln heben konnte.⁵³ Nicht nur die Gefahr des Krieges bereitete vielen Kommentatoren von 1866 Kopfzerbrechen, auch mit der Bezeichnung des Krieges taten sie sich schwer. Allein einen Bürgerkrieg beim Namen zu nennen, kann ein Politikum sein, das völkerrechtliche, wirtschaftliche und militärische Folgen birgt.⁵⁴

⁴⁹ *Weser-Zeitung*, 17. Mai 1866.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Vgl. Jansen, *Gründerzeit und Nationsbildung*, 198 f.

⁵² Vgl. *Hamburger Nachrichten*, 11. und 21. April 1866.

⁵³ Vgl. Armitage, *Civil Wars*, 1–21; Koselleck, *Revolution*, 778–781; Osterhammel, *Die Flughöhe der Adler*, 146–153.

⁵⁴ Vgl. Armitage, *Civil Wars*, 233 ff.

Handelte es sich 1866 nun um einen Einigungskrieg, eine Revolution, einen Kabinettskrieg, einen Bruder- oder einen Bürgerkrieg? Diese Frage war vor 150 Jahren nicht geklärt und wird auch in Zukunft nicht eindeutig zu klären sein. Deshalb muss man sich mit analytischen Schlaglichtern begnügen, die für den hiesigen Kontext interessant sind. Ein preußisch gesinnter Dichter beantwortete die Frage nach dem Konfliktnamen mit einem *Kriegstauflied*, das folgende Zeilen beinhaltet:

Sie nennen's einen Bürgerkrieg;
 Als ob er von der Straß' erstieg!
 Sagt's, Heer und Landwehr Hand in Hand,
 Ob so der Krieg soll sein benannt?
 [...]
 Der neue Krieg, der deutsche Krieg,
 [...]
 Nach seinem Zweck sei er benannt,
 [...]
 Er heiße deutscher Einheitskrieg
 [...]
 Wie Schlag auf Schlag und Sieg auf Sieg
 Ihn Preußen führt, das Landwehrland⁵⁵

Unterstützer der deutschen Nordstaaten bevorzugten den Begriff „Einheitskrieg“ und ebneten damit den Weg für die teleologische Begriffstria der Einigungskriege von 1864, 1866 und 1870/71. Vom Bruderkrieg war parteiübergreifend die Rede. Das Wort konnte, wie auch der Begriff „Bürgerkrieg“, Abgrenzung implizieren; eine innere Angelegenheit, in die sich Außenstehende nicht einzumischen hatten.⁵⁶ Großbritannien etwa hielt sich an genau diese Maxime, als sein Außenminister erklärte, dass das Empire zwar einen Bürgerkrieg in Deutschland bedaure, es aber keine Veranlassung zum Eingreifen sehe, solange der Krieg auf Deutschland begrenzt bleibe.⁵⁷

Die Begriffe „Bürger-“ und „Bruderkrieg“ verwiesen aber auch auf die „Eintracht der christlichen Völkergemeinschaft“, für die ein Kampf unter (deutschen) Brüdern einem Tabubruch gleichkam, den es zu verhindern oder schnell zu beenden galt.⁵⁸ Die offizielle preußische *Provinzial-Correspondenz* favorisierte ebenfalls den Begriff „Bruderkrieg“, weil die Regierung in Berlin es sich nicht völlig mit ihren späteren Bundesgenossen aus Mittel- und Süd-

⁵⁵ Moltke, Kriegstauflied, zit. n. *Deutscher Sprachwart*, 31. Juli 1866.

⁵⁶ Vgl. Armitage, *Civil Wars*, 235.

⁵⁷ Vgl. Hildebrand, Großbritannien und die deutsche Reichsgründung, 25.

⁵⁸ Buschmann, Einkreisung und Waffenbruderschaft, 302.

deutschland verscherzen wollte.⁵⁹ Liberale und demokratische Politiker und Publizisten der süd- und mitteldeutschen Staaten hingegen waren am ehesten geneigt, dem Siebenwöchigen Krieg (wie er im englischsprachigen Sprachraum genannt wird)⁶⁰ den Terminus „Bürgerkrieg“ zu verpassen.⁶¹ Auch Karl Marx und Friedrich Engels wählten diesen Begriff in ihrer privaten Korrespondenz.⁶² Die Begriffe „Bruderkrieg“ und „Bürgerkrieg“ wurden auch synonym verwendet,⁶³ sie standen dann aber in Abgrenzung zum einem Kabinettskrieg, der gegen den „Volkswillen“ gefochten wurde:

Es gibt [...] immer noch Leute, welche in stundenlangen Auseinandersetzungen zu beweisen suchen, daß dieser Krieg kein Bruder-, kein Bürger- sondern ein Cabinettskrieg sey, als ob er nicht von Hunderttausenden deutscher Bürger und Brüder, sondern von Gott weiß woher genommenen Cabinettsoldaten gekämpft würde, als ob es sich um irgendwelche kleinliche[n] Cabinettsintriguen und nicht um die Fragen handelte [...], ob Deutschland ferner das freie Vaterland freier Männer sey, oder unter das preußische Joch gebeugt werden soll.⁶⁴

Letztlich waren sich die Zeitgenossen links und rechts der Mitte uneins, wie der Krieg denn nun zu benennen sei. Das zitierte *Kriegstauflied* unterstreicht die Absicht der am Ende siegreichen Befürworter eines neuen Staates unter preußischer Führung, dem vermeintlich demokratischen Potenzial des Bürgerkriegsterminus das Wasser abzugraben und dem Konflikt gleichzeitig unitaristischen Glanz zu verleihen. Es trifft zwar zu, dass der Krieg kein Kind der Straße war, sondern von der Regierung in Berlin vom Zaun gebrochen und⁶⁵ nicht von „Freischärlern oder Barrikadenkämpfern“ ausgetragen wurde.⁶⁶ Die Mehrheit der Soldaten waren Berufskrieger, keine Freiwilligen.⁶⁷ Doch die große Zahl der Kämpfenden (rund 950.000 Männer) und Millionen ihrer indirekt beteiligten Verwandten und Freunde machten den Krieg zu einem zwar kurzen, aber eindringlichen Massenergebnis,⁶⁸ das innerhalb der deutschsprachigen Staaten Mitteleuropas, wo vereinzelt hessische und hannoverische Truppen auf Preußen und Thüringer feuerten, explizite Elemente eines Bür-

59 Vgl. Fischer, Von Königgrätz nach Sedan, 87 ff.

60 Vgl. <https://www.britannica.com/event/Seven-Weeks-War> (letzter Abruf 18.01.2021).

61 Vgl. u.a. Erklärung des „36er-Ausschusses“ vom 7. April 1866, *Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung*, 15. April 1866; *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 22. Juni 1866; *Der Aktionär*, 1. Juli 1866; *Wochen-Blatt des National-Vereins*, 1866 (div. Ausgaben); *Wochenschrift der Bayerischen Fortschrittspartei*, div. Ausgaben, 1866–67.

62 Vgl. Marx an Engels, 2. und 6. April 1866; Engels an Marx, 9. Juli 1866, MEGA, Bd. 3.

63 Vgl. *Pfälzer Volkszeitung*, 7. April 1866; Rochau, Grundsätze der Realpolitik, Bd. 2, 79.

64 *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 22. Juni 1866.

65 Vgl. Doering-Manteuffel, Die deutsche Frage, 130–134.

66 Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 1, 771–772.

67 Vgl. Hewitson, The People's Wars, 406 f.

68 Vgl. ebd., 520 f.

gerkrieges aufwies und eine weiträumige Beteiligung der Zivilbevölkerung, unter anderem in Gestalt von Geld- und Sachspenden für die Verwundeten und Hinterbliebenen,⁶⁹ nach sich zog.

Als semantischer Kompromiss setzte sich letztlich der Begriff vom „(Deutschen) Krieg von 1866“ durch, dem dank des Adjektivs „deutsch“ unitaristisches Potenzial zu eigen war und der durch auflagenstarke Zeitschriften und Werke populärer Schriftsteller schnell Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch fand.⁷⁰

Heute ist sich die Forschung noch immer uneins, welche Faktoren erfüllt sein müssen, um einen bewaffneten Konflikt als Bürgerkrieg bezeichnen zu können.⁷¹ „Besondere Theorien des Bürgerkrieges“ gibt es nach wie vor kaum.⁷² Als einzig konflikttypische Determinanten haben Sabina Ferhadbegović und Brigitte Weiffen „große räumliche, soziopolitische und kulturelle Nähe der Konfliktparteien“ identifiziert.⁷³ Diese drei Faktoren treffen auf eine Mehrheit der Kombattanten von 1866 zu. Dass die deutschen Staaten nah beieinanderlagen, ist evident. Eisenbahn, Telegrafie und der Durchbruch der überregionalen Massenpresse seit den fünfziger Jahren verringerten die räumlichen Distanzen zwischen Regionen zusätzlich. Zu den soziopolitischen und kulturellen Aspekten hat Wolf Gruner angemerkt, dass mit dem Deutschen Bund „ein politisch-sozialer Raum für die deutsche Nation“ geschaffen wurde, der sich um den sozioökonomischen Distanzabbau zwischen den Einwohnern der deutschen Staaten bemühte.⁷⁴ Außerdem bestimmte ein „föderatives Nationalbewusstsein“ den Horizont der Nationalbewegungen bis in die Sechzigerjahre hinein;⁷⁵ der deutsche Nationalismus war noch nicht derart verengt wie etwa ein Jahrzehnt später.⁷⁶ Nations- und Zugehörigkeitsvorstellungen waren „mithin relativ leicht modifizierbar“.⁷⁷ Zumindest die imaginierte deutsche Kulturgemeinschaft war bis 1866 zugänglicher und weniger ethnisch exklusiv konzipiert als die Reichsnation späterer Jahre.⁷⁸ Folglich waren auch die gedachten Grenzen der deutschen Nation permeabler und damit der Raum für potenzielle Mit-

69 Vgl. *Die Gartenlaube*, Hefte 29–44, 1866; Heft 5, 1867.

70 Vgl. ebd., Hefte 40–52, 1866; Fontane, *Der deutsche Krieg von 1866*; Menzel, *Der Deutsche Krieg im Jahr 1866*. Auch die Auswertung einer 1867 erschienenen Literaturübersicht mit fast 1.500 Büchern, Zeitschriften, Karten und Flugblättern zum Thema bestätigt die Dominanz des Begriffs vom „(deutschen) Krieg von 1866“. Vgl. Mühlbrecht, *Die Literatur*.

71 Vgl. Armitage, *Civil Wars*, 18; Ferhadbegović/Weiffen, *Zum Phänomen der Bürgerkriege*, 10 ff.

72 Osterhammel, *Die Flughöhe der Adler*, 145.

73 Ferhadbegović/Weiffen, *Zum Phänomen der Bürgerkriege*, 22.

74 Gruner, *Der Deutsche Bund*, 32. Hierzu ausführlich Müller, *Deutscher Bund*, 391–564.

75 Dieter Langewiesche zit. n. Gruner, *Der Deutsche Bund*, 35.

76 Vgl. Wehler, *Nationalismus*, 76 ff.

77 Fahrmeir, *Paßwesen und Staatsbildung*, 86 f.

78 Vgl. Wilhelm, *Diversity in Germany*, 16 ff. Außerdem immer noch grundlegend Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus*, 59–119.

glieder und Bürger dieser Gemeinschaft weitaus größer. Zwar verwiesen Protagonisten der norddeutschen Seite während des Krieges 1866 mitunter auf die ethnische und religiöse Differenz des katholisch dominierten Vielvölkerstaats Österreich, um einen „Racenkrieg“ zwischen dem national differenzierteren Habsburgerreich und dem vermeintlich homogeneren Restdeutschland zu beschwören.⁷⁹ Doch weder ist kulturelle Homogenität ein Friedensgarant noch ethnische Differenz eine zwingende Ursache für Konflikte in räumlicher Nähe.⁸⁰ Vielmehr handelte es sich bei den Verweisen auf kulturelle Unterschiede um Propagandafiguren, die symptomatisch für Bürgerkriege sind und sowohl in den deutschen als auch den amerikanischen Kriegsdiskursen zum Ausdruck kamen.⁸¹

Diese Ausführungen müssen genügen, um die Anwendung des Begriffs „Bürgerkrieg“ zu rechtfertigen, wenn hier über den Krieg zwischen Nord- und Süddeutschland im Jahr 1866 geschrieben wird. Historiker mit transnationalem Forschungsschwerpunkt verwenden diesen Begriff häufiger,⁸² während andere Forscher ihn vermeiden⁸³ oder gar ablehnen.⁸⁴ Am Ende unterstreichen genau diese Differenzen,⁸⁵ dass 1866 *auch* ein Bürgerkrieg über das künftige mitteleuropäische Staatsgefüge entschieden hatte.

Dieser Krieg endete nach nur sieben Wochen. Doch der Sieg der deutschen Nordstaaten bedeutete eine ebenso „tiefe Zäsur“⁸⁶ wie die Niederlage und die Wiedereingliederung des Südens in den nordamerikanischen Bundesstaat. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, dem Zusammenschluss einzelner Glieder zu einem Bundesstaat, begann Preußen mit der Rekonstruktion Mitteleuropas, die fünf Jahre später mit der Gründung des Kaiserreichs abgeschlossen war.

Die Reaktionen auf den preußischen Sieg blieben unter vielen Kommentatoren, egal welcher politischen Strömung sie angehörten, verhalten bis ne-

⁷⁹ Vgl. Buschmann, Einkreisung und Waffenbruderschaft, 291–307.

⁸⁰ Vgl. Koschorke, Wie Bürgerkriege erzählt werden, 42 f.

⁸¹ Vgl. Buschmann, Einkreisung und Waffenbruderschaft, 293; Koschorke, Wie Bürgerkriege erzählt werden, 45–53; Bonner, Roundheaded Cavaliers, 34–59.

⁸² Vgl. Bender, A Nation amongst Nations, 144; Binkley, Realism and Nationalism, 262–272; Geyer/Bright, Global Violence, 637; Heinzen, Making Prussians; Osterhammel, Die Verwandlung der Welt, 591; Retallack, After the „German Civil War“; Sheehan, German History, 899; Simms, Europe, 236; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 292–298.

⁸³ Vgl. Aydin, Regionen, 122; Clark, Preußen, 607–624; Gruner, Der Deutsche Bund, 96 ff.; Jansen, Gründerzeit und Nationsbildung, 198–203; Nipperdey, Deutsche Geschichte, Bd. 1, 768–790; Siemann, Gesellschaft im Aufbruch, 218–231. Außerdem sämtliche Beiträge in Heidenreich/Brockhoff (Hg.), 1866. Jansen allerdings spricht in seinem Fazit von dem „Deutschen Bürgerkrieg unter italienischer Beteiligung“, in: Gründerzeit und Nationsbildung, 245.

⁸⁴ Vgl. Winkler, Der lange Weg nach Westen, 178; Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 1, 771 f.

⁸⁵ Vgl. Armitage, Civil Wars, 232–239; Hewitson, The People's Wars, 293; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 293.

⁸⁶ Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 296.

gativ.⁸⁷ Große Bevölkerungskreise zeigten sich im August 1866 überrascht von der Schnelligkeit und Schlagkraft des preußischen Militärs, die sich in Teilen Lehren aus dem Amerikanischen Bürgerkrieg verdankten.⁸⁸ „Die Preußen haben es auch gemacht wie die Southerner [sic] seiner Zeit, sie haben sich schon längst zu dem Krieg vorbereitet, wo unsere noch nicht daran dachten!“ klagte ein Handwerker aus Stuttgart.⁸⁹

Während viele realpolitische Liberale nach der Niederlage Süddeutschlands den Schulterschluss mit dem siegreichen Norden suchten und in dessen Triumph über den Süden vereinzelt einen „liberalen Erfolg über die reaktionären Kräfte des Katholizismus“ feierten,⁹⁰ saß der Schock auf der anderen Seite über die verpasste Chance auf die Gründung eines deutschen Staates nach den „Freiheits- und Partizipationsidealen“ von 1848,⁹¹ für einige gern nach amerikanischem Vorbild, tief.⁹² Süddeutsche Initiativen zur Volksbewaffnung, die das Bürgerkriegspotenzial deutlich ausgebaut hätten, schlugen ebenfalls fehl.⁹³ Arnold Ruge, der große Hoffnungen auf ein Übergreifen der amerikanischen Kriegsfolgen in Europa gesetzt hatte, schrieb enttäuscht:

In Amerika erreichte der Bürgerkrieg (oder „Bruderkrieg“, wie er von unseren Gegnern genannt wurde) sogleich die Sicherung der Union und die Aufhebung der Sklaverei d. h. die Gewaltthat der Empörer und Verbrecher wurde vollständig überwältigt. [...] So glücklich waren wir in Europa nicht. Unsere Kriege griffen nicht durch. [...] Die Sünder blieben in der Gewalt, und gebärden [sic] sich noch heute, als wenn sie vorzugsweise im Recht wären, wofür wir ihnen die „Bruderhand“ reichen sollen.⁹⁴

Doch der Bürgerkrieg bot auch Fürsprechern und Fürsprecherinnen der deutschen Sezessionisten einen Bezugsrahmen, der ihnen die transnationale Einordnung der Ereignisse des Jahres 1866 erleichterte. Die Schriftstellerin Malwida von Meysenburg, im Grunde eine Fürsprecherin der Demokratie, zeigte sich regelrecht beflügelt von den Aussichten auf einen deutschen Bundesstaat, den nur Otto von Bismarck ermöglichen konnte, wenn er ähnlich resolut für Einheit und Freiheit eintrat wie einst Abraham Lincoln:

Wer wird nicht mit banger Sorge und geteiltem Gefühl auf den Bürgerkrieg blicken, der von Oben gemacht wird? [...] Jetzt, im Moment der Entscheidung erst Garantien ver-

87 Vgl. Clark, Preußen, 623; Faber, Realpolitik als Ideologie, 1–45.

88 Vgl. Hewitson, *The People's Wars*, 370; Luvaas, *The Military Legacy*, 119–126.

89 *Pennsylvanische Staats-Zeitung*, 26. Juli 1866.

90 Steinberg, Bismarck, 358.

91 Leonhard, Bellizismus und Nation, 613.

92 Vgl. Faber, Realpolitik als Ideologie, 1–45; Weber, Das kleinbürgerlich-demokratische Element, 82 f.

93 Vgl. Becker, Bilder von Krieg und Nation, 138–158.

94 Ruge, Der Krieg und die Entwaffnung, 28–29.

langen, um mit der Regierung, die endlich die Initiative der Freiheit ergreift, zu gehen, ist den albernen Proceß der politischen Unfähigkeit von [18]48 wiederholen. Verlangten die Nordamerikaner Garantien von Lincoln, als er Maßregeln[,] die verfassungswidrig waren, ergriff? Ist nicht principiell der Kampf in Deutschland derselbe [wie in den Vereinigten Staaten]? Der Kampf zwischen Nord u. Süd zwischen [...] zwischen Fortschritt u. Despotie. Ob nun Bismarck jetzt unser Lincoln [...] wird, was liegt daran? Er hat wenigstens Energie [...]. Lassen wir ihn die Sache tun. [...] Keine bangen Theorien mehr, ein Parlament und hinter ihm das deutsche Volk, das ist es, worauf es ankommt.⁹⁵

Malwida von Meysenburgs Wunsch erfüllte sich zum Teil. Der preußische Staat hatte enorme Energie bei der Ausführung seiner Pläne für ein teilweise geeintes Deutschland an den Tag gelegt und dem geistigen Vater dieser Pläne, Otto von Bismarck, nicht nur Kritik, sondern auch zahlreiche Sympathien des liberalen Lagers beschert.⁹⁶ Aus machtpolitischer Sicht waren Vergleiche Bismarcks mit Lincoln also durchaus gerechtfertigt. Während Lincoln aber die Befreiung von Millionen Sklaven auf den Weg brachte, blieb Bismarck der „Befreier von Niemanden.“⁹⁷

Auch die deutschstämmigen Einwanderer in den USA waren sich der Tragweite des deutschen Bürgerkrieges bewusst. Unter ihnen befand sich Maurice Richter aus New York, dem die Entwicklungen in Mitteleuropa und den USA zum Anlass gereichten, ein Jahr nach Ende des deutschen Bürgerkrieges die beiden „Revolutionen von Oben in der amerikanischen und deutschen Conföderation“ zu vergleichen und sowohl mit dem preußischen Staat als auch mit der amerikanischen Union abzurechnen. Insgesamt habe die Auflösung des Deutschen Bundes seine Mitgliedstaaten geschwächt, was dem bundesbrüchigen Preußen mehr Feinde als Freunde eingebracht habe.⁹⁸ Das Ergebnis des Amerikanischen Bürgerkrieges sei die Verwandlung einer föderalen Republik in ein „demokratisches, militärisches Reich“ gewesen, in dem die Einzelstaaten, ähnlich wie im Falle des Norddeutschen Bundes, zu Provinzen verkommen seien.⁹⁹ Die Südstaaten der USA seien in die Union hinein „bajonettiert“ worden,¹⁰⁰ in Deutschland sei mit der Ausgrenzung Österreichs das genaue Gegenteil geschehen. Eine Gemeinsamkeit wiesen Österreich und die Konföderierten Staaten in Richters Urteil auf: Sowohl die Donaumonarchie als auch die Konföderation hätten aus einer „natürlichen Opposition“ gegen ihren Kontrahenten gehandelt. In Wien habe man sich gegen den „preußischen Hegemonismus [und] Despotismus“ gewehrt, südlich der Mason-Dixie-Linie gegen

⁹⁵ Malwida von Meysenburg an Gottfried Kinkel, 23. Juni 1866, Kinkel Nachlass, ULB Bonn.

⁹⁶ Vgl. Clark, Preußen, 621 ff.

⁹⁷ Osterhammel, Die Verwandlung der Welt, 601.

⁹⁸ Vgl. Richter, Zwei Revolutionen von Oben, 16 f.

⁹⁹ Ebd., 18.

¹⁰⁰ Ebd., 19.

den Abolitionismus der Nordstaaten. Ein freiwilliger Austritt Österreichs aus dem Bund wäre legitim gewesen: „Wer Bündnisse der Art eingehen kann, hat ein Recht, sie wieder zu verlassen“, das gleiche gelte für den amerikanischen Süden.¹⁰¹ Mit der Befreiung von „vier Millionen zufriedene[n] und gut organisierte[n], unter'm Gesetz stehende[n] [...] Eigenthumsarbeiter[n]“ sei den Südstaaten zusätzlich Unrecht getan worden.¹⁰²

Richter sprach den Süden von jeglicher Schuld am Kriegsausbruch frei und beschönigte die Sklaverei als funktionierendes, menschliches Arbeitssystem, das Menschen, die nicht zur selbstständigen Lohnarbeit fähig seien, unter seinen Schutz stelle und ein Leben lang für sie Sorge. Schuld am Krieg in den USA seien die Abolitionisten gewesen, die diesen Konflikt lanciert hätten, lange bevor Lincoln zum Präsidenten gewählt wurde. Lincoln habe sich nach seiner Wahl der „Abolitionspolitik“ unterworfen. Richter bezweifelte, ob dies „ein erblicher Regent“ genauso getan hätte und kritisierte damit das demokratische System seiner Wahlheimat.¹⁰³ Die Revolution von oben in den USA sei die Emanzipation der Sklaven gewesen, die Revolution in Deutschland habe sich in der Sezession Preußens vom Deutschen Bund manifestiert.¹⁰⁴ Beide, die Union und Preußen, hätten durch ihre Siege in den Bürgerkriegen die Alleinherrschaft errungen.¹⁰⁵

Hier geht es nicht um eine ausführliche Beurteilung von Richters mitunter kontroversen Aussagen. Seine Äußerungen dienen vielmehr als ein weiteres Beispiel für die unterschiedlichen Interpretation- und Vergleichsschemata, die die Bürgerkriege von 1861 bis 1866 unter Zeitgenossen westlich und östlich des Atlantiks provozieren konnten.

Die öffentlichen Meinungen über die Ereignisse von 1866 in den USA waren, ähnlich wie die in Deutschland, sehr diffus. Preußen galt in der nordamerikanischen Presse als eindeutiger Aggressor, doch die Mehrheit der Bevölkerung habe mit dem Versuch, Deutschland in einem Staat zu vereinen, durchaus sympathisiert, meint John Gazley, der bislang als einziger Historiker die Rezeption des Krieges in der englischsprachigen US-Presse untersucht hat. Allerdings hätten Journalisten und Publizisten keine ideologische Strahlkraft des Konflikts erkennen können, um ihm eine ähnlich transnationale Wirkung beizumessen wie den Revolutionen von 1848/49. Gazley begründet diese Distanz hauptsächlich damit, dass die Unterschiede zwischen dem politischen System der Union und Preußen/Österreich als zu diskrepant gedeutet worden seien. Daher sei die Bereitschaft in den USA, sich intensiver mit dem Konflikt zu

¹⁰¹ Richter, *Zwei Revolutionen von Oben*, 19.

¹⁰² Ebd., 23.

¹⁰³ Ebd., 23.

¹⁰⁴ Ebd., 26.

¹⁰⁵ Vgl. ebd., 30f.

beschäftigen, gering gewesen. Eine dauerhafte Gefahr für die amerikanische Wirtschaft war ebenfalls so gut wie ausgeschlossen, dazu waren mitteleuropäische Bevölkerung und Fabriken zu sehr auf die US-Exportschlager Getreide und Baumwolle angewiesen und Investition in den sicheren Dollar zu profitabel für deutsche Anleger.¹⁰⁶

Politisch wie ökonomisch mangelte es dem deutschen Bürgerkrieg an transnationaler Attraktivität, die eine intensivere Teilhabe der Vereinigten Staaten hätte auslösen können. Dieses Manko bemängelten auch einzelne deutsche Politiker wie der Landtagspräsident von Coburg-Gotha, der wenige Tage nach Kriegsausbruch vor dem Parlament deklamierte:

Auf Sympathien, wie sie das nordamerikanische Volk bei seinen Kämpfen für Gesittung und Recht gegen die Barbarei der rebellischen Südstaaten begleiteten, haben wir bei einem Kampfe keinen Anspruch, für den jede begeisternde Idee, jeder sittliche Anspruch fehlt. Selbst für die Sieger wird das Gefühl drückend sein, Kriegsruhm nur in einheimischen Fehden erworben zu haben. Wer aus diesem Kampfe Erfolge für die Einheit und Freiheit Deutschlands erwartet, läßt die Warnungen der Geschichte unbeachtet [...].¹⁰⁷

Letztlich hätten die amerikanischen Kommentatoren den norddeutschen Sieg und die Gründung des Norddeutschen Bundes als das kleinere despotische Übel begrüßt, da mit Preußen immerhin ein protestantisch geprägter Staat die Vorherrschaft über Deutschland errungen habe. Es hielten sich allerdings berechnete Zweifel, ob mit den Ereignissen von 1866/67 auch die Chancen auf ein liberaleres Mitteleuropa erhöht wurden.¹⁰⁸ Diese Aussagen stammen aus Artikeln der englischsprachigen Leitblätter, die nicht zwangsläufig die Sicht vieler deutschstämmiger Amerikaner berücksichtigten. Es ist davon auszugehen, dass deutsche Einwanderer durchaus Parallelen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Bürgerkrieg zogen, was künftige Arbeiten allerdings noch bestätigen müssen.

In Deutschland lebende Amerikaner erkannten in den Folgen ihres Bürgerkrieges mitunter transnationale politische Impulse, die seit spätestens 1865 in Mitteleuropa wirkten und 1866 kulminierten. Im November 1865 empfing das Außenministerium in Washington die euphorische Meldung von Konsul James Anderson aus Hamburg, dem zufolge der überraschende, aber deutliche Sieg der Liberalen und Demokraten in den Wahlen zur Bürgerschaft auf die Siege der „Union and of the Republican constitutional government“ zurückzuführen seien, welche die Liberalen in Deutschland gestärkt hätten.¹⁰⁹ Der Tri-

¹⁰⁶ Vgl. Gazley, *American Opinion*, 188 f.

¹⁰⁷ Gustav Berlet, 20. Juni 1866, zit. n. Verhandlungen des gemeinschaftlichen Landtags der Herzogtümer Coburg und Gotha, Nr. 5, 7. Sitzung, 1866.

¹⁰⁸ Vgl. Gazley, *American Opinion*, 175–231.

¹⁰⁹ Anderson an Seward, 10. November 1865, NA Hamburg.

umh einer verfassungsgemäßen Regierung habe die Vereinigten Staaten und ihre Regierungsform in Europa so attraktiv wie noch nie gemacht.¹¹⁰

Andere Beobachter, wie William Murphy in Frankfurt oder John Motley in Wien, zeigten sich ähnlich sensibilisiert für transnationale Impulse, die der Bürgerkrieg in Nordamerika gab. Im Winter 1865 initiierte das Generalkonsulat zusammen mit amerikanischen und deutschen Frauen einen Spendenbasar in Frankfurt zugunsten der befreiten Sklaven in den USA, der über 7.000 Gulden einbrachte. Eine regierungsnahe Frankfurter Zeitung nahm die Aktion zum Anlass, den „liberalen Wohltätigkeitssinn“ der Einwohner zu loben.¹¹¹ Murphy sah in der großen Spendenbereitschaft den Beweis, dass in allen Schichten Deutschlands große Sympathie für „the cause of Emancipation and Equal Rights“ herrsche, die aller politischen Unterdrückung der regierenden Fürsten trotze.¹¹²

Murphy hatte in seiner nun mehr als vier Jahre währenden Frankfurter Dienstzeit große Zuneigung für die lokale Bevölkerung und die demokratische Bewegung entwickelt, der Frankfurt als einer ihrer süddeutschen Stützpunkte diene. Exponentiell gewachsen schien aber Murphys Abneigung gegen die preußische Hegemonialpolitik zu sein, was auch seiner Nähe zu demokratischen Publizisten und Politikern der Stadt zu verdanken war. Murphys Sekretär August Gläser war ebenfalls nicht gut auf Preußen zu sprechen, seitdem er von drei offenbar betrunkenen preußischen Soldaten angegriffen und verletzt worden war.¹¹³

Kurzum: Das Personal des amerikanischen Generalkonsulats stand in Opposition zu Preußen, weil es sich mit der antipreußischen Strömung in Frankfurt identifizierte, was auf einen nachhaltigen Austauschprozess zwischen den Betroffenen und ihrer lokalen Erfahrungswelt, gefördert durch „grenzüberschreitende persönliche Netzwerke“,¹¹⁴ schließen lässt. Die unmittelbare Erfahrung der preußischen Annexion ließ Beobachter wie William Murphy anders auf die Ereignisse rund um die einsetzende Reichsgründung blicken als die romantisch-nationalistisch gefärbten Historiker und Diplomaten in Wien und Berlin, John Motley und George Bancroft, die eine „Seelenverwandtschaft“ zwischen der Nationalstaatsgründung in Mitteleuropa und Nordamerika erkennen wollten.¹¹⁵ Motley und Bismarck waren langjährige Freunde gewesen und er erkannte, ähnlich wie Bancroft und der spätere Präsident Grant,¹¹⁶ in der Konsolidierung des deutschen Nationalstaats einen Beleg für den trans-

110 Vgl. Anderson an Seward, 22. Dezember 1865, NA Hamburg.

111 *Frankfurter Nachrichten*, 24. November 1865.

112 Murphy an Seward, 8. Februar 1866, NA Frankfurt.

113 Vgl. *Straubinger Tagblatt*, 13. Juni 1861; *Frankfurter Nachrichten*, 11. August 1861.

114 Paulmann, *Grenzüberschreitungen und Grenzräume*, 185.

115 Craig, *Preußen und die Vereinigten Staaten*, 54.

116 Vgl. Bender, *A Nation amongst Nations*, 145; Moss, *The United States and Central Europe*, 260–269.

nationalen Siegeszug der Demokratie, was spätere Historiker deutlich relativierten¹¹⁷ und was schon gar nicht mit den Erfahrungen von Zeitgenossen wie William Murphy korrespondierte, der die Gründung des Norddeutschen Bundes aus der Perspektive der Besiegten erlebte.

Die historischen Ereignisse, die sich seit 1866 in Frankfurt und den anderen deutschen Staaten Bahn brachen, vertieften die Differenzen zwischen dem amerikanischen Generalkonsulat und Berlin. Als die Zeichen im Frühjahr 1866 immer mehr auf einen Krieg zwischen Nord- und Süddeutschland deuteten, fürchtete Murphy, dass ein deutscher „civil war“ deutlich grausamer und blutiger werden würde als der in den USA, er aber die Hoffnung barg, dass er – von der Bevölkerung getragen – den Ambitionen des preußischen Staates den Garaus machen werde.¹¹⁸

In Wirklichkeit kam es anders. Murphy erlebte die schnelle Machtausdehnung Preußens aus nächster Nähe, als Frankfurt in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 1866 von preußischen Truppen besetzt und die Stadt in der Folgezeit dem Königreich einverleibt wurde. Alle antipreußischen Zeitungsredaktionen, die während des Amerikanischen Bürgerkrieges zur Union hielten, darunter Leopold Sonnemanns *Neue Frankfurter Zeitung*, der *Volksfreund für das Mittlere Deutschland*, die *Frankfurter Reform* und *L'Europe* (die mehreren Bestechungsversuchen des Bankhauses Erlanger widerstand und, so Murphy, stets zum „federal cause and finances“ hielt),¹¹⁹ wurden auf preußischen Befehl geschlossen und einige der Mitarbeiter festgenommen.¹²⁰ Aus Furcht vor der Einquartierung preußischer Soldaten in ihren Wohnungen hatten zahlreiche ausländische Einwohner der Stadt ihre Häuser mit den neutralen Flaggen ihrer Heimatländer behangen, auch das Sternenbanner flatterte von Balkonen und Fenstersimsen. Auf dem Redaktionsgebäude der *Neuen Frankfurter Zeitung*, gegenüber dem Sitz der Bundesversammlung gelegen, war ebenfalls die Flagge der USA gehisst, denn im selben Haus lebte ein Deutschamerikaner, an den die Herausgeber der Zeitung, in Erwartung eines Verbots ihres Blattes, die Druckerpresse verkauft hatten, um ihrer Konfiszierung durch preußische Truppen vorzubeugen. Der eindringenden Soldateska war das egal. Kurzerhand versiegelten sie alle Maschinen, die sie vorfanden.¹²¹

Dieser Vorfall belegt, dass sich preußenkritische Zeitgenossen Schutz unter dem Mantel der Vereinigten Staaten versprachen. Dieses Schutzbedürfnis reichte so weit, dass die Frankfurter Bürgerschaft das amerikanische Generalkonsulat um Vermittlungshilfe bat, als sie offiziellen Protest gegen die Anne-

117 Vgl. Craig, Preußen und die Vereinigten Staaten, 54–58.

118 Murphy an Seward, 12. März 1866, NA Frankfurt.

119 Vgl. Murphy an Bigelow, 14. Dezember 1864, Bigelow Correspondence; Murphy an Seward, 6. Oktober 1865, NA Frankfurt.

120 Murphy an Seward, 31. Juli 1866, NA Frankfurt.

121 Vgl. Frankfurter Zeitung, 1906, 128; Murphy an Seward, 31. Juli 1866, NA Frankfurt.

xion ihres Stadtstaates durch Preußen einreichte.¹²² Aus diplomatischen Gründen konnte die Vertretung dieser Bitte nicht nachkommen, trotz der „Sympathien [...] eines jeden Amerikaners mit den Bürgern Frankfurts für den Verlust ihrer Freiheit und Unabhängigkeit“ und der „tiefgefühlten persönlichen Teilnahme“ Murphys am Schicksal der Stadt.¹²³

Außerordentlich persönlich wurde das gespannte Verhältnis zwischen dem Repräsentanten der Vereinigten Staaten und Preußen bei einem Aufeinandertreffen Murphys mit Edwin von Manteuffel, dem preußischen Oberbefehlshaber in Frankfurt. Als Manteuffel nach einer Beschwerde Murphys diesen darauf hingewiesen hatte, dass die in Frankfurt ansässigen Amerikaner nicht vor möglichen Einquartierungen preußischer Soldaten gefeit seien, soll Murphy dem General lakonisch auf die Anwesenheit dreier Kriegsschiffe der Unionsmarine in der Ostsee hingewiesen haben,¹²⁴ die dort im Rahmen einer diplomatischen Sondermission nach Russland ankerten.¹²⁵ Von diesem Zeitpunkt an war die preußische Regierung nicht mehr gut auf das amerikanische Generalkonsulat in Frankfurt zu sprechen. Empört über die Widerspenstigkeit Murphys spielte Bismarck mit dem Gedanken, die Abberufung dieser „anti-preußischen Kreatur“ beim amerikanischen Gesandten in Berlin einzufordern.¹²⁶ Drei Jahre später, mit dem Regierungsbeginn des neuen Präsidenten Ulysses S. Grant, soll Bismarck diesen Gedanken in die Tat umgesetzt und die amerikanische Regierung hinter vorgehaltener Hand gebeten haben, Murphy seines Amtes zu entheben, wozu es dann auch kam.¹²⁷

Als der amerikanische Konsul abberufen wurde, waren die Grenzen nationaler Produktion permeabler geworden, während die Abhängigkeit zwischen Produzenten, Verteilern und Konsumenten in unterschiedlichen Ländern mit unterschiedlichsten politischen Systemen, wie zum Beispiel den USA und Deutschland, immer deutlicher ans Licht trat.¹²⁸ Insbesondere die Jahre nach dem Ende des deutschen Bürgerkrieges bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise 1873, der „Gründer-Boom“, waren durch eine solche Konjunktur gekennzeichnet, in der deutsches Kapital in gewaltigen Mengen nach Übersee floss.¹²⁹ 1869 hatten Europäer, die meisten davon aus Deutschland und Österreich, über 243 Millionen Dollar in nordamerikanische Eisenbahnaktien und Anleihen investiert.¹³⁰

122 Vgl. Kanngiesser, Geschichte der Eroberung, 389–395.

123 Murphy zit. n. Kanngiesser, Geschichte der Eroberung, 394 f.

124 Vgl. *Pfälzer Volkszeitung*, 24. August 1866.

125 Vgl. Champlin, Narrative of the Mission to Russia, 1873.

126 Sterne, Ein Amateur wird Diplomat, 130.

127 Vgl. *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 3. Juni 1869.

128 Vgl. Arendt, Elemente und Ursprünge, 290.

129 Vgl. Mommsen, Europäischer Finanzimperialismus, 38.

130 Vgl. Davies, Transatlantic Speculations, 39; Wilkins, The History of Foreign Investment, 107–123.

Je mehr die Renditen durch die oft fragwürdigen Spekulationsgeschäfte answollen – aber auch: je heftiger die Verluste waren, die viele spätestens durch die Krise 1873 zu beklagen hatten –, desto eher konnte sich unter Finanziers in Frankfurt, Berlin, Wien, aber auch unter Kleinanlegern in der Provinz der Drang nach außenpolitischem Schutz ihrer Geschäfte und nach Weltpolitik entfalten, was letztlich nur ein starker Staat gewährleisten konnte.¹³¹ Der Run deutscher Anleger auf amerikanische Papiere erwies sich deshalb nicht nur als Testlauf für zukünftige Auslandsinvestitionen,¹³² sondern auch für imperialistische Projekte.

Die Art und Weise, wie die Regierung in Washington sich ihre Kriegsausgaben durch Staatsanleihen von ihren Bürgern hatte finanzieren lassen, erregte großes Aufsehen unter deutschen Ökonomen und Kapitalisten. Ein derartiger Identifikationsbeweis der Bürger mit ihrem Staat und solch nachweisliches Vertrauen in dessen Fortbestand und Kreditwürdigkeit, die sich im bereitwilligen Geldverleih niederschlug, schien für europäische Staaten unvorstellbar. Dabei würden größere Mengen geliehenen Geldes den Staat vor Steuererhöhungen schützen, was wiederum den ärmeren Bevölkerungsteilen zugutekäme.¹³³ Der Staat sei im amerikanischen „Volkswesen“ aufgegangen, resümierte die demokratische *Frankfurter Reform*.¹³⁴ Um ein solches Identifikationspotenzial könnten die Europäer die USA nur beneiden. Österreich zum Beispiel musste aufgrund der schwindenden Nachfrage für seine Staatsanleihen, bedingt durch die Konjunktur der US-Bonds, eine zwanzigprozentige Steuererhöhung vornehmen und Bergwerke und Staatsforsten verpfänden, um den Krieg von 1866 zu finanzieren.¹³⁵ Bayern und Baden mussten nach dem Krieg auf die Unterstützung preußischer Banken zurückgreifen, um die Kriegskontributionen an Preußen zahlen zu können.¹³⁶ Finanzielle Unterstützung aus der eigenen Bevölkerung blieb überwiegend aus, was die allgemeine Unpopularität des Bürgerkrieges erneut unterstreicht. Befürworter des Anleihsystems, wie der Volkswirt Erwin Nasse, beschworen vor diesem Zusammenhang die „culturgeschichtliche Mission des öffentlichen Credits“, der vielen Nationen überhaupt erst die wirtschaftliche und gesellschaftliche Blüte ermöglicht habe.¹³⁷

Der rasche Schuldenabbau der Vereinigten Staaten, gefördert durch einheimische und europäische Kreditgeber, hinterließ großen Eindruck in Mitteleuropa. Indirekt trugen viele Europäer zu diesem Bilanzausgleich bei: Neue Einwanderer bedeuteten für die nordamerikanische Volkswirtschaft neue Ar-

131 Vgl. Arendt, *Elemente und Ursprünge*, 308–317.

132 Vgl. Wilkins, *The History of Foreign Investment*, 109.

133 Vgl. *Frankfurter Reform*, 21. Juni 1865.

134 Vgl. ebd.

135 Vgl. Treue, *Die Finanzierung der Kriege*, 3.

136 Vgl. ebd.

137 Nasse, *Steuern und Staatsanleihen*, 26.

beiter, Steuerzahler und Konsumenten, kurz: Mehreinnahmen, die die Staatskasse in Washington füllten und die Kriegsschulden reduzierten. Wenn die sozialen und die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Region ähnlich getrübt scheinen, reisen Mensch und Kapital gern in Gruppen. So war nicht nur die Auswanderung von Menschen,¹³⁸ sondern auch die Abwanderung von Kapital nach den USA eine Reaktion auf und ein Protest gegen die politischen und wirtschaftlichen Zustände in den deutschen Staaten. „Wer soll es jetzt auch den Leuten verdenken, wenn sie alles zur Thüre hinauswerfen, um sich dafür jene Fonds zu kaufen, die einen nicht beständig an Bismarck und Mensdorff erinnern“, fragte ein Finanzjournalist im April 1866. Die Anleger hätten alles Recht, ihr „Geld über den Ozean zu schicken, und es weder Preußen noch Österreich zu geben, um sich unter einander totzuschlagen.“¹³⁹ „Blindlings“, klagte ein Vertreter des katholischen Flügels aus Süddeutschland, hätten sich deutsche Spekulanten seit Ende des Bürgerkrieges in Amerika auf Washingtons Bundesanleihen, diese „gefährliche Capitalanlage“ in Devisen, geworfen (was nachvollziehbar ist, versprechen Fremdwährungen doch Sicherheit bei heimischer Inflation),¹⁴⁰ wodurch die Gold- und Silberreserven in den deutschen Staaten abnahmen. Diese Abwanderung war einer der Auslöser der europaweiten Geld- und Kreditkrise, die 1866 ihren Höhepunkt erreichte. Die wiedererstarkte Ausfuhr europäischer Konsumgüter in die USA, die deren Bedarf an europäischer Ware schnell wieder ankurbelten, nachdem die Waffen ruhten, führte in Großbritannien und Deutschland zu industrieller Überproduktion, erhöhtem Kapitalbedarf, Preisverfall und schließlich Inflation der heimischen Währungen.¹⁴¹ Auch deshalb sicherten deutsche Anleger, darunter Staatsoberhäupter wie Georg von Hannover,¹⁴² ihr Kapital vermehrt in Dollar statt in schwachen Gulden oder Talern. Die Aussicht auf den Schuldenanstieg der USA, welche die *Reconstruction*, die Sklavenemanzipation und der schwelende Konflikt mit Mexiko verursachen könnten, so die Mahnung einiger Kritiker, trübe die Chancen, dass deutsche Gläubiger ihr Geld je wieder sehen würden und Sorge dafür, dass die heimische Volkswirtschaft dauerhaft Schaden nehmen könne.¹⁴³

Solche Warnungen blieben überwiegend ungehört. Die Popularität der amerikanischen Staatsanleihen und Aktien in Mitteleuropa hielt an. Der Krieg gegen Dänemark und die 1865 eingeleitete Aufrüstung für den deutschen Bürgerkrieg reihten sich ebenfalls in die Ursachenkette dieses Runs auf amerikani-

138 Vgl. Moltmann, German Emigration, 103–109.

139 *Der Aktionär*, 8. April 1866.

140 Historisch-politische Blätter Bd. 57, 551. Zu Ursache und Folgen der Wirtschaftskrise von 1866 in den deutschen Staaten vgl. Schuchardt, Die Wirtschaftskrise, 95–110.

141 Vgl. Michaelis, Volkswirtschaftliche Schriften, 359f., 368–370; Schuchardt, Die Wirtschaftskrise vom Jahre 1866, 121–128.

142 Vgl. *New York Times*, 16. Juli 1865.

143 Vgl. Historisch-politische Blätter, Bd. 57, 551–567.

sche Papiere ein.¹⁴⁴ Rückblickend bezeichneten Volkswirte die Jahre zwischen 1864 und 1869 als „Glanzperiode“ der nordamerikanischen Wertpapiere in Mitteleuropa.¹⁴⁵ „Unter den jetzigen Verhältnissen in Amerika“, hieß es 1867, „ist [...] nichts einzuwenden, wenn sich der ‚solide Rentner‘ einige Amerikaner zulegt“, da ihre „fetten Zinsen“ äußerst profitabel blieben.¹⁴⁶ Gerade linksliberale und demokratisch gesinnte Besitzbürger aus den süddeutschen Staaten und dem von Preußen annektierten Frankfurt konnten ihren Unmut über die neuen Zustände nach der Niederlage von 1866 ausdrücken, indem sie der besiegten Präsidialmacht Österreich und dem sezessionistischen „Rechtsbrecher“¹⁴⁷ Preußen Kredit und Kapital entzogen und stattdessen in die Vereinigten Staaten investierten, wo Einheit und Freiheit, anders als im autoritären Machtstaat Preußen und im neoabsolutistischen Österreich, miteinander vereinbar schienen. Da die politische Divergenz zwischen den Vereinigten Staaten und dem im Aufbau befindlichen Kaiserreich an vielen Punkten eklatant hoch blieb,¹⁴⁸ machten sich in Mitteleuropa Langzeitfolgen des Amerikanischen Bürgerkrieges vornehmlich auf dem Gebiet der Wirtschaft bemerkbar. Eine „Solidarität der Kreditverhältnisse“ zwischen den Vereinigten und den deutschen Staaten habe sich Bahn gebrochen, schrieb der *Aktionär* Anfang 1866 beim Blick auf den intensivierten Import amerikanischer Wertpapiere nach Deutschland.¹⁴⁹

Das betraf allerdings nur die Anleihen der Unionsregierung. Inhaber der Baumwollanleihe waren mit der Niederlage der Konföderation um ihr Geld geprellt. Der Süden hatte seinen Kredit vorerst verspielt. Washington übernahm nicht die Kriegsschulden seiner Gegner,¹⁵⁰ eben weil diese explizit zum Kampf *gegen* die Union aufgenommen worden waren. In London organisierten Besitzer der Baumwollanleihe ein Treffen, um ihre vermeintlichen Ansprüche gegenüber dem Bankhaus Erlanger und den USA geltend zu machen. Viele Zeichner blieben dem Treffen und damit der Öffentlichkeit fern, akzeptierten wohl oder übel ihren Verlust und vermieden es, vermutlich aus Scham, Geld von einer nicht mehr existierenden Regierung zu fordern.¹⁵¹ Emil Erlanger selbst zog ebenfalls den Kopf ein, verweigerte einem aus London nach Frankfurt gereisten Anwalt Einsicht in die Verträge seines Bankhauses mit der Konföderation und trug einen deutlichen, aber erstaunlich schnell vergesse-

144 Vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 96. Zur Finanzierung des Krieges von 1866 und den Rüstungsanstrengungen im Jahr zuvor vgl. Treue, *Die Finanzierung der Kriege*, 1–11.

145 Danckelmann, *Die amerikanischen Werte*, 302.

146 Danckelmann, *Gebräuche beim Handel*, 193.

147 Gruner, *Der Deutsche Bund*, 96.

148 Vgl. Ullner, *Die Idee des Föderalismus*, 21–25, 95, 100.

149 *Der Aktionär*, 7. Januar 1866.

150 Vgl. Sexton, *Debtor Diplomacy*, 173 f.

151 Vgl. ebd., 172 f.

nen Imageschaden davon.¹⁵² Selbst der Seniorchef des Hauses, Raphael Erlanger, distanzierte sich der *New York Times* zufolge von der Anleihe; sie sei eine Angelegenheit seines Sohnes, dessen Schwiegervaters John Slidell und dessen Partners John Henry Schröder gewesen, von der er persönlich nie auch nur ein Pfund in Umlauf gebracht oder gesehen habe,¹⁵³ was in Anbetracht der erwähnten Zeichnungen durch andere deutsche Banken wie der Versuch einer Ehrenrettung wirkt. Die Erlangers hatten jedenfalls eine beachtliche Summe Geld bei dem Geschäft mit der Konföderation verdient (rund 456.000 Pfund)¹⁵⁴ und waren bereits mit neuen Projekten in den USA beschäftigt. Seine verwandtschaftlichen und geschäftlichen Verbindungen mit den Südstaaten bestimmten das Geschäftsgebaren Emil Erlangers auch in der Zukunft. In den kommenden Jahren entwickelte sich das Unternehmen zur führenden Frankfurter Bank für nordamerikanische Eisenbahngeschäfte, vorrangig in den ehemaligen, nun besonders kapitalbedürftigen Sklavenstaaten.¹⁵⁵ 1882 wurde eine Kleinstadt in Kentucky zu Ehren des Bankiers auf dessen Namen umbenannt.¹⁵⁶ Erlanger und zahlreiche Anleger aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden investierten in den Wiederaufbau des wirtschaftlich am Boden liegenden Südens, indem sie ihm unter anderem Geld für den teilweise hoch spekulativen Bau von Eisenbahnen liehen.¹⁵⁷

Wenn auch Frankfurts politische Position in Mitteleuropa durch die preußische Annexion 1866 an Bedeutung einbüßte, blieb die Bedeutung der Stadt als transnationaler Platz des Handels zwischen Deutschland und Amerika erhalten. Sie behauptete ihre Stellung als zentraler Handelsplatz für deutsch-amerikanische Finanz- und Kreditgeschäfte fürs Erste, auch als die Frankfurter Börse zunehmend in den Schatten der Berliner Konkurrenz rückte.¹⁵⁸ Der Handel mit amerikanischen Wertpapieren habe Frankfurt „kosmopolitisch“ gemacht, verkündete der *Aktionär* 1869, als wolle er der Stadt ein Stück verlorene Weltgewandtheit zurückgeben.¹⁵⁹

Der große Bedarf an europäischem Kapital für den Ausbau der nordamerikanischen Infrastruktur wuchs nach dem Bürgerkrieg rasant. Um die Kriegsschulden zu tilgen, verkaufte die Regierung in Washington riesige Flächen Land an private Eisenbahnunternehmen,¹⁶⁰ die sich wiederum Geld für

152 Vgl. Murphy an Seward, 11. September 1865, NA Frankfurt.

153 Vgl. *New York Times*, 16. Juli 1865.

154 Gentry, *A Confederate Success*, 168.

155 Vgl. Ziegler, *German Private Banks*, 162.

156 Vgl. <https://erlangerky.gov/connect-erlanger/erlanger-historical-society> (letzter Abruf 16.01.2021).

157 Vgl. Avery, *The History of the State of Georgia*, 634 f.; McGrane, *Foreign Bondholders*, 286–289.

158 Vgl. Cassis, *Capitals of Capital*, 71.

159 *Der Aktionär*, 26. Dezember 1869.

160 Vgl. White, *The Republic*, 117 ff., 244 ff.

den Gleis- und Zugbau von spekulationsfreudigen Investoren aus den USA, Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien liehen.¹⁶¹ Zwischen 1865 und 1872 wuchs die Gesamtstreckenlänge in den USA von 819 auf über 7.400 Meilen.¹⁶² Frankfurt und seine auf diesen Investmentbereich spezialisierten Bankiers und Anleger bildeten, neben Berlin, das mitteleuropäische Nervenzentrum dieser Konjunkturphase. Der Erfolg des Wettens auf den Fortbestand der amerikanischen Union während des Bürgerkrieges in Form der zahlreichen Zeichnungen ihrer Staatsanleihen hatte bewiesen, dass Geldanlagen in die USA überaus rentabel sein konnten, wodurch sich der Kreis der Deutschen, die in amerikanische Wertpapiere investierten, nach dem Krieg um ein Vielfaches erweiterte und die Zahl transatlantischer Investmentbanken, viele davon Schöpfungen des Bürgerkrieges,¹⁶³ konstant zunahm.¹⁶⁴ Auch Konsul William Murphy fühlte sich berufen, an diesem Geschäft mitzuwirken. Nach seiner Dienstzeit ließ er sich dauerhaft in Deutschland nieder und arbeitete als Agent für nordamerikanische Eisenbahnfirmen.¹⁶⁵

161 Vgl. Wilkins, *The History of Foreign Investment*, 107–123.

162 Wilkins, *The History of Foreign Investment*, 113.

163 Vgl. White, *The Republic*, 243 ff.

164 Vgl. Perkins, *The Anglo-American Houses*, 119–126; Carosso, *A Financial Elite*, 76–88; Wilkins, *The History of Foreign Investment*, 120.

165 Vgl. Handels-Beilage der *Augsburger Allgemeinen Zeitung*, 9. August 1874; Sterne, Ein Amateur wird Diplomat, 131.

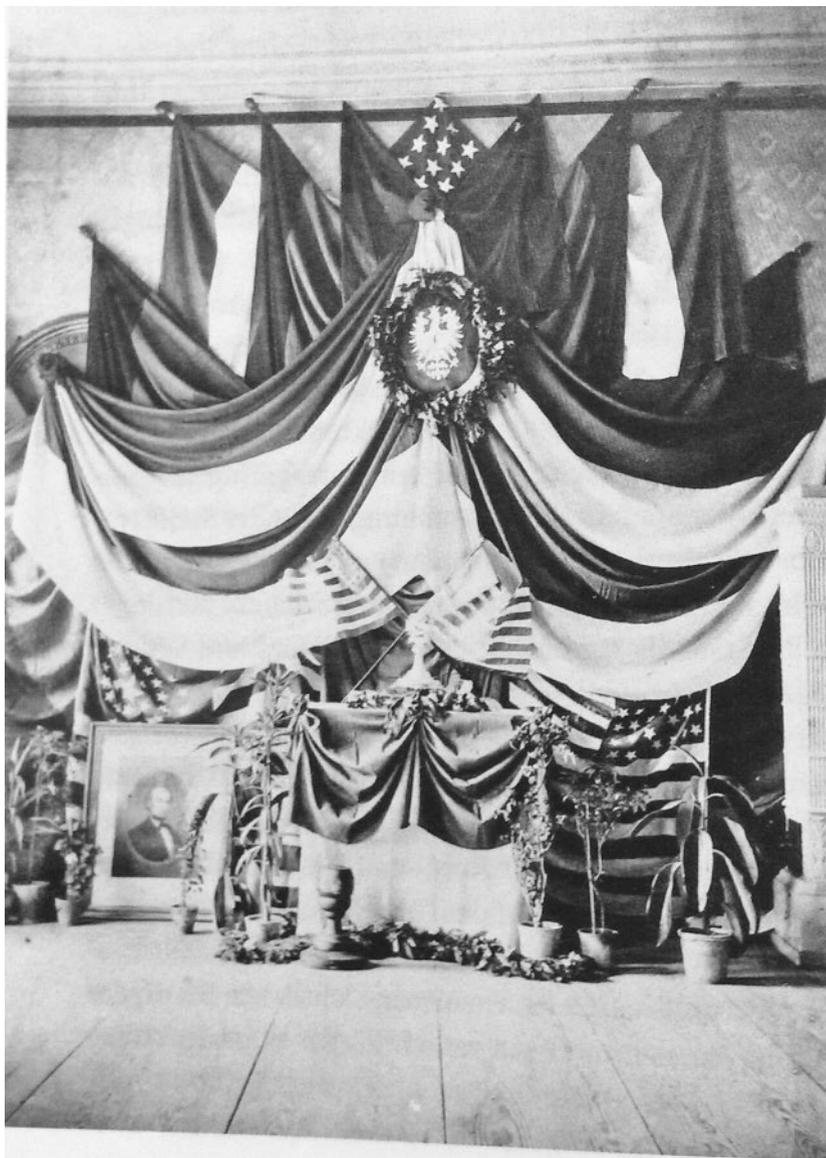


Abb. 12: Fahnenarrangement zum Amtsabschied von Konsul William W. Murphy, 1869.

Gefördert wurde diese Konjunkturphase durch den technischen Fortschritt – seit dem Sommer 1866 verband das erste, dauerhaft funktionierende transatlantische Telegrafenkabel die europäischen und amerikanischen Börsen-

plätze – und die fortschreitende Migration von Menschen und Waren.¹⁶⁶ Diese Faktoren brachten Neue und Alte Welt ökonomisch noch enger zueinander – im Guten wie im Schlechten. Der Boom der amerikanischen Staats- und Eisenbahnanleihen, ihre hohe Nachfrage in Mitteleuropa während des Krieges und danach, waren entscheidende Trigger für die weitere Entwicklung des transatlantischen Kapitalmarktes, der bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges noch nie dagewesene Ausmaße erreichen sollte.¹⁶⁷

Der Amerikanische Bürgerkrieg, so zeigt sich im Nachhinein, war einer der wesentlichen Beschleuniger dieser transatlantischen Verzahnung. Mit dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges im Juli 1870 ließ die Kauflust deutscher Anleger an den amerikanischen Papieren erstmals nach. Vom Patriotismus erfasst, trennten sich viele Aktionäre von ihren amerikanischen Papieren,¹⁶⁸ um in nord- und süddeutsche Kriegsanleihen zu investieren.¹⁶⁹ Zwei Jahre später tat die Weltwirtschaftskrise das Ihrige, um die Konjunktur amerikanischer Wertpapiere in Mitteleuropa zu stoppen. Hierbei hatte die europäische Investitionslust an amerikanischen Eisenbahnen erheblichen Anteil: Der Ausbau des Eisenbahnnetzes in den überwiegend von eingewanderten Siedlern kultivierten westlichen Staaten der USA vereinfachte, beschleunigte und vergünstigte Transport und Ausfuhr des dortigen Getreides. Günstiger Weizen aus dem westlichen Mississippi-Tal und den Great Plains schwang sich zu einem der Hauptexportartikel für Europa empor. Importeure aus Großbritannien zum Beispiel hatten den Weizenbedarf ihrer Bevölkerung zuvor in großen Teilen aus Österreich-Ungarn und Ostpreußen bezogen.¹⁷⁰ Nun aber konnten diese Regionen nicht mehr mit den verbilligten Preisen für nordamerikanischen Weizen mithalten. Der Verlust des Hauptabnehmers Großbritanniens lähmte zahlreiche österreichisch-ungarische Banken, die zuvor am Weizenexport nach Großbritannien mitverdient hatten.¹⁷¹

Im Mai 1873 schließlich brach die Wiener Börse zusammen. Die Schockwellen des Crashes griffen auf das Deutsche Kaiserreich über, wo beunruhigte Anleger begannen, ihre Anteile an US-Eisenbahnfirmen zu veräußern, nachdem bereits seit Längerem stagnierende Kurse durch gestiegene Bau- und Betriebskosten den Glanz ihrer Aktien trübten.¹⁷² Diese Firmen waren nun nicht mehr in der Lage, ihre offenen Forderungen hinreichend zu decken, da die

166 Zu den Auswirkungen des Transatlantikkabels auf die europäisch-amerikanischen (Kapital-)Märkte vgl. *Der Aktionär*, 2. September 1866 sowie Hoag, *The Atlantic Telegraph Cable*, 342–353; Garbad/Silber, *Technology*, 820–828.

167 Vgl. Torp, *Weltwirtschaft*, 575–583.

168 Vgl. *Der Aktionär*, 8. Januar 1871 (Beilage).

169 Vgl. Treue, *Die Finanzierung der Kriege*, 12–14.

170 Vgl. Dumke, *Anglo-deutscher Handel*, 193 f.; White, *The Republic*, 260 f.

171 Vgl. White, *The Republic*, 260 f.

172 Vgl. Plumpe, *Wirtschaftskrisen*, 64; Wilkins, *The History of Foreign Investment*, 121.

dringend benötigten Kapitalzuflüsse aus Europa austrockneten.¹⁷³ Es waren schließlich Bankhäuser wie das von Jay Cooke, dem Emittenten der nordstaatlichen Kriegsanleihen und zu diesem Zeitpunkt einer der größten Eisenbahnfinanziers, denen diese Verkettungen zum Verhängnis wurden. Vier Monate nach dem Wiener Börsenkrach musste Cookes einst so erfolgreiches Bankhaus Konkurs melden, weil es die europäischen Investoren nicht mehr von der Attraktivität ihrer Eisenbahnaktien überzeugen konnte. Die transatlantische Wirtschaftskrise war entfacht.¹⁷⁴ Sie leitete eine jahrzehntelange Phase „verminderten Wachstums unter deflationären Bedingungen“ ein.¹⁷⁵ Viele Kapitalisten in Deutschland wandten sich nun enttäuscht und um teilweise viel Geld ärmer vom Wachstumsmarkt USA ab. Dass viele jüdische Banken einst diese amerikanischen Wertpapiere auf den deutschen Markt gebracht hatten, war Wasser auf den Mühlen zahlreicher früh antisemitischer Kritiker und Freihandelsgegner, die durch diese Krise an „öffentlicher Präsenz“ gewannen.¹⁷⁶

Der Amerikanische und der Deutsche Bürgerkrieg schufen wesentliche Voraussetzungen für die westlichen Großmachtkonstellationen des 20. Jahrhunderts. Beide Kriege wurden zur Wahrung beziehungsweise Gründung von Staaten geführt. Diese Eigenschaft ist ihre augenfälligste Gemeinsamkeit. Die Ursachen und Strukturen waren unterschiedlich: Der Bürgerkrieg in den USA zerstörte zugunsten der vermeintlichen Freiheit einer Bevölkerungsgruppe das Gesellschaftsgefüge und Wirtschaftssystem einer anderen. Die secessionistischen Südstaaten waren der große Verlierer. Das secessionistische Preußen hingegen konnte mit dem Sieg gegen seinen ärgsten Konkurrenten Österreich seine Machtstellung in Europa ausbauen. Beide Kriege ebneten den Weg für einen neuen, von den Ambitionen starker Nationalstaaten getragenen Imperialismus, der die globalen Konflikte der kommenden Jahrzehnte prägte und mit dem Ersten Weltkrieg seinen Höhepunkt erreichte.¹⁷⁷

Der Krieg in Nordamerika erweiterte den Diskursrahmen um die Zukunft staatlicher Einheit durch Krieg(e) entlang einer transatlantischen Ost-West-Achse, die sich von der Krimhalbinsel über Mittel- und Südeuropa bis nach Nordamerika erstreckte. Interessant dabei ist, dass die Vertreter des demokratischen Spektrums zu den Befürwortern eines Imports US-amerikanischer Staats- und Freiheitsideale zählten, während Konservative und Liberale solche

173 Vgl. White, *The Republic*, 261 f.

174 Vgl. ebd., 262, 265 f.

175 Plumpe, *Wirtschaftskrisen*, 67.

176 Albrecht, *Preußen*, ein „Judenstaat“, 477. Sinnbildlich für die zeitgenössische antisemitische Kritik vgl. Germanicus, *Die Frankfurter Juden*, 20 ff., 32–38. Zur neueren wissenschaftlichen Aufarbeitung des Zusammenhangs zwischen der Weltwirtschaftskrise von 1873 und dem Antisemitismus in Deutschland vgl. Albrecht, *Preußen*, ein „Judenstaat“, 455–481; Davies, *Transatlantic Speculations*, 127–144; Volkov, *Die Juden*, 47 ff.

177 Vgl. Geyer/Bright, *Global Violence*, 619–657.

Elemente en gros ablehnten. Heute postieren sich Gegner und Befürworter der politischen Ideale der USA überwiegend in entgegengesetzter Richtung. Die historische Lagerbildung ist verständlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass die politischen Leitlinien der USA damals wie heute auf demokratischen Prinzipien beruhen, welche im Widerspruch zu den überwiegend elitären Staats- und Souveränitätsvorstellungen damaliger Liberaler, Konservativer, Adliger und Geistlicher standen.

Für das politische konstitutionelle System der geeinten deutschen Staaten bewirkte der Amerikanische Bürgerkrieg keine nachhaltigen normativen Impulse.¹⁷⁸ Im Gegenteil, die preußischen Schöpfer des Norddeutschen Bundes und mit ihnen zahlreiche Abgeordnete verstanden ihren neuen Staatenbund als Gegenstück zum nordamerikanischen Bundesstaat. Dies war aber kein Indiz fehlenden Interesses an den Ereignissen weiter westlich, sondern eine bewusste Entscheidung eben *aufgrund* des dortigen Krieges.

Die Mehrheit der Gründer und Reichstagsabgeordneten forderten ein genuin neues, ein eigenes Staatsmodell, keine westlich orientierte Nachahmung parlamentarischer Verfassungsstaaten.¹⁷⁹ Unter mehrfachen Bravo-Rufen der anderen Parlamentarier erklärte zum Beispiel der nationalliberale Abgeordnete Johannes von Miquel während einer der ersten Verfassungsdebatten des Norddeutschen Reichstags im März 1867, dass der Norddeutsche Bund konstitutionelle Parallelen zu Republiken wie den USA vermeiden solle: „Große Völker kopieren nicht, große Völker in neuen Umständen sind immer neu.“¹⁸⁰ Miquel und die Mitte-Rechts-Mehrheit im Reichstag lehnten jegliche Kritik an dem von der preußischen Regierung eingereichten Verfassungsentwurf kategorisch ab. Die konservativen und nationalliberalen Befürworter dieser zu Papier gebrachten Quintessenz zeitgenössischer Realpolitik verwarhten sich gegen alle oppositionelle Berufungen auf „historische Reminiscenzen oder theoretische Ideale“ anderer Staaten.¹⁸¹ Ja, die Abgeordneten des rechten und gemäßigt liberalen Spektrums verstanden den Amerikanischen Bürgerkrieg als Warnung. Er galt ihnen als das Ergebnis eines schwachen Staatenbunds, der dem Partikularismus seiner Mitgliedstaaten den selben Nährboden bestellt hatte wie einst die Verfassung des Deutschen Bundes, den Preußen 1866 sprengen *musste*, um „an die Stelle der Form die Wirklichkeit“ zu setzen.¹⁸² Die

178 Vgl. Fröschl, *Rezeption und Einfluss*, 49.

179 Zur Entstehungsgeschichte des Norddeutschen Bundes vgl. Jansen, *Gründerzeit und Nationsbildung*, 211–220, Mommsen, *Der autoritäre Nationalstaat*, 38–65, Siemann, *Gesellschaft im Aufbruch*, 284–289.

180 Rede von Johannes Miquel im Reichstag des Norddeutschen Bundes, 9. März 1867, zit. n. *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867*, Bd. 1, 112.

181 Ebd., 112.

182 Rede von Johannes Miquel im Reichstag des Norddeutschen Bundes, 19. März 1867, zit. n. *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867*, Bd. 1, 242.

Konservativen und Nationalliberalen im Norddeutschen Reichstag votierten deshalb für einen Staatenbund unter preußischer Zentralgewalt mit absolutistischen Zügen,¹⁸³ den sie aufgrund der jüngsten geopolitischen Krisen diesseits und jenseits des Ozeans für die sicherste Grundlage eines expandierenden Nationalstaats hielten, weil er die ökonomischen Interessen des Bürgertums in einer kleiner werdenden Welt beschützen konnte.

Freiheit und Arbeit in einer postemanzipatorischen Welt – ein Ausblick

In der nach 1865 einsetzenden Retrospektive suchten Mitteleuropäerinnen und -europäer nach Lehren für ihre eigene gesellschaftspolitische Lage, wenn sie über die Auswirkungen des Amerikanischen Bürgerkrieges reflektierten und sich einen entsprechenden Transfereffekt für Europa entweder herbeisehnten oder befürchteten. „Freiheit“ war eins der zentralen Schlagworte, das Beobachter in diesem Kontext analysierten.

Vertretern linker Weltanschauungen zufolge hatte der Bürgerkrieg in Amerika bewiesen, dass der „Selbstständigkeitstrieb der Einzelstaaten“¹⁸⁴ in einem demokratisch regierten Bundesstaat nicht zwangsläufig zum Auseinanderbrechen des Bundes führte. Falls dieser Bund einmal doch bedroht sei, würde das „in vollster Freiheit aufgezogene Volke“ für seine Aufrechterhaltung kämpfen.¹⁸⁵ „Ist es heute gestattet“, fragte ein New Yorker Korrespondent die Leser der *Augsburger Allgemeinen* im Mai 1865, „der moralischen Errungenschaft des amerikanischen Volks [der Freiheit] einen Platz unter den Errungenschaften der ganzen gesitteten Menschheit anzuweisen?“¹⁸⁶ Auch Deutschstämmige Soldaten äußerten Hoffnungen, dass ein Sieg der Freiheit in den USA auch in Mitteleuropa seine Spuren hinterlassen werde. Wenn die Rebellion in den Südstaaten endgültig unterdrückt sei, ermutigte 1862 ein Unions солдат seine Familie in Baden, dann „ist vielleicht auch an die einstige Befreiung Deutschlands zu denken denn nur von diesem Contigent [sic] wäre die Sache ausführbar. Sobald wir unser Land vom Fluch der Sklaverei befreit haben wird auch anderer Länder gedacht werden.“¹⁸⁷

Kam es nach 1865/66 zu einem solchen Einwirken des Amerikanischen Bürgerkrieges auf deutschsprachige Freiheits- und Emanzipationsdiskurse, durch das die Aufhebung der Sklaverei als Impuls für Forderungen nach umfangreicherer, staatsbürgerlicher Partizipation und/oder Emanzipation für eth-

183 Vgl. Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 1, 800.

184 *Der Fortschritt*, 22. Mai 1865.

185 Ebd.

186 *Augsburger Allgemeine Zeitung* (Beilage), 25. Mai 1865.

187 Adolph Frick an seine Mutter und Geschwister, 29. September 1862, zit. n. Helbich/Kamphoefner, *Deutsche im amerikanischen Bürgerkrieg*, 401.

nische, soziale oder religiöse Minderheiten fungierte? Und wie tief reichte dieses Einwirken? Jürgen Osterhammel hat für die Beantwortung dieser Fragen ein nützliches Vademecum formuliert. Mit Blick auf die globalen „Pfade der Emanzipation in der Arbeitswelt“ hat er festgestellt, dass Freiheit im 19. Jahrhundert „in unterschiedlichen Formen und Gradabstufungen“ vorkam und es zu erörtern gilt, *wie* frei ein Mensch war, *wozu* er die Freiheit nutzen konnte und *wovon* man ausgeschlossen blieb oder neu ausgeschlossen wurde.¹⁸⁸ Diese Fragen sollen dem folgenden Teil als Kompass dienen.

Der Bürgerkrieg fiel in eine Zeit, in der sich ein elementarer, sozialer Wandel in den deutschen Ländern, weiten Teilen des übrigen Europas und Amerikas Bahn brach. Die Industrialisierung und der damit verbundene Bevölkerungsanstieg stellte die traditionellen Herrschaftsmuster der feudalen Gesellschaften infrage, und – in den Städten schneller als auf dem Land – Bürgertum sowie Lohnarbeiterschaft erfuhren spürbaren Aufwind im Kampf um ökonomische und politische Schlüsselpositionen,¹⁸⁹ blieben aber das gesamte Jahrhundert über in einem „konstitutiven Spannungsverhältnis“¹⁹⁰ zu den Repräsentanten der alten Ständegesellschaft mit dem Adel an ihrer Spitze. Der bürgerliche Liberalismus war die treibende Kraft hinter diesem Emanzipationsprozess. Doch er verlor seine „Leitbildfunktion“ nach 1848, als er von den „inneren Widersprüchen der gesellschaftlichen Realentwicklung zusehends überholt und ausgehöhlt“¹⁹¹ wurde und viele seiner bürgerlichen Anhänger vergessen zu haben schienen, dass sie einst selbst Profiteure gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Emanzipationsprozesse waren.¹⁹² In diese spannungsgeladenen Strukturen fiel fast zeitgleich mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges der nicht auf akademische Kreise begrenzte Diskurs um Charles Darwins Evolutionstheorie,¹⁹³ in dessen Genese Thesen zum Kampf zwischen Ethnien, Nationen – aber auch zum „Aufschluss neuer Märkte“¹⁹⁴ (Marx) – und zur natürlichen Ungleichheit menschlicher „Rassen“ massenwirksam wurden und soziale Machtunterschiede entweder legitimierten oder erzeugten.¹⁹⁵

Publizisten wie Karl Andree und Julius Fröbel gehörten zu den ersten deutschen Autoren, die Darwins Theorien explizit in den Kontext des Amerikanischen Bürgerkrieges einbanden.¹⁹⁶ Karl Andree veröffentlichte während des Krieges zahlreiche abolitionismuskritische und konföderationsfreundliche

188 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 998.

189 Vgl. Fitzpatrick, *Liberal Imperialism*, 14.

190 Paulmann, *Globale Vorherrschaft*, 161.

191 Bauer, *Das „lange“ 19. Jahrhundert*, 56.

192 Vgl. ebd., 57.

193 Vgl. Junker, *Darwinismus*, 271–302.

194 Zit. n. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 1083.

195 Vgl. Geulen, *Wahlverwandte*, 72–94; Paulmann, *Globale Vorherrschaft*, 254–257; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 1081–1085.

196 Vgl. Naranch, *Global Proletarians*, 174–180; Weikart, *Origins of Social Darwinism*, 477 f.

Artikel in seiner Zeitschrift *Globus*,¹⁹⁷ und Fröbel, der einige Jahre in Amerika gelebt hatte,¹⁹⁸ verfasste in seiner 1864 veröffentlichten *Theorie der Politik* eine Blaupause für die künftige Ausverhandlung der sozialen Stellung von Afrikanern und Afroamerikanern und für die Rechtfertigung imperialistischer Bestrebungen Europas:

Daraus, daß z. B. die Negerrace entwicklungsfähig sein mag, wenn auch vielleicht nicht aus eigener Kraft, folgt in keiner Weise daß sie mit uns auf dem Fuße socialer und politischer Gleichheit zu stehen berechtigt sei. [...] Die Gleichheit immer oben, niemals unten: das muß der Grundsatz des demokratischen Gleichheitsstrebens sein; – nur die Demokratie welche Alle zu Aristokraten machen will, verdient unseren Beifall. [...] Wir können daher nicht einstimmen in den europäischen Tadel, welcher gerade den Angloamerikanern der Nordstatten [sic] es zum Vorwurfe macht und als Inconsequenz anrechnet, daß sie dem Neger die sociale und politische Gleichstellung hartnäckig versagen. [...] Die stärkste sittliche Forderung ist es daß die höhere Race der niederen gegenüber sich edelmüthig zeige und dem Ringen nach oben die helfende Hand reiche. [...] So glauben wir die Pflichten zu erfüllen welche uns durch den höheren Rang unserer eigenen Race zufallen. [...] Gewiß, wir haben Unrecht gethan und thun es noch, daß wir Millionen Afrikaner in die Sklaverei geführt und in derselben halten, – aber die Hunderte von Millionen der nämlichen schwarzen Race welche dies nicht nur haben geschehen lassen, sondern welche sogar wesentlich dazu beigetragen: – weshalb haben sie nicht das Unrecht unmöglich gemacht [?] Der Wettstreit der Kräfte ist das Gesetz des Lebens. Wer in diesem Wettstreite sich nicht selbst zu helfen vermag, der soll in der sittlichen Gemeinschaft der Menschen und Völker zwar Schutz finden, er wird sich aber als Schützling gefallen lassen müssen unter der Leitung des Beschützers zu stehen. Das ist die natur- und vernunftgemäße Stellung der Neger und anderer tiefstehenden Racen.¹⁹⁹

Solche Äußerungen legen offen, dass selbst das Freiheitsverständnis demokratischer Kommentatoren Grenzen hatte und die unbeschränkte gesellschaftliche Gleichberechtigung nicht weißer Menschen ablehnte. Wer die Union in ihrem Kampf gegen die Sklaverei unterstützte, so kann man aus Fröbels Passagen lesen, tat nichtsdestotrotz etwas dezidiert Gutes für die Afroamerikaner, weil er sie unter seinen Schutz stellte. Er musste deshalb aber noch lange kein Anhänger einer „radicalen Gleichheitslehre“²⁰⁰ sein, der Menschen nicht weißer Hautfarbe als gleichwertige Individuen auf derselben Stufe wie ihre weißen Befreier sah – im Gegenteil. Eine beschränkte gesellschaftliche und politische Gleichheit von Menschen unterschiedlicher sozialer Schichtung und Ethnien

¹⁹⁷ Vgl. *Globus*, Nr. 6, 8, 9, 10–13, 25, 27, 28, 34 (1862–63), 11, 12 (1863), Bde. 5–8 (1864–65).

¹⁹⁸ Fröbel floh 1849 aus Deutschland und arbeitete bis 1857 als Journalist und Kaufmann in Nord- und Mittelamerika. Vgl. Sander, Fröbel, 163–172.

¹⁹⁹ Fröbel, *Theorie der Politik*, Bd. 2, 40 f., 43, 46 f.

²⁰⁰ Ebd. 39.

war für eine große Zahl deutscher Kommentatoren, besonders unter den Rezipienten der Darwinschen Evolutionstheorie,²⁰¹ undenkbar, weil sie ihrer Vorstellung einer naturalistischen Ordnung zwischen Ethnien und Gruppen widersprach.

Für Frauenrechtlerinnen, die in diesen Jahren hauptsächlich aus der bürgerlichen Mittelschicht stammten,²⁰² hatte der Bürgerkrieg keine explizit positiven Veränderungen für die eigene Sache herbeigeführt. Fanny Lewald beklagte 1868, dass „von all den Tausenden und aber Tausenden von Männern, [...] welche ihrer Zeit die Emancipation der Katholiken in Irland, die Emancipation der Juden in Deutschland und schließlich die Emancipation der Neger in Amerika und der Leibeigenen in Rußland, als wesentliche Siege der Vernunft, als Thaten einer unerläßlichen Gerechtigkeit begrüßt und gefeiert hatten“, nur die Wenigsten sich bewusst waren, dass ihre „Frauen, Töchter und Schwestern unter dem Banner der Ungerechtigkeit“ weiterhin litten und „der Neger [...] in gewissem Sinne besser daran war, als das weiße Frauenzimmer in den civilisierten Staaten“, denn schwarze Sklavinnen hätten „für ihren Herren“ wenigstens den Wert besessen, sie gegen Geld verkaufen zu können, was Vätern und Brüdern weißer Frauen verwehrt blieb, wenn Letztere zeit ihres Lebens keinen Ehemann finden würden, der für sie sorgt.²⁰³

Lewalds Zynismus gegenüber der vermeintlich besseren Position afroamerikanischer Sklavinnen, der sich in diesen Zeilen widerspiegelt, belegt, dass die revolutionäre Strahlkraft des Abolitionismus innerhalb der kontinental-europäischen Frauenrechtsdiskursen Mitte der sechziger Jahre nicht mehr derart anziehend war wie noch um 1850, als sich die Akteurinnen sensibler für radikal egalitäre Argumentationsschemata und aufgeschlossener gegenüber analogen Emanzipationsphänomenen wie der Sklavenbefreiung und ihrer Adaption zeigten.²⁰⁴ Auch die emanzipatorische Wirkung selbstbestimmter Frauennarbeit, die Erlangung von Unabhängigkeit durch Arbeit, wie sie etwa die Frauen des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (gegründet 1865) und der von Wilhelm Adolf Lette gegründete Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts (1866) anstrebten, wurden wenige Jahre später wieder zu einer „Leerformel“.²⁰⁵ Sowohl weibliche als auch männliche Kritiker denunzierten die Forderung der Vereine nach „Arbeit durch Freiheit“ als „undeutsch“ und „unweiblich“. Der emanzipatorische Arbeitsbegriff wich Unterwürfigkeitstopoi wie der „Erziehung durch Arbeit zur Arbeit, Pflichtbewusst-

201 Zur frühen Darwin-Rezeption in Deutschland vgl. Kelly, *The Popularization*, 20–35; Junker, *Darwinismus*, 278–288; Zmarzik, *Der Sozialdarwinismus*, 246–262.

202 Vgl. Fisch, *Europa*, 93.

203 *Westermanns illustrierte deutsche Monatshefte*, Juli 1869, 439 f.

204 Vgl. Anderson, *Frauenemanzipation*, 84–89; Bussemer, *Bürgerliche Frauenbewegung*, 190–203; Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 728.

205 Bussemer, *Bürgerliche Frauenbewegung*, 202.

sein und [weiblicher] Opferfreudigkeit“ – zum Wohle von Staat, Nation und einer „bürgerlich-männlichen Gesellschaft“.²⁰⁶ Dass, wie Fanny Lewald formulierte, Frauen „noch immer wie die Neger es besonders darthun“ mussten, „entwicklungsfähig“²⁰⁷ zu sein, implizierte ein Überlegenheitsgefühl weiblicher weißer Protagonistinnen gegenüber Schwarzen, das sich besonders dann Bahn brach, wenn Frauen auf die eigene gesellschaftliche Diskriminierung verwiesen. Eine Analyse von Lewalds politischen Schriften aus den späten sechziger Jahren zeigt, dass die Autorin die Situation schwarzer amerikanischer Sklaven und Schwarzafrikaner sehr häufig zu Metaphern stilisierte, mit denen sie die noch größere Unfreiheit von Frauen in Deutschland illustrierte. Für Lewald war es bemerkenswert, dass Männer mit schwarzer Hautfarbe in den USA nun auf dem Papier mehr Rechte zu haben schienen als weiße Frauen in Europa, was für Lewald, die sich im Zuge des ansteigenden wissenschaftlichen Rassismus immer mehr auch rassistisch hierarchischer Argumentationsschemata bediente, einer Ungerechtigkeit gleichkam, da Schwarze, aufgrund ihrer vermeintlichen Minderwertigkeit, nicht in der Lage gewesen seien, eigenständig für ihre Rechte einzustehen. Lewald griff die Grausamkeiten der amerikanischen Sklaverei zugunsten der eigenen emanzipatorischen Agenda auf, um ein Verständnis für die Situation weißer Frauen zu schaffen. Diese Methode konnte nur Erfolg versprechen, wenn sich die Empathie für die eigentlichen Sklavinnen und Sklaven in Grenzen hielt.²⁰⁸ Der Fall der Frauenarbeit unterstreicht zudem, wie sehr Solidarität zwischen unterdrückten Gruppen zum einen von ethnischer Herkunft und zum anderen von der Akzeptanz der herrschenden Obrigkeit abhing, die in weiblicher Erwerbstätigkeit eine Abwertung und Konkurrenz zur „durchgängig männlichen Konnotation“ von freier Arbeit fürchteten.²⁰⁹

Die „Nationalisierung“²¹⁰ der Politik, die sich in Diskursen über die Rechte von Frauen und Menschen nicht weißer Hautfarbe in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den USA²¹¹ widerspiegelte, war eine Reaktion auf die neue Mobilität sozialer Gruppen, in deren Verlauf kollektive Identitäten unweigerlich Bezug auf andere Gesellschaften nehmen mussten. Nationalisierung und Globalisierung, Aneignung und Abwehr bedingten sich dadurch gegenseitig.²¹²

206 Ebd.

207 Lewald, Für und wider, 62.

208 Vgl. O'Brien, *Enlightened Reactions*, 217–234.

209 Vgl. Welskopp, *Kapitalismus und Konzepte*, 212 f. Zitat: 213.

210 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 728.

211 Vgl. Wallerstein, *The Modern World-System*, 207 ff.

212 Vgl. Conrad, *Globalisierung und Nation*, 8.

Der Umgang deutscher Beobachterinnen und Beobachter mit dem Amerikanischen Bürgerkrieg oder pauschaler: die Verzahnung transnationaler Emanzipationsdiskurse in der Mitte des 19. Jahrhunderts bewirkten in Kombination mit oftmals pseudowissenschaftlichen Weltdeutungen eine intensivere Auseinandersetzung mit der eigenen Gemeinschaftszugehörigkeit, was zu einem Erstarren rassistischer Ideologien, imperialer Machtansprüche und zur Dynamisierung imperialistischer Weltanschauungen führte.²¹³ Aus dieser Perspektive betrachtet hatte der Bürgerkrieg für die betroffenen Akteurinnen und Akteure langfristig mehr negative Auswirkungen als positive. Sowohl in Amerika als auch in Europa blieb Freiheit nach der Aufhebung der Sklaverei ein exklusiver, „herrschaftsbewahrender“²¹⁴ Begriff, der gesellschaftlichen, ethnischen und konfessionellen Minderheiten die volle gesellschaftliche Partizipation absprach und ihnen bestenfalls einen Status als Schutzbedürftige zugestand.²¹⁵

Auf mögliche Folgen der Sklavenbefreiung für die politische und gesellschaftliche Emanzipation mitteleuropäischer Arbeiterinnen und Arbeiter reagierten Vertreter des Bürgertums mit Vorbehalt. Das war für eine eindringlichere Solidarität mit den befreiten Afroamerikanern insofern nachteilig, da die Arbeiterbewegungen und -Vereine zu jener Zeit mehrheitlich von Bildungsbürgern geleitet wurden (oder unter deren Obhut standen),²¹⁶ die einer Emanzipation der „dienenden Schicht“²¹⁷ zumeist mit Skepsis begegneten und sich stattdessen, mitunter aus Prestigedrang und Paternalismus,²¹⁸ durch Protektion und Kontrolle über die wachsende Zahl ihrer Unterstützer einen möglichst konfliktfreien „Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit“²¹⁹ versprachen. Arbeiterschaft und Bürgertum waren nicht resistent gegen die erstarkende Popularität rassistischer Weltbilder, wie sie sich durch die anwachsende Rezeption der Naturwissenschaften etablierten.²²⁰

Abgrenzungen zu unteren Schichten²²¹ oder zur „minderwertigen Masse“²²² gingen mit Emanzipationsdiskursen Hand in Hand. Vorbehalte hinsichtlich der Gleichwertigkeit von Menschen schwarzer Hautfarbe waren auch

213 Vgl. hierzu immer noch grundlegend Arendt, *Elemente und Ursprünge*, bes. 284–404.

214 Richter u. a., *Was ist Freiheit?*, 132.

215 Zu Juden, Polen und andere ethnische Minderheiten im Deutschen Bund und im Kaiserreich vgl. Gosewinkel, *Einbürgern und Ausschließen*, 136–277.

216 Vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 156 ff.; Schmidt, *Brüder*, 419–436.

217 Conze, *Arbeiter*, 239.

218 Vgl. Schmidt, *Brüder*, 433.

219 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 165.

220 Vgl. Fisch, *Europa*, 312–320; Hobsbawm, *The Age of Capital*, 246 ff., 253–261.

221 Vgl. Paulmann, *Globale Vorherrschaft*, 170–178.

222 Stephan Born zit. n. Herzig, *Unterschichtenprotest*, 113.

in den Arbeiterbewegungen anzutreffen.²²³ In seinem Verriss des von seinem Gegenspieler Hermann Schulze-Delitzsch vielfach aufgegriffenen Selbsthilfegedankens zum Wohl der Arbeiter bediente sich Ferdinand Lassalle, der wortstarke Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, eines verbreiteten evolutionistischen Stilmittels, nämlich der Gleichsetzung Schwarzer mit unmündigen Kindern,²²⁴ und negierte dadurch deren Ähnlichkeit zu vorgeblich selbstbestimmten, weißen Arbeitskräften:

Sind unsere Arbeiter Neger, Herr Schulze? Auf über einer Druckseite setzen Sie den Leuten auseinander, daß jeder selbst essen, selbst trinken muß, wenn er satt werden will, daß da „nichts hilft“ etc. etc. etc. Das wußten wohl die Arbeiter noch nicht, ehe Sie zu Ihnen kamen, Herr Schulze? Dieses Kleinkindergeschwätz nennen Sie populäre Vorträge für Arbeiter?²²⁵

Eine ähnliche Abstufung nahm ein liberaler Abgeordneter des Norddeutschen Reichstages vor:

Dient man denn den Interessen des Arbeiters, wenn man ihm sagt: du bist ein elender Sklave, – wenn man ihn in seinen eigenen Augen zu erniedrigen sucht zu einem Nigger, der gemißhandelt, gepeitscht, gefoltert [...] wurde? Ich habe eine bessere Meinung von einem Arbeiter.²²⁶

Schwarze Menschen, ob frei oder versklavt, galten auch nach dem Bürgerkrieg als Personen zweiter Klasse. Kollektive Emanzipationsforderungen stießen vor diesem Hintergrund selbst innerhalb emanzipationsbegieriger Gruppen auf Einschränkungen und Distanz. „Trotz der Wichtigkeit jener in Amerika erzielten Erfolge“, reflektierte ein Redner auf dem Stiftungsfest des Arbeiterbildungsvereins Hameln 1866, sei „der wahre Sieg“ der Arbeiteremanzipation „nur in Europa und besonders in Deutschland, dem Lande der hohen Intelligenz“ zu erzielen.²²⁷ Die grenzüberschreitende Unterstützung von Arbeitern und Unterdrückten anderer Nationen stand das gesamte 19. Jahrhundert über in einem Spannungsverhältnis „zwischen nationaler Zugehörigkeit und Zuschreibung einerseits und internationaler Solidarität andererseits“.²²⁸ Die national ausgerichtete Organisation der Arbeitervereine und nicht zuletzt der Nationalismus selbst trugen dazu bei,²²⁹ dass die eigene Exklusion der Arbei-

223 Vgl. Schwartz, „Proletarier“, 537–570.

224 Vgl. Sobich, *Schwarze Bestien*, 118.

225 Lassalle, Herr Bastiat-Schulze, 48.

226 Karl Braun zit. n. *Die Verhandlungen des Reichstags* (1869), 17.

227 *Allgemeine Deutsche Arbeiter-Zeitung*, 20. Mai 1866.

228 Schmidt, *Brüder*, 464.

229 Vgl. Schmidt, *Brüder*, 464.

ter Mitteleuropas nicht zu einer längerfristigen Unterstützung der Afroamerikaner und Afrikaner führte. Der in den sechziger Jahren zu beobachtende „universalistische Humanismus“,²³⁰ der vereinzelte transnationale Solidaritätsbekundungen unter den deutschen Arbeitern stimulierte, entpuppte sich bei genauerem Hinsehen als überaus exklusiv und stieß schon bei der Solidarisierung zwischen weißen europäischen Arbeitern an religiöse, sprachliche und nationale Grenzen.²³¹ Dass diese Umstände einer Solidarität mit den Angehörigen einer vermeintlich niederen Gruppe von Menschen nachteilig war, ist evident.

Des Weiteren lagen die Gründe für eine nachhaltigere Aussprache zugunsten der emanzipierten Afroamerikaner, die über wohlgesonnene Bekundungen wie sie etwa der oben erwähnte Leipziger Arbeiterbildungsverein äußerte, hinausgingen, in der Tatsache begründet, dass Sklaven in der ohnehin uneinheitlichen Begriffsdefinition des „Arbeiters“ für gewöhnlich nicht als solche verstanden wurden. Obwohl die Definition, wer als Arbeiter galt und wer nicht, immer durchlässiger wurde und immer mehr Berufsgruppen einschloss (einerseits bedingt durch die fortschreitende Differenzierung der Berufe im Verlauf der Industrialisierung, andererseits zur Erhöhung der Mitgliederzahlen der Arbeitervereine),²³² grenzten sich Arbeiter stets horizontal und vertikal ab. Die Welt der organisierten Arbeiterschaft war vorrangig eine des „männlich dominierten Handwerks“,²³³ der männlichen Facharbeiter und – ein Zugeständnis an deren Führungsriege – männlicher Intellektueller, die einen „Beitrag zur Befreiung, Bildung, und Veredlung des Volkes liefern“²³⁴ wollten. Arbeitenden Frauen und ungelernten Tagelöhnern blieb dieser Kreis verschlossen. Dasselbe galt für Millionen Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiteten oder als Saisonkräfte zwischen Stadt und Land pendelten,²³⁵ für die große Zahl der „halb-leibeigenen“, vertraglich gebundenen Gutstagelöhner²³⁶ sowie für das häusliche Dienstpersonal, das unter dem obrigkeitlichem Gesinderecht stand und bis 1918 von Emanzipationsprozessen weitgehend ausgeschlossen blieb.²³⁷ Dass Kleinbauern, Erntehelfer, Mägde und Knechte in aller Regel nicht zu Arbeitern gezählt wurden und dementsprechend kaum auf organisierte Unterstützung hoffen konnten, war für die eingeschränkte deutsche Solidarität mit den amerikanischen Sklaven, die mehrheitlich in der Landwirtschaft

230 Ebd., 463.

231 Vgl. Hobsbawm, *Age of Empire*, 118–124; Schmidt, Brüder, 458–464 sowie zu den meist europäischen Grenzen der „Internationalismen“ und den mit ihnen verbundenen nationalen Interessen ihrer Akteure Paulmann, *Globale Vorherrschaft*, 400–408.

232 Vgl. Schmidt, Brüder, 35.

233 Schmidt, Brüder, 35.

234 *Allgemeine Arbeiter-Zeitung*, 18. Mai 1848, zit. n. Schmidt, Brüder, 34.

235 Vgl. Schmidt, Brüder, 35.

236 Vgl. Kocka, *Zur Schichtung*, 386.

237 Vgl. Engelsing, *Das häusliche Personal*, 115–121.

arbeiteten,²³⁸ ebenso fundamental wie das individualistische Grundmotiv, das dem Selbstbild institutionell organisierter Arbeiter in Europa innewohnte: Als Arbeiter galt, cum grano salis gesprochen, wer für seine Tätigkeit Lohn erhielt, eine Lehre absolviert hatte, Fleiß an den Tag legte, den Willen zeigte, durch seine Arbeit einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten und im Rahmen seiner Möglichkeiten eigenständig handeln konnte,²³⁹ selbst wenn diese Eigenständigkeit nur darin bestand, freiwillig den Arbeitgeber wechseln zu können. Diese Erkennungsmerkmale schärfen Führungspersönlichkeiten der Arbeiterbewegungen ihren Anhängern nachdringlich ein. Während eines Vortrags im Berliner Arbeiterverein 1865 erklärte Schulze-Delitzsch seinen Zuhörern:

Sklavenarbeit [...] ist weder hinsichtlich der Menge noch der Güte ihrer Erzeugnisse auch nur entfernt mit der Arbeit des Freien zu vergleichen, der nach eigenen Antrieben, unter Benutzung seiner eigenthümlichen Anlagen [...] sich das Feld seiner Thätigkeit wählt und dasselbe im eignen Interesse, da ihm die Früchte dieser Thätigkeit zugute kommen, vollständig auszubeuten bestrebt ist.²⁴⁰

Demnach besaßen Sklaven eine dem Ideal freier Arbeit zuwiderlaufende Einstellung. Diese war allerdings nicht Resultat einer vermeintlich angeborenen Trägheit, sondern, wie mehrere Historiker dargelegt haben, ein allgemeiner Wesenszug ländlicher Arbeitsethik aus vorindustrieller Zeit: Harte körperliche Betätigung auf Plantagen und Äckern galt als notwendiges, aber ehrbares Übel, das diejenigen, die sie ausführten, einer rationalen, routinemäßigen Erwerbsarbeit, die dem Streben nach Gewinn, Luxus und der Aufwertung des eigenen Prestiges zu dienen schien, vorzogen.²⁴¹ Der Impetus solcher Äußerungen wie der von Schulze-Delitzsch war somit in erster Linie ein rassistisch hierarchischer: Schwarzen Menschen fehle es an einem sowohl für Mitglieder des Bürgertums als auch der weißen Arbeiterschaft elementaren Distinktionsmerkmal, der Respektabilität.²⁴²

238 Vgl. Fogel/Engerman (Hg.), *Time*, 38–44; Meissner u. a., *Schwarzes Amerika*, 108, 114 f.

239 Vgl. Schmidt, *Brüder*, 34 ff. Dass (Lohn-)Arbeit und Sklaverei in Wirklichkeit deutlich differenzierter sind und an vielen Stellen fließend ineinander übergehen, zeigt unter anderem van der Linden, *Workers of the World*, 35–55.

240 Schulze-Delitzsch, *Freie Arbeit*, 3.

241 Vgl. Conze, *Arbeit*, 167–181; Genovese, *Roll, Jordan, Roll*, 298 f., 309–312; Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, Bd. 1, 148, 176 f.

242 Vgl. Foner, *Free Soil*, 296–300, 308–317; Hobsbawm, *The Age of Capital*, 224 ff. Schulze-Delitzsch sprach in diesem Zusammenhang von gesellschaftlichen Pflichten: „In dem Augenblick, wo mit Durchführung der freien Arbeit die Arbeiter ihre Stellung in der Gesellschaft einnehmen, treten dieselben in einen Kreis nicht bloß neuer Rechte, sondern auch neuer Pflichten. Fordern sie von der Gesellschaft die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung, so fordert dafür die Gesellschaft von ihnen, daß sie sich den Grad der Bildung anzueignen streben, [...] den ihnen als Menschen und Bürgern gestellten Aufgaben sich gewachsen zeigen.“, Schulze-Delitzsch, *Die freie Arbeit*, 5–6.

Dieser durch ihre Unfreiheit vermeintlich bedingte und nun auch immer häufiger biologisch legitimierte, von außen projizierte Makel haftete Afroamerikanern und Afrikanern in transnationalen Diskursen bis ins 20. Jahrhundert an und nährte freiheitliche Gegenstücke in Gestalt von Beschränkungen, Zwängen und Kontrollmechanismen durch Weiße.²⁴³ Eine solche Kontrolle durch die herrschenden Klassen erlebten Afroamerikaner, Afrikaner, aber auch weiße Arbeiter, ohne dass Letztere – trotz allem besser situiert – die Gemeinsamkeit aufgriffen und die Lage der Schwarzen ändern wollten.²⁴⁴ Stattdessen wird deutlich, dass nach dem Bürgerkrieg Distanz, Desinteresse und Ablehnung deutscher Beobachter am Schicksal der Afroamerikaner zu-, nicht abnahmen.²⁴⁵

Deutsche Diskurse über Arbeit, Sklaverei und Emanzipation schufen nach 1865 neue Sichtweisen auf Schwarze, förderten Zweifel am Erfolg des Abolitionismus, halfen, den Wandel der durch den Bürgerkrieg ins Wanken geratenen Weltwirtschaft zu verstehen und Forderungen nach eigenen Kolonialexperimenten, bei gleichzeitiger Distanz zu dunkelhäutigen Menschen oder (einstigen) Sklaven, zu konkretisieren.²⁴⁶ Zwar gaben deutsche Zeitgenossen dann und wann Fingerzeige auf die positiven Impulse, die die Emanzipation der amerikanischen Sklaven für Europäer versprachen, dass zum Beispiel der Händedruck zwischen Präsident Lincoln und vier schwarzen Gästen beim Neujahrsempfang im Weißen Haus 1864 „mehr zu bedeuten [hätte] als ein ganzes Dutzend österreichischer Reformprojekte mit angehängten Fürstentagen“,²⁴⁷ aber auch hier vollzog sich, ähnlich wie in der publizistischen Rezeption der Sklaverei (siehe Kapitel 2) oder im Diskurs um Frauenrechte, eine Verschiebung von *race*- und *class*-Parametern, in deren Auseinandersetzung die Grausamkeiten der Sklaverei mit den eigenen Lebensumständen weißer Europäer zwar verglichen, aber nicht gleichgestellt, sondern stark relativiert wurden, was dazu führte, dass die Versklavung dunkelhäutiger Menschen im Vergleich zur vermeintlich schlimmeren „weißen Sklaverei“ verharmlost wurde. Auch vier Jahre nach dem Bürgerkrieg las man, dass die „Fabrikarbeiter“ Europas allen Grund hätten, den „americanischen Sklaven“ zu beneiden, weil er für seinen Besitzer wertvolles Kapital darstelle, das es zu pflegen galt, wohingegen europäische Arbeiter nur eine „leicht und wohlfeil“ zu ersetzende Arbeitskraft verkörperten.²⁴⁸ Ein Forstmeister echauffierte sich in einem Zeitungsbeitrag: „Während man über die Abschaffung der schwarzen Sklaverei triumphiert, be-

243 Vgl. Mbembe, Kritik, 153–163.

244 Vgl. Kocka, Arbeitergeschichte, 193 f.

245 Vgl. Bruns, *Toward a Transnational History*, 122–132; Hoerder, *Africans in Europe*, 231–240; Naranch, *Global Proletarians*, 169–182; Paul, *Kulturkontakt*, 229–260; ebd., *Africa in America?*, 184–197.

246 Vgl. Naranch, *Global Proletarians*, 180.

247 *Allgemeine Deutsche Arbeiter-Zeitung*, 7. Februar 1864.

248 Unbekannt, *Zur Arbeiterfrage*, 7.

müht man sich, die weiße Sklaverei fortbestehen zu lassen“, indem man Industriellen und Kaufleuten durch technische Entwicklungen, Freizügigkeit und Freihandel zu mehr Reichtum ver helfe, „den armen Arbeitern“ hingegen ein „menschenwürdiges Leben“ verwehrte.²⁴⁹

Alle diese zeitgenössischen Äußerungen verweisen letztlich auf ein allgemeines Phänomen: Emanzipationsprozesse sind stets von Vorurteilen, Distanzierungsversuchen und Diskriminierungen begleitet. Diese Beobachtung lässt sich auch für die transatlantischen Emanzipationsdiskurse nach 1865 festhalten: Ehemalige Sklaven, Arbeiter und andere subalterne Gesellschaftsgruppen mussten sich ihren neu gewonnenen Privilegien und dem Respekt der herrschenden Schichten würdig erweisen, um als achtbare Mitglieder der Gesellschaft angenommen zu werden. Die Abwehr der nächsthöheren Schichten folgte dieser Entwicklung auf Schritt und Tritt: „Man proklamirt zwar die Gleichheit der Racen und will den Neger auf eine Stufe mit dem Kaukasier stellen [aber] der Schwarze hat absolut kein Ehrgefühl, auch in seiner Freiheit erhebt er sich nicht zur Selbstachtung“, las man in einer Publikation über den „socialen Krieg“, der durch die transatlantische Emanzipation des „vierten Stands“ drohe.²⁵⁰

Ängste vor der Befreiung der Sklaven und die Auswirkungen ihrer vermeintlich antikapitalistischen Arbeitseinstellung schufen neue Kontrollinstanzen in der transatlantischen Auseinandersetzung um Freiheit und Forderungen nach „Erziehung durch Arbeit“. Marcel van der Linden hat darauf hingewiesen, dass „Transitione[n] zu einem anderen Arbeitsregime stets mit Ungewissheiten“ einhergehen.²⁵¹ Ungewissheiten provozieren Unsicherheiten, was sich in der Auseinandersetzung mit der Emanzipation der Sklaven in den USA veranschaulichen lässt. Deren Befreiung konnte als Erfolg des politischen Liberalismus gefeiert werden, aber aus wirtschaftlicher Sicht sah die Sache ganz anders aus. Emanzipation, so die weitläufige Auffassung in den oberen und mittleren Klassen Mitteleuropas und Nordamerikas, bedurfte Kontrolle und – das war überlebensnotwendig – der Auslieferung der zu Emanzipierenden an den „Markt und seinen Gesetzen“.²⁵² Denn „jede Beseitigung oder Abschwächung einer Ungleichheit verbessert zwar die Position der bislang Benachteiligten oder Diskriminierten, aber sie verschlechtert auch in genau gleichem Maß die Position der bislang Privilegierten“,²⁵³ die bis zu diesem Zeitpunkt von der Ungleichheit profitierten. Die *Illustrierte Welt* warnte schon während des Bürgerkrieges vor Augenwischerei bei der Sklavenfrage und ihrer prokla-

249 *Neue Augsburger Zeitung*, 30. Januar 1866.

250 Unbekannt, Bayern und die neue Aera, 45.

251 Van der Linden, *Workers of the World*, 95.

252 Walther, *Wirtschaftlicher Liberalismus*, 799.

253 Fisch, *Europa*, 35.

mierten Beendigung durch die Unionsregierung, dass die Emanzipation jeder „arbeitenden Klasse“ nicht ohne Schwierigkeiten geschehen könne.²⁵⁴ Deshalb müsse jeder Akt sozialer und politischer Emanzipation mit „Verordnungen und sorgsam berechneten Gesetzen“ einhergehen, zumal wenn sie eine „Rasse tropischen Ursprungs“ betraf.²⁵⁵ „Wir haben nie daran geglaubt, daß der Buchstabe eines Gesetzes ausreicht, um aus gepeitschten Sklaven mit allen Tugenden geschmückte Bürger zu machen“, las man in einem Aufmacher der *Weser-Zeitung* kurz nach der Kapitulation der Konföderierten Staaten. Einzig „eine weise, allmählich erziehende Gesetzgebung“²⁵⁶ könne die befreiten Schwarzen zu diesen bürgerlichen Tugenden leiten.

Sozialreformer wie Gustav Schmoller gehörten ebenfalls zu den frühen Fürsprechern von Kontrollmaßnahmen und Zwangsarbeit für subalterne Gesellschaftsgruppen, was sich zum Beispiel auf den Umgang mit polnischstämmigen Saisonkräften in der ostpreußischen Landwirtschaft und mit indigenen Bevölkerungsgruppen in den afrikanischen Kolonien der europäischen Großmächte auswirken sollte. Wie Historiker wie Sebastian Conrad, Andrew Zimmerman und Sven Beckert herausgearbeitet haben, diente der postemanzipatorische Süden der USA den deutschen Staaten und dem späteren deutschen Kaiserreich als Modell für den kontrollierten Umgang mit Arbeitskräften – besonders solchen, die in den Augen ihrer Vorgesetzten als biologisch minderwertig galten und nicht in der Lage schienen, vollwertige und achtbare Mitglieder der nationalen Gemeinschaft zu sein.²⁵⁷ Das Ende des Bürgerkrieges und die schlagartige Befreiung von vier Millionen Menschen markierte in dieser Entwicklung einen revolutionären Neubeginn. Eine „Vormundschaft“²⁵⁸ durch die weiße Bevölkerung galt demnach als einzig logische Konsequenz. Ethnische Minderheiten (soziale und in vielen Fällen auch religiöse) hatten sich entweder durch Bildung, die in der Regel an ökonomische und gesellschaftliche Hürden geknüpft war,²⁵⁹ Zugang zu gesellschaftlicher Partizipation verschaffen oder sich als „Schützling“ der herrschenden männlichen Obrigkeit unterzuordnen und darauf zu hoffen, dass sie ihnen ein angemessenes Maß an Freiheit erlaubten.

Alle diese Befunde zeigen, wie sehr, entgegen aller Sympathiebekundungen für den Sieg der Nordstaaten, Rassismus und gesellschaftliche Ausgrenzung als „Puffer gegen Gleichbehandlung“²⁶⁰ zur Bewahrung traditioneller Herrschaftsverhältnisse genutzt wurden. Nicht nur gegen Menschen schwarzer

²⁵⁴ *Die Illustrierte Welt*, Bd. 11, 470.

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ *Weser-Zeitung*, 15. Juli 1865.

²⁵⁷ Vgl. Beckert, King Cotton, 319–344; Conrad, Globalisierung und Nation, 74–167; Zimmerman, Alabama in Africa, 70–80 u. 100–111; ebd., Race and World Politics, 359–371.

²⁵⁸ *Weser-Zeitung*, 18. November 1865.

²⁵⁹ Vgl. Richter u. a., Was ist Freiheit?, 129.

²⁶⁰ Sobich, Schwarze Bestien, 116.

Hautfarbe, sondern auch gegen Weiße, die ordnender und sie kontrollierender Instanzen bedurften, weil sie aufgrund mangelnder Bildung oder mangelndem Besitz, ethnischer Abstammung oder Religion nicht in Lage zu sein schienen, sich als achtbare Mitglieder in eine bürgerliche Gesellschaft einzufügen.

Die oft gewaltsamen Konflikte zwischen Schwarzen und Weißen in der Ära der *Reconstruction* (1865–1877) führten zur einer negativen Wahrnehmung der Afroamerikaner durch deutsche Beobachter. Grundsätzlich braucht jede Ideologie, der Rassismus nicht ausgenommen, „genügend Erfahrungsmaterial [...] um plausibel zu erscheinen“.²⁶¹ Heike Paul spricht in diesem Zusammenhang von einem Paradigmenwechsel in der deutschsprachigen Rezeption der Afroamerikaner für die Zeit nach 1870/71. Unter den Eindrücken der deutschen Nationalstaatsgründung und des expandieren europäischen Imperialismus wurden Afroamerikaner nach Paul von deutschen Beobachtern zu *dem* kulturellen, sozialen und politischen Problem der USA stigmatisiert.²⁶² Wo einst schemenhaft symbolische Annäherungstendenzen zwischen Schwarzen und Deutschen anzutreffen gewesen seien, klaffte nach dem Bürgerkrieg ein Graben. Rassismus und soziale Abgrenzung waren in der Auseinandersetzung mit Afroamerikanern ein konstitutiver Bestandteil für die Integration deutscher Einwanderer in die (weiße) amerikanische Gesellschaft geworden.²⁶³ Mitglieder der deutschamerikanischen Diaspora hatten sich, nicht zuletzt durch ihre Teilnahme am Bürgerkrieg, als treue Anhänger der Union verdient gemacht und dadurch gesellschaftliches Prestige gewonnen oder strebten es zumindest an. Nur die soziale und politische Teilhabe am weißen Amerika versprach ein gewisses Maß an Wohlstand und Respektabilität.²⁶⁴ Die befreiten Afroamerikaner hingegen drohten zu direkten ökonomischen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt zu werden.

Allerdings spricht einiges dafür, die Anfänge des von Heike Paul konstatierten Paradigmenwechsels früher zu datieren: Er gründete erstens auf der rassistisch und ökonomisch bedingten Gleichgültigkeit der deutschsprachigen Sklavereirezeption *vor* dem Bürgerkrieg und zweitens auf den Rückwirkungen der kriegsbedingten Sklavenemanzipation auf die transatlantische, deutschamerikanische *imagined community*. Die Emanzipation konnte nach Meinung von Kritikern nämlich schlimmstenfalls dazu führen, dass Deutsche den Platz der afroamerikanischen Sklaven einnehmen mussten. Die deutsche Diaspora, ihr Konkurrenzverhältnis zu der sich emanzipierenden, untersten Gesellschaftsschicht und ihre Verflechtungen ins Heimatland konnten bedrohliche Transfereffekte für die Entsenderegionen, sprich die deutschen Staaten, bereithalten und schlimmstenfalls zu sozialem Chaos führen. Sie konnten aber auch

261 Arendt, *Elemente und Ursprünge*, 353.

262 Vgl. Paul, *Africa in America?*, 184–187.

263 Vgl. Keil, *German Immigrants*, 138.

264 Vgl. Paul, *Kulturkontakt*, 231.

als Impuls für den eigenen Umgang mit ethnischen und sozialen Minderheiten funktionieren.

Das schlagartige Überangebot an freien Arbeitskräften in Nordamerika provozierte eine neue transnationale Dimension des Gewalt- und Ausbeutungspotenzials von Menschen durch Menschen²⁶⁵ sowie neue Transferphänomene kolonialen Wirtschaftens in einheimischen Arbeitsverhältnissen und vice versa. Mit dem Ende der Sklaverei in den USA sei der „Racenhochmuth [...] gar nicht abgeschafft, vielmehr verschärft“,²⁶⁶ mahnte ein Mitbegründer der preußischen Konservativen Partei. Um jenem Überangebot habhaft zu werden, so der Gedankengang vieler Weißer, brauchten die Befreiten einen Wegweiser, eine ordnende Hand. Dieser Ruf nach Ordnung vor Gleichheit belegt die Anfälligkeit vieler Beobachter für eine ungleiche Behandlung ethnischer Minderheiten und unterstreicht zugleich ihre Rolle als treibende Kraft in der Entwicklung eines sich allmählich dynamisierenden Rassismus,²⁶⁷ bestärkt durch naturalistisch-biologistische Theorien und Ausgrenzungsmechanismen gegenüber als andersartig stigmatisierten Gruppen.

Zwar zeichnete sich 1865 eine in Maßen wiedererstarke Sensibilisierung für liberale Emanzipationsideale in den deutschen Staaten und ein kurzzeitiges Aufblühen der politischen und gesellschaftlichen Ziele von 1848 ab. Doch strukturelle Veränderungen wie die zunehmende wissenschaftliche Legitimierung rassistischer Welt- und Ordnungsbilder, die Urbanisierung und die mit ihr verflochtene Landflucht von Unterschichten und Minderheiten, vorrangig Polen und Juden, in deutsche Großstädte und Ballungszentren wie Berlin, Breslau, Hamburg, München, Bremen und dem Ruhrgebiet einerseits²⁶⁸ sowie Zäsuren wie das „Schockerlebnis“²⁶⁹ des Krieges von 1866 und die bellizistische Reichsgründung 1870/71 andererseits stärkten kulturpessimistische, exklusive und antiegalitäre Ideologien und Herrschaftsdiskurse, die kaum ein Augenmerk auf den Ausbau politischer Partizipation und sozialer Gleichberechtigung legten.²⁷⁰

Millionen Einwohnerinnen und Einwohner der deutschen Staaten etwa spürten von der „glanzvolle[n] Reformzeit“²⁷¹ der bürgerlichen Reichsgründung nach 1866 reichlich wenig. Das vom Norddeutschen Reichstag verabschiedete allgemeine, gleiche, geheime und direkte Männerwahlrecht war zwar ein großer verfassungshistorischer Wurf. Er wurde von der preußischen

265 Vgl. Grass/Koselleck, *Emanzipation*, 197.

266 Wagener zit. n. Grass/Koselleck, *Emanzipation*, 197.

267 Vgl. Zimmerman, *Race and World Politics*, 359.

268 Vgl. Jansen, *Gründerzeit und Nationsbildung*, 79–89; Oltmer, *Migration*, 75 f.; Panayi, *Ethnic Minorities*, 49 f.; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 26–31, 510–543.

269 Zmarlzik, *Der Sozialdarwinismus*, 262.

270 Vgl. Leonhard, *Bellizismus und Nation*, 601–645.

271 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 311.

Regierung aber nicht zuletzt mit dem Kalkül genehmigt, dass die traditionell konservative Landbevölkerung königstreu stimmen und dadurch den wachsenden Arbeiterparteien Paroli bieten würde.²⁷² Eine unflexible, bis 1918 gültige Wahlkreiseinteilung maß Stimmen aus ländlichen Gegenden politisch größeres Gewicht bei als solchen aus städtischen Wahlkreisen mit hohem Arbeiteranteil.²⁷³ Während der Wahlen zum Nord- und später zum gesamtdeutschen Reichstag hatten Arbeiter mit Wahlabsicht Schikanen wie Verhaftungen, Verleumdungen und Sanktionen durch ihre Arbeitgeber zu erdulden.²⁷⁴ Ungleich schlimmer noch waren der Widerstand und Terror weißer Privilegierter in den Nachkriegs-USA, den viele nun erstmals wahlberechtigte Afroamerikaner zu erleiden hatten.²⁷⁵ Aber ethnische Minderheiten mussten sich auch in Deutschland ausgegrenzt fühlen.²⁷⁶ Ihre Rechte blieben Angelegenheit der einzelnen Bundesstaaten; auf einen allgemein verbindlichen Grundrechtekatalog wollte sich die Mehrheit der verfassunggebenden Versammlung des Norddeutschen Reichstages nicht einigen.²⁷⁷ Ein hoher „Assimilationsdruck“ und damit einhergehende „kulturelle und soziale Diskriminierungen“²⁷⁸ lasteten dadurch auf deutschen Juden, Polen, Dänen, Elsässern und anderen Minderheiten.²⁷⁹ Vor allem wenn sie nur über wenig kulturelles oder ökonomisches Kapital verfügten. Emanzipatorische Zugeständnisse wie die vollständige Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung im Norddeutschen Bund (1869) und zwei Jahre später im Deutschen Kaiserreich provozierten praktisch immer die Oppositionen gegen solche Zugeständnisse.²⁸⁰ Um mit Hannah Arendt zu sprechen: „Je weniger sich ein Nationalstaat für die Eingliederung fremder Völker eignete, desto größer war die Versuchung, sie einfach zu unterdrücken.“²⁸¹

Das Zeitalter der transatlantischen Revolutionen, mit dem Bürgerkrieg als vorläufigem Höhepunkt, erlebte eine sukzessive Abschaffung der Sklaverei. Gleichzeitig trug dies dazu bei, neue Formen der Unterdrückung zu rechtfertigen und althergebrachte Machtverhältnisse und ökonomische Ungleichheiten im transatlantischen Raum am Leben zu erhalten.²⁸² „Mithilfe beispielloser Summen europäischen Kapitals und imperialer Staatsmacht“²⁸³ versprachen sich euro-

272 Vgl. Weichlein, *Nation State*, 294–297.

273 Vgl. Kaiser, *Zum Verhältnis von Vertragsfreiheit*, 135.

274 Vgl. Pollmann, *Arbeiterwahlen*, 187.

275 Vgl. Foner, *Reconstruction*, 342 f.; Williams, *They Left Great Marks*, 30–34.

276 Vgl. Jansen, *Gründerzeit und Nationsbildung*, 212.

277 Vgl. Gosewinkel, *Einbürgern und Ausschließen*, 164 f.

278 Gosewinkel, *Einbürgern und Ausschließen*, 201.

279 Vgl. Rürup, *Liberalismus und Emanzipation*, 25–38; Schaser/Schüler-Springorum, *Liberalismus und Emanzipation*, 19–22.

280 Vgl. Battenberg, *Judenemanzipation*, 33; Panayi, *Ethnic Minorities*, 89–95.

281 Arendt, *Elemente und Ursprünge*, 343.

282 Vgl. Hoerder, *Africans in Europe*, 239 f.; Mathisen, *The Second Slavery*, 687.

283 Beckert, *King Cotton*, 256.

päische Kaufleute nach 1865 leichteren Zugang zu Rohstoffen und rentablen Investitionsmöglichkeiten im Ausland. So erlebte der Imperialismus dank seiner „Frontstellung“ gegen die Sklaverei ein erweitertes Legitimationspotenzial, das ihn unter seinen Befürwortern als „Kraft des Fortschritts“ sanktionierte und als Rechtfertigung für europäische „Zivilisierungsmissionen“ diente.²⁸⁴

Das blutige Ende der nordamerikanischen Sklaverei und die von Terror und Gewalt begleitete *Reconstrction* des Südens machten die Notwendigkeit einer verlässlichen und politisch stabilen Versorgung mit Baumwolle und anderen Rohstoffen aus subalternen Produktion deutlich. Der Bürgerkrieg hatte Europäern vergegenwärtigt, wie riskant es schien, ein für die heimische Wirtschaft elementares Produkt nur von einem Produktionsmarkt zu importieren. Und dass nun Millionen ehemals Versklavter ihre Lebensgrundlage in der Subsistenzwirtschaft suchten, musste Spinnerei- und Weberei-Besitzern aus Köln, Hannover, Bamberg oder Chemnitz,²⁸⁵ die von der Baumwollverarbeitung und anderen Erzeugnissen aus Übersee lebten, der „schlimmste Albtraum“²⁸⁶ sein. Eine schnelle Aussöhnung der Unionsregierung mit den besiegten Pflanzern des Südens war deshalb nicht nur der Wunsch von US-Demokraten und europäischen Unionskritikern. Auch unter hanseatischen Kaufmannskreisen vernahm man ihn,²⁸⁷ da der Preis für südstaatliche Baumwolle weiterhin über dem Vorkriegsniveau lag und sie in Europa erst wieder in den achtziger Jahren einen ähnlichen Absatz wie vor 1861 finden sollte.²⁸⁸

Ein strukturelles Phänomen, das für die expansionistischen Ambitionen solcher Kaufleute ein willkommenes Begleitresultat der nordamerikanischen Sklavenemanzipation war, war die ihr innewohnende Expansion freier Arbeitsmärkte und frei verfügbarer Arbeitskräfte. Dies ließ sich zugunsten imperialistischer Ambitionen instrumentalisieren – einer aus bürgerlich-liberaler Perspektive existenziellen Komponente, einer Lebensfrage für „große“ Staaten. „Freie Völker“, das habe der Bürgerkrieg bewiesen, konnten „nicht mit Sklaven wirtschaften“,²⁸⁹ erklärte der Sozialreformer Hermann Schulze-Delitzsch im Oktober 1865 vor dem Berliner Arbeiterverein. Auf lange Sicht würde sich das „zeretzende Gift [der Sklaverei] durch alle Adern des gesellschaftlichen Körpers“²⁹⁰ schleichen und ihn ruinieren. Kontrollierte freie Arbeit und der unbeschränkte

284 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 1191.

285 Noch 1870 hatten sich mehrere deutsche Baumwollunternehmer in einer Petition an den Norddeutschen Reichstag gewandt und gegen eine geplante Zollsenkung für Baumwollgarne plädiert, da sich die betroffenen Betriebe durch den Amerikanischen Bürgerkrieg immer noch in einer „höchst ungünstige[n], ruinösen[n] Lage“ befanden. Vgl. *Stenographische Berichte des deutschen Zollparlaments*, Sitzung vom 2. Mai 1870, 88.

286 Beckert, *King Cotton*, 253.

287 Vgl. ebd., 254.

288 Vgl. ebd., 329; Hirth, *Statistisches*, 551 f.

289 Schulze-Delitzsch, *Freie Arbeit*, 1.

290 Ebd.

Zugang zu weltweiten Märkten, dafür sprechen solche Passagen, evozierten schon vor der Reichsgründung Konzepte für den Umgang mit nationaler Identität, staatlicher Einheit und die Verwirklichung kolonialistischer und imperialistischer Ambitionen in Gestalt wirtschaftlicher und persönlicher Ausbeutung von vermeintlich minderwertigen Bevölkerungsgruppen.²⁹¹ Sven Beckert fasst diese revolutionäre Umdeutung des Arbeitsbegriff, wie ihn der Amerikanische Bürgerkrieg entscheidend mitinitiierte, und die nationalisierte „Sicherung von Rohstoffen“ wie der Baumwolle folgendermaßen zusammen: „Arbeit wurde zur Ware, indem man Arbeiter von traditionellen sozialen Verpflichtungen ‚befreite‘. Gleichzeitig sollte auch das Land von nichtökonomischen Bindungen ‚befreit‘ und zu einer frei handelbaren Ware gemacht werden.“²⁹²

Die durch die transatlantischen Emanzipationsbewegungen ins Wanken geratenen Herrschaftsverhältnisse konnten mit neuen Kontrollwerkzeugen der etablierten Gruppen aufrechterhalten, imperiale Ambitionen mit dem moralischen Kapital, das man durch die Aufhebung der Sklaverei gewonnen hatte, gerechtfertigt werden.²⁹³

291 Vgl. Fitzpatrick, *Liberal Imperialism*, 75–83, 205–211; Zimmerman, *Race and World Politics*, 359.

292 Beckert, *King Cotton*, 289.

293 Da menschliche Gesellschaften nie autonom, sondern immer externen und internen Einflüssen ausgesetzt sind, war es fast zwangsläufig, dass solche Zwangs- und Kontrollwerkzeuge länder- und schichtübergreifend Anwendung fanden und Ungleichheiten dadurch strukturell verankert wurden. Nicht nur wurden Managementmethoden der Sklavenarbeit (Buchhaltungstechniken und Beaufsichtigung der Arbeitskräfte seien hier stellvertretend genannt) in der freien Lohnarbeit angewandt. Auch die Rechtsprechung begünstigte den Fortbestand unfreier Arbeitssysteme in Europa und Nordamerika. Der 13. Zusatzartikel der US-Verfassung, 1865 ratifiziert, schaffte zwar die Sklaverei ab, jedoch nicht die Zwangsarbeit als Strafe für Kriminelle. Zu diesem Zweck ließen sich Richter in den Südstaaten zahlreiche hanebüchene Definitionen einfallen, was für die schwarze Bevölkerung als strafbar galt: Landstreicherei, Waffenbesitz, die Kündigung (diskriminierender) Arbeitsverträge durch den Arbeitnehmer, Ehebruch, der Gebrauch obszöner Wörter, unerlaubtes Verlassen des Arbeitsplatzes, Unfähigkeit zur Zahlung von überteuerten Gerichtskosten – all dies führte Tausende Afroamerikaner nach dem Krieg in die Gefangenschaft und damit wieder in die Zwangsarbeit. In Deutschland gestalteten sich die Kontrollmaßnahmen gegen die wachsende Masse der Arbeitskräfte seit der Jahrhundertmitte ähnlich restriktiv: „Stillschweigendes Einvernehmen“ mit der Betriebsordnung, dem geringen Lohn und den langen Arbeitszeiten waren praktisch eine Einstellungsvoraussetzung; Festnahmen bei unerlaubtem Verlassen des Arbeitsplatzes und Geldstrafen für Zuspätkommen, „unnützes Plaudern, Fluchen, Streiten“ oder für Umherlaufen während der Pausenzeit waren keine Seltenheit. Nicht öffentliche Schiedsgerichtverfahren, bei denen der Arbeitgeber in der Ausgestaltung des Einigungsvertrages meist am längeren Hebel saß, hatten eine einschüchternde Wirkung auf die Arbeitnehmer. Nicht weniger abschreckend war die Angst vor betrieblich geförderten Denunziantentum, durch das in Misskredit geratene Arbeiternehmer auf schwarzen Listen landeten, was ihnen die Chance auf Anstellung in einem benachbarten Betrieb, schlimmstenfalls in der ganzen Region, verwehrte, und wodurch auch Solidarisierungseffekte unter den Arbeitenden unterdrückt werden sollten. Vgl. Blackmon, *Slavery by Another Name*, 26–83; Brandon, „With the Name Changed“, 67–70; Damaschke, *Zwischen Anpassung und Auflehnung*, 32 f.; Kaiser, *Zum Verhältnis von Vertragsfreiheit*, 126 ff., 133; Rosenthal, *Slavery’s Scientific Management*, 62–86; Welskopp, *Kapitalismus und Konzepte*, 197–216.

Solche Werkzeuge der Ausbeutung und Unterdrückung von Arbeitskräften fanden zum Beispiel in der späteren deutschen Kolonie Togo Nachahmung. Baumwolle aus den afrikanischen Kolonien galt unter späteren deutschen Ökonomen als der „einzige Weg“, sich gegen die „amerikanische Vergewaltigung“ zu wehren.²⁹⁴ Ironischerweise kam dieses Vorhaben in Togo erst richtig in Fahrt, als das dortige Kolonial-Wirtschaftliche Komitee begann, auf das Know-how afroamerikanischer Landwirtschaftsexperten eines Instituts aus Alabama zurückzugreifen.²⁹⁵ Die ökonomischen „Erziehungs“- und Kontrollmaßnahmen für die togolesischen Ackerbauern orientierten sich am Vorbild des südstaatlichen *sharecropping*-Modells für ehemalige Sklaven und hatte letztlich Mobilitätseinschränkungen, Gehorsam und politische Fügsamkeit der Bauern zum Ziel.²⁹⁶ Dass für dieses Vorhaben die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der indigenen Bevölkerung missachtet und den Ansprüchen kolonialer Ausbeutens und Wirtschaftens untergeordnet wurden, nahmen die Kolonialherren billigend in Kauf, solange es ihren Zivilisierungsansprüchen und Vorstellungen von richtig und falsch entsprach.²⁹⁷ Letztlich, so zeigt sich, war die Behandlung subalternen Arbeiter eine Zivilisierung „durch Markt und Gewalt“,²⁹⁸ die sich mit Beginn des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts länderübergreifend Bahn brach.

294 Beckert und Karl Helfferich zit. n. Beckert, *King Cotton*, 330.

295 Vgl. Beckert, *King Cotton*, 335–346.

296 Vgl. Zimmerman, *Alabama in Africa*, 166 f.

297 Vgl. Raphael-Hernandez/Wiegink, *German Entanglements*, 9.

298 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, 1182.

Kapitel 7

Fazit

Die in dieser Arbeit behandelten Ereignisse und Schlaglichter haben gezeigt, dass die Rezeption des Amerikanischen Bürgerkrieges ein anderes, komplexeres, nüchternes Gesicht erhält, wenn er unter vorwiegend sozioökonomischen Aspekten betrachtet wird. Die deutschen Staaten waren, diplomatisch betrachtet, neutrale Beobachter des Konflikts gewesen. Doch obwohl die Schlachtfelder Tausende Meilen entfernt lagen, wirkte der Krieg unumgänglich auf den europäischen Kontinent zurück. Inoffiziell habe es sich bei dieser Neutralität – so die Beteuerung der Regierungen – um wohlwollende Sympathien für den Norden gehandelt, was umso mehr nach außen getragen wurde, je offensichtlicher die Siegchancen der Union ans Tageslicht traten. Dadurch wurde ein unwirkliches Bild gefördert, das implizierte, alle deutschen Staaten hätten unweigerlich zur Union gehalten, zur Siegerseite. Dies war ein gefälliges Bild, das sich später außenpolitisch gut ansehen und vorteilhaft vermarkten ließ. Die deutschen Staaten zeigten Einheit in der Einheitsfrage und ließen sich in ihrer Haltung nicht durch die Großmächte Großbritannien und Frankreich beirren. Hätten London und Paris allerdings die Konföderation anerkannt, wären zweifelsfrei bald auch Preußen, Österreich, Bremen, Hamburg und die anderen deutschen Staaten gefolgt. Der Konflikt bildete keinen wiederkehrenden Tagesordnungspunkt in den Kabinettsräumen und Landtagen Berlins, Wiens, Münchens oder der Frankfurter Bundesversammlung. Dort wartete man ab.

Was außerhalb dieser Räumlichkeiten geschah, war deutlich lebhafter. Durch die Fokussierung auf einzelne nicht staatliche Akteure, Unternehmen und (in-)offizielle Vertreter von Union und Konföderation ergibt sich ein deut-

lich greifbareres Bild zu den Auswirkungen des Bürgerkrieges in Mitteleuropa. Bis zur Kapitulation der konföderierten Truppen in Appomattox, Virginia, im April 1865 herrschten Zweifel an der Solidarität der Mitteleuropäer, wodurch sich auch die hohe Zahl deutschsprachiger Publikationen zugunsten der Union erklärt. Schreibwütige eingewanderte Parteigänger der Republikanischen Partei, viele davon Revolutionsflüchtlinge,¹ bewerkstelligten dank ihrer transatlantischen Kontakte zu Mitstreitern in Deutschland, England und der Schweiz,² dass ein Großteil der einschlägigen Publikationen im Sinne der Nordstaaten verfasst war. Für diese Arbeit konnten 44 Abhandlungen, Flugblätter und Romane ermittelt werden, die zwischen 1861 und 1865 in den deutschen Staaten veröffentlicht wurden und explizit den Bürgerkrieg oder die Sklaverei zum Thema hatten. 21 dieser Publikationen stammten aus der Feder von unionsfreundlichen deutschstämmigen Revolutionsflüchtlingen, die dauerhaft oder vorübergehend in den USA gelebt hatten, oder von nordstaatlichen Konsuln beziehungsweise deren Mitarbeitern.³ Welchen Anteil diese Akteure an der Lancierung tendenziöser Presseartikel hatten, lässt sich nicht erfassen.

Die transnationalen Verflechtungen zwischen den Kontinenten waren freilich noch nicht derart engmaschig verknüpft, wie sie es heute sind. Es handelte sich um einzelne Fasern eines sich allmählich zusammensetzenden Netzes, das an vielen Stellen aber schon starke Knotenpunkte aufwies, in denen sich Impulse von beiden Seiten des Atlantiks sammelten, aufeinandertrafen und ausstrahlten. Diese Impulse waren überwiegend sozioökonomischer Natur, sie verfügten aber auch über politisches Potenzial.

Die Monate zwischen April 1865 und Frühjahr 1866 erweisen sich als Zenitphase (links-)liberaler und demokratischer Hoffnungen auf eine Projektion der Ereignisse in Nordamerika, die nach kurzer Zeit aber der Realität vor Ort weichen mussten. Menschen aus konträren politischen Lagern bewerteten das Ende des Bürgerkrieges als Sieg der staatlichen Ordnung und als Niederwerfung einer Rebellion. Die eher schweigsamen Unterstützer der Konföderation verstummten nach deren Niederlage umso mehr oder arrangierten sich schnellstmöglich mit der neuen Lage. Differenziertere Analytisten nahmen den Bürgerkrieg als Mahnung für die Schwäche von Demokratie und Föderalismus und versuchten

¹ Vgl. Bergquist, *The Forty-Eighters*, 22–36; Nagel, *Von Republikanischen Deutschen*, 315–414; Nagler, *Politisches Exil*, 267–293.

² Vgl. Max Friedländer (Redakteur der Wiener Zeitung *Die Presse*) an Karl Marx, 28. April 1862, zit. n. MEGA, Bd. 3, 63; Sundermann, *Deutscher Nationalismus*, 40–45, 189–211; Wagner, *Mathilde Franziska Anneke*, 118–136.

³ Vgl. Anneke, *Der zweite Freiheitskampf*, Bd. 1 u. 2; Unbekannt, *Hé Lambert!*; Unbekannt, *Vorwärts!*; Baudessin, *Zustände in Amerika*; ebd., *Peter Tütt*; Douai, *Land und Leute*; Fay, *Die Sklavenmacht*; Gläser, *Charpie!*; Griesinger, *Freiheit und Sklaverei*; Stiger, *Die Rechtfertigung der Nordstaaten*; ebd., *Die Nord- und Südländer*; ebd., *Hurrah für die Union!*; ebd., *Ist die Auswanderung*; ebd., *Nieder mit der Sklaverei!*; Struve, *Diesseits und Jenseits des Oceans*.

bei der Konstituierung des Norddeutschen Bundes, nicht dieselben vermeintlichen Strukturschwächen einzubauen wie die Vorkriegsunion und konzipierten „ihren“ neuen Staat als Gegenstück zur nordamerikanischen Republik.

Allen Rezipienten bot der Bürgerkrieg in Nordamerika einen transnationalen Bezugs- und Diskursrahmen für die Verhandlung der eigenen gesellschaftspolitischen Entwicklungen, was ältere Forschungsmeinungen, denen zufolge der Krimkrieg, das italienische *Risorgimento* und der Schleswig-Holstein-Konflikt die wesentlichen außenpolitischen Impulse gewesen seien, die Diskurse um die Nationalstaatsbildung in den deutschen Staaten nach 1848 entfacht hätten, lückenhaft scheinen lässt.

Unbestreitbar ist allerdings, dass dieser Diskursrahmen einen transnationalen Resonanzraum schuf, der sich günstig für die Kriegsanstrengungen der Union auswirkte. Wo besonders ausgeprägte Agitation für eine Thematik zutage tritt, ist die Gegenbewegung meist nicht weit. Wären sich Vertreter der Union und ihre deutschsprachigen Sympathisanten der Unterstützung der Bevölkerung sicher gewesen, hätten sie nicht Versuche unternommen, die Öffentlichkeit zu ihren Gunsten zu stimmen. Das belegen unter anderem die Anstrengungen der Unionskonsuln, systematische Pressearbeit und *public diplomacy* zu betreiben, die nicht staatliche Akteure einbezogen. Auf diesem Weg konnte eine imaginierte Identifikation mit dem Kampf des Nordens gefördert werden, der als Fortführung der Ideale und Prinzipien der Revolution von 1848 propagiert wurde und dadurch eine transnationale Leidensgemeinschaft kreierte, in der sich die Hoffnungen auf eine ähnliche Entwicklung in den deutschen Staaten artikulierten, die, wenn überhaupt, nur bedingt in Erfüllung gingen.

Die Untersuchung einzelner Städte wie Bremen, Hamburg, Frankfurt und ihr Hinterland zeigt, dass Menschen in Mitteleuropa nicht passive Beobachter oder stille Rezipienten des Bürgerkrieges waren, die ausschließlich Sympathien für die Union hegten. Aus den untersuchten Quellen wird ersichtlich, dass sich die Vertreter und Fürsprecher der Union der Parteinahme Mitteleuropas, das den USA als Nachschubbasis für Arbeitskräfte, Soldaten und Kriegsmaterial diente, nie gänzlich sicher sein konnten. Die Bürger der deutschen Staaten verhielten sich alles andere als neutral. Für Reeder, Textilkaufleute, Bankiers und Fabrikanten bot der Krieg zum Beispiel die Chance auf Profit. Der Krieg war zugleich Krise; etwa für Familien, die vom Spinnen und Weben der Baumwolle lebten. Wie sie über den Bürgerkrieg dachten und wie sie ihn erlebten, können wir nur erahnen.

Die nachhaltigste Form deutscher Beteiligung schlug sich im Blockade- und Finanzhandel nieder. Diese ökonomischen Transfers waren die unmittelbarste Form mitteleuropäischer Beteiligung am Bürgerkrieg. Ohne sie hätte der Süden nicht über vier Jahre lang einen derart ressourcenverschlingenden Krieg führen können.

Bremen büßte durch den Krieg seine Bedeutung als selbstständiger Welt-handelsplatz für Baumwolle ein und musste sich enger an das britische Empire binden,⁴ von wo ein anderer regionaler Schwerpunkt dieser Arbeit, Hamburg, traditionell ohnehin seine meisten Baumwolllieferungen erhielt und das den Bürgerkrieg dadurch unbeschadeter überstand. Dass sich Bremer Importeure und Überseehändler gegen diesen Bedeutungsverlust stemmen wollten, liegt auf der Hand und erklärt die Parteinahme vieler Bremer Kaufleute für die Konföderation und die Beteiligung am Blockadehandel, die dazu führte, dass die Konföderierten Staaten während des Krieges der zweitgrößte Lieferant von Baumwolle für die Hansestadt blieben und die Hafenstädte der mexikanischen Ostküste, besonders Matamoros an der Grenze zu Texas, zu einem bedeutenden Transit- und Knotenpunkt zwischen dem Süden und Europa wurde. Das Verlangen nach Südstaatenbaumwolle blieb weiterhin groß, trotz der enormen Menge an Surrogaten aus Indien und Ägypten, die durch den Bürgerkrieg rasant und folgeschwer an den Welthandel angebunden wurden.

Der Bürgerkrieg ermöglichte es risikofreudigen Handeltreibenden, nach Gutdünken in den Krieg einzugreifen, was durch die praktizierte Neutralität ihrer Regierungen gefördert wurde. Dieses punktuelle Eingreifen bewies ihre enge Verflechtung mit dem nordatlantischen Markt und den bilateralen Bedarf an Gütern. Die transatlantische Migration hatte ihren Anteil an diesem Geflecht, sie schuf neue Märkte: Kapital und Konsumgüter folgten den riesigen Strömen der Arbeitskräfte in die neue Welt. Dadurch hatte sich ein pulsierender Kreislauf von Menschen, Informationen, Gütern und Kapital zwischen den USA und Europa entfaltet.⁵ Die nordamerikanische Union war zu einem profitablen Investitionsmarkt geworden, der für mitteleuropäische Exporteure, Anleger und Bankiers exponentiell attraktiver wurde, je mehr Vertrauen und Handelspartner sie in der Neuen Welt besaßen. Die USA wiederum waren wie kaum ein anderer Staat der westlichen Welt zu dieser Zeit von Kapital und Krediten Europas abhängig, um zu expandieren. Durch die Goldfunde in Kalifornien und den Vertrauensverlust in die Stabilität der europäischen Monarchien aufgrund der revolutionären Erschütterungen von 1848 investierten Privatanleger und Aktiengesellschaften lieber in Eisenbahn- oder Kanalbauprojekte in den USA, deren Volkswirtschaft zu einem Großteil auf den Rohstoffen der Sklavenplantagen fußte. Diese Rohstoffe wurden nach Sachsen, ins Rheinland, nach Bayern oder Württemberg geliefert, von wo sie, zu Tuch und Kleidung verarbeitet, wieder ihrem Ursprungsort zugeführt wurden.

Zur Finanzierung dieses Fernhandels in Form von Wertpapieren hatte sich Frankfurt am Main zum wichtigsten Umschlagplatz des europäischen Festlands entwickelt. Die transatlantischen Bande, die sich in den Vorkriegsjahren

⁴ Vgl. Beutin, *Von 3 Ballen zum Weltmarkt*, 76–80.

⁵ Vgl. Gräser, *Weltgeschichte im Nationalstaat*, 363 f.

verstärkt hatten, schufen dichtere Informationsnetzwerke, die das Vertrauensvakuum zwischen den Vereinigten Staaten und Europa beständig gefüllt und das Risiko von Güter- und Kapitaltransfers zwischen beiden Regionen reduziert hatten. Durch Mithilfe deutschstämmiger Bankhäuser in New York konnten Staatsanleihen der Union in Millionenhöhe unter das mitteleuropäische Anlegerpublikum gebracht werden, die während des Krieges niedrige Kurse führten, aber mittelfristig hohe Renditen versprachen. Das amerikanische Generalkonsulat in Frankfurt und lokale Bankiers waren erpicht, das deutsche Anlegerpublikum weiterhin von der ökonomischen Stabilität der Union zu überzeugen und arbeiteten mit Vehemenz daran, dieses Bild durch tendenziöse Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu manifestieren, was ihnen in Teilen gelang. Ob allerdings explizite Sympathien für die Union hinter den Investitionen standen oder vielmehr die Aussicht auf Profite, bleibt offen. Hier sei auf den oben erwähnten Ausspruch verwiesen, wonach sich Kapital „wenig um nationale Sympathien oder Antipathien“ scherte, sondern dorthin wanderte, wo vielsprechende Gewinnmöglichkeiten zu erwarten waren.

Zwischen 1848 und 1870 waren die liberalen Gleichheitspostulate unter den Menschen östlich und westlich des Atlantiks bei Weitem nicht Wirklichkeit geworden. Politische und ökonomische Ungleichheit wurden im Zuge des Amerikanischen Bürgerkrieges nicht zerstört, sondern neu ausverhandelt und ideologisch legitimiert. Auf beiden Seiten blieb Freiheit ein exklusiver Begriff, der nicht für alle galt. Das Wissen um die ökonomische Rentabilität von Zwangsarbeit legitimierte Herrschaft und Unterordnung dies- und jenseits des Atlantiks, die in den kommenden Jahren weiter spezifiziert und institutionalisiert werden sollten. Am Ende der sechziger Jahre fanden sich Millionen Menschen in Mitteleuropa und den USA zwar in einer enger verflochtenen Welt wieder. Ihre aktive Ausgestaltung sollte aber nur wenigen vorbehalten sein.

Epilog

Die Statue Thomas Jacksons, an der Friedrich Volck in seinem Nürnberger Atelier drei Jahre lang gearbeitet hatte, war 1867 endlich vollendet. In der Zwischenzeit war viel passiert.



Abb. 13: Jackson-Statue in Volcks
Nürnberger Atelier, 1867.

Der Norddeutsche Bund hatte sich konstituiert und die Konföderation der Südstaaten, in deren Auftrag Volck die Statue angefertigt und allerhand Strapazen auf sich genommen hatte, existierte nicht mehr. Interessenten in den Vereinigten Staaten sahen letztlich vom Kauf der Statue ab, es mangelte an Geld, um den Transport in die USA zu bezahlen.⁶ Auch in Deutschland fanden sich keine Käufer. Zu offensichtlich war die Assoziation des Standbildes mit der Sklaverei. Über seinen Verbleib ist nichts bekannt, wahrscheinlich wurde es eingeschmolzen. Es entsprach nicht der nun allgemein verbreiteten Überzeugung, der zufolge „Deutschlands Sympathien [...] voll auf der Seite des für die Sklavenbefreiung kämpfenden Nordens“ gewesen seien, wie ein Zeitungsbericht feststellte.⁷ Dass Volcks Werk dennoch der „deutschen Kunst jenseits des Oceans zur vollsten Anerkennung“ gereichen würde, wie ein anderer Journalist schrieb,⁸ deutete – im Nachhinein betrachtet – bereits auf die Ambitionen hin, die der durch den Bürgerkrieg entstandene postemanzipatorische Freiheitsbegriff nach 1865 in Mitteleuropa geweckt hatte.

⁶ Vgl. Couper, *One Hundred Years*, Vol. 3, 133, 212, 342.

⁷ *Leipziger Illustrierte Zeitung*, 28. Dezember 1867.

⁸ *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 2. Januar 1868.

Bildnachweise

- 1: „Eine lehrreiche Geschichte“
Zeitschrift: Kladderadatsch Nr. 57, 15. Dezember 1861
© Bayerische Staatsbibliothek
- 2: Eigenes Diagramm
- 3: Landungsplatz der Dampfschiffe in Hamburg, 1868
Photographie von J.F. Lau
© Werner Bokelberg
- 4: Zeichnung des Blockadebrechers „Sylph“
Despatches from U.S. Consuls in Hamburg, National Archives Microfilm Publication
T211,roll 15, vol. 15
© National Archives, Washington, D.C.
- 5: Eigenes Diagramm
- 6: Eigenes Diagramm
- 7: View of Cap. Coxe's battery, Port Hudson, Louisiana, 1863
© The Huntington Library
- 8: Übergabe des amerikanischen Sternenbanners auf dem Bundesschießen in Frankfurt
am Main, 1862
Signatur: C15112_001
© Historisches Museum Frankfurt
- 9: Le baron Emile d'Erlanger
Zeitschrift: L'Illustration, 7. August 1869
© Pixplanete
- 10: Eigenes Diagramm
- 11: „Die amerikanische Frage und deren Antwort“
Zeitschrift: Kladderadatsch Nr. 20, 30. April 1865
© Bayerische Staatsbibliothek

- 12: Fahnenarrangement zum Abschied des amerikanischen Konsuls Murphy, 1869
Signatur: C297
© Historisches Museum Frankfurt
- 13: „Reiterstatue des amerik. Generals Thomas J. Jackson“
Zeitschrift: Leipziger Illustrierte Zeitung Nr. 1278, 28. Dezember 1867.
© Bayerische Staatsbibliothek

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalische Quellen

College Park, Maryland – National Archives II (NA):

- Despatches from the US-Ministers to the German States and Germany, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Altona, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Bremen, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Karlsruhe, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Frankfort on the Main, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Hamburg, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Hannover, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Le Havre, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Leipzig, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Nuremberg, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Stuttgart, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Trieste, 1861–1866.
- Despatches from United States Consuls in Vienna, 1861–1866.
- Despatches from US-Ministers in Prussia, 1861–1866.
- Diplomatic Instructions from the Department of State to the US-Ministers in Austria, 1861–1866.
- Diplomatic Instructions of the Department of States to Ministers in the German States, 1861–1866.
- Instructions from the Department of State to Consular Officers, 1861–1866.
- Notes from Foreign Consuls in the United States to the Department of State, 1861–1866.

Columbus, Ohio – Ohio State Historical Society:

James H. Anderson Papers

Sanford, Florida – Sanford Historical Society:

Henry S. Sanford Papers

Schenectady, New York – Schaffer Library, Union College:
John Bigelow Correspondence

Washington, D. C. – Library of Congress (LOC):
Friedrich Kapp Papers
Henry Hotze Papers
James Murray Mason Papers
Lyman Trumbull Correspondence
R. C. Ten Broek Papers

Manuscript Materials relating to American History in the German State Archives:
Bremer Staatsarchiv, Senat B. 13a.
Hannover, Staatsarchiv Ha. Des.9, Amerika, Nr. 33.

Bonn – Universitäts- und Landesbibliothek:
Nachlass Gottfried Kinkel

Bremen – Staatsarchiv:
Bremer Konsulat in Boston (2-B.13.b.7).
Bremische Gesandtschaft in Washington (4,48-11-3 C.1.).
Familiennachlass Rösing (7,205-9 & 7,205-6.).
Firma D. H. Wätjen, Schiffstagebücher (7,2092-20 & 7,2092-21.).
Nachlass Rudolf Schleiden (7,116-2-13.)
Norddeutscher Lloyd, Berichte der General-Versammlungen (2-R. 11. mm. 4.).

Bremen – Archiv der Handelskammer:
Protokolle des Bremer Kaufmannskonvents, 1861–1865 (MA – H VI 4 – Bd. 7.).

Darmstadt – Hessisches Wirtschaftsarchiv:
Sitzungsprotokolle der Frankfurter Handelskammer 1857–1867 (HWA 3/2159, HWA 3/2160 & HWA 3/2161).

Darmstadt – Staatsarchiv:
Nachlass Dr. Ernst Wiener

Frankfurt am Main – Institut für Stadtgeschichte:
Bethmann Bank, Prioritätsanleihe an Galveston, Houston & Henderson Eisenbahn, Texas (USA), 1865 (W1-9:5; 283).
Bethmann Bank, Depotbuch Nr. 4. Alphabetisches Verzeichnis der Wertpapierinhaber. Frankfurt a. M., 1858–1870 (W1-9: B 38 Nr. 2).
Bethmann Bank, Geschäftskorrespondenz, 1863–64 (W1-9:5; 925).
Demuth, Christian, Frankfurt A/M um die Wende der 50er und 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Erinnerungen des Frankfurters C. Demuth; geb. 1847. Frankfurt a. M., 1928 (104 Chroniken).

Hamburg – Staatsarchiv:
Hamburger Senatssachen, Acta betr. die auf desfälligen Gesuche erfolgte Ausweisung der Hamb. Consule zum Schutze des Privateigenthums von Hamburgern in den südlichen Staaten der nordamerik. Union, 1862 (Cl. VI, Nr. 16 P, Vol. 1, Fasc. 22).
Hamburger Senatssachen, Beförderung von Auswanderern über Liverpool & Antwerpen, welche angeblich in Hamburg zu Nordamerikanischen Militärdiensten geworben sind etc., 1864. (Cl. VII, Lit. Ke, Nr. 9z, Vol. 8).

Hanseatische Gesandtschaft Washington, Allgemeine Berichte und Instruktionen, 1862–1863 (132-5/9, B1 I).

Hanseatische Gesandtschaft Washington, Allgemeine Gesandtschaftsangelegenheiten (132-5/9 A1).

Hanseatische Gesandtschaft Washington, Reklamationsangelegenheiten (claims) allgemein, 1862, 1866 (132-5/9, C4).

Hanseatische Gesandtschaft Washington, Reklamationsforderungen (claims) von Bremern, 1862–1867 (132-5/9, C6).

Hanseatische Gesandtschaft Washington, Reklamationsforderungen (claims) von Hamburgern, 1862–1866 (132-5/9, C5).

Hanseatische Gesandtschaft Washington, Waffenausfuhr aus den USA, 1862–1863 (132-5/9 A8).

HAPAG, Protokolle der Generalversammlungen 1854–1861. Hamburg, 1854–1861 (621-1/095, 178 Bd. 1).

HAPAG, Protokolle der Generalversammlungen 1862–1869. Hamburg, 1862–1869 (621-1/095, 178 Bd. 2).

HAPAG, Protokolle der Vorstandssitzungen. Hamburg, 1858–1862 (621-1/095, 163 Bd. 1).

Hamburg – Archiv der Handelskammer:

Protokolle der Handelskammer/Commerzdeputation (S/599 1861–1866).

Ludwigsburg – Staatsarchiv:

Schreiben des badischen Konsuls Doll in Mühlhausen an den Staatsminister des Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten in Stuttgart bzgl. der Baumwollknappheit im Elsaß (E 170 Bü 1039).

Marbach am Neckar – Cotta Archiv:

Kopierbücher V & VI, 1859–1866.

Marburg – Staatsarchiv:

Bericht des Konsuls in Philadelphia an das kurhess. Außenministerium über die Sklavenemanzipation Lincolns, 1862 (HStAM 9a Nr. 560).

Oldenburg – Niedersächsisches Landesarchiv:

Berichte des oldenburgischen Konsuls in Galveston, 1859–66 (31-15-11 Nr. 82 B).

Oldenburgisches Staatsministerium f. Auswärtige Angelegenheiten, Kriegszustände in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 1861–1867 (15-7-25 B).

Oldenburgisches Staatsministerium f. Auswärtige Angelegenheiten, Vorschriften und Warnungen zum Schutze der Auswanderer, 1864. (31-15-31-6 J).

Stuttgart – Hauptstaatsarchiv:

Berichte des königlichen Konsuls v. Württemberg Leopold Goldschmidt in Frankfurt an das königl. Ministerium f. auswärtige Angelegenheiten, 1861–1865 (E 50/60 Bü 70).

Königl. Ministerium f. auswärtige Angelegenheiten, Verkauf von Waffen durch Vermittlung der Konsuln Haug in Antwerpen und Kühne in New York an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (E 40/72 Bü 166).

Gedruckte Quellen

- Abbot, George Jacob, *The United States Consul's Manual. A Practical Guide for Consular Officers, and also for Merchants, Shipowners, and Masters of American vessels in all their consular transactions.* Washington 1863.
- Aegidi, Ludwig Karl/Klauhold, Alfred (Hg.), *Das Staatsarchiv. Sammlung der offiziellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart.* 1861. Juli bis December, Hamburg 1861. Aegidi, Ludwig Karl/Klauhold, Alfred, *Frei Schiff unter Feindes Flagge. Urkundliche Darstellung der Bestrebungen zur Fortbildung des Seerechts seit 1856, auf Veranlassung der Bremer Handelskammer.* Hamburg 1866.
- Allen, H. W., *The Travels of a Sugar Planter, or, six Months in Europe,* New York 1861.
- Andree, Karl, *Geographie des Welthandels. Mit geschichtlichen Erläuterungen. Erster Band,* Stuttgart 1867.
- Anneke, Fritz, *Der Zweite Freiheitskampf der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Erste Abtheilung,* Frankfurt am Main 1861.
- Annual Reports of the the Postmaster-General,* Washington, D. C., 1864.
- Ärztlicher Verein der Stadt Frankfurt (Hg.), *19. Jahresbericht,* Frankfurt am Main 1876.
- Aufsetz, O., *Der Waaren-Handel und -verkehr der freien Stadt Frankfurt seit deren Anschluss an den deutschen Zollverein (1836 bis 1860),* Frankfurt 1862.
- Baedeker, Karl, *Deutschland nebst Theilen der Angrenzenden Länder. Zweiter Teil,* Koblenz 1864.
- Barrett, Walter, *The Old Merchants of New York City (Bd. 3),* New York 1865.
- Baudissin, Albert von, Peter Tütt, *Altona* 1862.
- Baudissin, Albert von, *Zustände in Amerika Altona* 1862.
- Bebans, Charles I., *Treaties and other International Agreements of the United States of America, 1776–1949. Volume 8, Germany – Iran,* Washington, D. C. 1971.
- Beecher Stowe, Harriet, *Sunny Memories of Foreign Lands,* Boston 1854.
- Beer, Adolf, *Allgemeine Geschichte des Welthandels. Zweite Abtheilung,* Wien 1862.
- Belmont, August, *A few Letters and Speeches of the late Civil War,* New York 1870.
- Belmont, August, *Letters, Speeches and Addresses of August Belmont, s. l.* 1890.
- Bender, Johann Heinrich, *Der Verkehr mit Staatspapieren im In- und Auslande,* Göttingen 1830.
- Bienengraeber, A., *Statistik des Verkehrs und Verbrauchs im Zollverein für die Jahre 1842–1864,* Berlin 1868.
- Bluntschli, Johann Caspar, *Charakter und Geist der politischen Parteien, Nördlingen* 1869.
- Bluntschli, Johann Caspar, *Das moderne Völkerrecht der civilisirten Staten als Rechtsbuch dargestellt, Nördlingen* 1868.
- Boehmert, Victor, *Die Stellung der Hansestädte zu Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten,* in: Faucher, Julius (Hg.), *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft* 1 (1864), 73–115.
- Börnstein, Heinrich, *Fünfundsiebzig Jahre in der Alten und Neuen Welt. Memoiren eines Unbedeutenden. Zweiter Band,* Leipzig 1881.
- Bremer Behörde für die Handelsstatistik, *Tabellarische Uebersicht des Bremischen Handels,* Bremen 1859–1866.
- Brockhaus' *Konversations-Lexikon.* 16. Bd. 14. Aufl, Leipzig 1896.
- Bülow, Bernhard Fürst von, *Denkwürdigkeiten. Bd. 4. Jugend- und Diplomatenjahre,* Berlin 1930.
- Bulloch, James D., *The Secret Service of the Confederate States in Europe. Or, how the Confederate Cruisers were equipped,* New York 1884.
- Bungener, Felix, *Abraham Lincoln. Sein Leben, Wirken und Sterben,* Bern 1866.
- Burchardi, R. J., *Neutralität,* in: Rotteck, Karl von / Welcker, Karl (Hg.), *Das Staats-Lexikon, Zehnter Band.* Leipzig 1864, 525–538.
- Champlin, John D., *Narrative of the Mission to Russia, in 1866. Of the Hon. Gustavus Vasa Fox, Assistant-Secretary of the Navy,* New York 1873.

- Childs, George W., *The National Almanac and Annual Record*, Philadelphia 1863 und 1864.
- Conrad, August, *Schatten und Lichtblicke aus dem Amerikanischen Leben während des Secessions-Krieges*, Hannover 1879.
- Couper, William, *One Hundred Years at V. M. I.* 3, Richmond 1884.
- Curtis, George William (Hg.), *The Correspondence of John Lothrop Motley*, New York 1889.
- Curtius, Friedrich, *Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst*. Bd. 1, Stuttgart und Leipzig 1907.
- Danckelmann, Freiherr von, *Die amerikanischen Werte auf dem deutschen Kapitalmarkt*, in: Moser, A. (Hg.), *Zeitschrift für Kapital und Rente* 5 (1869), 301–304.
- Danckelmann, Freiherr von, *Gebräuche beim Handel mit den Vereinigten Staaten-Fonds und Berechnung derselben beim Ein- und Verkauf*, in: Moser, A. (Hg.), *Zeitschrift für Kapital und Rente* 3 (1867), 192–196.
- Dorr, David F., *A colored Man round the World. By a Quadroon*, s.l. 1858.
- Douai, Adolf, *Land und Leute in der Union*, Berlin 1864.
- Duttenhofer [Friedrich Martin], *Ueber die Emancipation der Neger. Ein Versuch zur Aufstellung humaner Principien in dieser Frage*, Noerdingen 1855.
- Eckardt, Julius, *Lebenserinnerungen*. Erster Band, Leipzig 1910.
- Ersch, J[ohann] S[amuel] / Gruber, J[ohann] G[ottfried] (Hg.), *Allgemeine Encyclopädie der Wissenschaften und Künste*. Bd. 65, Leipzig 1857.
- Esmarch, Friedrich von, *Ueber den Kampf der Humanität gegen die Schrecken des Krieges*, Kiel 1869.
- Esmarch, Friedrich von, *Verbandplatz und Feldlazareth. Vorlesungen für angehende Militärärzte und freiwillige Krankenpfleger*, Berlin 1871.
- Fay, Theodor S., *Die Sklavenmacht. Blicke in die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Zur Erklärung der Rebellion von 1860–65*, Berlin 1865.
- Fischer, Friedrich von, *Der Krieg in Schleswig und Jütland im Jahre 1864*, Wien 1866.
- Fontane, Theodor, *Der deutsche Krieg von 1866*, Berlin 1871.
- Foreign Office of the United Kingdom, *Commercial Reports received at the Foreign Office from Her Majesty's Consuls*, Bd. 2, London 1864.
- Foster, Thomas / Finlason, William, *Reports of Cases Decided at Nisi Prius and at the Crown Side on Circuit with select Decisions at Chambers* Bd. 3, London 1864.
- Frantz, Constantin, *Die Wiederherstellung Deutschlands*, Berlin 1865.
- Freunde der Freihafenstellung, *Zwanzig Gutachten in Bezug auf Hamburgs künftiges Verhältnis zum Zollverein*, Hamburg 1867.
- Freytag, Gustav, *Soll und Haben*, Köln 2016.
- Fröbel, Julius, *Aus Amerika. Erfahrungen, Reisen und Studien*. Erster Band, Leipzig 1857.
- Fröbel, Julius, *Theorie der Politik, als Ergebnis einer erneuerten Prüfung demokratischer Lehrmeinungen*. Zweiter Band. *Die Thatsachen der Natur, der Geschichte und der gegenwärtigen Weltlage, als Bedingungen und Beweggründe der Politik*, Wien 1864.
- Geffcken, Friedrich Heinrich, *Die Alabama-Frage*, Stuttgart 1872.
- Geffcken, Friedrich Heinrich, *Die Lieferung von Contrebande seitens Neutraler*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 37.1 (1881), 81–101.
- Geissler, Robert, *Hamburg. Ein Führer durch die Stadt und ihre Umgebungen*, Leipzig 1861.
- Germanicus, *Die Frankfurter Juden und die Aufsaugung des Volkswohlstandes. Eine Anklage wider die Agiotage und wider den Wucher*, Leipzig 1880.
- Gerstner, Clara, *Beschreibung einer Reise durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Jahren 1838 bis 1840*, Leipzig 1842.
- Gläser, August, *Charpie! Für das Frankfurter Journal! Zugleich eine nothgedrungene Erklärung für Hunderttausende von Frauen, Jungfrauen, Männern und Jünglingen, die sich für die Sache der Freiheit interessiren*, Frankfurt am Main 1863.
- Griesinger, Theodor, *Freiheit und Sklaverei unter dem Sternenbanner. Oder Land und Leute in Amerika*, Stuttgart 1862.

- Großherzogliche Handelskammer zu Offenbach, Jahresbericht der Großherzoglichen Handelskammer zu Offenbach für das Jahr 1863, Offenbach 1864.
- Grube, August Wilhelm, Abraham Lincoln, der grosse Staatsmann und edle Menschenfreund, Stuttgart 1868.
- Grünewald, Christian, Deutsche Sprachlehre für die Lehrer an deutschen Schulen, Kaiserslautern 1860.
- Hackländer, Friedrich Wilhelm, Europäisches Sklavenleben. Erster Band, Stuttgart 1863.
- Hall, Henry, America's Successful Men of Affairs. The City of New York. Bd. 1, New York 1895.
- Handels- und Gewerbekammer Chemnitz, Jahresberichte der Handels- und Gewerbekammer zu Chemnitz, Chemnitz 1864–1865.
- Handelskammer in Hamburg, Statistischer Auszug und verschiedene Nachweise in Bezug auf Hamburgs Handelszustände im Jahre 1868, Hamburg 1869.
- Handelskammer zu Frankfurt am Main, Jahresberichte, Frankfurt 1863–1867.
- Handelstatistisches Bureau Hamburg, Tabellarische Übersichten des Hamburgischen Handels, Hamburg 1858–1870.
- Hannoversches Landtagsblatt, Vom 18. Februar bis 21. Juli 1864, Hannover 1864.
- Hartley, J. W. H., A Brief Memoir, New York 1903.
- Haurowitz, H. von, Das Militärsanitätswesen der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika während des letzten Krieges nebst Schilderungen von Land und Leuten, Stuttgart 1866.
- Heffter, August Wilhelm, Das europäische Völkerrecht der Gegenwart auf den bisherigen Grundlagen, Berlin 1861.
- Hertle, Daniel, Die Deutschen in Nordamerika und der Freiheitskampf in Missouri, Chicago 1865.
- Heusinger, Otto, Amerikanische Kriegsbilder. Aufzeichnungen aus den Jahren 1861–1865, Leipzig 1869.
- Hewes, George W., Important to the Bond-Holders of the United States. A new plan to resume specie payments, and pay the National Debt, Philadelphia 1868.
- Heyner, Karl, Das erste Bundesschießen in Deutschland abgehalten zu Frankfurt am Main im Juli 1862. Treu nach den Erlebnissen mitgeteilt von Karl Heyner, Frankfurt am Main 1862.
- Hirschbach, Hermann, Von der Börse. Der Geist der Speculation, Leipzig 1861.
- Hoffmann, Wilhelm, Abraham Lincoln, der Befreier der Negersklaven. Eine Erzählung für die Jugend, Breslau 1867.
- Hoyt, Albert (Hg.), The New England Historical and Genealogical Register and Antiquarian Journal 23, Boston 1869.
- Huber, L. F., Neuestes Universal Lexicon der gesamten kaufmännischen Wissenschaften. Erster Band, Leipzig 1872.
- Hübner, Heinrich, Hübner's Deutscher Zeitungskatalog, Leipzig 1862.
- Hudson, E[duard.] M[aco], Der zweite Unabhängigkeits-Krieg in Amerika, Berlin 1862.
- Hudson, E[duard.] M[aco], Der Zweite Unabhängigkeitskrieg in Amerika. Zweite durchgesehene Auflage, vermehrt durch eine Abhandlung über die Sklaven-Frage, Berlin 1862.
- Hudson, E[duard.] M[aco], The second war of independence in America, London 1863.
- Huse, Caleb, The Supplies for the Confederate Army. How they were obtained in Europe and how paid for, Boston 1904.
- Indiana, Documents of the General Assembly of Indiana at the 42nd regular Session. 2.1, Indianapolis 1863.
- Kanngiesser, Otto, Geschichte der Eroberung der freien Stadt Frankfurt durch Preußen im Jahre 1866, Frankfurt am Main 1877.
- Kapp, Friedrich, Die Achtundvierziger in den Vereinigten Staaten, in: Walesrode, Ludwig (Hg.), Demokratische Studien, Hamburg 1861, 285–312.
- Kapp, Friedrich, Die Sklavenfrage in den Vereinigten Staaten, Göttingen 1854.
- Kautsch, Jacob, Allgemeines Börsenbuch nebst Usancen der Berliner, Frankfurter und Wiener Börse. Ein Handbuch für Capitalisten, Financiers und Bankbeamte, Stuttgart 1874.

- Kennedy, Joseph, Population of the United States in 1860. Compiled from the original Returns of the 8th Census, Washington, D. C. 1864.
- Kierulff, J. F., Sammlung der Entscheidungen des Ober-Appellationsgerichts der Freien Hansestädte zu Lübeck. 3. Heft, Hamburg 1868.
- Kollmann, Paul, Das Herzogthum Oldenburg in seiner wirtschaftlichen Entwicklung während der letzten vierzig Jahre, Oldenburg 1893.
- Königliche Centralstelle für Gewerbe und Handel, Jahresberichte der Gewerbe- und Handelskammern in Württemberg für 1864, Stuttgart 1865.
- Korach, Ernst, Das deutsche Privatbankgeschäft. Studien zu seiner Geschichte und heutigen Stellung, Berlin 1910.
- Kühne, Friedrich, Bericht über die Lage und den Handel der Vereinigten Staaten von Nordamerika, New York 1865.
- Lange, Max (Hg.), Abraham Lincoln der Wiederhersteller der Nordamerikanischen Union und der große Kampf der Nord- und Südstaaten während der Jahre 1861–1865, Leipzig 1866.
- Lanier, James F. D., Sketch of the Life of J. F. D. Lanier, New York 1871.
- Lanier, James F. D., The Debt, Resources and Finances of the United States, Frankfurt a. M. 1865.
- Lappenberg, J. M. / Anderson, Christian D., Sammlung der Verordnungen der freien Hansestadt Hamburg. Bd. 30, Hamburg 1863.
- Lappenberg, J. M. / Anderson, Christian D., Sammlung der Verordnungen der freien Hansestadt Hamburg. Bd. 32, Hamburg 1865.
- Lasius, Otto, Die Vereine zur Pflege verwundeter Krieger. Ein Vortrag über den Congreß von 1863/64 und die Erfahrungen aus dem schleswigschen und dem nordamerikanischen Kriege, Oldenburg 1865.
- Lassalle, Ferdinand, Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. Der ökonomische Julian, Berlin 1864.
- Lewald, Fanny, Für und wider die Frauen, Berlin 1870.
- Malfér, Stefan (Hg.), Die Protokolle des österreichischen Ministerialrats 1848–1867. V. Abteilung. Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff. Bd. 2. 1. Mai 1861–2. November 1861, Wien 1981.
- Malfér, Stefan (Hg.), Die Protokolle des österreichischen Ministerialrats 1848–1867. V. Abteilung. Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff. Bd. 8. 25. Mai 1864–26. November 1864, Wien 1994.
- Manufactures of the United States in 1860. Compiled from the Original Returns of the Eighth Census, Washington, D. C., 1865.
- Marquardsen, Heinrich, Der Trent-Fall. Zur Lehre von der Kriegscontrebande und dem Transportdienst der Neutralen, Erlangen 1862.
- Martini, J. O., Über Kriegschirurgie und Militärsanitätswesen, in: Jahrbücher der in- und ausländischen gesamten Medicin 133, 1867.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich, Briefwechsel 1861–1867. Marx-Engels-Gesamtausgabe Bd. 3, Berlin 1930.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich, Briefwechsel Januar 1862 bis September 1864. Dritte Abt., Bd. 12, Berlin 2013.
- Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Ungekürzte Ausgabe nach der zweiten Auflage von 1872, Köln 2009.
- Mathy, K., Agiotage, in: Rotteck, Karl von / Welcker, Karl (Hg.), Das Staats-Lexikon. Erster Band, Leipzig 1856, 320–322.
- Mathy, K., Börse, Börsengeschäft, Börsenmakler, Börsenspekulation, Börsenspiel, in: Rotteck, Karl von / Welcker, Karl (Hg.), Das Staats-Lexikon. Zweiter Band, Leipzig 1858, 786–793.
- Mayer, Gustav (Hg.), Ferdinand Lassalle. Nachgelassene Briefe und Schriften. Bd. 5, Berlin 1925.

- McCormack, Thomas J., *Memoirs of Gustave Koerner 1809–1896. Life-sketches written at the suggestion of his children. Vol. II, Cedar Rapids 1909.*
- Meding, Oskar, *Memoiren zur Zeitgeschichte. Erste Abtheilung, Leipzig 1881.*
- Meerheimb, F[erdinand Freiherr] von, *Literatur des amerikanischen Bürgerkriegs von 1861–1865, in: Historische Zeitschrift 39/1 (1878), 173–188.*
- Menzel, Wolfgang, *Der Deutsche Krieg im Jahr 1866, in seinen Ursachen, seinem Verlauf und seinen nächsten Folgen, Stuttgart 1867.*
- Meyer's Konversations-Lexikon. 2. Abtheilung, Bd. 9, Hildburghausen u. a. 1852.
- Mohl, Robert von, *Die Aufhebung der Sklaverei in den englischen und französischen Kolonien, in: Mohl, Robert von u. a. (Hg.), Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 1, Tübingen 1844, 478–518.*
- Moore, Frank, *The Rebellion Record. A Diary of American Events, with Documents, Narratives, Illustrative Incidents, Poetry, Etc. Bd. 11, New York 1868.*
- Mühlbrecht, Otto, *Die Literatur des deutschen und italienischen Krieges im Jahre 1866. Uebersicht der deutschen und ausländischen literarischen Erscheinungen vom 1. Januar 1866 bis 1. Juli 1867, nebst den deutschen Karten, Plänen und Kunstblättern, welche auf die Ursachen, den Vorlauf und die Folgen des Krieges sich beziehen, Prag 1867.*
- Murr, Karl Borromäus / Resch, Stephan (Hg.), *Lassalles „südliche Avantgarde“. Protokollbuch des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins der Gemeinde Augsburg (1864–1867), Bonn 2012.*
- Nasse, Ernst, *Steuern und Staatsanleihen, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 24 (1868), 1–46.*
- Nerrlich, Paul (Hg.), *Arnold Ruge. Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1848–1880. Neudruck der Ausgabe Berlin 1886, Aalen 1985.*
- Neudorfer, I. J., *Handbuch der Kriegschirurgie. Ein Vademecum für Feldärzte nach eigenen Erfahrungen bearbeitet. Bd. 1, Leipzig 1864.*
- Neumann, Leopold, *Die Kriegs-Contrebande, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 10.1 (1869), 231–241.*
- Nitze, Reinhold, *Das allgemeine Seerecht der civilisirten Nationen. Bd. 1, Rostock 1857.*
- Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Hg.), *Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages. V. Legislaturperiode. IV. Session 1884. Bd. 1, Berlin 1884.*
- Oberholzer, Ellis Paxson, Jay Cooke. *Financier of the Civil War, Philadelphia 1907.*
- Peez, Zur Baumwoollkrise, *in: Österreichische Revue, Bd. 1, Wien 1863, 155–174.*
- Protokolle der Deutschen Bundesversammlung, Frankfurt 1861–1866.*
- Reichenbach, Bogdan Graf, *Die Krisis in Nord-Amerika. Auf Grund eines im Evangelischen Verein für kirchliche Zweck am 23. März 1863 gehaltenen Vortrags, Berlin 1863.*
- Report of the Secretary of the Navy. Dec. 2nd, 1861, Washington, D. C. 1861.*
- Report of the Secretary of the Treasury 1864, Washington, D. C. 1864.*
- Rheinganum, H., *Frankfurt am Main, in: Rotteck, Karl von / Welcker, Karl (Hg.), Das Staats-Lexikon. Bd. 5, Leipzig 1861, 459–467.*
- Ringhoffer, Karl (Hg.), *Im Kampfe für Preußens Ehre. Aus dem Nachlass des Grafen Albrecht v. Bernstorff, Staatsministers und kaiserlich deutschen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters in London und seiner Gemahlin Anna geb. Freiin v. Koenneritz, Berlin 1906.*
- Rothschild, L., *L. Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute, insbesondere für Zöglinge des Handels. Enthaltend das Ganze der Handelswissenschaft in gedrängter Darstellung, Leipzig 1867.*
- Ruge, Arnold, *Der Krieg und die Entwaffnung, Berlin 1867.*
- Runge, H., *Staatsverschuldung, in: Rotteck, Karl von / Welcker, Karl (Hg.), Das Staats-Lexikon. Bd. 13, Leipzig 1865, 617–634.*
- Sachsen-Coburg und Gotha, Verhandlungen des gemeinschaftlichen Landtags der Herzogtümer Coburg und Gotha, Nr. 5, 7. Sitzung. Gotha 1866.*

- Sächsischer Landtag, Landtags-Acten vom Jahre 1863/64. Beilagen zu den Protokollen der Zweiten Kammer. Bd. 1, Dresden 1864.
- Sachsen-Meiningen, Sammlung der landesherrlichen Verordnungen im Herzogthum Sachsen-Meiningen. Bd. 12., Meiningen 1856.
- Schaff, Philipp, Der Bürgerkrieg und das christliche Leben in Nord-Amerika. Vorträge gehalten in mehreren Städten Deutschlands und der Schweiz, Berlin 1866.
- Scheibert, Justus, Sieben Monate in den Rebellen-Staaten während des nordamerikanischen Krieges 1863, Stettin 1868.
- Schlit, Karl Graf von, Reise um die Welt in den Jahren 1844–1847, Stuttgart 1852.
- Schmidt, Ernst Reinhold, Der amerikanische Bürgerkrieg. Geschichte des Volks der Vereinigten Staaten vor, während und nach der Rebellion, Philadelphia und Leipzig 1867.
- Schmoller, Gustav, Die Arbeiterfrage I, in: Preußische Jahrbücher. Bd. 14, Berlin 1864, 393–423.
- Schmoller, Gustav, Nationalökonomische und socialpolitische Rückblicke auf Nordamerika. Zweiter Artikel, in: Preußisches Jahrbuch 17.2 (1866), 153–192.
- Schmoller, Gustav, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, Halle 1870.
- Schübler, Valentin, Die Lehre vom Wechselkurs. Aus dem Englischen übersetzt und auf die deutsch-österreichischen Geldverhältnisse angewendet, Stuttgart 1862.
- Schulze-Delitzsch, H., Freie Arbeit. Vortrag im Arbeiterverein zu Berlin, im Oktober 1865 gehalten, in: Brämer, K. (Hg.), Der Arbeiterfreund, Fünfter Jahrgang, Halle 1867, 1–8.
- Schuyler, George L., Report of George L. Schuyler to the Secretary of War, April 8, 1862, New York 1862.
- Soetbeer, Adolph, Sammlung officieller Actenstücke in Bezug auf Schiffahrt und Handel in Kriegszeiten. Bd. 2, Hamburg 1856.
- Spence, James, Die amerikanische Union; ihre Einwirkung auf National-Charakter und Politik. Nebst einer Erörterung der Fragen: Ist Secession ein constitutionelles Recht? und Welches sind die Ursachen der Spaltung? Autorisierte Übersetzung nach der vierten Auflage, Barmen 1863.
- Statistische Abteilung des Frankfurter Vereins für Geographie und Statistik (Hg.), Die Bevölkerung der Freien Stadt Frankfurt und ihres Gebietes nach Beruf, Erwerbsverhältnis und Nahrungsstand, Frankfurt am Main 1863.
- Statistische Abteilung des Frankfurter Vereins für Geographie und Statistik (Hg.), Beiträge zur Statistik der Freien Stadt Frankfurt, Frankfurt am Main 1874.
- Statistisches Bureau (Hg.), Statistische Nachrichten über das Großherzogtum Oldenburg. 10. Heft. Oldenburg 1868.
- Statistisches Bureau (Hg.), Statistische Nachrichten über das Großherzogtum Oldenburg. 5. Heft. Oldenburg 1862.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867. Berlin 1867.
- Stiger, Josef Leopold, Die Nord- und Südländer der Vereinigten Staaten Amerikas. Zürich 1864.
- Stiger, Josef Leopold, Die Rechtfertigung der Nordstaaten in dem jetzigen Kampfe mit den Südstaaten der amerikanischen Union. Zürich 1863.
- Stiger, Josef Leopold, Hurrah für die Union! Eine Widerlegung der Vertheidigung der Südstaaten von James Williams. Zürich 1864.
- Stiger, Josef Leopold, Ist die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten Nordamerikas unter den jetzigen Verhältnissen anzurathen? Zürich 1864.
- Stiger, Josef Leopold, Nieder mit der Sklaverei! Eine Beleuchtung des Pamphlets der zweite Unabhängigkeitskrieg in Amerika von E. M. Hudson. Zürich 1864.
- Stillé, Charles, History of the United States Sanitary Commission. Being the General Report of its Work During the War of the Rebellion. New York 1868.
- Strack, Heinrich (Hg.), Adreß-Buch der freien Hansestadt Bremen, Bremen 1861–1863.

- Struve, Gustav, *Diesseits und Jenseits des Oceans. Zwanglose Hefte zur Vermittlung der Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland.* Coburg 1863–1864.
- Sturz, Johann Jakob (Hg.), *Reden gehalten bei der Berliner Todtenfeier für den Präsidenten Lincoln von amerikanischen, englischen und deutschen Geistlichen. Ein Ausspruch der Kirche über Sklaverei und freie Arbeit.* Berlin 1865.
- Tellkampf, Johann L., *Beiträge zur Nationalökonomie und Handelspolitik.* Leipzig 1853.
- The American Almanac and Repository of Useful Knowledge, for the Year 1861,* Boston 1861.
- The Boston Directory.* Bd. 63, Boston 1867.
- The U. S. Tariff. Or, Rates of Duties payable on Goods, Wares, and Merchandise imported into the United States of America from and after the First Day of August 1862,* New York 1862.
- Unbekannt [Maurice A. Richter], *Zwei Revolutionen von Oben in der amerikanischen und deutschen Conföderation,* Leipzig 1867.
- Unbekannt, *Anleitung für Soldaten und Matrosen, oder deren Wittwen und Erben, zur Erlangung von Soldrückständen, Bounties oder Pensionen.* Frankfurt am Main 1863.
- Unbekannt, *Bayern und die neue Aera. Zwölf Kapitel über die neue Rechtshandhabung und den socialen Krieg,* München 1865.
- Unbekannt, *Bremen. Ein Führer durch die Stadt und ihre Umgebungen für Fremde und Einheimische.* Bremen, 1857.
- Unbekannt, *Die Finanzen der Vereinigten Staaten von Nordamerika und die deutschen Kapitalisten,* in: Moser, A. (Hg.), *Zeitschrift für Kapital und Rente,* Stuttgart 1865, 1–31.
- Unbekannt, *Die Sklaverei in den Südstaaten Nord-Amerika's. Dargestellt von einem katholischen Missionär.* Frankfurt am Main 1865.
- Unbekannt, *Hé Lambert! Amerikika im Thüringer Wald! Ein Beitrag zur Journalistischen Sklavenfrage im deutschen Interesse.* Frankfurt am Main 1864.
- Unbekannt, *In Memoriam. Jesse Seligman.* New York 1894.
- Unbekannt, *Korrespondenz aus Bremen (Ende März 1864),* in: Faucher, Julius / Michaelis, Otto (Hg.), *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Culturgeschichte, Fünfter Band.* Berlin 1864, 221–233.
- Unbekannt, *Muth gefasst! Oder die Aufgabe Oesterreichs und der Süddeutschen Staaten.* München 1866.
- Unbekannt, *Ueber Sklaverei, Slaven-Emancipation, und die Einwanderung „Freier Neger“ nach den Colonien. Aufzeichnungen eines Weitgereisten,* s.l. 1861.
- Unbekannt, *Von der Holzaxt zum Präsidentenstuhl oder Lebensgeschichte des Volksmannes Abraham Lincoln,* Berlin 1865.
- Unbekannt, *Vorwärts! Rückwärts! Stehen bleiben!* Frankfurt am Main 1865.
- United States Congress, *Congressional Serial Set Vol. 1151, Session No. 1, 37th Congress, 3rd Session, S. Rpt. 83.* Washington, D. C.
- United States Congress, *Congressional Serial Set Vol. 1624, Session No. 2, 43th Congress, 1st Session, H. Rpt. 377.* Washington, D. C.
- United States Congress, *Congressional Serial Set Vol. 1627, Session No. 5, 43th Congress, 1st Session.* Washington, D. C.
- United States Department of Commerce, *Historical Statistics of the United States 1789–1945. A Supplement to the Statistical Abstracts of the United States.* Washington, D. C. 1949.
- United States Department of State / Bureau of Foreign Commerce, *Commercial Relations of the United States with Foreign Countries.* Washington, D. C. 1857–1867.
- United States Department of State, *Papers relating to the foreign relations of the United States.* Washington, D. C. 1861–1866.
- United States Naval War Records Office, *Official Records of the Union and Confederate Navies in the War of the Rebellion [ORN].* Washington, D. C. 1894–1922.
- United States Sanitary Commission, *A Record of the Metropolitan Fair. In Aid of the United States Sanitary Commission, Held at New York, in April 1864.* New York 1867.

- United States Sanitary Commission (Hg.), The Sanitary Commission Bulletin, New York 1864.
- United States War Department, The War of the Rebellion, a Compilation of the Official Records of the Union and Confederate Armies [ORA]. Washington, D. C. 1880–1901.
- Verein der oesterreichischen Industriellen (Hg.), Jahrbuch für Industrie und Handel in Österreich. Jahrgang 2. Wien 1866.
- Viebahn, Georg von (Hg.), Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands. Bd. 3. Berlin 1868.
- Walesrode, Ludwig, Demokratische Studien. Hamburg 1861.
- Wallace, Sarah A. & Frances E. Gillespie Wallace (Hg.), The Journal of Benjamin Moran, 1857–1865. Chicago 1949.
- Welcker, Karl, Das Wechselverhältnis von Amerika zu Europa und die Sklavenfrage, in: Rotteck, Karl von / Welcker, Karl (Hg.), Das Staats-Lexikon, Erster Band. Leipzig 1856, 463–470.
- Wendel, Hermann (Hg.), Otto von Corvin-Wiersbitzki. Ein Leben voller Abenteuer. Frankfurt am Main 1924.
- White, Andrew Dickson, Autobiography of Andrew Dickson White. New York 1905.
- White, James T. (Hg.), The National Cyclopaedia of American Biography. Vol. 13. New York 1906.
- Witz, E., Über den jetzigen Stand der Baumwollenfrage, in: Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur, 10. Bd., 1864, 316–326.
- Woodcroft, Bennet, Alphabetical Index of Patentees and Applicants for Patents of Invention for the Year 1862, London 1863.
- Woodcroft, Bennet, Chronological index of patents applied for and patents granted for the Year 1862, London 1863.
- Wuttke, Heinrich, Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens, Hamburg 1866/1875.
- Zirckel, Otto, Skizzen aus den und über die Vereinigten Staaten. Ein Beitrag zur Beurtheilung der Aussichten für die gebildete deutsche Mittelklasse in der Union für Auswanderer, Politiker und Kapitalisten, Berlin 1850.

Zeitungen und Zeitschriften

Allgemeine Auswanderungszeitung
 Allgemeine Deutsche Arbeiter-Zeitung
 Allgemeine Militär-Zeitung
 Altonaer Zeitung
 Amts-Blatt der Freien Stadt Frankfurt
 Augsburgener Allgemeine Zeitung
 Augsburgener Tagblatt
 Bamberger Zeitung
 Bauernzeitung
 Bavaria
 Bayerische Zeitung
 Bayerischer General-Anzeiger
 Berliner Revue
 Bohemia
 Boston Daily Advertiser
 Bothe für Tirol und Vorarlberg
 Bremer Handelsblatt
 Central-Organ für den deutschen Handelsstand

Chicago Tribune
Das Ausland
Der Aktionär
Der Bayerische Landbote
Der Fortschritt (Fürther Abendzeitung)
Der Israelit
Der Kamerad – Österreichische Militär-Zeitung
Das Vaterland
Deutsch-Amerikanische Monatshefte
Deutsche Blätter
Deutsche Industrie-Zeitung
Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur
Deutsche Vierteljahrsschrift
Deutscher Sprachwart
Die Gartenlaube
Die Grenzboten
Frankfurter Journal
Frankfurter Latern
Frankfurter Nachrichten
Frankfurter Postzeitung
Frankfurter Reform
Globus
Hamburger Börsen-Halle
Hamburger Nachrichten
Hamburgische Handelsgerichtszeitung
Harper's Weekly
Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland
Kemptner Zeitung
Königlich Bayerisches Kreis-Amtsblatt von Oberbayern
Königlich Bayerisches Kreis-Amtsblatt von Schwaben und Neuburg
L'Illustration. Journal Universel
Leipziger Illustrierte Zeitung
Linzer-Abendbote
Literarisches Centralblatt für Deutschland
Liverpool Mercury
Magazin für die Literatur des Auslandes
Mährischer Correspondent
Miltenerberger Tagblatt
National-Zeitung
Neue Frankfurter Zeitung
Neue Münchner Zeitung
Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung)
New Haven Daily Palladium
North American and United States Gazette
Österreichische Militär-Zeitung
Pennsylvanische Staats-Zeitung
Pfälzer Volkszeitung
Prager Börsen-Zeitung
Preußisches Handelsarchiv
Preußische Jahrbücher
Richmond Enquirer
Richmond Examiner
Richmonder Anzeiger

Savannah Daily Morning News
 Schwäbischer Merkur
 Schweinfurter Tagblatt
 Straubinger Tagblatt
 Streffleurs militärische Zeitschrift
 Süddeutsche Zeitung (Frankfurt am Main)
 The Daily Cleveland Herald
 The Daily South Carolinian
 The Index. A weekly Journal of Politics, Literature and News
 The London Quarterly Review
 The New York Herald
 The New York Times
 The Southern Literary Messenger
 Vermont Patriot & State Gazette
 Unterhaltungen am häuslichen Herd
 Volksfreund für das Mittlere Deutschland
 Weser-Zeitung
 Wiener Fremden-Blatt
 Wiener Zeitung
 Wochen-Blatt des National-Vereins
 Wochenblatt für Karlsbad und Umgegend
 Wochenschrift der Bayerischen Fortschrittspartei
 Wolfgang Menzel's Literaturblatt
 Würzburger Abendblatt
 Zweibrücker Wochenblatt
 Zwischen-Akt

Literatur

- Abbenhuis, Maartje, *An Age of Neutrals. Great Power Politics, 1815–1914*, Cambridge 2014.
 Abbott, Richard H., *Cotton & Capital. Boston Businessmen and Antislavery Reform, 1854–1868*. Amherst 1991.
 Achterberg, Erich, *Der Bankplatz Frankfurt am Main*, s.l. 1955.
 Adelman, Gerhard, *Strukturwandlungen der rheinischen Leinen- und Baumwollgewerbe zu Beginn der Industrialisierung*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 53.2 (1966), 162–184.
 Albrecht, Henning, *Preußen, ein „Judenstaat“*. Antisemitismus als konservative Strategie gegen die „Neue Ära“ – Zur Krisentheorie der Moderne, in: *Geschichte und Gesellschaft* 37.4, 2011, 455–481.
 Amenda, Lars / Fuhrmann, Malte, *Hafenstädte in globaler Perspektive. Einleitung*, in: *Comparativ – Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 17.2 (2007), 7–11.
 Anbinder, Tyler, *Which Poor Man's Fight? Immigrants and the Federal Conscription of 1863*, in: *Civil War History* 52.4 (2006), 344–372.
 Anderson, Bonnie S., *Frauenemancipation and Beyond. The Use of the Concept of Emancipation by Early European Feminists*, in: Sklar, Kathryn Kish / Stewart, James Brewer (Hg.), *Women's Rights and Transatlantic Antislavery in the Era of Emancipation*, New Haven und London 2007, 82–97.
 Anderson, Kristen Layne, *Abolitionizing Missouri. German Immigrants and Racial Ideology in Nineteenth-Century America*, Baton Rouge 2016.

- Antonius Holtmann (Hg.), „Für Gans America Gehe ich nich Wieder Bei die Solldaten“. Briefe des Ochtruper Auswanderers Theodor Heinrich Brandes aus dem amerikanischen Bürgerkrieg 1862/63. Bremen 1999.
- Arendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München 2019.
- Armitage, David, Civil Wars. A History in Ideas, New Haven und London 2017.
- Ashcroft, Neil, British Trade with the Confederacy and the Effectiveness of Union Maritime Strategy during the Civil War, in: *International Journal of Maritime History* 10.2 (1998), 155–176.
- Avery, I. W., The History of the State of Georgia from 1850 to 1881, Embracing the Three Important Epochs. The Decade before the War of 1861–5; the War; the Period of Reconstruction, with Portraits of the Leading Public Men of this Era. New York 1881.
- Aydin, Cemil, Regionen und Reiche in der politischen Geschichte des langen 19. Jahrhunderts (1750–1924), in: Osterhammel, Jürgen / Conrad, Sebastian (Hg.), *Geschichte der Welt, Wege zur modernen Welt: 1750–1870*. München 2016, 35–253.
- Baasch, Ernst, Die Handelskammer zu Hamburg 1665–1915. Bd. II, 1814–1915, Hamburg 1915.
- Bade, Klaus J., Antisklavereibewegung in Deutschland und Kolonialkrieg in Deutsch-Ostafrika 1888–1890. Bismarck und Friedrich Fabri, in: *Geschichte und Gesellschaft* 3.1 (1977), 31–58.
- Bailyn, Bernard, *Atlantic History. Concept and Contours*, Cambridge 2005.
- Baltzer, Markus, Cross-listed Stocks as an Information Vehicle of Speculation. Evidence from European cross-listings in the early 1870s, in: *European Review of Economic History* 10.10 (2006), 301–327.
- Baptist, Edward, *The Half Has Never Been Told. Slavery and the Making of American Capitalism*, New York 2014.
- Baptist, Edward, Toward a Political Economy of Slave Labor. Hands, Whipping-Machines, and Modern Power, in: Beckert, Sven / Rockman, Seth (Hg.), *Slavery's Capitalism. A New History of American Economic Development*, Philadelphia 2016, 31–61.
- Barth, Boris, Möglichkeiten einer Globalgeschichte der Finanzwirtschaft, in: Barth, Boris / Gänger, Stefanie / Petersson, Niels P. (Hg.), *Globalgeschichten. Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Frankfurt und New York 2014, 113–141.
- Barth, Boris, Weder Bürgertum noch Adel: Zwischen Nationalstaat und kosmopolitischem Geschäft. Zur Gesellschaftsgeschichte der deutsch-jüdischen Hochfinanz vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25.1 (1999), 94–122.
- Battenberg, Friedrich, Judenemanzipation im 18. und 19. Jahrhundert, in: Institut für Europäische Geschichte (IEG) (Hg.) *Europäische Geschichte Online (EGO)* 2010, <http://www.ieg-ego.eu/battenbergf-2010-de> (letzter Abruf 18.01.2021).
- Bauer, Franz J., *Das „lange“ 19. Jahrhundert*, Stuttgart 2017.
- Bayly, Christopher A., *The Birth of the Modern World*, Malden u. a. 2004.
- Becker, Felix, *Die Hansestädte und Mexiko. Handelspolitik, Verträge u. Handel, 1821–1867*, Wiesbaden 1984.
- Becker, Frank, *Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864–1913*, München 2001.
- Beckert, Sven / Rockman, Seth, Introduction. Slavery's Capitalism, in: Beckert, Sven / Rockman, Seth (Hg.), *Slavery's Capitalism. A New History of American Economic Development*, Philadelphia 2016, 1–27.
- Beckert, Sven, Emancipation and Empire. Reconstructing the Worldwide Web of Cotton Production in the Age of the American Civil War, in: *The American Historical Review* 109.5 (2004), 1405–1438.
- Beckert, Sven, *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*, München 2014.
- Beckert, Sven, *The Monied Metropolis. New York City and the Consolidation of the American Bourgeoisie, 1850–1896*, Cambridge u. a. 2001.

- Beckert, Sven, Von Tuskegee nach Togo. Das Problem der Freiheit im Reich der Baumwolle, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31.4 (2005), 505–545.
- Bender, Thomas, *A Nation among Nations. America's Place in World History*, New York 2006.
- Bennett, John D., *The London Confederates. The Officials, Clergy, Businessmen and Journalists Who Backed the American South during the Civil War*, Jefferson und London 2012.
- Berding, Helmut, Die Ächtung des Sklavenhandels auf dem Wiener Kongreß 1814/15, in: *Historische Zeitschrift* 219.2 (1974), 265–289.
- Berger, Frank, Der Bankier, in: Schnädelbach, Anna / Lenarz, Michael / Steen, Jürgen (Hg.), *Frankfurts Demokratische Moderne und Leopold Sonnemann. Jude. Verleger. Politiker. Mäzen*, Frankfurt am Main 2009, 58–77.
- Berghoff, Hartmut / Vogel, Jakob, Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Ansätze zur Bergung transdisziplinärer Synergiepotentiale, in: Berghoff, Hartmut / Vogel, Jakob (Hg.) *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivwechsels*, Frankfurt und New York 2004, 9–41.
- Bergquist, J. M., *Daily Life in Immigrant America, 1820–1870*, Westport und London 2008.
- Bergquist, James M., The Forty-Eighters. Catalysts of German-American Politics, in: Trommler, Frank (Hg.), *The German-American encounter. Conflict and cooperation between two cultures, 1800–2000*, New York u. a. 2001, 22–36.
- Berthoff, Rowland, Southern Attitudes Toward Immigration, 1865–1914, in: *The Journal of Southern History* 17.3 (1951), 328–360.
- Bessel, Georg, *Geschichte Bremerhavens*, Bremerhaven 1927.
- Beutin, Ludwig, Von 3 Ballen zum Weltmarkt. Kleine Bremer Baumwollchronik 1788 bis 1872, in: Kellenbenz, Hermann (Hg.), *Gesammelte Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Köln u. a. 1963, 62–97.
- Biagini, Eugenio, „The Principle of Humanity“. Lincoln in Germany and Italy, 1859–1865, in: Carwardine, Richard / Sexton, Jay (Hg.), *The Global Lincoln*, Oxford u. a. 2011, 76–94.
- Biebusch, Werner, *Revolution und Staatsstreich. Verfassungskämpfe in Bremen von 1848 bis 1854*, Bremen 1973.
- Binkley, Robert, *Realism and Nationalism*, New York u. a. 1935.
- Biographical and Historical Memoirs of Louisiana*. Vol. 1, Madison 1892.
- Blackbourn, David, Germans Abroad and „Auslandsdeutsche“. Places, Networks and Experiences from the Sixteenth to the Twentieth Century, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41.2 (2015), 321–346.
- Blackett, R. J. M., *Divided Hearts. Britain and the American Civil War*, Baton Rouge 2001.
- Blackmon, Douglas, *Slavery by another Name. The Re-Enslavement of Black Americans from the Civil War to World War II*, New York 2009.
- Blessing, Werner K., Umwelt und Mentalität im ländlichen Bayern. Eine Skizze zum Alltagswandel im 19. Jahrhundert, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 19 (1979), 1–42.
- Boch, Rudolf, *Staat und Wirtschaft im 19. Jahrhundert*, München 2004.
- Bodamer, Jens, Von Hannover in die Südstaaten. Deutsche Auswanderer in Wilmington North Carolina, 1840–1914, in: *Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen* (Hg.), *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte*. Hannover 2009, 319–344.
- Böhm, Ekkehard, Der Weg ins Deutsche Reich 1860–1888, in: Loose, Hans-Dieter (Hg.), *Hamburg, Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung*, Hamburg 1982, 491–500.
- Bonner, Robert E., Roundheaded Cavaliers? The Context and Limits of a Confederate Racial Project, in: *Civil War History* 48.1 (2002), 34–59.
- Bonner, Robert E., Slavery, Confederate Diplomacy, and the Racialist Mission of Henry Hotze, in: *Civil War History* 51.3 (2005), 288–316.
- Bonner, Robert E., The Salt Water Civil War. Thalassological Approaches, Ocean-Centered Opportunities, in: *The Journal of the Civil War Era* 6.2 (2016), 243–267.
- Borowsky, Peter / Nicolaysen, Rainer, Politische Geschichte, in: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.), *Geschichte. Ein Grundkurs*, Hamburg 2007, 527–540.

- Borscheid, Peter, Systemwettbewerb, Institutionenexport und Homogenisierung. Der Internationalisierungsprozess der Versicherungswirtschaft im 19. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 51.1 (2006), 26–53.
- Bowley, Arthur, *Wages in the United Kingdom in the Nineteenth Century*, Cambridge 1900.
- Boyd, James, The Rhine Exodus of 1816/1817 within the developing German Atlantic World, in: *The Historical Journal* 59.1 (2016), 99–123.
- Brandon, Pepijn, „With the Name Changed, the Story Applies to You!“ Connections between Slavery and „Free“ Labor in the Writings of Marx, in: Bosma, Ulbe / Hofmeester, Karin (Hg.), *The Lifework of a Labor Historian. Essays in Honor of Marcel van der Linden*, Leiden 2018, 47–70.
- Brauer, Kinley J., The Slavery Problem in the Diplomacy of the American Civil War, in: *Pacific Historical Review* 46.3 (1977), 439–469.
- Brem Bonner, M. / McCord, Peter, Reassessment of the Union Blockade's Effectiveness in the Civil War, in: *The North Carolina Historical Review* 88 (2011), 375–398.
- Brown Jr., William / Burdekin, Richard C. K., Turning Points in the U.S. Civil War. A British Perspective, in: *The Journal of Economic History* 60.1 (2000), 26–231.
- Brubaker, Rogers, *Ethnizität ohne Gruppen*, Hamburg 2007.
- Bruce, Robert V., *Lincoln and the Tools of War*, Indianapolis u. a. 1956.
- Bruns, Claudia / Hampf, M. Michaela, Transnationale Verflechtungen von Rassismen ab 1700. Versuch der Systematisierung eines Forschungsfelds, in: Bruns, Claudia / Hampf, Michaela (Hg.), *Wissen – Transfer – Differenz. Transnationale und interdiskursive Verflechtungen von Rassismus ab 1700*, Göttingen 2018, 9–63.
- Bruns, Claudia, Toward a Transnational History of Racism: Wilhelm Marr and the Interrelationships between Colonial Racism and German Anti-Semitism, in: Berg, Manfred / Wendt, Simon (Hg.), *Racism in the Modern World. Historical Perspectives on Cultural Transfer and Adaptation*, New York 2011, 122–139.
- Bungert, Heike, *Festkultur und Gedächtnis. Die Konstruktion einer deutschamerikanischen Ethnizität 1848–1914*, Paderborn 2016.
- Buschmann, Nikolaus, *Einkreisung und Waffenbruderschaft. Die öffentliche Deutung von Krieg und Nation in Deutschland 1850–1871*, Göttingen 2003.
- Buse, Dieter K., Urban and National Identity in Bremen, 1860–1920, in: *Journal of Social History* 26.3 (1993), 521–537.
- Bussemer, Herrad, Bürgerliche Frauenbewegung und männliches Bildungsbürgertum 1860–1880, in: Frevert, Ute (Hg.) *Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988, 190–203.
- Carlisle, Rodney, Flagging-Out during the American Civil War, in: *The Northern Mariner / Le marin du nord* 22, No. 1, 2012, 53–65.
- Carosso, Vincent P., A Financial Elite. New York's German-Jewish Investment Bankers, in: *American Jewish Historical Quarterly* 66.1 (1976), 67–88.
- Cassidy, Eugene S., The Ambivalence of Slavery, the Certainty of Germanness. Representations of Slave-Holding and Its Impact Among German Settlers in Brazil, 1820–1889, in: *German History* 33.3 (2015), 367–384.
- Cassis, Youssef, *Capitals of Capital. A History of International Financial Centres 1780–2005*, Cambridge u. a. 2006.
- Cerwinka, G., Stiger, Josef Leopold, in: *Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950*. Bd. 13, Wien 2010, 261–262.
- Chapman, Stanley D., British Marketing Enterprise. The Changing Roles of Merchants, Manufacturers, and Financiers, 1700–1860, in: *The Business History Review* 53.2 (1979), 205–234.
- Chapman, Stanley D., *The International Houses. The Continental Contribution to British Commerce, 1800–1866*, in: *The Journal of European Economic History* 6.1 (1977), 5–48.
- Chapman, Stanley D., *The Rise of Merchant Banking*, London 1984.

- Checkel, Jeffrey T., *Transnational Dynamics of Civil War*, in: Checkel, Jeffrey T. (Hg.), *Transnational Dynamics of Civil War*, Cambridge 2013, 3–27.
- Christen, A. G. / Christen, J. A., Adalbert J. Volck (1828–1912). Confederate dentist, artist and anti-Lincoln satirist, in: *Journal of the history of dentistry* 49.1 (2001), 17–23.
- Clark, Christopher, *Preußen. Aufstieg und Niedergang, 1600–1947*, München 2008.
- Clarke, Harry R. / Smith, Lee, Labor Immigration and Capital Flows. Long-Term Australian, Canadian and United States Experience, in: *International Migration Review* 30.4 (1996), 925–949.
- Collins, Robert M., David Potter's People of Plenty and the Recycling of Consensus History, in: *Reviews in American History* 16.2 (1988), 321–335.
- Conrad, Sebastian, *Globalgeschichte. Eine Einführung*, München 2013.
- Conrad, Sebastian, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München 2010.
- Conze, Werner, Arbeit, in: Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1. A–D, Stuttgart 1972, 216–242.
- Craig, Gordon A., Preussen und die Vereinigten Staaten von Amerika, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 31, 1982, 47–61.
- Cunz, Dieter, The Maryland Germans in the Civil War, in: *Maryland Historical Magazine* 36.4 (1941), 394–419.
- Dahlmann, Dittmar, The Knoop-Family and its International Network, in: Schulte Beerbühl, Margrit / Vögele, Jörg (Hg.), *Spinning the Commercial Web, International Trade, Merchants and Commercial Cities, c. 1640–1939*. Frankfurt a. M., 2004, 237–245.
- Damaschke, Sabine, *Zwischen Anpassung und Auflehnung. Die Lage der Wuppertaler Textilarbeiterschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Wuppertal 1992.
- Dane, Hendrik, *Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Mexiko im 19. Jahrhundert*, Köln und Wien 1971.
- Daniel, Larry / Gunter, Riley, *Confederate Cannon Foundries*, Union City 1977.
- David T. Gleeson / Lewis, Simon (Hg.), *The Civil War as Global Conflict. Transnational Meanings of the American Civil War*, Columbia 2014.
- Davis, Christian, *Colonialism, Antisemitism, and Germans of Jewish Descent in Imperial Germany*, Ann Arbor 2012.
- Davis, Daniel T. / Davis, Stephen / Longfellow, Ryan / Mertz, Gregory A. / Morgan, James A. / Orrison, Robert / Pawlak, Kevin / Mackowski, Chris / White, Kristopher D. / Desjardin, Thomas A., *Turning Points of the American Civil War*, Carbondale 2017.
- Davis, David Brion, *Inhuman Bondage. The Rise and Fall of Slavery in the New World*, Oxford u. a. 2008.
- Davis, David Brion, *The Problem of Slavery in the Age of Emancipation*, New York 2014.
- Davis, Lance E. / Cull, Robert J., International Capital Movements, Domestic Capital Markets, and American Economic Growth, 1820–1914, in: Engermann, Stanley / Gallmann, Robert E. (Hg.), *The Cambridge Economic History of the United States*. Volume 2, Cambridge 2000, 733–812.
- Davis, William C. (Hg.), Edwin de Leon. *Secret History of Confederate Diplomacy Abroad*, Lawrence 2005.
- Dejung, Christof, *Die Grenzen der europäischen Macht. Polyzentrische Strukturen und lokale Handlungsspielräume im indischen Baumwollhandel während der Kolonialzeit*, in: Barth, Boris / Gänger, Stefanie / Petersson, Niels P. (Hg.), *Globalgeschichten, Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Frankfurt und New York 2014, 75–111.
- Delaney, Robert W., Matamoros, Port for Texas during the Civil War, in: *The Southwestern Historical Quarterly* 58.4 (1955), 473–487.
- Delbrück, Rudolph von, *Lebenserinnerungen 1817–1867*. Bd. 2, Leipzig 1905.
- Dennis, William Cullen, The Right of Citizens of Neutral Countries to Sell and Export Arms and Munitions of War to Belligerents, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 60 (1915), 168–182.

- Depkat, Volker, *Amerikabilder in politischen Diskuren. Deutsche Zeitschriften von 1789 bis 1830*, Stuttgart 1998.
- Dietz, Alexander, *Frankfurter Handelsgeschichte*, Frankfurt am Main 1925.
- Dippel, Christof, *Freiheit*, in: Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 2. E–G, Stuttgart 1975.
- Dippel, Horst, *Die Lincoln-Rezeption in Deutschland*, in: *Amerikastudien/American Studies* 56.3 (2011), 331–345.
- Dippel, Horst, Körner, Gustav, in: *Neue Deutsche Biographie*, 12. Bd., Berlin 1979, 383–384.
- Ditt, Karl, *Fabrikarbeiter und Handwerker im 19. Jahrhundert in der neueren deutschen Sozialgeschichtsschreibung. Eine Zwischenbilanz*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20.2 (1994), 299–320.
- Ditt, Karl, *Vorreiter und Nachzügler in der Textilindustrialisierung. Das Vereinigte Königreich und Deutschland während des 19. Jahrhunderts im Vergleich*, in: Berghoff, Hartmut / Ziegler, Dieter (Hg.), *Pionier und Nachzügler? Vergleichende Studien zur Geschichte Großbritanniens und Deutschlands im Zeitalter der Industrialisierung*, Bochum 1995, 29–58.
- Dobry, Michael / Lüttenberg, Thomas, „Ereignisse“ und Situationslogik. Lehren, die man aus der Untersuchung von Situationen politischer Unübersichtlichkeit ziehen kann, in: *Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 19* (2001), 75–98.
- Doering-Manteuffel, Anselm, *Internationale Geschichte als Systemgeschichte. Strukturen und Handlungsmuster im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: Loth, Wilfried / Osterhammel, Jürgen (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000, 94–115.
- Donaldson, Jordan / Pratt, Edwin J., *Europe and the American Civil War*, London u. a. 1931.
- Doyle, Don H. (Hg.), *American Civil Wars. The United States, Latin America, Europe, and the Crisis of the 1860s*, Chapel Hill 2017.
- Doyle, Don H., *The Cause of All Nations. An International History of the Civil War*, New York 2015.
- Drescher, Seymour, *The Ending of the Slave Trade and the Evolution of European Scientific Racism*, in: *Social Science History* 14.3 (1990), 415–450.
- Dumke, Rolf Horst, *Anglo-deutscher Handel und Frühindustrialisierung in Deutschland 1822–1865*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 5.2 (1979), 175–200.
- Eckert, Andreas, *Abolitionist Rhetorics, Colonial Conquest, and the slow Death of Slavery in Germany's African Empire*, in: Linden, Marcel van der (Hg.), *Humanitarian intervention and changing labor relations. The long-term consequences of the abolition of the slave trade*. Leiden u. a. 2011, 351–368.
- Eckert, Andreas, *Aufklärung, Sklaverei und Abolition*, in: *Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 23* (2010), 243–262.
- Eckert, Andreas, *Von der „freien Lohnarbeit“ zum „informellen Sektor“? Alte und neue Fragen in der Geschichte der Arbeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 43 (2017), 297–307.
- Efford, Alison Clark, *German Immigrants, Race, and Citizenship in the Civil War Era*. Cambridge, Mass., 2013.
- Egerton, Douglas R., *Rethinking Atlantic Historiography in a Postcolonial Era. The Civil War in a Global Perspective*, in: *The Journal of the Civil War Era* 1.1 (2011), 79–95.
- Eichhorn, Niels, *North Atlantic Trade in the Mid-Nineteenth Century. A Case for Peace during the American Civil War*, in: *Civil War History* 61.2 (2015), 138–172.
- Eimers, Enno, *Preußen und die USA 1850 bis 1867. Transatlantische Wechselwirkungen*, Berlin 2004.
- Eisenberg, Christiane, *The Comparative View in Labour History. The English and German Labour Movements before 1914*, in: *International Review of Social History* 34.3 (1989), 403–432.
- Elmshäuser, Konrad, *Geschichte Bremens*, München 2007.

- Engelsing, Rolf, England und die USA in der bremischen Sicht des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 1.1 (1957), 33–65.
- Engelsing, Rolf, Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, Göttingen 1973.
- Espagne, Michel, Die Rolle der Vermittler im Kulturtransfer, in: Lüsebrink, Hans-Jürgen / Reichardt, Rolf (Hg.), Kulturtransfer im Epochenumbruch Frankreich – Deutschland 1770 bis 1815, Leipzig 1997, 309–329.
- Evans, Richard J., Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910, Reinbek 1990.
- Faber, Karl-Georg, Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland, in: Historische Zeitschrift 203.1 (1966), 1–45.
- Fahrmeir, Andreas / Lesczenski, Jörg, Vom Finanzdienstleister zum „Arzt der Wirtschaft“. Gründung, Wandel und Ausbau der DTG 1890 bis 1933, in: Ziegler, Dieter / Lesczenski, Jörg / Bähr, Johannes (Hg.), Vertrauensbildung als Auftrag, Von der Deutsch-Amerikanischen Treuhand-Gesellschaft zur KPMG AG, München u. a. 2015, 21–63.
- Fahrmeir, Andreas, Paßwesen und Staatsbildung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 271.1 (2000), 57–91.
- Ferguson, Niall, The Ascent of Money. A Financial History of the World, New York u. a. 2008.
- Ferguson, Niall, The House of Rothschild. Volume 2: The World's Banker, 1849–1999, New York u. a. 2000.
- Ferguson, Niall, The Rise of the Rothschilds. The Family Firm as Multinational, in: Cassis, Youssef / Cottrell, Philip L. (Hg.), The World of Private Banking, London und New York 2009, 1–30.
- Ferhadbegović, Sabina / Weiffen, Brigitte, Zum Phänomen der Bürgerkriege, in: Ferhadbegović, Sabina / Weiffen, Brigitte (Hg.), Bürgerkriege erzählen. Zum Verlauf unziviliser Konflikte, Konstanz 2011, 9–33.
- Fisch, Jörg, Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850–1914, Stuttgart 2002.
- Fischer, Oliver, Von Königgrätz nach Sedan. Die amtlich-preußische Kriegsberichterstattung in der „Provinzial-Correspondenz“ während der Kriege von 1866 und 1870/71, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 12 (2010), 85–100.
- Fischer, Wolfram, Expansion – Integration – Globalisierung. Studien zur Geschichte der Weltwirtschaft, Göttingen 1998.
- Fitzpatrick, Matthew, A Fall from Grace? National Unity and the Search for Naval Power and Colonial Possessions 1848–1884, in: German History 25.2 (2007), 135–161.
- Fitzpatrick, Matthew, Liberal Imperialism in Germany. Expansionism and Nationalism. 1848–1884, New York, Oxford 2008.
- Flandreau, Marc / Flores, Juan H., The Peaceful Conspiracy. Bond Markets and International Relations during the Pax Britannica, in: International Organization 66.2 (2012), 211–241.
- Fleche, Andre M., The Revolution of 1861. The American Civil War in the Age of Nationalist Conflict, Chapel Hill 2012.
- Fogel, Robert / Engermann, Stanley, Time on the Cross. The Economics of American Negro Slavery, London 1976.
- Foner, Eric, Free Soil. Free Labor. Free Men. The Ideology of the Republican Party before the Civil War, Oxford 1995.
- Foner, Eric, The Fiery Trial. Abraham Lincoln and American Slavery, New York und London 2011.
- Foreman, Amanda, A World on Fire. Britain's crucial Role in the American Civil War, New York 2010.
- Frankfurter Zeitung (Hg.), Geschichte der Frankfurter Zeitung. Frankfurt am Main 1906.
- Freund, G[ünther] S[iegfried], Die Rechtsverhältnisse der Öffentlichen Anleihen, Berlin 1907.
- Friedemann, Peter / Höscher, Lucian, Internationale, International, Internationalismus, in: Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, 3. H.–Me. Stuttgart 1982, 367–397.

- Fröschl, Thomas, Rezeption und Einfluss der American Constitution in den deutschen Verfassungsdebatten, 1789 bis 1949, in: *Journal of Modern European History* 6.1 (2008), 38–57.
- Fry, Joseph A., Henry S. Sanford. *Diplomacy and Business in Nineteenth-Century America*, Reno 1982.
- Gabaccia, Donna R., *Foreign Relations. American Immigration in Global Perspective*, Princeton und Oxford 2012.
- Gall, Lothar, *Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums*, Berlin 2000.
- Gallagher, Gary, *The Union War*, Cambridge u. a. 2011.
- Garbade, Kenneth D. / Silber, William L., Technology, Communication and the Performance of Financial Markets: 1840–1975, in: *The Journal of Finance* 33.3 (1978), 819–832.
- Gassert, Philipp, Writing about the (American) Past, Thinking of the (German) Present: The History of U.S. Foreign Relations in Germany, in: *Amerikastudien/American Studies* 54.3 (2009), 345–382.
- Gatzke, Hans W., *Germany and the United States. A Special Relationship?*, Cambridge und London 1980.
- Gazley, John Gerow, *American Opinion of German Unification. 1848–1871*, New York 1970.
- Gehlen, Boris / Marx, Christian / Reckendrees, Alfred, Ambivalences of Nationality. Economic nationalism, nationality of the company, nationalism as strategy: An introduction, in: *Journal of Modern European History* 18.1 (2020), 16–27.
- Genealogische Gesellschaft zu Frankfurt a. M. (Hg.), Auszüge aus einem Manuskript des Freiherrn Emil von Erlanger, gewidmet seinem seel. Vater Raphael von Erlanger, in: *Mitteilungen der Genealogischen Gesellschaft zu Frankfurt a. M.* 2 (1920), 3–11.
- Genovese, Eugene D., Roll, Jordan, Roll. *The World the Slaves made*, New York 1976.
- Gentry, Judith Fenner, A Confederate Success in Europe. The Erlanger Loan, in: *The Journal of Southern History* 36.2 (1970), 157–188.
- Geppert, Dominik, *Pressekrise. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912)*, München 2007.
- Gerber, Harry, Der Anteil Deutschlands, insbesondere Frankfurts, an der Aufbringung der nordamerikanischen Kriegsanleihen während des amerikanischen Bürgerkrieges (1861–1865), in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Vierte Folge / Fünfter Band, Zweites Heft (1942)*, 125–130.
- Gerber, Harry, Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Frankfurt am Main und den Vereinigten Staaten von Amerika im Verlaufe dreier Jahrhunderte und die Geschichte des amerikanischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main, in: *Wirtschaftsamt Frankfurt am Main (Hg.), 100 Jahre Amerikanisches Generalkonsulat in Frankfurt am Main 1829–1929, Frankfurt am Main 1929*, 5–56.
- Gerteis, Klaus, Leopold Sonnemann. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Nationalstaatsgedankens in Deutschland, Frankfurt am Main 1970.
- Gessner, Dieter, Lokalisation, Struktur und Entwicklung der Textilindustrie am Mittelrhein und Untermain von 1780 bis 1861/65. Eine quantifizierend-qualifizierende Regionaluntersuchung, in: *Nassauische Annalen* 93 (1982), 35–60.
- Gestrich, Andreas, The Abolition Act and the Development of Abolitionist Movements in 19th Century Europe, in: Linden, Marcel van der (Hg.), *Humanitarian Intervention and changing Labor Relations. The long-term Consequences of the Abolition of the Slave Trade*, Leiden u. a. 2011, 245–261.
- Geulen, Christan, *Geschichte des Rassismus*, München 2007.
- Geyer, Michael / Bright, Charles, Global Violence and Nationalizing Wars in Eurasia and America. The Geopolitics of War in the Mid-Nineteenth Century, in: *Comparative Studies in Society and History* 38.4 (1996), 619–657.
- Gilpin, Robert, *The Political Economy of International Relations*, Princeton 1987.
- Gollwitzer, Heinz, Bernstorff, Albrecht Graf von, in: *Neue Deutsche Biographie, 2. Bd.*, Berlin 1955, 136.

- Gollwitzer, Heinz, *Geschichte des weltpolitischen Denkens*. Bd. 1. Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Beginn des Imperialismus, Göttingen 1972.
- Gosewinkel, Dieter, *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2001.
- Gossel, Daniel, *Medien und Politik in Deutschland und den USA. Kontrolle, Konflikt und Kooperation vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2010.
- Götz, Norbert, *Rationales of Humanitarianism. The Case of British Relief to Germany, 1805–1815*, in: *Journal of Modern European History* 12.2 (2014), 186–199.
- Grant, Jonathan A., *Rulers, Guns, and Money. The Global Arms Trade in the Age of Imperialism*, Cambridge, Mass., u. a. 2007.
- Gräser, Marcus, *Weltgeschichte im Nationalstaat. Die transnationale Disposition der amerikanischen Geschichtswissenschaft*, in: *Historische Zeitschrift* 283.2 (2006), 355–382.
- Grass, Karl Martin / Koselleck, Reinhart, *Emanzipation*, in: Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 2. E–G, Stuttgart 1975, 153–197.
- Green, Abigail, *Intervening in the Public Sphere. German Governments and the Press, 1815–1870*, in: *The Historical Journal* 44.1 (2001), 155–175.
- Greenberg, Dolores, *Yankee Financiers and the Establishment of Trans-Atlantic partnerships. A Re-Examination*, in: *Business History* 16 (1974), 17–35.
- Gregory, Charles Noble, *Neutrality and the Sale of Arms*, in: *The American Journal of International Law* 10.3 (1916), 543.
- Gruner, Wolf D., *Der Deutsche Bund 1815–1866*, München 2012.
- Grüttner, Michael, *Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter. 1886–1914*, Göttingen 1984.
- Guelzo, Allen, *Fateful Lightning. A New History of the Civil War and Reconstruction*, New York 2012.
- Guettel, Jens-Uwe, *German Expansionism, Imperial Liberalism, and the United States. 1776–1945*, Cambridge 2012.
- Guinnane, Timothy, *Delegated Monitors, Large and Small. Germany's Banking System, 1800–1914*, in: *Journal of Economic Literature* 40.1 (2002), 73–124.
- Guterl, Matthew Pratt, *American Mediterranean. Southern Slaveholders in the Age of Emancipation*, Cambridge u. a. 2008.
- Haberamas, Rebekka, *Auf der Suche nach dem Bürgertum im Niedersachsen des 19. Jahrhunderts. Erkundungen von Bremen bis nach Togo*, in: *Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen (Hg.), Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 82, Hannover 2010, 1–26.
- Hahn, Hans-Werner, *Geschichte des Deutschen Zollvereins*, Göttingen 1984.
- Hahn, Steven, *What Sort of World Did the Civil War Make?* in: Downs, Gregory / Mansur, Kate (Hg.), *The World the Civil War Made*, Chapel Hill 2015, 337–356.
- Hall, Catherine, *Afterword*, in: Brahm, Felix / Rosenhaft, Eve (Hg.), *Slavery Hinterland, Transatlantic Slavery and Continental Europe, 1680–1850*, Woodbridge 2016, 213–221.
- Halle, Ernst von, *Amerika. Seine Bedeutung für die Weltwirtschaft und seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland insbesondere zu Hamburg*, Hamburg 1905.
- Haller, Lea, *Transithandel. Geld- und Warenströme im globalen Kapitalismus*, Berlin 2019.
- Handelskammer Frankfurt (Hg.), *Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt a. M. (1707–1908)*, Frankfurt am Main 1908.
- Harrison, Royden, *British Labor and American Slavery*, in: *Science & Society* 25.4 (1961), 291–319.
- Harrison, Royden, *British Labour and the Confederacy*, in: *International Review of Social History* 2.1 (1957), 78–105.
- Hawgood, John, *The Civil War and Central Europe*, in: Hyman, Harold (Hg.), *Heard Around the World. The Impact Abroad of the Civil War*, New York 1969, 145–176.

- Heidenreich, Bernd / Brockhoff, Elke (Hg.), 1866. Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, Berlin 2017.
- Helbich, Wolfgang Johannes / Kamphoefner Walter (Hg.), Deutsche im Amerikanischen Bürgerkrieg. Briefe von Front und Farm. 1861–1865, Paderborn 2002.
- Helbich, Wolfgang, Land der unbegrenzten Möglichkeiten? Das Amerika-Bild der deutschen Auswanderer im 19. Jahrhundert, in: Elvert, Jürgen u. Salewski Michael (Hg.), Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert, Teil 1: Transatlantische Beziehungen, Stuttgart 1993, 295–321.
- Hellmann, George S., Joseph Seligman, American Jew, in: Publications of the American Jewish Historical Society 41.1 (1951), 27–40.
- Henderson, W.O., The Cotton Famine on the Continent, 1861–5, in: The Economic History Review 4.2 (1933), 195–207.
- Herkner, Heinrich, Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter, Strassburg 1887.
- Herzig, Arno, Unterschichtenprotest in Deutschland 1790–1870, Göttingen 1988.
- Hewitson, Mark, Nationalism in Germany, 1848–1866. Revolutionary Nation, Basingstoke 2010.
- Hewitson, Mark, The People's Wars. Histories of Violence in the German Lands. 1820–1888, New York 2017.
- Heyden, Wilhelm, Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft 1859–1862, Hamburg 1909.
- Heyn, Udo, Private Banking and Industrialization. The Case of Frankfurt am Main. 1825–1875, New York 1981.
- Hildebrand, Klaus, Großbritannien und die deutsche Reichsgründung, in: Historische Zeitschrift, Beihefte 6, 1980, 9–62.
- Hinrichs, Ernst, Landes- und Regionalgeschichte, in: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.), Geschichte. Ein Grundkurs, Hamburg 2007, 611–627.
- Hippel, Wolfgang von, Auswanderung aus Südwestdeutschland, Stuttgart 1984.
- Hirth, Georg, Statistisches über die Lage der Baumwollindustrie im Zollverein vor, während und nach der Krisis, in: Annalen des Deutschen Reiches 3 (1870), 534–562.
- Historisch-biographische Blätter, Bd. 7. Der Staat Hamburg, Berlin 1906.
- Hoag, Christopher, The Atlantic Telegraph Cable and Capital Market Information Flows, in: The Journal of Economic History 66.2 (2006), 342–353.
- Hobsbawm, Eric, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt und New York 2005.
- Hobsbawm, Eric, The Age of Capital 1848–1875, New York 1996.
- Hobsbawm, Eric, The Age of Empire 1876–1914, New York 1989.
- Hobsbawm, Eric, The Age of Revolution 1789–1848, New York 1996.
- Hochgeschwender, Michael, Der amerikanische Bürgerkrieg, München 2010.
- Hoerder, Dirk, Geschichte der deutschen Migration. Vom Mittelalter bis heute, München 2010.
- Hoerder, Dirk, Afterword. Africans in Europe. New Perspectives, in: Honeck, Mischa / Klimke, Martin / Kuhlmann, Anne (Hg.), Germany and the Black Diaspora. Points of Contact. 1250–1914, 231–240.
- Hoffmann, Gabriele, Das Haus an der Elbchaussee. Die Godeffroys – Aufstieg und Niedergang einer Dynastie, Hamburg 1998.
- Hölscher, Lucian, Öffentlichkeit, in: Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 4. Mi-Pre, Stuttgart 1978, 413–467.
- Holtfrerich, Carl-Ludwig, Finanzplatz Frankfurt. Von der mittelalterlichen Messestadt zum europäischen Bankenzentrum, München 1999.
- Holtfrerich, Carl-Ludwig, Frankfurt as a Financial Centre. From Medieval Trade Fair to European Banking Centre, München 1999.
- Holtz, Bärbel, Schleinitz, Alexander Gustav Adolf Graf von, in: Neue Deutsche Biographie, 23. Bd., Berlin 2007, 58.

- Honeck, Mischa, *We are the Revolutionists. German-speaking Immigrants & American Abolitionists after 1848*, Athens 2011.
- Hoole, Stanley, *Confederate Foreign Agent. The European Diary of Major Edward C. Anderson*, Alabama 1976.
- Horkheimer, Max, *Egoismus und Freiheitsbewegung. Zur Anthropologie des bürgerlichen Zeitalters*, in: Schmidt, Alfred (Hg.) *Max Horkheimer. Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Frankfurt 1988, 9–88.
- Howe, Daniel, *What hath God Wrought. The Transformation of America. 1815–1848*, New York 2009.
- Hunt, Lynn, *Writing History in the Global Era*, New York und London 2014.
- Jansen, Christian, *Die Militarisierung der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert*, in: Jansen, Christian (Hg.), *Der Bürger als Soldat, Die Militarisierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert: ein internationaler Vergleich*, Essen 2004, 9–23.
- Jansen, Christian, *Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche (1849–1867)*, Düsseldorf 2000.
- Jansen, Christian, *Gründerzeit und Nationsbildung 1849–1871*, Paderborn 2011.
- Jansen, Christian (Hg.), *Nach der Revolution 1848/49. Verfolgung, Realpolitik, Nationsbildung. Politische Briefe deutscher Liberaler und Demokraten 1849–1861*, Düsseldorf 2004.
- Janssen, Wilhelm, *Krieg*, in: Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, 3. H–Me, Stuttgart 1982, 567–615.
- Jonas, Manfred, *The United States and Germany. A Diplomatic History*, Ithaca 1984.
- Jones, Howard, *Blue & Gray Diplomacy. A History of Union and Confederate Foreign Relations*, Chapel Hill 2010.
- Jumonville, Neil, *Henry Steele Commager. Midcentury Liberalism and the History of the Present*, Chapel Hill und London 1999.
- Junker, Thomas, *Darwinismus, Materialismus und die Revolution von 1848 in Deutschland. Zur Interaktion von Politik und Wissenschaft*, in: *History and Philosophy of the Life Sciences* 17.2 (1995), 271–302.
- Kaiser, Andreas, *Zum Verhältnis von Vertragsfreiheit und Gesellschaftsordnung während des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1972.
- Kaltmeier, Olaf, *Politische Räume jenseits von Staat und Nation*, Göttingen 2012.
- Kammerhofer, Leopold, *Diplomatie und Pressepolitik 1848–1918*, in: Wandruszka, Adam / Urbanitsch, Peter (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*. 1. Teilband, Wien 1989, 459–495.
- Kappelhoff, Bernd, *Der Handel in den Küstenregionen des Königreichs Hannover*, in: Kaufhold, Karl Heinrich / Denzel, Markus A. (Hg.), *Der Handel im Kurfürstentum / Königreich Hannover (1780–1850). Gegenstand und Methode*, Stuttgart 2000, 181–212.
- Karp, Matthew, *This Vast Southern Empire. Slaveholders at the Helm of American Foreign Policy*, Cambridge, Massachusetts, 2016.
- Kaschuba, Wolfgang, *Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990.
- Katz, Irving, *August Belmont. A Political Biography*, New York und London 1968.
- Kaufman, Burton Ira, *Austro-American Relations during the Era of the American Civil War*, in: *Austrian History Yearbook* 4, 1968, 203–226.
- Kaufmann, Wilhelm, *Die Deutschen im amerikanischen Bürgerkriege*, München und Berlin 1911.
- Keil, Hartmut, *Francis Lieber's Attitudes on Race, Slavery, and Abolition*, in: *Journal of American Ethnic History* 28.1 (2008), 13–33.
- Keil, Hartmut, *German Immigrants and African-Americans in Mid-Nineteenth Century America*, in: Fiebig-von Hase, Ragnhild / Lemkuhl, Ursula (Hg.), *Enemy Images in American History*, Providence und Oxford 1997.

- Kelly, Alfred, *The Descent of Darwin. The Popularization of Darwinism in Germany, 1860–1914*, Chapel Hill 1981.
- Kelly, Patrick J., *The European Revolutions of 1848 and the Transnational Turn in Civil War History*, in: *The Journal of the Civil War Era* 4.3 (2014), 431–443.
- Kenny, Kevin, *Diaspora. A Very Short Introduction*, Oxford u. a. 2013.
- Kielbowicz, Richard B., *The Telegraph, Censorship, and Politics at the Outset of the Civil War*, in: *Civil War History* 40.2 (1994), 95–118.
- Kiesewetter, Hubert, *Die Industrialisierung Sachsens. Ein regional-vergleichendes Erklärungsmodell*, Stuttgart 2007.
- Kilbride, Daniel, *Being American in Europe. 1750–1860*, Baltimore 2013.
- Killick, J. R. / Thomas, W. A., *The Provincial Stock Exchanges, 1830–1870*, in: *The Economic History Review* 23.1 (1970), 96–111.
- Kirchberger, Ulrike, *Aspekte deutsch-britischer Expansion. Die Überseeinteressen der deutschen Migranten in Großbritannien in der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Stuttgart 1999.
- Kirchhain, Günter, *Das Wachstum der deutschen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert*, Münster 1973.
- Klarmann, Norbert, *Unternehmerische Gestaltungsmöglichkeiten des Privatbankiers im 19. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des Hauses von Erlanger & Söhne*, in: Hofmann, Hanns Hubert (Hg.), *Bankherren und Bankiers, Limburg/Lahn 1978*, 27–43.
- Klenke, Dietmar, *Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal als politische Religion. Zum Vereinsnationalismus der Sänger, Schützen und Turner am Vorabend der Einigungskriege*, in: *Historische Zeitschrift* 260.2 (1995), 395–448.
- Kludas, Arnold, *Die Pionierjahre von 1850 bis 1890*, Hamburg 1986.
- Kobrak, Christopher, *Family Finance. Value Creation and the Democratization of Cross-Border Governance*, in: *Enterprise and Society* 10.1 (2009), 38–89.
- Koch, Rainer, *Liberalismus, Konservatismus und das Problem der Negersklaverei. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: *Historische Zeitschrift* 222.3 (1976), 529–577.
- Kocka, Jürgen, *Zur Schichtung der preußischen Bevölkerung während der industriellen Revolution*, in: Treue, Wilhelm (Hg.), *Geschichte als Aufgabe. Festschrift für Otto Büsch zu seinem 60. Geburtstag*, Berlin 1988, 357–390.
- Kocka, Jürgen / Schmidt, Jürgen, *Arbeitergeschichte. Global und national*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 43 (2017), 181–196.
- Kohnen, Richard, *Pressepolitik des Deutschen Bundes. Methoden staatlicher Pressepolitik nach der Revolution von 1848*, Tübingen 1995.
- König, Wolfgang, *Geschichte der Konsumgesellschaft*, Stuttgart 2000.
- Koonce, Donald / Wood, Thomas (Hg.), *Doctor to the Front. The Recollections of Confederate Surgeon Thomas Fanning Wood, 1861–1865*, Knoxville 2000.
- Kopitzsch, Franklin / Brietzke, Dirk (Hg.), *Hamburgische Biografie. Bd. 2*, Göttingen 2003.
- Kosch, Wilhelm (Hg.), *Deutsches Theater-Lexikon. 1. Bd.*, Wien 1953.
- Koschorke, Albrecht, *Wie Bürgerkriege erzählt werden. Feldtheoretische Überlegungen zur Konfliktsemantik*, in: Ferhadbegović, Sabina / Weiffen, Brigitte (Hg.), *Bürgerkriege erzählen. Zum Verlauf unzivilier Konflikte*, Konstanz 2011, 35–54.
- Koselleck, Reinhart, *Revolution. Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg*, in: Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 5. Pro-Soz*, Stuttgart 1984, 775–788.
- Koszyk, Kurt, *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert*, Berlin 1966.
- Krause, Detlef, *Zur Geschichte der Mitteldeutschen Creditbank*, in: *Bankhistorisches Archiv – Zeitschrift zur Bankengeschichte* 17.1 (1991), 17–41.
- Krieger, Adolf, *Bremische Politik im Jahrzehnt vor der Reichsgründung*, Bremen 1939.
- Lachenicht, Susanne, *Europeans engaging the Atlantic. Knowledge and Trade, c. 1500–1800. An Introduction*, in: Lachenicht, Susanne (Hg.), *Europeans engaging the Atlantic. Knowledge and Trade, 1500–1800*, Frankfurt 2014, 7–21.

- Lamprecht, Karl, *Deutsche Geschichte*, Bd. 11, 1. Hälfte, Berlin 1908.
- Landsberg, Ernst, Wolffson, Isaac, in: *Allgemeine Deutsche Biografie*, 44. Bd., Berlin 1898, 67–68.
- Laqua, Daniel, *Inside the Humanitarian Cloud. Causes and Motivations to Help Friends and Strangers*, in: *Journal of Modern European History* 12.2 (2014), 175–185.
- Lauer, Friedrich, *Die deutsche Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der berühmten Personen des Auslandes. Für die unteren und mittleren Klassen der Gymnasien, für Real-, Bürger- und Fortbildungsschulen. Vierte, durch die Geschichte des vierjährigen Bürgerkriegs in den Vereinigten Staaten Nordamerikas (1861–1865) erweitert und bis zum Jahre 1875 fortgeführte Auflage*, Gießen 1876.
- Lauffer, Johannes, *Zwischen Heimgewerbe und Fabrik. Der Strukturwandel des Textilgewerbes im südlichen Niedersachsen im 19. Jahrhundert*, in: *Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen (Hg.), Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Hannover 1999*, 201–222.
- Lause, Mark A., *Free Labor. The Civil War and the Making of an American Working Class*, Champaign 2015.
- Leblang, David, *Familiarity Breeds Investment. Diaspora Networks and International Investment*, in: *The American Political Science Review* 104.3 (2010), 584–600.
- Lee, Geun / Ayhan, Kadir, *Why Do We Need Non-state Actors in Public Diplomacy? Theoretical Discussion of Relational, Networked and Collaborative Public Diplomacy*, in: *Journal of International and Area Studies* 22.1 (2015), 57–77.
- Lehmann, Sibylle H., *The German Elections in the 1870s. Why Germany Turned from Liberalism to Protectionism*, in: *The Journal of Economic History* 70.1 (2010), 146–178.
- Leigh, Philip, *Trading with the Enemy. The covert Economy during the American Civil War*, Yardley 2014.
- Lentz, Sarah, *Abolitionists in the German Hinterland? Therese Huber and the Spread of Anti-slavery Sentiment in the German Territories in the Early Nineteenth Century*, in: *Brahm, Felix / Rosenhaft, Eve (Hg.), Slavery Hinterland. Transatlantic Slavery and Continental Europe, 1680–1850*, Woodbridge 2016, 188–211.
- Leonhard, Jörn, *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750–1914*, München, 2008.
- Lerg, Charlotte A., *Amerika als Argument. Die deutsche Amerika-Forschung im Vormärz und ihre politische Deutung in der Revolution von 1848/49*, Bielefeld 2011.
- Lerner, Franz, Erlanger, Raphael Freiherr von, in: *Neue Deutsche Biographie*, 4. Bd., Berlin 1959, 593.
- Lester, Richard I., *Confederate Finance and Purchasing in Great Britain*, Charlottesville 1975.
- Levine, Bruce, *The Spirit of 1848. German Immigrants, Labor Conflict, and the Coming of the Civil War*, Urbana und Chicago 1992.
- Liberles, Robert, *Religious Conflict in Social Context. The Resurgence of Orthodox Judaism in Frankfurt am Main, 1838–1877*, Westport und London 1985.
- Liese, Joachim / Schulze, Max-Stephan, *Geldpolitik und Konjunktur in Österreich. Die „Plener’sche Stagnation“ 1862 bis 1866*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 80.4 (1993), 510–530.
- Linden, Marcel van der, *Workers of the World. Eine Globalgeschichte der Arbeit*, Frankfurt und New York 2017.
- Lindner, Ulrike, *Koloniale Begegnungen. Deutschland und Großbritannien als Imperialmächte in Afrika 1880–1914*, Frankfurt 2011.
- Liscow, Zachary, *Why fight secession? Evidence of Economic Motivations from the American Civil War*, in: *Public Choice* 153.1/2 (2012), 37–54.
- Loeb, Ernst, *Die großen Berliner Effektenbanken*, Jena 1896.
- Löffler, Michael, *Preußens und Sachsens Beziehungen zu den USA während des Sezessionskrieges, 1860–1865*, Münster 1999.

- Loidolt, Alfred, Die Beziehungen Österreichs zu den Vereinigten Staaten zur Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges 1861–1865, unveröff. Diss. Universität Wien 1949.
- Lonn, Ella, *Foreigners in the Confederacy*, Chapel Hill 2002.
- Lorimer, Douglas A., The Role of Anti-Slavery Sentiment in English Reactions to the American Civil War, in: *The Historical Journal* 19.2 (1976), 405–420.
- Losurdo, Domenico, *Liberalism. A Counter-History*, London 2011.
- Lotz, Walther, *Die Technik des deutschen Emissionshandels. Anleihen, Konversionen und Gründungen*, Leipzig 1890.
- Loy, Wesley, 10 Rumford Place. Doing Confederate Business in Liverpool, in: *The South Carolina Historical Magazine* 98.4 (1997), 349–374.
- Ludwig, Jörg, *Deutschland und die spanische Revolution 1820–1823*, Leipzig 2013.
- Lührs, Wilhelm, *Die Freie Stadt Bremen und England in der Zeit des Deutschen Bundes (1815–1867)*, Bremen 1958.
- Lutz, Ralph H., *Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten während des Sezessionskrieges*, unveröff. Diss. Universität Heidelberg, 1911.
- Luvaas, Jay, *The Military Legacy of the Civil War. The European Inheritance*, Lawrence 1988.
- Lympijs, Ingeborg, *Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika während des amerikanischen Bürgerkrieges*, unveröff. Diss. Universität Wien 1966.
- MacLean, Grace Edith, *Uncle Tom's Cabin in Germany*, New York 1910.
- Maischak, Lars, *German Merchants in the Nineteenth-Century Atlantic*, Washington, D. C. 2013.
- Mann, Michael, *Geschichte der Macht, Bd. 3., Teil 1, Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten 1760–1914* Frankfurt und New York 1998.
- Mathisen, Erik, The Second Slavery, Capitalism, and Emancipation in Civil War America, in: *Journal of the Civil War Era* 8.4 (2018), 677–699.
- Maurer, Heinrich H., The Earlier German Nationalism in America, in: *American Journal of Sociology* 22.4 (1917), 519–543.
- Mbembe, Achille, *Kritik der schwarzen Vernunft*, Bonn 2016.
- McCarthy, Thomas, *Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung*, Berlin 2015.
- McGrane, Reginald C., *Foreign Bondholders and American State Debts*, New York 1935.
- McPherson, James M., *Für die Freiheit sterben. Die Geschichte des amerikanischen Bürgerkrieges*, München 1995.
- Medick, Hans, *Weben und Überleben in Laichingen 1650–1900. Lokale Geschichte als Allgemeine Geschichte*, Göttingen 1997.
- Mehrländer, Andrea, „... ist daß nicht reiner Sklavenhandel?“ Die illegale Rekrutierung deutscher Auswanderer für die Unionsarmee im amerikanischen Bürgerkrieg, in: *Amerikastudien/American Studies* 44.1 (1999), 65–93.
- Mehrländer, Andrea, „... überall hiest man Fahnen“ Bremer Einwanderer während des amerikanischen Bürgerkriegs in den Konföderierten Staaten. Ausgewählte Fallbeispiele, in: *Die MAUS – Gesellschaft für Familienforschung e. V. Bremen (Hg.), Über Bremen in die Welt*, 2002, 133–150.
- Mehrländer, Andrea, *The Germans of Charleston, Richmond and New Orleans during the Civil War Period, 1850–1870. A study and research compendium*, Berlin und New York 2011.
- Meidinger, Heinrich, *Die deutschen Ströme in ihren Verkehrs- und Handels-Verhältnissen mit statistischen Übersichten. Bd. 1.* Frankfurt a. M. 1861.
- Meissner, Jochen / Mücke, Ulrich / Weber, Klaus, *Schwarzes Amerika. Eine Geschichte der Sklaverei*, München 2008.
- Merrill, Francis E. / Clark, Carroll D., The Money Market as a Special Public, in: *American Journal of Sociology* 39.5 (1934), 626–636.

- Michie, Ranald, Different in Name only? The London Stock Exchange and foreign Bourses, c. 1850–1914, in: *Business History* 30, 1988, 46–68.
- Möller, Frank, Vom revolutionären Idealismus zur Realpolitik. Generationswechsel nach 1848?, in: *Historische Zeitschrift, Beihefte* 36, 2003, 71–91.
- Molsen, Käthe, Godeffroy, Johann Cesar, in: *Neue Deutsche Biographie*, 6. Bd., Berlin 1964, 494–495.
- Moltmann, Günter, German Emigration to the United States during the First Half of the Nineteenth Century as a Social Protest Movement, in: Trefousse, Hans Louis (Hg.), *Germany and America, Essays on Problems of International Relations and Immigration*, New York 1981, 103–110.
- Moltmann, Günter, Isolation oder Intervention. Ein Prinzipienkonflikt amerikanischer Europapolitik im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 208/1, 1969, 24–51.
- Mommsen, Wolfgang J., Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1990.
- Mommsen, Wolfgang J., Deutscher und britischer Liberalismus. Versuch einer Bilanz, in: Langwiesche, Dieter (Hg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988, 211–222.
- Moore, Barrington, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt am Main 1969.
- Moore, Matthew, Selling to Both Sides. The Effects of Major Conventional Weapons Transfers on Civil War Severity and Duration, in: *International Interactions* 38.3 (2012), 325–347.
- Mooser, Josef, Preußische Agrarreformen, Bauern und Kapitalismus, in: *Geschichte und Gesellschaft* 18.4 (1992), 533–554.
- Morrison, Michael A., American Reaction to European Revolutions, 1848–1852. Sectionalism, Memory, and the Revolutionary Heritage, in: *Civil War History* 49.2 (2003), 111–132.
- Moser, A., Die Capitalanlage in Werthpapieren der Staaten, Creditvereine und Actiengesellschaften des In- und Auslandes, Stuttgart 1862.
- Moss, Kenneth, The United States and Central Europe, 1861–1871. Some American Approaches to National Development and the Balance of Power, in: *The Historian* 39.2 (1977), 248–269.
- Muhs, Rudolf, Geisteswehen. Rahmenbedingungen des deutsch-britischen Kulturaustauschs im 19. Jahrhundert, in: Muhs, Rudolf (Hg.), *Aneignung und Abwehr, Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert*, Bodenheim 1998, 44–70.
- Müller, George, Der amerikanische Sezessionskrieg in der schweizerischen öffentlichen Meinung, unveröff. Diss Universität Basel 1944.
- Müller, Jürgen, *Deutscher Bund und deutsche Nation. 1848–1866*, Göttingen 2005.
- Murr, Karl Borromäus, Ein „deutsches Manchester“? Die Augsburgener Textilindustrie im 19. Jahrhundert, in: Wüst, Wolfgang / Riedl, Tobias (Hg.), *Industrielle Revolution, Regionen im Umbruch. Franken, Schwaben, Bayern*, Erlangen 2013, 163–191.
- Murr, Karl Borromäus, Welthandel vor Ort. Der Augsburgener Baumwollimport aus den Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert, in: Gassert, Philipp / Kronenbitter, Günther / Weber, Wolfgang (Hg.), *Augsburg und Amerika, Aneignungen und globale Verflechtungen in einer Stadt*, Augsburg 2013, 103–155.
- Mustafa, Sam, *Merchants and Migrations. Germans and Americans in Connection, 1776–1835*, Aldershot u. a. 2001.
- Nagel, Daniel, *Die Berichterstattung deutscher Zeitschriften über den amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865)*, unveröff. Magisterarbeit Universität Mannheim 2002.
- Nagel, Daniel, *Von Republikanischen Deutschen zu Deutsch-Amerikanischen Republikanern, 1850–1861*, unveröff. Dissertation Universität Mannheim 2010.
- Nagler, Jörg, *Fremont contra Lincoln. Die deutsch-amerikanische Opposition in der Republikanischen Partei während des amerikanischen Bürgerkrieges*, Frankfurt u. a. 1984.

- Nagler, Jörg, Politisches Exil in den USA zur Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848/49, in: Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (Hg.), Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert, Teil 1: Transatlantische Beziehungen, Stuttgart 1993, 267–293.
- Nagler, Jörg / Doyle, Don H. / Gräser, Marcus (Hg.), *The Transnational Significance of the American Civil War*, London u. a. 2016.
- Nalbach, Alex, „Poisoned at the Source?“ Telegraphic News Services and Big Business in the Nineteenth Century, in: *The Business History Review* 77.4 (2003), 577–610.
- Naranch, Bradley, Global Proletarians, Uncle Toms, and Native Savages. Popular German Race Science in the Emancipation Era, in: Honeck, Mischa / Klimke, Martin / Kuhlmann, Anne, *Germany and the Black Diaspora. Points of Contact. 1250–1914*, New York u. a. 2013, 169–186.
- Nash, Gerald D., A Veritable Revolution. The Global Economic Significance of the California Gold Rush, in: *California History* 77.4 (1998/99), 276–292.
- Nathaus, Klaus, Vereinsgeselligkeit und soziale Integration von Arbeitern in Deutschland, 1860–1914. Mit einem vergleichenden Blick auf den britischen Fall, in: *Geschichte und Gesellschaft* 36, 2010, 37–65.
- Neely, Mark E., The Perils of Running the Blockade. The Influence of International Law in an Era of Total War, in: *Civil War History* 32.2 (1986), 101–118.
- Ninkovich, Frank, *Global Dawn. The Cultural Foundation of American Internationalism*, Cambridge u. a. 2009.
- Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1998.
- Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. II. Machtstaat vor der Demokratie*, München 1998.
- Nolte, Paul, Einleitung, in: Nolte, Paul (Hg.), *Transatlantische Ambivalenzen. Studien zur Sozial- und Ideengeschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts*, München 2014, ix–xix.
- O’Brien, Traci S., *Enlightened Reactions. Emancipation, Gender, and Race in German Women’s Writing*, Oxford u. a. 2011.
- O’Rourke, Kevin H. / Williamson, Jeffrey G., *Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy*, Cambridge, Mass., 1999.
- Oltmer, Jochen, *Migration im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2010.
- Onana, Marie Biloua, Transnationale Adaptionen von „Rassen“-Wissen. Der Sklavenaufstand von Saint-Domingue in Frankreich, Deutschland und Haiti, in: Bruns, Claudia / Hampf, Michaela (Hg.), *Wissen – Transfer – Differenz. Transnationale und interdiskursive Verflechtungen von Rassismus ab 1700*, Göttingen 2018, 165–183.
- Orzell, Laurence J., A „Favorable Interval“. The Polish Insurrection in Civil War Diplomacy, 1863, in: *Civil War History* 24.4 (1978), 332–350.
- Osterhammel, Jürgen / Conrad, Sebastian, Einleitung, in: Osterhammel, Jürgen / Conrad, Sebastian (Hg.), *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*, Göttingen 2006, 7–27.
- Osterhammel, Jürgen / Conrad, Sebastian, Einleitung, in: Osterhammel, Jürgen / Conrad, Sebastian (Hg.), *Geschichte der Welt, Wege zur modernen Welt. 1750–1870*, München 2016, 9–34.
- Osterhammel, Jürgen / Petersson, Niels P., *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen*, München 2006.
- Osterhammel, Jürgen, *Die Flughöhe der Adler. Historische Essays zur globalen Gegenwart*, München 2017.
- Osterhammel, Jürgen, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2011.
- Osterhammel, Jürgen, Hierarchien und Verknüpfungen. Aspekte einer globalen Sozialgeschichte, in: Osterhammel, Jürgen / Conrad, Sebastian (Hg.), *Geschichte der Welt, Wege zur modernen Welt. 1750–1870*, München 2016, 627–836.
- Osterhammel, Jürgen, *Sklaverei und die Zivilisation des Westens*, München 2000.

- Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950. Bd. 13, Wien 2010.
- Ostersehle, Christian, Hoboken. Ein Lloydterminal bei New York (1863 bis 1917), in: Bremisches Jahrbuch 90, 2011, 129–200.
- Overkamp, Anne Sophie, A Hinterland to the Slave Trade? Atlantic Connections of the Wupper Valley in the Early Nineteenth Century, in: Brahm, Felix / Rosenhaft, Eve (Hg.), Slavery Hinterland, Transatlantic Slavery and Continental Europe, 1680–1850, Woodbridge 2016, 161–185.
- Owsley, Frank Lawrence, King Cotton Diplomacy. Foreign Relations of the Confederate States of America, Chicago 1931.
- Palen, Marc-William, The Civil War's Forgotten Transatlantic Tariff Debate and the Confederacy's Free Trade Diplomacy, in: The Journal of the Civil War Era 3.1 (2013), 35–61.
- Palmer, William, How Ideology works. Historians and the Case of British Abolitionism, in: The Historical Journal 52.4 (2009), 1039–1051.
- Pammer, Michael, Entwicklung und Ungleichheit. Österreich im 19. Jahrhundert, Stuttgart 2002.
- Panayi, Panikos, Ethnic Minorities in Nineteenth and Twentieth Century Germany. Jews, Gypsies, Poles, Turks and Other, Harlow u. a. 2000.
- Paterson, Thomas G., American Businessmen and the Consular Service Reform, 1890's to 1906, in: The Business History Review 40.1 (1966), 77–97.
- Paul, Heike, Africa in America? Colonial Constructions of African Americans in German Writings about the USA, 1870–1914, in: Bruns, Claudia / Hampf, Michaela (Hg.), Wissen – Transfer – Differenz. Transnationale und interdiskursive Verflechtungen von Rassismus ab 1700, Göttingen 2018, 184–197.
- Paul, Heike, Cultural Mobility between Boston and Berlin. How Germans have read and re-read narratives of American Slavery, in: Greenblatt, Stephen u. a. (Hg.), Cultural Mobility. A Manifesto, Cambridge 2009, 122–171.
- Paul, Heike, Kulturkontakt und Racial Presences. Afro-Amerikaner und die deutsche Amerika-Literatur. 1815–1914, Heidelberg 2005.
- Paulmann, Johannes, Globale Vorherrschaft und Fortschrittsglaube. Europa 1850–1914, München 2019.
- Paulmann, Johannes, Grenzüberschreitungen und Grenzräume. Überlegungen zur Geschichte transnationaler Beziehungen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Zeitgeschichte, in: Conze, Eckart / Lappenküper, Ulrich / Müller, Guido (Hg.), Geschichte der internationalen Beziehungen, Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln u. a. 2004, 169–196.
- Paulmann, Johannes, Regionen und Welten. Arenen und Akteure regionaler Weltbeziehungen seit dem 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 296.3 (2013), 660–699.
- Perkins, Edwin J., The Anglo-American Houses in the Nineteenth Century, in: Cassis, Youssef / Cottrell, Philip L. (Hg.), The World of Private Banking, London und New York 2009, 111–126.
- Peters, Dirk, Der Seeschiffbau in Bremerhaven von der Stadtgründung bis zum Ersten Weltkrieg, in: Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen (Hg.), Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Hildesheim 1979, 25–64.
- Peters, Thelma, Blockade-Running in the Bahamas During the Civil War, in: Tequesta. The Journal of the Historical Association of Southern Florida 5 (1945), 16–29.
- Petersen, Jens, Risorgimento und italienischer Einheitsstaat im Urteil Deutschlands nach 1860, in: Historische Zeitschrift 234.1 (1982), 63–99.
- Peterson, Niels P., Das Kaiserreich in Prozessen ökonomischer Globalisierung, in: Osterhammel, Jürgen / Conrad, Sebastian (Hg.), Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, Göttingen 2006, 49–67.
- Pfeiffer, Baldur Edmund, Deutschland und der Amerikanische Bürgerkrieg 1861–1865, unveröff. Diss. Universität Mainz 1971.

- Philippovich, Eugen von (Hg.), *Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland. Berichte über die Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand des Auswanderungswesens in den Einzelstaaten und im Reich*, Leipzig 1892.
- Pierenkemper, Tony, *Wirtschaftsgeschichte. Die Entstehung der modernen Volkswirtschaft*, Berlin 2009.
- Pitsch, Franz Josef, *Die wirtschaftlichen Beziehungen Bremens zu den Vereinigten Staaten von Amerika bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, Bremen 1974.
- Pitts, Jennifer, *A Turn to Empire. The Rise of Imperial Liberalism in Britain and France*, Princeton 2006.
- Plumpe, Werner, *Das kalte Herz. Kapitalismus: die Geschichte einer andauernden Revolution*, Bonn 2019.
- Plumpe, Werner, *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, München 2012.
- Polanyi, Karl, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main 2013.
- Pollmann, Klaus Erich, *Arbeiterwahlen im Norddeutschen Bund 1867–1870*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15.2 (1989), 164–195.
- Pomeranz, Kenneth, Handel, in: Rublack, Ulrika (Hg.), *Die Neue Geschichte. Eine Einführung in 16 Kapiteln*, Frankfurt am Main 2013, 155–187.
- Popper, Karl R., *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. 2, Tübingen 1992.
- Potter, David M., *The Civil War in Modern History*, in: Woodward, C. Vann (Hg.), *The Comparative Approach to American History*, New York und London 1968, 135–145.
- Prüser, Friedrich, *Die „Hansa“ und die „Germania“*. Ein Dokument zur Frühgeschichte der deutschen Dampfschiffahrt nach Nordamerika, in: *Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie* 2.3 (1957), 273–276.
- Prüser, Friedrich, Duckwitz, Arnold, in: *Neue Deutsche Biographie*, 4. Bd., Berlin 1959, 151–152.
- Quigley, Paul, *Secessionists in an Age of Secession. The Slave South in Transatlantic Perspective*, in: Doyle, Don H. (Hg.), *Secession as an International Phenomenon. From America's Civil War to Contemporary Separatist Movements*, Athens und London 2010, 151–173.
- Quigley, Paul, *Shifting Grounds. Nationalism and the American South. 1848–1865*, Oxford 2012.
- Quirk, Joel / Richardson, David, *Anti-slavery, European Identity and International Society. A Macro-historical Perspective*, in: *Journal of Modern European History* 7.1 (2009), 68–92.
- Radu, Robert, *Auguren des Geldes. Eine Kulturgeschichte des Finanzjournalismus in Deutschland*, Göttingen 2017.
- Raphael-Hernandez, Heike / Wiegink, Pia, *German Entanglements in Transatlantic Slavery. An Introduction*, in: Raphael-Hernandez, Heike / Wiegink (Hg.), *German Entanglements in Transatlantic Slavery*, London und New York 2018.
- Ratchford, Benjamin U., *History of the Federal Debt in the United States*, in: *The American Economic Review* 37.2 (1947), 131–141.
- Read, Donald, *The Power of News. The History of Reuters*, Oxford 1999.
- Redlich, Fritz, *Jacques Laffitte and the Beginnings of Investment Banking in France*, in: *Bulletin of the Business Historical Society* 22.4/6 (1948), 134–161.
- Reinalter, Helmut, *Die Europäische Revolution von 1848/49 in der neueren Forschung*, in: Timmermann, Heiner (Hg.), *1848 Revolution in Europa, Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen*. Berlin, 1999, 25–37.
- Reitmayer, Morten, *Bankiers im Kaiserreich. Sozialprofil und Habitus der deutschen Hochfinanz*, Göttingen 2000.
- Requate, Jörg, *Kennzeichen der deutschen Mediengesellschaft des 19. Jahrhunderts*, in: Requate, Jörg (Hg.), *Das 19. Jahrhundert als Mediengesellschaft, Les médias au XIXe siècle*. München, 2009, 31–42.
- Requate, Jörg, *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25.1 (1999), 5–32.

- Ressel, Magnus, Hamburg und die Niederelbe im atlantischen Sklavenhandel der Frühen Neuzeit, in: Werkstatt Geschichte 66/67 23.1/2 (2015), 75–96.
- Richter, Susan / Siebold, Angela / Weeber, Urte, Was ist Freiheit? Eine historische Perspektive, Frankfurt und New York 2016.
- Riesche, Barbara, Schöne Mohrinnen, edle Sklaven, schwarze Rächer. Schwarzendarstellung und Sklavereithematik im deutschen Unterhaltungstheater (1770–1814), Hannover 2010.
- Robert E. May (Hg.), *The Union, the Confederacy, and the Atlantic Rim*, West Lafayette 1995.
- Roberts, Richard, *Schrodgers. Merchants and Bankers*, London 1992.
- Roberts, Tim, Lajos Kossuth and the Permeable American Orient of the Mid-Nineteenth Century, in: *Diplomatic History* 39.5 (2015), 793–818.
- Roberts, Timothy Mason, *Distant Revolutions. 1848 and the Challenge to American Exceptionalism*, Charlottesville und London 2009.
- Rochau, August Ludwig von, *Grundsätze der Realpolitik, angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Zweiter Theil*, Heidelberg 1869.
- Rosenberg, Hans, *Die Weltwirtschaftskrise 1857–1859*, Göttingen 1974.
- Rosenthal, Caitlin, *Slavery's Scientific Management. Masters and Managers*, in: Beckert, Sven / Rockman, Seth (Hg.), *Slavery's Capitalism. A New History of American Economic Development*, Philadelphia 2016, 62–86.
- Roth, Ralf, *American Civil War, Financial Support of Frankfurt Bankers for the*, in: Adam, Thomas (Hg.), *Germany and the Americas, Culture, Politics, and History. A Multidisciplinary Encyclopedia*, Santa Barbara u. a. 2005, 61–62.
- Roth, Ralf, *Die Herausbildung einer modernen bürgerlichen Gesellschaft. 1789–1866*, Ostfildern 2013.
- Roth, Ralf, *Liberalismus in Frankfurt am Main 1814–1914. Probleme seiner Strukturgeschichte*, in: *Historische Zeitschrift Beihefte* 19 (1995), 41–85.
- Rumbaut, Rubén, *On the Past and Future of American Immigration and Ethnic History. A Sociologist's Reflections on a Silver Jubilee*, in: *Journal of American Ethnic History* 25.4 (2006), 160–167.
- Rürup, Reinhard, *Der Liberalismus und die Emanzipation der Juden*, in: Schaser, Angelika / Schüler-Springorum, Stefanie (Hg.), *Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Stuttgart 2010.
- Saba, Roberto N. P. F., *Seeking Refuge under the Southern Cross. The Causes of Confederate Emigration to the Empire of Brazil*, in: *Traverse* 2, 2012.
- Salehyan, Idean / Gleditsch, Kristian Skrede / Cunningham, David, *Explaining External Support for Insurgent Groups*, in: *International Organization* 65.4 (2011), 709–744.
- Sancton, Thomas A., *The Myth of French Worker Support for the North in the American Civil War*, in: *French Historical Studies* 11.1 (1979), 58–80.
- Sander, Eberhard, Fröbel, Julius, in: *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 49, Berlin 1904, 163–172.
- Sass, Hans-Martin / Brenscheidt, Juliane / Czypionka, Gabriele / Stiegel, Katja (Hg.), *Arnold Ruge. Nachgelassene Briefe 1832–1880*, Amsterdam und Aalen 2013.
- Sauter, Artur, *Auswandererschicksal in Amerika. 100jährige Briefe Meßkircher Bürger*, in: *Hegau*, No. 10, 1965, 307–341.
- Schaefer, Karl Christian, *Deutsche Portfolioinvestitionen im Ausland 1870–1914. Banken, Kapitalmärkte und Wertpapierhandel im Zeitalter des Imperialismus*, Münster 1995.
- Schaeffer, Hans-Ludwig, *Bremens Bevölkerung in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts*, Bremen 1957.
- Schaser, Angelika / Schüler-Springorum, Stefanie, *Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im deutschen Liberalismus*, in: Schaser, Angelika / Schüler-Springorum, Stefanie (Hg.), *Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Stuttgart 2010.
- Schecter, Barnet, *The Devil's Own Work. The Civil War Draft Riots and the Fight to Reconstruct America*, New York 2007.

- Schmidt, Jürgen, Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830–1870, Bonn 2018.
- Schneider, Oswald, Politische und wirtschaftliche Berichterstattung, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 17.2 (1922), 240–267.
- Schniedewind, Karen, Bremer in Amerika, in: Roder, Hartmut (Hg.), *Bremen, Handelsstadt am Fluss*, Bremen 1995.
- Schöberl, Ingrid, *Amerikanische Einwandererwerbung in Deutschland 1845–1914*, Stuttgart 1990.
- Schoen, Brian, The Civil War in Europe, in: Sheehan-Dean, Aaron (Hg.), *The Cambridge History of the American Civil War. Volume 2: Affairs of the State*, Cambridge 2019, 342–365.
- Schoen, Brian, The Fates of Republics and Empires Hang in the Balance. The United States and Europe during the Civil War Era, in: *OAH Magazine of History* 27.2 (2013), 41–47.
- Schoen, Brian, *The Fragile Fabric of Union. Cotton, Federal Politics, and the Global Origins of the Civil War*, Baltimore 2011.
- Schoonover, Thomas, Prussia and the Protection of German Transit through Middle America and Commerce with the Pacific Basin, 1848–1851, in: *Jahrbuch für Geschichte Lateinamerikas* 22.1 (1985), 393–422.
- Schramm, Percy Ernst, *Hamburg, Deutschland und die Welt. Leistung und Grenzen Hanseatischen Bürgertums in der Zeit zwischen Napoleon I. und Bismarck*, Hamburg 1952.
- Schröder, Wilhelm Heinz, Arbeit und Organisationsverhalten der Zigarrenarbeiter in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Erklärung der Führungsrolle der Zigarrenarbeiter in der frühen politischen Arbeiterbewegung, in: *Historical Social Research / Historische Sozialforschung Supplement* 23 (2011), 195–211.
- Schuchardt, Jürgen, Die Wirtschaftskrise vom Jahre 1866 in Deutschland, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 3.2 (1962), 91–141.
- Schulte Beerbühl, Margrit, *Deutsche Kaufleute in London. Welthandel und Einbürgerung (1660–1818)*, München 2007.
- Schulz, Andreas, Liberalismus in Hamburg und Bremen zwischen Restauration und Reichsgründung (1830–1870), in: *Historische Zeitschrift Beihefte* 19 (1995), 135–160.
- Schulz, Andreas, Vormundschaft und Protektion. Eliten und Bürger in Bremen 1750–1880, München 2002.
- Schulz, Andreas, Weltbürger und Geldaristokraten. Hanseatisches Bürgertum im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 259.3 (1994), 637–670.
- Schuppert, Gunnar F., *Verflochtene Staatlichkeit. Globalisierung als Governance-Geschichte*, Frankfurt und New York 2014.
- Schwab, John C., *The Confederate States of America 1861–1865. A Financial and Industrial History of the South during the Civil War*, New York 1901.
- Schwartz, Michael, „Proletarier“ und „Lumpen“. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42.4 (1994), 537–570.
- Seubert, A., *Die Künstler aller Zeiten und Völker. Oder Leben und Werke der berühmtesten Baumeister, Bildhauer, Maler, Kupferstecher, Formschneider, Lithographen etc. von den frühesten Kunstepochen bis zur Gegenwart. Vierter Band*, Stuttgart 1870.
- Sexton, Jay, *Debtor Diplomacy. Finance and American Foreign Relations in the Civil War Era. 1837–1873*, Oxford 2005.
- Sexton, Jay, Steam Transport, Sovereignty, and Empire in North America, circa 1850–1885, in: *Journal of the Civil War Era* 7.4 (2017), 620–647.
- Sexton, Jay, *The Monroe Doctrine. Empire and Nation in Nineteenth-Century America*, New York 2011.
- Sheehan, James, *German History. 1770–1866*, Oxford 1989.
- Sherwood, Marika, *After Abolition. Britain and the Slave Trade since 1807*, London und New York 2007.
- Showalter, Dennis E., *Railroads and Rifles. Soldiers, Technology and the Unification of Germany*, Hamden 1986.

- Siemann, Wolfram, *Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871*, Frankfurt am Main 1990.
- Simms, Brendan, *Europe. The Struggle for Supremacy, 1453 to the Present*, New York 2014.
- Singer, Isidore / Jacobs, Joseph, Gotendorf, James, in: Singer, Isidore (Hg.), *The Jewish Encyclopedia*, Vol. 6, New York 1904, 51.
- Smith, Edgar Fahs, Charles Mayer Wetherill, 1825–1871. Part IV, in: *Journal of Chemical Education* 6.10 (1929), 1668–1680.
- Smith, Gregor W. / Todd Smith, R., Greenback-Gold Returns and Expectations of Resumption, 1862–1879, in: *The Journal of Economic History* 57.3 (1997), 697–717.
- Smith, Miles, From Savannah to Vienna. William Henry Stiles, the Revolutions of 1848, and Southern Conceptions of Order, in: *American Nineteenth Century History* 14.1 (2013), 27–51.
- Smith, Woodruff, Colonialism and the Culture of Respectability, in: Ames, Eric / Klotz, Marcia / Wildenthal, Lora / Gilman, Sander, *Gemrany's Colonial Past*, Lincoln 2005, 3–20.
- Sobich, Frank Oliver, *Schwarze Bestien, rote Gefahr. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich*, Frankfurt und New York 2006.
- Sombart, Werner, *Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert*, Leipzig 1912.
- Stehr, Nico, *Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie*, Frankfurt a. M. 2007.
- Steinberg, Jonathan, *Bismarck. Magier der Macht*, Berlin 2015.
- Steiner, André, Überlegungen zur Monetarisierung des Konsums in Deutschland im 19. Jahrhundert am Beispiel der Kleidung, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 86.4 (1999), 477–503.
- Stern, Fritz, *Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder*, München 2011.
- Sternberger, Dolf, *Panorama oder Ansichten vom 19. Jahrhundert*, Frankfurt 1981.
- Sterne, Margaret, Ein Amateur wird Diplomat. Die politische Karriere von William Walton Murphy, amerikanischer Generalkonsul in Frankfurt am Main 1861–1869, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst* 47 (1960), 119–132.
- Stolberg-Wernigerode, Otto zu, *Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Zeitalter Bismarcks*, Berlin 1933.
- Sulzbach, Walter, *Jüdische Bankiers*, New York 1959.
- Sundermann, Sabine, *Deutscher Nationalismus im englischen Exil. Zum sozialen und politischen Innenleben der deutschen Kolonie in London 1848–1871*, Paderborn u. a. 1997.
- Sunseri, Thaddeus, The Baumwoollfrage. Cotton Colonialism in German East Africa, in: *Central European History* 34.1 (2001), 31–51.
- Supple, Barry E., A Business Elite. German-Jewish Financiers in Nineteenth-Century New York, in: *The Business History Review* 31.2 (1957), 143–178.
- The Journal of American History, Interchange. Nationalism and Internationalism in the Era of the Civil War, in: *Journal of American History* 98.2 (2011), 455–489.
- Thompson, William Y., The U. S. Sanitary Commission, in: *Civil War History* 2.2 (1956), 41–63.
- Thomson, David K., Like a Cord through the Whole Country. Union Bonds and Financial Mobilization for Victory, in: *The Journal of the Civil War Era* 6.3 (2016), 347–375.
- Tilly, Richard, *Geld und Kredit in der Wirtschaftsgeschichte*, Stuttgart 2003.
- Tooze, Adam, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2018.
- Torp, Cornelius, *Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914*, Göttingen 2005.
- Torp, Cornelius, The „Coalition of ‚Rye and Iron““ under the Pressure of Globalization. A Reinterpretation of Germany's Political Economy before 1914, in: *Central European History* 43.3 (2010), 401–427.
- Torp, Cornelius, *Weltwirtschaft vor dem Weltkrieg. Die erste Welle ökonomischer Globalisierung vor 1914*, in: *Historische Zeitschrift* 279.3 (2004), 561–609.

- Treue, Wilhelm, Die Finanzierung der Kriege 1864–1871 durch die deutschen Länder, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 75.1 (1988), 1–14.
- Tuffnell, Stephen, Expatriate Foreign Relations. Britain's American Community and Transnational Approaches to the U. S. Civil War, in: Diplomatic History, 2015, 21–29.
- Ullmann, Hans-Peter, Der Frankfurter Kapitalmarkt um 1800. Entstehung, Struktur und Wirken einer modernen Finanzierungsinstitution, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 77.1 (1990), 75–92.
- Ullner, Rudolf, Die Idee des Föderalismus im Jahrzehnt der deutschen Einigungskriege. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung des Modells der amerikanischen Verfassung für das deutsche politische Denken, Lübeck und Hamburg 1965.
- Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte e. V. (Hg.), Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832–1933. Bd. 1. Vom Hambacher Fest bis zum Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1994.
- Volkov, Shulamit, Die Juden in Deutschland. 1780–1918, München 2000.
- Wagner, Maria, Mathilde Anneke's Stories of Slavery in the German-American Press, in: MELUS 6.4 (1979), 9–16.
- Wagner, Maria, Mathilde Franziska Anneke in Selbstzeugnissen, Werken, Auszügen und Dokumenten, Frankfurt a. M. 1980.
- Walther, Rudolf, Wirtschaftlicher Liberalismus, in: Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 3. H–Me, Stuttgart 1982.
- Wätjen, Hermann, Blockade, Kaperfahrten und neutrale Handelsschifffahrt im amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865). Nach bremsischen Quellen, in: Hansische Geschichtsblätter 60 (1936), 49–65.
- Watkins, Beverly, Efforts to Encourage Immigration to Arkansas, 1865–1874, in: Arkansas Historical Quarterly 38 (1979), 32–62.
- Weber, Jennifer L., Lincoln's Critics. The Copperheads, in: Journal of the Abraham Lincoln Association 32.1 (2011), 33–47.
- Weber, Johannes, Menzel, Wolfgang, in: Neue Deutsche Biographie, 17. Bd., Berlin 1994, 93.
- Weber, Klaus, Deutsche Kauffleute im Atlantikhandel 1680–1830, München 2004.
- Weber, Klaus, Deutschland, der atlantische Sklavenhandel und die Plantagenwirtschaft der Neuen Welt, in: Journal of Modern European History 7.1 (2009), 37–67.
- Weber, Klaus, Mitteleuropa und der transatlantische Sklavenhandel. Eine lange Geschichte, in: Werkstatt Geschichte 66/67 23.1/2 (2015), 7–30.
- Weber, Max, Wirtschaftsethik der Weltreligionen I, in: Weber, Max (Hg.), Religion und Gesellschaft, Frankfurt 2010, 289–530.
- Weber, Rolf, Das kleinbürgerlich-demokratische Element in der deutschen Nationalbewegung vor 1866, in: Böhme, Helmut (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879. Köln und Berlin 1968, 72–84.
- Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 1849–1914, München 2008.
- Wehler, Hans-Ulrich, Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen, München 2007.
- Weichlein, Siegfried, Nation State, Conflict Resolution, and Culture War, 1850–1878, in: Smith, Helmut Walser (Hg.), The Oxford Handbook of Modern German History, Oxford 2011, 281–306.
- Weidenmier, Marc D., The Market for Confederate Cotton Bonds, in: Explorations in Economic History 37.1 (2000), 76–97.
- Weikart, Richard, The Origins of Social Darwinism in Germany, 1859–1895, in: Journal of the History of Ideas 54.3 (1993), 469–488.
- Weiss, Holger, The Illegal Trade in Slaves from German Northern Cameroon to British Northern Nigeria, in: African Studies Program 28, 2000, 141–197.
- Weller, Jac, Imported Confederate Shoulder Weapons, in: Civil War History 5.2 (1959), 157–181.
- Welskopp, Thomas, Kapitalismus und Konzepte von Arbeit. Wie systemisch zentral ist „freie Lohnarbeit“ für den Kapitalismus? in: Geschichte und Gesellschaft, 43 (2017), 197–216.

- Wengenroth, Ulrich, *Industry and Warfare in Prussia*, in: Förster, Stig / Nagler, Jörg (Hg.), *On the Road to Total War. The American Civil War and the German Wars of Unification. 1861–1871*, Washington, D. C. 2002, 249–263.
- Westaway, Jonathan, *The German Community in Manchester. Middle-Class Culture and the Development of Mountaineering in Britain, c. 1850–1914*, in: *The English Historical Review* 124.508 (2009), 571–604.
- White, Richard, *The Republic for which it stands. The United States during Reconstruction and the Gilded Age. 1865–1896*, New York 2017.
- Wiener, Jonathan M., *Radical Historians and the Crisis in American History, 1959–1980*, in: *The Journal of American History* 76.2 (1989), 399–434.
- Wilhelm, Cornelia, *Diversity in Germany. A Historical Perspective*, in: *German Politics & Society* 31.2 (2013), 13–29.
- Wilkins, Mira, *Foreign Investment in the U.S. Economy before 1914*, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 516 (1991), 9–21.
- Wilkins, Mira, *The History of Foreign Investment in the United States to 1914*, Cambridge und London 1989.
- Williams, Kidada, *The Left Great Marks on Me. African American Testimonies of Racial Violence from Emancipation to World War I*, New York und London 2012.
- Williamson, Jeffrey G., *Watersheds and Turning Points. Conjectures on the Long-Term Impact of Civil War Financing*, in: *The Journal of Economic History* 34.3 (1974), 636–661.
- Wilson, Mark R., *The Business of Civil War. Military Mobilization and the State. 1861–1865*, Baltimore 2006.
- Winkler, Heinrich August, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806–1933*, Bonn 2002.
- Winkler, Heinrich August, *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 2009.
- Winkler, Heinrich August, *Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4.1 (1978), 5–28.
- Winseck, Dwayne R. / Pike, Robert M., *Communication and Empire. Media, Markets, and Globalization. 1860–1930*, Durham und London 2007.
- Wise, Stephen, *Lifeline of the Confederacy. Blockade Running During the Civil War*, Columbia 1991.
- Wittmann, Reinhard, *Geschichte des deutschen Buchhandels*, München 2011.
- Wong, R. Bin, *Möglicher Überfluss, beharrliche Armut. Industrialisierung und Welthandel im 19. Jahrhundert*, in: Osterhammel, Jürgen / Conrad, Sebastian (Hg.), *Geschichte der Welt, Wege zur modernen Welt. 1750–1870*, München 2016, 255–409.
- Ziegler, Dieter, *German Private Banks and German Industry, 1830–1938*, in: Cassis, Youssef / Cottrell, Philip L. (Hg.), *The World of Private Banking*, London und New York 2009, 159–176.
- Zimmerman, Andrew, *Alabama in Africa. Booker T. Washington, the German empire, and the Globalization of the New South*, Princeton u. a. 2010.
- Zimmerman, Andrew, *Discussion Forum. The Vanishing Nineteenth Century in European History?* in: *Central European History* 51 (2018), 690–695.
- Zimmerman, Andrew, *From the Rhine to the Mississippi. Property, Democracy, and Socialism in the American Civil War*, in: *The Journal of the Civil War Era* 5.1 (2015), 3–37.
- Zimmerman, Andrew, *Race and World Politics. Germany in the Age of Imperialism, 1878–1914*, in: Smith, Helmut Walser (Hg.), *The Oxford Handbook of Modern German History*, Oxford 2011, 359–373.
- Zimmermann, Alfred, *Blüthe und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien. Gewerbe und Handelspolitik dreier Jahrhunderte*, Breslau 1885.
- Zimmermann, Hubert, *Die politische Ökonomie der internationalen Geschichte*, in: Conze, Eckart / Lappenküper, Ulrich / Müller, Guido (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln 2004.

- Zmarzik, Hans-Günter, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 11.3 (1963), 246–273.
- Zolberg, Aristide R., A Nation by Design. Immigration Policy in the Fashioning of America, Cambridge und London 2006.

Register

A

Abolitionismus, Abolitionisten 45, 49, 61, 161, 247, 258, 273, 275, 281
Achtundvierziger 22, 52–55, 75, 80
Act to Encourage Immigration 168, 173
Adams, Charles W. 107 f.
Afrika, Afrikaner 42, 58, 274
Ägypten 36, 127, 130, 134, 139, 200, 202 f., 207
Anderson, James H. 70, 91, 102–109, 111 f., 159 f., 168, 170, 172, 190, 209 f., 259 f.
Andree, Karl 52, 273
Anneke, Fritz 20 f.
Arbeit, Arbeiter, *siehe auch* Freie Arbeit 51 f., 54, 57, 76, 127, 129, 132, 134–137, 162, 166 ff., 171, 224, 240, 244, 247, 258, 273, 275–289, 293, 295
Arbeiterbewegung 51, 245 f., 249, 277 f., 280
Augsburger Allgemeine Zeitung 164, 167, 233, 272
Auswanderung in die USA 23 f., 54, 64 ff., 69, 75, 116, 119, 136, 169, 173, 226, 229, 236, 264

B

Bahama (Blockadebrecher) 102–105
Baltimore 11, 63, 66, 122, 125, 153
Bancroft, George 260

Baumwollanleihe, *siehe auch* Cotton Loan, Erlanger Anleihe 196, 201, 204–207, 209, 211 f., 214 f., 218, 220, 232, 244, 265
Baumwolle 12, 24, 28 f., 34–38, 44–48, 52, 63, 65–67, 85, 110 f. 123, 141, 142
Baumwollkrise 118, 123–129, 131–137, 139
Baumwollschmuggel, *siehe auch* Schmuggel 137–157
Bayern 11, 35, 49, 92, 129, 135 f., 151, 177, 234, 245 f., 263, 294
Bebel, August 246
Belmont, August 185 f., 190, 221, 241
Bethmann Bank 179, 234
Bismarck, Otto v. 55, 197, 238, 256 f., 260, 262, 264
Blockade der Südstaaten 11, 12, 29, 62, 82, 103 f., 106, 108 f., 111, 118 ff., 124 f., 129, 130 f., 135, 137, 142, 145 f., 148–153, 157, 191, 193, 200, 206, 219 f., 293, 294
Böhmen 35, 65, 132
Börnstein, Heinrich 60, 63, 68–74, 78, 97, 124, 130, 146, 172, 217, 237
Bremen 11 f., 16 f., 26 ff., 36, 49, 57, 63–69, 71–74, 86, 89–92, 95–100, 105, 110 f., 115, 117–132, 134 ff., 139–143, 145–149, 152 ff., 170 f., 176, 185, 193, 201 f., 217, 220, 244 f., 249 f., 285, 291, 293 f.
Bremerhaven 67, 69, 71, 98, 130, 139 f., 244

C

Charleston 63, 65 f., 122, 125, 140, 152, 200, 236
 Cooke, Jay 221, 226 f., 230, 270
 Corvin, Otto v. 167 f.
 Cotta-Verlag 58, 234
 Cotton Loan, *siehe auch* Baumwollanleihe, Erlanger-Anleihe 202, 213, 217, 231 f.
 Crédit Mobilier 180, 197, 201

D

Darmstädter Bank für Handel und Industrie 180, 222
 Darwin, Charles 273
 Darwinismus 41, 275
 Davis, Jefferson 11, 100, 228
 Deutsch-Dänischer Krieg 158 ff., 162, 264
 Deutsche Einwanderer in den USA 24, 29, 53 ff., 66, 124, 164, 167
 Deutscher Krieg 1866 249–268, 271, 285
 Deutsch-Französischer Krieg 238, 269
 Droegge & Oetling 143 f., 147
 Duckwitz, Arnold 120 f., 129, 141, 220

E

Elsass 134, 136 f.
 Emanzipation 19, 28, 44 f., 49 ff., 53, 57 f., 161, 166, 238, 248, 258, 264, 272 f., 275, 277 ff., 281–285, 287 f.
 Emanzipationsproklamation 50 ff., 58, 61, 76, 203, 211, 236
 Engels, Friedrich 203, 253
 England, *siehe auch* Großbritannien 39, 45, 52, 65, 69, 73, 77, 78, 81, 90, 100–104, 108 f., 124, 126, 128 f., 139 f., 143, 148, 196, 201 f., 209, 219, 228 f., 239, 292
 Erlanger, Emil v. 148, 196–209, 212–221, 225, 228–231, 236, 244, 261, 265 f.
 Erlanger, Raphael v. 197, 201, 207, 221, 266
 Erlanger-Anleihe, *siehe auch* Baumwollanleihe, Cotton Loan 196–221, 231 f., 244, 265
 European Trading Company 148, 219, 220

F

Frankfurt am Main 27, 29 f., 36 f., 67, 69 f., 97, 129, 148–151, 170 f., 173–204, 206–210, 212–217, 219, 220–226, 229–237, 240 f., 244 f., 247, 260–263, 265 ff., 291, 293 ff.
Frankfurter Journal 172 f., 190, 210 ff., 216, 231 ff., 247
Frankfurter Reform 205 f., 244, 261, 263

Frankreich 16, 19, 39, 69, 73, 82, 90 f., 100, 137, 143, 154, 162, 180, 187, 189, 195 f., 198, 209, 228, 232, 238, 266, 276, 291
 Franz Joseph I. (Österreich) 132, 156
 Fraser, Trenholm & Co. 87, 107 f., 199
 Frauenarbeit 275 f.
 Frauenrecht(-sbewegung) 30, 275, 281
 Freie Arbeit, *siehe auch* Arbeit, Arbeiter 171, 224, 246, 276, 280, 287
 Freihandel 16, 65, 86, 110, 134, 138, 141, 190, 191, 193, 270, 282
 Freiheit 30, 36, 39, 40, 47, 51, 53 ff., 57, 71, 76, 139, 164 f., 167, 173 ff., 189, 190, 203, 243, 246, 256 f., 259, 262, 265, 270, 272–277, 281 ff., 295, 298
 Friedleben, Alexander 189
 Fröbel, Julius 230, 273 f.

G

Gerstner, Clara 43
 Gläser, August 186–190, 193, 210 ff., 232, 260
 Godeffroy, Adolph 114, 116, 162, 169
 Godeffroy, Johann Cesar 108
 Goßler, Johann Heinrich 159, 161 f.
 Grant, Ulysses S. 240 f., 260, 262
 Großbritannien, *siehe auch* England 16, 19, 45, 49, 52, 56, 72 ff., 82, 90, 99, 113, 115, 128, 138, 142, 149, 152 ff., 162, 168, 176, 186 f., 192, 200, 213, 228, 252, 264, 266 f., 269, 276, 291

H

Hackländer, Friedrich W. 41
 Hamburg 12, 17, 27 f., 45, 59, 63–67, 69–72, 86, 89 ff., 93–96, 98, 99, 100–112, 114 ff., 122, 128, 130, 143, 144 f., 147 f., 152, 154, 159, 160–163, 168, 170 ff., 176, 178, 185, 190, 193, 199, 201, 209 f., 219, 225, 230, 244 f., 249, 259, 285, 291, 293 f.
 Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actiengesellschaft (Hapag) 26, 28, 67, 91, 108, 112–118, 155, 160, 165, 169
 Hannover (Königreich) 12, 35, 49, 62, 66, 69, 96, 97, 114, 123, 130, 147 f., 157, 191
 Havanna, *siehe auch* Kuba 111, 123, 143, 154, 156
 Helgoland (Blockadebrecher), *siehe auch* Raccoon 108
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig zu 234
 Homestead Act 168
 Hotze, Henry 26, 192, 195 f., 218, 228 f., 236
 Hudson, Edward M. 74–81

Humanitäre Hilfe 17, 29, 158, 164f., 231
Huse, Caleb 87, 93f., 102ff., 199

I

Ideale 33, 47, 76, 244, 256, 270f., 285, 293
Ideologie 19–23, 37, 54ff., 62, 85, 93, 110,
123, 134, 139, 194, 203, 258, 284f., 295
Imperialismus 30, 56, 64, 79, 85, 125, 239,
263, 270, 274, 277, 284, 287f.
Indien 36, 125–128, 130f., 134, 139, 200,
294
The Index 26, 81, 124, 128f., 139, 196, 218,
228f., 232
Interessen (materielle, ökonomische) 19,
22, 29, 47, 49, 64, 110, 120, 123, 156, 157,
163ff., 184, 192, 194, 233ff., 272

K

Kant, Immanuel 42
Kaperei 63, 100f., 108, 112, 145, 147
Kapp, Friedrich 46f., 225f., 236
Kinkel, Gottfried 52f.
Kolonialismus 37, 42f., 56, 98, 192, 203,
281, 283, 285, 288f.
Körner, Gustav 186
Krimkrieg 117, 207, 248, 293
Kuba, *siehe auch* Havanna 73, 130, 151f.,
219

L

Lassalle, Ferdinand 51, 278
Leon, Edwin de 195f., 229
Lewald, Fanny 40, 275f.
Liberalismus 20f., 44, 175, 248, 273, 282
Lincoln, Abraham 50, 52, 58, 62, 74, 76, 95,
100, 167f., 171f., 183, 203, 206, 210f.,
235f., 244ff., 256ff., 281
Liverpool 12, 65, 87, 89, 100f., 104, 123,
128, 139, 154, 176, 193, 199f., 202, 213,
216, 219
London 20, 26, 45, 61, 65, 72, 77, 80f., 89,
108, 128, 139, 150, 154, 158, 176, 178,
184f., 195, 196, 199, 202, 204, 213, 216f.,
220f., 230, 234, 265, 291

M

Manchester 12, 100, 123, 125f., 128, 139,
143, 147, 154, 162, 176, 202
Marx, Karl 51, 123, 203, 238, 253, 273
Mason, James 73, 199, 236
Matamoros 107, 142ff., 147, 149, 152, 154,
156, 193, 294
Menschenrechte 38ff., 58, 173f., 244
Merck, Carl Hermann 108f., 114, 209

Mexiko 29, 107, 130, 142, 143f., 146f., 149,
152, 157, 232, 264, 294
Meysenburg, Malwida v. 256f.
Mitteldeutsche Kreditbank 201
Motley, John Lothrop 27, 94, 156, 260
Murphy, William W. 70, 129, 172, 183f.,
186–191, 193f., 201, 203f., 208, 210ff.,
217f., 220, 223, 232, 245, 260ff., 267f.

N

Napoleon III. 136, 198
Nassau (Bahamas) 98, 104, 107, 111, 149,
154
Neue Frankfurter Zeitung 54, 182, 209, 261
Neutralität, *siehe auch* Völkerrecht 18, 60,
81–85, 92, 101, 111, 130, 142, 144f.,
155ff., 170, 181, 229, 261, 291, 294
New Orleans 54, 63, 65f., 121–124, 135,
140f., 148, 149, 151f., 177, 200
New York 15, 46, 65, 67, 86, 90ff., 95, 96,
110–116, 118, 122, 130, 138, 144, 148,
150, 152, 155, 159f., 163f., 177, 180ff.,
221–227, 230, 236, 295
The New York Times 208, 236, 266
Norddeutscher Bund 255, 257, 259, 261,
271f., 278, 285ff., 293, 298
Norddeutscher Lloyd 26, 28, 67, 98, 116ff.,
121, 124

O

Oldenburg (Großherzogtum) 12, 66, 123,
145ff., 165, 180
Onkel Toms Hütte 28, 41f., 44–47, 177
Österreich 28, 83, 88, 92–95, 102f., 114,
129, 132–135, 138ff., 152, 154f., 201,
204, 213, 234, 237f., 243f., 249, 255,
257f., 262–265, 269f., 281, 291

P

Paris 20, 45, 63, 73, 88, 91, 129, 134, 136,
158, 162f., 178, 185, 195–200, 204, 206,
216, 218, 221, 230, 291
Partikularismus 25, 71, 125, 244, 248f., 271
Potter, David M. 20f.
Präsidentchaftswahl 1864 (USA) 230, 232,
235f.
Pressearbeit der Nordstaaten in (Mittel-)
Europa 30, 72–75, 191, 212f., 223, 292f.,
295
Pressearbeit der Südstaaten in (Mittel-)
Europa 30, 170, 191f., 215f., 218, 223,
229, 247
Preußen 25, 28, 35, 55, 65, 71, 77f., 83, 94f.,
111, 114, 129, 135, 180, 233, 238, 243ff.,
249–252, 255–265, 269ff., 291

Public diplomacy 27, 169, 170, 183 f., 186, 190, 217, 223, 293

R

Raccoon (Blockadebrecher), *siehe auch* Helgoland 108 f.

Rassismus 28, 33, 38, 40 ff., 44, 49, 51, 54, 56 f., 75, 276 f., 280, 283 ff.

Raster, Hermann 238 f.

Reconstruction 264, 284

Rekrutierung deutscher Einwanderer für die Union 29, 166–174

Revolution von 1848 20 f., 52, 55, 80, 175, 178, 189, 248, 256, 258, 273, 285, 293 f.

Ricker, Samuel 97, 151, 175, 183, 190 ff., 229

Risorgimento (Italien) 166, 248, 249, 293

Rochau, Ludwig v. 33

Roessingh & Mummy 141 f.

Rothschild (Bankhaus) 176 f., 179, 185, 197, 201, 206 ff., 213, 216, 221

Rothschild, James de 207

Rothschild, Mayer Carl v. 206 ff., 222

Ruge, Arnold 243 f., 256

S

Sachsen (Königreich) 34 f., 65, 114, 129, 132 f., 135, 137, 294

Sanford, Henry S. 88, 102

Schleiden, Rudolf 63, 120, 121

Schleinitz, Alexander v. 77

Schleswig-Holstein-Konflikt 174, 232 f., 244, 248, 293

Schmoller, Gustav 248, 283

Schmuggel, *siehe auch* Baumwollschmuggel 11 f., 17, 98, 107 f., 129, 137, 142 f., 147 f., 151, 154, 157, 191, 193, 219

Schröder (Bankhaus) 176, 200

Schröder, John H. 199, 200, 203, 209 f., 218 f., 266

Schulze-Delitzsch, Hermann 278, 280, 287

Schurz, Carl 55, 113, 115, 159, 161

Seligman (Bankhaus) 221 f.

Seward, William H. 50, 59, 63, 74, 168, 171

Sklavenhandel 37, 56, 64

Sklaverei 13, 15, 17, 19, 24, 28, 30, 33–58, 76, 79 f., 111, 123, 153, 156 f., 162, 171, 176, 196, 203, 205 f., 208, 211, 225,

230 ff., 235, 238, 245, 247, 256, 258, 272, 274, 276, 277, 280 f., 284–288, 292, 298
Slidell, John 73, 198 f., 206, 218, 228 f., 236, 266

Sonderbundskrieg (Schweiz) 249

Sonnemann, Leopold 174, 182, 261

South Carolina 101, 111, 138, 139, 148, 176

Spenden zugunsten amerikanischer Soldaten 29, 157–164, 210

Stiger, Joseph 80

Sulzbach (Bankhaus) 201

Sylph (Blockadebrecher) 106 f.

T

Tabak(-handel) 36, 38, 58, 63, 65 f., 110 f., 119 f., 124, 139, 146, 148 f., 151, 153, 156, 176, 183

Texas 35, 107, 111, 142 f., 145–149, 154, 182, 294

The Times (London) 73, 217

Trent-Krise 73 f., 78, 112 ff., 118

Triest 152, 201

U

Unionsanleihen 174, 220–230, 234, 237 f., 240 f.

United States Sanitary Commission (USSC) 29, 157–166

V

Volck, Friedrich 11 ff., 297, 298

Völkerrecht, *siehe auch* Neutralität 82, 84 f., 94, 251

W

Waffen(-handel) 28, 63, 81–117, 143, 149, 151, 153–156, 169, 191, 199, 223

Wätjen & Co. 115, 119 f., 141

Weltwirtschaftskrise 1857 182, 193

Weltwirtschaftskrise 1873 262 f., 269, 270

Wien 27, 50, 60, 92 ff., 106, 131 f., 154, 156, 185, 195, 213, 229, 237 f., 244 f., 249, 257, 260, 263, 269 f., 291

Wilmington 11 f., 66, 125, 151 f., 156 f., 236

Württemberg (Königreich) 92, 132, 136, 169, 172, 177, 182, 220, 223, 235, 294

TRANSATLANTISCHE HISTORISCHE STUDIEN

Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Washington, DC

Herausgegeben von Elisabeth Engel, Axel Jansen, Jan C. Jansen,
Simone Lässig und Claudia Roesch

Franz Steiner Verlag

ISSN 0941-0597

5. Jürgen C. Heß / Hartmut Lehmann / Volker Sellin (Hg.)
Heidelberg 1945
1996. 438 S., 8 Taf., geb.
ISBN 978-3-515-06880-2
6. Alf Lüdtke / Inge Marßolek / Adelheid von Saldern (Hg.)
Amerikanisierung
Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts
1996. 317 S., geb.
ISBN 978-3-515-06952-6
7. Philipp Gassert
Amerika im Dritten Reich
Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945
1997. 415 S., geb.
ISBN 978-3-515-07104-8
8. Heike Bungert
Das Nationalkomitee und der Westen
Die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die Freien Deutschen Bewegungen 1943–1948
1997. 341 S., geb.
ISBN 978-3-515-07219-9
9. Cornelia Wilhelm
Bewegung oder Verein
Nationalsozialistische Volkstumspolitik in den USA
1998. 329 S., geb.
ISBN 978-3-515-06805-5
10. Sabine Freitag
Friedrich Hecker
Biographie eines Republikaners
1998. 548 S., geb.
ISBN 978-3-515-07296-0
11. Thomas Reuther
Die ambivalente Normalisierung
Deutschlanddiskurs und Deutschlandbilder in den USA, 1941–1955
2000. 476 S., geb.
ISBN 978-3-515-07689-0
12. Michael Wala
Weimar und Amerika
Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gaffron und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1927 bis 1933
2001. 341 S., geb.
ISBN 978-3-515-07865-8
13. Katja Rampelmann
Im Licht der Vernunft
Die Geschichte des deutsch-amerikanischen Freidenker-Almanachs von 1878 bis 1901
2003. 313 S., geb.
ISBN 978-3-515-07872-6
14. Egbert Klautke
Unbegrenzte Möglichkeiten
„Amerikanisierung“ in Deutschland und Frankreich (1900–1933)
2003. 395 S., geb.
ISBN 978-3-515-07941-9
15. Ansgar Reiß
Radikalismus und Exil
Gustav Struve und die Demokratie in Deutschland und Amerika
2004. 501 S., geb.
ISBN 978-3-515-08371-3
16. Anja Schüler
Frauenbewegung und soziale Reform
Jane Addams und Alice Salomon im transatlantischen Dialog, 1889–1933
2004. 391 S., geb.
ISBN 978-3-515-08411-6
17. Anke Ortlepp
„Auf denn, Ihr Schwestern“
Deutschamerikanische Frauenvereine in Milwaukee, Wisconsin, 1844–1914

2004. 309 S., geb.
ISBN 978-3-515-08405-5
18. Uwe Lübken
Bedrohliche Nähe
Die USA und die national-sozialistische Herausforderung in Lateinamerika, 1937–1945
2004. 438 S., geb.
ISBN 978-3-515-08509-0
19. Manfred Berg / Philipp Gassert (Hg.)
Deutschland und die USA in der Internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts
Festschrift für Detlef Junker
2004. 599 S., geb.
ISBN 978-3-515-08454-3
20. Astrid M. Eckert
Kampf um die Akten
Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg
2004. 534 S., geb.
ISBN 978-3-515-08554-0
21. Volker Berghahn
Transatlantische Kulturkriege
Shepard Stone, die Ford-Stiftung und der europäische Antiamerikanismus
2004. 392 S., geb.
ISBN 978-3-515-08422-2
22. Michael Dreyer / Markus Kaim / Markus Lang (Hg.)
Amerikaforschung in Deutschland
2004. 239 S., geb.
ISBN 978-3-515-08466-6
23. Ellen Latzin
Lernen von Amerika?
Das US-Kulturaustauschprogramm für Bayern und seine Absolventen
2005. 496 S., 4 Taf., geb.
ISBN 978-3-515-08629-5
24. Philipp Löser / Christoph Strupp (Hg.)
Universität der Gelehrten – Universität der Experten
Adaptionen deutscher Wissenschaft in den USA des neunzehnten Jahrhunderts
2005. 171 S., geb.
ISBN 978-3-515-08647-9
25. Sylvia Taschka
Diplomat ohne Eigenschaften?
Die Karriere des Hans Heinrich Dieckhoff (1884–1952)
2006. 289 S., geb.
ISBN 978-3-515-08649-3
26. Cordula Grewe (Hg.)
Die Schau des Fremden
Ausstellungskonzepte zwischen Kunst, Kommerz und Wissenschaft
2006. 376 S., geb.
ISBN 978-3-515-08843-5
27. Claus-Dieter Krohn / Corinna R. Unger (Hg.)
Arnold Brecht, 1884–1977
Demokratischer Beamter und politischer Wissenschaftler in Berlin und New York
2006. 228 S., geb.
ISBN 978-3-515-08883-1
28. Markus Lang
Die politische Theorie Karl Loewensteins
Eine biographische Studie zur Entwicklung des politischen Denkens und der Politikwissenschaft im 20. Jahrhundert
2007. 353 S., geb.
ISBN 978-3-515-08930-2
29. Katja Wüstenbecker
Deutsch-Amerikaner im Ersten Weltkrieg
US-Politik und nationale Identitäten im Mittleren Westen
2007. 428 S. mit 27 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-08975-3
30. Cornelia Wilhelm
Deutsche Juden in Amerika
Bürgerliches Selbstbewusstsein und jüdische Identität in den Orden B'nai B'rith und Treue Schwestern, 1843–1914
2007. 372 S. mit 15 Abb. geb.
ISBN 978-3-515-08550-2
31. Uta Gerhardt
Denken der Demokratie
Die Soziologie im atlantischen Transfer nach 1945. Vier Abhandlungen
2007. 450 S., geb.
ISBN 978-3-515-09007-0
32. Daniel Siemens
Metropole und Verbrechen
Die Gerichtsreportage in Berlin, Paris und Chicago 1919–1933

2007. 444 S. mit 23 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-09008-7
33. Ursula Prutsch
Creating Good Neighbors
Die Kultur- und Wirtschaftspolitik der USA in Lateinamerika, 1940–1946
2008. 476 S. mit 20 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-09009-4
34. Johannes Dillinger
Die politische Repräsentation der Landbevölkerung
Neuengland und Europa in der Frühen Neuzeit
2008. 588 S. mit 6 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-09162-6
35. Daniel Gossel
Medien und Politik in Deutschland und den USA
Kontrolle, Konflikt und Kooperation vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert
2009. 449 S., geb.
ISBN 978-3-515-09293-7
36. Holger Löttel
Um Ehre und Anerkennung
Englandbilder im amerikanischen Süden und die Außenpolitik der Konföderation
2009. 470 S. mit 16 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-09334-7
37. Britta Waldschmidt-Nelson
Christian Science im Lande Luthers
Eine amerikanische Religionsgemeinschaft in Deutschland, 1894–2009
2009. 296 S. mit 7 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-09380-4
38. Thomas Adam / Simone Lässig / Gabriele Lingelbach (Hg.)
Stifter, Spender und Mäzene
USA und Deutschland im historischen Vergleich
2009. 341 S., geb.
ISBN 978-3-515-09384-2
39. Anke Ortlepp / Christoph Ribbat (Hg.)
Mit den Dingen leben
Zur Geschichte der Alltagsgegenstände. Aus dem Englischen übersetzt von Dorothea Löbbermann
2010. 339 S. mit 45 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-09098-8
40. Daniel T. Rodgers
Atlantiküberquerungen
Die Politik der Sozialreform, 1870–1945. Aus dem Englischen übersetzt von Katharina Böhmer und Karl Heinz Siber
2010. 645 S., 20 Taf., geb.
ISBN 978-3-515-08482-6
41. Victoria de Grazia
Das unwiderstehliche Imperium
Amerikas Siegeszug im Europa des 20. Jahrhunderts. Aus dem Englischen übersetzt von Karl Heinz Siber
2010. 592 S. mit 45 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-09394-1
42. Maria Alexopoulou
Ethnic Foreign Policy und Identitätsbildung
Die Griechisch-Amerikaner (1964–1978)
2010. 396 S., geb.
ISBN 978-3-515-09629-4
43. Christopher Neumaier
Dieselautos in Deutschland und den USA
Zum Verhältnis von Technologie, Konsum und Politik, 1949–2005
2010. 298 S. mit 3 Abb. und 6 Grafiken, geb.
ISBN 978-3-515-09694-2
44. Reinhild Kreis
Orte für Amerika
Deutsch-Amerikanische Institute und Amerikahäuser in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren
2012. 425 S. mit 19 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-10048-9
45. Ulrike Weckel
Beschämende Bilder
Deutsche Reaktionen auf alliierte Dokumentarfilme über befreite Konzentrationslager
2012. 672 S. mit 22 Abb. und 4 Tab., geb.
ISBN 978-3-515-10113-4
46. Jan Surmann
Shoah-Erinnerung und Restitution

- Die US-Geschichtspolitik am Ende des 20. Jahrhunderts
2012. 302 S., geb.
ISBN 978-3-515-10157-8
47. Rainald Becker
Nordamerika aus süddeutscher Perspektive
Die Neue Welt in der gelehrten Kommunikation des 18. Jahrhunderts
2012. 424 S. mit 9 Tab. und 15 Taf., geb.
ISBN 978-3-515-10185-1
48. Levke Harders
American Studies
Disziplingeschichte und Geschlecht
2013. 341 S. mit 11 Abb. und 9 Tab., geb.
ISBN 978-3-515-10457-9
49. Adelheid von Saldern
Amerikanismus
Kulturelle Abgrenzung von Europa und US-Nationalismus im frühen 20. Jahrhundert
2013. 428 S., geb.
ISBN 978-3-515-10470-8
50. Jochen Krebber
Württembergiger in Nordamerika
Migration von der Schwäbischen Alb im 19. Jahrhundert
2014. 317 S. mit 10 Abb., 10 Ktn. und 42 Tab., geb.
ISBN 978-3-515-10605-4
51. Leonard Schmieding
„Das ist unsere Party“
HipHop in der DDR
2014. 267 S. mit 23 Abb. und 15 Farbtafeln, geb.
ISBN 978-3-515-10663-4
52. Anja Schäfers
Mehr als Rock 'n' Roll
Der Radiosender AFN bis Mitte der sechziger Jahre
2014. 454 S. mit 13 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-10716-7
53. Alexander Pyrges
Das Kolonialprojekt EbenEzer
Formen und Mechanismen protestantischer Expansion in der atlantischen Welt des 18. Jahrhunderts
2015. 507 S., geb.
ISBN 978-3-515-10879-9
54. Melanie Henne
Training Citizenship
Ethnizität und Breitensport in Chicago, 1920–1950
2015. 378 S., geb.
ISBN 978-3-515-10955-0
55. Larissa Schütze
William Dieterle und die deutschsprachige Emigration in Hollywood
Antifaschistische Filmarbeit bei Warner Bros. Pictures, 1930–1940
2015. 347 S., geb.
ISBN 978-3-515-10974-1
56. Elisabeth Engel
Encountering Empire
African American Missionaries in Colonial Africa, 1900–1939
2015. 303 S. mit 13 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-11117-1
57. Katharina Scheffler
Operation Crossroads Africa, 1958–1972
Kulturdiplomatie zwischen Nordamerika und Afrika
2016. 419 S. mit 21 Abb. und 9 Grafiken, geb.
ISBN 978-3-515-11285-7
58. Julius Wilm
Settlers as Conquerors
Free Land Policy in Antebellum America
2018. 284 S. mit 39 Abb. und 23 Tab., geb.
ISBN 978-3-515-12131-6
59. Sophia Dafinger
Die Lehren des Luftkriegs
Sozialwissenschaftliche Expertise in den USA vom Zweiten Weltkrieg bis Vietnam
2020. 362 S. mit 3 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-12657-1
60. Elisabeth Piller
Selling Weimar
German Public Diplomacy and the United States, 1918–1933
2021. 432 S. mit 19 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-12847-6

Der Amerikanische Bürgerkrieg (1861–65) war ein Konflikt von transatlantischen Ausmaßen. Auch für Mitteleuropa hatte er spürbare, bis jetzt nur wenig erforschte Konsequenzen. Patrick Gaul widmet sich den grenzüberschreitenden Auswirkungen dieses Krieges aus wirtschafts- und kulturhistorischen Blickwinkeln, untersucht bisher unberücksichtigte Quellen und fördert dadurch neue Facetten zu Tage: Wie zum Beispiel wirkte der Civil War auf den Deutschen „Bürgerkrieg“ von 1866 und welche Folgen provozierte die Emanzipation der Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner auf mitteleuropäische Diskurse über Arbeit, Freiheit und den Umgang mit Minderheiten?

Patrick Gaul weckt die historische Forschung zum Amerikanischen Bürgerkrieg aus einem langen Dornröschenschlaf. Am Beispiel Hamburgs, Bremens und Frankfurts zeigt Gaul, wie ein scheinbar ferner Krieg lokale Diskursräume erweiterte und neue Handlungsoptionen hervorbrachte. Das Ergebnis ist ein faszinierendes Panorama einer globalisierten nordatlantischen Welt im Umbruch.

Mischa Honeck, Universität Kassel

Full of new insights, this deeply informed study identifies under-researched strands of pragmatism and economic interest in the transnational history of the US Civil War, raising fundamental questions about the relationship between ideals and interests.

Alison Clark Efford, Marquette University

www.steiner-verlag.de

Franz Steiner Verlag

ISBN 978-3-515-12873-5



9 783515 128735